

Pawel Petrowitsch Sewostjanow
Sowjetdiplomatie gegen faschistische Bedrohung 1939-1941

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin 1984

Sowjetdiplomatie gegen faschistische Bedrohung 1939–1941

Pawel Petrowitsch Sewostjanow



Staatsverlag
der Deutschen Demokratischen Republik
Berlin 1984

[7:]

Einleitung

Zwei Lastkraftwagen, besetzt mit SS-Männern in polnischen Uniformen, hielten am 31. August 1939 gegen 20 Uhr unweit des Senders Gleiwitz, der örtlichen Rundfunkstation eines in unmittelbarer Nähe der damaligen deutsch-polnischen Grenze gelegenen Städtchens, und warteten auf das vereinbarte Signal. Als es gegeben wurde, begann eine unter dem Decknamen „Himmler“ sorgfältig geplante Aktion. Das Kommando drang in den Senderraum der Station ein, und ein SS-Offizier verlas vor eingeschaltetem Mikrofon einen Text in polnischer Sprache, gespickt mit groben Beschimpfungen Deutschlands. Die Eindringlinge gaben einige Schüsse ab und verschwanden ebenso rasch, wie sie gekommen waren. Sie hinterließen an gut sichtbarer Stelle einen Toten in polnischer Uniform, bei dem es sich, wie sich später herausstellen sollte, um einen von der Gestapo eigens für diesen Zweck bereitgestellten KZ-Häftling* handelte. Damit hatte die faschistische Führung den von ihr benötigten Vorwand geschaffen, um den geplanten Überfall auf das östliche Nachbarland zu beginnen.

Am 1. September 1939, 4 Uhr 45 Minuten, rollte Hitlers Luftwaffe zum Start, um Flugplätze, Verkehrsknotenpunkte, Wirtschafts- und Verwaltungszentren in Polen zu bombardieren. Die „Schleswig-Holstein“, ein altes Linienschiff der faschistischen Kriegsmarine, das vorher nahe der polnische Küste vor Anker gegangen war, belegte die Befestigungsanlagen der Westerplatte mit Geschützfeuer. Die Landstreitkräfte der deutschen Wehrmacht überschritten die deutsch-polnische Grenze in breiter Front.

Der zweite Weltkrieg hatte begonnen. Er sollte die Leninsche These bestätigen, daß der Krieg „die Fortsetzung der Politik, die die herrschenden Klassen der kriegführenden Mächte lange vor dem Krieg getrieben haben, mit Mitteln der Gewalt (ist)“¹, und „diese Politik während langer Jahrzehnte vor dem Krieg ... in ihrer Gesamtheit studiert und verstanden werden (muß)“². Zwar gibt es in der Geschichte der Menschheit wesentlich längere militärische Auseinandersetzungen als den zweiten Weltkrieg, doch keiner der bisherigen Kriege ist hinsichtlich [8:] der Anzahl der Opfer und der Zerstörungen ihm vergleichbar. Mehr als 50 Millionen Menschen mußten ihr Leben lassen, das heißt, die Zahl der im zweiten Weltkrieg Getöteten übersteigt die Gesamtzahl der Kriegstoten der letzten 350 Jahre um mehr als das Doppelte. 40 Staaten wurden zum Schauplatz unmittelbarer Kriegshandlungen. Insgesamt waren 61 Länder mit einer Bevölkerung von rund 1,7 Milliarden Menschen einbezogen. Um die faschistischen Mächte zur Kapitulation zu zwingen und damit die Menschheit vor der Versklavung zu retten, mußten die Völker, vor allem die Sowjetunion, einen hohen Preis zahlen. „In diesem Krieg verlor das Sowjetvolk 20 Millionen Menschen“, stellte L. I. Breshnew fest. „Für die junge Generation ist der Weltkrieg heute Geschichte. Das ist ein außerordentlicher Erfolg aller Friedenskräfte. Schließlich ist der Frieden die Hauptvoraussetzung für den Fortschritt der Menschheit, für den Wohlstand jeder Familie.“³

Weniger als 22 Monate – ein historisch kurzer Zeitabschnitt – liegen zwischen dem 1. September 1939 und dem Beginn des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes. Jedoch ist dieser Zeitraum – nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – eine der kompliziertesten Perioden in der Geschichte der UdSSR. Abgesehen vielleicht vom Brest-Litowsker Frieden von 1918, gab es kaum einen zweiten Zeitabschnitt, in dem die sowjetische Außenpolitik und Diplomatie angesichts der internationalen Verhältnisse eine solch außerordentlich hohe Bedeutung erlangte. Daran läßt sich auch die Größe der Aufgaben ermessen, die von der sowjetischen Diplomatie gelöst werden mußten. „Unser Land, das unter außerordentlich komplizierten Bedingungen, unter Verhältnissen der ständig bestehenden Gefahr eines Überfalls von außen und antisowjetischer Provokationen – insbesondere nach der Machtergreifung des Faschismus in Deutschland – handeln mußte, legte eiserne Disziplin und Prinzipientreue an den Tag, es verband Festigkeit bei der Wahrung seiner Staatsinteressen und der

* Franz (Franciszek) Honiok (1896-1939), erstes Opfer des zweiten Weltkrieges. *KWF*

¹ W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1981, S. 166.

² W. I. Lenin, Werke, Bd. 24, Berlin 1978, S. 399 f.

³ L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze, Bd. 7, Berlin 1980, S. 221.

Verteidigung der Sache des Friedens mit Flexibilität und Realismus. Die Annalen der sowjetischen Außenpolitik enthalten eine Vielzahl bewegender Seiten, die vom Mut, von der Standhaftigkeit der Sowjetdiplomaten, dieser Abgesandten des Sowjetvolkes, berichten, die geschickt und ihrer hohen Verantwortung eingedenk die Linie der Partei vertraten und grenzenlose Ergebenheit gegenüber den Idealen des Kommunismus an den Tag legten.“⁴

Die Erforschung der unmittelbaren Vorgeschichte des Großen Vaterländischen Krieges ermöglicht nicht nur, die hohe Opferbereitschaft des Sowjetvolkes umfassender zu verdeutlichen, sondern trägt zugleich dazu bei, die gewaltigen Auswirkungen des Sieges über die faschistischen Aggressoren auf den gesamten Verlauf der Nachkriegsentwicklung noch besser verstehen zu können. Dieser Sieg, an dem die UdSSR den entscheidenden Anteil hat, festigte die Position des Sowjetstaates, stärkte seine Autorität und seinen internationalen Einfluß. Mit der Zerschlagung der reaktionärsten Kräfte des Imperialismus bildeten sich günstige Bedingungen für die Beschleunigung des revolutionären Weltprozesses heraus. In mehreren Ländern Europas und Asiens siegten volksdemokratische und sozialistische Revolutionen; das sozialistische Weltsystem entstand. Der Sieg über Hitlerdeutschland und seine Satelliten sowie über das militaristische Japan verliehen dem nationalen Befreiungskampf der Völker der kolonialen und abhängigen Länder einen machtvollen Impuls. Auf Grund der schweren Erschütterungen des kapitalistischen Systems und der raschen Entwicklung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder ist es der nationalen Befreiungsbewegung mit aktiver Unterstützung der internationalen kommunistischen Bewegung gelungen, das imperialistische Kolonialsystem zu beseitigen.

Das Erstarren der UdSSR und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft, der Aufschwung des revolutionären Weltprozesses, die Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus – all das hat das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der Kräfte des Friedens, des sozialen Fortschritts und der Demokratie von Grund auf verändert.

Das vorliegende Buch ist ein Versuch, die internationalen Bedingungen, die allgemeine Konzeption wie auch die konkreten Orientierungen; den Charakter, die Formen und Methoden des Kampfes der sowjetischen Diplomatie für die Sicherheit des Landes und die Schaffung möglichst günstiger äußerer Bedingungen für den sozialistischen Aufbau sowie den Ausbau der Verteidigungskraft der UdSSR zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 als organische Einheit darzustellen. Unter diesem Aspekt werden auch die Beziehungen der UdSSR zu jenen Staaten untersucht, deren Politik die internationalen Interessen der UdSSR unmittelbar berührte. Zu diesen Staaten zählten: erstens die imperialistischen Mächte Deutschland, Großbritannien, Frankreich (bis zur Kapitulation), die USA, Japan und Italien; zweitens die Nachbarstaaten der UdSSR Finnland, Polen (bis zur Niederlage), Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Türkei, Afghanistan, Iran, Jugoslawien und China.

Erstrangige Bedeutung besitzen dabei folgende Komponenten:

- die Politik der UdSSR gegenüber der englisch-französischen Koalition und den USA;
- die Politik der UdSSR gegenüber der faschistischen imperialistischen Gruppierung;
- der Kampf der UdSSR zur Gewährleistung ihrer Sicherheit im westlichen und nordwestlichen Vorfeld des Landes;
- der Kampf der UdSSR zur Gewährleistung ihrer Sicherheit im südwestlichen Vorfeld des Landes sowie auf dem Balkan;
- der Kampf der UdSSR zur Gewährleistung ihrer Sicherheit südlich ihrer Landesgrenzen;
- der Kampf der UdSSR zur Gewährleistung ihrer Sicherheit, zur Minderung der vom japanischen Militarismus im Fernen Osten ausgehenden Bedrohung und zur Unterstützung des chinesischen Volkes gegen die japanische Aggression.

⁴ A. A. Gromyko, Wo imja torsshestwa leninskoi wneschnej politiki. Isbrannyje retschi i statji, Moskau 1978, S. 584.

In den Dokumenten der KPdSU und der Regierung der UdSSR sowie in Re-[10:]den der führenden Persönlichkeiten des Sowjetstaates wurden die Grundprinzipien und Aufgaben der sowjetischen Außenpolitik und Diplomatie in den Jahren 1939 bis 1941 eindeutig definiert und in zahlreichen sowjetischen Publikationen der letzten Jahre tiefgründig analysiert.⁵ Die komplexe Erforschung der sowjetischen Außenpolitik in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges ist nur dank der intensiven Arbeit der sowjetischen Geschichtswissenschaft möglich geworden. Diese Aufgabe erfolgreich weiterzuführen, erfordert zugleich, der Wissenschaft weitere Materialien und Dokumente zu erschließen.

Die wissenschaftliche Grundlage des vorliegenden Buches bilden vor allem das im Archiv für Außenpolitik des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR⁶ gesammelte dokumentarische Material und das in Russisch und anderen Sprachen veröffentlichte Quellenmaterial. Häufig wurde auf Dokumente und Materialien zurückgegriffen, die sich auf diplomatische Kontakte sowjetischer Staatsfunktionäre, verantwortlicher Mitarbeiter der Volkskommissariate für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel der UdSSR beziehen. Ferner wurden Materialien verwendet, die weitgehende Aufschlüsse über die bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland, Großbritannien, den USA, Frankreich, Italien, Japan, Finnland, der Türkei, Rumänien, Bulgarien, Iran, Afghanistan, Schweden, Norwegen und anderen Staaten vermitteln.

Das besondere Anliegen des Autors besteht darin, die umfangreiche und komplizierte Arbeit der sowjetischen Außenpolitik und Diplomatie zu schildern, die geleistet werden mußte, um der faschistischen Aggression unter für die UdSSR möglichst günstigen Bedingungen begegnen zu können, und die Aufgaben zu verdeutlichen, die die sowjetische Diplomatie unmittelbar vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges gegen den Widerstand beider imperialistischer Gruppierungen sowie anderer Staaten lösen mußte.

Die Aktualität der Arbeit resultiert vor allem auch daraus, daß um die mit der außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR in den Jahren 1939 bis 1941 verbundenen Probleme nach wie vor heftige ideologische Auseinandersetzungen geführt werden. Die bürgerliche Zeitgeschichtsschreibung und die Politologen des Imperialismus fabrizieren nicht nur zahlreiche unwahre Behauptungen über die Außenpolitik der UdSSR und verkünden Teilwahrheiten, sondern konstruieren ein komplettes System von Geschichtsfälschungen, das in die meisten entsprechenden Publikationen einfließt. Derartige Verfälschungen sind keineswegs nur abstrakt-akademischer Natur, sondern Bestandteil des ideologischen Instrumenta-[11:]riums des Imperialismus. Setzt man Umfang und Intensität der bürgerlichen Geschichtsklitterung zu den von der UdSSR von 1939 bis 1941 tatsächlich unternommenen Aktivitäten ins Verhältnis, so dürfte die verzerrte Interpretation gerade dieser historischen Etappe sowjetischer Außenpolitik im Vergleich zu den allgemeinen Entstellungen der Geschichte der UdSSR an Penetranz beispiellos sein. Im ideologischen Klassenkampf mit dem Imperialismus ist die wissenschaftliche Entlarvung all dieser Verfälschungen eine Aufgabe von höchster Aktualität.

Die tiefgründige Analyse der sowjetischen Außenpolitik in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges ist sowohl wissenschaftlich als auch politisch von außerordentlicher Bedeutung. Und das um so mehr, als die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft, alle friedliebenden Länder und gesellschaftlichen Kräfte gegen die imperialistische Hochrüstung eintreten, als sie gerade gegenwärtig beharrliche Anstrengungen unternehmen, um die internationale Entspannung auch künftig als die bestimmende Tendenz in den internationalen Beziehungen zu erhalten. Die sich häufenden Versuche der aggressivsten Kreise, vor allem des amerikanischen Imperialismus, die bankrotte Politik des kalten Krieges gegen den Sozialismus wiederzubeleben und immer neue kost-

⁵ Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1977; Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945, Berlin 1980; Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Bd. 3, Berlin 1977; *Diplomatija w gody wtoroj mirowoi woiny*, Moskau 1975.

⁶ Da der Autor bei Zitaten aus dem Archiv für Außenpolitik der UdSSR (AWP SSSR) keinen konkreten Standort (Fonds, usw.) angibt, wurde von seiten der Redaktion im weiteren darauf verzichtet, jedes Mal nur den Hinweis „AWP SSSR“ zu geben. Vermerke über Gespräche sowjetischer Politiker und Diplomaten, Weisungen des Außenministeriums, Berichte der Diplomaten usw. sind im folgenden also meistens ohne konkreten Quellenhinweis zitiert.

spieligere und gefährlichere Runden des Wettrüstens einzuleiten, haben dazu geführt, daß sich die internationale Situation an der Schwelle der 80er Jahre erneut bedrohlich zugespitzt hat.

Die Lehren aus den Jahren 1939 bis 1941 können dazu beitragen, die katastrophalen Auswirkungen einer solchen Politik besser zu verstehen, den Konfrontations- und Hochrüstungskurs des Imperialismus rechtzeitig zu entlarven, um ihn wirksam zu bekämpfen. Daß dies trotz Verschlechterung der internationalen Lage zu Beginn der 80er Jahre auch weiterhin möglich ist, hat L. I. Breshnew im Januar 1980 unterstrichen: „Im weiteren Sinne war das Wichtigste, was erreicht wurde, die Durchbrechung des tragischen Zyklus Weltkrieg – kurze Friedenspause – wieder Weltkrieg. Auf dieses historische Ergebnis können wir, die sowjetischen Menschen, und unsere Freunde, die Völker der sozialistischen Bruderländer, sowie alle, die für Frieden, Entspannung und friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gekämpft haben und weiterhin kämpfen, mit Recht stolz sein.“⁷

⁷ L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze, Bd. 8, Berlin 1982, S. 275.

1. Kapitel Die historischen Realitäten und ihre Verfälschung

1. Hätte der zweite Weltkrieg verhindert werden können?

Die amerikanischen Spezialisten für außenpolitische Planung und Prognosen Klaus Eugen Knorr und Oskar Morgenstern versuchten wiederholt, Hauptereignisse des internationalen Lebens des 20. Jahrhunderts zu verallgemeinern. In dem 1968 in Princeton erschienenen Buch „Politische Vermutung in der militärischen Planung“ nehmen nach ihrem Dafürhalten folgende Ereignisse die dominierende Stellung ein: die Wiedergeburt des deutschen Militarismus, das Erstarken Japans als aggressive Militärmacht und schließlich der zweite Weltkrieg. Zwar ist die Fähigkeit der politischen Führung der USA bezüglich des Erkennens künftiger Entwicklungen – Knorr und Morgenstern beziffern diesen Zeitraum mit 15 Jahren – mehr als zweifelhaft, doch kann die Fragestellung selbst keinesfalls als gegenstandslos abgetan werden. Betrachtet man die Sache näher, so trugen nicht nur Washington, sondern auch London und Paris eine höchst erstaunliche Unlust zur Schau, der Realität, das heißt der zunehmenden Kriegsgefahr in der Periode zwischen den beiden Weltkriegen ins Auge zu sehen. Allein in Moskau ging man an Fragen der langfristigen Entwicklung der internationalen Beziehungen anders heran.

Die Leninsche Voraussicht von Kriegskatastrophen

Sowohl die Entstehung als auch der Ausbruch des zweiten Weltkrieges waren für die KPdSU und den Sowjetstaat keineswegs überraschend. Die sowjetische Außenpolitik der 20er und 30er Jahre, ihre Planung und ihre Aktivitäten beruhten auf der Kenntnis der internationalen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen und berücksichtigten die Gefahren, die aus der Kriegspolitik der aggressiven Kräfte des Imperialismus resultierten. Wiederholt stellte der Begründer des Sowjetstaates, W. I. Lenin, fest, daß die scheinbar stabilen Bündnisse und Koalitionen der führenden kapitalistischen Mächte möglicherweise nur zeitweilig von Bestand sind und daß die friedliche Lösung der innerimperialistischen Widersprüche durch kriegerische Formen abgelöst wird. Geleitet von diesem Leninischen Herangehen berücksichtigte die KPdSU gleichzeitig, daß kommende Kriege die Er-[14:]runenschaften des Sozialismus in der UdSSR aufs äußerste bedrohen würden, denn auf Grund der damaligen Klassenkräftekonstellation würde ein Krieg höchstwahrscheinlich auch vor der Sowjetunion nicht haltmachen. Wie W. I. Lenin hervorhob, „(werden) bei der heutigen Weltlage, nach dem imperialistischen Krieg: die gegenseitigen Beziehungen der Völker, das ganze Weltsystem der Staaten bestimmt ... durch den Kampf einer kleinen Gruppe imperialistischer Nationen gegen die Sowjetbewegung und die Sowjetstaaten, an deren Spitze Sowjetrußland steht“.¹ Vorausblickend schätzte er ein, daß dieser Kampf zeitweise eine solche Härte annehmen könnte, daß er in einen bewaffneten Überfall des Kapitalismus hinüberwächst, und warnte deshalb: „... wir (sind) stets nur um Haaresbreite von einem Überfall entfernt ...“²

Nach dem Machtantritt Hitlers klassifizierten alle sowjetischen Einschätzungen der internationalen Lage das faschistische Deutschland als Hauptquelle der Kriegsgefahr in Europa; der XVII. Parteitag der KPdSU (B) 1934 schätzte die Situation ebenso ein. Er zog auch jene Schlußfolgerung, die größte theoretische und praktische Bedeutung erlangen sollte: Die innerimperialistischen Widersprüche haben sich enorm zugespitzt und den Boden für militärische Konflikte bereitet; der Krieg als Mittel zur Neuaufteilung der Welt und zur Umverteilung der imperialistischen Einflußsphären zugunsten der stärkeren Staaten ist wieder in greifbare Nähe gerückt. Diese Schlußfolgerungen wurden von der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung übernommen und weiterentwickelt. „Der deutsche Faschismus ist der Hauptanstifter eines neuen imperialistischen Krieges und tritt als der Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution auf“, heißt es in einer Resolution des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (1935). Die deutschen Faschisten, die „nach der Hege- monie des deutschen Imperialismus in Europa streben, stellen die Frage nach der Änderung der europäischen Grenzen durch einen Krieg auf Kosten ihrer Nachbarstaaten“³.

¹ W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1978, S. 229.

² W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, Berlin 1982, S. 130.

³ VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Referate und Resolutionen, Berlin 1975, S. 305, 324.

Die Sowjetunion kämpfte bereits gegen die zunehmende Kriegsgefahr in Europa und Asien, als sich diese Gefahr erst abzuzeichnen begann. Sie war die einzige Kraft, die diesen Kampf konsequent, zielstrebig und ehrlich führte. Bereits am 6. Februar 1933 legte die UdSSR auf der internationalen Abrüstungskonferenz einen Deklarationsentwurf zur Definition der Aggression vor, der international ein starkes Echo hervorrief. Ablehnend zu diesem Vorschlag verhielt sich Großbritannien. Der erste große außenpolitische Schritt Hitlerdeutschlands hingegen ließ die dominierende Tendenz seiner Politik erkennen. Am 14. Oktober 1933 verließ Deutschland die Abrüstungskonferenz und trat fünf Tage danach auch aus dem Völkerbund aus. Die sowjetische Reaktion folgte sofort. Das ZK der KPdSU (B) faßte am 12. Dezember 1933 den Beschluß, den Kampf um ein System der kollektiven Sicherheit aufzunehmen. Am 20. Dezember bestätigte das [15:] Politbüro des ZK der KPdSU (B) das Dokument des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR über praktische Maßnahmen zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa, in dem es unter anderem hieß: „Die UdSSR hat nichts dagegen, daß im Rahmen des Völkerbundes ein regionales Abkommen zur gemeinsamen Abwehr deutscher Aggressionen abgeschlossen wird.“⁴ Als Teilnehmer eines derartigen Abkommens kamen (außer der UdSSR) Belgien, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Litauen, Lettland, Estland und Finnland in Betracht.

Die Politik der UdSSR, regionale Sicherheitsabkommen zu schließen, unterschied sich grundsätzlich von der des Imperialismus, Militärpakte zusammenzuzimmern, die einen Teil der Staaten einem anderen Teil gegenüberstellten, also letztendlich auf Konfrontation hinausliefen. Demgegenüber hätte ein regionales Abkommen die Aufgabe gehabt, durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten den Frieden in einer bestimmten Region zu sichern, ohne irgendeinen Staat zu bedrohen. Solch ein Abkommen war nicht auf Krieg, sondern auf die Sicherung des Friedens gerichtet.

Die sowjetische Diplomatie versuchte, die Idee der kollektiven Sicherheit auf verschiedene Art und Weise zu verwirklichen. Dies gilt sowohl für die potentiellen Kriegsherde in Europa als auch in Asien. So erklärte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, M. M. Litwinow, am 27. November 1937: „Wir unterstrichen unsere Bereitschaft, bei allen ähnlichen Fällen – auch dann, wenn die Interessen der Sowjetunion überhaupt nicht berührt wurden – gleich anderen großen als auch kleinen Staaten an der kollektiven Abwehr des Aggressors teilzunehmen. Doch bis jetzt gibt es kein Kollektiv für die Abwehr.“⁵

Der Kampf für die kollektive Abwehr einer Aggression, den die UdSSR als zuverlässiges Mittel zur Verhütung eines Krieges erachtete, wurde – so sich die Partner überhaupt hierzu bereitklärten – von Maßnahmen auf bilateraler Ebene flankiert. Von 1935 bis 1937 schloß die UdSSR mit Frankreich und der Tschechoslowakei Verträge über gemeinsame Verteidigungsmaßnahmen gegen eine eventuelle Aggression und mit China einen Nichtangriffspakt ab. Gleichzeitig wurde alles nur Mögliche getan, um die aggressiven Kräfte zu entlarven. Die Sowjetunion verurteilte entschieden jegliche aggressiven Handlungen in allen Teilen der Welt und unterstützte jene Länder und Völker, die Opfer von Aggressionen wurden, gewährte ihnen umfangreiche Hilfe im Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit.

[16:]

Das Problem der Aggression – die Unvereinbarkeit der beiden Strategien

Der von der UdSSR entwickelten Idee, zum Schutz vor einem eventuellen Krieg eine Staatenkoalition zu schaffen, setzten die westlichen Partner der Sowjetunion in den 30er Jahren eine Politik entgegen, die darauf gerichtet war, ihre eigenen unmittelbaren Sicherheitsinteressen dem höheren Klassenziel – Vermeidung eines Krieges zwischen den führenden imperialistischen Staaten – unterzuordnen. Die vom faschistischen Deutschland in Europa und vom militaristischen Japan in Asien erhobenen Ansprüche wollten sie von sich ab- und die Aggressormächte auf die UdSSR hinlenken. Auf diese Weise sollten die wachsenden imperialistischen Widersprüche auf Kosten der UdSSR, Chinas und der

⁴ Dokumenty wneschnej politiki SSSR, Bd. XVI, Moskau 1970, S. 876.

⁵ Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel), Nr. 52 vom 2.12.1937.

kleineren europäischen Staaten sowie durch einen für die Beteiligten annehmbaren Kompromiß hinsichtlich der Kolonialbesitzungen gelöst werden. Im Grunde verfolgte der Imperialismus mit dieser Politik das Ziel, das eigene System zu konsolidieren und zu Verhältnissen zurückzukehren, wie sie vor der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der Welt bestanden hatten. Daraus erklärt sich letztlich auch jenes nahezu beispiellose Stillhalten Großbritanniens, Frankreichs und der USA gegenüber der von den Achsenmächten betriebenen Aggressionspolitik, ihr Unwillen, die wachsende Kriegsgefahr zur Kenntnis zu nehmen, ihre ständigen „Nichteinmischungs“vorwände, das Bestreben, realen Sanktionen – ganz zu schweigen von militärischen – gegen die Aggressormächte auszuweichen, sowie ihre vordergründige Bereitschaft zur „Beschwichtigung“ der Aggressoren.

Da die ausgeprägte antikommunistische und antisowjetische Politik Deutschlands, Italiens und Japans den imperialistischen Zielen voll und ganz entsprach, akzeptierten die Westmächte, daß die Macht der Aggressorstaaten ständig wuchs; sie assistierten somit faktisch bei der Demontage der gesamten Struktur der internationalen Beziehungen, die sich nach dem ersten Weltkrieg herausgebildet hatte. „Die Imperialisten der USA, Englands und Frankreichs unternahmen manches“, so stellte L. I. Breshnew fest, „um nach dem ersten Weltkrieg den deutschen Militarismus wiederzubeleben und ihn gegen die Sowjetunion zu lenken. Und als Hitler mit Hilfe der deutschen Monopole an die Macht kam und offen Kurs auf einen Krieg nahm ‚befriedeten‘ die Westmächte den Aggressor. Sie warfen Hitler immer neue Opfer vor die Füße und nährten die Hoffnung, daß er seine Horden nach Osten, gegen das Land des Sozialismus lenken würde. Das Komplott von München, das die Tschechoslowakei an das faschistische Deutschland auslieferte, war das schimpflichste Merkmal dieser schändlichen Pläne der Imperialisten.“⁶

Der deutsche Faschismus begann unbehelligt mit offenen Kriegsvorbereitungen. Am 13. März 1935 kündigte Deutschland die Militärartikel des Versailler Vertrages auf, die ihm den Aufbau einer eigenen Luftwaffe untersagten, und [17:] führte drei Tage später die allgemeine Wehrpflicht ein. Statt entschiedene Gegenmaßnahmen einzuleiten, öffnete Großbritannien unter dem Vorwand einer „Kontrolle über die deutschen Rüstungen“ den Faschisten einen weiteren Kanal, ihre militärische Macht vergrößern zu können, – den Aufbau einer deutschen Kriegsmarine. Gemäß dem britisch-deutschen Marineabkommen von 1935 wurde die neue Kriegsmarine Deutschlands mit einer Gesamttonnage von 420.000 BRT sanktioniert, während es hinsichtlich einer U-Bootflotte praktisch keinerlei Beschränkungen gab.

Im August 1936 verkündete Adolf Hitler: „Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein: Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein.“⁷ Verfügte Deutschland im Jahre 1935 über 31 Divisionen, so waren es bis Herbst 1939 bereits 102. Der Personalbestand der Wehrmacht erhöhte sich in den letzten sieben Vorkriegsjahren von 105.000 auf 3.755.000 Mann, das heißt, er wurde um mehr als das 35fache aufgestockt. Während 1934 in Deutschland 840 Flugzeuge hergestellt wurden, waren es 1936 bereits 4 733. Insgesamt wuchs die Rüstungsproduktion von 1933 bis 1939 um mehr als das Zehnfache.

Ein derart forciertes Rüstungstempo hätte die Kräfte Deutschlands bei weitem überstiegen, wären ihm nicht aus den USA und Großbritannien Kredite zum Ausbau seines Rüstungspotentials zugeflossen. Deutschland kaufte im Ausland Kriegstechnik und Waffen, darunter auch Flugzeugmotoren, die damals den technischen Höchststand in dieser Branche repräsentierten. Die Unternehmen Heinkel, Fokke-Wulf sowie die Rüstungsbetriebe der Firmen Thyssen, Krupp und IG Farben wurden mit neuesten Technologien auf dem Rüstungssektor ausgestattet. Die in den Vorkriegsjahren zwischen den deutschen Monopolen und dem Auslandskapital entstandene Allianz erlaubte es Deutschland, eine starke Rüstungsbasis und eine moderne, schlagkräftige Streitmacht aufzubauen. Noch kurz vor Beginn des Krieges wurden von den USA und Großbritannien Investitionen in Höhe von nahezu 1 Mrd. Dollar in Deutschland getätigt. Der sowjetische Historiker N. N. Jakowlew schreibt: „Bis zum Jahre

⁶ L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze, Bd. 1, Berlin 1971, S. 129.

⁷ Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin 1966, S. 150.

1939 war die deutsche Wirtschaft durch die fieberhafte Aufrüstung bis aufs Äußerste angespannt worden, im Bereich des Außenhandels begann sich auf Grund der verstärkten Käufe von strategischen Rohstoffen und Materialien eine schwierige Situation abzuzeichnen. Jegliche Maßnahmen in Richtung einer Einschränkung derartiger Importe hätten für das faschistische Reich mit einer Katastrophe geendet. Entsprechende Hebel befanden sich in der Hand des Westens. Am Vorabend des Krieges bezog Deutschland etwa 50 Prozent der von der Rüstungsindustrie benötigten Rohstoffe und Materialien aus Großbritannien, Frankreich, den USA sowie aus den von ihnen kontrollierten Territorien.“⁸

Im März 1936 setzte Hitler die Militärmacht erstmals für außenpolitische Ziele ein: Er ließ die entmilitarisierte Zone am Rhein besetzen. Die UdSSR schlug daraufhin im Völkerbund sofort Sanktionen gegen den Aggressor vor. Großbritannien und Frankreich sprachen sich jedoch dagegen aus. Diese Nachgiebigkeit der Westmächte in Territorialfragen ermunterte das faschistische Berlin außerordentlich und steigerte sein Selbstbewußtsein ins Maßlose. Die Expansionspolitik Nazideutschlands, sein Bestreben, die reaktionärsten militaristischen Kräfte um sich zu scharen, erhielt in dem 1936 abgeschlossenen „Antikominternpakt“, in der Bildung eines militärisch-politischen Blocks, bestehend aus Deutschland, Italien und Japan, seinen konzentrierten Ausdruck. Nachdem die faschistische Koalition perfekt war, begannen in Europa und Asien Kriegsherde zu schwelen, die jederzeit zu einem Weltbrand aufflammen konnten.

Je mehr Zeit verging, desto klarer wurde, daß außer der UdSSR und der Mongolischen VR sich kein Staat konsequent dafür einsetzte, dem drohenden Weltkrieg entschlossen entgegenzuwirken. Die aggressiven Staaten wurden im Gegenteil vor allem durch die von Großbritannien, Frankreich und den USA betriebene Politik der „Beschwichtigung“ zur militärischen Aggression ermuntert. So war es allein die Sowjetunion, die der spanischen Republik ungeachtet ihrer äußerst ungünstigen geographischen Lage umfangreiche Hilfe gegen den unter aktiver Teilnahme Deutschlands und Italiens im Juli 1936 organisierten faschistischen Putsch erwies. Großbritannien, Frankreich und die USA hingegen bezogen im Rahmen ihrer Politik der „Nichteinmischung“ und „Neutralität“ eine Position, die faktisch einer Unterstützung der faschistischen Putschisten gleichkam.

Auch in Asien spielte die UdSSR die entscheidende Rolle im Kampf gegen die Annexionspläne der japanischen Militaristen und wirkte eng mit der Mongolischen VR zusammen. Großbritannien und die USA waren nicht bereit, der 1933 von der Sowjetunion entwickelten Idee, einen Pazifikpakt als kollektiven politischen Sperrriegel gegen die Entwicklung des japanischen Expansionismus zu, gründen, zuzustimmen. Die Westmächte zeigten auch keinerlei Bereitschaft, gemeinsam mit der UdSSR der japanischen Aggression gegen China entgegenzutreten. Nur die UdSSR vergab an China bedeutende Kredite und stellte Kriegstechnik zur Verfügung. Große Bedeutung in diesem Zusammenhang besaßen die von der UdSSR als Freiwillige nach China entsandten Militärspezialisten. Im Gegensatz dazu wurde auf der Brüsseler Konferenz (November 1937), die speziell einberufen worden war, um die Lage in Ostasien zu erörtern, der Vorschlag der UdSSR, gegen Japan kollektive Sanktionen des Völkerbunds zu beschließen, auf Betreiben der USA und Großbritanniens abgelehnt.

Nach Bildung der Regierung Neville Chamberlain (Mai 1937) trat in der britischen „Beschwichtigungspolitik“ ein neues Moment hervor, nämlich der Versuch, sich mit Deutschland zu verständigen, ihm in Mittel- und Osteuropa freie Hand zu lassen und seine Expansionsbestrebungen in Richtung UdSSR zu kanalisieren. Wie Herbert von Dirksen, damaliger deutscher Botschafter in Großbritannien, schrieb, hatte sich die englische Regierung in wesentlichen Punkten den von Deutschland vertretenen Leitsätzen angenähert: der Ausschaltung der Sowjetunion aus der Mitbestimmung der Geschichte Europas; der Ausschaltung [19:] des Völkerbundes bei derselben Aufgabe; der Zweckmäßigkeit zweiseitiger Verhandlungen und Verträge.⁹

Bei den Verhandlungen des britischen Außenministers Lord Edward F. Halifax mit Hitler im November 1937 gab London recht deutlich seine Bereitschaft zu erkennen, die politische Karte Europas

⁸ N. N. Jakowlew, „God 1939-y: wsgljad 40 let spustja“, Woprossy istorii, 1979/8, S. 10.

⁹ Vgl. Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, Bd. II: Das Archiv Dirksens (1938-1939), Moskau 1948, S. 31.

zugunsten Deutschlands zu verändern und insbesondere dessen Ansprüche auf Österreich, Danzig und die Tschechoslowakei unter der Bedingung zu akzeptieren, etappenweise vorzugehen. In der Downing Street setzte man darauf, daß Hitler bereit sein würde, das britische Kolonialimperium zu akzeptieren. Die Ergebnisse der deutsch-britischen Verhandlungen vom November 1937 wurden von der französischen Regierung ausdrücklich begrüßt. Hitler wich einer konkreten Antwort aus. Für ihn bestand das Wichtigste darin, daß die deutsche Expansionspolitik in Mittel- und Osteuropa nicht auf den militärischen Widerstand der Westmächte stieß.

Am 12. März 1938 besetzte Hitlerdeutschland Österreich. Wiederum war die UdSSR das einzige Land, das die deutsche Aggression entschieden verurteilte. Die UdSSR nahm den „Anschluß“ Österreichs sehr ernst, wurde doch zum ersten Mal seit Ende des ersten Weltkriegs ein selbständiger Staat aus der politischen Karte Europas ausradiert, ein Staat, dessen Unabhängigkeit von Großbritannien und Frankreich garantiert worden war. In einem Brief des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR an das ZK der KPdSU (B) vom 14. März 1938 hieß es: „Die Besetzung Österreichs stellt das größte Ereignis nach dem Weltkrieg dar, höchst gefährlich nicht zuletzt auch für unsere Union.“¹⁰

Am 17. März 1938 unterbreitete die Sowjetregierung Großbritannien, Frankreich und den USA den Vorschlag, sich an kollektiven Maßnahmen mit dem Ziel zu beteiligen, der Eskalation der deutschen Aggressionspolitik Einhalt zu gebieten und die wachsende Kriegsgefahr abzuwenden. „Morgen könnte es bereits zu spät sein“, stellte die Regierung der UdSSR fest, „aber heute ist es noch an der Zeit, wenn alle Staaten, und hierbei besonders die Großmächte, eine feste unzweideutige Position hinsichtlich des Problems der kollektiven Rettung des Friedens beziehen.“¹¹ Großbritannien und Frankreich reagierten jedoch erneut ablehnend. Die USA beantworteten den sowjetischen Vorschlag überhaupt nicht. Auch in dieser Situation ließ die UdSSR nichts unversucht, um einen Weltkrieg zu verhindern. Unmittelbar nachdem deutsche Truppen die Österreichische Grenze überschritten hatten, gab die UdSSR eine offizielle Erklärung ab (17.4.1938), in der sie die Bereitschaft erneuerte, ihren Verpflichtungen aus dem sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspakt von 1935 nachzukommen. Im April 1938 faßte das ZK. der KPdSU (B) einen Beschluß über die Hilfeleistung für die Tschechoslowakei. Über den Inhalt des Beschlusses wurde der Präsident der ČSR, Edvard Beneš, in Kenntnis gesetzt. Die Bedingungen, den Aggressor in [20:] die Schranken zu weisen, waren, wie es schien, äußerst günstig: Hätte ein wirkungsvoller Mechanismus des gegenseitigen Beistands existiert, hätte der Tschechoslowakei seitens der UdSSR und Frankreichs mittels effektiver Maßnahmen geholfen werden können. Und dies auch unabhängig vom Völkerbund, da in diesem Gremium, wie die Erfahrungen lehrten, die Westmächte jegliche Initiativen der UdSSR hinsichtlich kollektiver Maßnahmen gegen den Aggressor sabotierten. Die UdSSR schlug vor, daß die Generalstäbe der UdSSR, Frankreichs und der Tschechoslowakei in Verhandlungen treten sollten, um entsprechende militärische Maßnahmen zu erörtern. Innerhalb kurzer Zeit – am 25. Mai, 25. Juni und 22. August – gab die UdSSR offizielle Erklärungen ab, in denen sie ihre Bereitschaft bekräftigte, der Tschechoslowakei militärischen Beistand zu leisten. Der Gesandte der Tschechoslowakei in der UdSSR, Zdeněk Fierlinger, teilte am 23. April Prag mit: „Sie (die UdSSR – P. S.) hat hierzu alle notwendigen Mittel. Der Stand der Armee und des Flugwesens gestattet es.“¹²

Die UdSSR war auch bereit, der Tschechoslowakei einseitig, das heißt auch ohne Frankreich Hilfe zu erweisen, vorausgesetzt, die Tschechoslowakei hätte um sowjetische Hilfe nachgesucht und sich auch selbst verteidigt. Die politische Bereitschaft der UdSSR wurde durch entsprechende Maßnahmen militärisch abgesichert: An der Westgrenze der UdSSR wurden 30 Schützendivisionen konzentriert, große Militärübungen abgehalten, Panzer- und Luftstreitkräfte in militärische Bereitschaft versetzt. Allein in den Besonderen Militärbezirken Belorußland und Kiew waren mehr als 500 sowjetische Bomben- und Jagdflugzeuge konzentriert.

¹⁰ Zit. nach: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945, Berlin 1980, S. 414.

¹¹ Dokumenty wneschnej politiki SSSR, Bd. XXI, Moskau 1977, S. 129.

¹² Neue Dokumente zur Geschichte des Münchener Abkommens, Prag 1959, S. 29.

Außer der UdSSR war keine Regierung bereit, der Aggression gegen die Tschechoslowakei Einhalt zu gebieten, nicht einmal die Regierung Beneš selbst. Noch im Mai 1938 hatte Beneš dem britischen Gesandten in Prag versichert, daß die Tschechoslowakei „immer Westeuropa folgen und mit ihm und niemals mit Osteuropa verbunden sein (würde)“¹³.

Inzwischen hatten in London britisch-deutsche Geheimverhandlungen über eine „Regelung“ der tschechoslowakischen Frage begonnen. Man gab Deutschland zu verstehen: „Wenn wir Beide, Großbritannien und Deutschland, uns über eine Regelung des tschechischen Problems geeinigt haben, so werden wir den Widerstand, den Frankreich und die Tschechoslowakei selber dieser Lösung bereiten könnten, einfach beiseite schieben.“¹⁴ Es ging hierbei nicht so sehr um die Tschechoslowakei. London betrachtete die Einigung in dieser Frage lediglich als einen Schritt zu einem umfassenderen Abkommen, in dem Deutschland die Unverletzlichkeit des Britischen Empire anerkannte und sich verpflichtete, dessen Stellung als Großmacht zu akzeptieren. Darauf zielte der „Plan Z“, der vorsah, daß zum förmlichen Abschluß dieses „Geschäfts“ gegenseitige offizielle Besuche [21:] auf allen Ebenen, darunter auch Besuche Görings und sogar Hitlers, in Großbritannien stattfinden sollten.¹⁵ Die französische Regierung unterstützte die Politik Großbritanniens, sich mit Hitler auf Kosten der Tschechoslowakei zu arrangieren, voll und ganz. Am 29. September 1938 unterschrieben Großbritannien und Frankreich in München ein Abkommen, demzufolge Deutschland etwa 20 Prozent des Staatsgebiets der Tschechoslowakei zugesprochen wurden, auf dem ein Viertel der Bevölkerung lebte und sich nahezu die Hälfte der Schwerindustrie des Landes konzentrierte. Die USA billigten die Ergebnisse der Münchner Konferenz ebenfalls vollinhaltlich. Die UdSSR wertete dieses Komplott als „einen Akt ..., der in seiner Schamlosigkeit alles übertrifft, was seit dem ersten Weltkrieg stattgefunden hat“¹⁶.

Bereits in den ersten Monaten nach München offenbarte sich die völlige Unhaltbarkeit der Politik der „Beschwichtigung“ des Faschismus. Deutschland annektierte nicht nur einen weitaus größeren Teil des tschechoslowakischen Territoriums als in München vereinbart, sondern forderte darüber hinaus den Anschluß weiterer tschechoslowakischer Gebiete mit einer Bevölkerung von nahezu einer Million Menschen. Am 15. März 1939 besetzte die Wehrmacht das gesamte Territorium der Tschechoslowakei.

Der letzte Versuch der UdSSR, den Krieg zu verhindern

Am 17. April 1939 versuchte die UdSSR wiederum, einen neuen Weltkrieg abzuwenden. Sie schlug vor, eine Antihitlerkoalition auf der Grundlage eines militärisch-politischen Abkommens über gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich zu schaffen, das auf dem Prinzip der gleichen Rechte und Pflichten aller Teilnehmer basieren sollte. Die wichtigsten Artikel des Vertragsentwurfs lauteten:

„1. England, Frankreich und die UdSSR werden miteinander ein Abkommen für die Zeitdauer von fünf bis zehn Jahren schließen, wodurch sie sich gegenseitig verpflichten, sich sofort allen möglichen Beistand zu leisten, einschließlich eines solchen militärischer Natur, im Falle der Aggression in Europa gegen irgendeine der vertragschließenden Mächte.

2. England, Frankreich und die UdSSR verpflichten sich, jegliche Art von Beistand, einschließlich eines solchen militärischer Natur, allen osteuropäischen Staaten, die zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer gelegen sind und die an die Sowjetunion grenzen, zu leisten im Falle der Aggression gegen diese Staaten.

¹³ Documents on British Foreign Policy. 1919-1939. Third Series, vol. I, 1938, London 1949, S. 314 (im weiteren kurz: DBFP).

¹⁴ Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 43.

¹⁵ Vgl. I. D. Owsjany, Taina, w kotoroi woina roshdalas, Moskau 1975, S. 204-214; Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945, a. a. O., S. 423 f.

¹⁶ Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel), Nr. 50 vom 6.10.1938, S. 1666.

3. England, Frankreich und die UdSSR verpflichten sich, innerhalb der kürze-[22:]sten Frist das Ausmaß und die Formen des militärischen Beistands zu beraten und festzulegen, den diese Staaten in Erfüllung der §§ 1 und 2 leisten sollen.“¹⁷

Weiterhin war vorgesehen, daß Großbritannien, Frankreich und die UdSSR sich verpflichten, nach Eröffnung militärischer Handlungen keinerlei wie auch immer geartete Verhandlungen aufzunehmen und mit den Aggressoren keinen Frieden unabhängig voneinander und ohne gemeinsame Zustimmung der drei Mächte abzuschließen. Die sowjetischen Vorschläge beinhalteten neben dem politischen Abkommen auch eine Militärkonvention. Das Wesen der sowjetischen Vorschläge wurde in einem Telegramm des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, das den Botschaftern der UdSSR in London und Paris am 19. Juli zugeht, verallgemeinert: „Wir bestehen ebenso darauf, daß der militärische Teil ein untrennbarer Bestandteil des militärisch-politischen Vertrages ist, wie es der Entwurf des zur Beratung stehenden Vertrages darstellt, und lehnen kategorisch die englisch-französischen Vorschläge ab, daß zuerst der ‚politische‘ Teil des Vertrages vereinbart wird und erst danach zum Militärabkommen übergegangen wird. Dieser betrügerische englisch-französische Vorschlag zerreißt den einheitlichen Vertrag in zwei Verträge und widerspricht unserem Hauptvorschlag über die Gleichzeitigkeit des Abschlusses des ganzen Vertrages, einschließlich auch seines militärischen Teils, der der wichtigste und politischste Teil des Vertrages ist ... Ohne die Aufnahme eines konkreten Militärabkommens als Bestandteil des ganzen Vertrages würde der Vertrag zu einer leeren Deklaration werden.“¹⁸

Während die Sowjetunion ihren – wie sich später erweisen sollte – letzten Versuch unternahm, einen neuen Weltkrieg von den Völkern abzuwenden, ging im Juli/August 1939 von den Westmächten ebenfalls eine letzte Initiative aus, den Krieg auf Kosten der UdSSR von Großbritannien und Frankreich fernzuhalten. Dokumente aus deutschen Geheimarchiven belegen, daß der britische Premier Neville Chamberlain bereit war, ein britisch-deutsches Bündnis abzuschließen und Deutschland einen langfristigen Kredit in Höhe von 3,5 Mrd. Pfund Sterling einzuräumen. Wie der ehemalige deutsche Botschafter in London, von Dirksen, bezeugte, bestand der rationelle Kern des von Chamberlain geplanten britisch-deutschen Abkommens darin, daß „England auf die gewissen Staaten in der deutschen Interessensphäre gegebenen Garantien verzichtete. Ferner würde Großbritannien dahin wirken, daß Frankreich sein Bündnis mit der Sowjetunion und seine Bindungen in Südosteuropa löse. Es werde auch seine Paktverhandlungen mit der Sowjetunion aufgeben.“¹⁹ Den Aufzeichnungen von Dirksens zufolge war „der innere Zweck dieses Vertrages ..., den Engländern damit eine allmähliche Auflockerung ihrer Verpflichtungen gegenüber Polen zu ermöglichen ... Dann wäre Polen gewissermaßen mit Deutschland allein gelassen.“²⁰

[23:] All das widerspiegelte sich auch in der Haltung der Westmächte bei den Verhandlungen über den Abschluß einer Militärkonvention zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR, die auf Grund einer sowjetischen Initiative vom 23. Juli 1939 aufgenommen worden waren. Die Verhandlungsdirektiven, von denen sich die britische (und auch die französische) Militärmission leiten ließen, belegen eindeutig, daß die Regierung Großbritanniens nicht bereit war, mit der UdSSR eine verbindliche Militärkonvention über gegenseitigen Beistand zur Abwehr einer faschistischen Aggression zu schließen. In Paragraph 8 der genannten Direktive hieß es: „Die britische Regierung ist nicht willens, irgendwelche konkreten Verpflichtungen einzugehen, die uns unter den ganzen Umständen die Hände binden können.“²¹ Aufseiten der Westmächte gab es keinerlei Plan für abgestimmte Operationen mit der UdSSR gegen den gemeinsamen Feind.

Die UdSSR legte einen militärischen Plan vor, der koordinierte Aktionen der Streitkräfte der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs gegen alle möglichen Varianten einer Aggression vorsah. Generalstabschef B. M. Schaposchnikow unterbreitete einen Operationsplan der sowjetischen Streitkräfte an

¹⁷ Zit. nach: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945, a. a. O., S. 439 f.

¹⁸ A. a. O., S. 449 f.

¹⁹ Dokumente und Materialien aus der Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, a. a. O., S. 192.

²⁰ A. a. O., S. 189, 193.

²¹ Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Bd. 2, Berlin 1975, S. 176.

der Westgrenze der UdSSR. Im Falle einer faschistischen Aggression in Europa wäre die Rote Armee bereit und in der Lage gewesen, 120 Infanterie- und 16 Kavalleriedivisionen, 5000 schwere Geschütze, 9000 bis 10.000 Panzer und etwa 5000 bis 5500 Militärflugzeuge bereitzustellen. Die befestigten Räume entlang der gesamten sowjetischen Westgrenze hätten innerhalb von 4 bis 6 Stunden in Gefechtsbereitschaft versetzt werden können. Jede Variante des genannten Operationsplanes gegen Hitlerdeutschland setzte allerdings voraus, daß die sowjetischen Truppen rumänisches und polnisches Territorium hätten durchqueren müssen, um mit den deutschen Truppen in Berührung zu kommen. „Was wir zur Diskussion stellen, erlegt uns nichts außer schweren Verpflichtungen auf- unsere Truppen zu sammeln und den gemeinsamen Feind zu schlagen. Gewiß kann man uns nicht zwingen, um das Recht zu betteln, gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen“²², argumentierte die sowjetische Seite.

Nachdem sich jedoch herausgestellt hatte, daß die Delegationen Großbritanniens und Frankreichs keine ausreichenden Vollmachten besaßen, um diese Frage zu erörtern, waren weitere Verhandlungen völlig gegenstandslos geworden.

Die Ereignisse der folgenden beiden Jahre bestätigten den Verrat der britischen und französischen Regierung, den sie als Partner des Münchner Komplotts an ihren eigenen Ländern und an der gesamten Menschheit begingen, als sie die von der UdSSR angebotene Zusammenarbeit mit allem Nachdruck ausschlugen. Die Antihitlerkoalition wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 Realität, doch in der Zeit, die seit Ausbruch des Krieges am 1. September 1939 vergangen war, kapitulierte Frankreich, wurden viele europäische Länder okkupiert, und Großbritannien befand sich in einer kritischen militärischen Lage. „Wenn wir [24:] heute den britisch-französisch-sowjetischen Vertragsentwurf von neuem lesen, dann erhebt sich unwillkürlich die Frage: Wie konnte unsere Diplomatie bei der Beschäftigung mit diesem Problem so blind und kleinlich sein und die Gelegenheit ungenutzt vorübergehen lassen, einen seiner Bedeutung nach so wichtigen Vertrag abzuschließen ...?“²³ konstatierte später der französische General André Beaufre, der an den Verhandlungen zwischen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich teilgenommen hatte.

Realistisch ist auch die Feststellung des BRD-Historikers Axel Kuhn, der darauf hinweist, daß sich die Sowjetunion hinsichtlich der aggressiven Ziele Hitlers keinen Illusionen hingab und alles Erforderliche unternahm, um eine antisowjetische Koalition zu verhindern und die eigene Sicherheit zu erhöhen.²⁴ Der militärische Konflikt Hitlerdeutschlands mit den anderen Mächten war praktisch unausbleiblich geworden, betont der britische Spezialist für die Geschichte des Faschismus Alan Bullock. „Hätten die Westmächte die von Hitler ausgehende Gefahr früher erkannt und wären sie den Forderungen Hitlers und Mussolinis entschlossener entgegengetreten, hätte der Zusammenstoß möglicherweise nicht zum Krieg geführt, zumindest nicht zu einem Krieg, der schließlich derartige Dimensionen annahm.“²⁵

Der britische Historiker Basil H. Liddell Hart, eine Autorität der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, ist ebenfalls der Meinung, daß der zweite Weltkrieg hätte verhindert werden können. Hierzu wäre es erforderlich gewesen, der Aggression Hitlers das einheitliche Handeln Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion entgegenzustellen. „Der Krieg hätte sich nur durch die Unterstützung Rußlands vermeiden lassen, der einzigen Macht, die Polen unmittelbar Beistand leisten und so ein Abschreckungsfaktor für Hitler sein konnte. Aber trotz der gefährlichen Situation unternahm die britische Regierung nur zögernde und halbherzige Schritte in dieser Richtung.“²⁶ Liddell Hart kommt dem Kern der Frage ziemlich nahe, scheut aber vor dem Eingeständnis zurück, daß ein gegen Hitlerdeutschland gerichtetes Staatenbündnis den zweiten Weltkrieg hätte verhindern können.

²² DBFP. Third Series, vol. VII, 1939, London 1954, S. 612.

²³ A. Beaufre, *Le drame de 1940*, Paris 1968, S. 119.

²⁴ Vgl. A. Kuhn, „Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion“, in: M. Funke (Hrsg.), *Hitler, Deutschland und die Mächte*, Düsseldorf 1976, S. 644 f.

²⁵ A. L. Ch. Bullock, „Hitler and the Origins of the Second World War“, in: E. Robertson (ed.), *The Origins of the Second World War.*, New York 1971, S. 221.

²⁶ Liddell Harts *Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, Bd. I, Berlin (West)/Darmstadt/Wien 1972, S. 26.

Zu eben diesem Eingeständnis aber sah sich der damalige britische Außenminister Anthony Eden im Februar 1945 veranlaßt. Als er dem Unterhaus die Beschlüsse der Krimkonferenz der Hauptmächte der Antihitlerkoalition unterbreitete, formulierte er: „Wer wollte jetzt bezweifeln, daß, wenn die zwischen Rußland, Britannien und den Vereinigten Staaten in Jalta hergestellte Übereinstimmung im Jahre 1939 erreicht worden wäre, dieser Krieg niemals hätte ausbrechen [25:] können.“²⁷ „Die Geschichte strafte die Vertreter einer Politik der ‚Befriedung‘ grausam, die alle Vorschläge der Sowjetregierung über einen kollektiven Widerstand gegen die faschistischen Aggressoren ablehnten“, stellte L. I. Breshnew fest. „Entgegen den Prognosen und Hoffnungen, die damals in London, Paris und Washington dominierten, begann das faschistische Deutschland den zweiten Weltkrieg nicht mit einem Überfall auf die UdSSR, sondern auf die kapitalistischen Länder Europas.“²⁸

2. „... wir wollen der Wahrheit gerade ins Gesicht sehen.

Das ist in der Politik stets die beste und einzig richtige Methode“²⁹, unterstrich W. I. Lenin. Wenn der Klassenkampf in den internationalen Beziehungen ausgetragen wird, erklärte er an anderer Stelle, „(müssen wir) ... unserer Taktik vor allem und in erster Linie die Einschätzung der objektiven Lage zugrunde legen ...“³⁰ Wie aber war die objektive internationale Situation, in der sich die UdSSR bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges befand?

Die objektive Realität

Die außenpolitischen Möglichkeiten der UdSSR in den Jahren 1939 bis 1941 waren durch eine völlig andere internationale Kräftekonstellation als heute gekennzeichnet. Mit Ausnahme der Mongolischen VR hatte die Sowjetunion in den internationalen Staatenbeziehungen keinerlei Freunde oder Verbündete. Damals existierte noch nicht jener die internationale Politik bestimmende Faktor, jene dynamischste ökonomische Kraft in der Welt, wie sie heute in Gestalt der sozialistischen Gemeinschaft besteht. Die heute national befreiten Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die in ihrer Mehrzahl antiimperialistische Positionen beziehen, waren zu dieser Zeit Teil des imperialistischen Kolonialsystems. Der einzige Verbündete der UdSSR im Kampf gegen den Imperialismus war das internationale Proletariat, waren die kommunistischen und Arbeiterparteien.

Mehrere tausend Kilometer maß die gemeinsame Grenze der UdSSR mit Staaten, die ein anderes Gesellschaftssystem besaßen. Dabei war nicht so sehr die kapitalistische Einkreisung als vielmehr die Tatsache von Bedeutung, daß die herrschenden Klassen in nahezu allen Nachbarstaaten gegenüber der UdSSR keinerlei Sympathien hegten und eine gegen die Sowjetunion gerichtete, antikommunistische Politik betrieben. Keine imperialistische Macht und auch keines der [26:] Nachbarländer der UdSSR (Finnland, Polen, Rumänien, die Türkei, Iran usw.) waren bereit, ihre Beziehungen zur Sowjetunion gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der guten Nachbarschaft zu gestalten, sondern verstießen im Gegenteil systematisch gegen die mit der UdSSR eingegangenen vertraglichen und sonstigen Verpflichtungen. Den imperialistischen Staaten war jedes Mittel recht, um sowohl die äußeren als auch die inneren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR zu komplizieren: direkte subversive Tätigkeit, politisch-ideologische Diversion, die Schaffung anti-sowjetischer Allianzen und Koalitionen, allseitige Diskriminierung der UdSSR in Handel und Wirtschaft und anderes. Zu all jenen Faktoren kam erschwerend hinzu, daß die materielle Vorbereitung einer bewaffneten Aggression gegen die UdSSR immer offener vorangetrieben, gefährliche Konfliktsituationen provoziert sowie den antisowjetischen Kräften aller Schattierungen Vorschub geleistet und umfangreiche Hilfe gewährt wurde. Immer klarer zeichnete sich ein frontaler Zusammenstoß des Imperialismus mit dem Sozialismus ab, der mit der Vernichtung der UdSSR enden sollte. „Bei aller Kompliziertheit der Ursachen, die den zweiten Weltkrieg hervorbrachten, bei aller Verschiedenartigkeit der Motive, von denen sich die daran beteiligten imperialistischen Staaten leiten ließen, waren

²⁷ Parliamentary Debates. House of Commons, vol. 408, S. 1516 f.

²⁸ L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins ..., Bd. 1, a. a. O., S. 129.

²⁹ W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, Berlin 1973, S. 274.

³⁰ W. I. Lenin, Werke, Bd. 27, Berlin 1978, S. 161.

sie alle durch ihre Klassenfeindschaft gegen den Sozialismus vereint.“³¹ Darin bestand die allgemeine internationale Situation, die für die reale Lage und die Möglichkeiten der UdSSR am Vorabend des zweiten Weltkrieges bestimmend war.

In den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges wurde die konkrete Situation einerseits durch die enorm gewachsene Bedrohung der Sicherheit der Sowjetunion in Europa und Asien und andererseits durch die sich verstärkende internationale Isolation der UdSSR charakterisiert. Die Politik der „Beschwichtigung“ des Aggressors, die Großbritannien und Frankreich mit Unterstützung der USA betrieben, führte die Welt an den Rand einer militärischen Katastrophe. Die starre Weigerung Großbritanniens, Frankreichs und Polens, gemeinsam mit der UdSSR der faschistischen Aggression entschlossen entgegenzutreten, vergab Ende August 1939 die letzte Möglichkeit, den zweiten Weltkrieg zu verhindern. Allein, aus eigener Kraft, vermochte die UdSSR nicht, die Katastrophe von den Völkern abzuwenden. „Damals stand die UdSSR allein, eingekreist von kapitalistischen Staaten. Die Rechtssozialisten hatten die internationale Arbeiterklasse gespalten. Unter solchen Bedingungen war die Aufgabe, den Krieg zu verhindern, nicht lösbar.“³²

[27:]

Die Gefahr für die UdSSR, im Westen und Osten überfallen zu werden

Unmittelbar vor Beginn des Krieges herrschte in Europa eine politische Krise. Sie resultierte vor allem daraus, daß Deutschland die gesamte Tschechoslowakei annektiert hatte. Die politische Atmosphäre, die zwischenstaatlichen Beziehungen waren aufs äußerste gespannt. Das faschistische Deutschland, das sich zur dominierenden Macht in Mitteleuropa aufgeschwungen hatte, bereitete sich verstärkt darauf vor, seine Expansion in östlicher Richtung fortzusetzen. Am 11. April 1939 bestätigte Hitlers Führungsstab den „Plan Weiß“. Dieser Plan sah vor, daß deutsche Streitkräfte ab 1. September 1939 oder einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt in Polen einrücken werden. Am 28. April 1939 kündigte Hitler den deutsch-polnischen Vertrag von 1934 auf. Besondere Besorgnis löste das weitere Zusammenrücken der faschistischen Achsenmächte aus. Das Zusammenspiel dieser Staaten wuchs über den politischen Rahmen des „Antikominternpaktes“ bereits weit hinaus und nahm den Charakter einer militärischen Zusammenarbeit an. Am 22. Mai 1939 wurde zwischen Deutschland und Italien der „Stahlpakt“ abgeschlossen; die Einbeziehung Japans in diesen Pakt stand auf der Tagesordnung. Wie aus der britisch-deutschen und der französisch-deutschen Erklärung, die im Anschluß an das Münchner Komplott unterzeichnet worden war, hervorging, verpflichteten sich Großbritannien und Frankreich, Deutschland nicht anzugreifen. Diese Verpflichtung hatte unter anderem zur Folge, daß der sowjetisch-französische Beistandsvertrag von 1935 seinen praktischen Sinn einbüßte. Die UdSSR war damit angesichts der drohenden Aggression Deutschlands im Osten schlagartig ohne militärische Verbündete. Die mit Großbritannien und Frankreich im Frühjahr und Sommer 1939 geführten Verhandlungen offenbarten die mangelnde Bereitschaft der Westmächte, sich den sowjetischen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens anzuschließen. Mit ihrer Weigerung, der UdSSR im Falle eines direkten deutschen Angriffs Beistand zu erweisen, setzten die Westmächte die Sowjetunion der unmittelbaren militärischen Bedrohung aus.

Welchen Inhalt hatte das militärstrategische Szenarium der gegen die UdSSR vorbereiteten Falle? Sobald der deutsch-polnische Krieg beginnen würde, wäre das System der von den Westmächten erhofften politischen Verpflichtungen zum Tragen gekommen. Die Sowjetunion hätte sich also vor die Notwendigkeit gestellt gesehen, Deutschland den Krieg zu erklären. Sollte die UdSSR ohne Verbündete bleiben, würde sie ein äußerst attraktives Aggressionsobjekt abgeben. Deutschland wäre von vornherein in einer günstigeren militärischen Ausgangsposition: Da die sowjetischen Streitkräfte keine Möglichkeit gehabt hätten, die gemeinsame Grenze mit Polen zu überschreiten und mit dem Gegner in Gefechtskontakt zu treten, wären sie in der Wahl der strategischen Initiative eingeschränkt gewesen. Damit befände sich die militärische Initiative völlig in der Hand des Oberkommandos der faschistischen Wehrmacht.

³¹ K. I. Sarodow, Sozialismus, Frieden, Revolution, Moskau/Berlin 1979, S. 448.

³² Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Berlin 1977, S. 510.

Auch im Fernen Osten bildete sich eine für die UdSSR äußerst komplizierte Situation heraus. Seit geraumer Zeit drängten die Westmächte das militaristische [28:] Japan in eine militant antisowjetische Richtung. Die politische Führung und die imperialistische Diplomatie spekulierten auf den Ausbruch eines japanisch-sowjetischen Krieges. In einem Bericht äußerte sich der Botschafter der USA in Japan, Joseph C. Grew, dazu, weshalb „ein russisch-japanischer Konflikt im Jahre 1939 wahrscheinlicher sein wird als in den Jahren zuvor“. Er schrieb unter anderem: „Beim gegenwärtigen Stand der chinesischen militärischen Angelegenheiten könnte Japan wohl davon ausgehen, daß Japan, wenn es in Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion verwickelt wird, obwohl dies die Verwirklichung seiner Pläne zur wirtschaftlichen Ausbeutung auf dem Kontinent bedenklich verzögern würde, von Seiten Chinas keinem akuten militärischen Problem gegenüberstünde ... Die Münchner Konferenz hat auf das Denken der Japaner hinsichtlich der internationalen Beziehungen merklichen Einfluß ausgeübt, und die Konferenz wurde hier in dem Sinne aufgefaßt, daß einem Druck Deutschlands auf die Sowjetunion keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden ... Japan betrachtet die Sowjetunion zum gegenwärtigen Zeitpunkt innerlich als geschwächt und nach außen hin in einer ungewöhnlichen Isolation.“³³

Tatsächlich führten ab Mai 1939 japanische Truppen nach dem Überfall auf die Mongolische VR im Raum des Chalchyn gol großangelegte militärische Operationen durch, in die immer größere Kontingente beider Seiten einbezogen wurden. In Übereinstimmung mit dem Protokoll über gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der Mongolischen VR vom 12. März 1936 entsandte die Sowjetregierung Einheiten der Roten Armee zur Unterstützung des Verbündeten. Obwohl weder von Japan noch von der UdSSR oder der Mongolischen VR eine Kriegserklärung vorlag, wurde faktisch Krieg geführt.

Wenige Wochen vor Beginn des zweiten Weltkrieges traten zwei Ereignisse ein, die die internationale Stellung der UdSSR weiter komplizieren sollten. Am 24. Juli 1939 unterzeichneten Japan und Großbritannien ein Abkommen, in dem Großbritannien die japanische Annexion chinesischen Territoriums anerkannte und sich verpflichtete, die japanischen Truppen bei der Verwirklichung ihrer „Aufgaben“ in China nicht zu behindern. Mit anderen Worten, den japanischen Truppen wurden auf dem durch sie okkupierten chinesischen Territorium die Aufmarschbasis garantiert, von der aus sie ihre militärischen Operationen gegen die UdSSR und die Mongolische VR am Chalchyn gol unternommen hatten. Das „fernöstliche München“, um das sich die Westmächte mit dem Ziel bemühten, den gegen die Sowjetunion gerichteten aggressiven Tendenzen der japanischen Militaristen Vorschub zu leisten, war perfekt. Am 10. August 1939 erklärte sich die Regierung Hiranuma bereit, mit Deutschland und Italien einen Militärpakt mit den hieraus für die Sicherheit der UdSSR resultierenden Folgen abzuschließen.

Damit stand die UdSSR wenige Tage vor Ausbruch eines Weltkonflikts plötzlich vor der sehr wahrscheinlichen Aussicht, gleichzeitig Krieg gegen zwei militärisch-politisch starke aggressive Mächte in Europa und in Asien bei eigener militärisch-politischer Isolation führen zu müssen. Daß eine solche Situation eintreten sollte, darauf war letztlich die von Großbritannien, Frankreich und den USA seit Jahren betriebene Politik der „Beschwichtigung“ der Aggressormächte zugeschnitten. Dem gewünschten Finale der „Strategie von München“ Ausdruck verleihend, enthüllte der amerikanische Botschafter in Paris, William C. Bullitt, in einem Gespräch im Dezember 1938 mit dem Innenminister der USA, Harold Le Claire Ickes: „Deutschland werde zu gegebener Zeit versuchen, die Ukraine, ... zu erobern. Dabei werde sich Deutschland in einem solchen Maße verausgaben, daß es sich übernimmt und schließlich unter den Anstrengungen zusammenbricht. Ähnlich werde Japan Sibirien erobern oder zumindest den Versuch dazu unternehmen und ebenfalls zu gegebener Zeit an den Strapazen zugrunde gehen. Indem England und Frankreich Rußland seinem Schicksal überlassen, weichen sie der von Deutschland drohenden Gefahr aus.“³⁴

³³ Foreign Relations of the United States. 1939, vol. III, Washington 1955, S. 2 (im weiteren kurz: FRUS).

³⁴ H. L. Ickes, The Secret Diary. Bd. II: The Inside Struggle 1936-1939, New York 1954, S. 519.

Der einzig mögliche Ausweg

Nachdem in den letzten Augusttagen des Jahres 1939 alle denkbaren Versuche zur Verhinderung eines Krieges vertan waren und eine militärische Konfrontation unmittelbar bevorstand, hatte die Sowjetunion keine andere Möglichkeit, als mit Deutschland, das heißt im „Alleingang“, einen Nichtangriffspakt abzuschließen, um die militärische Bedrohung – wenn auch nur partiell und für eine gewisse Zeit – von sich abzuwenden. Sich in den zu erwartenden deutsch-polnischen Krieg einzumischen, hätte bedeutet, die sozialistischen Errungenschaften in der UdSSR aus eigener Initiative der militärischen Bedrohung auszusetzen. Die sowjetische Führung mußte – insoweit das möglich war – den Überfall der Imperialisten hinauszögern, ihre Pläne vereiteln, bis sich die entstandene Lage zu ändern begann.

Die Interessen des internationalen Sozialismus und der Werktätigen aller Länder geboten, die Existenz des ersten und damals einzigen sozialistischen Staates zu sichern. Das ZK der KPdSU (B) und die Sowjetregierung ließen sich strikt von den Weisungen des XVIII. Parteitagess leiten, wachsam zu sein und den Kriegsprovokateuren keine Gelegenheit zu bieten, das Sowjetland in militärische Konflikte hineinziehen zu können. Von diesem Grundsatz ging die UdSSR aus, als sie am 23. August 1939 den von Hitlerdeutschland kurz zuvor vorgeschlagenen Nichtangriffsvertrag schloß. Als das ZK der KPdSU (B) und die Sowjetregierung gezwungenermaßen den Beschluß faßten, diesen Vertrag mit Deutschland abzuschließen, verbanden sich politischer Realismus und exakte, verantwortungsvolle Berücksichtigung der objektiven internationalen Bedingungen. „... ist ... unsere Politik richtig, die den Zwist zwischen ihnen (den Imperialisten – P. S.) aus-[30:]nutzt, um ihnen den Zusammenschluß gegen uns zu erschweren? Natürlich ist eine solche Politik richtig“³⁵, hatte W. I. Lenin festgestellt.

Der Beschluß, einen Nichtangriffsvertrag mit dem faschistischen Deutschland zu schließen, wurde erst dann gefaßt, als völlig außer Zweifel stand, daß die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Polens nicht bereit sein würden, mit der UdSSR ein Abkommen über den gemeinsamen Kampf gegen die bevorstehende Aggression Hitlerdeutschlands abzuschließen und alle sonstigen Möglichkeiten, die Sicherheit der UdSSR zu gewährleisten, ausgeschöpft waren. Der Leiter der sowjetischen Militärdelegation bei den Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich, der Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, K. J. Woroschilow, gab in diesem Zusammenhang am 26. August 1939 folgende offizielle Erklärung ab: „Nicht deshalb wurden die Militärverhandlungen mit England und Frankreich abgebrochen, weil die UdSSR einen Nichtangriffspakt mit Deutschland abschloß, sondern umgekehrt, die UdSSR schloß einen Nichtangriffspakt mit Deutschland unter anderem auch infolge des Umstandes, daß die Militärverhandlungen mit Frankreich und England wegen unüberwindlicher Meinungsverschiedenheiten in eine Sackgasse geraten waren.“³⁶ Auch nach dem 23. August 1939 verfolgte die Sowjetunion ihren auf kollektive Sicherheit gerichteten Kurs. So informierte das Foreign Office die britische Botschaft in den USA über die Erklärung W. M. Molotows, daß „nach Ablauf einer gewissen Zeit, z. B. nach einer Woche, die Verhandlungen mit Frankreich und England fortgesetzt werden könnten“³⁷. Auch leitende Mitarbeiter des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR unterstrichen in Gesprächen mit ausländischen Diplomaten, daß selbst zu diesem Zeitpunkt noch Chancen bestanden, den drohenden Krieg zu verhindern. So bemerkte der Stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR S. A. Losowski am 26. August 1939 gegenüber dem chinesischen Botschafter in Moskau, Marschall Jang Tse, im Zusammenhang mit der Abreise der britischen und französischen Militärdelegationen aus Moskau: „Die Delegationen reisen an und ab, doch die Frage des Kampfes um den Frieden bleibt bestehen. Die Abreise ist keine Folge des Abschlusses des Nichtangriffsvertrags zwischen der UdSSR und Deutschland ... Würden England und Frankreich den Vorschlägen der Sowjetregierung ihre Zustimmung geben, wäre die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, mit ihnen zu einer vertraglichen Einigung zu gelangen ... Zur

³⁵ W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, a. a. O., S. 467.

³⁶ Iswestija vom 27.8.1939. Zit. nach: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945, a. a. O., S. 473 f.

³⁷ FRUS. 1939, vol. I, Washington 1956, S. 311. Zit. nach: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945, a. a. O., S. 473.

Zeit sind die Verhandlungen abgebrochen, aber ihre Wiederaufnahme hängt von England und Frankreich ab.“³⁸

[31:] Die außerordentliche Bedeutung des Nichtangriffspaktes bestand auch darin, daß er das Zustandekommen einer einheitlichen antisowjetischen Front des Imperialismus verhinderte. Palme Dutt, führender Funktionär der KP Großbritanniens, schrieb später, dieser Fakt habe die Münchner Front gesprengt und die Anhänger dieser Front in neue Wut versetzt.³⁹ Der bereits erwähnte amerikanische Politiker Harold L. Ickes, der durchaus kein Freund der UdSSR war, gelangte zu folgender Feststellung: „Ich bin über das Handeln Rußlands nicht erstaunt ... Rußland hegte gegenüber England den Argwohn, daß es ein doppeltes Spiel treibe und sich mit Deutschland einigen könnte. Ich meine, daß Rußland im Recht war: England hätte sich schon längst mit Rußland einigen können. England hatte unbegründeterweise darauf gesetzt, daß es ihm gelingen werde, Rußland und Deutschland aneinandergeraten zu lassen, um so selbst mit heiler Haut davonzukommen. Es hat sich in seinen eigenen Netzen verfangen und hat damit die Sympathien in aller Welt verspielt.“⁴⁰ Und der weltbekannte englische Dramatiker George Bernard Shaw erklärte: „Ich kann die Spannung nicht begreifen, die die Nachricht vom russisch-deutschen Pakt hervorgerufen hat. Hitler befindet sich jetzt in Stalins starken Händen. Dessen Interesse am Frieden ist stärker als alles andere.“

Das entschlossene Handeln der UdSSR sollte für den weiteren Kampf gegen die faschistischen Achsenmächte höchste Bedeutung erlangen. Der UdSSR war es gelungen, der sich im imperialistischen Lager herausbildenden antisowjetischen Einheitsfront Einhalt zu gebieten. In Tokio, wo man davon ausgegangen war, daß Japan und Deutschland sich über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Sowjetunion würden einigen können, löste der Abschluß des Nichtangriffspaktes heftige Reaktionen aus. Wie die sowjetische Botschaft in Japan am 24. August 1939 nach Moskau telegraphierte, hatte die Nachricht „einen niederschmetternden Eindruck hervorgerufen, wobei besonders das Militär und das faschistische Lager in deutliche Verwirrung geraten sind“⁴¹. In einem an Deutschland gerichteten offiziellen japanischen Protestschreiben wurde der Nichtangriffspakt als im Widerspruch zu dem Geheimvertrag stehend, der dem Antikominternpakt beigefügt sei, qualifiziert.⁴² Unter diesen Bedingungen sah sich Japan gezwungen, einer vertraglichen Regelung der zugespitzten Konfliktsituation am Chalchyn gol zuzustimmen.

Das faschistische Italien erblickte in dem Pakt ebenfalls einen Schlag gegen die eigenen Expansionsabsichten. Mussolini war daran interessiert, Hitlers Aggression vor allem nach dem Osten, auf die UdSSR zu lenken, um Deutschland davon abzuhalten, seine Ansprüche auf den Balkan – der von Rom beanspruchten Interessensphäre – zu verwirklichen. Italien lehnte es ab, gleichzeitig mit Deutschland in den Krieg einzutreten. Auch Franco-Spanien erklärte seine „Neutralität“.

[31:] Demzufolge traten die Achsenmächte nicht geschlossen in den zweiten Weltkrieg ein, sondern Deutschland mußte die Aggression allein beginnen. Die militärische Konsolidierung der faschistischen Koalition verzögerte sich annähernd um ein Jahr. Erst im Juli 1940 wurden die japanisch-deutschen Verhandlungen, die im August 1939 nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes unterbrochen worden waren, wiederaufgenommen und am 27. September 1940 der Dreimächtepakt Deutschland – Japan – Italien abgeschlossen.

In dem Buch „Die Wahrheit über Hitler“ berichtet Kurt Bachmann, Präsidiumsmitglied der Deutschen Kommunistischen Partei, wie die deutschen Kommunisten den Pakt aufnahmen: „In einer Zeit, in der das Abhören ausländischer Sender mit hohen Gefängnisstrafen, mit KZ oder selbst mit der Todesstrafe belegt wurde, war die Erklärung der illegalen KPD-Führung vom 25. August 1939 im Moskauer Rundfunk das einzige rasche Orientierungsmittel. Die KPD warnte vor Hitler, wie sie es

³⁸ Zit. nach: M. Pankraschowa/W. J. Sipols, *Potschemu ne udalos predotwratit woinu*, Moskau 1970, S. 121. Zit. nach: *Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945*, a. a. O., S. 473.

³⁹ Vgl. *Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 ...*, a. a. O., S. 346.

⁴⁰ H. L. Ickes, *The Secret Diary ...*, a. a. O., S. 705.

⁴¹ Zit. nach: *Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 ...*, a. a. O., S. 350 f.

⁴² Vgl. ebenda.

vorher immer getan hatte. Sie forderte weiter den Kampf um seinen Sturz. Zugleich aber appellierte sie an unser Volk und erklärte, ‚nur wenn das deutsche Volk selbst sein Schicksal der deutschen Nation in seine Hände nimmt, wird der Friede gesichert sein‘. Es entsprach also den Lebensinteressen des deutschen Volkes, diesen Vertrag einzuhalten, nicht anzugreifen, die Hände von der Sowjetunion zu lassen ...

Die KPD-Genossen begriffen und verteidigten zu dieser Zeit die Richtigkeit und die Notwendigkeit des Nichtangriffsvertrages, dessen Bedeutung erst voll nach der Befreiung 1945 erkennbar wurde ... Die KPdSU war sich über die deutschen Angriffsabsichten im klaren, nicht jedoch über den Zeitpunkt, den sie hinauszuzögern trachtete.“⁴³

3. Hauptrichtungen und Spezifik der außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges

Die von der sowjetischen Außenpolitik unmittelbar vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges erwirkte Möglichkeit, Zeit zu gewinnen, um die UdSSR, das Bollwerk des revolutionären Weltprozesses, vor allem militärisch maximal stärken zu können, bildete einen realen Beitrag zum Kampf gegen den Faschismus im Weltmaßstab. „Es kann für niemanden ein Zweifel darüber bestehen“, erklärte der Vorsitzende der Italienischen Kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, bereits 1935 auf dem VII. Kongreß der Komintern, „daß der kommende Krieg, selbst wenn er als Krieg zwischen zwei imperialistischen Großmächten oder als Krieg irgendeiner Großmacht gegen ein kleines Land beginnt, zwangsläufig die Tendenz [33:] haben wird, sich zu verbreitern, und unbedingt auf einen Krieg gegen die Sowjetunion hinauslaufen wird. Jedes Jahr, jeder Monat Aufschub ist für uns eine Garantie, daß die Sowjetunion dem Angriff der Imperialisten eine stärkere Abwehr zu erweisen vermag.“⁴⁴ Die gesamte außenpolitische Tätigkeit der UdSSR zwischen dem 1. September 1939 und dem 22. Juni 1941 war darauf gerichtet, den Zeitraum bis zum Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion maximal zur Stärkung der Sicherheit des Landes in allen politischen und geographischen Richtungen zu nutzen.

Programmatische Bedeutung für die außenpolitische Tätigkeit der UdSSR hatten die außenpolitischen Leitlinien im Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag der KPdSU (B) vom März 1939. Sie bestanden in folgendem:

- „1. Mit allen Ländern ist auch weiterhin eine auf Frieden und Festigung der sachlichen Beziehungen gerichtete Politik zu betreiben;
2. es ist von höchster Bedeutung, außenpolitisch und diplomatisch mit größter Vorsicht zu agieren, um zu verhindern, daß die UdSSR in militärische Konflikte hineinmanövriert wird;
3. die Kampfkraft der Roten Armee und der Roten Seekriegsflotte ist mit allen Mitteln zu stärken;
4. es gilt, die Freundschaft mit den Werktätigen aller Länder zu stärken, die an Frieden und Völkerfreundschaft interessiert sind.“⁴⁵

Am 17. September 1939 übermittelte die UdSSR allen in der Sowjetunion akkreditierten ausländischen Vertretungen offizielle Noten, in denen sie ihren völkerrechtlich begründeten Standpunkt zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges sowie ihre Neutralität gegenüber den kriegführenden Gruppierungen mitteilte. Die sowjetische Neutralitätspolitik unterschied sich von Grund auf von der Neutralitätspolitik der USA. „Unsere Neutralität steht mit dem Völkerrecht in vollem Einklang“, erklärte der sowjetische Botschafter K. A. Umanski am 3. April 1940 gegenüber dem Außenminister der USA, Cordell Hull. „Sie ist eine echte Neutralität, die den Willen des Sowjetvolkes widerspiegelt ... und das Streben verkörpert, die Sphäre des Krieges, an dessen Fortsetzung die UdSSR nicht interessiert ist, nicht noch weiter auszudehnen, sondern soweit wie nur möglich einzuschränken.“

⁴³ Die Wahrheit über Hitler. Kurt Bachmann im Gespräch mit Wilfried Reckert, Dortmund 1978, S. 121 f.

⁴⁴ VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale ..., a. a. O., S. 205.

⁴⁵ XVIII sjesd Wsesojusnoi kommunistitscheskoi partii (b), 10-21 marta 1939g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1939, S. 15.

Im Bericht der Sowjetregierung an die VI. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR im Frühjahr 1940 wurde in diesem Zusammenhang festgestellt: „Die Aufgaben unserer Außenpolitik bestehen, kurz gesagt, darin, den Frieden unter den Völkern zu sichern und die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten. Die sich hieraus ergebende Schlußfolgerung besagt, daß wir eine neutrale Position beziehen und uns am Krieg der europäischen Großmächte nicht beteiligen. Diese Position gründet sich auf die von uns abgeschlossenen Verträge, und sie entspricht den Interessen der Sowjetunion in vollem Maße. Diese Position wirkt gleichzeitig [34:] der Ausweitung und Anfachung des Krieges in Europa entgegen und liegt demzufolge im Interesse aller Völker, die den Frieden ersehnen und bereits unter den neuen gewaltigen Entbehrungen stöhnen, die ihnen der Krieg auferlegt ... Wie wir sehen, konnten wir inzwischen in der Frage der Gewährleistung der Sicherheit unseres Landes nicht geringe Erfolge verbuchen. Das aber versetzt unsere Feinde in Wut. Wir hingegen sind vom Glauben an unsere Sache und unsere Kräfte erfüllt und werden mit aller Konsequenz und unbeirrt unsere Außenpolitik weiter verfolgen.“⁴⁶

Auf der VII. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR verallgemeinerte der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR W. M. Molotow die Entwicklung der internationalen Lage bis zum August 1940 und betonte: „Unter diesen Bedingungen muß die Sowjetunion in der Frage unserer Außenpolitik, der Festigung aller unserer inneren und äußeren Positionen verstärkte Wachsamkeit an den Tag legen. Wir haben den Übergang vom 7- zum 8-Stundentag und andere Maßnahmen durchgeführt, da wir verpflichtet sind, den weiteren, den noch steileren Aufschwung der Verteidigungskraft und der wirtschaftlichen Stärke des Landes sicherzustellen, eine erhebliche Festigung der Disziplin unter allen Werktätigen durchzusetzen und für die Hebung der Arbeitsdisziplin in unserem Lande zu sorgen.“⁴⁷

Um die Sicherheit und die internationalen Positionen der UdSSR zu festigen, nutzte der Sowjetstaat die zwischen den imperialistischen Ländern bestehenden, zum Teil gravierenden Widersprüche. Auf diese Notwendigkeit hatte bereits Lenin mehrfach hingewiesen. „Wir alle sind uns darüber klar“, sagte er, „daß die Interessen der imperialistischen Staaten auseinandergehen. Trotz aller Erklärungen ihrer Minister über die friedliche Beilegung strittiger Fragen können die imperialistischen Mächte in Wirklichkeit keinen einzigen ernstesten Schritt in politischen Fragen unternehmen, ohne daß Differenzen zwischen ihnen entstehen.“⁴⁸ Diese Widersprüche im Kampf gegen die Kriegsgefahr und im Interesse der Gewährleistung friedlicher Bedingungen für den sozialistischen Aufbau in der UdSSR zu berücksichtigen und auszunutzen, war in den Jahren 1939 bis 1941 eine erstrangige operative Aufgabe der sowjetischen Außenpolitik und Diplomatie. Und dies galt um so mehr nach Ausbruch des Krieges, als alle antisowjetischen Kräfte ihre internationale Tätigkeit noch aktivierten. Im Aufruf „Zum 22. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ wies das Exekutivkomitee der Komintern daraufhin, daß die „herrschenden Klassen Englands, Frankreichs und Deutschlands Krieg führen um die Herrschaft über die Welt. Dieser Krieg ist die Fortsetzung des vieljährigen imperialistischen Streites im Lager des Kapitalismus.“⁴⁹

[35:] Je mehr sich der zweite Weltkrieg ausweitete, um so beharrlicher forderten die Völker vieler Länder von ihren Regierungen, konsequent gegen die Aggressoren vorzugehen. Unter Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien entwickelte sich der Befreiungskampf der Völker und nahm zunehmend antifaschistischen Charakter an. Wie das Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR J. M. Shukow feststellte, „begann der zweite Weltkrieg im Rahmen des kapitalistischen Systems. Der Krieg trug in seiner Anfangsetappe nicht nur auf seiten des aggressiven faschistischen Blocks, sondern auch auf seiten der britisch-französischen Koalition ungerechten, imperialistischen Charakter. Es wäre jedoch unzureichend, den zweiten Weltkrieg bereits in dieser Periode als einen

⁴⁶ Schestaja sessija Werchownoho Sowjeta SSSR, 29 marta-4 aprilja 1940g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1940, S. 42.

⁴⁷ Sedmaja sessija Werchownoho Sowjeta SSSR, 1 awgusta-7 awgusta 1940g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1940, S. 32.

⁴⁸ W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, a. a. O., S. 119.

⁴⁹ Kommunistische Internationale, Stockholm 1939, S. 1105.

beiderseits imperialistischen einzuschätzen, da der Widerstand der Volksmassen jener Länder, die Opfer der faschistischen Aggression wurden, von Anfang an Befreiungscharakter trug. Es muß berücksichtigt werden, daß von den Staaten des aggressiven faschistischen Blocks besondere Gefahren ausgingen, da sie den Krieg mit dem Ziel entfesselten, die ganze Welt zu versklaven und ihre räuberische ‚neue Ordnung‘ zu errichten. Deshalb besaß der Krieg im Falle Polens und der anderen Staaten, die zu Opfern der faschistischen Aggression wurden, bereits vom Moment seines Ausbruchs an den Charakter eines gerechten Kampfes für Freiheit und nationale Unabhängigkeit.“⁵⁰

Entsprechend diesen Tendenzen intensivierte die Sowjetunion ihre außenpolitische Tätigkeit. Sie unternahm alles, um die Möglichkeiten für eine Ausweitung der faschistischen Expansionen, darunter in Nordeuropa und auf dem Balkan, einzuengen und zu verhindern, daß Deutschland seine Position in den an die UdSSR angrenzenden Staaten wie Bulgarien, der Türkei, Iran und Afghanistan weiter festigte. Gleichzeitig wirkte die Sowjetunion konsequent daraufhin, die in Anbetracht des Münchner Abkommens von Großbritannien, Frankreich und den USA ausgehenden militant antisowjetischen, auf eine Schwächung der Positionen der UdSSR gerichteten Tendenzen zurückzudrängen. Mit dem Beginn des Großen Vaterländischen Krieges war der Charakter des Krieges als gerechter Befreiungskrieg endgültig ausgeprägt. Diese Tatsache hatte entscheidende Bedeutung für die Mobilisierung der Völker im Kampf gegen den Faschismus, für Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt. Der bewaffnete Kampf der UdSSR gegen den Faschismus, die Unfähigkeit Hitlerdeutschlands, die Sowjetunion zu vernichten, der heldenhafte Kampf sowie die Siege der sowjetischen Streitkräfte über den Aggressor – all das ließ die Völker der faschistisch besetzten Länder hoffen, ihr Kampf gegen den Faschismus werde von Erfolg gekrönt sein, und trug wesentlich dazu bei, daß dieser Widerstand in einen organisierten bewaffneten Massenkampf der Völker gegen die faschistische „neue Ordnung“ hinüberwuchs.

[36:]

Die Hauptgefahr ging vom deutschen Faschismus aus

Hinsichtlich der Sicherheit des Sowjetstaates wurden die Beziehungen zu den faschistischen Aggressorstaaten zum zentralen Problem der sowjetischen Außenpolitik in den Jahren 1939 bis 1941. Mit dem Vorrücken deutscher Truppen bis unmittelbar an die sowjetische Westgrenze im September 1939 hatte die UdSSR faktisch eine mehrere tausend Kilometer lange gemeinsame Grenze mit den Aggressorstaaten, die nunmehr über ausgedehnte Aufmarschräume für eine Aggression gegen die Sowjetunion verfügten.

Während der gesamten Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges gingen das ZK der KPdSU (B) und die Sowjetregierung davon aus, daß ein Zusammenstoß mit dem faschistischen Deutschland als dem reaktionärsten Auswuchs des Imperialismus unvermeidlich sei. In Moskau gab es keine Zweifel hinsichtlich des Wesens des Faschismus und der Maßlosigkeit seiner aggressiven Ansprüche. So informierte Laurence A. Steinhardt, Botschafter der USA in Moskau, das State Department über ein Gespräch des britischen Botschafters Sir Richard Stafford Cripps am 21. September 1940 mit J. W. Stalin wie folgt: „Stalin war überaus offen und realistisch ... Stalin hat ganz klar zu erkennen gegeben, daß seine jetzige Politik darauf abziele, eine Verwicklung der Sowjetunion in den Krieg und besonders in einen Konflikt mit der deutschen Armee zu vermeiden. Stalin hat eingeräumt, daß Deutschland die einzige wirkliche Gefahr für die Sowjetunion darstelle und daß ein deutscher Sieg die Sowjetunion in eine schwierige, wenn nicht gar gefährliche Lage bringen würde, doch er glaube, daß es zum gegenwärtigen Zeitpunkt unmöglich sei, die Gewißheit einer deutschen Invasion in die UdSSR durch eine Änderung der sowjetischen Politik in die Wege zu leiten.“⁵¹

Die Bedingungen, unter denen sich die UdSSR mit Deutschland konfrontiert sah, waren äußerst kompliziert. Deutschland verfügte auf Grund der militärischen Kapitulation Westeuropas über gigantische ökonomische Ressourcen, die die wirtschaftlichen Möglichkeiten der UdSSR bedeutend überstiegen;

⁵⁰ J. M. Shukow, „Proischoschdenije wtoroi mirowoi woiny“, Nowaja i nowejschaja istorija, 1980/1, S. 5.

⁵¹ FRUS. 1940, vol. I, Washington 1959, S. 611.

Deutschland war unbestreitbar zur mächtigsten Militärmacht der kapitalistischen Welt aufgerückt. Darüber hinaus konnte Deutschland solche gewaltigen außenpolitischen Möglichkeiten nutzen, wie seine beherrschende Rolle in der mächtigen Koalition imperialistischer Staaten Europas und Asiens, die wachsende Koordinierung ihrer strategischen Pläne und ihrer praktischen Schritte in vielen Richtungen der Weltpolitik. Das verstärkte die Möglichkeiten Berlins, Einfluß auf Ereignisse in von Deutschland weit entfernten Gegenden der Welt zu nehmen und schließlich das politische Diktat der Hitlerfaschisten sowie ein breitgefächertes System von Allianzen und Beziehungen mit zahlreichen Ländern des Kontinents zu errichten. Deutschlands Aktivitäten als Stoßkeil eines neuen „Kreuzzuges“ gegen den ersten sozialistischen Staat wurden auch vom klassenbedingten Haß der gesamten kapitalistischen Welt gegenüber der UdSSR, von der antisowjetischen [37:] und antikommunistischen Haltung der herrschenden Kreise der Nachbarländer der UdSSR begünstigt.

Erheblich erschwert wurde die sowjetische Deutschlandpolitik außerdem durch die Politik der imperialistischen Rivalen Deutschlands, die die UdSSR so schnell wie möglich auf einen Konfrontationskurs gegenüber dem „Dritten Reich“ festlegen wollten. Diese Versuche, auf die die UdSSR zwangsläufig reagieren mußte, brachten für die sowjetische Außenpolitik zusätzliche Komplikationen, ließen ihr nur geringen Spielraum.

Wie sollte die UdSSR Deutschland und dem von ihm geführten Block kapitalistischer Räuber auf zwei Kontinenten standhalten, ohne sich in den internationalen Beziehungen auf Freunde oder Verbündete stützen zu können und dabei einer ausgeprägt antisowjetischen und während einer bestimmten Periode sogar offen interventionistischen Linie der potentiellen Partner der Sowjetunion in einer künftigen Antihitlerkoalition ausgesetzt zu sein? Auf welchem Wege sollte die zur Verwirklichung des Verteidigungsprogramms dringend erforderliche Zeit gesichert werden? Was mußte getan werden, um die ohnehin äußerst komplizierte internationale Lage der UdSSR nicht weiter zu verschlechtern und um angesichts der drohenden Gefahr einer faschistischen Aggression nicht in die Isolation zu geraten? Wie waren die innerimperialistischen Widersprüche zwischen Deutschland und seinen Rivalen auszunutzen, um ein antisowjetisches Komplott dieser Staaten zu verhindern? Die außerordentliche Kompliziertheit dieser zeitweise schwer miteinander zu vereinbarenden, jedoch völlig realen Aufgaben bestimmten sowohl die strategische Linie als auch die taktischen Zielsetzungen der sowjetischen Diplomatie in bezug auf die Beziehungen zu Deutschland im Zeitraum 1939 bis 1941. Der Kampf um die Lösung dieser Aufgaben erforderte hohe diplomatische Meisterschaft, Flexibilität und Prinzipientreue.

Die Spezifik der außenpolitischen Linie der UdSSR gegenüber Deutschland bestand in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges darin, Berlin zu veranlassen, den von ihm abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag so lange wie möglich einzuhalten. Dabei wurde ins Kalkül gezogen, daß man sich auf die Verpflichtung von deutscher Seite, nicht anzugreifen, nicht verlassen konnte. Es ging also darum, alle politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die aggressiven Bestrebungen der deutschen Führung in Richtung Osten zu dämpfen, und alle Gegebenheiten zu nutzen, um die Verteidigungsfähigkeit der UdSSR maximal zu erhöhen. Auch in dieser Situation gab die Sowjetunion ihre prinzipiellen Positionen niemals preis. Unter den konkreten historischen Bedingungen der Jahre 1939 bis 1941 konnte nur eine Linie realistisch sein, die sowohl außenpolitische Abenteuer als auch Kapitulantentum ausschloß. Und nur dieser Kurs ermöglichte die Lösung der zentralen Aufgabe, das Leninsche Vermächtnis zu erfüllen, die Sowjetunion als die Hauptkraft des revolutionären Weltprozesses vor der drohenden faschistischen Aggression zu bewahren und weiter zu stärken. Die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Deutschland auf der Grundlage des Nichtangriffsvertrages bedingte auch den besonderen, oberflächlich betrachtet, nicht immer offen zutage tretenden Charakter der diplomatischen Auseinandersetzung zwischen [38:] der Sowjetunion und Deutschland, in der sich die UdSSR davon leiten ließ, die sowjetisch-deutschen Beziehungen einerseits nicht unnötig zu verschlechtern und andererseits den faschistischen Intrigen eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Die Außenpolitik der UdSSR setzte dem Schaden, den Deutschland den Sicherheitsinteressen der UdSSR zuzufügen trachtete, strikt proportionale Maßnahmen entgegen, ohne dabei eine scharfe Konfrontation herbeizuführen.

Besonders hervorgehoben werden muß, daß in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges der Kampf des Sowjetstaates zur Verbesserung der Bedingungen für die unvermeidbare militärische Auseinandersetzung mit dem Faschismus nicht allein im engeren Bereich der sowjetisch-deutschen Beziehungen ausgetragen wurde. Grundsätzlich falsch wäre es, die außenpolitische Vorbereitung der UdSSR auf die Abwehr einer faschistischen deutschen Aggression allein auf diesen Bereich der sowjetischen Beziehungen zu reduzieren. Aber gerade so verfährt die Mehrheit der Vertreter der bürgerlichen Historiographie, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1939 bis 1941 aus dem Gesamtkomplex der Bemühungen herauszulösen versuchen, die die UdSSR auf internationalem Schauplatz in dieser Periode unternahm. Dadurch bleibt jedoch ein wichtiger Aspekt des Problems völlig unberücksichtigt, nämlich die Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und Deutschland, die sich in den Nachbarstaaten der UdSSR vollzog. In Finnland und Afghanistan, Bulgarien und Japan, Ungarn und der Türkei, Rumänien und Iran, Schweden und Jugoslawien sowie weiteren Ländern trat die UdSSR den antisowjetischen Manövern Deutschlands konsequent entgegen. Die konkreten Formen und Methoden der sowjetischen Aktivitäten wurden entsprechend der jeweiligen Situation differenziert festgelegt. Die Politik der UdSSR gegenüber Deutschland war zu keinem Zeitpunkt passiv, wie dies der UdSSR feindlich gesonnene politische Kräfte damals und die heutige bürgerliche Geschichtsschreibung behaupten. Nicht das faschistische Deutschland „bediente“ sich der Sowjetunion, sondern das Gegenteil ist richtig – die Sowjetdiplomatie nutzte die imperialistischen Widersprüche meisterhaft aus.

Die politische Grundlage des Mythos vom „Einvernehmen“ zwischen der UdSSR und Deutschland bestand im unmittelbaren Interesse der herrschenden Kreise der beiden imperialistischen Koalitionen, die internationale Entwicklung in diesem Lichte erscheinen zu lassen. In London, Paris und Washington wiederholte man ständig, daß ein „Komplot“ zwischen der UdSSR und Deutschland bestehe, und bemühte sich, die UdSSR zu kompromittieren, ihr größtmöglichen politischen Schaden zuzufügen. Damit verbunden war die Erwartung, die Sowjetunion würde, um diese offenkundige Lüge zu widerlegen, die Geduld verlieren und sich zu einer Provokation, die die Beziehungen zu Deutschland weiter zugespitzt hätten, hinreißen lassen.

Berlin selbst war noch eifriger bemüht, den Mythos von einem angeblichen Einvernehmen mit der UdSSR mit dem Ziel zu kolportieren, die Beziehungen der Sowjetunion zu Großbritannien, Frankreich und den USA zu verschlechtern. Deutschland bediente sich dieser These seit etwa der zweiten Hälfte des Jahres 1940 bis wenige Wochen vor dem Überfall auf die UdSSR. Um die deutschen Aggressionsvorbereitungen zu verschleiern, wurde sie über die Presse sowie über diplomatische und Spionagekanäle lanciert.

Heute, da zahlreiche früher nicht zugängliche Dokumente der britischen und französischen Regierung sowie anderer Länder bekannt sind, erweisen sich die Dementierung und entschiedene Zurückweisung aller Behauptungen von der engen „ökonomischen Zusammenarbeit“ der UdSSR und Deutschlands durch die sowjetische Diplomatie als vollauf begründet. Sowohl in London als auch in Paris vermochte man sehr wohl die tatsächliche Lage der Dinge einzuschätzen, akzeptierte jedoch wissentlich deren erlogene Interpretation. In einem im Januar 1940 vom Unterausschuß für Planung des Komitees der britischen Stabschefs verfaßten Geheimbericht, der noch im selben Monat von der britischen Regierung erörtert wurde, wird darauf hingewiesen, daß Deutschland während der ersten drei Kriegsmonate rund 523.000 t Erdöl aus dem Ausland bezog. Der Anteil der UdSSR an den deutschen Erdölimporten betrug 9000 t, also weniger als 2 Prozent.⁵²

In der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges entlarvte die Sowjetdiplomatie wiederholt die provokatorischen Behauptungen über den Charakter der zwischen der UdSSR und Deutschland bestehenden Beziehungen. Am 22. Februar 1940 übermittelte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten über den sowjetischen Botschafter in London, I.M. Maiski, der britischen Regierung die prinzipielle Haltung der UdSSR hinsichtlich der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland:

⁵² Vgl. Public Record Office, Cabinet, 66, vol. 5, S. 41 (im weiteren kurz: PRO., Cab.).

„*Erstens*. Wir erachten nicht nur die Behauptung, sondern allein schon die Vermutung als lächerlich und als eine Beleidigung, daß sich die UdSSR in ein Militärbündnis mit Deutschland eingelassen habe. Selbst politische Einfaltspinsel treten nicht so ohne weiteres in ein Militärbündnis mit einer kriegführenden Macht, eingedenk aller Kompliziertheit und des ganzen Risikos eines derartigen Bündnisses ...

Zweitens. Beim Wirtschaftsvertrag mit Deutschland handelt es sich lediglich um einen Vertrag über den Austausch von Waren, demzufolge der Export der UdSSR nach Deutschland ein Volumen von insgesamt 500 Millionen Mark erreicht. Hierzu ist festzustellen, daß der Vertrag für die UdSSR wirtschaftlich vorteilhaft ist, da die UdSSR aus Deutschland eine größere Menge von Werkzeugmaschinen und Ausrüstungen erhält, des weiteren eine beträchtliche Menge an Waffen, deren Verkauf an uns sowohl von England als auch von Frankreich bisher ständig verweigert wurde.

Drittens. So wie sich die UdSSR bisher neutral verhalten hat, so wird sie auch in Zukunft neutral bleiben, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß England und Frankreich die UdSSR nicht angreifen und sie dazu zwingen, zur Waffe, zu greifen. Die hartnäckig kolportierten Gerüchte über ein Militärbündnis der UdSSR mit Deutschland werden nicht nur von einigen Elementen in Deutschland selbst immer wieder aufgewärmt, um England und Frankreich in Schrecken zu [40:] versetzen, sondern auch von einigen in England und Frankreich beheimateten

Agenten, geleitet von dem Wunsche, den vorgeblichen ‚Übergang der UdSSR in das Lager Deutschlands‘ für ihre speziellen Ziele auf innenpolitischem Gebiet nutzbar zu machen.“

Die bürgerlichen Erfindungen über ein „Einvernehmen“ zwischen der UdSSR und Deutschland werden von solchen historischen Beweisen wie dem Inhalt und der Zielsetzung der sowjetischen militärstrategischen Planung überzeugend widerlegt. Von welchem „Einvernehmen“ kann die Rede sein, wenn der Generalstab der Roten Armee bereits im April 1940 dem ZK der KPdSU (B) einen Operationsplan zur Abwehr einer möglichen Aggression Deutschlands gegen die UdSSR vorlegte? Ein an dieser Arbeit unmittelbar Beteiligter, General A. M. Wassilewski, der zu diesem Zeitpunkt zum Ersten Stellvertreter des Chefs der Operativen Verwaltung des Generalstabs ernannt worden war, schreibt in seinen Erinnerungen: „Wir hatten uns sehr gut eingearbeitet. Der Operationsplan beherrschte in diesen Monaten all unser Tun. *Als wahrscheinlicher Hauptgegner wurde in ihm Hitlerdeutschland genannt* (Hervh. – P. S.). Als weitere mögliche Gegner an der Seite Deutschlands kamen in Frage: Italien, von dem aber angenommen wurde, daß es vorwiegend Kampfhandlungen auf dem Balkan führen und damit unsere Staatsgrenze nur mittelbar bedrohen würde; Finnland, das sich nach der Zerschlagung Frankreichs und der britischen Niederlage bei Dünkirchen auf Berlin orientierte; Rumänien – seit 1939 ein typisches ‚Rohstoffanhängsel‘ Deutschlands –, das im Sommer 1940 auf seine Neutralität zugunsten des faschistischen Blocks gänzlich verzichtete; und Ungarn, das bereits seit November 1940 dem Antikominternpakt angehörte. B. M. Schaposchnikow (bis Anfang 1941 Chef des sowjetischen Generalstabs – P. S.) hielt es für möglich, daß sich der militärische Konflikt auf die Westgrenzen der UdSSR beschränken würde. Daher sollten dort die Hauptkräfte des Landes konzentriert werden. Da ein japanischer Überfall auf unseren Fernen Osten nicht ausgeschlossen war, wollte er dort so viele Kräfte einsetzen, wie für eine stabile Lage notwendig waren.“⁵³ Das waren die militärstrategischen Hauptgedanken des sowjetischen Operationsplanes zur Abwehr einer Aggression.

Entscheidende Bedeutung erlangte in den folgenden Monaten die Aufgabe, den Überfall Deutschlands präzise zu datieren. „Die aggressiven Pläne der Hitlerclique und ihre Absicht, die Sowjetunion zu überfallen, waren für die Sowjetregierung und für die Führung der sowjetischen Streitkräfte offensichtlich. Die Bestimmung des Zeitpunktes für diesen Überfall beruhte jedoch auf einer Fehleinschätzung.“⁵⁴

Dem Erfordernis, die äußeren Bedingungen der UdSSR unter Berücksichtigung des unvermeidlichen militärischen Zusammenstoßes mit dem „Dritten Reich“ zu verbessern, waren generell alle außenpo-

⁵³ Vgl. A. M. Wassilewski, *Sache des ganzen Lebens*, Berlin 1980, S. 90.

⁵⁴ *Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945*, a. a. O., S. 517.

litischen Maßnahmen der Partei zur Erhöhung der Sicherheit der Sowjetunion untergeordnet: an den westli-[41:]chen und südwestlichen Grenzen; im Nordwesten (der sowjetisch-finnische bewaffnete Konflikt und seine Beilegung); der Kampf für die Festigung der Sicherheit im Südosten; die Bemühungen, normale Beziehungen mit den südlichen Nachbarstaaten der UdSSR zu entwickeln; die Anstrengungen der UdSSR, die vom japanischen Militarismus ausgehende Bedrohung auch mit politischen Mitteln einzudämmen usw. Ein von der britisch-französischen Koalition erhoffter übereilter Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Deutschland hätte es unmöglich gemacht, die genannten umfangreichen und komplizierten Maßnahmen zu verwirklichen und hätte das sowjetische Verteidigungsprogramm unweigerlich durchkreuzt.

Die bürgerlichen Erfindungen von einem „sowjetisch-deutschen Komplott“ werden von Inhalt und Zielrichtung der Rüstungsanstrengungen der UdSSR ad absurdum geführt. Im Vergleich zu 1938 waren die Ausgaben der UdSSR für Verteidigungszwecke 1940 auf mehr als das Doppelte gewachsen und betragen 56 Mrd. Rubel.⁵⁵ Die während der 42 Monate des dritten Fünfjahrplans in der Rüstungsindustrie vorgenommenen Investitionen umfaßten mehr als 25 Prozent aller in der Industrie realisierten Investitionen.⁵⁶

Die Partei beschloß umfangreiche Maßnahmen, um die Industrie und das Verkehrswesen auf die Erfordernisse des Krieges umzustellen. Von Januar 1939 bis Januar 1941 wurden die Staatsreserven und Mobilmachungsvorräte wie folgt erhöht: bei Roheisen auf das Fünffache, bei Walzgut auf das Doppelte, bei Kupfer auf mehr als das Doppelte, bei Zink auf das 2,2fache und bei Blei auf das 1,6fache. Die Nahrungs- und Futtermittelfonds konnten im Kriegsfall den Bedarf der sowjetischen Streitkräfte für einen Zeitraum von 4 bis 6 Monaten decken. Während der 18 Monate bis zum Beginn der faschistischen Aggression erhöhte sich der Wert der staatlichen Materialreserven des Landes auf nahezu das Doppelte; die Rüstungsindustrie der UdSSR entwickelte sich annähernd dreimal so schnell wie die Industrie insgesamt.⁵⁷

Das ZK der KPdSU (B) und die Sowjetregierung gingen völlig richtig davon aus, daß Deutschland den Nichtangriffspakt nicht einhalten werde, ja es im Prinzip gar nicht konnte.⁵⁸ In dieser Frage hegte die sowjetische Diplomatie keinerlei Illusionen. „Es besteht ... kein Grund zu der Behauptung, Stalin habe dem Nichtangriffspakt zu sehr vertraut, der mit Deutschland 1939 abgeschlossen wor-[42:]den war, als unser Land von zwei Fronten angegriffen werden konnte – von Deutschland und von Japan. Das ZK der KPdSU (B) und die Sowjetregierung gingen davon aus, daß der Pakt die Gefahr einer faschistischen Aggression nicht aufhob, sondern die Möglichkeit bot, Zeit zu gewinnen, um unsere Verteidigung zu stärken. Darüber hinaus verhinderte dieser Vertrag die Bildung einer antisowjetischen Einheitsfront“⁵⁹, schrieb der spätere Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow, der im Februar 1941 im Range eines Armeegenerals zum Chef des Generalstabs der Roten Armee ernannt wurde, in seinen Erinnerungen.

Der Antikommunismus der imperialistischen Gegner der „Achsen“mächte

Im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU (B) an den XVIII. Parteitag wurde zur Politik der „Nichteinmischung“ und der „Beschwichtigung“ der Aggressoren festgestellt: „In der Politik der Nichteinmischung macht sich das Streben, der Wunsch geltend, die Aggressoren bei der Ausführung ihres dunklen Werkes nicht zu hindern, zum Beispiel Japan nicht zu hindern, sich in einen Krieg gegen China, noch besser aber gegen die Sowjetunion einzulassen, zum Beispiel Deutschland nicht zu hindern, sich in die europäischen Angelegenheiten zu verstricken, sich in einen Krieg gegen die

⁵⁵ Vgl. A. A. Gretschnko, Die Streitkräfte des Sowjetstaates, Berlin 1975, S. 60.

⁵⁶ Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd. V, Erstes Buch, Moskau 1974, S. 134.

⁵⁷ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 ..., Bd. 3, Berlin 1977, S. 466, 467, 460.

⁵⁸ Am 22. August 1939, einen Tag vor Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages, erklärte Hitler seinen militärischen Befehlshabern bei einer Zusammenkunft auf dem Obersalzberg: „Die Bedeutung meines Paktes mit Polen (vom Jahre 1934) war lediglich die, Zeit zu gewinnen. Mit Rußland wird dasselbe geschehen, was ich mit Polen gemacht habe.“ Zit. nach: H. R. Trevor-Roper, „A. J. Taylor, Hitler and the war“, in: E. Robertson (ed.), The Origins of the Second World War, a. a. O., S. 86.

⁵⁹ G. K. Shukow, Erinnerungen und Gedanken, Bd. 1, Berlin 1980, S. 265.

Sowjetunion einzulassen, alle Kriegsteilnehmer tief in den Morast des Krieges versinken zu lassen, sie im stillen dazu anzuspornen, dazu zu bringen, daß sie einander schwächen und erschöpfen, dann aber, wenn sie genügend geschwächt sind, mit frischen Kräften auf dem Schauplatz zu erscheinen und natürlich ‚im Interesse des Friedens‘ aufzutreten, um den geschwächten Kriegsteilnehmern die Bedingungen zu diktieren.“⁶⁰ Diese politische Einschätzung umreißt die für die Politik der imperialistischen Rivalen Deutschlands im Zeitraum 1939 bis 1941 und in gewisser Weise auch danach noch gültigen Haupttendenzen absolut zutreffend.

Ihre Sicherheit angesichts der faschistischen Bedrohung zu erhöhen, war keineswegs die einzige Aufgabe, die die UdSSR auf außenpolitischem und diplomatischem Gebiet in der genannten Periode zu lösen hatte. Eine große Gefahr für die UdSSR resultierte aus den antisowjetischen Tendenzen in der Politik der britisch-französischen Koalition. Während des „seltsamen Krieges“, das heißt bis Mitte Mai 1940, reiften in Großbritannien und Frankreich auf Grund der sich zum Teil äußerst negativ entwickelnden internationalen Lage der UdSSR Pläne für eine bewaffnete Intervention gegen die Sowjetunion.

Diktiert von ihrer antisowjetischen Klassenposition, führten Großbritannien und Frankreich gegen Deutschland faktisch keinen Krieg, sondern ließen eher die Neigung erkennen, ihre Streitkräfte gegen die UdSSR marschieren zu lassen.

[43:] Der Schaden, der den Sicherheitsinteressen der UdSSR durch die von Großbritannien und Frankreich während des „seltsamen Krieges“ intensiv betriebene antisowjetische Tätigkeit zugefügt wurde, war objektiv nicht geringer als der von Hitlerdeutschland verursachte. Mit der Planung und praktischen Vorbereitung militärischer Operationen gegen die UdSSR (in ihrem nordöstlichen und südlichen Vorfeld) in den ersten Monaten des Jahres 1940 übertrafen London und Paris sogar das faschistische Deutschland, dessen Operativplanung des Krieges gegen die UdSSR erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 begann.

Wie der sowjetische Historiker O. A. Rsheschewski feststellte, führten die Absichten und Pläne für einen erneuten gemeinsamen antisowjetischen Feldzug die von den Westmächten betriebene Vorkriegspolitik logisch fort. Ihr Ziel bestand darin, in einem zweiten Weltkrieg den ersten sozialistischen Staat zu liquidieren und die Welt neu aufzuteilen. „Die antisowjetischen Kriegspläne, die im Zeitraum Herbst 1939 bis Frühjahr 1940 geschmiedet wurden, waren ein letzter und höchst abenteuerlicher Schachzug im Rahmen der völkerrechtswidrigen Strategie der Politiker des Münchner Abkommens: Sie rissen die Initiative der Anzettelung einer Aggression an sich. Hierbei kalkulierte man ein, daß das faschistische Deutschland unter diesen Bedingungen ‚eigene natürliche Schritte‘ unternehmen und ebenfalls über die UdSSR herfallen würde.“⁶¹

Analysiert man die antisowjetische Politik der britisch-französischen Koalition und der USA insgesamt, läßt sich folgende Schlußfolgerung ziehen: Diese Politik bezog faktisch alle geographischen Räume und all jene großen Probleme ein, die die Sicherheitsinteressen der UdSSR unmittelbar betrafen.

Im nordwestlichen Vorfeld der UdSSR wurde Finnland offen zum Krieg gegen die Sowjetunion ermuntert, und sowohl Großbritannien als auch Frankreich erklärten sich bereit, auf seiten des militaristischen Finnland direkt an einer gegen die UdSSR gerichteten Intervention der finnischen Militäristen teilzunehmen;

im westlichen Vorfeld der UdSSR steuerten beide Länder militant antisowjetische Kampagnen und attackierten die von der UdSSR zur Gewährleistung seiner Sicherheit unternommenen Maßnahmen (Westukraine, das westliche Belorußland und das Baltikum);

⁶⁰ XVIII sjesd Wsesojusnoi kommunistitscheskoi partii (b), 10-21 marta 1939g. Stenografitscheski ottschot, a. a. O., S. 13.

⁶¹ O. A. Rsheschewski, Woina i istorija (Burshuasnaja istoriografija SSchA o wtoroi mirowoi woine), Moskau 1976, S. 100.

im südwestlichen Vorfeld der UdSSR wurden antisowjetische Bestrebungen des bürgerlich-gutsbesitzerlichen Rumäniens geschürt; es wurde zur Konfrontation mit der UdSSR ermuntert. In Sofia, Budapest und Belgrad wurde gegen die UdSSR intrigiert;

vom südlichen Vorfeld der UdSSR aus war ebenfalls eine militärische Aggression gegen die UdSSR geplant und zu diesem Zweck versucht worden, die Türkei in die antisowjetische Tätigkeit einzubeziehen sowie in Iran und Afghanistan Feindschaft gegenüber der UdSSR zu säen;

im Fernen Osten ließen die britisch-französische Koalition sowie die USA nichts unversucht, um in den sowjetisch-japanischen Beziehungen zusätzliche Spannungen zu erzeugen und den „Expansionismus“ Tokios in die nördliche Richtung, in Richtung der sowjetischen Grenzen zu lenken.

So gab es faktisch keinen einzigen an die UdSSR grenzenden kapitalistischen Staat, in dem die britische und die französische Diplomatie nicht in der einen oder anderen Weise gegen die Sowjetunion aktiv wurde. Die Ursachen dieser aktivierten antisowjetischen Tätigkeit Großbritanniens, Frankreichs sowie auch der USA resultieren vor allem aus jener politischen Konzeption, die mit dem Münchner Abkommen ihren konzentrierten Ausdruck fand. Deutschlands in westliche Richtung zielender Expansionismus sollte auf die UdSSR gelenkt und damit die Sowjetunion gezwungen werden, für die Interessen der britisch-französischen Koalition zu kämpfen; der erste sozialistische Staat sollte geschwächt oder – wenn möglich – völlig liquidiert werden. Ein wichtiges Element dieser Politik bestand darin, die sowjetisch-deutschen Beziehungen maximal zu beeinträchtigen und die UdSSR so rasch und unter so ungünstigen Bedingungen wie möglich in einen Krieg gegen Deutschland hinein-zumanövrieren.

In seiner letzten grundlegenden Arbeit über die Geschichte des zweiten Weltkrieges charakterisierte der englische Historiker Basil H. Liddell Hart die außenpolitische Logik Londons und Paris' in jener Periode durchaus zutreffend: „Der schnellen Überwältigung Polens“, schreibt er, „folgte eine Kampfphase von sechs Monaten – ‚phony war‘ (falscher Krieg) von Zuschauern getauft, die sich durch den äußeren Schein der Ruhe täuschen ließen. Ein besserer Name wäre gewesen ‚Winter der Illusionen‘. Denn die führenden Kreise ebenso wie die gesamte Öffentlichkeit der westlichen Länder verbrachten die Zeit damit, phantasievolle Pläne für Angriffe auf Deutschland zu entwickeln – und sie redeten allzu offen darüber. In Wirklichkeit bestand keine Aussicht, daß Frankreich und Großbritannien allein jemals die militärische Stärke aufbauen könnten, die zu einem Sieg über Deutschland nötig war. Ihre einzige Hoffnung – jetzt, da Deutschland und Rußland eine gemeinsame Grenze hatten – war, daß sich zwischen diesen von gegenseitigem Mißtrauen erfüllten Verschworenen Reibungen entwickeln würden, die Hitlers Gesicht wieder nach Osten statt nach Westen lenken könnten. Dies geschah auch ein Jahr später und hätte vielleicht früher geschehen können, wenn die Westmächte nicht so ungeduldig gewesen wären.“⁶² (Hervorh. – P. S.)

Liddell Hart, der für das konzeptionelle Herangehen zahlreicher führender Persönlichkeiten des Westens an diese Problematik sowohl in jener Zeit als auch in der Gegenwart repräsentativ ist, bedauerte, daß die Bemühungen der britisch-französischen Koalition, einen solchen Zusammenstoß zu provozieren, „unzureichend“ waren. Jedoch lag dies weniger an den unzulänglichen Bemühungen Großbritanniens und Frankreichs, sondern wohl zuallererst an der Effektivität der außenpolitischen und diplomatischen Tätigkeit der UdSSR.

Die britische und die französische Diplomatie war einseitig darauf orientiert, den außenpolitischen Aktionsradius der UdSSR soweit wie möglich einzuengen [45:] und ihre eigene militärische Tatenlosigkeit zu verschleiern, um einen Krieg mit Deutschland mit allen Mitteln von sich abzuwenden. Das gestand der britische Zeitungslord William M. A. Beaverbrook in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter I. M. Maiski in London auch offen ein.

Allerdings muß zugleich darauf hingewiesen werden, daß die vordergründig antisowjetischen Positionen der britisch-französischen Koalition nicht immer und ausschließlich, das heißt „frontal“ unver-

⁶² Liddell Harts Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. II, Berlin (West)/Darmstadt/Wien 1972, S. 872.

hüllt zum Ausdruck kamen. Die britische, französische sowie die Diplomatie der USA war während des „seltsamen Krieges“ – und zum Teil auch bis unmittelbar vor Ausbruch des Großen Vaterländischen Krieges – äußerst diffizil.

Sie versuchte, mehrere, sich eigentlich ausschließende Aufgaben gleichzeitig zu lösen. Einerseits waren London und Paris – wie bereits geschildert – bestrebt, die internationale Position der UdSSR weitestgehend zu schwächen. Andererseits erlaubte es der bestehende Kriegszustand mit Deutschland nicht, einen totalen Konfrontationskurs gegen die UdSSR zu steuern. Wäre daraus möglicherweise ein Zusammenstoß mit der Sowjetunion entstanden, hätten Großbritannien und Frankreich einer weiteren Großmacht als Gegner gegenübergestanden. Ebendeshalb beteuerten die führenden Persönlichkeiten der britisch-französischen Koalition, vor allem die Engländer, gegenüber sowjetischen Vertretern wiederholt, die Beziehungen zur UdSSR verbessern, einen „neuen Ton“ anschlagen zu wollen. Derartige Äußerungen verfolgten hauptsächlich ein taktisches Ziel: die UdSSR nicht völlig durch die von ihnen betriebene antisowjetische Politik zu verprellen. Denn praktisch verzichteten London und Paris nicht nur darauf, effektive politische oder militärische Maßnahmen mit der UdSSR zu erörtern und zu koordinieren, sondern sie waren im Gegenteil bestrebt, die sowjetische Seite, zu immer neuen Zugeständnissen zu veranlassen, sie von ihrer Neutralitätsposition abzubringen und schrittweise in einen militärischen Konflikt mit Deutschland hineinzumanövrieren. Einem gleichberechtigten Bündnis der UdSSR mit der britisch-französischen Koalition, wie es die sowjetische Seite bereits im Sommer 1939 vorgeschlagen hatte und wie es erst mit Beginn des Großen Vaterländischen Krieges zustande kommen sollte, wichen die Westmächte hartnäckig aus.

Die USA suchten ebenfalls die verschiedensten Vorwände, um die Spannungen in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen anzuheizen. Cordell Hull gibt in seinen Memoiren zu, daß das Wesen der „russischen“ Politik der Vereinigten Staaten vor dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR darin bestand, „keinerlei Schritte zu einer gegenseitigen Annäherung mit Rußland zu unternehmen, gegenüber irgendwelchen Versuchen einer Annäherung an uns solange Zurückhaltung an den Tag zu legen, solange nicht erwiesen ist, daß dies kein Manöver seitens der Russen ist, um sich einseitig Zugeständnisse zu ihrem Vorteil zu verschaffen“.⁶³ Derartige Bedingungen legten den Bemühungen der UdSSR, die Beziehungen zu den USA zu verbessern, von vornherein Hindernisse in den Weg.

[46:] In der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges bot die britisch-französische Koalition der Sowjetunion nicht eine einzige Alternative zur faschistischen Aggression, keine Alternative, die für die UdSSR hinsichtlich der Gewährleistung ihrer Sicherheit akzeptabler als die von ihr dann zwangsläufig verfolgte Neutralitätspolitik gewesen wäre. Dies ist eine unbestreitbare historische Realität. Mehr noch: Geht man von den praktischen Schritten Großbritanniens, Frankreichs (bis zur Kapitulation) und der USA aus und nicht von ihren blutleeren Deklarationen, so hatte sich deren antisowjetische Politik in der Periode des „seltsamen Krieges“ und danach bis zum Beginn des Großen Vaterländischen Krieges im Vergleich zu der von ihnen in der Vorkriegszeit betriebenen Politik in vielem sogar noch verhärtet.

Die imperialistischen Rivalen des faschistischen Deutschland ließen keine Bereitschaft erkennen, sich der UdSSR politisch zu nähern, denn ihnen nutzte keine neutrale UdSSR, sondern ausschließlich eine Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges gegen Deutschland auf sich nahm und das „Dritte Reich“ davon abhielt, gen Westen zu ziehen. In London, Paris und Washington erkannte man durchaus, daß eine politische Annäherung an die UdSSR vor Beginn der deutschen Aggression im Osten geeignet sein könnte, die Expansionspläne Hitlers hinauszuzögern oder zu vereiteln. Aber gerade der Verzicht auf eine politische Annäherung sollte der deutschen Führung die Entscheidung für den Überfall auf die Sowjetunion erleichtern. Betrachtet man diese von Großbritannien, Frankreich und den USA verfolgte Linie in ihrem generellen Zusammenhang und ihrer strategischen Zielsetzung, ist offensichtlich, daß sie sich nahtlos in die politische Konzeption Münchens einfügte.

⁶³ C. Hull, *The Memoirs of Cordell Hull*, vol. 2, New York 1948, S. 972 f.

Für die Sicherheit im Vorfeld der sowjetischen Staatsgrenzen

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges bestand eine außerordentlich wichtige Richtung der außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR darin, die Sicherheit im Vorfeld der sowjetischen Staatsgrenzen vor allem in Europa zu gewährleisten. Diese Aufgaben mußten von der sowjetischen Außenpolitik und Diplomatie unter Berücksichtigung der Tatsache gelöst werden, daß die UdSSR zu beiden imperialistischen Gruppierungen Beziehungen unterhielt. Die wachsenden antisowjetischen Stimmungen und Bestrebungen innerhalb der herrschenden Kreise der meisten an die UdSSR grenzenden Staaten war eine spezifische Besonderheit in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges. Von 1939 bis 1941 wirkten die daraus resultierenden negativen Faktoren immer intensiver auf die Sowjetunion ein und bestätigten die von Lenin bereits 1919 getroffene Feststellung, „daß die Entente noch Versuche unternimmt, bald den einen, bald den anderen unserer kleinen Nachbarstaaten gegen uns aufzuhetzen. Solche Versuche wird es geben, denn die kleinen Staaten sind ganz und gar von der Entente abhängig, das ganze Gerede von Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie ist nichts als Heuchelei, und die [47:] Entente kann sie noch einmal zwingen, die Hand gegen uns zu erheben.“⁶⁴ Eine solche Politik betrieben die imperialistischen Rivalen Großbritanniens und Frankreichs, Deutschland und Italien, so daß faktisch alle an die UdSSR im Nordwesten, Westen, Südwesten und Süden grenzenden Staaten mehr oder weniger auf die Positionen der imperialistischen Hauptmächte übergingen. Versuchten diese Staaten, ihre Beziehungen zur UdSSR ausgewogener zu gestalten, waren sie starkem Druck seitens der beiden imperialistischen Koalitionen ausgesetzt, die nichts unversucht ließen, um die kleinen Staaten zu veranlassen, ihre Beziehungen zur UdSSR einschließlich direkter Konfrontation zu verschlechtern.

So hatte Per Ewinq Svinqhufvud, in den Jahren 1931 bis 1937 finnischer Staatspräsident, der sich zum Sprachrohr der reaktionären Kreise des Landes machte, seinerzeit die für sein Land geltende Orientierung formuliert, daß „der Feind der Russen stets ein Freund für Finnland sein müsse“.⁶⁵ In Helsinki wies man die einzig vernünftige Alternative- die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu dem großen Nachbarn im Osten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz als grundsätzlich unannehmbar zurück. Die antisowjetischen Kräfte Finnlands bemühten sich emsig um eine Annäherung an jene Staaten, die zu der damaligen Zeit eine gegenüber der Sowjetunion feindliche Position bezogen. Eine analoge Haltung nahmen die herrschenden Kreise des bürgerlich-gutsbesitzerlichen Polens sowie die Führung des bürgerlich-gutsbesitzerlichen Rumäniens ein.

Ein zentrales Element der antisowjetischen Politik des Imperialismus bestand darin, militärische Aufmarschräume gegen die UdSSR zu erlangen und abzusichern. Das faschistische Deutschland verfügte nach der totalen Niederlage des bürgerlich-gutsbesitzerlichen Polens bereits seit September 1939 über ein derartiges Aufmarschgebiet an der sowjetischen Westgrenze und war, indem es auch die nord- bzw. südwestlichen Nachbarn der UdSSR (Finnland, Rumänien, Bulgarien) in seine militärpolitischen Pläne integrierte, bestrebt, dieses systematisch zu erweitern. Großbritannien und Frankreich, die nicht an die UdSSR grenzten, konzentrierten sich darauf, „neuralgische Punkte“ zu organisieren, und verlagerten ihre Aktivitäten vor allem in jene Staaten, die eine gemeinsame Grenze mit der UdSSR besaßen.

Die außenpolitische Tätigkeit der Sowjetunion im Westen und Nordwesten Europas mußte in der Periode des „seltsamen Krieges“ vor allem der Tatsache gerecht werden, die Sicherheit des Landes unter den Bedingungen des unmittelbaren Heranrückens Deutschlands an die Westgrenzen der UdSSR zu erhöhen. Diese Situation machte es erforderlich, die Annexion des polnischen Teils der Westukraine und des westlichen Teils Belorußlands, die 1920 von der Sowjetunion abgetrennt worden waren, zu verhindern. Auch im baltischen Raum bestand der Kern der sowjetischen außenpolitischen Tätigkeit darin, die Möglichkeiten für eine Ausweitung der faschistischen Expansion einzuschränken. Die [48:] Verträge über gegenseitigen Beistand, die die UdSSR mit den baltischen Staaten

⁶⁴ W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, Berlin 1974, S. 205.

⁶⁵ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie D (1937-1945), Bd. V, Baden-Baden 1953, S. 447 (im weiteren kurz: ADAP, Serie D).

abschloß, waren wie auch die britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen im Sommer 1939 vor allem darauf gerichtet, die Sicherheit im Baltikum zu erhöhen. Da die Verhandlungspartner den Vorschlag der UdSSR ablehnten, Maßnahmen über eine kollektive Abwehr des Aggressors in diesem Raum zu erörtern, war die sowjetische Diplomatie bemüht, auf der Basis bilateraler Vereinbarungen mit Litauen, Lettland und Estland diesem Ziel näherzurücken. Die mit diesen Staaten geschlossenen Verträge zerstörten die Spekulationen der Westmächte, die baltischen Staaten würden als „Korridor“ für einen faschistischen Überfall auf die UdSSR fungieren oder selbst an einer Aggression teilnehmen.

Einen wichtigen Bestandteil der sowjetischen außenpolitischen Tätigkeit bildete das nordwestliche Vorfeld der UdSSR. Beide imperialistische Gruppierungen versuchten in der Periode des „seltsamen Krieges“ die militante antisowjetische Haltung der finnischen Führung gezielt zu nutzen, um an der nordwestlichen Flanke der UdSSR einen potentiellen Kriegsherd zu schaffen. Die UdSSR ging davon aus, daß es notwendig und möglich ist, zwischen den Staaten bestehende Probleme in erster Linie mit friedlichen, mit politischen Mitteln zu lösen und dafür das gesamte diplomatische Instrumentarium einzusetzen. Ohne den offen sowjetfeindlichen Einfluß des Imperialismus, der die herrschenden finnischen Kreise zur Konfrontation mit der UdSSR regelrecht antrieb, wäre eine friedliche Regelung der zwischen der UdSSR und Finnland bestehenden strittigen Fragen durchaus möglich gewesen. Doch für London, Paris wie auch Washington wäre ein bewaffneter Konflikt zwischen Finnland und der UdSSR ein willkommener Anlaß gewesen, das gesamte imperialistische Lager zum Kampf gegen die UdSSR zu mobilisieren. Da ihre Rechnung, daß es zu einem bewaffneten Zusammenstoß zwischen der UdSSR und Deutschland kommen würde, dank dem entschlossenen Handeln der UdSSR im August/September 1939 jedoch nicht aufging, verlagerten sie ihre Versuche, die UdSSR dennoch in einen großen Krieg zu verwickeln und neue Aufmarschräume zu erlangen, in das nordwestliche Vorfeld des sowjetischen Territoriums. Angesichts des verschärften imperialistischen Drucks war die finnische Regierung nicht bereit, mit der Sowjetunion eine gegenseitig annehmbare, friedliche Regelung der strittigen Fragen zu erzielen, sondern versuchte, von der UdSSR einseitige Zugeständnisse zu erpressen.

Erst im Ergebnis militärisch-politischer Auseinandersetzungen und der unabwendbaren Niederlage der finnischen Truppen ging Finnland auf die friedliche Beilegung der Streitfragen ein.

Versionen über eine „Teilung“ Polens, eine „Sowjetisierung“ des Baltikums, eine „Aggression“ gegen Finnland usw. werden auch von realistischen bürgerlichen Politikern, Publizisten und Historikern als unbegründet zurückgewiesen. So stellte zum Beispiel der ehemalige Präsident Finnlands, Juho Kusti Paasikivi, in seinen Erinnerungen fest: „Die Führer der Sowjetunion haben während der letzten zehn Jahre uns gegenüber immer wieder die Notwendigkeit der Erhaltung des Friedens in diesem Raum hervorgehoben. In ihren Vorschlägen und Forderungen haben sie auf das Erfordernis hingewiesen, die Sicherheit des Staates gewähr-[49:]leisten und die Möglichkeit ausschließen zu müssen, daß eine Aggression über finnisches Territorium hinweg eingeleitet wird.“⁶⁶ Und der unlängst aus dem Amt geschiedene finnische Präsident Urho Kalevi Kekkonen erklärte 1964: „Wenn wir jetzt zwei Jahrzehnte danach den Versuch unternehmen, uns in die Lage der Sowjetunion hineinzusetzen, so können wir angesichts des Überfalls Hitlers auf die Sowjetunion im Jahre 1941 verstehen, welche Sorge die Sowjetunion in bezug auf ihre Sicherheit Ende der 30er Jahre zwangsläufig empfinden mußte.“⁶⁷

Kompliziert gestaltete sich auch der diplomatische Kampf der UdSSR für die Sicherheit im südwestlichen Vorfeld ihrer Landesgrenzen, auf dem Balkan. Die sowjetischen Aktivitäten konzentrierten sich vor allem darauf, den die Politik der herrschenden Kreise Rumäniens, Bulgariens und Jugoslawiens kennzeichnenden Antikommunismus zurückzuweisen und mit diesen Staaten nicht nur konstruktive, sondern freundschaftliche, auf der Gewährleistung der beiderseitigen Sicherheit, der Gleichberechtigung und der friedlichen Lösung bisher noch offener Probleme basierende Beziehungen zu entwickeln.

⁶⁶ Linija Paasildwi. Statji i retschi Jucho Kusti Paasikiwi 1944-1956, Moskau 1958, S. 139.

⁶⁷ U. K. Kekkonen, Drushba i dobrossedstwo. Retschi i wystuplenija 1963-1967, Moskau 1968, S. 36.

Das schloß selbstverständlich ein, daß die UdSSR gegenüber jedem dieser Staaten ihre Politik differenziert zu realisieren versuchte.

Ungeachtet dessen, daß das südliche Vorfeld der UdSSR von den Hauptereignissen des zweiten Weltkrieges, die die größte Gefahr für die sowjetische Sicherheit verkörperten, geographisch relativ weit entfernt war, widmeten das ZK der KPdSU (B) und die Sowjetregierung den Beziehungen zur Türkei, zu Iran und Afghanistan große Aufmerksamkeit, verfolgten sie unablässig die intensive sowjetfeindliche Politik beider imperialistischer Koalitionen in diesen Staaten. Die sowjetische Diplomatie war nach Kräften bestrebt, zu verhindern, daß die südlichen Nachbarn der UdSSR zum Nachteil der sowjetischen Sicherheitsinteressen ausgenutzt wurden, und unternahm alles, die antisowjetische Politik der herrschenden Kreise dieser Staaten einzudämmen. Das bedeutet jedoch nicht, daß die sowjetische Diplomatie im südlichen Vorfeld der UdSSR ausschließlich defensiv agierte. Im Gegenteil, die UdSSR war bestrebt, die genannten Aufgaben offensiv zu realisieren. Sie unterbreitete der Türkei, Iran und Afghanistan ein abgestuftes Programm zur Entwicklung gutnachbarlicher, auf der Grundlage der Sicherheit aller Beteiligten beruhender Beziehungen.

Von nicht geringer Bedeutung für die Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges waren die von der sowjetischen Diplomatie im Fernen Osten zu lösenden Aufgaben:

Erstens mußte eine japanische Aggression gegen die UdSSR um jeden Preis verhindert werden.

Zweitens war unter Ausnutzung der innerimperialistischen Widersprüche zu verhindern, daß sich die beiden imperialistischen Gruppierungen auf antisowjetischer Grundlage vereinigten.

[50:] Drittens war es erforderlich, China im japanisch-chinesischen Krieg weiter zu unterstützen und Versuche der chinesischen Regierung, die UdSSR in militärische Auseinandersetzungen mit Japan zu verwickeln, abzublocken.

Viertens mußten unter Ausnutzung der latenten innerimperialistischen Widersprüche die antisowjetischen Aspekte der sich verstärkenden Zusammenarbeit zwischen Japan und dem faschistischen Deutschland abgeschwächt werden.

Die entscheidende Komponente im Herangehen der sowjetischen Diplomatie an das militaristische Japan bestand darin, die von Japan ausgehende Gefahr weitgehend mit politischen Mitteln einzuschränken und nach Möglichkeit konstruktive Beziehungen zwischen beiden Ländern aufzubauen sowie den stark ausgeprägten Antisowjetismus Tokios gleichzeitig entschieden zurückzuweisen. Mit dieser prinzipiellen Linie leistete die sowjetische Diplomatie einen effektiven Beitrag im Kampf gegen eine wider die UdSSR gerichtete „Fernost-Front“.

Ein imperialistisches Komplott war nach wie vor real – die Geheimdiplomatie

Die internationale Situation zu Beginn des zweiten Weltkrieges bestand unter anderem darin, daß die Sowjetregierung sowohl vor als auch noch nach der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 ein mögliches antisowjetisches Komplott der sich feindlich gegenüberstehenden imperialistischen Koalitionen nicht ausschließen konnte. Marschall der Sowjetunion W. I. Tschuikow erwähnt in seinen Erinnerungen insbesondere eine Äußerung J. W. Stalins vom Herbst 1940: „Man soll nicht glauben, daß die westlichen Kompromißler nach Frankreichs Niederlage von der Bühne abtreten werden. Auch jetzt, selbst in einem so schweren Augenblick für das englische Volk, eilen zwischen Berlin und London die Beschwichtiger des Aggressors hin und her. Sie sind jederzeit zu neuen Zugeständnissen bereit, damit der Aggressor seine Waffe nur ja gegen die Sowjetunion kehre.“⁶⁸

Das Verhalten im Krieg von Seiten Großbritanniens und Frankreichs in der Zeit nach dem 1. September 1939 belegte ihre zählebige Hoffnung, daß der „wirkliche Krieg“ erst gegen die Sowjetunion beginnen würde. Sie drängten Hitler förmlich dazu, die Aggression auf die UdSSR auszuweiten. Der französische Journalist Roland Dorgelès zum Beispiel äußerte sein Befremden über die Situation an der Westfront: „Die Artilleristen schauten am Rheinufer gelassen auf die deutschen Munitionszüge,

⁶⁸ W. I. Tschuikow, „Mission in China. Notizen eines Militärberaters“, in: *horizont*, 1980/38, S. 32.

die am anderen Ufer entlangrollten; unsere Flieger überflogen die rauchenden Schornsteine der Industriewerke an der Saar, ohne eine Bombe abzuwerfen. Ganz offensichtlich bestand die Hauptsorge des Oberkommandos darin, den Gegner nicht zu beunruhigen.“⁶⁹

Der französische General André Beaufre schreibt in seiner Publikation „Das Drama von 1940“, daß in den alliierten Armeen der Eindruck entstand, daß die-[51:]ser Krieg „zu einem irgendwie gigantischen Szenarium stillschweigender Übereinkunft (wurde), bei der nichts Ernsthaftes passieren kann, solange wir unsere Partie korrekt spielen.“⁷⁰ In den französischen und britischen Stäben herrschte die Überzeugung, daß sich die politische Führung letzten Endes mit Deutschland auf einen Kompromiß einigen würde. Der französische Historiker Emmanuel Beau de Loménie bemerkt, daß sich Frankreich zwar mit Deutschland im Kriegszustand befand, die Operationen der französischen Truppen gegen die Wehrmacht jedoch nicht mehr als „die erbärmliche Karikatur eines Angriffs“, ein „schwankendes zaghaftes Spiel“ waren. Die französische Regierung und die militärische Führung verfolgten auch im Kriegszustand engstirnig den Münchner Kurs.⁷¹

Gleichzeitig wurde die britisch-französische Führung in zahlreichen Hauptstädten hinter den Kulissen merklich aktiv. So sondierte Frankreich, vermittelt durch Italien, bereits im September 1939 eventuelle Möglichkeiten, den Krieg gegen Deutschland einzustellen. Der französische Botschafter in Rom, André François-Poncet, erklärte dem italienischen Außenminister Graf Galeazzo Ciano am 16. September, daß, wenn Hitler nach Beendigung der polnischen Kampagne „vernünftige“ Friedensvorschläge entwickeln würde, er seiner Regierung empfehlen könnte, den Abschluß eines Abkommens mit Berlin in Erwägung zu ziehen. Im September 1939 wurde der deutsche Gesandte in Luxemburg, Otto von Radowitz, vom Wunsch des französischen Außenministeriums in Kenntnis gesetzt, mit Deutschland einen „ehrvollen Frieden“ zu schließen. Drei Monate später schaltete sich Papst Pius XII. in die „Friedens“sondierungen ein. Die Regierungen der Niederlande, Spaniens, Belgiens, Norwegens und Finnlands boten beiden Seiten ihre Vermittlung an. Im November 1939 richteten Leopold III. König der Belgier und Königin Wilhelmine der Niederlande einen Appell an Großbritannien, Frankreich und Deutschland, Frieden zu schließen.

Auch die Geheimdiplomatie wurde augenfällig forciert. Gestützt auf neu recherchierte Archivmaterialien schreibt der sowjetische Historiker L. A. Besymenski: „Jetzt steht fest, daß Hitler, Göring und Canaris unmittelbar nach dem Überfall auf Polen eine breitangelegte Offensive an der ‚Geheimfront‘ eröffneten, wobei sie erstrebten, erstens alle während der Vorkriegszeit funktionierenden Verbindungskanäle nach England wiederherzustellen, und zweitens zu sondieren, inwieweit England einen ernsthaften Übergang in das Lager der offenen Gegner Deutschlands vollzogen habe. Zu diesem Zweck wurden alle Kräfte mobilisiert – unter ihnen Johan Birger Dahlerus in Schweden, Franz von Papen in der Türkei, der belgische König, der unter deutscher Aufsicht stand, und eine Reihe weiterer Emissäre. So wurde Dahlerus von Hitler und Göring empfangen und mit einem Programm von Separatverhandlungen in Großbritannien beauftragt. In diesem Zusammenhang sei nur dies festgestellt: Während bei der Serie von Geheimkontakten im Juni bis August 1939 die Initiative überwiegend von der [52:] britischen Seite ausging, wobei deren Vorschläge von Hitler nicht akzeptiert wurden, hatte sich das Bild mittlerweile geändert: die Initiative ging jetzt von der Reichskanzlei aus.“⁷²

Einflußreiche politische Kreise in den USA waren daran interessiert, sich mit dem faschistischen Deutschland zu verständigen. So traf sich der bedeutende amerikanische Erdölindustrielle William R. Davis, der sich als Vermittler zwischen den kriegführenden Seiten angeboten hatte, Anfang Oktober 1939 mit Göring. Auch James D. Mooney, Chef der General Motors Overseas Co., traf Anfang Oktober mehrfach mit Göring zusammen. In diesen Gesprächen versuchte Göring die Amerikaner mit dem Gedanken anzufreunden, ein Treffen von Vertretern Großbritanniens, Frankreichs und

⁶⁹ R. Dorgelés, *La drôle de guerre 1939-1940*, Paris 1957, S. 9.

⁷⁰ A. Beaufre, *Le drame de 1940*, a. a. O., S. 198.

⁷¹ E. Beau de Loménie, *Les responsabilités des dynasties bourgeoises*, Bd. 5: *De Hitler à Pétain*, Paris 1973, S. 454-459.

⁷² Zit. nach: L. A. Besymenski, „Tainaja diplomatija prinza Gogenloe. (Is istorii sakulisnyh peregoworow meshdu gitlerowskoj Germanijej i Silpadnymi dershawami)“, *Nowaja i nowejschaja istorija*, 1980/1, S. 133.

Deutschlands zu organisieren. Hjalmar Schacht, Minister ohne Geschäftsbereich in der Reichsregierung, wandte sich mit dem Ersuchen an den amerikanischen Botschafter in Berlin, Hugh R. Wilson, Präsident Roosevelt das Angebot zu übermitteln, zwischen den kriegführenden Parteien zu vermitteln. An den Sondierungskontakten mit Hitlerdeutschland waren unter anderen der schwedische Industrielle Birger Dahlerus, der ehemalige Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig und danach Mitglied des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, der Schweizer Professor Carl Jacob Burckhardt sowie die Vertreter verschiedener neutraler Länder beteiligt.

Um die Jahreswende 1939/40 unternahm Prinz Max zu Hohenlohe-Langenburg, Vertrauter höchster politischer Kreise in Deutschland, weitgehende Sondierungen hinsichtlich eines eventuellen britisch-deutschen Komplotts. Daß Großbritannien auf eine Kontaktnahme mit Deutschland vorbereitet war, bestätigte der damalige britische Gesandte in der Schweiz, Sir David V. Kelly: „Vor meiner Abreise nach London hatte mir Sir Robert (Vansittart) unter dem Siegel der Verschwiegenheit die Namen von zwei Deutschen mitgeteilt, die ich für den Fall, daß sie vorsprechen sollten, empfangen und anhören sollte. Es war im Juni, als der ehemalige schweizerische Botschafter in London, Herr Paravicini, mich einlud, ihn am Abend aufzusuchen und, mein Einverständnis vorausgesetzt, mit Prinz Max zu Hohenlohe-Langenburg zusammenzubringen ... Es handelte sich um eine jener Personen, mit denen ich mich treffen sollte.

Dies war das erste von drei oder vier Treffen, zu denen Hohenlohe speziell in die Schweiz reiste. Sie fanden fünf bis sechs Wochen vor Beginn der Bombardierung Englands statt ... Er übergab mir bei dem Treffen, und jedesmal in dringlicherem Tone, die gleiche Botschaft, die, wie er sagte, von Hitler ausginge. Danach habe Hitler nicht die Absicht, Großbritannien oder dem britischen Empire Schaden zuzufügen (wengleich auf die Nützlichkeit eines Abkommens über die ehemaligen deutschen Kolonien hingewiesen wurde), und Hitler machte auch keine Reparationsforderungen geltend. Seine einzige Bedingung bestehe darin, [53:] daß wir miteinander Frieden schließen und ihm in Europa völlige Handlungsfreiheit gewährt wird.“⁷³

Während einer Europareise des Unterstaatssekretärs im Außenministerium der USA, Sumner Welles, im Februar/März 1940 erklärte der französische Ministerpräsident Edouard Daladier, daß er zu weiteren Kontakten mit Berlin bereit sei, sofern Frankreich künftig vor einem Krieg mit Deutschland sicher sein könne.⁷⁴ Welles verfolgte mit dieser Reise eigentlich das Ziel, nach Möglichkeiten zu einer „Befriedung“ der Aggressionsmächte zu suchen. Wie deutsche Diplomaten dem Auswärtigen Amt mitteilten, hätten die USA anfänglich den Plan gehabt, „den Kriegführenden einen vierjährigen Waffenstillstand vorzuschlagen, um sich in der Zwischenzeit bei den Wirtschaftsverhandlungen, an denen Japan (nicht aber Rußland) und Italien beteiligt werden sollten, einzuschalten“.⁷⁵ In London und Paris wurden die amerikanischen Bemühungen, „die europäischen Widersprüche gerecht freizulegen“, gebilligt, und man gab Welles zu verstehen, daß Großbritannien und Frankreich einen Kompromiß mit den „Achsen“mächten nicht ausschlossen.

Nur wenige Tage nach der Niederlage Frankreichs wurde Prinz Max zu Hohenlohe-Langenburg von einem deutschen Sondergesandten in Gstaad in der Schweiz aufgesucht. Er überreichte Hohenlohe-Langenburg einen Brief von Walter Hewel, der im außenpolitischen Mechanismus des „Dritten Reiches“ eine Schlüsselposition innehatte. Als Leiter des Persönlichen Stabes des Reichsaußenministers und dessen Ständiger Beauftragter beim Führer genoß Hewel Hitlers uneingeschränktes Vertrauen. In diesem Zusammenhang erinnerte sich Hohenlohe-Langenburg an einen Brief aus dem Führerhauptquartier: „Der Gesandte hatte es eilig, und erst nach seinem Weggang öffnete ich das Kuvert. Es enthielt einen Brief. Ich erinnere mich genau, daß er folgendermaßen begann: ‚Führerhauptquartier. Vortragender Legationsrat Hewel‘. Und weiter: ‚Nach langen Überlegungen hat der Führer den Entschluß gefaßt, mit England ein Bündnis einzugehen‘“. Hewel, der im Brief Hitlers Konzeption darlegte, hob hervor, daß der Krieg für England verloren sei und daß er England eine „letzte Chance“

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Vgl. Istorija diplomatija, Bd. 4, Moskau 1975, S. 15 f.

⁷⁵ ADAP, Serie D, Bd. VIII, Baden-Baden/Frankfurt/M. 1961, S. 607.

einräume, von Deutschland die Garantie für den Bestand des Empire zu erhalten. „Ich war vom ruhigen Ton des Briefes und vom Fehlen jeglicher ultimativer Forderungen überrascht“, fährt Hohenlohe-Langenburg fort. „Soweit ich mich erinnern kann, wurde in ihm ein Datum, ich glaube, es war der Monat September, genannt. Bis zu diesem Zeitpunkt müsse der Vorschlag angenommen worden sein, andernfalls beginne die Bombardierung Englands. Ich war und bin auch heute noch der Auffassung, daß es sich hierbei um einen ernsthaften Vorschlag handelte. Ich möchte hinzufügen, daß der Brief nicht nur von Hewel, sondern auch von Gauß, dem juristischen Berater des Auswärtigen Amtes unterzeichnet war.“⁷⁶

[54:] Die Kontakte zwischen Kelly und Hohenlohe-Langenburg waren nicht nur flüchtiger, sondern kontinuierlicher Natur, da nicht nur sie daran beteiligt waren. So reiste im Juni 1940 der schon erwähnte Prof. Carl Burckhardt nach Berlin. Er führte politische Gespräche und teilte Kelly anschließend mit, Hitler strebe einen Waffenstillstand mit Großbritannien auf folgender Grundlage an: Anerkennung Deutschlands als Weltmacht, Rückgabe der Kolonien, Anerkennung der Unantastbarkeit des britischen Empire. Der britische Außenminister Lord Halifax, der von Kelly unterrichtet wurde, interpretierte dieses Angebot, das an Burckhardt und danach an Kelly übergeben worden war, als offiziell unterbreitet. Über die Antwort Kellys teilte Hohenlohe-Langenburg Hewel mit, daß der britische Botschafter Hitler als „einen großen Mann“ erachte, England jedoch den deutschen Versprechungen kein Vertrauen entgegenbringe. Hohenlohe-Langenburg trat daraufhin unverzüglich mit dem Vatikan in Verbindung und bat, Papst Pius XII. möge sich an Roosevelt wenden, um ihn hinsichtlich des Friedensschlusses um Vermittlung zu ersuchen.

Eine großangelegte Operation, um doch noch zu einem britisch-deutschen „Friedensschluß“ zu gelangen, wurde anderthalb Monate vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges eingeleitet. Rudolf Heß, Reichsleiter der NSDAP und Hitlers Stellvertreter, flog angeblich „aus rein persönlicher Initiative“ mit einer Me-110 von Augsburg nach Großbritannien. Wenige Tage zuvor wurde Heß von Hitler instruiert: England sind keinerlei „einengende Bedingungen“ zu stellen. Bei der Begegnung mit Lordkanzler John Simon und dem Chef des europäischen Nachrichtendienstes der BBC, Ivone Kirkpatrick, die mit Hitlers Emissär offizielle Gespräche führten, unterbreitete Heß die Bedingungen für einen britisch-deutschen Friedensschluß. Als Gegenleistung für die Beendigung des Kriegszustandes und die Bestandsgarantie des britischen Empire forderte Berlin, London müsse die deutsche Vorherrschaft in Europa anerkennen und die ehemaligen deutschen Kolonien zurückgeben. Im Weigerungsfalle, drohte Heß, würden der Luft- und der Seekrieg forciert.⁷⁷ Diese Bedingungen, die Berlin keineswegs unreal erschienen, waren im Prinzip nicht neu. War doch Hitler in den deutsch-britischen Beziehungen seit 1933 daran gewöhnt, daß London den wachsenden Ansprüchen Deutschlands jederzeit kompromißbereit gegenüberstand.

Einige Tage später wurde der Großbritannienflug Heß' offiziell verlautbart, woraus Berlin den Schluß zog, die Mission sei gescheitert. Die Tatsache, daß Heß anschließend denunziert und für „geisteskrank“ erklärt wurde, ändert nichts daran, daß man in Berlin bis kurz vor dem Überfall auf die UdSSR die Hoffnung hegte, einen Kompromiß mit dem imperialistischen Gegner schließen zu können. Aber alle derartigen politischen Kontakte zwischen den imperialistischen Koalitionen mußten scheitern, da sich die Rivalen nicht über den Preis einigen konnten. Deutschland forderte weitaus mehr, als die andere Seite zu geben bereit war.

[55:]

4. Die Komponenten der Lüge

Eine Analyse der Außenpolitik der UdSSR in den 30er und 40er Jahren durch den marxistischen Historiker muß peinlich genau sein. Untersucht man die Bedeutung, die Wertigkeit der Erfolge der außenpolitischen Tätigkeit des Sowjetstaates, müssen einerseits Maßstab und Charakter der internationalen Aufgaben zu der konkreten historischen Situation in Beziehung gesetzt und andererseits die

⁷⁶ Zit. nach: L. A. Besymenski, „Tainaja diplomatija ...“, a. a. O., S. 134 f.

⁷⁷ Vgl. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. VII, Nürnberg 1947, S. 156-165 (im weiteren kurz: IMT).

damals bestehenden realen Möglichkeiten, diese Aufgaben zu lösen, berücksichtigt werden. Das vom bürgerlichen politischen Denken suggerierte Bild der internationalen Situation und der Rolle der sowjetischen Außenpolitik in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges ist einzig der Aufgabe untergeordnet, den Imperialismus von der Verantwortung, den zweiten Weltkrieg verursacht und eskaliert zu haben, freizusprechen und die eigene Schuld der UdSSR anzulasten.

Einerseits sind westliche Historiker und Politiker mit viel Engagement bemüht, das Scheitern der außenpolitischen Konzeption der britisch-französischen Koalition in den Jahren 1939 bis 1941 zu rechtfertigen. Ebendeshalb wirft man der Sowjetunion vor, sich nicht den Interessen des Imperialismus untergeordnet zu haben, und beschuldigt sie, die innerimperialistischen Widersprüche im Interesse der eigenen Sicherheit ausgenutzt, sich nicht durch Provokationen und politisches Abenteuerertum zum vorzeitigen Krieg mit den Aggressormächten drängen lassen zu haben. Aber gerade darin bestand und besteht ein entscheidender Vorzug der sozialistischen Außenpolitik, der es ihr gestattet, den Klassenkampf in den internationalen Beziehungen erfolgreich zu führen. Andererseits erklärt sich das verstärkte Interesse der bürgerlichen Historiographie an der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges daraus, in der Geschichte „Argumente“ und „Belege“ finden zu wollen, die die „Aggressivität“ der sowjetischen Außenpolitik, den ihr immanenten „Amoralismus“ und das Streben der UdSSR nach „imperialistischer“ Groß- und Vormachtstellung beweisen, um die propagandistische Hauptthese des Imperialismus von der „sowjetischen Bedrohung“ stützen und der internationalen Autorität der UdSSR schaden zu können.

Der Mythos von der „Verantwortung der UdSSR für den zweiten Weltkrieg“

Als konzeptionell-methodologische Grundlage der bürgerlichen Geschichtsinterpretation dienen meist die Theorien des „politischen Realismus“, dessen Hauptthese besagt, daß das Handeln des Staates in den internationalen Beziehungen von dessen Stärke und dem Kampf um die Macht bestimmt werde. In der 1973 in der BRD verlegten Arbeit „Deutsche Geschichte seit dem ersten Weltkrieg“ werden jene Motive, die das außenpolitische Handeln der UdSSR, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges angeblich bestimmt haben, wie folgt gefaßt: „In Europa ging der Krieg zumindest [56:] seit dem Eingreifen der beiden Westmächte nicht mehr allein um die Grenzen und um die staatliche Existenz Polens, sondern um das Prinzip, nach dem Europa geordnet werden sollte: Hegemonie oder Gleichgewicht.“⁷⁸

Diese Betrachtungsweise bietet den bürgerlichen Autoren bereits den Vorzug, die Widersprüche zwischen den beiden imperialistischen Gruppierungen sowohl ihres Wesens als auch ihres Inhalts zu berauben, die konkrete historisch-ökonomische Analyse durch ein abstraktes Schema vom Kampf um die Erhaltung oder Veränderung des „Gleichgewichts der Kräfte“ zu ersetzen.

Auf die Analyse der sowjetischen Außenpolitik in der ersten Etappe des Krieges angewandt, erweist sich diese Methode als noch „fruchtbarer“, denn sie bildet das „theoretische“ Fundament, die UdSSR nicht nur mit Großbritannien und Frankreich, sondern auch mit dem faschistischen Deutschland gleichzusetzen, da diese Staaten „in gleichem Maße“ und angeblich vom „gleichen Ziel“ – dem Streben nach Macht – getrieben worden seien. Völlig entstellt wird in diesem Kontext auch der gesamte Komplex der außenpolitischen und diplomatischen Tätigkeit der UdSSR- ihre Aufgaben, Prinzipien, ihre allgemeine Konzeption und einzelnen Wirkungsrichtungen usw. Und dennoch oder eben nur so kann das erwünschte Ziel „erreicht“ werden – die Verantwortung für den Ausbruch und die Eskalation des zweiten Weltkrieges wird „brüderlich“ geteilt, die zahlreichen von der UdSSR zur Verhinderung der Aggression entwickelten Aktivitäten existieren nicht.

So geht zum Beispiel der BRD-Historiker Philipp W. Fabry bei der Analyse der sowjetischen außenpolitischen Tätigkeit im Zeitraum 1939 bis 1941 davon aus, daß alle Staaten – gleich ob sozialistisch oder kapitalistisch – ausschließlich nach Erweiterung ihrer Einflußsphäre in den internationalen Beziehungen streben würden. Folglich gelangt er zu der Feststellung, das Hauptziel der sowjetischen

⁷⁸ L. Gruchmann, „Der zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik“, in: Deutsche Geschichte seit dem ersten Weltkrieg, Bd. II, Stuttgart 1973, S. 9.

Diplomatie habe nicht darin bestanden, der faschistischen Aggression entgegenzuwirken, sondern darin, auf der Basis engerer Beziehungen mit Deutschland gegenüber Großbritannien ein Gegengewicht zu schaffen. „Es ging dem Kreml nicht um Deutschland, sondern um das Gleichgewicht der Kräfte in West- und Mitteleuropa; solange dieses bestand, war die Sowjetunion der entscheidende Faktor und für den Verlauf des Krieges von entsprechender Bedeutung.“⁷⁹ In einem anderen Buch führt der Autor diese These weiter und unterstellt, die Annexion einer Reihe westeuropäischer Staaten durch Hitler und besonders die Aggression auf dem Balkan sei von der sowjetischen Führung mit „Verständnis“ zur Kenntnis genommen worden.⁸⁰ Alles erscheint durchaus einfach und folgerichtig, glaubt man der Logik Fabrys: Die deutsche Aggression schwächte die Positionen [57:] Englands und hat folglich die der UdSSR gestärkt, deshalb habe die Sowjetunion zielstrebig auf „eine Ausweitung der Sphäre des Krieges“ hingewirkt. Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß der Autor den Kampf der Sowjetunion gegen eine Ausweitung des Krieges, ihr jahrelanges konsequentes Ringen gegen die faschistische Aggression wissentlich in sein Gegenteil verkehrt.

Auch der schwedische bürgerliche Historiker Sven Allard verfälscht bzw. ignoriert die Tatsachen. Ihm scheint es nicht einmal erforderlich, das politische Ziel seiner Arbeit zu tarnen. Er möchte, wie er selbst hervorhebt, der gängigen „Idealisierung der Sowjetunion, insbesondere ihrer Außenpolitik“, entgegentreten. Um die Münchener Strategie der Westmächte zu rechtfertigen, wirft er der UdSSR vor, die mit dem Ziel geführten Verhandlungen, die Aggressionspläne Deutschlands durch Kollektivmaßnahmen zu vereiteln, torpediert zu haben. Nach Allard war die UdSSR daran interessiert, „die Verhandlungen mit der britischen und französischen Regierung solange hinauszuzögern, bis Hitler allmählich erkennen würde, daß eine Verständigung mit Moskau eine unabdingbare Voraussetzung war, um seine Aggressionspläne durchführen zu können“⁸¹. Gestützt auf diese These sucht Allard nachzuweisen, daß das strategische Ziel der sowjetischen Diplomatie sowohl vor als auch in der ersten Etappe des Krieges ein doppeltes gewesen sei: „einerseits die Verhinderung eines deutschen Angriffs auf die Sowjetunion, andererseits die Förderung eines bewaffneten Konfliktes zwischen Deutschland und den Westmächten, soweit das möglich war, ohne daß die Sowjetunion in kriegerische Verwicklungen mit hineingezogen würde“⁸².

Derartige Thesen sind in der gegenwärtigen bürgerlichen Zeitgeschichtsschreibung höchst populär. Sie sollen den Eindruck erwecken, als sei die UdSSR nicht daran interessiert gewesen, die faschistische Aggression zu verhindern. Typisch für dieses Herangehen sind die Arbeiten des amerikanischen Historikers Louis Fischer.⁸³ Fischer, der die Rolle der USA bei der Verwirklichung der politischen Linie von München nicht berührt, versucht nachzuweisen, daß nicht die imperialistischen Mächte, sondern die Sowjetunion den Ausbruch des zweiten Weltkrieges ermöglicht habe. In der gleichen Richtung bewegt sich der namhafte britische Historiker Eric Dougle Butler, wenn er behauptet, die UdSSR habe absolut nichts getan, um der faschistischen Aggression Einhalt zu gebieten, die „nach der festen Überzeugung der Kommunisten zur Durchsetzung ihrer revolutionären Strategie benutzt werden konnte“⁸⁴.

Die katastrophalen Auswirkungen des zweiten Weltkrieges sind für die westliche Geschichtsschreibung keine Veranlassung, sich mit der vertanen Alternative – einem rechtzeitigen Bündnis mit der UdSSR gegen die Aggressoren – tiefgründig und realistisch zu befassen. Vielmehr gibt man sich mit solchen Gemeinplätzen zufrieden wie „die Politik des Friedens insgesamt“ habe Schiffbruch erlitten. So schreibt der amerikanische Historiker Abramo F. Organski unter anderem: „Für den Ausbruch des zweiten Weltkrieges war ein einziger Verrückter ausreichend“, da „England und Frankreich

⁷⁹ Ph. W. Fabry, *Der Hitler-Stalin-Pakt. 1939-1941. Ein Beitrag zur Methode sowjetischer Außenpolitik*, Darmstadt 1962, S. 164.

⁸⁰ Vgl. Ph. W. Fabry, *Die Sowjetunion und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis 1941*, Stuttgart 1971, S. 145.

⁸¹ Vgl. S. Allard, *Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1939-1941*, Bern/München 1974, S. 106 f.

⁸² A. a. O., S. 148.

⁸³ Vgl. L. Fischer, *Russia's Road from Peace to War*, New York 1969; ders., *The Road to Yalta. Soviet Foreign Relations 1941- 1945*, New York 1972.

⁸⁴ E. Butler, *The Red Pattern of World Conquest*, London 1968, S. 34.

am Vorabend des zweiten Weltkrieges derart auf die Erhaltung des Friedens versessen waren, daß sie den absolut eindeutigen Charakter vieler Aktionen Deutschlands nicht einsehen wollten.“⁸⁵

Der Mythos vom „Komplott mit Nazideutschland“

Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Äußerung des distinguierten amerikanischen Historikers John Lewis Gaddis: „Das Münchner Abkommen vom September 1938 war ein Triumph der weit verbreiteten Ansicht, daß der Kommunismus zumindest ebenso gefährlich ist wie der Faschismus, wenn nicht gefährlicher. Diese Anschauung hatte zumindest noch sechs Monate Bestand, bis der Bruch dieses Abkommens durch Hitler seine Absichten endgültig deutlich werden ließ. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Sowjetunion bereits entschieden: da eine baldige Zusammenarbeit mit dem Westen nicht in Sicht ist, scheint die Zusammenarbeit mit Hitler und nicht der Widerstand gegen ihn als der bessere Weg zur Verhütung des Krieges.“⁸⁶ Die letztere Behauptung von Gaddis hält der historischen Wahrheit nicht stand und offenbart den tendenziösen, stereotypen Charakter seiner These, die sich vollkommen auf dem Boden der bürgerlichen, insbesondere der amerikanischen Geschichtsschreibung bewegt. Sein Fachkollege Forrest C. Pogue versucht zum Beispiel nachzuweisen, die Westmächte seien bereit gewesen, gegen Deutschland Krieg zu führen und hätten die UdSSR gern als „einen Verbündeten“ einbezogen, die UdSSR habe es aber vorgezogen, sich durch Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland „auf die Seite Hitlers“ zu stellen.⁸⁷

Der BRD-Historiker Johann Wolfgang Brügel bestreitet kategorisch, daß die UdSSR gezwungen war, den Nichtangriffsvertrag mit Deutschland zu schließen, da durch direktes Verschulden der Westmächte keine Möglichkeit bestand, der faschistischen Aggression kollektiv entgegenzuwirken; er behauptet, die sowjetische Politik habe „von einem Nichtangriffspakt mit dem Dritten Reich zu einem Freundschaftspakt mit diesem geführt ...“⁸⁸. An anderer Stelle fährt er fort: „Die angebliche Neutralität Moskaus hat in Wirklichkeit dem Dritten Reich die Auslösung des Zweiten Weltkriegs durch die sowjetische Rückendeckung ... ermöglicht.“⁸⁹ Der für die UdSSR dringend erforderliche Zeitaufschub, um den Wider-[59:]stand gegen die Aggression überhaupt umfassend organisieren zu können, tut Brügel zynisch als „groteske“ Behauptung ab und meint, daß es für die UdSSR niemals eine solche Perspektive wie einen Krieg gegen Deutschland gegeben hätte.

Die ideologische Ausrichtung dieser Argumentation ist unzweideutig. Deutschland würde bei einem anderen Verhalten Moskaus nicht gewagt haben, die Aggression zu beginnen, folglich muß die Verantwortung für den Ausbruch des zweiten Weltkrieges die Sowjetunion tragen. Die unumstößliche historische Realität wurde klippenfrei umschifft: Der zweite Weltkrieg konnte nur deshalb begonnen werden, weil die britisch-französische Koalition entgegen allen sowjetischen Vorschlägen den Zusammenschluß der Kräfte Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR zur gemeinsamen Abwehr der faschistischen Aggression verhindert hatte. Verschwiegen werden auch die danach verstärkt einsetzenden Bemühungen Großbritanniens und Frankreichs, die faschistische Aggression gegen die UdSSR zu lenken, sie in den Krieg hineinzumanövrieren, selbst jedoch der „lachende Dritte“ zu sein.

Unmittelbar verbunden mit der These von der „Verantwortlichkeit“ der UdSSR für den Ausbruch des zweiten Weltkrieges ist die von der bürgerlichen Historiographie strapazierte Version, zwischen der UdSSR und Deutschland habe angeblich eine „Allianz“ auf der Grundlage einer „Teilung der Einflußsphären in Europa“ bestanden.⁹⁰ Und unter ebendiesem Gesichtspunkt stuft die bürgerliche Geschichtsschreibung – sowohl die frühere als auch die neueste – die Maßnahmen ein, die die UdSSR zur Sicherung ihrer Westgrenzen ergreifen mußte: die Rückführung der Westukraine und des westlichen Teils von Belorußland in den Staatsverband der UdSSR, den Abschluß der Verträge über gegen-

⁸⁵ A. Organski, *World Politics*, New York 1958, S. 61 f.

⁸⁶ J. L. Gaddis, *Russia, the Soviet Union and the United States*, New York 1978, S. 138.

⁸⁷ F. Pogue, „Politics and Formulation of American Strategy in World War II“, in: *Politics and Strategy in the Second World War. Germany, Great Britain, Japan, the Soviet Union and the United States*, Manhattan/Kansas 1976, S. 72.

⁸⁸ J. W. Brügel, *Stalin und Hitler. Pakt gegen Europa*, Wien 1973, S. 7.

⁸⁹ A. a. O., S. 16.

⁹⁰ Vgl. E. F. Ziemke, *Stalingrad to Berlin: The German Defeat in the East*, Washington 1968, S. 24.

seitigen Beistand zwischen der UdSSR und den drei baltischen Republiken, den sowjetisch-finnischen Konflikt usw.

Zahlreiche amerikanische, britische, französische und Historiker der BRD versuchen nicht nur Hitlers Aggression in Westeuropa mit den Maßnahmen der UdSSR zur Gewährleistung ihrer Sicherheit gleichzusetzen. Sie unterstellen sogar, diese Maßnahmen seien nach Absprache mit Deutschland getroffen worden. Eine derartige „Argumentation“ ist völlig unlogisch und widerspricht den elementaren politisch-geographischen Realitäten. Die genannten Maßnahmen der UdSSR erfolgten ausnahmslos in der Expansionszone des „Dritten Reiches“ und waren ausschließlich gegen die deutsche Aggression gerichtet. Die Vorverlegung der sowjetischen Streitkräfte um 250 bis 350 km über die damaligen westlichen Landesgrenzen (September 1939) hinaus richtete sich weder gegen Frankreich, das an der westlichen Peripherie des europäischen Kontinents liegt, noch gegen den Inselstaat Großbritannien und schon gar nicht gegen die USA. „Die konsequente und entschiedene Haltung der Sowjetunion durchkreuzte die Pläne der Imperialisten, günstige Aufmarschgebiete für einen Krieg gegen das Land des [60:] Sozialismus zu annektieren. Die Staatsgrenze wurde von den wichtigsten administrativen und industriellen Zentren des europäischen Teils der UdSSR weiter fortgerückt und dadurch die strategische Situation des Landes verbessert.“⁹¹ Im Zusammenhang mit der Version von einem „sowjetisch-deutschen Komplott“ spielt die den Tatsachen widersprechende Interpretation der sowjetisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen der Jahre 1939 bis 1941 eine besondere Rolle. Diese Beziehungen werden als „Zusammenarbeit“ qualifiziert, die es Deutschland ermöglicht hätte, sein Rüstungspotential bedeutend zu stärken und seine Aggression im Westen zu forcieren. „Vornehmlich die russischen Kriegslieferungen an das ‚Dritte Reich‘ halfen mit“, erklärt zum Beispiel Klaus Hildebrand, „die deutsche Auslandsabhängigkeit auf dem Rohstoff- und Ernährungssektor zu überwinden.“⁹²

Derartige „Thesen“ geben Veranlassung, zu bezweifeln, ob sich ihre geistigen Väter hinreichend mit den Fragen, über die sie schreiben, befaßt haben.

Der „Präventivkrieg“ und der „rote Expansionismus“

Um den Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR zu begründen und zu rechtfertigen, bedient sich die bürgerliche Geschichtsschreibung seit geraumer Zeit der Legende vom „Präventivkrieg“: der Krieg gegen die UdSSR sei von Deutschland begonnen worden, um einer sowjetischen Aggression gegen Deutschland und die anderen Länder Westeuropas zuvorzukommen. Unter diesem Aspekt wurden von E. Malcolm Carroll und Fritz Theodor Epstein auch die Materialien für einen Dokumentenband ausgewählt und interpretiert, der 1948 vom State Department in Washington unter dem Titel „Nazi-Soviet Relations, 1939-1941“ (deutsche Parallelausgabe: „Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion, 1939-1941“) veröffentlicht wurde. Die mit dieser Publikation verfolgte politische Absicht bestand darin, das faschistische Deutschland von seiner Schuld, die UdSSR entgegen vertraglicher Vereinbarungen überfallen zu haben, freizusprechen. Ähnliche Motive liegen auch der in der BRD von Michael Freund herausgegebenen mehrbändigen „Geschichte des zweiten Weltkrieges in Dokumenten“. (Bd. 1-3, München 1953-1956) sowie zahlreichen weiteren in Westeuropa und den USA verlegten Dokumentensammlungen zugrunde. Mit ihnen wird im Widerspruch zur historischen Realität die These zu begründen versucht, die Sowjetunion habe in Europa eine „Aggressionspolitik“ betrieben, wohingegen der Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR nichts anderes als die „Antwort auf die sowjetische Bedrohung“ gewesen wäre.⁹³ Die von der UdSSR angesichts der zunehmenden faschistischen Bedrohung ergriffenen Defensivmaßnahmen erscheinen in diesem Licht als „offensiv“ und sogar „aggressiv“; der [61:] diplomatische Kampf der UdSSR und ihre Bemühungen, den Krieg abzuwenden, werden geringschätzig als „kalte Berechnung“ usw. interpretiert.

⁹¹ Sowjetski je woourushonnyje sily. Istorija stroitelstwa, Moskau 1978, S. 225.

⁹² K. Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933-1945. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart 1971, S. 95.

⁹³ Vgl. W. Görnitz, Der deutsche Generalstab, Frankfurt/M. 1953; Germany and the Soviet Union 1939-1941, Leiden 1954.

In dem Memorandum, das dem Botschafter der UdSSR am 22. Juni 1941 in Berlin überreicht wurde, zu einem Zeitpunkt also, als die deutschen Truppen bereits die sowjetischen Grenzen überschritten hatten, versuchte Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop den Überfall Deutschlands auf die gleiche Weise zu begründen. In diesem Memorandum des Auswärtigen Amtes hieß es, die Sowjetregierung beabsichtige, „Deutschland von innen her zu unterminieren“, „die Annexion und die Bolschewisierung der westeuropäischen Staaten vorzubereiten“, „den Vorstoß der Sowjetunion gegen den Balkan“, „die Beherrschung des Bosphorus und der Dardanellen“ usw. zu planen. Abschließend wird in dieser vollkommen erlogenen Erklärung behauptet, die Sowjetregierung wäre jederzeit imstande, eine Aggression gegen Deutschland zu beginnen. Eine derart „gefährliche Lage“, so Ribbentrop, habe die deutsche Regierung gezwungen, einem Überfall der UdSSR auf Deutschland zuvorzukommen und in einen „Präventivkrieg“ einzutreten.⁹⁴

Dieser „Version“ bediente sich die faschistische Propaganda, um den Überfall auf die UdSSR offiziell zu rechtfertigen. Wie Hans Fritzsche, damals Leiter der Abteilung Deutsche Presse in Joseph Goebbels' Propagandaministerium, während des Nürnberger Prozesses zugab, „ist (es) richtig, daß es nach dem Angriff auf die Sowjetunion die Hauptaufgabe der deutschen Propaganda gewesen ist, die Notwendigkeit dieses Angriffs zu rechtfertigen: immer wieder also zu betonen, wir wären nur einem sowjetischen Angriff zuvorgekommen ... die nächste Aufgabe der Propaganda war es, beinahe dasselbe darzulegen, daß nicht Deutschland, sondern Rußland die Schuld an diesem Krieg trage.“⁹⁵

Bezeichnenderweise bauten sowohl die deutschen Anwälte als auch ihre Mandanten die Verteidigung des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) vor dem Nürnberger Militärgerichtshof auf der These vom „Präventivkrieg“ auf. Der als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilte Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel erklärte auf die Frage, mit welcher Begründung die Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR begonnen hätte: „Ich versichere, daß alle vorbereitenden Maßnahmen, die von uns getroffen wurden, den Charakter von Verteidigungsvorbereitungen für den Fall eines möglichen Überfalls der Roten Armee trugen. So kann man den ganzen Krieg im Osten nach bekannter Regel als Präventivkrieg bezeichnen.“⁹⁶ Göring und andere Hauptkriegsverbrecher gaben während des Nürnberger Prozesses ähnliche „Erklärungen“ ab.

In Wirklichkeit aber gingen die mit der Vorbereitung der Aggression gegen die Sowjetunion Befassten von einer einzigen Prämisse aus- die Sowjetunion hat Deutschland zu keiner Zeit Anlaß für Präventivmaßnahmen gegeben. Der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Franz Halder, notierte am 22. Juli 1940: „Es liegen keine Anzeichen für russische Aktivität uns gegenüber vor.“⁹⁷ Gleiches wurde vom deutschen Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg sowie vom deutschen Militärattaché Generalleutnant Ernst Köstring festgestellt, der am 21. Mai 1941 in einem Informationsschreiben an den Generalstab des Heeres in Berlin die Einschätzung seines Stellvertreters General Hans Krebs bekräftigte, daß keinerlei Anzeichen für offensive Absichten der S. U. festzustellen seien.⁹⁸

Dessen ungeachtet schreibt zum Beispiel der amerikanische Historiker Trevor N. Dupuy in seinem Buch „Das militärische Leben Adolf Hitlers“ (1969) der UdSSR „expansionistische Absichten“ zu und diffamiert die UdSSR als potentiellen Aggressor. Die BRD-Historiker Kurt Assmann, Helmut Krausnick und andere greifen diese Konzeption auf und operieren mit der These vom „roten Imperialismus“. Assmann schlußfolgert sogar, daß Hitler vom Standpunkt der Perspektive der Ereignisse die Situation durchaus richtig eingeschätzt habe. Der englische Historiker Basil H. Liddell Hart rechtfertigt in seiner Arbeit „Die Strategie des indirekten Handelns“ den faschistischen Überfall auf die

⁹⁴ Vgl. Ursachen und Folgen. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 17, Berlin (West) (1972), S. 212 ff.

⁹⁵ IMT, Bd. XVII, Nürnberg 1948, S. 249.

⁹⁶ „Sowerschenno sekretno! Tolko dlja komandowanija!“ Strategija faschistskoi Germanii w woine protiw SSSR. Dokumenty i materialy, Moskau 1967, S. 641.

⁹⁷ F. Halder, Kriegstagebuch, Bd. II, Stuttgart 1963, S. 32.

⁹⁸ Vgl. General Ernst Köstring. Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921-1941. Bearbeitet von Hermann Teske, Frankfurt/M. (1965).

UdSSR mit der Behauptung, daß Deutschland im weiteren Verlauf des Krieges gegen Großbritannien „seinen Rücken dem gefährlichen Zustoß von seiten Rußlands ausgesetzt hätte“. Der Amerikaner Louis Fischer charakterisiert in seiner 1969 erschienenen Publikation „Der Weg Rußlands vom Frieden zum Krieg“ die Außenpolitik der Sowjetunion im Zeitraum 1917 bis 1941 als Streben nach „Expansion in allen Richtungen“.⁹⁹ Gordon Wright, ein anderer Historiker aus den USA, verbindet in „Prüfung im totalen Krieg 1939-1945“ eine Halbwahrheit mit einer unverblühten Fälschung, wenn er unter anderem schreibt: „1941 besaß das Nahziel der Sowjets zweifellos Verteidigungscharakter ... Im weiteren beabsichtigten sie in die Offensive zu gehen.“¹⁰⁰

Jahrzehnte nach dem Großen Vaterländischen Krieg verfügt die Weltöffentlichkeit über umfangreiche Dokumentationen, die den langfristig geplanten Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR unwiderlegbar nachweisen. Offenkundiges zu ignorieren ist unsinnig und hat keine Aussicht auf Erfolg. Der BRD-Historiker Hans-Adolf Jacobsen stellt in dem Buch „1939-1945. Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten“ fest: „In diesem Zusammenhang muß eine noch immer weit verbreitete Legende zerstört werden: Der deutsche Angriff gegen die Sowjetunion vom Jahre 1941 war ... kein Präventivkrieg. Hitlers Entschluß zur Offensive entsprang nicht der tiefen Sorge vor einem drohenden, bevorstehenden sowjetischen Angriff, sondern war letzten Endes Ausdruck seiner Aggressionspolitik, wie sie seit 1938 immer unverhohlener zutage getreten [63:] war.“¹⁰¹ Der ebenfalls in der BRD beheimatete Historiker Andreas Hillgruber konstatiert in der Arbeit „Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940-1941“, daß der Überfall auf die UdSSR keineswegs die Reaktion auf die akute Bedrohung durch die Rote Armee gewesen sei; im Gegenteil – weder Hitler noch der deutsche Generalstab hätten Veranlassung gehabt, die Rote Armee als Gegner zu betrachten. Das Bestreben Hitlers, die UdSSR zu vernichten, war nach Meinung des Autors die generelle Hauptlinie seiner Politik seit 1933.¹⁰² Und der namhafte BRD-Historiker Hellmuth Guenther Dahms verallgemeinert, daß die UdSSR ungeachtet ihrer großen Rüstungsanstrengungen im Jahre 1941 an alles andere als an einen Überfall auf Deutschland dachte.¹⁰³ Die Legenden vom „Präventivkrieg“ Deutschlands gegen die UdSSR, vom „roten Imperialismus“, vom „sowjetischen Expansionismus“ sind eng mit den modernen „tragenden“ Thesen der bürgerlichen Ideologie, vor allem mit dem Mythos von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ verwandt und dienen offen oder verdeckt dazu, die aggressiven Ziele der Politik des Imperialismus zu tarnen. Derartige Versuche sind nicht neu und reichen bis in die Periode des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zurück. „Jedesmal, wenn die Imperialisten einen Tarnschild für ihre aggressiven Unternehmungen benötigen, versuchen sie, das Märchen von der ‚sowjetischen Gefahr‘ auferstehen zu lassen.“¹⁰⁴

⁹⁹ Vgl. P. A. Shilin, Problemy wojennoi istorii, Moskau 1975, S. 199 ff., 206-212.

¹⁰⁰ G. Wright, The Ordeal of Total War, 1939-1945, London/New York 1968, S. 9 f.

¹⁰¹ H.-A. Jacobsen, 1939-1945. Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1961, S. 680.

¹⁰² Vgl. A. Hillgruber, Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940-1941, Frankfurt/M: 1965, S. 370 f., 564, 572 f.

¹⁰³ Vgl. H. G. Dahms, Der zweite Weltkrieg, Tübingen 1960, S. 186 f.

¹⁰⁴ L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins ..., Bd. 3, Berlin 1971, S. 242.

2. Kapitel

Die Ereignisse westlich und nordwestlich der sowjetischen Grenzen

In der Periode des „seltsamen Krieges“ vollzogen sich ab September 1939 im westlichen, nordwestlichen und südwestlichen Vorfeld der UdSSR wesentliche Veränderungen, die die Lebens- und Sicherheitsinteressen der Sowjetunion unmittelbar berührten. Bereits in den ersten Septemberwochen entstand an der sowjetischen Westgrenze eine völlig veränderte Situation.

Erstens hatte das bürgerlich-gutsbesitzerliche Polen im Krieg mit Deutschland eine totale militärische Niederlage erlitten, wodurch die damals stärkste imperialistische Militärmacht bis unmittelbar an die Westgrenze der UdSSR vorrücken konnte. Der deutsche Faschismus verfügte damit über eine gewaltige strategische Aufmarschbasis von mehr als 1000 km in Nord-Süd-Richtung. Zweitens änderte sich im Sommer 1940 die Situation im baltischen Raum grundlegend. Im Ergebnis revolutionärer Massenaktionen der Werktätigen siegte in Litauen, Lettland und Estland die sozialistische Revolution; die Sowjetmacht wurde wiederhergestellt, und die baltischen Republiken ersuchten um Aufnahme in den Staatsverband der UdSSR. Drittens verschärfen sich die sowjetisch-finnischen Beziehungen, ein ernster bewaffneter Konflikt entstand. Diese labile, sich kurzfristig verändernde Situation in den genannten Regionen erforderte, die diplomatische Tätigkeit der UdSSR weiter zu intensivieren.

1. Der alarmierende September 1939

Die verhängnisvollen Auswirkungen des Antisowjetismus

Die Gesamtlänge der sowjetisch-polnischen Grenze betrug damals rund 1400 km. Polen war für die Sicherheit der UdSSR von größter strategischer Bedeutung. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern waren in der Periode zwischen den Weltkriegen jedoch äußerst gespannt. Die UdSSR bemühte sich ständig, auch mit Polen gegenseitig vorteilhafte gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln. Doch die Regierung des bürgerlich-gutsbesitzerlichen Polen wies alle von der Sowjetunion dahingehend unterbreiteten Vorschläge zurück.

Józef Piłsudski, der viele Jahre an der Spitze des polnischen Staates stand, war ein typischer Vertreter des Antisowjetismus. „In den internationalen Belangen betrachtete Piłsudski Rußland als den Hauptfeind Polens, und alle Bemühungen scheiterten, ihm die Gefährlichkeit des Machtantritts Hitlers begreiflich zu machen“¹, stellte der britische Forscher Antony Polonsky fest.

Der sture Antikommunismus und Antisowjetismus der damaligen polnischen Regierung war der Haltung der finnischen Regierung und der Rumäniens ähnlich. Unmittelbar vor dem zweiten Weltkrieg betrug der Anteil Polens am Außenhandel der UdSSR lediglich 0,5 Prozent. Die offizielle polnische Propaganda setzte die Sowjetunion mit dem zaristischen Rußland gleich und versuchte, in der polnischen Gesellschaft Mißtrauen und Feindschaft gegenüber der UdSSR zu erzeugen. Die deutsche Diplomatie tat selbstverständlich alles, um die polnische Führung in ihrer sowjetfeindlichen Haltung zu bestärken. In Berlin wußte man sehr wohl, daß der Antisowjetismus der polnischen Regierung den Blick für jene reale Gefahr verschloß, die dem Land vom faschistischen Deutschland drohte. So lud Hitler den polnischen Außenminister Józef Beck, der bereits 1934 seine bornierte antisowjetische Gesinnung als einen Haß bezeichnete, für den es ihm an Beiwörtern mangle, um ihn richtig ausdrücken zu können, zum 5. Januar 1939 nach Berchtesgaden ein und empfing ihn mit höchsten Ehren. Beck kehrte als ein Politiker nach Warschau zurück, der sowohl viele freundliche Worte gesagt bekommen hatte als auch durch Drohungen eingeschüchtert, alles in allem jedoch politisch betrogen worden war. Der französische Botschafter in Warschau, Léon Noël, wies darauf hin, Hitler habe vor allem „auf der völligen Interessengemeinschaft Deutschlands und Polens gegenüber Rußland“ bestanden. Wegen der „russischen Bedrohung“ sei die Existenz eines starken Polen ganz einfach eine Notwendigkeit für Deutschland, weil „jede gegen Rußland eingesetzte polnische Division eine entsprechende deutsche Division erspart“². Genau das wollten die herrschenden Kreise Polens hören.

¹ A. Polonsky, *The Little Dictators. The History of Eastern Europe since 1918*, London/Boston 1975, S. 40.

² L. Noël, *Der deutsche Angriff auf Polen*, Berlin (West) 1948, S. 271.

Allein der Gedanke an ein Verteidigungsbündnis mit der UdSSR, das die Freiheit und Unabhängigkeit Polens garantiert hätte, erschien der polnischen Führung unannehmbar. Das militärstrategische Denken Warschaws hinsichtlich eines Krieges mit Deutschland indes ging davon aus, daß ein solcher Krieg, gestützt allein auf die eigenen Kräfte, nicht siegreich geführt werden könne. Man vertraute vor allem der Unterstützung der westlichen Verbündeten. In einem Anfang 1939 vom Hauptstab der polnischen Armee verfaßten Dokument wird die militärstrategische Konzeption Polens dargelegt: „Herbeiführung des unverzüglichen und automatischen Eingreifens der westlichen Staaten vom Beginn der Kampfhandlungen an und auf diese Weise von Anfang an Umwandlung des pol-[66:]nisch-deutschen Krieges in einen Krieg Deutschlands mit der Koalition der Westmächte und Polens. Nur unter diesen Bedingungen kann ein völliger und endgültiger Sieg erwartet werden.“³ Die polnische Führung ging davon aus, daß die britisch-französischen Verbündeten im Westen militärische Operationen gegen Deutschland einleiten würden, während die polnischen Truppen die Offensive in Richtung Berlin eröffneten.

Allein die polnischen Kommunisten erkannten die große Bedeutung, die die Zusammenarbeit mit der UdSSR für die Sicherheit, das heißt für die nationalen Interessen Polens besaß. Die von der KP Polens entwickelte Idee, die polnische Unabhängigkeit im Bündnis mit der UdSSR und den anderen Ländern, die vom Faschismus bedroht wurden, zu verteidigen, wurde auch von progressiven Gruppierungen, besonders in der Polnischen Sozialistischen Partei, der Bauernpartei sowie in den Kreisen der patriotischen Intelligenz, aufgegriffen und unterstützt.

Die engstirnige antisowjetische Einstellung, das Unvermögen, die dem Land drohende Gefahr zu erkennen, der krasse Widerspruch zwischen der Politik der herrschenden Kreise und den Interessen des polnischen Volkes – all das widerspiegelte sich konzentriert in der polnischen Politik im Sommer 1939, als in Moskau die britisch-sowjetisch-französischen Verhandlungen über die Bildung einer gemeinsamen Front gegen die faschistische Aggression in Europa stattfanden. Die UdSSR bot Polen und Rumänien an, sie im Falle einer deutschen Aggression zu verteidigen. In den britisch-sowjetisch-französischen Verhandlungen im August 1939 wurde die Frage der sowjetisch-polnischen und der sowjetisch-rumänischen Zusammenarbeit, die auch den Durchmarsch sowjetischer Truppen im Falle einer Aggression Deutschlands durch Polen und Rumänien einschloß, aufgeworfen. Der Leiter der sowjetischen Militärdelegation, Marschall der Sowjetunion K. J. Woroschilow, erklärte am 14. August 1939: „Die Militärmission der Sowjetunion besteht darauf, daß zunächst, d. h. noch bevor wir endgültig über entsprechende Dokumente als Ergebnis unserer Beratung übereinkommen, die Frage des Einmarsches sowjetischer Truppen auf polnisches Territorium (im Norden und Süden) und auf rumänisches Territorium entschieden wird.“⁴

Doch ungeachtet der bedrohlichen internationalen Lage, der bevorstehenden faschistischen Aggression gegen Polen wies dessen Führung die von der UdSSR unterbreiteten Vorschläge schroff zurück. Die polnische Regierung sprach sich gegen die Teilnahme der UdSSR an gemeinsamen Aktivitäten zur Erhaltung des Friedens und damit gegen die Sicherheit Polens selbst aus. Der Chef des Hauptstabes der polnischen Armee, General Wactaw Stachiewicz, betonte am 20. August 1939 gegenüber dem britischen Militärattaché, daß „gar keine Rede davon sein (kann), den Durchmarsch sowjetischer Truppen zur polnischen Grenze zu gestatten“⁵. Und einen Tag zuvor hatte Außenminister Józef Beck stolz ver-[67:]kündet: „Wir haben kein Militärabkommen mit Rußland und wollen ein solches auch nicht haben.“⁶

Auch nach Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrages schloß die Sowjetregierung die Möglichkeit, gemeinsam gegen eine deutsche Aggression vorzugehen, nicht aus. „Die sowjetische Militärmission war der Meinung“, erklärte K. J. Woroschilow am 27. August 1939 in einem Interview

³ Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Bd. 3, Berlin 1977, S. 27.

⁴ „Verhandlungen der Militärmissionen der UdSSR, Großbritannien und Frankreich in Moskau im August 1939“, Deutsche Außenpolitik, 1959/6, S. 687.

⁵ Zit. nach: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945, Berlin 1980, S. 461.

⁶ P. Reynaud, Au coeur de la mêlée (1930-1945), Paris 1951, S. 307 f.

mit der „Iswestija“, „daß die UdSSR, die keine gemeinsamen Grenzen mit dem Aggressor hat, Frankreich, England und Polen nur dann helfen kann, wenn die sowjetischen Truppen durch polnisches Territorium marschieren dürfen, denn auf anderen Wegen können die sowjetischen Truppen nicht mit den Truppen des Gegners in Berührung kommen.“⁷

Polen lehnte den von der UdSSR im Falle einer faschistischen Aggression angebotenen Beistand ab. Wie aus einer Meldung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) vom Herbst 1939 hervorgeht, hatte der Warschauer Rundfunk am 23. August 1939 erklärt: „Polen habe niemals mit irgendeiner Zusammenarbeit mit Rußland gerechnet und wiederholt die Weststaaten darauf aufmerksam gemacht, daß die Sowjets keine geeigneten Partner in der europäischen Politik bildeten ...“⁸ Der militante Antisowjetismus der herrschenden Kreise Polens verhinderte, daß die objektiv übereinstimmenden Sicherheitsinteressen Polens und der UdSSR sich auch in beiderseitigen Verpflichtungen widerspiegelten. Die herrschenden Kreise des bürgerlich-gutsbesitzerlichen Polen waren nicht fähig, die für den Bestand der polnischen Nation erforderlichen außenpolitischen Bedingungen zu garantieren.

Der deutsch-polnische Krieg

Am 1. September 1939 überschritten deutsche Truppen ohne Kriegserklärung die polnischen Grenzen. Das faschistische Oberkommando (OKW) setzte gegen Polen 62 Divisionen, 2800 Panzer und 2000 Flugzeuge mit einer Truppenstärke von insgesamt 1,6 Millionen Offizieren und Mannschaften ein. Das polnische Oberkommando hingegen nur 39 Divisionen, 16 Brigaden, 870 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie 470 Flugzeuge mit einer Truppenstärke von etwa 1 Million Mann aufboten. Dabei spielte weniger der größere Truppenbestand der faschistischen Wehrmacht als vielmehr die erdrückende Überlegenheit des Gegners an moderner Kampftechnik sowie dessen absolute Luft-herrschaft die ausschlaggebende Rolle. Deutschland führte von Beginn an einen totalen Krieg und schonte weder die Streitkräfte des Gegners noch die Zivilbevölkerung. Das Oberkommando der Wehrmacht ließ die Luftwaffe gegen Städte, Dörfer und den riesigen Flüchtlingsstrom gezielte Schläge führen. Die militärische Lage Polens ver-[68:]schlechterte sich rapide. Die Regierung wandte sich an Frankreich und Großbritannien mit dem Ersuchen, Polen unverzüglich militärischen Beistand zu erweisen. Die Anfragen waren allerdings zwecklos. In London und Paris war Polen längst als Beute des deutschen Faschismus abgeschrieben worden. In beiden Hauptstädten konstatierte man mit sichtlichem Interesse jeden Kilometer, den die faschistische Wehrmacht der sowjetischen Westgrenze näherrückte, und konnte den Zusammenstoß zwischen Deutschland und der Sowjetunion kaum erwarten. Die englische Zeitung „News Chronicle“ schrieb am 25. November 1939: „Unsere Engstirnigen trösten sich mit der Hoffnung, daß Rußland und Deutschland sich zu unserem Vorteil an der Gurgel packen werden.“

Am Abend des 1. September 1939 ging dem deutschen Auswärtigen Amt eine Note des Foreign Office zu, in der Deutschland aufgefordert wurde, die militärischen Handlungen gegen Polen einzustellen. Außerdem wurde die Absicht Großbritanniens bekanntgegeben, seinen Garantieverpflichtungen gegenüber Polen nachzukommen. Bezeichnend ist, daß der britische Botschafter in Berlin einen speziellen Vorbehalt machte und darauf hinwies, daß die Note nicht als Ultimatum anzusehen sei. Analog verhielt sich die französische Regierung. Doch bereits 24 Stunden später waren sich London und Paris darüber im klaren, daß ein weiteres Umgehen der eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Polen eine internationale Diskreditierung Großbritanniens und Frankreichs nach sich ziehen würde.

Am 3. September 1939 erklärten Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg. Am gleichen Tag stellte USA-Präsident Franklin D. Roosevelt in einer Rundfunkansprache fest, daß der in Europa ausgebrochene Konflikt die USA nicht unmittelbar berühre, sich aber in diesem oder jenem Maße auf die Zukunft des Landes auswirken werde. Die USA, unterstrich er, würden sich den kriegführenden Staaten gegenüber neutral verhalten.

⁷ Zit. nach: I. M. Maiski, Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin 1967, S. 500.

⁸ Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 2, Berlin 1975, S. 346 f.

In Berlin kannte man unter Berücksichtigung der in den Verhandlungen mit politischen Vertretern Großbritanniens und Frankreichs gemachten Erfahrungen den wahren Sinn dieser Erklärungen sehr schnell. Am 31. August 1939 notierte der Generalstabschef des deutschen Heeres, Generaloberst Franz Halder, in seinem Tagebuch: „Führer ruhig ... Er rechnet damit, daß Frankreich und England nicht marschieren.“⁹

Unmittelbar nach der Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs schätzte Hitler richtig ein: „Wenn sie uns auch den Krieg erklärt haben ..., so bedeutet das noch nicht, daß sie auch kämpfen werden.“¹⁰

Eine polnische Militärmission, die am 3. September 1939 in London eintraf, wurde vom britischen Generalstabschef General William Edmund Ironside erst nach einer Woche empfangen. Das einzige, wozu sich Großbritannien bereit erklärte, war die Lieferung von Gewehren, die Polen jedoch erst Anfang 1940 erhalten sollte. In Paris verhielt es sich nicht anders. Der polnische Botschafter in Frankreich, Juliusz Łukasiewicz, versuchte erfolglos, eine Unterredung mit Mi-[69:]nisterpräsident Daladier herbeizuführen. Auch Premierminister Chamberlain lehnte es ab, den polnischen Botschafter in London, Graf Edward Raczyński, zu empfangen. Voller Bitterkeit mußten die polnischen Vertreter feststellen, daß Polen aller Wahrscheinlichkeit nach allein auf sich gestellt kämpfen werden müsse. Der polnische Militärattaché in Paris notierte in einer Meldung: „Bis zum 7.9.39 10 Uhr gibt es hier im Westen faktisch keinen Krieg. Weder die Franzosen noch die Deutschen schießen. Fliegetätigkeit existiert ebenfalls nicht ... Meine Einschätzung: Die Franzosen führen keine weiteren Mobilisierungen oder Handlungen durch, sie warten auf die Ergebnisse der Kämpfe in Polen.“¹¹

Über die Situation in Warschau berichtet der damalige französische Botschafter Léon Noël: „Von allen Seiten wurden wir von unseren polnischen Freunden bestürmt; am Abend des 2. und in der Nacht vom 2. zum 3. September wurden sie angstvoller angesichts der offenbaren Erschwerung der militärischen Lage, die sich ... schnell verschlechterte. Die Armeeführer fingen an, unruhig zu werden, da sie sahen, daß die Westmächte ihr Eintreten offenbar nicht zu beschleunigen gedachten. Schon befürchteten sie, daß das Eingreifen der Alliierten sich zu spät vollziehen werde, um Polen vor völliger Besetzung und seine Truppen vor einem völligen Zusammenbruch zu bewahren.“¹² Die polnische Regierung und der polnische Generalstab wandten sich immer und immer wieder um Beistand an Frankreich und Großbritannien. Sie baten, sie beschworen ihre Verbündeten im Westen, schnellstens militärisch aktiv zu werden.

Jeder weitere Tag bestätigte aufs neue: Die britisch-französische Koalition leitete keinerlei militärische Handlungen gegen Deutschland ein, hoffte auf einen sowjetisch-deutschen Zusammenstoß und überließ die polnischen Verbündeten ihrem Schicksal. General Charles de Gaulle, damals Oberst in einem Panzerregiment, schrieb später in seinen Memoiren: „Während die feindlichen Streitkräfte fast in ihrer Gesamtheit an der Weichsel eingesetzt waren, unternahmen wir gar nichts, abgesehen von einigen Demonstrationen, um uns am Rhein zur Geltung zu bringen.“¹³ Hitler konnte seine Hauptkräfte unbesorgt im Osten kämpfen lassen und innerhalb weniger Tage die polnische Armee völlig vernichten, resümierte Paul Reynaud, französischer Premierminister von Mai-Juni 1940.

Das weitere Vorgehen der Westmächte wurde am 12. September auf der Tagung des Alliierten Obersten Kriegsrates der britisch-französischen Koalition endgültig abgestimmt. Chamberlain erklärte, Großbritannien benötige drei Jahre, um Krieg führen zu können. Der französische Generalstabschef General Maurice Gustave Gamelin bestätigte, daß auch die französische Armee keine großangelegte Offensive plane. Die Tagung beschloß, weiter die bisher verfolgte Politik beschränkter Aktivitäten zu verfolgen, die jedoch auch ausblieben. Am gleichen Tage erließ das französische Oberkommando den Befehl, jegliche militärische Aktivitäten einzustellen. Diese Entscheidung wurde von den politischen

⁹ F. Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, Stuttgart 1962, S. 48.

¹⁰ E. Kordt, Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1947, S. 213 f.

¹¹ Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 36.

¹² L. Noël, Der deutsche Angriff auf Polen, a. a. O., S. 448 f.

¹³ Ch. de Gaulle, Memoiren. Der Ruf. 1940-1942, Berlin/Frankfurt/M. 1955, S. 29.

Führun-[70:]gen Großbritanniens und Frankreichs gebilligt. Chamberlain ging davon aus, daß „Polen auf jeden Fall verloren ist“.¹⁴ Am 30. September wurden die französischen Truppen in ihre Stellungen, die sie vor Beginn der Kampfhandlungen eingenommen hatten, zurückgeführt.

Frankreich und Großbritannien hätten ausreichende militärische Möglichkeiten gehabt, um ihre Bündnisverpflichtungen gegenüber Polen zu erfüllen. Sie verfügten über die dreifache Truppenstärke, die Luftstreitkräfte und Panzertruppen waren denen Deutschlands an dieser Front ebenfalls vielfach überlegen. Im September 1939 hatte allein die französische Armee rund 100 Divisionen, die Wehrmacht nur 75, von denen weniger als ein Drittel die Grenzen zu Frankreich deckte. „Wenn wir nicht schon im Jahre 1939 zusammenbrachen, so kommt das nur daher, daß die rund 110 französischen und englischen Divisionen im Westen sich während des Polenfeldzuges gegenüber den 23 deutschen Divisionen völlig untätig verhielten“¹⁵, gab Generaloberst Alfred Jodl (damals noch Generalmajor) während des Nürnberger Prozesses zu. Gleiches sagte auch Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (zu dieser Zeit Generaloberst) aus: „Außerdem kam ja hinzu, rein militärisch gesehen, daß wir Soldaten mit dem Angriff der Westmächte, also Frankreichs, während des Polenkrieges selbstverständlich immer gerechnet hatten, außer gewissen Vorfeldkämpfen, wie wir es nennen, zwischen Maginot-Linie und Westwall tatsächlich sich nichts ereignete, während wir, ich weiß das genau, an der ganzen Westfront, von der holländischen Grenze bis Basel, nur fünf Divisionen hatten, neben schwachen Besatzungen in den Befestigungen des Westwalls; also rein militärisch-operativ gesehen, ein französischer Angriff während des Polenkrieges auf einen deutschen militärischen Schleier gestoßen wäre, aber nicht auf Abwehr.“¹⁶ Der namhafte Labour-Führer Hugh Dalton sagte zur Haltung Großbritanniens und Frankreichs im deutsch-polnischen Krieg: „Es ist unmöglich, unsere Haltung zu den Polen zu rechtfertigen, wir haben sie verraten, haben sie dem Untergang ausgeliefert und selbst nichts getan, um ihnen beizustehen.“¹⁷

Gegen Ende der ersten Septemberwoche war die polnische Landesverteidigung bereits weitgehend desorganisiert. Die politische und militärische Führung Polens war immer weniger in der Lage, auf die militärischen Handlungen Einfluß zu nehmen. Am 6. September floh die polnische Regierung aus Warschau nach Lublin, wenig später nach Krzemieniec und dann über Rumänien nach London. Mitte September war die polnische Armee im wesentlichen zerschlagen; im Land war der organisierte Widerstand gegen die deutschen Truppen zusammengebrochen.

Die polnische Regierung floh, doch das Volk kapitulierte nicht. Sein tiefverwurzelter Patriotismus, seine Bereitschaft, für die Heimat auch die größten Opfer [71:] auf sich zu nehmen, bewies vor allem die 20tägige heldenhafte Verteidigung Warschaus. Zehntausende Warschauer kämpften gemeinsam mit den Verteidigern der Stadt, errichteten Befestigungen und Barrikaden. Das Warschauer Proletariat formierte Arbeiterbataillone, aus denen die Freiwillige Warschauer Arbeiterbrigade hervorging. Polnische Kommunisten und linke Sozialisten verteidigten die am härtesten umkämpften Abschnitte der Stadt. „Das belagerte Warschau schlug sich mit beispiellosem Mut“, schrieb der amerikanische Journalist Cyrus L. Sulzberger, „die Stadt war ohne Brot, denn die Bäcker hatte man eingezogen. Über der Stadt stand eine Rauchsäule, die von den Brandstätten aufstieg, die Straßen am Stadtrand wurden von Schützengräben durchschnitten, die Warschauer Ausfallstraßen waren von Bauernwagen verstopft, überall lagen Tote. Tagein, tagaus sendete Radio Warschau die ‚Kriegspolnaise‘ von Chopin und wiederholte an Frankreich und Großbritannien den Appell, so schnell wie nur möglich zu Hilfe zu kommen.“¹⁸ Unsterbliche Heldentaten vollbrachten auch die Verteidiger der Westerplatte von Gdynia und der Halbinsel Hel, die Kämpfer an der Bzura und bei Kock sowie die Zivilverteidigung oberschlesischer Städte. Viele Beispiele des Heldenmutes und der Opferbereitschaft der polnischen Soldaten und der Bevölkerung ließen sich noch nennen.

¹⁴ FRUS. 1939, vol. I, Washington 1956, S. 425.

¹⁵ IMT, Bd. XV, Nürnberg 1948, S. 385 f.

¹⁶ IMT, Bd. X, Nürnberg 1947, S. 583.

¹⁷ H. Dalton, *The Fateful Years 1931-1945*, London 1957, S. 277.

¹⁸ C. L. Sulzberger, *World War II*, New York 1970. Zit. nach: Sa rubeshom, 1979/36, S. 18.

Jedoch offenbarte der Kampf gegen das faschistische Deutschland auch in aller Deutlichkeit die Unfähigkeit des polnischen Oberkommandos sowie die operativen und taktischen Schwächen der meisten Stäbe und höheren Offiziere der polnischen Armee.

Reale Voraussetzungen, das gesamte polnische Volk in den Befreiungskrieg gegen die faschistische Aggression einzubeziehen, bestanden im September 1939, blieben jedoch ungenutzt. Doch die militärische Niederlage des Landes bedeutete nicht das Ende des Kampfes des polnischen Volkes gegen den deutschen Faschismus. Dieser Kampf wurde in der Illegalität und im Exil weitergeführt.

Das Problem der Sicherheit der UdSSR

In der UdSSR verfolgte man die Ereignisse in Polen, das von der eigenen Regierung und den Verbündeten schmählich im Stich gelassen wurde, mit großer Aufmerksamkeit und wachsender Besorgnis. Am 2. September 1939 informierte der polnische Außenminister Józef Beck die polnische Botschaft in London darüber, daß der sowjetische Botschafter in Warschau, N. I. Scharonow, bei ihm angefragt habe, weshalb die Regierung in Warschau nicht an die Regierung der UdSSR herantrete, um über die Lieferung von dringend benötigten Waren, insbesondere Sanitätsmaterial, an Polen zu verhandeln. Ungeachtet der feindseligen Haltung der polnischen Führung hatte die Sowjetregierung für Fragen, die die polnische Seite aufwarf, Verständnis. Am 5. September 1939 wurde der polnische Botschafter in [72:] Moskau, Waclaw Grzybowski, vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR empfangen. Der Botschafter schnitt Fragen des Warenaustausches zwischen Polen und der UdSSR, Aspekte der Versorgung Polens mit Kriegsmaterial sowie des Transits des von anderen Ländern für Polen bereitgestellten Kriegsmaterials durch die UdSSR an. Unter Hinweis auf das 1939 zwischen der UdSSR und Polen abgeschlossene Handelsabkommen bekräftigte W. M. Molotow die Entschlossenheit der sowjetischen Seite, dieses Abkommens exakt zu erfüllen.

Die Situation im westlichen Vorfeld der Sowjetunion stellte die Sowjetregierung vor die Aufgabe, grundsätzliche, die Sicherheit des Landes betreffende Entscheidungen zu treffen.

Das ZK der KPdSU (B) und die Sowjetregierung wiesen öffentlich auf die spezifischen Probleme der entstandenen Lage hin. „Der polnisch-deutsche Krieg hat die innere Schwäche des polnischen Staates offenbart“, schrieb die „Prawda“ am 19. September 1939. „Im Verlauf der zehntägigen Kampfhandlungen hat Polen fast sämtliche Industriebezirke und kulturellen Zentren verloren.“ Die „Iswestija“ betonte am 30. September: „Die Sowjetregierung mußte auf Grund der entstandenen Lage die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehen ... Die Sowjetregierung betrachtete es als ihre heilige Pflicht, unseren ukrainischen und belorussischen Brüdern, die in Polen leben, hilfreich die Hand entgegenzustrecken.“ Zudem begünstigte die am 15. September 1939 zwischen der UdSSR, Japan und der Mongolischen VR vereinbarte Beendigung der Kampfhandlungen am Chalchyn gol das Ergreifen aktiver Maßnahmen, um die Sicherheit der westlichen Gebiete der UdSSR weiter zu erhöhen. Am 17. September 1939 überschritten sowjetische Einheiten die Grenze zu Polen, um die 1920 von Sowjetrußland widerrechtlich abgetrennten Gebiete der Ukraine und Belorußlands in den sowjetischen Staatsverband zurückzuführen. Gleichzeitig befreite die Rote Armee die litauische Hauptstadt Vilnius und das Gebiet Vilnius, die ebenfalls 1920 von Polen annektiert wurden waren. In einer am 17. September 1939 an den polnischen Botschafter in Moskau gerichteten Note stellte die Sowjetregierung fest: „Die Sowjetregierung kann sich auch nicht gleichgültig dazu verhalten, daß die mit ihr blutmäßig verwandten Ukrainer und Belorussen, die auf dem Territorium Polens leben, der Willkür des Schicksals ausgeliefert sind, schutzlos bleiben.“¹⁹ Eine analoge Erklärung gab der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare und Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, in einer Rundfunkansprache ab. Der Text der Note wurde außerdem allen ausländischen diplomatischen Vertretungen in der UdSSR zugestellt.

Die Sowjetdiplomatie verstand es meisterhaft, ihr prinzipielles Vorgehen mit politischer Umsicht und der Situation angemessener Vorsicht zu verbinden. Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist

¹⁹ Wneschnjaja politika SSSR. Sbornik dokumentow, Bd. IV, Moskau 1946, S. 448; Ursachen und Folgen. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 14, Berlin (West) (1969), S. 36.

auch folgende Tatsache. Am 19. Sep-[73:]tember 1939 sprach der rumänische Gesandte in der UdSSR, Nicolas Diano, beim Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR im Auftrage seiner Regierung vor. Bei dieser Gelegenheit fragte der Volkskommissar: „Könnte es auf Grund der Tatsache, daß sich die polnische Regierung, die wichtigsten militärischen Führer und 500 polnische Militärflugzeuge auf rumänischem Territorium befinden, möglicherweise irgendwelche unvorhergesehenen Verwicklungen für die UdSSR ergeben“? Diano versicherte, daß es keine Zwischenfälle geben werde.

Die übergroße Mehrheit der Werktätigen der Westukraine und des westlichen Teils Belorußlands, die das Eintreffen der Roten Armee uneingeschränkt begrüßten, bildete revolutionäre Organe der Volksmacht. In den Städten formierten sich Arbeiter-, auf dem Land Bauernmilizen. Die Werktätigen vertrieben Gutsbesitzer, Bourgeoisie und Polizei. An die Spitze des Kampfes für die Wiedervereinigung mit der UdSSR stellten sich die Kommunisten. Der spätere Marschall der Sowjetunion W. I. Tschuikow schreibt hierzu in seinen Erinnerungen: „Den Truppen wurde der Befehl erteilt, in das Territorium des westlichen Belorußland und der Westukraine einzurücken, um die verwandtschaftlich mit uns verbundene Bevölkerung ukrainischer und belorussischer Abstammung vor der faschistischen Okkupation zu retten. Ich kommandierte die 4. Armee, die bis Brest vorrücken sollte.

Dieses Vorrücken trug nicht den Charakter einer militärischen Operation. Die Bevölkerung des westlichen Belorußland und der Westukraine begrüßte uns mit Jubel und Freude. Die Panzer und LKW waren mit Blumen buchstäblich überschüttet. Die Popen und Ministranten kamen uns mit Ikonen und Kirchenfahnen entgegen. Dort, wo die Rote Armee einrückte, war dem Faschismus der Weg versperrt. Wir machten etwa dort halt, wo die heutige Grenze mit der VRP* verläuft – am östlichen Ufer des Bug. Trotz des mit Deutschland unterzeichneten Nichtangriffspaktes hielten wir die Truppen in voller Kampfbereitschaft. Niemand mochte daran glauben, daß Hitler irgendeinen Vertrag einhalten werde, wenn er sieht, daß es für ihn von Vorteil ist, ihn zu brechen.“²⁰

Dank der Unterstützung nahezu der gesamten Bevölkerung konnte die Rote Armee die genannten Gebiete bis Ende September befreien und an der sogenannten Curzonlinie in Stellung gehen. Rund 12 Millionen Menschen, darunter über 6 Millionen Ukrainer und rund 3 Millionen Belorussen, die auf einem Territorium von etwa 190.000 km² lebten, konnten vor der faschistischen Unterdrückung bewahrt werden.

Die Wiedervereinigung der Westukraine und des westlichen Belorußland mit der UdSSR verstärkte in den reaktionären politischen Kreisen Großbritanniens, Frankreichs und der USA die antisowjetischen Stimmungen. Am 18. Oktober 1939 teilte der sowjetische Botschafter in Paris dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR mit, daß ein einflußreicher Teil der herrschenden Kreise Frankreichs mit der Lüge operiere, die UdSSR habe Polen über-[74:]fallen und die französische Regierung aufgefordert, daraus die logische Schlußfolgerung zu ziehen und der UdSSR den Krieg zu erklären.

Noch widersinniger waren Erklärungen, die UdSSR habe das Territorium der Westukraine und des westlichen Belorußland „annektiert“, obwohl hinlänglich bekannt war, daß diese Gebiete dem jungen Sowjetstaat gewaltsam und gegen den Willen der ukrainischen und der belorussischen Bevölkerung entrissen worden waren.

Der französische Botschafter in Warschau, Léon Noël, antwortete auf die Frage, ob die UdSSR angesichts der am 17. September entstandenen Situation es hätte zulassen sollen, daß die faschistische Wehrmacht das gesamte Territorium Polens okkupiert: „Dies war nicht möglich ... In diesem Moment mußte die Sowjetunion notwendigerweise intervenieren lassen, solange es noch Zeit war.“²¹

Der namhafte britische Politiker David Lloyd George wandte sich am 27. September 1939 in einem Brief an den polnischen Botschafter in London Graf Edward Raczyński und schrieb: „Andererseits

* Volksrepublik Polen. *KWF*

²⁰ W. I. Tschuikow, „Missija w Kitaje“, Nowy mir, 1979/11, S. 198 f.

²¹ L. Noël, Der deutsche Angriff auf Polen, a. a. O., S. 461.

marschierten die russischen Armeen in Gebiete ein, die nicht polnische sind und nach dem ersten Weltkrieg von Polen trotz leidenschaftlicher Proteste und trotzbewaffneten Widerstandes der Bevölkerung gewaltsam annektiert worden waren. Die Bevölkerung der polnischen Ukraine hat die gleiche Nationalität und spricht die gleiche Sprache wie ihre Nachbarn in der Ukrainischen Republik der Sowjetunion. Ich bin der Auffassung, daß es unbedingt notwendig ist, sich dieser Tatsachen bewußt zu werden, ehe wir uns überstürzt zu einem Krieg gegen Rußland unter dem Eindruck hinreißen lassen, daß seine Intervention mit der Deutschen gleichzusetzen sei ... Unter diesen Umständen wäre es eine verbrecherische Torheit, den russischen Vormarsch in dieselbe Kategorie einzuordnen wie den deutschen.“²² Realistische Bewertungen der Situation enthielten auch die Telegramme, die die Chiefs von diplomatischen Missionen in Moskau an ihre Regierungen absandten. Am 17. September 1939 kablete der USA-Botschafter in Moskau, Laurence A. Steinhardt, an das State Department: „Man hat mir streng vertraulich mitgeteilt, daß sowohl die französische als auch die britische Botschaft ihren Regierungen anraten, der Sowjetunion wegen der Aggression gegen Polen nicht den Krieg zu erklären und auch auf einen Abbruch der Beziehungen zu verzichten, da ein solches Vorgehen allein Deutschland Vorteile brächte.“²³ Die britische Reaktion auf die Wiedervereinigung der Westukraine und des westlichen Belorußland mit der UdSSR, so teilte der Botschafter der UdSSR in Großbritannien am 18. September 1939 dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten mit, sei schwächer als erwartet ausgefallen. Die Regierung nehme eine abwartende Haltung ein und wolle offenkundig die Lage nicht unnötig komplizieren. Hierzu wäre sie ohnehin nicht in der Lage. Die amerikanische Regierung verhielt sich ebenfalls zurückhaltend.

[75:] Im Oktober und November 1939 gaben britische Persönlichkeiten hinsichtlich der sowjetischen Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit an den Westgrenzen der UdSSR eine Reihe offizieller Erklärungen ab. Obwohl diese Erklärungen auch mit der Absicht erfolgten, die sowjetisch-deutschen Beziehungen zusätzlich zu belasten, waren sie insgesamt realistisch. In einem Gespräch des sowjetischen Botschafters in Großbritannien, I. M. Maiski, mit dem parlamentarischen Unterstaatssekretär im Außenministerium, Richard Austen Butler, gab der britische Politiker zu verstehen, daß in britischen Regierungskreisen die Ansicht vertreten werde, eine Rückgabe der Westukraine und des westlichen Belorußland an Polen sei undenkbar.

Im Oktober 1939 wurden Wahlen zu den Volksversammlungen der Westukraine und des westlichen Belorußland durchgeführt. Die obersten gesetzgebenden Organe dieser Territorien riefen die Sowjetmacht aus und wandten sich an den Obersten Sowjet der UdSSR mit dem Ersuchen, diese Gebiete in den Staatsverband der UdSSR aufzunehmen. Im November 1939 entsprach die Außerordentliche V. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR diesem Ersuchen; die Westukraine wurde mit der Ukrainischen SSR und das westliche Belorußland mit der Belorussischen SSR wiedervereinigt.

2. Die UdSSR und Finnland

Im Dezember 1917 erkannte der Sowjetstaat die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands offiziell an. Die völkerrechtliche Grundlage der sowjetisch-finnischen Beziehungen bildete der Friedensvertrag aus dem Jahre 1920. 1932 wurde zwischen der UdSSR und Finnland ein Vertrag über den gegenseitigen Nichtangriff und über die friedliche Regelung von Streitigkeiten abgeschlossen. All das waren gute Voraussetzungen, um freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Nachbarstaaten zu entwickeln. Aber die finnische Seite nutzte diese Chance nicht.

Der „Vorposten des Westens“

Die herrschenden Kreise Finnlands strebten gemeinsam mit den imperialistischen Hauptmächten danach, Finnland zu einer Aufmarschbasis gegen die UdSSR zu machen. Nicht einmal 32 km von Leningrad entfernt, ließ die finnische Regierung unter direkter Mitwirkung westlicher Militärexperten umfangreiche militärische Anlagen errichten. 1938 stellte Finnland den Bau von Befestigungsanlagen auf

²² Zit. nach: Geschichte der internationalen Beziehungen 1939-1945. Hrsg. von W. G. Truchanowski, Berlin 1965, S. 18.

²³ FRUS. 1939, vol. I, a. a. O., S. 432.

der Karelistischen Landenge, auch als „Mannerheimlinie“ bezeichnet, fertig. Diese Befestigungen sollten dazu dienen, ungestraft aggressive Handlungen gegen die Sowjetunion begehen zu können. Längs der sowjetischen Grenze wurden mit Hilfe deutscher Spezialisten Flugplätze in einer Zahl angelegt, die [76:] den Bedarf der finnischen Luftflotte um das Zehnfache überstieg. „Der Schatten Hitlers fiel Ende der dreißiger Jahre über uns“, äußerte Urho Kalevi Kekkonen später, „und die finnische Öffentlichkeit kann in ihrer Gesamtheit nicht abschwören, daß sie sich demgegenüber sehr wohlwollend verhielt.“²⁴ Die deutsche Diplomatie betrachtete Finnland nicht zufällig als „Freund und Stütze“. Bereits 1935 hatte der deutsche Gesandte in Helsinki, Dr. Wipert von Blücher, Berlin mitgeteilt: „Die Sowjetunion ist in den Augen Finnlands nach wie vor der einzige potentielle Feind, weshalb man ihr gegenüber größtes Mißtrauen an den Tag legen müsse.“²⁵

Die Sowjetregierung ging davon aus, daß Finnland und besonders die karelistische Landenge im Jahre 1939 das militärische Aufmarschgebiet für eine potentielle Aggression gegen die UdSSR darstellte. Die UdSSR überschätzte die militärischen Möglichkeiten Finnlands nicht, wengleich die militant antisowjetische Denkweise der finnischen Regierung Anlaß zur Besorgnis gab. Die Sorgen der Sowjetunion hatten einen anderen Hintergrund. Die Sowjetregierung befürchtete vor allem, daß der finnische Militarismus für antisowjetische Aktivitäten des Imperialismus ausgenutzt werden könnte. „Sie sind nicht in der Lage, auch wenn Sie es wollten, eine Großmacht daran zu hindern, in Finnland zu landen“, erklärte J. W. Stalin gegenüber finnischen Repräsentanten im Oktober 1939. Auf den Bezirk Hanko (Hangö) hinweisend, fuhr er fort: „Hier landet eine Großmacht und marschiert weiter, ohne sich um Ihre Proteste zu kümmern.“²⁶

Die Sowjetunion versuchte wiederholt, die Sicherheit ihrer nordwestlichen Grenzen durch entsprechende Vereinbarungen mit der finnischen Seite zu erhöhen und damit auch die Beziehungen zu Finnland zu verbessern. Doch die finnische Seite lehnte alle Angebote ab. Obwohl Helsinki hinsichtlich der beiderseitigen Beziehungen zahlreiche positive Erklärungen abgab, blieben die sowjetischen Bemühungen ohne Ergebnis. Als der finnische Außenminister Eino Rudolf Holsti während seines Moskaubesuchs im Februar 1937 versicherte, daß auch Finnland den Wunsch hege, mit seinem östlichen Nachbarn in Frieden zu leben, wies der Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, K. J. Woroschilow, darauf hin, daß solche allgemeinen Bekenntnisse die Erhaltung des Friedens im Norden Europas nicht gewährleisten würden. Die Sowjetunion brauche, betonte er, zumindest Informationen darüber, wie sich Finnland verhalten werde, wenn ein Drittstaat ohne Zustimmung der finnischen Regierung finnisches Territorium als Aufmarschbasis gegen die Sowjetunion benutzen würde. Eine Antwort hierauf wurde weder von Holsti in Moskau noch später von der finnischen Regierung gegeben.

Im April 1938 unterbreitete die Sowjetregierung der finnischen Seite den Vor-[77:]schlag, angesichts der wachsenden Kriegsgefahr in Europa Maßnahmen, die die Sicherheit beider Länder erhöhen würden, zu erörtern. Ein Garant dafür wäre, unterstrich die UdSSR, einen sowjetisch-finnischen Vertrag über gegenseitigen Beistand abzuschließen. Helsinki verhielt sich gegenüber den sowjetischen Vorschlägen destruktiv. Dessen ungeachtet bemühte sich die UdSSR zielstrebig weiter und schlug im März 1939 vor, die Unverletzlichkeit Finnlands und seiner Seegrenzen bei einer dem Land drohenden Aggression zu garantieren. Die Sowjetunion ersuchte Finnland, seinerseits die Verpflichtung zu übernehmen, sich jeglicher Aggression zu widersetzen und die UdSSR bei der Erhöhung der Sicherheit Leningrads sowohl von der See- als auch von der Landseite zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wurde Finnland vorgeschlagen, vier Inseln im Finnischen Meerbusen an die UdSSR zu verpachten, da von dort aus ein möglicher Aggressor die Sicherheit Leningrads ernsthaft bedrohen konnte. Da die finnische Seite diesen Vorschlag ablehnte, unterbreitete die Sowjetregierung ein anderes Angebot. Sie schlug vor, bestimmte Gebiete zwischen beiden Staaten auszutauschen; sie bot an, einen

²⁴ U. K. Kekkonen, *Drushba i dobrosossedstwo. Retschi i wystup'lenija 1963-1967*, Moskau 1968, S. 38.

²⁵ Zit. nach: T. Bartenjew/J. Komissarow, *Tridzat let dobrosossedstwa. K istorii sowjetsko-finljandskich otnoscheni*, Moskau 1976, S. 28.

²⁶ J. K. Paasikivi, *Am Rande einer Supermacht. Behauptung durch Diplomatie*, Hamburg 1966, S. 84.

Teil Sowjetkareliens an Finnland abzutreten. Die sowjetisch-finnischen Verhandlungen über diese Frage (März/April 1939) endeten ergebnislos.

Als nach Beginn des zweiten Weltkrieges die militärische Bedrohung der UdSSR weiter zunahm, konnte die Sowjetregierung die Klärung der komplizierten Situation an ihren nordwestlichen Grenzen nicht weiter hinausschieben. „Es ist nicht schwer, einzusehen, daß beim gegenwärtigen Stande der internationalen Lage, da sich im Herzen Europas ein Krieg zwischen den mächtigsten Staaten entwickelt – ein Krieg, der große Überraschungen und Gefahren für alle europäischen Staaten in sich birgt – die Sowjetunion nicht nur berechtigt, sondern sogar dazu verpflichtet ist, ernsthafte Maßnahmen zur Erhöhung ihrer Sicherheit zu treffen. Es ist nicht mehr als natürlich, wenn sich die Sowjetregierung besonders mit dem Finnischen Meerbusen, der den Zugang nach Leningrad von See her bildet, und mit der Landgrenze befaßt, die aus einer Entfernung von etwa 30 km einen beherrschenden Einfluß auf Leningrad hat“, wurde im Bericht der Sowjetregierung auf der Außerordentlichen V. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 31. Oktober 1939 festgestellt.²⁷

Der namhafte britische Journalist Alexander Werth, der während des zweiten Weltkrieges in Moskau tätig war, schrieb: „Für mich war es völlig klar, daß die Korrektur der Grenze nördlich und nordwestlich von Leningrad für die Sowjetunion von lebenswichtiger Bedeutung war, da sonst die Möglichkeit (und sogar Wahrscheinlichkeit) bestanden hätte, daß sie von dieser Seite her angegriffen wird.“²⁸ Die Tatsachen belegen, daß die UdSSR alles tat, Spannungen in den Beziehungen zu Finnland auszuräumen und die Sicherheit an ihren Grenzen auf friedlichem Wege zu gewährleisten, alle Möglichkeiten, die Verhandlungen bieten, in vollem Maße auszuschöpfen und einen bewaffneten Konflikt mit Finnland [78:] zu vermeiden. Die Sowjetunion wollte keinen bewaffneten Konflikt mit Finnland, stellte der amerikanische Militärgeschichtler und damalige Berater des State Department Raymond L. Garthoff fest.²⁹

Die Schritte der sowjetischen Diplomatie, mit Finnland zu einem Übereinkommen zu gelangen, wurden mit den Aktivitäten der UdSSR zur Erhöhung der Sicherheit im Baltikum koordiniert. Ende September 1939 konnten ein Vertrag über gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und Estland unterzeichnet, ein Vertrag mit Lettland vorbereitet und analoge Fragen mit Litauen erörtert werden.

Die Moskauer Verhandlungen

Am 5. Oktober 1939 erklärte W. M. Molotow in einem Gespräch mit dem finnischen Gesandten Aarno Armas Baron Yrjö-Koskinen: „Die Regierung der UdSSR hält es für zweckmäßig, mit der finnischen Regierung zu den laufenden Fragen der sowjetisch-finnischen Beziehungen einen Meinungsaustausch aufzunehmen. Ein Treffen von Vertretern der UdSSR mit Vertretern der finnischen Regierung würde es ermöglichen, konkrete Fragen in bezug auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erörtern.“ Am 7. Oktober 1939 überreichte Yrjö-Koskinen dem Volkskommissar die Antwort der finnischen Regierung, die diesen Verhandlungen zustimmte.

Obwohl die Einladung an den Außenminister Finnlands gerichtet war, wurde der finnische Gesandte in Schweden, Juho Kusti Paasikivi, beauftragt, die Verhandlungen zu führen. Der Vertreter Finnlands verfügte allerdings nicht über die erforderlichen Vollmachten, um Vereinbarungen mit der UdSSR unterzeichnen zu können. Außerdem wurde J. K. Paasikivi schon kurz nach seiner Ankunft in Moskau zurückbeordert. Die sowjetisch-finnischen Verhandlungen wurden unterbrochen. Wieder in Moskau, hatte die finnische Delegation eine andere Zusammensetzung. Ihr gehörte jetzt unter anderem der Führer der rechten Sozialdemokraten und Minister für Finanzen Väinö Alfred Tanner an, der die Delegation faktisch leitete. Entschieden gegen eine Verbesserung der sowjetisch-finnischen Beziehungen auftretend, lehnte er die von der UdSSR unterbreiteten Vorschläge kategorisch ab.

²⁷ Wneotscherednaja pjataja sessija Werchownoho Sowjeta SSSR. 31 oktjabrja-2 nojabrja 1939g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1939, S. 17 f.; Ursachen und Folgen ..., a. a. O., S. 61.

²⁸ A. Werth, *Rossija w woine, 1941-1945*, Moskau 1967, S. 67.

²⁹ Vgl. R. L. Garthoff, *The Soviet Military Policy. A Historical Analysis*, New York/Washington 1966, S. 14.

Im Verlaufe der sowjetisch-finnischen Verhandlungen, die am 11. Oktober begannen, fanden drei Begegnungen mit J. W. Stalin und W. M. Molotow statt. Das erste Gespräch führte J. K. Paasikivi allein, während an den beiden anderen V. A. Tanner teilnahm.

Stalin, der die sowjetischen Vorschläge zur Regelung der Grenzprobleme unterbreitete, wies darauf hin, daß sie unter rein militärischem Gesichtspunkt als Minimalvorschläge zu betrachten seien. Paasikivi konnte in der Folge nicht um-[79:]hin, die Argumente der UdSSR als von großer Tragweite und ihre Vorschläge zur Veränderung der Grenzlinie als zurückhaltend und gemäßigt anzuerkennen.³⁰

Die Verhandlungen begannen jedoch in einer gespannten Atmosphäre. Die Vertreter Finnlands waren sich nicht einig. Entsprechend dem Kräfteverhältnis in Helsinki, versuchten die Anhänger einer „harten Linie“ die dominierende Rolle in der Delegation zu spielen. „Wären die Verhandlungen finnischerseits von Herrn Paasikivi, ohne Teilnahme von Herrn Tanner, geführt worden, wie dies in der ersten Verhandlungsetappe der Fall war, wären sie höchstwahrscheinlich mit einem akzeptablen Abkommen beendet worden. Doch die Teilnahme von Herrn Tanner an den Verhandlungen hat die ganze Sache verdorben und hat, wie es scheint, Herrn Paasikivi die Hände gebunden“³¹, bemerkte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR am 2. Dezember 1939 in einem Gespräch mit dem Botschafter der USA, L. A. Steinhardt.

Die Sowjetunion leitete die Verhandlungen mit dem Vorschlag ein, einen sowjetisch-finnischen Pakt über gegenseitigen Beistand analog den Verträgen abzuschließen, die zwischen der Sowjetunion und Litauen, Lettland und Estland bestanden. Da jedoch die finnischen Vertreter davon ausgingen, ein solcher Pakt widerspreche der von Finnland bezogenen Position der „absoluten Neutralität“, schlug die sowjetische Delegation vor, zu den Fragen überzugehen, die die UdSSR hinsichtlich der Erhöhung ihrer Sicherheit und besonders der Sicherheit Leningrads sowohl vom Finnischen Meerbusen als auch von Land aus vorrangig interessierten. Die UdSSR ging davon aus, daß sich beide Seiten darüber einigen könnten, die auf der Karelischen Landenge in der Nähe Leningrads verlaufende sowjetisch-finnische Grenze um einige Dutzend Kilometer weiter nach Norden zu verlegen. Als Ausgleich sollte Finnland ein Teil Sowjetkareliens angeboten werden, der doppelt so groß wie das von Finnland abgetretene Gebiet war. Weiter wurde vorgeschlagen, sich dahingehend zu einigen, daß Finnland der UdSSR für einen bestimmten Zeitraum einen kleinen Abschnitt seines Territoriums im Raum der Insel Hangö am Eingang zum Finnischen Meerbusen zur Errichtung eines sowjetischen Flottenstützpunktes verpachtet. Zusammen mit einem sowjetischen Flottenstützpunkt am südlichen Zugang zum Finnischen Meerbusen (vereinbart im sowjetisch-estnischen Pakt über gegenseitigen Beistand) wäre dies geeignet gewesen, die Sicherheit dieses Gebietes vor möglichen aggressiven Handlungen seitens Drittstaaten, vor allem Deutschlands, wesentlich zu erhöhen. Im Bericht der Sowjetregierung an die Außerordentliche V. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR wurde festgestellt: „Wir hegen keinerlei Zweifel, daß die Schaffung eines solchen Stützpunktes nicht nur den Interessen der Sowjetunion entspricht, sondern auch dem Sicherheitsbedürfnis gerade Finnlands gerecht wird. Unsere anderen Vorschläge, insbesondere unser Vorschlag, einige Inseln im Finnischen Meerbusen sowie einen Teil des Territoriums der Fischer- und Sredni-Halbinseln für ein doppelt so großes Gebiet in Sowjetkarelien zu tau-[80:]schen, stößt offenbar auf seiten der finnischen Regierung auf keine Einwände. Die Meinungsverschiedenheiten in bezug auf einige unserer Vorschläge sind bisher noch nicht überwunden.“³²

Die sowjetische Seite unternahm eine Reihe weiterer Schritte, um Finnland insbesondere hinsichtlich der Alandinseln entgegenzukommen. Außerdem stellten die Vertreter der UdSSR die Frage der Erweiterung des sowjetisch-finnischen Nichtangriffspaktes um zusätzliche gegenseitige Garantien zur Diskussion. Schließlich wurde in den sowjetischen Vorschlägen die Stabilisierung der sowjetisch-finnischen Beziehungen auch als Voraussetzung verstanden, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erweitern. „Wir sind überzeugt, daß die Bedeutung einer Stärkung der sowjetisch-finnischen Freundschaftsbeziehungen von den führenden Kreisen in Finnland richtig verstanden wird

³⁰ Vgl. J. K. Paasikivi, *Am Rande einer Supermacht ...*, a. a. O., S. 113.

³¹ *Wneschnjaja politika SSSR. Sbornik dokumentow*, Bd. IV, a. a. O., S. 471.

³² *Wneotscherednaja pjataja sessija Werchownojo Sowjeta SSSR ...*, a. a. O., S. 19.

und die finnischen Politiker irgendwelchem antisowjetischem Druck nicht nachgeben oder eine von welcher Seite auch immer ausgehende Aufhetzung bei ihnen kein Gehör finden wird“³³, stellte W. M. Molotow fest. Reinhold Svento, der in der zweiten Nachkriegsregierung Paasikivi Kabinettsmitglied wurde, schrieb später: „Wir hätten uns mit dem von der Sowjetunion vorgeschlagenen Gebietsaustausch einverstanden erklären können.“³⁴ Den gleichen Standpunkt vertraten in Finnland all diejenigen, die gutnachbarliche Beziehungen mit der Sowjetunion anstrebten und verhindern wollten, daß ihr Land in gefährliche außenpolitische und militärische Abenteuer der imperialistischen Mächte verwickelt würde. „Zurückhaltend und maßvoll“ hatte J. K. Paasikivi die sowjetischen Vorschläge genannt. Er bemerkt in seinen Erinnerungen: „Meinerseits hielt ich schon während der Verhandlungen – ebenso wie danach – den Abschluß eines Vertrages für die bessere Alternative.“³⁵

Die finnische Regierung jedoch lehnte unter dem Druck der Westmächte und Deutschlands die sowjetischen Vorschläge ab. Am 7. November 1939 wurden die Verhandlungen abgebrochen. In Helsinki war man der Auffassung, gegenüber der UdSSR einen „energischen Ton“ anschlagen zu müssen. Das Scheitern der Verhandlungen bezeichnete J. K. Paasikivi als den „bedeutsamsten und schwerwiegendsten Fehler einer Reihe von außenpolitischen Fehlern Finnlands“³⁶ in jener Zeit.

Finnland wird zum Konfrontationskurs mit der UdSSR getrieben

Warum reagierte Helsinki derart negativ auf die sowjetischen Vorschläge? Waren es doch die gleichen Vorschläge, die bereits von nicht wenigen finnischen Politikern während der Herbstverhandlungen in der UdSSR und um so mehr in ihrer [81:] historischen Retrospektive als durchaus realistisch und ausgewogen eingeschätzt wurden. „Es kann mit Bestimmtheit gesagt werden“, wurde im Bericht der Sowjetregierung auf der VI. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR festgestellt, „daß, wenn auf Finnland keine äußeren Einflüsse gewirkt hätten, wenn es weniger Aufhetzung seitens einiger Drittstaaten im Sinne einer der Sowjetunion gegenüber feindlichen Politik gegeben hätte, sich die Sowjetunion und Finnland bereits im Herbst des vergangenen Jahres miteinander friedlich geeinigt hätten ... Doch ungeachtet dessen, daß die Sowjetregierung ihre Wünsche auf ein Minimum reduzierte, ist es nicht gelungen, die Angelegenheit auf diplomatischem Wege zu Ende zu bringen.“³⁷

Selbst Mannerheim gestand in seinen Erinnerungen ein: Die antisowjetische Linie der Westmächte habe in den führenden Kreisen Finnlands die Zuversicht geweckt, daß „im Falle eines Konfliktes mit der UdSSR Finnland nicht isoliert dastehen würde“.³⁸ In einem Krieg werden die Finnen nur gewinnen“, suggerierte ein verantwortlicher Mitarbeiter des deutschen Auswärtigen Amtes dem Führer der Patriotischen Volksbewegung (IKL) – der faschistischen Bewegung in Finnland – Pastor K. R. Kares. Im Fall einer Niederlage, so versicherte der deutsche Diplomat, werde Finnland „mit Hilfe Deutschlands später mögliche Gebietsverluste wieder zurückerhalten“.³⁹ USA-Außenminister Cordell Hull „dankte Finnland für die feste Position, die es während der Verhandlungen in Moskau eingenommen hatte“⁴⁰. Der damalige USA-Innenminister Harold Le Claire Ickes schrieb in seinem Geheimtagebuch, daß die finnische Regierung „von den aristokratischen und Finanzkreisen Englands und Frankreichs dazu ausgenutzt wird, Rußland soviel wie möglich zu schaden, selbst wenn sie letztlich angesichts der zunehmenden Macht Rußlands Schiffbruch erleiden sollte“⁴¹.

So bestand das Wesen der Situation darin, daß beide imperialistische Gruppierungen sich darin überboten, auf die Führung Finnlands antisowjetischen Druck auszuüben. Die USA-Mission in Finnland telegraphierte beispielsweise am 9. Oktober 1939 an USA-Außenminister Hull, daß „die Instruktionen,

³³ A. a. O., S. 20.

³⁴ Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 433.

³⁵ J. K. Paasikivi, Am Rande einer Supermacht ..., a. a. O., S. 113.

³⁶ A. a. O., S. 116.

³⁷ Schestaja sessija Werchowonogo Sowjeta SSSR, 29 marta-4 aprilja 1940g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1940, S. 29.

³⁸ Les memoires du Marechal Mannerheim, Paris 1952, S. 275.

³⁹ E. Lessner, Blitzkrieg and Bluff, New York 1943, S. 148.

⁴⁰ J. H. Wuorinen (ed.), Finland and World War II. 1939-1944, New York 1948, S. 62.

⁴¹ H. L. Ickes, The Secret Diary, Bd. III: The Lowering Clouds 1939-1941, New York 1954, S. 134.

die der finnischen Delegation erteilt wurden ... so strikt ausgefallen sind, wie dies der amerikanische und der britische Gesandte in Finnland erwartet haben“.⁴² Dabei hatte die deutsche Mission in Finnland bereits noch früher dem finnischen Außenministerium entschieden abgeraten, ein Abkommen mit der Sowjetunion abzuschließen.⁴³ Am 12. Oktober 1939 äußerte sich der estnische Premierminister [82:] Karl Eenpalu während eines Gespräches mit dem Leiter einer in Estland weilenden Delegation der sowjetischen Seestreitkräfte dahingehend, daß England auf die Regierung Finnlands Druck ausübe.

Auch der Präsident der USA mischte sich in die sowjetisch-finnischen Beziehungen ein. In einer am 12. Oktober 1939 an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR gerichteten Botschaft machte sich Franklin D. Roosevelt faktisch zum Fürsprecher der finnischen Militaristen. In seiner Antwort erklärte der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. I. Kalinin, daß „die staatliche Unabhängigkeit der Republik Finnland durch freie Willensbekundung der Sowjetregierung anerkannt wurde“. Was die sowjetisch-finnischen Verhandlungen anbetreffe, „so besteht entgegen den tendenziösen Versionen, die von offenbar nicht am europäischen Frieden interessierten Kreisen verbreitet werden, das einzige Ziel der erwähnten Verhandlungen darin, die beiderseitigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Finnland zu stabilisieren und die freundschaftliche Zusammenarbeit beider Länder in der Frage der Gewährleistung der Sicherheit der Sowjetunion und Finnlands zu verstärken“.⁴⁴

Am 30. November 1939 überreichte der Geschäftsträger ad interim der USA in der UdSSR, Walte Thurston, dem Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. P. Potjomkin, eine Erklärung der Regierung der USA, in der vorgeschlagen wurde, zwischen der UdSSR und Finnland „friedlich zu vermitteln“. W. P. Potjomkin entgegnete, daß die Sowjetregierung ihre Verhandlungen bisher ohne Vermittler geführt habe. Falls die Gespräche zwischen der UdSSR und Finnland wiederaufgenommen werden sollten, werde man seiner Ansicht nach auf Vermittler verzichten können.

Den militanten Antisowjetismus der herrschenden Kreise Finnlands zu nähren, war auch die britische Diplomatie interessiert. Der namhafte Labourpolitiker und spätere Botschafter Großbritanniens in der UdSSR, Sir Richard Stafford Cripps, kritisierte die Politik der britischen Regierung gegenüber der UdSSR und erklärte am 12. November 1939 dem sowjetischen Botschafter, daß bestimmte Elemente in der britischen Regierung die finnischen „Provinzköpfe“ verwirren und sie daran hindern würden, ihre Beziehungen mit der UdSSR gutnachbarlich zu regeln. Die britische Regierung drohte, ihre Beziehungen zur UdSSR „auf lange Sicht“ zu verschlechtern. Wie die sowjetische Botschaft in London am 13. November 1939 meldete, hatte Winston S. Churchill in Gesprächen mit sowjetischen Diplomaten die Frage in dieser Weise zugespitzt.

Finnland gab dem Druck der herrschenden Kreise der Westmächte nach und beschritt den Weg der Aggression. Allein hätte Finnland nicht gewagt, einen bewaffneten Konflikt mit der Sowjetunion zu provozieren. Denn die gesamte militärische Planung ging davon aus, hob der finnische Verteidigungsminister Juho [83:] Niukkanen hervor, daß Finnland niemals allein gegen irgendeine Großmacht vorgehen wird.⁴⁵

Bereits zu Beginn der sowjetisch-finnischen Verhandlungen intensivierte Finnland seine Kriegsvorbereitungen. Die finnische Armee wurde in Gefechtsbereitschaft versetzt, und größere Kontingente wurden an die finnisch-sowjetische Grenze verlegt. Gleichzeitig begann die Evakuierung der Bevölkerung aus Helsinki und anderen größeren Städten sowie aus der Karelischen Landenge. Massenverhaftungen derjenigen, die der Sowjetunion gegenüber Sympathie bekundeten, wurden eingeleitet. Die ansteigende militaristische, antisowjetische Propagandawelle in Finnland erreichte beim Abbruch der sowjetisch-finnischen Verhandlungen ihren Höhepunkt. Die Presse suggerierte, daß Finnland gegen

⁴² W. I. Langer/S. E. Gleason, *The Challenge to Isolation 1937-1940*, New York 1952, S. 322.

⁴³ 43 Vgl. ADAP, Serie D, Bd. V, Baden-Baden 1953, S. 523.

⁴⁴ Wneotscherednaja pjataja sessija Werchownojo Sowjeta SSSR ..., a. a. O., S. 20 f.

⁴⁵ Vgl. J. Niukkanen, *Talvisadan puolustusministeri kertoo*, Pervoo-Helsinki 1951, S. 240.

die UdSSR erfolgreich Krieg führen könne. Der finnische Generalstabsoffizier Wolfgang A. Halsti versuchte 1940 in dem Buch „Die Verteidigung Finnlands“ zu beweisen, daß Finnland nur einen einzigen Feind habe – die UdSSR.⁴⁶

Carl Olof Frietsch, Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses des finnischen Parlaments, unternahm Ende Oktober 1939 eine Informationsreise durch die Konzentrationsräume der finnischen Truppen auf der Karelischen Landenge und faßte seine Eindrücke in der Schlußfolgerung zusammen: „Finnland ist kriegsbereit.“⁴⁷

Um die sowjetische Haltung klarzustellen, veröffentlichte TASS am 12. Oktober 1939 ein Dementi von Behauptungen der bürgerlichen Presse, die Sowjetregierung habe „die letzten Zugeständnisse, die von Finnland gemacht wurden“, abgelehnt. In dem Dementi wurde darauf hingewiesen, daß die Finnen zu keinerlei Zugeständnissen bereit gewesen waren. „Den TASS vorliegenden Tatsachen zufolge sind die Finnen in keiner Weise den Minimalvorschlägen der Sowjetunion entgegengekommen, sondern verhärteten sich ganz im Gegenteil in ihrer Unnachgiebigkeit. Bis in die jüngste Zeit hinein hatten die Finnen auf der Karelischen Landenge mit Front in Richtung Leningrad zwei bis drei Divisionen stationiert, jetzt haben sie die Zahl der Divisionen, die Leningrad bedrohen, bis auf sieben erhöht und demonstrieren damit ihre Unnachgiebigkeit.“⁴⁸

In einer Atmosphäre der Kriegshysterie, die Finnland am 13. und 14. November 1939 erfaßt hatte, gab die finnische Regierung die Mobilmachung bekannt und führte die allgemeine Arbeitsdienstpflicht ein. An der Grenze zur UdSSR wurden 15 Infanteriedivisionen konzentriert. Die militärische Reserve der finnischen Armee betrug 300.000 bis 400.000 Mann.⁴⁹

Am 26. November eröffneten finnische Truppen in der Nähe der Siedlung Mainila das Feuer auf sowjetische Grenzsoldaten. Die Sowjetregierung erklärte noch am selben Tag, daß es nicht ihre Absicht sei, „diesen verabscheuungswürdigen Angriff, der von Truppenteilen der finnischen Armee vorgenommen wurde, ... zu übertreiben“. Gleichzeitig verlieh die Sowjetregierung ihrer Erwartung Ausdruck, hieß es in der Erklärung, „daß derartige abscheuliche Handlungen in Zukunft nicht vorkommen.“⁵⁰ Die UdSSR schlug der finnischen Regierung vor, ihre Truppen von der Grenze an der Karelischen Landenge um 20 bis 25 km zurückzuziehen, um derartigen Provokationen künftig vorzubeugen. In ihrer Antwort forderte die finnische Regierung, die sowjetischen Truppen sollten um die gleiche Entfernung zurückgezogen werden, daß heißt faktisch bis in die Vororte Leningrads. Die finnischen Provokationen wurden unvermindert fortgesetzt. Alles sprach dafür, daß die politischen Mittel, die Spannungen in den sowjetisch-finnischen Beziehungen zu beseitigen, durch Verschulden der finnischen Führung erschöpft waren.

Am 28. November 1939 sah sich die Regierung der UdSSR gezwungen, der finnischen Regierung mitzuteilen, daß sie den Nichtangriffsvertrag von 1932 unter den gegenwärtigen Bedingungen als gegenstandslos betrachte und die finnische Regierung ersuche, ihre diplomatischen und Handelsvertreter abzurufen. Die Sowjetunion erklärte, daß „sie sich vom heutigen Tage an nicht mehr an die Verpflichtungen gebunden fühlt, die im Nichtangriffsvertrag zwischen der Sowjetunion und Finnland enthalten sind, und welche die finnische Regierung systematisch verletzt“⁵¹. Am 29. November 1939 erhielten die sowjetischen Streitkräfte den Befehl, „eventuellen neuen Ausfällen von seiten der finnischen Militärclique sofort' Einhalt zu gebieten“⁵². Der Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR W. P. Potjomkin setzte den finnischen Gesandten in Moskau von diesem Befehl in Kenntnis. Die bewaffneten Provokationen wurden jedoch nicht eingestellt. Am 30. November begannen zwischen Finnland und der UdSSR die Kampfhandlungen.

⁴⁶ Vgl. W. Halsti, *Försvaret av Finland (Suomen puolustaminen)*, Stockholm 1940.

⁴⁷ C. O. Frietsch, *Suomen kohtalonvuodet*, Helsinki 1945, S. 111.

⁴⁸ *Wneschnj aja politika SSSR ...*, Bd. IV, a. a. O., S. 451.

⁴⁹ Vgl. T. Bartenjew/J. Komissarow, *Tridat let dobrosossedstwa ...*, a. a. O., S. 40.

⁵⁰ *Ursachen und Folgen ...*, a. a. O., S. 426.

⁵¹ A. a. O., S. 428.

⁵² A. a. O., S. 432.

Der spätere Präsident Finnlands, U. K. Kekkonen, schrieb, daß nach den vorherrschenden Ansichten der finnischen und westlichen Historiker Finnland „ohne eigenes Verursachen, sozusagen wie im Sog eines starken Stromes in den Strudel des Krieges (geriet).“ „Aber Tatsache ist doch“, resümierte er, „daß Finnland ebensowenig in Selbstverteidigung handelte wie als willenloses Werkzeug, als Treibholz im Spiel der Großmächte.“ Die herrschenden Kreise Finnlands hielten sich etwas darauf zugute, als „Vorposten des Westens“ zu gelten, und gingen der gemeinsamen Beilegung des Konflikts mit der Sowjetunion systematisch aus dem Wege. „Indem es seine Stellung konsolidieren konnte, kam Finnland in die Lage, selbst seine Schicksalsfragen zu entscheiden und mit eigenen Mitteln seine Beziehungen zur Sowjetunion auf dauerhaftem Grund zu regeln. Dies wiederum war nur durch ein bilaterales Arrangement möglich, das die Lebensinteressen beider Partner berücksichtigte.“⁵³

[85:]

Der sowjetisch-finnische Konflikt und die Bemühungen, ihn friedlich beizulegen

Als abzusehen war, daß ein militärischer Konflikt an der nordwestlichen Grenze der UdSSR nicht mehr zu vermeiden war, mischten sich Großbritannien, Frankreich und die USA noch massiver in die sowjetisch-finnischen Beziehungen ein und erhöhten ihre Militärhilfe für Finnland bedeutend. Die Politik dieser Länder ging nach wie vor von der Münchner Konzeption aus, den zweiten Weltkrieg nach Osten zu lenken und eine militärische Konfrontation aller imperialistischen Länder, darunter auch des faschistischen Deutschland, mit der UdSSR zu provozieren. Der sowjetisch-finnische Krieg könne, gab die „New York Post“ in ihrer Ausgabe vom 30. Dezember 1939 ganz offen zu, „durchaus zur Bildung einer einheitlichen Front gegen die Sowjetunion führen“. Großbritannien, Frankreich und Schweden lieferten Finnland insgesamt 500 Flugzeuge. Außerdem trafen 11.000 Freiwillige aus den skandinavischen Ländern, den USA und anderen Staaten in Finnland ein. Auch Italien und Deutschland erwiesen Finnland Hilfe.

Der sowjetische Botschafter in Großbritannien informierte am 25. Januar 1940 aus London, daß sich in der britischen Regierung die Tendenzen verstärkten, sich in den sowjetisch-finnischen Konflikt einzumischen.

Großbritannien, Frankreich und die USA koordinierten ihre Schritte in der finnischen Frage zunehmend enger. Der amerikanische Botschafter in Frankreich, William C. Bullitt, informierte das State Department am 14. Dezember 1939 über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums Alexis Leger: „Die französische Regierung plant, 30 Jagdflugzeuge neuester Konstruktion nach Finnland zu schicken. Leger teilt mir weiter streng vertraulich mit, daß die britische und die französische Regierung gegenwärtig mit der norwegischen und der schwedischen Regierung in ständigem Kontakt stehen, um das aktive Eingreifen Norwegens und Schwedens auf der Seite Finnlands abzusichern. Er sagte weiter, daß sowohl die französische als auch die britische Regierung alles tun, um Norwegen, Schweden und Finnland entsprechend ihren Möglichkeiten zu Wasser, auf dem Lande und in der Luft Hilfe zukommen zu lassen, falls die schwedische und die norwegische Regierung den Beschluß fassen, Finnland Beistand zu leisten.“⁵⁴

Bereits im Oktober 1939 lieferten die USA Flugzeuge und anderes Kriegsgerät im Wert von 850.000 Dollar an Finnland. Im Dezember 1939 gewährte die Export-Importbank der USA – mit offizieller Zustimmung des Präsidenten der USA – Finnland einen Kredit über 10 Mill. Dollar. Amerikanische Piloten und bodentechnisches Personal wurden nach Finnland entsandt. Das Weiße Haus erklärte, daß der Eintritt amerikanischer Bürger in die finnische Armee das Neutralitätsgesetz nicht verletze. Die USA-Regierung setzte im Kongreß durch, daß Finnland weitere 20 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt wurden. Dieses Geld wurde Finnland geradezu aufgedrängt: Nach Informationen der Botschaft der [86:] UdSSR in Washington war Finnland aber lediglich in der Lage, den Kredit über 10 Mill. Dollar bis 1. Februar 1940 zu etwa 3 Mill. Dollar in Anspruch zu nehmen.

⁵³ U. K. Kekkonen, Finnlands Weg zur Neutralität. Reden und Ansprachen, Düsseldorf/Wien 1975, S. 215 f.

⁵⁴ FRUS. 1939, vol. I, a. a. O., S. 535.

Der Konflikt an der Nordwestgrenze der UdSSR war mithin nicht mehr nur ein bewaffneter Zusammenstoß mit dem finnischen Militarismus, sondern mit dem internationalen Imperialismus, der Finnland mit Geld und Waffen, besonders Artillerie und Flugzeugen, mit „Freiwilligen“, diplomatischen Schritten und seiner auf Hochtouren laufenden antisowjetischen Propaganda unterstützte.

In der Absicht, weitere Länder in den bewaffneten Konflikt mit der UdSSR hineinziehen zu können, versuchte die finnische Regierung, Deutschland und die USA als Vermittler zu gewinnen. Diese Staaten waren jedoch gerade an der Fortsetzung der Kampfhandlungen interessiert. Deutschland lehnte eine Vermittlung rundheraus ab. Die USA antworteten, daß sie den gegenwärtigen Augenblick als „nicht günstig“ für einen Friedensschluß erachteten. Erst danach wandte sich die finnische Führung über die Regierung Schwedens an die UdSSR. Am 3. Dezember 1939 übermittelte der schwedische Gesandte in Moskau, Otto Wilhelm Winther, am W. M. Molotow den Wunsch der finnischen Regierung, „neue Verhandlungen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einzuleiten“⁵⁵.

Die Sowjetregierung reagierte auf diese erste Friedenssondierung Finnlands positiv. Am 29. Januar 1940 wurde dem Außenminister Schwedens, Christian Ernest Günther, mitgeteilt, die Sowjetregierung habe im Prinzip keine Einwände gegen einen Friedensschluß mit der Regierung Ryti/Tanner, möchte jedoch vor Beginn der Friedensverhandlungen wissen, zu welchen Bedingungen Finnland zum Friedensschluß bereit wäre.

Tanner traf am 5. Februar in Stockholm ein. Die Hoffnung, Hilfe und Beistand von Großbritannien, Frankreich und anderen Mächten zu erhalten, bestimmte auch weiterhin die Position der finnischen Führung. Noch vor der Begegnung mit der sowjetischen Gesandtin in Schweden A. M. Kollontai hatte Tanner den schwedischen Außenminister gebeten, 30.000 als „Freiwillige“ getarnte Soldaten und Offiziere der schwedischen Streitkräfte nach Finnland zu entsenden. Tanner hatte darüber hinaus sondiert, ob Schweden britischen und französischen Truppen den Durchmarsch durch sein Territorium gestatten würde. Schweden lehnte jedoch ab.

In dem Buch „Die Außenpolitik Schwedens während des zweiten Weltkrieges“ stellte der schwedische Historiker Wilhelm M. Carlgren fest, daß die Regierung Schwedens, die Finnland zu unterstützen bereit war, sich trotzdem während des sowjetisch-finnischen Krieges außerstande sah, Finnland in gewünschtem Umfang Hilfe zu erweisen. Carlgren gibt zu, daß die Ursachen dafür nicht nur im Verlangen der schwedischen politischen Parteien lagen, Neutralität zu wahren, sondern auch eine Auswirkung der aktiven sowjetischen diplomatischen Aktivitäten waren. Insofern erfolgte auch die schwedische Hilfe für Finnland nicht offen.⁵⁶

[87:] Die inoffiziellen Kontakte zwischen der UdSSR und Finnland wurden durch die Einmischungsversuche Londons, Paris und Washingtons erschwert. Diese Regierungen ließen nichts unversucht, um den Konflikt zu verlängern. Deshalb hatte man es in Helsinki auch nicht eilig, den inoffiziellen Meinungsaustausch mit der UdSSR abzuschließen. Anstatt auf die sowjetische Frage nach den für Finnland akzeptablen Friedensbedingungen zu antworten, bestand die Regierung Ryti/Tanner darauf, erst die sowjetischen Friedensbedingungen zu erfahren. Die Sowjetregierung kam diesem Wunsch entgegen und teilte der Regierung Finnlands am 23. Februar 1940 ihre Bedingungen mit. Die UdSSR ersuchte Finnland, ihr die Karelische Landenge und den westlichen und nordöstlichen Uferabschnitt des Ladagasees abzutreten sowie die Halbinsel Hangö mit den vorgelagerten kleinen Inseln zu verpachten. In diesem Zusammenhang erklärte sich die Sowjetregierung bereit, den Bezirk von Petsamo zu räumen und mit den Regierungen Finnlands und Estlands einen Vertrag über die gemeinsame Verteidigung des Finnischen Meerbusens abzuschließen.

Außerdem schlug die UdSSR der Regierung Großbritanniens vor, bei Aufnahme der sowjetisch-finnischen Friedensverhandlungen zu vermitteln. Dies geschah in der Absicht, die antisowjetische Aktivität Londons zu kompensieren. Am 24. Februar setzte der parlamentarische Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium Richard A. Butler den Botschafter der UdSSR von der negativen Ent-

⁵⁵ Ursachen und Folgen ..., a. a. O., S. 434.

⁵⁶ Vgl. W. M. Carlgren, *Swedish Foreign Policy during the Second World War*, London 1977, S. 24.

scheidung der britischen Regierung in Kenntnis; sie solidarisierte sich damit faktisch mit der anti-sowjetischen Haltung der regierenden Kreise Finnlands. Der schwedische Außenminister Günther bestätigte dies am 17. Februar 1940 in einem Gespräch mit A. M. Kollontai: „Die Engländer wünschen keine friedliche Beilegung des finnischen Konflikts.“ Am 1. März 1940 teilte A. M. Kollontai dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR mit: „Die Engländer sind über die Absicht der Finnen sehr besorgt, mit der Sowjetunion Verhandlungen aufzunehmen; es ist ihr Ziel, die Kampfhandlungen in Finnland fort dauern zu lassen, um Finnland nicht als Aufmarschbasis einzubüßen ... Ein Friedensschluß mit den Finnen ist deshalb ein Schlag für die Entente.“

Am 26. Februar ließ die finnische Regierung verlauten, daß die Vorschläge der Sowjetregierung unannehmbar seien. Einige Tage später, am 4. März 1940, meldete der Oberkommandierende der finnischen Armee, Karl Gustav Emil Freiherr von Mannerheim, seiner Regierung, daß sich die finnischen Truppen auf der Karelischen Landenge in einer militärisch kritischen Lage befänden. Sowjetische Truppen hatten in schweren Kämpfen die Mannerheimlinie, die als uneinnehmbar galt, durchbrochen. Der Weg nach Helsinki war frei. Die Sowjetunion war jedoch nicht daran interessiert, Finnland zu besetzen, obgleich die militärischen Möglichkeiten dafür bestanden hätten. Die Zurückhaltung der UdSSR, ihre Bereitschaft, den Konflikt friedlich beizulegen, widerlegten all jene Behauptungen, die Sowjetunion strebe eine „Bolschewisierung“ Finnlands an.

Angesichts des Vormarsches der Roten Armee war das finnische Kabinett schließlich gezwungen, Friedensverhandlungen zuzustimmen. A. M. Kollontai konnte Moskau mitteilen, daß die finnische Regierung der Ansicht ist, daß man [88:] „die genannten Bedingungen als Ausgangspunkt für Verhandlungen betrachten und sie im Prinzip akzeptieren“ kann.

Im Gegensatz dazu erklärte Großbritannien ultimativ, daß „im Falle der Fortsetzung der Verhandlungen mit der Sowjetunion alle Vorbereitungen (zur Entsendung eines Expeditionskorps – P. S.) unterbrochen sowie die Waffenlieferungen und die wirtschaftliche Unterstützung eingestellt würden“.⁵⁷

Am 9. März kablete der Botschafter der UdSSR in Frankreich, J. S. Suriz, nach Moskau: „Der Appell an Helsinki, ‚nicht nachzugeben‘ und ‚nicht zurückzuweichen‘, wird hier von den verlockendsten und kategorischsten Versprechungen flankiert.“

Unter dem Druck der britisch-französischen Koalition verzögerte die finnische Regierung den Verhandlungsbeginn und schob die Entsendung einer Delegation nach Moskau hinaus. Am 4. März 1940 ließ sie der UdSSR eine Erklärung zugehen, in der sie um weitere Erläuterungen und Informationen nachsuchte. Das finnische Kabinett baute weiterhin auf die Hilfe der imperialistischen Mächte, und ignorierte die reale militärische Lage völlig. Der von Großbritannien, Frankreich und den USA gemeinsam ausgeübte politische Druck auf Finnland konnte die sowjetisch-finnischen Verhandlungen jedoch nicht mehr verhindern. Die militärische Niederlage Finnlands stellte Helsinki vor die Notwendigkeit, den militärischen Konflikt friedlich beizulegen.

Der Konflikt wird beigelegt

Am 12. März 1940 wurde der sowjetisch-finnische Friedensvertrag unterzeichnet. Den vertraglichen Vereinbarungen entsprechend, wurde ein neuer Verlauf der sowjetisch-finnischen Staatsgrenze festgelegt. Die UdSSR erhielt solche seit jeher russischen Gebiete wie die Karelische Landenge mit der Stadt Wiborg, das Nord- und das Westufer des Ladogasees, das Gebiet westlich der Murmansk Eisenbahn und Abschnitte der Fischer- und Sredni-Halbinseln an der Küste der Barentsee zurück. Die Halbinsel Hangö wurde zur Errichtung eines sowjetischen Flottenstützpunktes für 30 Jahre an die UdSSR verpachtet.

Eine der wichtigsten Bestimmungen enthielt Artikel III des Friedensvertrages, in dem es hieß: „Beide vertragschließenden Parteien übernehmen die Verpflichtung, sich jedweden Angriffs auf die andere Partei zu enthalten und keinerlei Bündnisse abzuschließen bzw. an Koalitionen teilzunehmen, die gegen eine der vertragschließenden Parteien gerichtet sind.“⁵⁸

⁵⁷ V. Tanner, *The Winter War. Finland against Russia 1939-1940*, Stanford/California 1957, S. 196.

⁵⁸ *Handbuch der Verträge 1871-1964*, Berlin 1968, S. 312.

Während der erste Teil des Artikels kein neues Prinzip in den sowjetisch-finnischen Beziehungen darstellte, da er bereits im Nichtangriffspakt von 1932 fixiert worden war (dieser Passus wurde auf Wunsch der finnischen Seite in den Vertrag von 1940 übernommen), war der zweite Teil mit der Bestimmung über die Nichtbeteiligung an gegen die UdSSR gerichteten Bündnissen und Koalitionen eine grundsätzlich neue Verpflichtung der finnischen Regierung. Die UdSSR maß diesem Punkt als der politischen Garantie des künftigen außenpolitischen Kurses Finnlands große Bedeutung bei.

Um den Grenzverlauf zwischen der UdSSR und Finnland an Ort und Stelle endgültig zu präzisieren, festzulegen und zu markieren, wurde eine gemischte Kommission gebildet. Sowjetischerseits leitete die Kommission der damalige stellvertretende Generalstabschef der Roten Armee General A. M. Wassilewski. „Sie hatte zwei Monate lang alle Hände voll zu tun“, schreibt A. M. Wassilewski in seinen Erinnerungen. „Jeder Grenzabschnitt wurde ausgehend von den natürlichen Geländebedingungen und der ökonomischen Zweckmäßigkeit genauestens festgelegt. Recht heftige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Kommissionen blieben dabei nicht aus. Schließlich hatten wir aber die Arbeit zufriedenstellend abschließen können. Voll und ganz waren dabei die staatlichen Interessen der UdSSR verwirklicht worden, die es uns zugleich gestatteten, die gutnachbarlichen Beziehungen zu Finnland zu wahren.“⁵⁹

Am 11. Oktober 1940 wurde zwischen der UdSSR und Finnland ein Abkommen über die Ålandinseln abgeschlossen. Finnland verpflichtete sich, die Ålandinseln zu entmilitarisieren, das heißt sie nicht militärisch zu befestigen und bewaffneten Kräften anderer Staaten nicht als Stützpunkt zur Verfügung zu stellen. Die Sowjetunion erhielt das Recht, auf den Ålandinseln ein Konsulat zu unterhalten, zu dessen Kompetenzen, außer den üblichen konsularischen Funktionen, die Kontrolle der Entmilitarisierung der Ålandinseln gehörte.⁶⁰

Nach Beilegung des bewaffneten Konflikts mit Finnland war die UdSSR in der Lage, die Sicherheit der nordwestlichen Grenzen der Sowjetunion, und vor allem die Sicherheit Leningrads, zu gewährleisten. Damit ergaben sich weitreichende Perspektiven, die sowjetisch-finnischen Beziehungen im Geiste der guten Nachbarschaft und des gegenseitigen Vertrauens zu entwickeln. Die Ergebnisse der sowjetisch-finnischen Verhandlungen wirkten sich auf die Aggressoren und ihre Hintermänner in beiden imperialistischen Lagern ernüchternd aus. Hitler schrieb am 8. März 1940 an Mussolini, daß man in Deutschland und Italien künftig nicht umhin kommen werde, den Sieg der Sowjetunion in Rechnung zu stellen. „Unter Berücksichtigung der vorhandenen Nachschubmöglichkeiten“, so meinte er, „würde bei einer Kälte von 30 bis 40° und in diesem Gelände keine Macht der Welt außer nach gründlichsten Vorbereitungen andere Resultate erzielt haben, wie das im ersten Anfang bei den Russen der Fall war“⁶¹. Der damalige Generalmajor Alfred Jodl vermerkte am 12. März 1940 in diesem Zusammenhang in Stichworten in seinem Tagebuch: „Friedensschluß ... Finnland. Rußland nimmt England, aber auch uns die politische Grundlage zur Festsetzung in Norwegen.“⁶²

[90:] Schon am 5. Februar 1940 war der britisch-französische Alliierte Oberste Rat in bezug auf Finnland zu dem Eingeständnis gezwungen, daß „dessen Kapitulation vor Rußland eine große Niederlage für die Alliierten sein würde, höchst schädlich für ihr Prestige überall in der ganzen Welt.“⁶³

Und tatsächlich durchkreuzte der Vertrag vom 12. März nicht nur die Bestrebungen der finnischen Militaristen. Am 14. März 1940 meldete der Botschafter der UdSSR in Frankreich dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, daß der Ausgang des sowjetisch-finnischen Konflikts in Frankreich als riesige Niederlage, als Ergebnis des Schwankens, der Schwäche und Unentschlossenheit der Alliierten aufgefaßt würde. Am 13. März 1940 schrieb der Botschafter der UdSSR in Großbritannien: „Ich wohnte heute der Parlaments-sitzung bei, auf der Chamberlain die

⁵⁹ A. Wassilewski, *Sache des ganzen Lebens*, Berlin 1980, S. 88.

⁶⁰ Vgl. *Ursachen und Folgen ...*, a. a. O., S. 470 f.

⁶¹ ADAP, Serie D, vol. III, Baden-Baden/Frankfurt/M. 1961, S. 690.

⁶² W. Hubatsch, „Weserübung“. Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen 1940, Anhang: Dokumente zum Norwegenfeldzug 1940, Göttingen/Berlin (West)/Frankfurt/M. 1960, S. 363.

⁶³ J. R. M. Butler, *Grand Strategy*, Volume II: September 1939-Juni 1940, London 1956, S. 107.

Mitteilung über den Friedensschluß zwischen der UdSSR und Finnland machte, und konnte mich ein weiteres Mal davon überzeugen, wie groß die Gefahr einer Intervention Englands und Frankreichs auf der Seite Finnlands gewesen war ... Stärker als je zuvor ist klar geworden, daß der Friedensschluß im richtigen Augenblick kam.“ Auf der VI. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR erklärte W. M. Molotow: „Er (Chamberlain) hat in seiner Rede vom 19. März vor dem Unterhaus nicht nur seine Verärgerung darüber zum Ausdruck gebracht, daß es nicht gelungen ist, die Beendigung des Krieges in Finnland zu verhindern, und damit vor der gesamten Welt die Kehrseite seiner ‚friedfertigen‘ imperialistischen Seele zur Schau gestellt, sondern erstattete eine Art Bericht darüber, auf welche Weise und mit welchen Mitteln die englischen Imperialisten dazu beizutragen gedachten, in Finnland den Krieg gegen die Sowjetunion anzuheizen.“⁶⁴

Die Komplizenschaft beim „Barbarossa-Plan“

Die Ergebnisse des sowjetisch-finnischen bewaffneten Konflikts wirkten auf die herrschenden Kreise Finnlands jedoch nur begrenzt. Der mit der UdSSR am 12. März 1940 geschlossene Friedensvertrag wurde in Helsinki lediglich als ein befristeter Waffenstillstand aufgefaßt, der ausgenutzt werden müsse, um später mit der Sowjetunion abzurechnen. Die innenpolitische Handlungsweise der Regierung Risto Heikki Ryti sprach für sich selbst: Jene politischen Kräfte, die für gutnachbarliche Beziehungen mit der UdSSR eintraten, wurden verfolgt; die im Mai 1940 gegründete „Gesellschaft für Frieden und Freundschaft mit der UdSSR“ wurde Ende 1940 verboten, viele ihrer Mitglieder wurden verhaftet. Gleichzeitig begünstigte Helsinki die Tätigkeit revanchistischer, antisowjetischer, profaschistischer Organisationen.

Nachdem sich vom Frühjahr bis Sommer 1940 die militärpolitische Situation [91:] in Westeuropa grundlegend verändert hatte, begannen sich die prodeutschen und antisowjetischen Tendenzen in der finnischen Führung bedeutend zu verstärken. Die Regierung gewährte deutschen Truppen, die in das von Deutschland besetzte Norwegen verlegt werden sollten, das „Transit“recht. Zeit, Ort und Umfang des „Transits“ durften von Deutschland nach eigenem Ermessen festgelegt werden. Die militärische Zusammenarbeit zwischen Finnland und Deutschland schritt rasch voran: Die deutschen Rüstungslieferungen an Finnland nahmen ständig zu, die Generalstäbe und die Geheimdienste beider Länder bauten systematisch Verbindungen auf. Dies alles blieb der Sowjetregierung natürlich nicht verborgen. Entsprechend der Bestimmungen des sowjetisch-finnischen Friedensvertrages versuchten die Vertreter der UdSSR bei Kontakten mit der finnischen Seite, die Einbeziehung Finnlands in die Kriegsvorbereitung gegen die UdSSR zu verhindern. Wiederholt wurde hinsichtlich des „Transits“ deutscher Truppen durch finnisches Territorium, der Werbung finnischer „Freiwilliger“ für deutsche SS-Einheiten, der Verhandlungen zwischen dem finnischen und dem deutschen Generalstab ernste Besorgnis geäußert.

Die finnische Politik orientierte sich immer offenkundiger am faschistischen Berlin. Wie U. K. Kekkonen formulierte, „kann man den Beschluß der finnischen militärischen Führung und der Regierung Ryti, sich um Zusammenarbeit mit Hitler-Deutschland zu bemühen, als konsequente Folge der außenpolitischen Bestrebungen der ersten Jahrzehnte unserer Selbständigkeit sehen“.⁶⁵ Bereits im April 1940 mußte die sowjetische militärische Führung davon ausgehen, daß Finnland ein möglicher Verbündeter Hitlers beim Angriff auf die UdSSR werde.⁶⁶ Wie die sowjetischen Historiker T. Bartenjew und J. Komissarow feststellen, „verfolgte die finnische Regierung zielstrebig und bewußt einen Kurs, der dahin führen mußte, daß Finnland zum Komplizen Hitlerdeutschlands bei dessen Überfall auf die Sowjetunion, zu einer der wichtigsten Stützen bei der Verwirklichung des ‚Barbarossa-Planes‘ wurde“.⁶⁷

Mannerheim wurde bereits einen Tag, nachdem die deutsche Führung den „Plan Barbarossa“ bestätigt hatte, von Hitler über dessen Inhalt in Kenntnis gesetzt. Schon zu Beginn des Jahres 1941 erörterten die militärischen Stäbe Deutschlands und Finnlands Möglichkeiten der militärischen Zusammenarbeit im

⁶⁴ Schestaja sessija Werchownogo Sowjeta SSSR ..., a. a. O., S. 31 f.

⁶⁵ U. K. Kekkonen, Finnlands Weg zur Neutralität ... a. a. O., S. 215.

⁶⁶ Vgl. A. Wassilewski, Sache des ganzen Lebens. a. a. O., S. 90.

⁶⁷ T. Bartenjew/J. Komissarow, Tridzat let dobrossessedstwa, a. a. O., S. 44.

Falle eines deutsch-sowjetischen Krieges. Am 30. Januar 1941 teilte der Generalstabschef der finnischen Armee, Generalleutnant Axel Erik Heinrichs, der deutschen Seite mit, daß Finnland in der Lage sei, die UdSSR mit 5 Divisionen entlang des Westufers und 3 Divisionen entlang des Ostufers des Ladagasees so wie mit 2 weiteren Divisionen den sowjetischen Militärstützpunkt auf Hangö anzugreifen. Die Frage, an der Seite Deutschlands gegen die UdSSR Krieg zu führen, war für die herrschenden Kreise Finnlands bereits entschieden.

Die Aufgaben der finnischen und deutschen Truppen in Nord- und Zentral-[92:]finnland waren in der Direktive des deutschen Oberkommandos vom 7. April 1941 umrissen und durch Operationsdirektiven des finnischen Generalstabs sowie die Direktive des Oberkommandierenden der deutschen „Norwegen“-Armee vom 20. April festgelegt worden. Die endgültigen Operationspläne der deutschen und finnischen Truppen wurden während militärischer Verhandlungen, die vom 25. bis 28. Mai 1941 in Salzburg stattfanden, zwischen beiden Seiten vereinbart. Am 15. Juni wurden auf Befehl Mannerheims bedeutende Kontingente der finnischen Armee dem Oberkommandierenden der deutschen Truppen in Norwegen, Generaloberst Nikolaus von Falkenhorst, unterstellt.

Unmittelbar vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR waren in Finnland deutsche Truppen in einer Stärke von über 400.000 Mann konzentriert; Finnland beteiligte sich als Verbündeter des deutschen Faschismus an der Aggression gegen die UdSSR.

3. Die Ereignisse im Baltikum

Die Politik der UdSSR gegenüber Litauen, Lettland und Estland war jederzeit darauf gerichtet, freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Die Worte Lenins, „daß wir für die bürgerlichen und kleinstädtischen Elemente der kleinen Länder, die von den Imperialisten ausgeplündert werden, wenn nicht Verbündete, so doch zuverlässigere und wertvollere Nachbarn sind als die Imperialisten“⁶⁸, haben sich als richtig erwiesen. Die reaktionären Kräfte Estlands, Lettlands und Litauens fühlten sich jedoch zu den führenden imperialistischen Mächten hingezogen.

Die Verträge über gegenseitigen Beistand als Faktor des Friedens und der Sicherheit

Die totale militärische und politische Niederlage des polnischen bürgerlichen Staates, das Vorrücken der faschistischen Truppen an die Westgrenzen der UdSSR, die militant antisowjetische Politik Großbritanniens und Frankreichs in der Periode des „seltsamen Krieges“ – all das führte zu einer wachsenden Bedrohung der Sicherheit der UdSSR im baltischen Raum. „Die Imperialisten betrachteten das Baltikum als eine der bestgeeigneten Aufmarschbasen für einen Überfall auf das Sowjetland, denn von hier führten die kürzesten Wege zu den lebenswichtigen Zentren des ersten sozialistischen Staates der Welt.“⁶⁹

[93:] Die Sicherheitsinteressen der UdSSR erforderten entschlossene Maßnahmen, um zu verhindern, daß die baltischen Staaten als Sprungbrett einer möglichen Aggression gegen die Sowjetunion ausgenutzt wurden. Während der militärischen Verhandlungen im Sommer 1939 lenkte die Sowjetregierung die Aufmerksamkeit der britischen und französischen Seite immer wieder auf die Frage, gemeinsam gegen den potentiellen Aggressor im baltischen Raum vorzugehen. Das schloß ein, im Fall eines Krieges mit Deutschland britische und französische Flottenverbände in die Ostsee zu entsenden. Die UdSSR schlug Großbritannien und Frankreich noch vor Beginn des zweiten Weltkrieges vor, sich mit den baltischen Staaten über eine zeitweilige Stationierung eines britischen und eines französischen Flottenverbandes im Raum der Alandinseln, des Moonsund-Archipels (Muhuväin-Inseln) sowie in einigen Häfen dieser Länder „zum Schutz der Neutralität dieser Länder vor einem Angriff Deutschlands“ zu einigen. Wenn erforderlich, erklärte sich die UdSSR bereit, dort auch Teile der sowjetischen Baltischen Flotte zu stationieren. Die sowjetischen Vorschläge wurden jedoch abgelehnt.

⁶⁸ W. I. Lenin, Werke, Bd. 30, Berlin 1974, S. 163.

⁶⁹ W. J. Sipols, Tainaja diplomatija. Burshuasnaja Latwija w antisowjetskich planach imperialistscheskich dershaw 1919-1940gg., Riga 1968, S. 5.

Im Bestreben, die Eskalation der von Deutschland ausgehenden Bedrohung soweit wie möglich einzudämmen, schlug die Sowjetregierung Ende September 1939 dem estnischen Außenminister Kaarel Setter vor, die Frage der Erhöhung der Sicherheit im Bereich der Ostküste der Ostsee gemeinsam zu erörtern und zu erwägen, ein Abkommen über gegenseitigen Beistand abzuschließen. Estland akzeptierte diesen Vorschlag und unterzeichnete am 28. September einen derartigen Vertrag. Analoge Verträge schloß die UdSSR auch mit Lettland (5.10.1939) und Litauen (10.10.1939).

Während der Verhandlungen ging die sowjetische Diplomatie davon aus, daß eine Aggression Deutschlands gegen die baltischen Staaten nicht ausgeschlossen werden konnte. Dementsprechend wurden auch die Vertragstexte, die nahezu identisch waren, formuliert. Artikel I der Verträge mit Lettland und Estland (mit Litauen Artikel II) besagte, daß sich die vertragschließenden Parteien verpflichten, einander jeden Beistand zu leisten, einschließlich militärischen Beistand, falls die Landgrenzen oder die der UdSSR gewährten Stützpunkte Gegenstand eines direkten Angriffs oder einer Angriffsdrohung seitens irgendeiner europäischen Großmacht wären. Die Sowjetunion verpflichtete sich, den Armeen dieser Länder Beistand mittels Lieferung von Waffen und sonstigem Kriegsgerät zu Vorzugsbedingungen zu gewähren. Gemäß Artikel III der Verträge mit Lettland und Estland (Artikel IV mit Litauen) verpflichteten sich die baltischen Staaten, der UdSSR zur Erhöhung der gemeinsamen Sicherheit das Recht einzuräumen, Stützpunkte der Seekriegsflotte und Flugplätze zu unterhalten, wobei die UdSSR berechtigt war, auf eigene Kosten auf diesem Gelände streng begrenzte Kontingente der Land- und Luftstreitkräfte zu stationieren. Von grundsätzlicher Bedeutung war, daß die Verträge die Verpflichtung enthielten, keine Bündnisse zu schließen und an keiner gegen eine der vertragschließenden Parteien gerichteten Koalition teilzunehmen. Dem mit Litauen abgeschlossenen Vertrag zufolge übergab die Sowjetunion der litauischen Seite zur Festigung der freundschaftlichen [94:] Beziehungen zwischen beiden Staaten die Stadt und das Gebiet Vilnius (Wilna): Territorien, die von Polen 1920 okkupiert und von sowjetischen Truppen im September 1939 befreit worden waren. Weiterhin sah der Vertrag vor, daß die litauische Westgrenze von der UdSSR und Litauen gemeinsam geschützt wurde.⁷⁰

Die genannten Verträge berührten die souveränen Rechte der baltischen Staaten sowie deren politische und soziale Ordnung in keiner Weise. Sie basierten auf den Prinzipien der Gleichheit, der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten sowie der Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität des Vertragspartners. Nach der Unterzeichnung der Verträge über gegenseitigen Beistand mit der UdSSR gaben die Regierungen Estlands, Litauens und Lettlands offizielle Erklärungen ab, in denen sie die auf Frieden und Sicherheit im baltischen Raum gerichtete Politik der UdSSR würdigten.

Diese Verträge wären für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der UdSSR und ihre Sicherheit im Vorfeld ihrer nordwestlichen Grenzen von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Versuche des faschistischen Deutschland, seine Positionen in diesem militärstrategisch außerordentlich wichtigen Raum zu konsolidieren, konnten abgewehrt werden. Am 11. Oktober 1939 schrieb die „Prawda“: „Durch diesen Vertrag mit Litauen wie auch durch die zuvor mit Estland und Lettland abgeschlossenen Verträge gewährleistet die Sowjetunion die Sicherheit ihrer Grenzen und verbessert ihre Verteidigungsfähigkeit. Die Sowjetunion hat die Bedrohung aus der Welt geschafft, der die nur unbedeutend geschützten Nachbarstaaten der UdSSR durch die imperialistischen Mächte ausgesetzt sind.“

Auf der Außerordentlichen V. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR, die vom 31. Oktober bis 2. November 1939 stattfand, stellte W. M. Molotow fest: „Wir treten für die ehrliche und gewissenhafte Verwirklichung der abgeschlossenen Verträge in Übereinstimmung mit den Bedingungen voller Gegenseitigkeit ein.“⁷¹ In Verwirklichung der genannten Verträge kam die Sowjetunion den ökonomischen Bedürfnissen Estlands, Lettlands und Litauens verständnisvoll entgegen und schloß mit ihnen entsprechende Handelsabkommen ab. „Angesichts der gewaltigen Schwierigkeiten, unter denen der Handel aller europäischen Länder, darunter auch der neutralen Staaten, zu leiden hat, erlangen diese

⁷⁰ Vgl. Ursachen und Folgen ..., Bd. 14, a. a. O., S. 63 ff.; Politische Verträge. Eine Sammlung von Urkunden. Bd. III/2, Berlin 1942, S. 1113 ff., 1130 ff., 1135 ff.

⁷¹ Wneotscherednaja pjataja sessija Werchownojo Sowjeta SSSR ..., a. a. O., S. 15 f.

Wirtschaftsabkommen der UdSSR mit Estland, Lettland und Litauen für diese Staaten überaus positive Bedeutung“, schätzte W. M. Molotow ein. Der Oberste Sowjet billigte auf dieser Tagung die Politik der Sowjetregierung gegenüber den Baltischen Republiken.

Der Abschluß der Verträge über gegenseitigen Beistand zwischen den baltischen Staaten und der Sowjetunion verlieh den demokratischen Kräften Estlands, Lettlands und Litauens einen bedeutenden Aufschwung. Die Werktätigen dieser Länder begrüßten den Abschluß der Verträge. Auf Versammlungen und Kundgebungen forderten sie energisch, die faschistischen Organisationen zu ver-[95:]bieten und mit der Sowjetunion freundschaftliche Beziehungen auf allen Gebieten aufzunehmen. „Der Vertrag hat die revolutionär-dynamischen Kräfte des Volkes freigesetzt, die im Laufe von 20 Jahren eingeeignet waren“, schrieb die lettische Zeitung „Cīna“. „Diese Kräfte sind nunmehr in Bewegung geraten, und nichts vermag sie mehr aufzuhalten.“⁷²

Die radikale Veränderung der Situation im Baltikum

Die Ereignisse nach Unterzeichnung der genannten Verträge verdeutlichten, daß die Regierungen der baltischen Staaten durchaus nicht bereit waren, sich gegenüber der Sowjetunion, die ihren vertraglichen Verpflichtungen voll entsprach, in gleicher Weise zu verhalten. In der Führung dieser Staaten verstärkten sich die antisowjetischen Stimmungen. Die zutiefst feindliche Einstellung der baltischen Bourgeoisie zum Sozialismus sowie ihre wachsende Angst vor einer weiteren Revolutionierung der Massen gewannen die Oberhand. Diese antisowjetische Grundeinstellung der baltischen herrschenden Kreise wurde von beiden imperialistischen Gruppierungen, besonders aber von Deutschland, noch genährt.

Nach dem offenen Ausbruch des sowjetisch-finnischen Konflikts setzte sich in der Politik der herrschenden Kreise der baltischen Staaten zunehmend unfreundliches Verhalten gegenüber der UdSSR durch. Unter direktem Verstoß gegen den mit der UdSSR abgeschlossenen Vertrag begann die Regierung Lettlands insgeheim, Finnland militärisch zu unterstützen. Mit Duldung der Behörden wurden in allen drei Baltischen Republiken, besonders aber in Estland, „Freiwillige“ für Finnland angeworben. Unvollständigen Angaben zufolge haben annähernd 2000 bis 3000 Esten an militärischen Operationen auf finnischer Seite teilgenommen.⁷³ Immer stärker orientierten sich die Führungen der baltischen Staaten auf das faschistische Deutschland. Im Januar 1940 wurden in Riga, Liepāja, Jelgava und Ventspils zahlreiche Freunde der Sowjetunion und aktive Kämpfer gegen den Faschismus verhaftet. Auch in Estland und Litauen verfolgte man die Befürworter freundschaftlicher Beziehungen zur UdSSR. Die Sowjetregierung wies die Regierungen der baltischen Länder mehrmals auf die Verstöße gegen den Geist der mit der UdSSR abgeschlossenen Verträge hin und warnte vor deren möglichen Folgen. Die erhoffte Wirkung blieb jedoch aus.

Die Verhandlungen über die genauen Termine der Stationierung der begrenzten sowjetischen Truppenkontingente auf den Territorien der baltischen Länder zogen sich in die Länge. Im Verlauf der Stationierung ereigneten sich Sabotageakte; es wurden administrative Maßnahmen mit dem Ziel ergriffen, Kontakte der Zivilbevölkerung mit sowjetischen Militärangehörigen zu unterbinden. Um die sowjetischen Garnisonen waren Militäreinheiten der betreffenden baltischen Staaten zusammengezogen worden. Die sowjetischen Militärangehörigen wur-[96:]den ständig observiert. Der Bevölkerung blieb es untersagt, Züge zu benutzen, mit denen sowjetische Armeeangehörige reisten. Am 19. Oktober 1939 informierte der Gesandte der UdSSR in Litauen darüber, daß die litauischen Behörden bei leisester Kritik an der Regierung und im Falle der Bezeugung von Gefühlen der Dankbarkeit gegenüber der UdSSR die Menschen verprügeln und in Haft nehmen würden.

Die Besorgnis der Sowjetregierung über die Lage im Baltikum wurde noch dadurch verstärkt, daß die Verletzung der mit der UdSSR geschlossenen Verträge von rasch wachsenden Kriegsvorbereitungen sowie von der Bewaffnung nationalistischer und faschistischer Organisationen in diesen Staaten

⁷² Zit. nach: W. J. Sipols, *Tainajadiplomatiija ...*, a. a. O., S. 319.

⁷³ Vgl. a. a. O., S. 325 f.

begleitet war. Die militärische Führung der baltischen Staaten plante, die sowjetischen Garnisonen im Kriegsfall anzugreifen.

Um die antisowjetischen Kräfte im Baltikum zu festigen und die militärische Zusammenarbeit zwischen Estland, Lettland und Litauen zu erweitern, trafen die politischen und militärischen Führungen dieser Länder immer öfter zusammen. Am 7. und 8. Dezember 1939 fand in Tallin unter strengster Geheimhaltung die X. Konferenz der Außenminister der baltischen Staaten, Ants Piip, Vilhelms Munters und Juozas Urbšis, statt. Gleichzeitig tagten die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der baltischen Staaten. Vom 14. bis 16. März 1940 wurde in Riga bereits die nächste, die XI. Außenministerkonferenz der baltischen Länder durchgeführt. Während dieser Treffen wurde ein Militärbündnis mit antisowjetischer Stoßrichtung zwischen Lettland, Estland und Litauen geschmiedet. Der Oberbefehlshaber der litauischen Armee, General Stasys Rastikis, bestätigte später, daß die Generalstäbe der Armeen der baltischen Staaten 1940 über gemeinsam ausgearbeitete Operationspläne verfügten. Eine derartige Handlungsweise stand in völligem Widerspruch zu den zwischen der UdSSR und den baltischen Staaten abgeschlossenen Beistandsverträgen, in denen ausdrücklich vereinbart worden war, daß die Teilnehmerstaaten keine Militärbündnisse abschließen und sich nicht an Koalitionen beteiligen werden, die gegen den anderen Vertragspartner gerichtet sind.

Die reaktionären Kreise der baltischen Staaten versuchten verstärkt, von Deutschland militärische Zusicherungen zu erlangen. Am weitesten ging der litauische Präsident Antanas Smetana. Im Februar entsandte er den Direktor des Departments für Staatssicherheit im Litauischen Innenministerium A. Povilaitis in geheimer Mission mit dem Auftrag zu Heinrich Himmler nach Berlin, die Faschisten darum zu ersuchen, Litauen unter Protektorat zu stellen und als politische Schutzmacht zu fungieren. Himmler ließ sich nicht lange bitten und sagte zu, diesem Anliegen voraussichtlich im Herbst 1940 entsprechen zu wollen.⁷⁴

Die Hoffnung, von Deutschland unterstützt zu werden, verstärkte die provokatorischen sowjetfeindlichen Aktivitäten der herrschenden Kreise der baltischen Staaten. Auf Grund von Geheimabkommen mit Deutschland gingen im ersten Halbjahr 1940 bis zu 70 Prozent des Exports der drei baltischen Staaten ins [97:] „Dritte Reich“. Der deutsche Faschismus konnte seine Positionen im Baltikum weiter ausbauen. Am 26. Juni schrieb der Gesandte der USA in Riga, John C. Wiley, nach Washington, daß ihm der Premierminister Lettlands erklärt habe: „In Lettland besteht wie überall eine fünfte Kolonne prodeutsch eingestellter Personen.“⁷⁵

Während die Regierungen der baltischen Staaten immer eifriger versuchten, sich Deutschland anzunähern, ihre antisowjetischen außenpolitischen Aktivitäten forcierten sowie die reaktionären Tendenzen im innenpolitischen Bereich förderten, entwickelten sich in diesen Staaten gleichzeitig Kräfte, die in die entgegengesetzte Richtung drängten: Die Werktätigen gingen zu revolutionären Aktionen über, in kürzester Zeit nahmen sie auf seiten der demokratischen Kräfte und der kommunistischen Parteien aktiv auf das politische Leben ihrer Länder Einfluß. Eine machtvolle Massenbewegung für die Festigung der Freundschaft mit der Sowjetunion formierte sich.

Die deutsche Bedrohung und die wachsende Aktivität der inneren Reaktion spitzten die Situation in den baltischen Staaten weiter zu. Die verschärften Repressionen der profaschistischen Regierungen Antanas Smetona, Kadis Ulmanis und Konstantin Päts gegen die Werktätigen konnten der zunehmenden Unzufriedenheit der Völker dieser Länder nicht mehr Einhalt gebieten.

Angesichts dieser Situation riefen das ZK der KP Lettlands in einem Beschluß vom 3. März 1940, die Aprilkonferenz der KP Estlands und das ZK der KP Litauens in zahlreichen Appellen die Werktätigen des Baltikums auf, den Kampf für den revolutionären Sturz der profaschistischen Regierungen zu verstärken. Im Frühjahr 1940 wurden in allen drei baltischen Staaten antifaschistische Einheitsfronten gebildet. Die Aufgabe, den Staatsapparat von den faschistischen Elementen zu säubern und Volksfrontregierungen auszurufen, stand auf der Tagesordnung. In den baltischen Staaten war der

⁷⁴ Vgl. Geschichte der sowjetischen Außenpolitik ..., a. a. O., S. 487.

⁷⁵ FRUS. 1940, vol. I, Washington 1959, S. 380.

Widerspruch zwischen der Politik der herrschenden Kreise einerseits und den Forderungen der Volksmassen andererseits offen aufgebrochen. In Litauen, Lettland und Estland war eine revolutionäre Situation entstanden.

Die Regierungen der baltischen Staaten wagten bereits nicht mehr, offene militärische Gewalt zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung einzusetzen. Deshalb unterstützten sie nachdrücklich die Absicht faschistischer Gruppierungen, eine sogenannte Baltische Woche durchzuführen. Diese Aktion, so war geplant, sollte die Einheit der antisowjetischen Kräfte im Baltikum demonstrieren und dazu mißbraucht werden, die demokratischen Organisationen zu spalten. Doch die Werktätigen der Baltischen Republiken und die Sowjetunion hinderten die faschistischen Kräfte daran, ihr für den 15. Juni 1940 anberaumtes Vorhaben zu verwirklichen.

W. M. Molotow erklärte auf der VII. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (1.-7.8.1940) in diesem Zusammenhang: „Die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den baltischen Ländern mußte seit [98:] einiger Zeit in einem neuen Lichte gesehen werden, da die mit Litauen, Lettland und Estland geschlossenen Nichtangriffsverträge nicht zu den erwarteten Ergebnissen führten ... Die herrschenden bürgerlichen Gruppen in Litauen, Lettland und Estland haben sich als unfähig erwiesen, die mit der Sowjetunion abgeschlossenen Pakte über gegenseitigen Beistand ehrlich in die Tat umzusetzen ... Die Zahl der Tatsachen, die belegen, daß die Regierungen dieser Länder die mit der Sowjetunion abgeschlossenen Pakte über gegenseitigen Beistand gröblich verletzen, hatte, laufend zugenommen. Angesichts der bestehenden internationalen Situation war es gänzlich ausgeschlossen, daß wir eine solche Lage weiter hinnehmen konnten.“⁷⁶ In der Sowjetunion betrachtete man die Politik der herrschenden Kreise der baltischen Staaten selbstverständlich nicht losgelöst von der Entwicklung, die sich in Europa insgesamt vollzogen hatte. Deutschland, das faktisch seine wichtigsten militärisch-politischen Ziele im Westen im allgemeinen erreicht hatte, war nun in der Lage, sich auf das Baltikum zu konzentrieren. In dieser Situation war die UdSSR gezwungen, unverzüglich außerordentliche Maßnahmen einzuleiten.

Am 14. Juni 1940 wandte sich die Regierung der UdSSR mit dem Ersuchen an die Regierung Litauens, gegen den litauischen Innenminister Kazys Skučas sowie gegen den Chef des Departments für Staatssicherheit A. Povilaitiš vorzugehen, da diese Personen provokatorische Handlungen gegen die sowjetische Garnison in Litauen organisiert hatten. Weiterhin wurde vorgeschlagen, zusätzliche sowjetische Truppenkontingente in Litauen einmarschieren zu lassen, um die Gesamtstärke der in Litauen stationierten sowjetischen Truppen so zu erhöhen, daß diese die vertraglich übernommenen Verpflichtungen erfüllen könnten. Am 15. Juni 1940 stimmte die litauische Regierung diesem Vorschlag zu. Einen Tag später gaben die Regierungen Estlands und Lettlands analoge Erklärungen ab.

Die werktätigen Massen der baltischen Staaten unterstützten die sowjetische Haltung. Am 15. Juni trafen in Litauen sowie am 17. Juni in Lettland und Estland die zusätzlichen sowjetischen Kontingente ein.

Vom 15. bis 21. Juni fanden im gesamten Baltikum gewaltige Demonstrationen und Kundgebungen statt. Die Teilnehmer forderten, die volksfeindliche Politik ihrer Regierungen zu beenden. Der Druck der Volksmassen zwang die Vertreter der herrschenden Kreise der baltischen Staaten zurückzutreten. Am 15. Juni floh Antanas Smetona heimlich nach Deutschland; am 17. Juni wurde in Litauen eine Volksregierung mit dem angesehenen Politiker und Schriftsteller Justas Ignowitsch Paleckis an der Spitze gebildet. Auch in Lettland (20.6.1940) und in Estland (21.6.1940) konnten sich Volksregierungen unter August Martynowitsch Kirchenstein bzw. Johannes Jakowlewitsch Vares (Barbarus) konstituieren. Für den 14. und 15. Juli 1940 wurden freie Wahlen zu den Volkssejms in Lettland und Litauen bzw. zur Staatsduma in Estland anberaumt, aus denen die Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Parteien als Sieger hervorgingen. Für die Vertreter des Bundes des werktätigen Volkes Litauens stimmten 99,19 Prozent, für den Block des werktätigen Volkes Lettlands 97,8 Prozent und für den Bund des werktätigen Volkes Estlands 92,8 Prozent der Wahlberechtigten.

⁷⁶ Sedmaja sessija Werchownogo Sowjeta SSSR, 1 awgusta-7 awgusta 1940g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1940, S. 26.

Auf den Tagungen der obersten gesetzgebenden Organe am 21. und 22. Juli 1940 wurde beschlossen, in den Baltischen Republiken die Sowjetmacht wieder herzustellen und um Aufnahme in den Staatsverband der UdSSR nachzusuchen. Anfang August 1940 entsprach die VII. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR dem Ersuchen Litauens, Lettlands und Estlands. „Man brauchte nur die Werktätigen Litauens, Lettlands und Estlands zu fragen“, stellte der Abgeordnete A. S. Schtscherbakow auf der VII. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR fest, „welche Macht sie wollen, man brauchte ihnen nur die Möglichkeit einzuräumen, ihrem Willen frei Ausdruck zu geben, und die Sache nahm einen völlig anderen Verlauf als die bürgerlichen Politikaster wollten. Die Volksmassen Litauens, Lettlands und Estlands haben einmütig erklärt: ‚Das neue Leben ist das Sowjetleben, die neue Volksmacht kann nur eine Sowjetmacht sein‘.“⁷⁷

Der Sieg der revolutionären Kräfte Litauens, Lettlands und Estlands, die Wiederherstellung der Sowjetmacht in diesen Staaten und deren Aufnahme in den Staatsverband der UdSSR veränderte die Situation in dieser Region Europas grundlegend. Die Absichten des Imperialismus, eine Aufmarschbasis gegen die UdSSR zu schaffen, wurden durchkreuzt. In den Gesamtkomplex der internationalen Beziehungen eingeordnet verdeutlichten die Maßnahmen der UdSSR, daß die sowjetische Außenpolitik und Diplomatie in dieser Region alles tat, um sowohl einer faschistischen Aggression als auch der antisowjetischen Tätigkeit der britisch-französischen Koalition entgegenzuwirken, das heißt die internationale Position des Sowjetstaates zu stärken.

⁷⁷ A. a. O., S. 35.

3. Kapitel

Die Beziehungen der UdSSR zu Großbritannien, Frankreich und den USA

1. Die UdSSR und die britisch-französische Koalition nach Beginn des zweiten Weltkrieges

Die militärische Untätigkeit Großbritanniens und Frankreichs während des deutsch-polnischen Krieges bestärkte die politische und militärische Führung Deutschlands in der Meinung, einen Zweifrontenkrieg ausschließen zu können. Berlin verzichtete jedoch im September 1939 darauf, ein noch größeres strategisches Risiko auf sich zu nehmen. Obwohl in Polen noch immer Widerstand geleistet wurde, entschloß sich das deutsche Oberkommando, Truppen nach dem Westen zu verlegen. Im November wurden am Rhein 96 militärische Verbände konzentriert. „Mit der Zeit wird Verschlechterung eintreten. ‚Zeit‘ wird im allgemeinen gegen uns arbeiten, wenn wir sie nicht weitestgehend ausnützen“, schätzte Hitler am 27. September die Situation ein. „Wirtschaftliche Mittel auf der anderen Seite stärker ... Auch in militärischer Hinsicht arbeitet [die] ‚Zeit‘ nicht für uns ... Daher nicht abwarten, bis Gegner kommt, sondern, wenn friedliche Regelung nicht möglich, Schlag nach Westen führen. Je eher, umso besser.“¹ Die nächste von Deutschland zu lösende strategische Aufgabe war gestellt – die Zerschlagung Frankreichs als der stärksten Macht, die sich den Plänen Deutschlands in Europa entgegenstellte.² Für Deutschland bestand auf Grund der Politik seiner imperialistischen Rivalen keine unmittelbare Gefahr.

Die militärpolitische Konzeption Großbritanniens wurde in dem am 28. Oktober 1939 vom Kriegskabinett bestätigten Programm „Unsere strategische Politik“ exakt formuliert. Sein Kern bestand in der Beschwichtigung des Aggressors, also im passiven Abwarten. Der zentrale Platz in diesem Programm war der Gewährleistung der Sicherheit der britischen Inseln vor Aktionen der deutschen Luft- und Seekriegsflotte sowie den britischen Interessen im Nahen Osten, in Indien und Singapur zugewiesen.³ Die grundlegende These des von der französischen Regierung aufgestellten Plans bildete der Verzicht auf Operationen größeren Umfangs an der französisch-deutschen Front.⁴

[101:] Mehr als von einem Krieg gegen Deutschland versprachen sich der britische und der französische Imperialismus davon, den begonnenen Weltkrieg von einer Auseinandersetzung der kapitalistischen Mächte untereinander in einen gemeinsamen Feldzug gegen die UdSSR umzufunktionieren. Grundlage dieser Konzeption war die Idee, daß die Überzeugungskraft des Beispiels seine Wirkung auf Deutschland und Japan nicht verfehlen, das „natürliche“ Bestreben der Aggressionsmächte sie veranlassen würde, sich einem imperialistischen Feldzug gegen die UdSSR anzuschließen. „Diese Konzeption, die in den französischen politischen Kreisen gängig war, führte zur Überzeugung, daß es für eine militärische Intervention gegen Rußland keinerlei ernsthaftes Hindernis geben werde“⁵, bemerkte General Maurice Gustave Gamelin, zu jener Zeit französischer Oberbefehlshaber, in seinen Memoiren.

Unvereinbare Ansichten über die Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen

Am 17. September setzte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR die britische und die französische Regierung davon in Kenntnis, daß sich die UdSSR gegenüber Großbritannien und Frankreich neutral verhalten werde. In der gleichen Note wurde mitgeteilt und begründet, daß sowjetische Streitkräfte in die Westukraine und in das westliche Belorußland eingerückt waren. In Paris versuchte man sofort, der UdSSR eine bestimmte „geheime Absicht“ zu unterstellen. Am 18. September 1939 richtete Edouard Daladier an den sowjetischen Botschafter in Frankreich, J. S. Suriz, eine entsprechende Anfrage. Eine analoge Anfrage hatte am 20. September der französische Geschäftsträger in der UdSSR, Jean Payart, vorgebracht. Der Erste Stellvertreter des Volkskommissars

¹ Zit. nach: F. Halder, Kriegstagebuch, Bd. I, Stuttgart 1962, S. 86.

² Vgl. a. a. O., S. 90.

³ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Bd. 3, Berlin 1977, S. 51 f.

⁴ M. G. Gamelin, Servir, vol. III: La guerre Septembre 1939-19 Mai 1940, Paris 1947, S. 233 f.

⁵ A. a. O., S. 194.

für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. P. Potjomkin, teilte ihm mit, daß auf Grund der Neutralitätserklärung der UdSSR für die britische und die französische Regierung keine objektiven Gründe zu der Annahme bestünden, daß es in ihren Beziehungen zur Sowjetunion irgendwelche Komplikationen geben könne.

London sondierte die sowjetische Position noch gründlicher. Am 23. September fand die erste offizielle Begegnung nach Ausbruch des Krieges zwischen dem britischen Außenminister Lord Edward Frederick Lindley Wood Halifax und dem Botschafter der UdSSR in London, I. M. Maiski, statt. Halifax richtete an Maiski drei Fragen:

„1. Welche Meinung hat die Sowjetregierung zum gegenwärtigen Stand der britisch-sowjetischen Beziehungen und ... wäre es sinnvoll, wenn die britische Regierung mit der Sowjetunion in Verhandlungen über den Handelsverkehr während des Krieges eintreten würde? ...

[102:] 2. Wie stellt sich die Sowjetregierung die Zukunft Polens vor? Ist insbesondere die gegenwärtige Demarkationslinie als eine zeitweilige militärische Maßnahme anzusehen, oder ist sie als Dauerzustand zu verstehen?

3. Welche Meinung hat die Sowjetregierung zur Situation in Europa? Werden jene Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik (Kampf gegen die Aggression, Unterstützung der Opfer der Aggression) weiterhin Gültigkeit behalten, die sich für ihn üblicherweise mit dem Begriff UdSSR zu verbinden pflegen, oder gibt es wesentliche Veränderungen, die das Wesen der sowjetischen Außenpolitik betreffen?“

Am 26. September 1939 erhielt der sowjetische Botschafter in Großbritannien vom Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR hinsichtlich der von Lord Halifax vorgetragenen Fragen folgende grundsätzliche Orientierungen:

„Zur ersten Frage: Mit der UdSSR könnten, wenn England tatsächlich hierzu gewillt ist, Verhandlungen über Fragen des Handels aufgenommen werden, da die UdSSR sich gegenüber dem Krieg in Westeuropa neutral verhält und dies auch in Zukunft zu tun beabsichtigt, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß England nicht selbst durch sein Verhalten der UdSSR gegenüber diese zwingt, in den Krieg einzugreifen.

Zur zweiten Frage: Die gegenwärtige Demarkationslinie bildet selbstverständlich nicht die Staatsgrenze zwischen Deutschland und der UdSSR. Das Schicksal des künftigen Polen hängt von vielen Faktoren und widerstreitenden Kräften ab, deren Berücksichtigung im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich ist.

Zur dritten Frage: Die Grundsätze der Außenpolitik der UdSSR bleiben unverändert die gleichen. Was die sowjetisch-deutschen Beziehungen angeht, so werden diese vom Nichtangriffspakt bestimmt ...“. Am 27. September 1939 teilte I. M. Maiski dies dem britischen Außenminister mit. Am gleichen Tage übermittelte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR dem sowjetischen Botschafter in Frankreich die Direktive: „Was das Wesen der Frage Daladiers betrifft, so können Sie sich bei der Beantwortung vom Inhalt meiner Antworten auf Halifax' Fragen leiten lassen.“ Die Konkretisierung der sowjetischen Position im Zusammenhang mit dem begonnenen Krieg verdeutlichte erneut die Bereitschaft der UdSSR, sich auf der Basis der Gegenseitigkeit für normale und konstruktive Beziehungen mit den Gegnern Deutschlands einzusetzen und mit ihnen auch die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen.

Wie reagierten die imperialistischen Rivalen Deutschlands auf die sowjetische Position? Für Großbritannien, Frankreich sowie die USA war die Periode des „seltsamen Krieges“ in Europa ein Zeitabschnitt, in dem sich bei den Regierungen dieser Staaten Antisowjetismus, politische und militärische Kurzsichtigkeit sowie Mangel an gesundem Menschenverstand miteinander vermengten und eine politische Denkweise hervorbrachten, deren Folgen durchaus mit der Münchener Politik der Vorkriegsjahre vergleichbar sind.

Wie der USA-Botschafter in Moskau, Laurence A. Steinhardt, in einem am [103:] 27. September 1939 an das State Department gerichteten Telegramm feststellte, „besteht in den hiesigen englischen

und französischen diplomatischen Kreisen eine starke Neigung, die Hoffnung zu hegen, daß zwischen beiden Ländern (Deutschland und der UdSSR – P. S.) schon Reibungen entstanden sind oder in Kürze entstehen werden“.⁶ Diese Politik der Westmächte reichte bis zu Versuchen, gegen die UdSSR eine militärische Intervention zu organisieren.

L. A. Steinhardt bestimmte auch die Ziele und den Charakter der britisch-französischen Diplomatie gegenüber der UdSSR recht eindeutig. Am 2. Oktober 1940 schrieb er nach Washington: „Der Hauptfehler der alliierten und demzufolge auch der englischen Diplomatie gegenüber der UdSSR bestand darin, daß sie die ganze Zeit darauf ausgerichtet war, zu versuchen, die Sowjetunion zu einer positiven Handlung zu überreden, die, wenn sie schon nicht unmittelbar zu einem bewaffneten Konflikt mit Deutschland führt, zuletzt doch das tatsächliche Risiko einer solchen Möglichkeit in sich bergen würde.“ Bei einer derartigen Politik, stellte Steinhardt zu Recht fest, „ist es höchst unwahrscheinlich, daß die UdSSR durch ernsthafte Verhandlungen oder ein Abkommen mit Großbritannien den Eintritt gerade des Ereignisses provozieren würde, dessen Verhinderung das Ziel ihrer gesamten Politik ist, nämlich ihre Verwicklung in einen Krieg gegen die Achsenmächte.“⁷

In den Hauptfragen ihrer Beziehungen zur UdSSR nahmen London und Paris die gleiche Position ein. Eine gewisse Spezifik der französischen Haltung bestand, im Vergleich zu London darin, daß der Antikommunismus der französischen Regierung vordergründiger und weniger mit „Rückversicherungs“manövern gegenüber der UdSSR getarnt war. Der Botschafter der UdSSR in Frankreich, J. S. Suriz, informierte am 18. Oktober 1939 das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, daß man in der französischen Hauptstadt nach wie vor hoffe, die Widersprüche zwischen der Sowjetunion und Deutschland würden offen, das heißt militärisch ausgetragen werden können. „Hieraus ergibt sich die Zielrichtung der offiziellen Propaganda: all das, was geeignet erscheint, sofort Differenzen zwischen Deutschland und der UdSSR hervorzurufen, wird nach Kräften angefacht, Deutschland und die neutralen Staaten sollen mit dem Gespenst der ‚roten Gefahr‘, die durch die gegenwärtigen sowjetisch-deutschen Beziehungen heraufbeschworen würden, geschreckt und gleichzeitig soll eine gewisse Zurückhaltung im Hinblick auf direkte Attacken gegen die UdSSR gewahrt werden.“

Um die sowjetisch-deutschen Beziehungen zuzuspitzen, war der britischen und der französischen Diplomatie jedes Mittel recht, erschien ihr jeder Anlaß geeignet. So hatte beispielsweise der türkische Außenminister Sükrü Saraçoğlu, der am 25. September 1939 in Moskau eintraf, um über den Abschluß eines bilateralen Vertrages über gegenseitigen Beistand zu verhandeln, der sich auf die Gebiete des Schwarzen Meeres und der Meerengen beziehen sollte, am 17. Oktober ein Gespräch mit Steinhardt. Der USA-Botschafter berichtete dem State Depart-[104:]ment darüber unter anderem: „Der Außenminister erklärte freimütig, Großbritannien trachte danach, Nutzen aus den türkisch-sowjetischen Verhandlungen zu ziehen, und versuche, einen Keil zwischen Deutschland und die Sowjetunion zu treiben.“⁸

Am 31. Oktober 1939 wiederholte W. M. Molotow auf der V. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR den Standpunkt, daß die Sowjetunion auch künftig den Grundsätzen ihrer Neutralitätspolitik entsprechen werde. Die französische Regierung jedoch legte die erneute Neutralitätserklärung der UdSSR anders aus: Wenn die UdSSR Neutralität wahre, so bedeute dies folglich, daß die antisowjetische Politik verstärkt fortgesetzt werden könne, ohne eine „Annäherung“ der UdSSR an Deutschland befürchten zu müssen. Die französische Zensur erhielt die Anweisung, die Presse hinsichtlich der Berichterstattung über die UdSSR nicht „einzuengen“. „Während bisher die Orientierung der Presse darauf hinauslief, nach Möglichkeit alles zu vermeiden, was zu einer Verärgerung der Sowjetunion hätte führen können, und eilfertig alles aufzugreifen, was geeignet sein könnte, die Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu verschlechtern, geht man jetzt zu einer Verstärkung der allgemein betriebenen antisowjetischen Kampagne über“, konstatierte die sowjetische Botschaft in Frankreich. Am 3. November berichtete sie dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, daß

⁶ FRUS. 1939, vol. I, Washington 1956, S. 455.

⁷ FRUS. 1940, vol. I, Washington 1959, S. 616.

⁸ FRUS. 1939, vol. I, a. a. O., S. 486.

im Gegensatz zu früher erhaltenen Anweisungen die Presse nach der Rede des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten das Recht erhalten habe, „an uns kein gutes Haar zu lassen“.

Verbale Deklarationen und realer Antisowjetismus

Ab Oktober 1939 zeigte sich, daß die Politik des propagandistischen Druckes auf die UdSSR, die von Großbritannien und Frankreich betrieben wurde, nicht den alleinigen Inhalt ihres Verhaltens gegenüber der Sowjetunion nach Beginn des zweiten Weltkrieges bildete. Die imperialistischen Gegner Deutschlands, aber besonders Großbritannien, versuchten zugleich sich „rückzuversichern“. Sie verfolgten damit das Ziel, die antisowjetische Stoßrichtung ihrer Politik zu verschleiern und die sowjetische Führung glauben zu machen, London und Paris verhielten sich gegenüber der UdSSR „konstruktiv“.

Im Oktober 1939 unternahmen London und Paris die ersten Schritte in dieser Richtung. Am 6. Oktober 1939 ließ Winston S. Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter verlauten, daß die britische Regierung ihre Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion ausbauen möchte und daß sie auch bereit wäre, alle sonstigen Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die geeignet sein könnten, zur Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen beizutragen. Zwei Tage später äußerte der britische Gesundheitsminister Walter Elliot in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter den „Wunsch [105:] der britischen Regierung, die Beziehungen mit der UdSSR zu verbessern, und ihre Bereitschaft, zur Erreichung dieses Zieles alles Erforderliche zu tun“. Scheinbar zufällig interessierte sich Elliot für die Frage, ob der Abschluß eines britisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes denkbar wäre.

Am 13. Oktober fand ein Treffen zwischen I. M. Maiski und Anthony Eden, der dem Kriegskabinet Chamberlains als Staatssekretär für die Dominien angehörte, statt. Wie Eden verlauten ließ, habe man sich in den britischen Regierungskreisen mit der Frage befaßt, wie die britisch-sowjetischen Beziehungen verbessert werden könnten. Er erklärte, daß die britische Regierung sehr daran interessiert sei, daß die entstandenen Spannungen abgebaut werden und das Eis geschmolzen werde und man in dieser Hinsicht etwas tun möchte, was von der Sowjetregierung als Beweis für die guten Absichten der britischen Regierung gewertet würde. Die britische Regierung denke dabei, so Eden, an zwei mögliche Schritte: Man könne eine hochrangige Delegation nach Moskau entsenden und Verhandlungen über Handelsfragen führen. Darüber hinaus könne Botschafter William Seeds abberufen und eine andere Person, die bei der Sowjetregierung größeres Ansehen genieße, zum Botschafter ernannt werden.

Diese Haltung erschien insgesamt und auf den ersten Blick durchaus vielversprechend. Jedoch stellte man sich die Frage, was die Briten denn konkret vorschlugen, wenn man von ihrem generell geäußerten Wunsch absah, „etwas zu tun, was von der Sowjetregierung als Beweis für die guten Absichten der britischen Regierung gewertet würde“. Wenn man davon ausgeht, daß damit konkrete Maßnahmen gemeint waren, gab es keinerlei stichhaltige Vorschläge, denn das praktische Verhalten Großbritanniens widersprach völlig seinen erklärten Absichten. Nicht nur, daß Großbritannien keinerlei ernsthafte Vorschläge unterbreitete, erachtete man in der Downing Street die unfreundlichen Akte Londons speziell auch auf handels- und wirtschaftspolitischem Gebiet als durchaus vereinbar mit einem britisch-sowjetischen Dialog über Handelsfragen. Und Großbritannien wollte gerade dieses Lavieren als Ausdruck des Wunsches verstanden wissen, die britisch-sowjetischen Beziehungen insgesamt zu verbessern. Allerdings bestand in London tatsächlich ein gewisses Interesse am Handel mit der UdSSR, das aber von der Absicht überlagert wurde, die konstruktiven Elemente in den Beziehungen mit der sowjetischen Seite lediglich vorzutäuschen. Erstens verbarg sich dahinter das Ansinnen, die Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu verschlechtern, und zweitens wurde damit die Hoffnung verbunden, die eigene Position bei einem möglichen politischen Kompromiß mit Deutschland, der mittels britisch-deutscher Geheimkontakte vorbereitet werden sollte, zu stärken. Das Wichtigste war jedoch die Tatsache, daß London und vor allem Paris unvermindert einen militant antisowjetischen Kurs verfolgten.

Entgegen verbaler Absichtserklärungen entfalteten Großbritannien und Frankreich einen regelrechten „Wirtschaftskrieg“ gegen die UdSSR, den sie als ein wesentliches Instrument politischer Einflußnahme verstanden. In völligem Widerspruch zum allgemein anerkannten Völkerrechtsprinzip der Freiheit der

Schiffahrt auf hoher See entschied Großbritannien im September 1939, die Schiff-[106:]fe der neutralen Länder künftig zu kontrollieren. Unter dem Vorwand, den organisierten Schmuggel kriegswichtiger Güter bekämpfen zu wollen, begann Großbritannien ohne jede Rechtsgrundlage ausländische Schiffe zu stoppen. Sofern es sich um sowjetische Frachtschiffe oder Schiffe handelte, die von sowjetischen Organisationen gechartert worden waren, wurden diese gezwungen, bestimmte Punkte anzulaufen und sich kontrollieren zu lassen. Der sowjetische Tanker „Kreml“ wurde vom 22. bis 26. September 1939, die „Sergo“ sowie die „Sowjetskaja neft“ vom 11. bis 14. September 1939 in Suez festgehalten. Die „Majakowski“ wurde am 15. März 1940 in der Nähe der japanischen Küste gestoppt und nach Hongkong gebracht. Ebenso mußte die „Selenga“ am 12. Februar 1940 ihren Kurs ändern und wurde festgehalten.

Am 26. Oktober 1939 verurteilte die Sowjetregierung in einer Erklärung das britische Vorgehen. Die UdSSR forderte von der britischen Regierung, den sowjetischen Organisationen, Institutionen und Bürgern der UdSSR entstandenen Schaden zu ersetzen. Die Ansprüche der Sowjetunion auf Schadensersatz beliefen sich allein im September 1940 auf rund 7,3 Mill. Dollar.

Die Regierung Daladier ging noch zynischer vor. Sie ließ Ausrüstungen und Waffen konfiszieren, die die UdSSR in Frankreich bestellt hatte, finanzielle und andere Werte der sowjetischen Handelsvertretung in Paris und weiterer sowjetischer Außenhandelsorganisationen beschlagnahmte; sowjetische Frachtschiffe wurden gestoppt, im Auftrag der UdSSR gekaufte Waren beschlagnahmt usw. Es ist bezeichnend, daß diese Aktionen gerade zu jenem Zeitpunkt unternommen wurden, da sowohl die britische als auch die französische Diplomatie immer wieder ihren Wunsch erneuerten, die Beziehungen mit der UdSSR zu „verbessern“.

Großbritannien und Frankreich führten vor allem unter dem Vorwand, die Sowjetunion für die ökonomische „Unterstützung“ Deutschlands „bestrafen“ zu wollen, einen Wirtschaftskrieg gegen die UdSSR. Wie der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR feststellte, „finden die feindseligen Akte Englands und Frankreichs gegenüber der UdSSR nicht im Handel der UdSSR mit Deutschland ihre Erklärung, sondern darin, daß sich die Hoffnungen der britischen und französischen herrschenden Kreise nicht erfüllt haben, unser Land im Krieg gegen Deutschland ausnutzen zu können, weshalb sie gegenüber der Sowjetunion eine Politik der Rache betreiben“.⁹

Unmittelbar nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges kristallisierte sich eine weitere Richtung der sowjetfeindlichen Politik Großbritanniens und Frankreichs heraus, die die Sicherheit der UdSSR aufs höchste gefährdete. Die von beiden Ländern bereits in der Vorkriegszeit betriebene Sabotage der sowjetischen Bemühungen, einen neuen Weltkrieg abzuwenden, ihre Versuche, die UdSSR zu isolieren und sowohl in Europa als auch in Asien die aggressiven Ambitionen des Faschismus zuerst gegen das erste sozialistische Land zu lenken – all jene Bemühungen waren auch weiterhin mit der Absicht verbunden, selbst mit militärischer Gewalt gegen die UdSSR vorzugehen.

[107:] Nach dem Einmarsch der Roten Armee in der Westukraine und in Westbelorußland verlangten die reaktionärsten politischen Kräfte Frankreichs, „der alliierten Pflicht gegenüber Polen nachzukommen“ und der Sowjetunion den Krieg zu erklären. Der Oberbefehlshaber der Französischen Orientarmee, General Louis Maxime Weygand, trieb von Syrien aus den französischen Generalstab „zu aktiven Vorgehen gegen Rußland, und zwar unter Benützung Rumäniens als Kriegstheater.“¹⁰ Am 5. Oktober 1939 versuchte der Vorsitzende der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten der Abgeordnetenkammer des französischen Parlaments Jean Mistler den Gesandten Lettlands in Paris Dr. Olgerd Grosvald von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die baltischen Staaten gemeinsam gegen die UdSSR vorgehen müßten. Sie sollten, empfahl der französische Politiker, einen trilateralen Militärpakt abschließen und gegenseitig strikten militärischen Beistand vereinbaren. In Paris wurde die

⁹ Schestaja sessija Werchowonogo Sowjeta SSSR. 29 marta-4 aprelja 1940g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 19401 S. 28.

¹⁰ ADAP, Serie D, Bd. VIII, Baden-Baden/Frankfurt/M. 1961, S. 560. (Der Begriff „Kriegstheater“ ist damals häufig für „Kriegsschauplatz“ verwandt worden – d. Red.).

Nachricht vom Abschluß der Nichtangriffspakte zwischen der UdSSR und den baltischen Staaten äußerst negativ aufgenommen.

Ende Oktober 1939 erörterte das Komitee der Stabschefs Großbritanniens die Frage „der positiven und der negativen Seiten einer britischen Kriegserklärung an Rußland“¹¹. Die französische Idee, die sowjetischen Erdölgebiete zu bombardieren, wurde bereits zu Kriegsbeginn entwickelt.¹² Zur gleichen Zeit unterbreitete der britische Minister für Koordinierung der Rüstung, Lord Alfred Chatfield, dem Komitee der Stabschefs einen Regierungsbericht „Über die Verwundbarkeit der Erdölfördergebiete Rußlands“. In diesem Dokument wurde insbesondere eine wesentliche Kalkulation der strategischen Planung enthüllt: „Die Eroberung oder Zerstörung einer beliebigen großen russischen Stadt, vor allem Leningrads, kann das Signal für den Beginn antikommunistischer Erhebungen im Lande sein.“¹³ Im November 1939 erkundigte sich das französische Außenministerium bei der militärischen Führung des Landes über den Stand der Vorbereitung einer Operation gegen den sowjetischen Kaukasus.¹⁴

Das britische Kabinett und das Komitee der Stabschefs erörterten detaillierte Möglichkeiten, auch Japan in den Krieg einzubeziehen. In einem Telegramm des britischen Gesandten in Finnland, der an einer Sitzung des britischen Kabinetts teilnahm, hieß es dazu: „Aller Wahrscheinlichkeit nach wird nicht Hitler, sondern Stalin der Sieger (im zweiten Weltkrieg – P. S.) sein, und deshalb stellt er die größte Gefahr dar ... Wenn sich die Frage erhebt, auf welche Weise der Sowjetunion geschadet werden könnte, schlage ich vor, maximale Anstrengungen zu unternehmen, um zu einem Abkommen mit Japan zu kommen ..., dessen Erbfeindschaft gegenüber dem Bolschewismus es zu einem plötzlichen Überfall ver-[108:]anlassen wird.“¹⁵ Auch der japanische Generalstab erachtete zu dieser Zeit einen gegen die Sowjetunion gerichteten britisch-japanischen Militärpakt als naheliegend.

Der sowjetischen Partei- und Staatsführung blieb der eklatante Widerspruch zwischen der „konstruktiven Linie“ Großbritanniens und dem allgemeinen sowjetfeindlichen Kurs der imperialistischen Gegner Deutschlands nicht verborgen. Am 11. November 1939 übermittelte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten dem Botschafter der UdSSR in London folgende grundsätzliche Weisung: „Im Zusammenhang mit den von Ihnen geführten Gesprächen mit Churchill, Elliot, Eden und anderen über den Wunsch nach Verbesserung der britisch-sowjetischen politischen und Handelsbeziehungen, können Sie bei passender Gelegenheit zum Ausdruck bringen, daß die Sowjetregierung diesem Wunsch, sympathisch gegenübersteht. Da jedoch nicht die genannten Personen es sind, die die jetzige Politik Englands bestimmen, kann die UdSSR in dieser Angelegenheit zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine günstigen Perspektiven erkennen. Die Tatsachen belegen vielmehr, daß die britischen Behörden gegenüber der Sowjetunion in Wirklichkeit eine feindselige Position beziehen. Dies bekommen wir tagtäglich überall in Europa und Asien zu spüren, angefangen in Skandinavien und hierbei besonders in Finnland, bis hin zum Balkan und dem Nahen Osten, vom Fernen Osten ganz zu schweigen. Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und England bedingt, daß diese Politik der britischen Behörden einen Wandel zum Besseren erfährt.“

2. Von der Politik des Antisowjetismus zur direkten Planung einer Intervention gegen die UdSSR im Norden

Die weitere Verschlechterung der Beziehungen der UdSSR zu Großbritannien und Frankreich

Der Dezember 1939 begann mit feierlichen Versicherungen der britischen Regierung, daß sie an der Freundschaft mit der UdSSR interessiert sei. Bei einem Treffen mit I. M. Maiski beteuerte der Parlamentarische Unterstaatssekretär im Außenministerium Richard Austen Butler am 2. Dezember 1939 in völligem Widerspruch zur Realität, die, britische Regierung verfolge im Zusammenhang mit der Zuspitzung der sowjetisch-finnischen Beziehungen keinerlei antisowjetische Pläne. „Butler versicherte hoch und heilig“, teilte der sowjetische Botschafter nach Moskau mit, „daß alle Verdächtigungen der

¹¹ PRO.Cab., 79/1, S. 273; 66/3, S. 72 ff.

¹² Vgl. 2. Kapitel; vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., a. a. O., S. 58 f.

¹³ PRO.Cab., 80/4, S. 297.

¹⁴ Vgl. J. W. Borissow, Sowjetsko-franzusskije otnoschenija (1924-1945gg.), Moskau 1964, S. 456.

¹⁵ PRO.Cab., 66/3, S. 77.

Sowjetregierung jeglicher Grundlage entbehrten und daß die englische Regierung ganz im Gegenteil dringend eine [109:] Verbesserung der anglo-sowjetischen Beziehungen wünsche, denn sie gehe von dem prinzipiellen Leitsatz aus, daß die Grundinteressen des britischen Empire und der UdSSR nirgends miteinander kollidieren ... Alles, was unsererseits getan wurde, so Butler, dient lediglich der Aufrechterhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu Finnland, so auch der Hinweis, daß es sich bei den Verhandlungen mit der UdSSR nicht ‚unvernünftig‘ verhalten möge.“ Diese Erklärungen waren von der Wirklichkeit sehr weit entfernt. Die britisch-französische Politik, die die Konsolidierung der kapitalistischen Mächte auf antisowjetischer Grundlage zum Ziel hatte und von den USA maßgeblich unterstützt wurde, kam gerade während des sowjetisch-finnischen Konflikts sehr vordergründig zum Tragen.

Am 2. Dezember 1939 meldete J. S. Suriz nach Moskau, daß die UdSSR in Frankreich „den direkten Feinden zugerechnet“ werde. Eine Woche später unterrichtete er das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten davon, daß die Regierung Daladier ihren antisowjetischen Kurs weiter verschärft habe. „Man erklärt diesen Umschwung 1) aus Erwägungen der Innenpolitik; 2) mit dem von Washington ausgehenden Druck; 3) mit der Absicht, aus dem Konflikt Kapital zu schlagen, um auf der Basis des Widerstandes gegen die Aggressoren die im Krieg Neutralen auf die eigene Seite zu bringen; 4) aus der Überlegung, daß eine sowjetfeindliche Position in Genf auch bei den Ländern der Antikominternfront ein günstiges Echo finden würde, was der Zusammenarbeit mit letzteren dienlich sein und, auf die Zukunft gesehen, zur Erweiterung dieser Front beitragen könnte.“

Am 14. Dezember 1939 schloß der Völkerbund in Genf unter direktem Druck Großbritanniens und Frankreichs die UdSSR aus der Organisation aus. Noch am gleichen Tag veröffentlichte TASS in diesem Zusammenhang eine Mitteilung, in der die antisowjetische Politik der britisch-französischen Koalition entlarvt wurde. „Vor allem muß festgestellt werden, daß die herrschenden Kreise Großbritanniens und Frankreichs, die bei der Annahme der Völkerbundsresolution Regie führten, weder ‚moralisch noch formalrechtlich befugt sind, von einer ‚Aggression‘ der UdSSR und der Verurteilung einer solchen ‚Aggression‘ zu sprechen.“¹⁶ Am 16. Dezember 1939 nahm der Völkerbund eine Resolution an, in der er die Mitgliedstaaten aufrief, Finnland größtmöglichen Beistand zu erweisen. Die USA verhängten über den Handel mit der UdSSR ein „moralisches“ Embargo und ließen Finnland beträchtliche wirtschaftliche und militärische Unterstützung zukommen. Gleichzeitig kolportierten die herrschenden Kreise der imperialistischen Mächte die Lüge vom „sowjetischen Expansionismus“, von einer „sowjetischen militärischen Bedrohung“.

Wie schon zuvor ging die Initiative von der Regierung Daladier aus. Auch beim „Ausschluß“ der UdSSR aus dem Völkerbund hatte die französische Diplomatie eine führende Rolle gespielt. „Um Einstimmigkeit in der Frage der moralischen Sanktionen und sogar des Ausschlusses Rußlands aus dem Völkerbund zu erreichen, bedurfte es der beharrlichen, energischen, unermüdlichen Aktivitäten [110:] von Joseph Paul-Boncour, des führenden Delegierten Frankreichs“¹⁷, erklärte Daladier auf einer Geheimsitzung der Deputiertenkammer am 17. März 1940.

Anfang Dezember 1939 wurde in Frankreich eine politische Kampagne mit dem Ziel eingeleitet, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abzubrechen und der UdSSR den Krieg zu erklären. Am 30. Dezember 1939 übermittelte der Botschafter der UdSSR in Großbritannien dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR folgende Information: „Auf der jüngsten Tagung des Alliierten Obersten Kriegsrates am 19. Dezember machte Daladier den Vorschlag, England und Frankreich sollten die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR abbrechen. Chamberlain erklärte jedoch, daß er dies für ‚übereilt‘ halte und es im übrigen günstiger wäre, wenn die Initiative zum Abbruch nicht von den Briten und Franzosen, sondern von der UdSSR ausginge.“ Es wurde der Beschluß gefaßt, auf den Abbruch vorbereitet zu sein, jedoch vorerst eine abwartende Position im Hinblick darauf zu beziehen, daß diese oder jene Initiative Englands oder Frankreichs (insbesondere ihre

¹⁶ Wneschnjaja politika SSSR. Sbornik dokumentow, Bd. IV, Moskau 1946, S. 475.

¹⁷ Annales de l'Assemblée Nationale. Débats. Chambre des Députés (Comités secrets des 9 février, 19 mars et 19 avril 1940), Paris 1940, S. 67 (im weiteren: Comités secrets).

in den finnischen Angelegenheiten eingenommene Haltung) die Sowjetregierung veranlassen werde, von sich aus die diplomatischen Beziehungen abzurechnen. In dem Maße, wie sich der bewaffnete Konflikt zwischen der UdSSR und Finnland verschärfte, verstärkte sich auch der Antisowjetismus in der britischen Politik. Am 15. Dezember 1939 telegraphierte die sowjetische Botschaft in London nach Moskau: „Die englische Regierung wird Finnland weiterhin nach Kräften politische, diplomatische und materielle Hilfe zukommen lassen, darunter auch Waffen.“ Eine Woche später zog die Botschaft folgende Schlußfolgerung: „Die allgemeine Temperatur der sowjetisch-englischen Beziehungen erfährt eine enorme Abkühlung.“ In dem Bericht wurde festgestellt, daß einige Minister des britischen Kabinetts sogar die offene Beteiligung der UdSSR am Krieg auf deutscher Seite als das kleinere Übel für London erachteten: Ihrer Meinung nach würde die UdSSR nicht weniger ausgezehrt werden als Großbritannien und Frankreich. Und damit könnte der „Gefahr“, daß die UdSSR ihr internationales Gewicht auf Grund der Schwächung der kapitalistischen Mächte weiter erhöhe, möglicherweise begegnet werden. „Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR wird von den Befürwortern dieser Konzeption als ein erster Schritt betrachtet, welcher entsprechend der unausweichlichen Logik der Dinge die UdSSR in den Krieg ‚treiben‘ würde – dabei im schlimmsten Falle auf Seiten Deutschlands; im besten Falle ... im Verhältnis eins zu eins gegen die gesamte bürgerliche Welt, Deutschland eingeschlossen, denn die Hoffnung auf diese oder jene Abmachung mit Deutschland hat man hier bisher nicht aufgegeben.“

Realistischer denkenden Politikern Großbritanniens blieb nicht verborgen, wohin die antisowjetische Politik der Regierung Chamberlain im Kontext mit den finnischen Ereignissen trieb. Am 25. Dezember 1939 sprach der sowjetische Botschafter mit dem liberalen Politiker David Lloyd George. „Die anglo-sowjetischen Beziehungen haben nach Meinung von Lloyd George ein sehr gefährliches [111:] Stadium erreicht. Die englische Regierung hat jetzt einen Kurs eingeschlagen (Auftreten im Völkerbund, Hilfe für Finnland, Pressekampagne u. a.), der logischerweise zum Abbruch der Beziehungen führt und im weiteren sogar zum Krieg führen kann ... In einer solchen Situation sei es, so Lloyd George, am wichtigsten, mit den finnischen Ereignissen so schnell wie nur möglich Schluß zu machen, denn jede weitere Woche der Verschiebung berge die Gefahr neuer ‚Unterstützungen‘, neuer ‚Freiwilliger‘, neuer Versuche zum Zusammensammeln eines antisowjetischen Blocks in sich.“

Die Sowjetregierung wies die antisowjetische Linie der britischen Außenpolitik prinzipiell und flexibel zurück. Am 31. Dezember 1939 hatte W. M. Molotow mit dem britischen Botschafter in der UdSSR, William Seeds, eine Unterredung. Wie der Volkskommissar erklärte, „ist gegenwärtig die finnische Frage am akutesten. Im Laufe von zwei Monaten hat sich die UdSSR mit Finnland auf der Grundlage minimalster Wünsche, die Gewährleistung der Sicherheit Leningrads betreffend, einigen wollen, aber dabei ist nichts herausgekommen.“ W. M. Molotow wies darauf hin, daß, wäre Finnland nicht von außen gegen die UdSSR aufgehetzt worden, sich die UdSSR mit Helsinki hätte einigen können. Der Volkskommissar legte die grundsätzliche Haltung der UdSSR zur offen antisowjetischen Linie Londons dar und sagte, daß „es englischerseits gegenüber der UdSSR nicht bloß feindselige Absichten gibt. So ist zum Beispiel der Sowjetregierung bekannt, daß Finnland gegen die UdSSR mit Hilfe Englands und einiger anderer Länder aufgerüstet wird. Der Ausschluß der UdSSR aus dem Völkerbund war, wie jeder versteht, ebenfalls kein Akt der Freundschaft gegenüber der UdSSR ... Die Sowjetunion hegt keinerlei feindselige Absichten gegenüber England, von feindlichen Taten ganz zu schweigen. Auf Seiten der englischen Regierung gibt es aber nicht nur feindselige Absichten gegenüber der UdSSR, wie sich in vielen Fällen praktisch zeigt, sondern es kommt sogar zu feindlichen Handlungen. Deshalb hängt die Verbesserung der Beziehungen zwischen England und der UdSSR in erster Linie von England und nicht von der UdSSR ab.“

Die Vorbereitungen auf die Intervention laufen auf vollen Touren

Wie konnte die UdSSR von einer Verbesserung der Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich ausgehen, wenn die herrschenden Kreise dieser Länder sich darauf vorbereiteten, „am sowjetisch-finnischen Konflikt auf der Seite Finnlands aktiv teilzunehmen?“¹⁸ Am 3. Januar 1940 gab der franzö-

¹⁸ P. Reynaud, *La France a sauvé l'Europe*, vol. 2, Paris 1947, S. 14.

sische Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Frankreich Maurice Gustave Gamelin seinen Untergebenen eine präzise Orientierung: „Für den Fall, daß sich der sowjetisch-finnische Konflikt ausweitete, könnten es Frankreich und Großbritannien für erforderlich erachten, Finnland verstärkt Hilfe zu leisten. Bisher beschränkt sie sich [112:] auf Beistand gemäß dem Völkerbundsbeschuß und äußert sich in der Entsendung von Waffen und Ausrüstungen. In nächster oder fernerer Zukunft könnte dieser Beistand direktere Formen annehmen, was insbesondere in der Entsendung von Truppen zum Ausdruck kommen würde.“¹⁹

Am 5. Januar 1940 berichtete der sowjetische Botschafter in Paris dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, daß in Frankreich ganz offen über mögliche sowjetische Objekte diskutiert würde, gegen die konzentrierte Schläge geführt werden könnten. „Es sind dies einerseits Leningrad und Murmansk und andererseits das Schwarze Meer und der Kaukasus. Die herrschenden Kreise Frankreichs und Englands, die die UdSSR als kriegführende Partei betrachten, zimmern diplomatische Fronten gegen sie zusammen, und in ihre ‚Kriegsziele‘ haben sie bereits den Kampf gegen die UdSSR aufgenommen, wobei sie einen Sieg ohne Erreichung dieses Zieles als nicht vollständig und endgültig betrachten würden.“ Am 19. Januar 1940 erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Camille Chautemps offiziell vor dem Senat, daß Frankreich die Absicht habe, Finnland „maximal“ zu unterstützen.

Auf einer Sitzung des britisch-französischen Obersten Kriegskomitees, das sich als anglo-französisches Oberkommando aus den Befehlshabern der Teilstreitkräfte zusammensetzte und dem Alliierten Obersten Kriegsrat unterstellt war, begründeten Admiral Jean Ernest Odendhal und General Albert Lelong am 30. Januar 1940 den Plan Gamelins. Lelong informierte über einen gemeinsamen Operationsplan mit Finnland, der vorsah, im Raum Petsamo ein Expeditionskorps anzulanden.²⁰

Die Sowjetregierung war gezwungen, Gegenmaßnahmen einzuleiten, um die Versuche der britisch-französischen Koalition abzublocken, die neutralen skandinavischen Länder in die antisowjetische Politik einzubeziehen. Bereits am 5. Januar 1940 wurden die Botschafter der UdSSR in Oslo und Stockholm angewiesen, gegenüber den Außenministern Norwegens und Schwedens angesichts der fortgesetzten feindseligen Kampagne im Zusammenhang mit dem sowjetisch-finnischen bewaffneten Konflikt im Namen der Sowjetregierung Erklärungen dahingehend abzugeben, daß ein Abgehen von ihrer traditionellen Neutralität und ein Einschwenken auf die britisch-französische Politik ihren Staaten keinerlei Vorteile brächte. Diese Demarche der Sowjetregierung beeinflusste die Haltung der herrschenden Kreise der skandinavischen Länder nicht unwesentlich. Die Regierungen Schwedens und Norwegens bekräftigten ihren Wunsch, mit der UdSSR normale Beziehungen zu unterhalten.

Die heute verfügbaren Archivmaterialien ermöglichen, einen Leitgedanken der britisch-französischen Koalition in ihrem Verhältnis zur UdSSR zu Beginn des zweiten Weltkrieges zu erhellen: London und Paris suchten eine Möglichkeit, die UdSSR zu provozieren, sie zu Handlungen zu veranlassen, die hätten ausgenutzt werden können, um die Sowjetunion zu isolieren. Dieser Leitgedanke und [113:] die damit verbundenen praktischen Maßnahmen belegen deutlich, wie „aufrichtig“ die Deklarationen der britisch-französischen Koalition hinsichtlich einer „Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR“ gemeint waren. Für die UdSSR bestand kein Zweifel darüber, daß die imperialistischen Gegner Deutschlands, die nach wie vor an der politischen Konzeption von München festhielten, die Möglichkeit, konstruktive Beziehungen zur UdSSR herzustellen, selbst zerstörten.

Am 5. Februar 1940 faßte der britisch-französische Alliierte Oberste Kriegsrat den Beschluß, ein Expeditionskorps von 100.000 Mann nach Finnland zu entsenden; etwa die Hälfte der Truppen sollte bereits Ende Februar verschifft werden.²¹ Mit anderen Worten- britische und französische Truppen sollten nicht gegen Hitlerdeutschland eingesetzt werden, sondern in den sowjetisch-finnischen Konflikt eingreifen.

¹⁹ PRO.Cab., 79/3, S. 62.

²⁰ Vgl. W. N. Medlicott, *British Foreign Policy since Versailles, 1919-1939*, London 1940, S. 323.

²¹ Vgl. PRO.Cab., 99/3, S. 4 f.

„An der Sitzung vom 5. Februar wurden ausschließlich die Fragen der Hilfe für Finnland behandelt“, schrieb Winston S. Churchill in seinen Memoiren. „Man genehmigte den Plan, drei oder vier Divisionen nach Norwegen zu senden und damit Schweden von der Notwendigkeit zu überzeugen, uns freie Durchfahrt für das Material und die Verstärkungen, die für Finnland bestimmt waren, zu gewähren.“²²

Zum gleichen Zeitpunkt, das heißt am 5. Februar 1940, wurde die Frage erörtert, die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR abzubrechen. Und wiederum galt es als wünschenswert, die Initiative hierzu möge von der UdSSR ausgehen.²³

Die Sowjetunion verhielt sich äußerst zurückhaltend und ließ sich nicht zum Abbruch der Kontakte mit den imperialistischen Gegnern Deutschlands provozieren. Entsprechend dem Auftrag der Sowjetregierung wies der Botschafter der UdSSR in Großbritannien am 30. Januar 1940 nachdrücklich darauf hin, daß die notwendigsten Kontakte zwischen Großbritannien und der Sowjetunion aufrechterhalten werden müßten.

Am 16. Februar 1940 erläuterte Richard Austen Butler dem sowjetischen Botschafter den britischen Standpunkt: „Einerseits möchte die britische Regierung ‚Finnland retten‘, andererseits möchte sie es aber auch nicht zum Bruch und schon gar nicht zum Krieg mit der UdSSR kommen lassen. Der beste Ausweg aus der entstandenen Situation wäre nach Meinung der britischen Regierung die friedliche Regelung des finnisch-sowjetischen Streits“. In diesem Zusammenhang interessierte sich Butler dafür, ob eine friedliche Regelung möglich und irgendwelche Vermittlung denkbar sei. Anschließend griff er das Problem der „Lokalisierung“ der finnischen Frage auf. Diese „Lokalisierung“ sollte nach Butler folgende Momente beinhalten: Die UdSSR würde weiter gegen Finnland Krieg führen, während England Finnland im bisherigen Umfang unterstützte, das heißt Waffen, Flugzeuge usw. liefert und Freiwillige entsendet. „Die ‚Lokalisierung‘ schließt jedoch aus“, sagte Butler, „daß die Engländer reguläre Truppen nach Finnland entsenden.“ Er erklärte, daß die britische Regierung „sich zu einer [114:] gewissen Einschränkung der Hilfe für Finnland entschließen könnte, wenn sie die feste Gewißheit erlangen würde, daß Schweden und Norwegen keinerlei Gefahr drohte. Für den Fall, daß eine solche Gefahr für Skandinavien bestehe, würde England ganz unzweifelhaft in die Ereignisse aufs energischste eingreifen.“

Die Erklärung Butlers offenbarte mit aller Deutlichkeit die grundsätzliche Haltung Londons hinsichtlich der Beziehungen mit der UdSSR und besonders die Doppelzüngigkeit der britischen Diplomatie.

Erstens datierte die Überlegung zur „Lokalisierung“, die, wie Butler behauptete, eine Entsendung regulärer britischer Truppen nach Finnland ausschloß, elf Tage nach dem Beschluß des Alliierten Obersten Kriegsrates, in den sowjetisch-finnischen Konflikt ein Expeditionskorps von mehr als 100.000 Mann eingreifen zu lassen. Damit verbunden war die Absicht, dieses Kontingent nicht in Finnland, sondern in Narvik und anderen norwegischen Häfen anzulanden. Auch sollten diese Kräfte nicht als reguläre Truppen, sondern als „Freiwillige“ gegen die UdSSR eingesetzt werden. Daraus folgt, daß sich die von Butler vorgeschlagene Formel der „Lokalisierung“ voll und ganz in die geplante Intervention einfügte.

Zweitens war London auf Grund der außerordentlichen Verschlechterung der britisch-sowjetischen Beziehungen beunruhigt. Deshalb ließ Butler auch den Wunsch der britischen Führung durchblicken, sich „rückzuversichern“, das heißt ein doppeltes Spiel zu treiben, da sich die militärische Situation der finnischen Truppen rapide verschlechterte. Darum sondierte London eine „friedliche Regelung“ des Konflikts und die Möglichkeiten „irgendeiner Vermittlung“.

Schließlich war Butlers These auf die skandinavischen Länder zurechtgeschnitten. Denn nicht die UdSSR bedrohte die Neutralität Schwedens und Norwegens, sondern die britisch-französische Koalition versuchte, diese Staaten zu veranlassen, ihre Neutralität aufzugeben, und sie in einen Krieg gegen die UdSSR hineinzuziehen.

²² W. Churchill, Der zweite Weltkrieg, Bd. I, Zweites Buch, Stuttgart 1954, S. 202.

²³ Vgl. PRO.Cab., 99/3, S. 12.

Am 21. Februar 1940 übermittelte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten eine entsprechende Direktive an den sowjetischen Botschafter in London für eine Antwort an Butler: „Gegenüber Norwegen und Schweden hat die Sowjetunion keinerlei Ansprüche ... Zur Vermeidung von Mißverständnissen möchte die Sowjetregierung die britische Regierung davon in Kenntnis setzen, daß sie sich zu Verhandlungen und zu einem Abkommen mit der Regierung Ryti/Tanner nur dann bereitfindet, wenn die dargelegten Bedingungen der Sicherheitsgarantien für Leningrad akzeptiert werden.“ Die britische Regierung war jedoch nach wie vor nicht bereit, die Sicherheitsinteressen der UdSSR zu berücksichtigen. Sie lehnte es ab, auf der Grundlage der von der UdSSR vorgeschlagenen beiderseitig vorteilhaften Bedingungen zu vermitteln, sondern setzte weiterhin auf eine militärische Intervention gegen die UdSSR.

[115:]

An kritischen Punkt

Auf der Tagung des Alliierten Obersten Kriegsrates vom 23. Februar 1940 wurde das Ziel der geplanten militärischen Operation definiert: „Den Finnen ist durch Anlandung von Truppen in der Nähe von Petsamo Hilfe zu erweisen, die Eisenbahnverbindung nach Murmansk ist zu unterbrechen, und anschließend ist Murmansk als Basis für künftige Operationen einzunehmen.“²⁴ In der zweiten Februarhälfte, wurde in Frankreich ein Expeditionskorps, das nach Finnland verschifft werden sollte, aufgestellt. Es bestand aus einer Schützenbrigade (6 Bataillone), einer „polnischen“ Brigade (4 Bataillone) und einer Artilleriebrigade.²⁵ Am 12. März gab Daladier in der Abgeordnetenversammlung eine Erklärung ab, in der er mitteilte, daß „bereits am 26. Februar die Truppen zusammengestellt und mit Spezialausrüstung versehen waren und die Transportschiffe für ihre Verschiffung in unseren beiden großen Häfen bereitstanden. Wir waren also bereit, die Leute in Marsch zu setzen.“²⁶

Gegen Ende Februar, Anfang März 1940 erreichte die sowjetfeindliche Politik Großbritanniens, Frankreichs wie auch der USA hinsichtlich des sowjetisch-finnischen Konflikts einen äußerst kritischen Punkt. Völlig zu Recht stellte das Politbüro der KP Großbritanniens fest: „Das Volk Englands wurde an den Rand eines Krieges gegen die Sowjetunion gebracht. Die Einpeitscher des Krieges halten es nicht einmal mehr für notwendig, ihre Absichten zu tarnen. Sie streiten miteinander nur darüber, wann und wie der Überfall durchgeführt werden soll.“²⁷ Das Ziel Frankreichs bestand darin, unmittelbar nach dem Ersuchen der finnischen Regierung in die Intervention einzugreifen und die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR abzurechnen. „Ich versichere Ihnen nochmals“, schrieb Daladier an die finnische Regierung, „daß wir bereit sind, Ihnen unverzüglich zu Hilfe zu kommen. Die Flugzeuge und das Expeditionskorps stehen zur Entsendung bereit.“²⁸ Im Auftrage des Weißen Hauses verständigte der amerikanische Botschafter in der UdSSR, L. A. Steinhardt, die finnische Regierung davon, daß die USA die britischen und französischen Maßnahmen in Finnland unterstützen würden.²⁹

Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs bemühten sich in aller Eile die Zustimmung der skandinavischen Länder zum Durchmarsch der Expeditionstruppen durch deren Territorium einzuholen. Am 2. März fragten der britische und der französische Gesandte im norwegischen Außenministerium offiziell an, ob der Durchmarsch der Truppen durch Norwegen garantiert sei. Eine analoge Demarche erfolgte am gleichen Tag in Stockholm. In den Anfragen wurde dar-[116:]auf hingewiesen, daß die alliierten Mächte bereits Expeditionskräfte aufgestellt hätten und bereit seien, diese nach Finnland zu entsenden, sobald sich die finnische Regierung an Großbritannien und Frankreich mit einem dementsprechenden Ersuchen wenden würde. Falls sich Schweden und Norwegen der Gefahr ausgesetzt sehen würden, in einen Krieg mit Deutschland verwickelt zu werden, sicherten Großbritannien und Frankreich diesen Staaten den erforderlichen militärischen Beistand zu.³⁰

²⁴ PRO., Cab., 99/3, S. 24.

²⁵ Vgl. a. a. O., S. 28.

²⁶ PRO.Cab., 10/3, S. 12.

²⁷ The Daily Worker vom 26.2.1940.

²⁸ J. H. Wuorinen (ed.), Finland an World War II, 1939-1944, New York 1954, S. 78.

²⁹ Vgl. W. Langer/S. Gleason, The Challenge to Isolation, 1937-1940, New York 1952, S. 40.

³⁰ Vgl. J. Midgaard, 9. april 1940. Dagen øg forspillet, Oslo 1960, S. 73.

Am 3. März erhielten die Alliierten von der schwedischen und am 4. März von der norwegischen Regierung eine ablehnende Antwort. Beide Staaten waren entgegen den Absichten Frankreichs und Großbritanniens daran interessiert, ihre Neutralität zu wahren. Darüber hinaus beeinflusste auch die Warnung der Sowjetregierung an diese Staaten, ihre Neutralität gegenüber der UdSSR nicht aufzugeben, die Entscheidung Oslos und Stockholms.

„Die Unterstützung, die Finnland seitens der englischen und französischen herrschenden Kreise gegen die Sowjetunion genoß, läßt sich keineswegs mit dem Eintreten für die Rechte der kleinen Völker und auch nicht mit dem Eintreten für die Rechte der Völkerbundsmitglieder erklären. Diese Unterstützung erfolgt aus dem Grunde“, unterstrich W. M. Molotow auf der VI. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR, „weil sich ihnen in Finnland eine Aufmarschbasis für den Fall eines Überfalls auf die UdSSR anbot.“³¹

3. Die Rechnung für die antisowjetische Verblendung

Bereits am 19. Oktober 1939 hatte das deutsche Oberkommando unter der Tarnbezeichnung „Plan Gelb“ den Beschluß gefaßt, militärische Operationen im Westen zu beginnen. Die Offensive wurde auf die erste Novemberhälfte 1939 datiert. Die Realisierung dieses Planes mußte aus verschiedenen Gründen, vor allem aber auf Grund der noch nicht vollständig abgeschlossenen Vorbereitungen, mehrmals verschoben werden. Die Kampfkraft der deutschen Wehrmacht wurde intensiv ausgebaut, die leichten Divisionen zu Panzerdivisionen umformiert und der Bestand der Artillerie um 3000 Panzerabwehrkanonen und Geschütze der Kaliber 75 mm und größer aufgestockt. Hinzu kamen weitere 1500 neueste Kampfflugzeuge. Bis März 1940 war der Personalbestand der deutschen Wehrmacht auf 3,3 Millionen Mann gewachsen.³² Deutschland kam der Umstand zugute, daß seine imperialistischen Rivalen zwar an der „antisowjetischen Front“ alle Reserven mobilisierten, an der Westfront jedoch vollkommen untätig blieben.

[117:]

Die Planung der Intervention gegen die UdSSR im Süden

Selbst noch wenige Wochen vor dem faschistischen Überfall auf Frankreich hielten London und Paris an ihrem sowjetfeindlichen Kurs fest. Die Stäbe der britisch-französischen Koalition planten eine Aggression gegen die UdSSR aus südlicher Richtung.

Auf der 6. Sitzung des Alliierten Obersten Kriegsrates, die am 28. März 1940 in London stattfand, und an der seitens Großbritanniens unter anderem Chamberlain, Halifax und Churchill und seitens Frankreichs der neue Premier Paul Reynaud sowie die oberste militärische Führung teilnahmen, beschlossen die Alliierten auf Initiative Frankreichs, die sowjetischen Erdölfelder im Kaukasus zu bombardieren.³³ Chamberlain wies die französische Delegation darauf hin, daß eine solche Bombardierung „Krieg gegen die Sowjetunion bedeuten würde“³⁴. In diesem Zusammenhang plante das britisch-französische Oberkommando, 15 Bombergruppen im Mittleren Osten, in deren Anflugbereich die Erdölfelder des sowjetischen Transkaukasusgebietes lagen, zu konzentrieren. Der französische Generalstab ging davon aus, daß von den mittelöstlichen Flugbasen 90-100 Bomber die Erdölfelder von Baku und Grosny sowie die Schwarzmeerhäfen der UdSSR in sechs Tagen zu mehr als 30 Prozent lahmlegen könnten.³⁵ Auf den am 4. und 12. April 1940 durchgeführten Sitzungen des französischen Kabinetts wurden diese Pläne mit Mehrheit gebilligt.

Die britisch-französische Koalition, besonders aber die französische Regierung, ging davon aus, daß die Teilnahme türkischer und iranischer Truppen an der geplanten Intervention bzw. deren Solidarität einkalkuliert werden könnte. Dementsprechend war beabsichtigt, den britischen und französischen U-Booten folgende Kampfaufgabe zu stellen: Gestützt auf die türkischen Häfen, wäre die sowjetische

³¹ Vgl. Schestaja sessija Werchownojo Sowjeta SSSR ..., a. a. O., S. 34.

³² Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 49 f.

³³ Vgl. Die Geheimakten des französischen Generalstabes. Auswärtiges Amt 1939/41, Nr. 6, Berlin 1941, S. 72.

³⁴ PRO.Cab., 99/3, S. 14 ff.

³⁵ Vgl. Die Geheimakten ..., a. a. O., S. 77.

Schiffahrt im Schwarzen Meer zu stören. Die Türkei und Iran sollten sich einverstanden erklären, daß die französische Bomberflotte von ihren Basen in Syrien aus türkisches und iranisches Territorium zur Bombardierung Sowjet-Transkaukasiens überfliegen dürfe. Man setzte sogar voraus, die türkische Regierung sei damit einverstanden, eigene Landstreitkräfte für die gegen die UdSSR geplante Intervention bereitzustellen. Chamberlain, der die Rede Reynauds auf der Tagung des Alliierten Obersten Kriegsrates am 28. März 1940 wiedergab, stellte vor allem fest: „Er (Reynaud – P. S.) war vorbehaltlos dafür, die Einwendungen zu ignorieren, die die Türkei möglicherweise gegen die von den Alliierten ausgehenden Versuche von Aktionen gegen Baku erheben werden, falls sie hiervon zuvor nicht verständigt würde.“³⁶

Diese Einschätzung der südlichen Nachbarn der UdSSR resultierte offenkundig daraus, daß London und Paris die Effektivität der sowjetischen Außenpolitik [118:] in dieser Region völlig unterschätzten. Die prinzipienfeste und zugleich flexible Politik der UdSSR beeinflusste die Entscheidungsfindung der türkischen und iranischen Führung hinsichtlich der Interventionspläne der britisch-französischen Koalition wesentlich. Weder die Türkei noch Iran waren bereit, an einer Aggression gegen die UdSSR teilzunehmen.

Am 26. April 1940 erörterte der Kriegsausschuß des französischen Kabinetts mögliche militärische Aktionen gegen die UdSSR im kaukasischen Raum von rumänischem Territorium aus. Ministerpräsident Reynaud stellte Vorschläge des französischen Generalstabes zur Diskussion, die vorsahen, in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens sowie auf dem Balkan, darunter in Rumänien, Flugzeugbasen einzurichten.³⁷

Die Realisierung dieser Pläne hätte bedeutet, daß Rumänien in einen Krieg gegen die UdSSR hineingezogen worden wäre. Die rumänische Reaktion auf dieses Ansinnen war dementsprechend alles andere als enthusiastisch. In Bukarester Regierungskreisen befürchtete man, eine militärische Zusammenarbeit mit dem britisch-französischen Block könnte zu entsprechenden Gegenmaßnahmen Deutschlands führen.

Die Versuche, aus nördlicher Richtung eine Aggression gegen die UdSSR vorzubereiten und zu verüben, waren integraler Bestandteil der gegen die Sowjetunion gerichteten britisch-französischen Gesamtkonzeption und mit den Aktivitäten an der Südflanke der UdSSR und auf dem Balkan koordiniert. In einem Aide-mémoire* des schwedischen Außenministers Christian Ernest Günther vom 2. März 1940, das im „Weißbuch“ des schwedischen Außenministeriums aus dem Jahre 1947 enthalten ist, heißt es: „Die Entsendung dieses (britisch-französischen – P. S.) Truppenkontingents gehörte zum Gesamtplan des Überfalls auf die Sowjetunion“, und dieser Plan „wird am 15. März gegen Baku und noch früher über Finnland in Aktion treten“.³⁸

In London blieb alles beim alten

In den sowjetisch-britischen Beziehungen traten keine prinzipiellen Veränderungen ein. Der allgemeine antisowjetische Druck Londons war nach wie vor von „Rückversicherungsmaßnahmen“ flankiert. Am 18. März 1940 äußerte der Parlamentarische Unterstaatssekretär im Foreign Office Richard A. Butler gegenüber dem sowjetischen Botschafter die Hoffnung, daß eine baldige Beendigung des sowjetisch-finnischen bewaffneten Konflikts die britisch-sowjetischen Beziehungen verbessern möge. „Er ließ recht deutlich durchblicken“, schrieb I. M. Maiski, „daß es zweckmäßig ist, auf die Fragen des Handels zwischen beiden Ländern, [119:] insbesondere auf die Regelung der ‚Schmuggelfrage‘; durch eine Vereinbarung zurückzukommen.“ Die UdSSR reagierte sofort. Am 22. März 1940 beauftragte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten I. M. Maiski, der britischen Seite mitzuteilen,

³⁶ PRO.Cab., 65/5, S. 125.

³⁷ Vgl. Die Geheimakten ..., a. a. O., S. 95; Ursachen und Folgen. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung, Bd. 15, Berlin (West) 1970, S. 96.

* Im diplomatischen Verkehr kurze notizähnliche Niederschriften mündlicher Erklärungen. *KWF*

³⁸ Svenska Utrikes Departmentets Vita Bok (Weißbuch des schwedischen Außenministeriums), Stockholm 1947, S. 119. Zit. nach: Geschichtsfälscher. Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges, Berlin 1955, S. 56.

daß „die Sowjetregierung zu Handelsgesprächen bereit sei, falls die britische Regierung tatsächlich Bereitschaft zu einer günstigen Regelung der Fragen des britisch-sowjetischen Handels an den Tag legt und insbesondere bereit ist, bis zum Beginn der Verhandlungen die zurückgehaltenen sowjetischen Frachtschiffe ‚Selenga‘ und ‚Majakowski‘ freizugeben und zu versichern, daß künftig keinerlei Frachten mehr zurückgehalten werden, deren Empfänger die UdSSR ist“.

Am 27. März 1940 gab der sowjetische Botschafter im Foreign Office eine entsprechende Erklärung ab. Der britische Außenminister Halifax versuchte erneut, die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen Großbritanniens zu begründen, sowjetische Handelsschiffe zurückzuhalten und zu durchsuchen.³⁹ „Wenn es möglich wäre, ein Verfahren zu finden, das garantieren würde, daß die von der UdSSR importierten Waren ausschließlich den Bedürfnissen der UdSSR selbst dienen, würde die britische Regierung der Sowjetregierung in der Frage der Nichtzurückhaltung von Frachten und Schiffen gern entgegenkommen“, begründete Halifax die britische Position. Hinter dieser Haltung verbarg sich nichts anderes als das Bestreben Londons, sich direkt in die inneren Angelegenheiten der UdSSR einzumischen. Bezeichnend ist, daß in einem vom britischen Ministerium für wirtschaftliche Kriegführung ausgearbeiteten Memorandum vom 4. April 1940 sogar gefordert wurde, auf dem Territorium der UdSSR britische Kontrollposten einzusetzen, die den sowjetischen Export kontrollieren sollten.⁴⁰

Trotzdem stimmte die Sowjetregierung am 29. April 1940 den britischen Vorschlägen, die Handelsbeziehungen mit Großbritannien auf der Grundlage der Gegenseitigkeit wiederaufzunehmen, zu. Die UdSSR wies nochmals darauf hin, daß die Freigabe der Frachtschiffe „Selenga“ und „Majakowski“ die beste Voraussetzung dafür wäre, Verhandlungen aufzunehmen und erfolgreich abzuschließen.⁴¹ Die britische Regierung ignorierte diese Überlegungen. In ihrer Antwort auf die sowjetische Note (8.5.1940) verzichteten die Briten darauf, konkrete Vorschläge über die Entwicklung des Handels zwischen der UdSSR und Großbritannien zu unterbreiten. Sie warfen im Gegenteil Fragen auf, die die zwischen der UdSSR und Deutschland geschlossenen Handelsabkommen und die Reduzierung der sowjetischen Lieferungen an Berlin betrafen. Jeder Fortschritt in den sowjetisch-britischen Beziehungen stagnierte: London war nicht bereit, mit der UdSSR auf sachlicher Grundlage zu verhandeln, um die politische Atmosphäre zwischen beiden Staaten zu verbessern. Am 20. Mai 1940 wies die UdSSR die britische Seite in einem Memorandum daraufhin, daß die Sowjetregierung nicht bereit sei, ihre Handelspolitik den militärischen Zielvorstellungen anderer Staaten [120:] unterzuordnen, und ihren Handel sowohl mit den kriegführenden als auch den neutralen Ländern auf der Grundlage der völligen Gleichheit und der Gegenseitigkeit weiterentwickeln werde. Eine weitere Möglichkeit, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien wiederaufzunehmen, war durch einseitiges Verschulden der britischen Regierung vertan worden.

Die Beziehungen zu Frankreich nahezu auf dem Nullpunkt

Die Beziehungen zwischen der UdSSR und Frankreich waren noch größeren Belastungen ausgesetzt als die sowjetisch-britischen. Die französische Reaktion brach die Beziehungen faktisch ab. Wie schon früher vermochte Paris angesichts seiner militanten antisowjetischen Politik das Wichtigste nicht zu erkennen – die über dem Land schwebende militärische Bedrohung. In seinen Memoiren schrieb der spätere französische Präsident Charles de Gaulle, daß einige Kreise im damaligen Paris „den Gegner eher in Stalin als in Hitler erblicken wollten. Sie beschäftigten sich mit den Möglichkeiten, wie man Rußland beikommen könnte, entweder durch eine Hilfe an Finnland oder eine Bombardierung von Baku oder eine Landung in Stambul, weit mehr als mit der Frage, wie man mit Deutschland fertig werden würde.“⁴² Und der namhafte französische Diplomat Hervé Alphand notierte in sein Tagebuch, daß die damalige französische Regierung die volle Schuld an der Niederlage von 1940 trägt, nicht zuletzt auch deshalb, da sie glaubte, auf die UdSSR als Verbündeten verzichten zu können. „Es muß

³⁹ Vgl. W. P. und Z. Coates, Vom Interventen zum Alliierten 1917-1942. Zur Geschichte der englisch-sowjetischen Beziehungen, Berlin 1959, S. 673 f.

⁴⁰ Vgl. Istorija diplomatii, Bd. 4, Moskau 1975, S. 161.

⁴¹ Vgl. W. P. und Z. Coates, Vom Interventen zum Alliierten ..., a. a. O., S. 675 f.

⁴² Ch. de Gaulle, Memoiren. Der Ruf, 1940-1942, Berlin/Frankfurt/M. 1955, S. 32.

zugegeben werden“, schreibt Alphant, „daß Sarraut, Blum und Daladier aus verschiedenen Gründen eine inkonsequente Haltung einnahmen und davor zurückscheuten, mit den Russen ein Militärabkommen abzuschließen, das uns zweifellos vor einem Krieg hätte bewahren können.“⁴³

Statt ihre sowjetfeindliche Politik zu revidieren und das Verhältnis zur UdSSR zu normalisieren, verstärkte die französische Regierung auf allen Ebenen den Druck auf die Sowjetunion. So ordnete der Gerichtspräsident des Seine-Departements auf Verlangen der „Französischen Gesellschaft für Förderung und Handel mit Mineralöl“ („Gruppe Kleinpolen“) im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der in der Westukraine und Westbelorußland angesiedelten Unternehmen an, Konten und andere Werte der sowjetischen Handelsvertretung in Frankreich in Höhe von 1 Mrd. Franc zu beschlagnahmen. Am folgenden Tag protestierte die Botschaft der UdSSR beim französischen Außenministerium gegen diese Maßnahme und forderte, diese entsprechend dem provisorischen Handelsabkommen [121:] vom 11. Januar 1934 umgehend rückgängig zu machen. Auf der Grundlage des bestehenden Handelsabkommens zwischen der UdSSR und Frankreich war die Sowjetunion bereit, nach Frankreich Bestellungen in einem Gesamtumfang von etwa 9 Mill. Rubel zu vergeben. Die französische Seite verzichtete jedoch darauf, das für 1939 geltende Handelsabkommen zu verlängern und hob am 15. März 1940 – mit Ausnahme einiger Mineralölerzeugnisse – das Meistbegünstigungsrecht für sowjetische Waren auf. Die französische Regierung beschlagnahmte die von der UdSSR in Frankreich bestellten Ausrüstungen und Waffen und verweigerte den Export zahlreicher Waren in die UdSSR. Aus diesen Maßnahmen entstanden der UdSSR beträchtliche Verluste.

Am 5. Februar 1940 überfiel die französische Polizei entgegen dem Völkerrecht die sowjetische Handelsvertretung in Paris. Etwa 100 Polizeibeamte drangen in die Handelsvertretung ein, besetzten sämtliche Räume und konfiszierten eine Vielzahl wichtiger Dokumente. Die Mitarbeiter der Handelsvertretung wurden festgehalten, unter Polizeigeleit in ihre Privatquartiere gebracht und erst freigelassen, nachdem die Durchsuchung beendet worden war. Die Handelsvertretung durften die Mitarbeiter nicht betreten. Auch das „Intourist“-Büro und die ehemalige sowjetische Schule in Paris wurden durchsucht. Die Botschaft der UdSSR in Frankreich charakterisierte den Polizeiüberfall als zutiefst empörenden Akt der Feindseligkeit, wie er nur gegenüber Feindstaaten praktiziert werde.

Auf der VI. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR stellte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR fest, daß „in den letzten Monaten in nicht geringer Zahl Fakten des feindseligen Verhaltens der französischen und englischen Politik gegenüber der UdSSR zu verzeichnen waren. Es genügte der Hinweis, daß den französischen Behörden vor zwei Monaten nichts Besseres einfiel, als auf unsere Handelsvertretung in Paris einen Überfall zu veranstalten. Die in der Handelsvertretung vorgenommene Durchsuchung erbrachte ungeachtet aller Schikanen keinerlei Resultate. Sie brachte den Initiatoren dieses niederträchtigen Aktes nur Schande ein und zeigte, daß es keinerlei reale Gründe für eine derart feindselige Haltung unserem Land gegenüber gab. Wie wir aus den Umständen der Angelegenheit, die mit der Abberufung unseres Botschafters in Frankreich, des Genossen Suriz, in Zusammenhang stehen, erkennen, sucht die französische Regierung künstliche Anlässe, um ihre unfreundliche Haltung der Sowjetunion gegenüber hervorzukehren. Die Sowjetunion ist, um es klar zu sagen, an den Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht stärker interessiert als Frankreich, wir haben Genossen Suriz vom Posten des Botschafters in Frankreich abberufen.“⁴⁴

Die sowjetisch-französischen Beziehungen waren auf dem Nullpunkt angelangt. 1940 betrug der Warenumsatz zwischen der Sowjetunion und Frankreich weniger als 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und belief sich auf lediglich 4,3 Mill. Rubel.

Selbst der ehemalige französische Premierminister Paul Reynaud, der für die [122:] totale Niederlage Frankreichs unmittelbar mitverantwortlich war, mußte in seinen Memoiren eingestehen, daß die

⁴³ H. Alphant, *L'étonnement d'être: journal, 1939-1973*, Paris 1977, S. 112 (Albert Sarraut war von Okt. 1933-Nov. 1933, Jan.-Juni 1936 Ministerpräsident, 1938-1940 Innenminister; Léon Blum 1936-1937 sowie März 1938 Ministerpräsident; Edouard Daladier Jan.-Okt. 1933, Jan.-Febr. 1934, März 1938-März 1940 Ministerpräsident, 1934-1938 auch Kriegsminister – d. Red.).

⁴⁴ Schestajasessija Werchowngo Sowjeta SSSR ..., a. a. O., S. 27.

herrschenden Kreise ein Bündnis mit der UdSSR ablehnten und Frankreich in den Krieg gegen Deutschland „ohne Bündnis mit Rußland“ eintreten mußte. Diese Niederlage, bemerkt Reynaud, wurde „zum französischen diplomatischen Waterloo“, dem der militärische Zusammenbruch der französischen Armee folgte.⁴⁵

Verzweifelt wandte sich die französische Regierung Ende Mai 1940 nach dem deutschen Überfall auf Frankreich an die Sowjetunion. Am 25. Mai 1940 sondierte der französische Minister für Luftfahrt André Victor Laurent-Eynac nach Möglichkeiten, sowjetische Militärflugzeuge zu kaufen. Die französische Regierung erwog, den namhaften Linkspolitiker Pierre Cot⁴⁶ in dieser Mission nach Moskau zu entsenden. Die Sowjetunion erklärte sich bereit zu verhandeln. Die französische Reaktion jedoch hintertrieb die Moskareise P. Cots. W. M. Molotow, der die britisch-französische Politik in der Periode des „seltsamen Krieges“ auf der VI. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR verallgemeinerte, stellte fest, daß „alle diese von England und Frankreich ausgehenden feindseligen Handlungen praktiziert wurden, obwohl man der Sowjetunion bisher keinerlei unfreundliche Handlungen gegenüber diesen Ländern hat vorwerfen können ... Es ist an der Zeit, daß diesen Herren klargemacht wird, daß die Sowjetunion niemals das Instrument einer fremden Politik war und sein wird, daß die UdSSR stets ihre eigene Politik durchgeführt hat und durchführen wird, ohne sich darum zu kümmern, ob dies den Herren in anderen Ländern gefällt oder nicht.“⁴⁷

Sowjetische Diplomaten in Vichy

Am 22. Juni 1940 wurde das deutsch-französische Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet. In den von Deutschland okkupierten nördlichen und mittleren Teilen Frankreichs, die etwa zwei Drittel des französischen Territoriums umfaßten, konzentrierten sich nahezu das gesamte Industriepotential des Landes (vor allem Hütten- und Kohleindustrie) sowie die Hauptanbauflächen der Landwirtschaft. Im nichtokkupierten Südfrankreich etablierte sich in Vichy das Pétain-Regime⁴⁸, die Diktatur der reaktionärsten Teile der französischen Großbourgeoisie. Das Pétain-Regime war ein Instrument in den Händen Berlins. Entsprechend dem Waffenstillstandsvertrag mußte Frankreich an Deutschland liefern: 40 Prozent der Produktion der nichtbesetzten Zone, 50 Prozent der Produktion der be-[123:]setzten Zone und 95 Prozent der Produktion der sogenannten verbotenen Zone, die vollständig von Deutschland kontrolliert und verwaltet wurde. Vichy mußte täglich 400 Mill. Franc für den Unterhalt der deutschen Truppen in Frankreich bereitstellen. Doch selbst ein solches Frankreich war für Berlin lediglich eine Übergangserscheinung.

In Moskau bestanden keine Illusionen über das Pétain-Regime. Gleichzeitig war es aber erforderlich, aus Vichy ausführliche Informationen über die aktuelle Situation und den politischen Kurs der Regierung vor allem deshalb zu erhalten, da Vichy im Hinterland der Faschisten existierte und offiziell mit Deutschland zusammenarbeitete. „Was ging in Vichy tatsächlich vor sich? Wie waren ganz allgemein die Verhältnisse im okkupierten Frankreich? Was geht in den Arbeiterbezirken unter der Macht der Deutschen vor sich? Wie groß sind die Erfolge der Kollaborateure und sind ihre Gegner tatsächlich am Ende? Was kann getan werden zur Verbesserung der französisch-sowjetischen Beziehungen? Es gab eine Unmenge von Fragen“⁴⁹, notierte A. J. Bogomolow, der im November 1940 seine Tätigkeit als Botschaftsrat und Geschäftsträger ad interim in Vichy begann, in seinen Memoiren. Die französischen Ereignisse wurden von der sowjetischen Führung mit Interesse verfolgt. So wurde A. J. Bogomolow vor seiner Abreise nach Vichy von J. W. Stalin persönlich empfangen.

Im Dezember 1940 bekundeten die französischen Behörden ihr Interesse, die Handelsbeziehungen mit der UdSSR wiederaufzunehmen. Die UdSSR wies darauf hin, daß zunächst die bestehenden

⁴⁵ R. Reynaud, *La France an sauve l'Europe*, vol. 1, Paris 1947, S. 16, 23.

⁴⁶ Pierre Cot (1895-1977), radikalsozialistischer Abgeordneter 1928-1940; Jan. 1933 bis Febr. 1934 Luftfahrtminister, Juni 1936-April 1938 Handelsminister.

⁴⁷ Schestajasessija Werchownoego Sowjeta SSSR ..., a. a. O., S. 28 f.

⁴⁸ Marschall Henri Philippe Pétain war ab Mai 1940 stellvertretender Ministerpräsident des französischen Kabinetts, ab Juni 1940 Ministerpräsident und wurde im Juli 1940 als Nachfolger von Albert Lebrun (1932-1940) Staatschef der mit Hitlerdeutschland kollaborierenden Vichy-Regierung.

⁴⁹ A. J. Bogomolow, „Na diplomatitscheskom postu w gody woiny“, *Meshdunarodnaja shisn*, 1961/6, S. 100.

Barrieren beseitigt werden müßten: Das beschlagnahmte Vermögen der sowjetischen Handelsvertretung sowie die den baltischen Sowjetrepubliken gehörenden drei Tonnen Gold der Staatsbank der UdSSR müßten zurückerstattet werden usw. Erst danach werde die Sowjetunion an Frankreich Nahrungsmittel und Treibstoffe liefern. Die Wiederaufnahme des Handels verzögerte sich jedoch weiter. Die Pétain-Regierung war über die möglichen innenpolitischen Aspekte eines solchen Schrittes beunruhigt.

„Gerüchte über eine mögliche Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion sickerten auch zu den Massen des französischen Volkes durch, das in diesen Verhandlungen völlig zurecht die brüderliche Unterstützung der französischen Werktätigen seitens der UdSSR erblickte. Erst nach dem Krieg habe ich erfahren, daß die illegale kommunistische Presse mit großem Enthusiasmus erste Nachrichten darüber verbreitete, daß die Wiederherstellung des Handels zwischen der Sowjetunion und Frankreich zur Realität werde. Was die Hitlerfaschisten anging, so konnten sie gegen einen solchen Handel nichts einwenden, da sie selbst mit der Sowjetunion Handel trieben, aber mit Hilfe ihrer Leute in den Geschäftskreisen von Vichy und unter den Beamten legten sie höchstwahrscheinlich diesen Verhandlungen Hindernisse in den Weg.“⁵⁰

[124:] Eine der zahlreichen Fragen, mit denen sich die sowjetische Mission in Vichy befassen mußte, war die Repatriierung sowjetischer Bürger, unter ihnen viele ehemalige Interbrigadisten. Frankreich hatte zwar einen Großteil der sowjetischen Interbrigadisten bereits in die Heimat zurückkehren lassen, doch war es mit der Aufnahme Litauens, Lettlands, Estlands, der Westukraine und Westbelorußlands in den Staatsverband der UdSSR erforderlich geworden, die aus diesen Gebieten stammenden neuen Sowjetbürger aus den französischen Internierungslagern zu repatriieren. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Pétain-Regierung waren insgesamt äußerst begrenzt und gingen über Kontakte in zweitrangigen Wirtschaftsfragen nicht hinaus. Nichtsdestoweniger bedankte sich der französische Botschafter in Moskau am 25. Dezember 1940 beim Ersten Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. J. Wyschinski, daß die Sowjetregierung auch weiterhin normale Beziehungen mit der französischen Seite unterhält. „Die Schwierigkeiten“, erwiderte A. J. Wyschinski, „denen Frankreich ausgesetzt ist, können die normalen Beziehungen nicht beeinträchtigen, die zwischen ihm und der UdSSR bestehen.“ Die militärische Niederlage Frankreichs bedeutete jedoch nicht, daß an der westlichen Flanke der „Achsen“-mächte ein willenloses Gebilde existierte. Die führende nationale Kraft, der Initiator der sich formierenden Widerstandsbewegung war die Französische Kommunistische Partei. Am 10. Juli 1940 wurde in der illegal erscheinenden „Humanité“ das politische Manifest „An das Volk Frankreichs“ veröffentlicht, das von Maurice Thorez und Jacques Duclos unterzeichnet war. „Nie wird ein so großes Volk wie das unsere“, hieß es in dem Manifest, „ein Volk von Sklaven sein ... Die große Hoffnung auf die nationale und soziale Befreiung liegt beim Volk. Und die feurige und hochherzige Arbeiterklasse, die voller Vertrauen und voller Mut ist, bildet den Kern, um den sich die Front der Freiheit, der Unabhängigkeit und Wiedergeburt Frankreichs gruppieren kann.“⁵¹

Die sowjetische Diplomatie unterschied sehr wohl zwischen den berlinhörigen Kollaborateuren und dem französischen Volk. Ende 1940 weilte A. J. Bogomolow in Paris. „Der Unterschied zum spielzeughaften Vichy mit seiner gekünstelten ‚nationalen Revolution‘“, schrieb er später, „seiner faschistisch-klerikalen Politik und dem jämmerlichen Versuch eines ‚Doppelspiels‘ trat einem schlagartig vor Augen. In Paris war alles klarer und deshalb tragischer. Das französische Volk war nach wie vor ungebrochen. Irgendwo in tiefer Illegalität wirkten Jacques Duclos, Gabriel Péri, Benoît Frachon, Marcel Cachin und viele andere Kämpfer und Führer des französischen Proletariats. Hier fanden die Worte von Maurice Thorez Eingang, die die Herzen der Söhne des französischen Volkes entflammten, das in den Hitlerfaschisten nicht nur Okkupanten, sondern zugleich auch die verschworenen Feinde der Arbeiterklasse erblickte.“⁵²

⁵⁰ A. J. Bogomolow, „Na diplomatitscheskom postu ...“, Meshdunarodnaja shisn, 1961/7, S. 131.

⁵¹ M. Thorez, Ein Sohn des Volkes, Berlin 1961, S. 145.

⁵² A. J. Bogomolow, „Nadiplomatičeskome postu ...“, a. a. O., S. 255.

[125:]

4. Die sowjetisch-britischen Beziehungen nach der Niederlage Frankreichs

Nachdem in Großbritannien Winston S. Churchill mit der Bildung eines neuen Kabinetts (10.5.1940) beauftragt worden war, veränderte sich der Akzent in den sowjetisch-britischen Beziehungen. Die neue Regierung ließ in bestimmtem Maße durchblicken, daß sie die Münchner Politik Chamberlains zu korrigieren wünsche. Churchill teilte nicht mehr vorbehaltlos die Illusionen seines Amtsvorgängers hinsichtlich einer friedlichen Einigung mit Deutschland – die faschistische Expansion war bereits derart eskaliert, daß sie die Existenz Großbritanniens unmittelbar bedrohte. Die Perspektive, einen angespannten und langwierigen Kampf gegen Deutschland führen zu müssen, verhalf Churchill, einem eingefleischten Antikommunisten, zur Erkenntnis, daß Großbritannien sich auch auf die UdSSR stützen müsse. Diese Neuorientierung Großbritanniens eröffnete bestimmte Möglichkeiten, die sowjetisch-britischen Beziehungen zu verbessern.

Das Trägheitsmoment im Handeln Londons

In der praktischen Politik waren die von der Regierung Churchill der Sowjetregierung gegenüber abgegebenen Erklärungen, „neue Beziehungen“ zwischen beiden Ländern zu entwickeln, jedoch von Handlungen begleitet, die mit der sowjetfeindlichen „Münchener Linie“ korrespondierten. Auch auf Churchill und seine unmittelbare Umgebung übten jene politischen Kräfte starken Einfluß aus, die außerstande waren, ihren Haß gegen die Sowjetunion wenigstens jetzt zurückzustellen. Die britische Führung erweckte mitunter den Eindruck, als sehe sie nicht, daß sich die internationalen Positionen und Möglichkeiten Großbritanniens während des Krieges erheblich verschlechtert hatten. Auch das Kabinett Churchill versuchte, die UdSSR in eine untergeordnete Rolle zu drängen und mit ihr von der Position der Stärke aus zu sprechen, um sich der UdSSR im Interesse des britischen Imperialismus bedienen zu können. Die zwiespältige Haltung der britischen Regierung gegenüber der UdSSR blieb auch weiterhin die Hauptursache dafür, daß die sowjetisch-britischen Beziehungen nur schleppend vorankamen.

Am 20. Mai 1940 bat Lord Halifax, der weiterhin das Amt des Außenministers bekleidete, den sowjetischen Botschafter zu einer Unterredung zu sich. Halifax erklärte, die britische Regierung habe beschlossen, „kurzfristig einen hochrangigen Politiker nach Moskau zu entsenden, damit dieser durch persönliche Verhandlungen mit den führenden Persönlichkeiten der UdSSR die Möglichkeiten einer Verbesserung der britisch-sowjetischen Beziehungen im allgemeinen und für den Abschluß eines Handelsabkommens im besonderen an Ort und Stelle erkunden könne. Wenn die Sowjetregierung einverstanden sei, würde die britische Regierung Stafford Cripps als ihren Sonderbevollmächtigten nach Moskau entsenden.“ Die Sowjetregierung war bereit, Sir Richard Stafford Cripps als Botschafter zu akkreditieren. Zugleich unterstrich sie, daß es nicht erforderlich sei, [126:] ihm einen Sonderstatus zu verleihen. Am 2. Juni 1940 informierte das Foreign Office die Botschaft der UdSSR in London darüber, daß die britische Regierung Stafford Cripps entsprechend den allgemein üblichen Bedingungen als Botschafter ernenne und darauf verzichte, von irgendeiner „Sondermission“ zu sprechen. Am 12. Juni traf der neue Botschafter Großbritanniens in Moskau ein.⁵³

R. A. Butler hatte bereits am 23. Mai 1940 dem sowjetischen Botschafter mitgeteilt, daß die neue Regierung bereit sei, mit der UdSSR ein Handelsabkommen abzuschließen. Die britische Regierung werde darüber hinaus bei der französischen Regierung vorstellig werden, um darauf hinzuwirken, die Schiffe „Selenga“ und „Majakowski“ auslaufen zu lassen. Am 25. Mai 1940 erklärte der neue britische Minister für wirtschaftliche Kriegführung Hugh Dalton gegenüber I. M. Maiski, daß er die Haltung der früheren britischen Regierung in der Frage der Handelsgespräche mit der UdSSR als unklug erachte. Die ausgetauschten Memoranden sollten als erledigt betrachtet und die Verhandlungen von vorn begonnen werden. Die neue britische Regierung habe, versicherte er, den ernsthaften Wunsch, die Beziehungen zwischen Großbritannien und der UdSSR zu verbessern. Als äußeres Zeichen dieses

⁵³ Vgl. W. P. und Z. K. Coates, Vom Interventen zum Alliierten ..., a. a. O., S. 677; I. M. Maiski, Memoiren eines sowjetischen Botschafters, Berlin 1967, S. 620 ff.

neuen Herangehens habe die britische Regierung beschlossen, die sowjetischen Schiffe „Selenga“ und „Majakowski“ freigegeben zu lassen. Sie sei deshalb bei der französischen Regierung vorstellig geworden, da sich beide Schiffe in Gebieten befänden, für die Frankreich zuständig sei. Am 18. Juni 1940 konnten das Frachtschiff „Selenga“ und am 20. Juni 1940 die „Majakowski“ Kurs auf ihre Heimathäfen nehmen.

Die Besorgnis Londons über die rapide Verschlechterung der militärisch-politischen Stellung Großbritanniens schlug nach der Niederlage Frankreichs in Alarmstimmung um. Dementsprechend verstärkte sich das britische Interesse, die Beziehungen zur UdSSR konstruktiver zu gestalten. Am 25. Juni 1940 richtete Churchill eine persönliche Botschaft an J. W. Stalin. Früher hatte es persönliche Schreiben in dieser Form nicht gegeben. In der Botschaft hieß es unter anderem: „In der Vergangenheit – besonders in der jüngsten Vergangenheit – haben unsere Beziehungen ... unter gegenseitigem Argwohn gelitten ... Seither aber ist ein neuer Umstand eingetreten, der es ... wünschbar macht, daß unsere beiden Länder ihren früheren Kontakt wieder aufnehmen, damit wir einander, wenn nötig, in jenen europäischen Angelegenheiten zu Rate ziehen, die uns beide notwendigerweise interessieren müssen.“ Der britische Regierungschef schlug vor, mit der Sowjetregierung „jedes der umfassenden Probleme ..., die durch Deutschlands jetzigen Versuch aufgeworfen werden, Europa durch stufenweise Eroberung und Aufsaugung systematisch zu unterwerfen“, ausführlich zu erörtern.⁵⁴

Die Sowjetregierung wiederholte ihre Bereitschaft, die Beziehungen zu Großbritannien zu verbessern. Am 15. Juni begannen in Moskau sowjetisch-briti-[127:]sche Handelsgespräche. Großbritannien wurde von Stafford Cripps vertreten. Der britische Botschafter traf mit W. M. Molotow, dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, und mit A. I. Mikojan, dem Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, zusammen. Am 1. Juli 1940 wurde Cripps von J. W. Stalin empfangen. Erörtert wurden Fragen der militärischen Lage in Europa sowie die politischen und ökonomischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der UdSSR. Alles schien, als ob die britische Regierung endlich ihre unrealistische Politik gegenüber der UdSSR revidieren werde. Im Sommer 1940 unternahm Großbritannien jedoch wiederum zahlreiche Aktionen, die es erschwerten, die sowjetisch-britischen Beziehungen zu normalisieren. Das britische Kabinett war nicht bereit, die Wiedervereinigung der drei baltischen Republiken mit der UdSSR anzuerkennen; sie beschlagnahmte das bei britischen Banken deponierte Gold der baltischen Sowjetrepubliken; sie ließ 24 estnische und lettische Frachtschiffe festsetzen, die zu dieser Zeit in britischen Häfen vor Anker lagen. Die baltischen Seeleute, die forderten, in ihre Heimat zurückkehren zu können, wurden in Sonderlagern interniert. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR protestierte energisch gegen derartige rechtswidrige Handlungen Großbritanniens.

Das Lavieren der britischen Regierung brachte Stafford Cripps, der sich ehrlich dafür einsetzte, die sowjetisch-britischen Beziehungen zu verbessern, in eine komplizierte Lage. Der britische Historiker Eric Estorick schreibt in diesem Zusammenhang: „Es schien Cripps, daß ein jeder Schritt, den er in Moskau mit dem Ziel unternahm, die Beziehungen zur Sowjetregierung zu verbessern, sogleich durch irgendein törichtes Gegenmanöver seitens der britischen Regierung in London beantwortet wurde ... Er war der Auffassung, daß die englische Regierung damit den Deutschen direkt in die Hände spielte.“⁵⁵

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR wandte sich wegen dem beschlagnahmten Gold der baltischen Staaten mehrfach an die britische Regierung. Nichtsdestoweniger versuchte London, zwei nicht miteinander zu vereinbarende Dinge zu verbinden: Während Großbritannien einerseits seine sowjetfeindliche Politik fortsetzte, wollte es sich andererseits den vorteilhaften Handel mit der UdSSR nicht entgehen lassen.

Die Zeit verging, doch die sowjetisch-britischen Beziehungen stagnierten auf Verschulden Londons. Die Notwendigkeit, sich von ihren bisherigen Zielvorstellungen zu trennen, wurde für die britischen herrschenden Kreise indes immer dringlicher. In einem am 13. Oktober 1940 an das Foreign Office

⁵⁴ W. S. Churchill, Der zweite Weltkrieg, Bd. II, Erstes Buch, Stuttgart/Hamburg 1950, S. 167.

⁵⁵ E. Estorick, Stafford Cripps. Master Statesman, New York 1949, S. 239.

in London gerichteten Telegramm entwickelte Cripps eine Reihe realistischer Vorschläge. Der Botschafter schlug eine bestimmte Korrektur der antisowjetischen Position Großbritanniens vor. Er ging vor allem davon aus, daß „die Sowjetregierung es letzten Endes vorziehen würde, daß nicht Deutschland der Sieger bliebe, ... daß die deutsche Bedrohung durch Erzielung eines Abkommens mit den Achsenmächten solange hinausgezögert würde, bis Rußland ausreichend stark sein wer-[128:]de, Deutschland die Stirn zu bieten und eine Niederlage bereiten zu können“. Cripps wies darauf hin, daß eine Politik Großbritanniens perspektivlos sei, bei der „die britische Regierung, ohne selbst Sowjetrußland irgendwelche wesentlichen Vorschläge zu machen, weiterhin erwarte, daß die Sowjetregierung das Risiko auf sich nehmen werde, sowohl gegen die Achsenmächte als auch gegen Japan Krieg zu führen“⁵⁶.

Die Regierung Churchill lehnte jedoch faktisch alle von Cripps unterbreiteten Vorschläge ab. Gleichzeitig leitete die britische Führung ein großangelegtes provokatorisches Manöver gegen die UdSSR ein. Am 22. Oktober 1940 informierte Cripps den Ersten Stellvertreter des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. J. Wyschinski, von dem Anliegen der britischen Regierung, mit der UdSSR ein Handelsabkommen und danach einen Nichtangriffspakt ähnlich dem sowjetisch-deutschen abzuschließen. Dabei wies Cripps auf die besondere Vertraulichkeit dieses Vorschlages hin.⁵⁷ Anfang November, unmittelbar vor der Berlinreise des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, gab das Foreign Office den Inhalt dieser Vorschläge der Presse preis. Am 11. November 1940 antwortete der Erste Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten auf die britischen Vorschläge negativ. Am 19. November erklärte A. J. Wyschinski, daß einer Mitteilung der Botschaft der UdSSR in London zufolge „das Foreign Office, dessen Beamte im Verlauf der letzten Tage verschiedenen Journalisten von der Demarche Cripps' Mitteilung vom 22. Oktober machten, die Quelle bilden, von der die Gerüchte ihren Ausgang nahmen“.

Dieser wie auch andere Schritte der Regierung Churchill bewiesen, daß das Ziel der britischen Regierung weniger darin bestand, die britisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern, sondern sie darauf hinarbeitete, die Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland in der Hoffnung zusätzlich zu belasten, einen Konflikt zwischen beiden Staaten zu provozieren. Diese Haltung bestätigte auch die forcierte sowjetfeindliche Tätigkeit Londons hinsichtlich internationaler Probleme, die die Sicherheit der UdSSR unmittelbar berührten. So übermittelte Halifax am 15. Oktober 1940 an Cripps folgende Weisung: „Es ist keineswegs erwünscht, daß die Sowjetregierung mit Japan irgendeinen Pakt abschließt, der die Einstellung oder Verminderung ihrer Lieferungen an China bedeuten, Japan aller Sorgen im Norden entheben würde, wodurch es die Möglichkeit erhielte, auf uns und die Holländer im Süden Druck auszuüben.“⁵⁸

Im südlichen Vorfeld der UdSSR verstärkte sich das Bestreben Großbritanniens, die Regierung Irans zu bewegen, auf ihre traditionelle Neutralitätspolitik zu verzichten und eine offen sowjetfeindliche Position einzunehmen. Während der Berliner Verhandlungen, die im November 1940 zwischen Deutschland und der Sowjetunion stattfanden, eröffnete die britische Diplomatie in Teheran unter der Losung „Iran ist von Deutschland an die Sowjetunion verkauft worden“ eine [129:] großangelegte Propagandakampagne. Der deutsche Gesandte in Teheran, Erwin Ettl, schlußfolgerte, daß mit dieser Propagandaaktion das Ziel verfolgt wurde, „neues Mißtrauen zwischen Iran und der Sowjetunion zu säen, um dadurch die Beziehungen zwischen beiden Ländern erneut zu stören“⁵⁹.

Anfang Dezember 1940 entschloß sich die britische Regierung, die festgesetzten Schiffe der baltischen Republiken zu beschlagnahmen und auf ihnen die britische Flagge hissen zu lassen. Am 6. Dezember 1940 legte der sowjetische Botschafter gegen diesen Willkürakt der britischen Regierung schärfsten Protest ein.

⁵⁶ PRO. Premier, 1/443.

⁵⁷ Vgl. W. P. und Z. K. Coates, Vom Interventen zum Alliierten ..., a. a. O., S. 688 f.

⁵⁸ PRO. Foreign Office, 418/86, S. 43.

⁵⁹ ADAP, Serie D, Bd. XI. 2, Bonn 1964, S. 501; vgl. auch a. a. O., S. 529 f.

Der komplizierte Weg zu mehr Realismus in der Politik Winston Churchills

Am 27. Dezember 1940 fand das erste Treffen des sowjetischen Botschafters mit dem am 22. Dezember neuernannten britischen Außenminister Anthony Eden statt. Eine neue Runde der pseudo-konstruktiven Haltung Londons in seinen Beziehungen zur UdSSR wurde eingeleitet.

Eden erklärte, daß zwischen Großbritannien und der UdSSR nach seinem Dafürhalten keine unüberwindlichen Widersprüche bestünden und er gute Beziehungen zwischen beiden Seiten für durchaus möglich halte. Er versprach, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das britisch-sowjetische Verhältnis normalisieren zu helfen. Der Botschafter der UdSSR bemerkte, daß – wolle Eden tatsächlich dazu beitragen – die britisch-sowjetischen Beziehungen zu verbessern, es erforderlich sei, vor allem die Atmosphäre in der baltischen Frage zu entspannen. In einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter am 3. Januar 1941 gab R. A. Butler zu verstehen, daß Eden „jetzt die Fragen neu überdenkt, wie an die Harmonisierung der englisch-sowjetischen Beziehungen am besten herangegangen werden könnte“. Die weiteren Worte Butlers ließen erkennen, daß die britische Regierung die baltische Frage zu umgehen und gleichzeitig den Abschluß eines Handelsabkommens voranzubringen beabsichtigte. Sollte sich dies als unmöglich erweisen, wolle man durch das „Fallenlassen“ der baltischen Frage ein Handelsabkommen erreichen. Großbritannien versuchte also erneut, sich ausschließende Momente miteinander zu verbinden. Dementsprechend reagierte natürlich die UdSSR. Am 1. Februar wurde Cripps von W. M. Molotow empfangen. Der Volkskommissar mußte feststellen, daß sich die Erwartungen der Sowjetregierung hinsichtlich der Beziehungen zu Großbritannien bisher nicht erfüllt hätten. Eher das Gegenteil sei eingetreten: Während die UdSSR keinerlei unfreundliche Schritte gegen Großbritannien unternommen habe, hätte London 1940 erneut unfreundliche Akte gegenüber der UdSSR begangen. Dies könne nur als mangelnde Bereitschaft der britischen Regierung interpretiert werden, die Beziehungen zwischen beiden Ländern wirklich zu entkrampfen. Der sowjetische [130:] Außenminister verwies auf das Beispiel der baltischen Republiken, des Goldes, der Schiffe u. a.

Am 24. Februar 1941 teilte Cripps dem Ersten Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. J. Wyschirtski, mit, daß er die Weisung erhalten habe, am 28. Februar mit Eden in Istanbul zusammenzutreffen. In diesem Zusammenhang bat er aus eigener Initiative, die Meinung J. W. Stalins darüber zu erfahren, ob es sinnvoll und möglich sei, ein Treffen zwischen Eden und Stalin zu arrangieren, auf dem die britisch-sowjetischen Beziehungen erörtert werden könnten. Am 25. Februar 1941 wurde Cripps mitgeteilt, daß die Sowjetregierung der Auffassung sei, daß „gegenwärtig noch nicht die Zeit für die Lösung der großen Fragen durch eine Begegnung mit den führenden Persönlichkeiten der UdSSR gekommen ist, dies um so mehr, als ein solches Treffen auch politisch noch nicht vorbereitet wurde“.

Am 18. April ging der Sowjetregierung von Cripps ein äußerst aufschlußreiches Memorandum zu. Darin hieß es, wenn sich der Krieg in die Länge ziehen sollte, so könnte bei bestimmten Kreisen in Großbritannien der Gedanke auftauchen, diesen Krieg gegen Deutschland zu dessen Bedingungen zu beenden, wodurch den deutschen Imperialisten unbegrenzter Spielraum für ihre Expansion in östlicher Richtung gegeben würde. Eine solche Idee könnte, nach den Worten von Cripps auch in den USA Anhänger finden. Cripps deutete damit unumwunden an, daß ein neues Komplott des Imperialismus gegen die UdSSR durchaus möglich war.⁶⁰

Selbstverständlich war es nicht unbegründet, die Frage so zu stellen. Die Verständigung mit dem deutschen Faschismus auf Kosten der UdSSR war von den britischen herrschenden Kreisen durch langjähriges Entgegenkommen gegenüber den Forderungen Berlins von der Logik der „Münchener Konzeption“ insgesamt vorbereitet worden. So richtete beispielsweise Lord Charles Roden Baxton im Namen zahlreicher Mitglieder des Oberhauses ein Memorandum an Chamberlain, in dem er für Friedensverhandlungen mit Deutschland plädierte und sich darauf bezog, daß sich „Hitler in einer schwierigen Lage befindet, dies besonders gegenüber Rußland in Anbetracht der widersprüchlichen

⁶⁰ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 176.

Meinungen in Deutschland zur Rußlandfrage“.⁶¹ Der britische Historiker Ian Duncan stellte dazu fest, daß „in vielen dieser Vorschläge indirekt darauf hingewiesen wurde, man müsse (Deutschland) Handlungsfreiheit gegen Rußland im Osten als Belohnung für den Friedensschluß einräumen“⁶².

Cripps' Memorandum war nicht nur als Warnung zu verstehen. Der Botschafter versuchte offensichtlich auch Druck auszuüben und die UdSSR zu veranlassen, ihre Neutralitätspolitik gegenüber den kriegführenden Staaten aufzugeben. „In Zusammenhang damit muß man daran erinnern“, hieß es im Schlußteil des Memorandums, „daß die Regierung Großbritanniens nicht so unmittelbar an der Wahrung der Unantastbarkeit der Sowjetunion interessiert ist wie zum Beispiel [131:] an derjenigen Frankreichs und einiger anderer westeuropäischer Länder.“⁶³ Cripps stellte die Frage: „Ist die Sowjetregierung gewillt, ihre Beziehungen zu England zu verbessern oder wünscht sie diese Beziehungen in dem Zustand zu belassen, in dem sie sich gegenwärtig befinden?“⁶⁴

Die Sowjetregierung erklärte unmißverständlich, daß „allein schon derartige Fragestellungen sich merkwürdig ausnehmen und im übrigen falsch sind, da nicht die Sowjetregierung, sondern die britische Regierung es war, die unsere Beziehungen in den Zustand versetzt hat, in welchem sie sich gegenwärtig befinden“.

Ende März 1941 schlußfolgerte die britische Regierung auf Grund der Informationen ihres Geheimdienstes, daß sich Deutschland darauf vorbereite, die UdSSR zu überfallen. In einem Brief, den Churchill J. W. Stalin übergeben ließ, hieß es: „Ich habe zuverlässige Informationen vom einem vertrauenswürdigen Agenten, daß die Deutschen, als sie glaubten, Jugoslawien in ihr System einbezogen zu haben – also nach dem 20. März – drei von fünf Panzerdivisionen aus Rumänien nach Südpolen zu verlegen begannen. Sowie sie von der Revolution in Serbien erfuhren, wurde diese Bewegung in ihr Gegenteil verkehrt. Eure Exzellenz werden die Bedeutung dieser Tatsache leicht ermessen können.“⁶⁵ So bedeutungsvoll diese Mitteilung auch war, die Sowjetregierung mußte sie im Kontext einer der wichtigsten Aufgaben der britischen Diplomatie sehen: eine möglichst schnelle Kollision der UdSSR mit Deutschland herbeizuführen. Dabei griff man auch zu ausgesprochen provokatorischen Mitteln. So spielte zum Beispiel das britische Geheimdienstzentrum in New York, unterstützt vom FBI, der deutschen Botschaft in den USA folgende Information zu: „Aus einer im höchsten Grad zuverlässigen Quelle wurde bekannt, daß die UdSSR beabsichtigt, eine weitere Aggression in dem Augenblick zu begehen, wo sich Deutschland zu irgendwelchen großen militärischen Operationen entschließen wird.“ Wie vom britischen Geheimdienst selbst definiert wurde, war dies „ein Desinformationsmaterial von strategischer Bedeutung“.⁶⁶ So wurde durch ebendiese britische Politik sogar eine Information entwertet, die auf realen Fakten basierte.

Der amerikanische Historiker Barton Whaley stellt in seiner Arbeit „Codeword BARBAROSSA“ fest, daß sich die Sowjetregierung keinerlei Illusionen über die Pläne Deutschlands gemacht und ihr Ziel darin bestanden hätte, das Land bis zum Jahre 1942, in dem „die Rote Armee unbesiegbar sein würde“, aus dem Krieg herauszuhalten.⁶⁷ Der Autor weist weiterhin auf die außerordentliche Widersprüchlichkeit der Informationen hin, die über die Vorbereitung Deutschlands auf eine Aggression gegen die UdSSR sowohl von diplomatischer Seite als auch von den Geheimdiensten der Westmächte lanciert wurden. Wie Whaley [132:] schreibt, war die Desinformationswelle so groß, daß selbst die japanische Regierung als stärkster Verbündeter Deutschlands faktisch nichts von einem Überfall wußte und die deutschen Vorbereitungen im Osten „nur als ein Manöver, mit dem die Vorbereitung auf die Invasion in England verschleiert werden soll“, interpretierte.⁶⁸

⁶¹ PRO. Premier, 1/443.

⁶² The Daily Telegraph vom 1.1.1971.

⁶³ Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 176.

⁶⁴ E. L. Woodward, British Foreign Policy in the Second World War, vol. I, London 1970, S. 608.

⁶⁵ W. S. Churchill, Der zweite Weltkrieg, Bd. III, Erstes Buch, Stuttgart 1951, S. 427.

⁶⁶ H. M. Hyde, Room 3603. The Story of the British Intelligence Center in New York during the World War II, New York 1963, S. 58.

⁶⁷ B. Whaley, Codeword BARBAROSSA, Cambridge/Massachusetts 1973, S. 226.

⁶⁸ A. a. O., S. 237

In dem Maße, in dem die faschistische Bedrohung wuchs, zwang die Logik der Ereignisse das Kabinett Churchill, die entstandene Lage realistischer zu bewerten. Auf ein am 22. April 1941 aus Moskau eintreffendes Telegramm des britischen Botschafters machte Churchill folgende Bemerkung: „Die Sowjetregierung weiß sehr wohl über die ihr drohenden Gefahren Bescheid, ebenso aber auch, daß wir ihre Hilfe benötigen.“⁶⁹ Ende März 1941 informierte Cripps das Foreign Office darüber, die Sowjetregierung bekunde durch ihr Verhalten den Wunsch, „den Boden für eine Annäherung an uns vorzubereiten“⁷⁰. Am 13. Juni erklärte Anthony Eden dem sowjetischen Botschafter im Namen Churchills, falls in naher Zukunft ein Krieg zwischen der UdSSR und Deutschland ausbräche, sei die britische Regierung bereit, der Sowjetunion im Nahen Osten durch die britischen Luftstreitkräfte volle Unterstützung zu erweisen. Eden kündigte weiter an, man könne eine Militärmission, bestehend aus Vertretern der drei Teilstreitkräfte, in die UdSSR entsenden, um Erfahrungen zu übermitteln und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR zu beleben, sie könne zu dieser Mission den Weg über den Persischen Golf oder Wladiwostok nutzen.⁷¹

Äußerst mühevoll und umständlich rangen sich die britischen herrschenden Kreise zu jener Entscheidung durch, die Churchill in seiner Rundfunkansprache an das britische Volk am 22. Juni 1941 erläuterte. „Niemand ist ein unversöhnlicherer Gegner des Kommunismus gewesen als ich selbst seit fünfundzwanzig Jahren. Ich nehme nicht ein einziges Wort zurück, das ich zu dem Thema gesagt habe. Doch alles verblaßt vor dem Schauspiel, das sich jetzt abwickelt ... Die Gefährdung Rußlands ist daher unsere eigene Gefährdung und die Gefährdung der Vereinigten Staaten, und der Kampf jedes Russen für Heim und Herd ist der Kampf aller freien Menschen und aller freien Völker in allen Teilen der Welt.“⁷²

[133:]

5. Die UdSSR und die Vereinigten Staaten von Amerika

„Warum konnte sich Roosevelt nicht entschließen, die Beziehungen zur UdSSR abubrechen ...?“

„Was unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika angeht“, erklärte W. M. Molotow am 29. März 1940 auf der VI. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR, „so haben sich diese in der letzten Zeit nicht verbessert und wohl auch nicht verschlechtert, wenn man von dem sogenannten moralischen Embargo gegenüber der UdSSR absieht, das jedweden Sinnes entbehrt, besonders nach dem Friedensschluß zwischen der UdSSR und Finnland.“⁷³

Die UdSSR war auch in der Anfangsphase des zweiten Weltkrieges bereit, konstruktive Beziehungen zu den Vereinigten Staaten herzustellen. Zugleich mußte die Sowjetunion unter Berücksichtigung der wirklichen Politik der herrschenden Kreise der USA, die ständig ihre antikommunistischen Positionen in Erinnerung brachten, ihr Verhältnis zu den USA präzisieren, ihre eigene Linie entwickeln.

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges war die amerikanische Politik gegenüber der UdSSR in gewissem Maße mit der Linie Londons vergleichbar. Das „konstruktive“ Herangehen Großbritanniens an die Beziehungen zur UdSSR wurde von der Kalkulation einer Verschärfung der sowjetisch-deutschen Beziehungen bestimmt, und es aktivierte sich, als sich die Lage Großbritanniens auf Grund der wachsenden Bedrohung von seiten des faschistischen Deutschlands verschlechterte. Etwa die gleichen Motive veranlaßten die USA, einen ähnlichen Kurs einzuschlagen. Der Unterschied bestand allerdings darin, daß die Haltung der USA nicht nur von der deutschen, sondern auch von der japanischen Politik beeinflußt wurde. Das „Neue“ des amerikanischen Herangehens an die Beziehungen zur UdSSR beschränkte sich jedoch nur auf wenig nützliche allgemeine Deklarationen.

In Washington war man auf jede Art und Weise bestrebt, den japanischen Expansionsdrang von der eigenen Interessensphäre weg in Richtung UdSSR zu lenken. Das Weiße Haus war sich natürlich

⁶⁹ E. L. Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, vol. I, London 1962, S. 149.

⁷⁰ W. N. Medlicott, *The Economic Blockade*, vol. I, London 1952, S. 656.

⁷¹ Vgl. *Geschichte des zweiten Weltkrieges ...*, Bd. 3, a. a. O., S. 423.

⁷² W. S. Churchill, *Der zweite Weltkrieg*, Bd. III, Erstes Buch, a. a. O., S. 442, 444.

⁷³ *Schestaja sessija Werchownoho Sowjeta SSSR ...*, a. a. O., S. 41.

bewußt, daß die UdSSR die entscheidende Kraft war, die Japan im Fernen Osten effektiven Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Gerade deshalb war die Diplomatie der USA daran interessiert, die Beziehungen Japans zur UdSSR zuzuspitzen. Als die Politik Tokios die Interessen der USA stärker zu tangieren begann, richteten die USA im „neuen Ton“ gehaltene Appelle an die UdSSR. Entscheidend war, daß die USA allgemeine Deklarationen, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen verbessern zu wollen, mit einer antisowjetischen Politik sowohl in den globalen internationalen als auch in untergeordneten Fragen verbanden, wobei sie den Worten von USA-[134:]Innenminister, Harold L. Ickes zu folge zur Taktik „ständiger Schläge ins Gesicht der UdSSR“ übergingen.⁷⁴

Zu den im September 1939 von der UdSSR an ihren Westgrenzen durchgeführten Maßnahmen verhielten sich die USA äußerst zurückhaltend. Am 23. September 1939 informierte der Geschäftsträger ad interim der UdSSR in den USA das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten über eine Erklärung von USA-Außenminister Cordell Hull auf einer Pressekonferenz, in der er die Position der USA verdeutlichte. „Hull hatte zu dieser Frage nichts zu sagen, da die USA-Regierung die entstandene Lage noch nicht in allen Einzelheiten studiert hat. Hull gab im übrigen zu verstehen, daß es die USA nicht eilig hätten, sich zu dieser Frage zu äußern, besonders zu einem Zeitpunkt, wo die unmittelbar interessierten Länder ihre Haltung noch nicht festgelegt haben.“

Dessen ungeachtet war die allgemeine Atmosphäre hinsichtlich der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in Washington merklich gespannt. Am 17. Oktober 1939 lenkte der Erste Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR in einem Gespräch mit USA-Botschafter Laurence A. Steinhardt die Aufmerksamkeit auf „die Zunahme der antisowjetischen Stimmungen in den USA, die zeitweise sogar die Form des direkten Auftretens von USA-Organen gegen die UdSSR annehmen“. Steinhardt entgegnete, daß er davon erstmals höre und er die Ursachen hierfür in der zunehmenden allgemeinen Erregung über den Krieg in Europa erblicke. Auch wenn es der Regierung der USA schwerfallen werde, das verantwortungslose Auftreten einzelner Personen zu verhindern, werde er dessen ungeachtet die erforderlichen Maßnahmen einleiten. Jedoch blieb alles beim alten.

In seinem „Geheimtagebuch“ schlußfolgerte Ickes, daß der finnische Konflikt dazu beigetragen hatte, in den USA eine großangelegte antisowjetische Kampagne zu inszenieren, an der nicht nur Presseorgane, sondern auch maßgebliche Regierungskreise beteiligt waren.⁷⁵ Alle Versuche der sowjetischen Vertreter in den USA, die Haltung der UdSSR in dieser Frage zu erläutern, scheiterten auf Grund der konservativen Haltung des Weißen Hauses. Die wichtigsten gegen die UdSSR getroffenen Maßnahmen der Regierung der USA bestanden, wie der Botschafter der UdSSR in den USA, K. A. Umanski, am 17. Februar 1940 nach Moskau berichtete, vor allem in militärischer und wirtschaftlicher Hilfe für Finnland, diplomatischem Druck auf die Sowjetregierung, der Reduzierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und den USA („moralisches Embargo“), der ständigen Ermunterung der antisowjetischen Kräfte in Europa sowie der Einflußnahme der amerikanischen Diplomatie auf jene Regierungen, die über die finnische Frage im Völkerbund entschieden.

Der reale Gradmesser der „Friedensliebe“ der USA war ihre umfangreiche, militärische, wirtschaftliche und finanzielle Hilfe für Finnland. Gleichzeitig wurde entsprechend dem am 2. Dezember 1939 gegen die UdSSR verhängten „moralischen Embargo“ der Export von Flugzeugen, Aluminium, Molybdän und allen sonstigen flugtechnischen Ausrüstungen in die Sowjetunion verboten. Dieses Embargo wurde auch auf die Ausfuhr von Ausrüstungen, Patenten und sonstigen Dokumentationen zur Produktion von hochoktanigem Treibstoff ausgedehnt. All das verschlechterte natürlich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Im zweiten Quartal 1940 verringerte sich der Export der USA in die Sowjetunion im Vergleich zum vorangegangenen Quartal um annähernd 50 Prozent. Im Mai 1940 erreichte der Export der USA in die UdSSR den Rekordtiefpunkt und betrug wertmäßig weniger als 500.000 Dollar.

⁷⁴ H. L. Ickes, *The Secret Diary of Harold L. Ickes*, vol. III: *The Lowering Clouds 1939-1941*, New York 1954, S. 436.

⁷⁵ Vgl. a. a. O., S. 134 f.

Wie A. A. Gromyko, damals Rat an der Botschaft der UdSSR in den USA, Anfang 1940 erklärte, „führten der Abbruch der sowjetisch-finnischen Verhandlungen, die weitere Entfaltung der Ereignisse in Finnland und die sich über die UdSSR ergießenden Verleumdungsströme dazu, daß einzelne Stimmen laut wurden, die den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR forderten“. Bereits im Dezember 1939 war im USA-Kongreß eine Resolution eingebracht worden, in der unter dem Vorwand, die Bedingungen für die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA seien von sowjetischer Seite „verletzt“ worden, gefordert wurde, die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR abubrechen. Da derartige Behauptungen der Realität diametral entgegenstanden, sah sich Außenminister Cordell Hull am 18. Januar 1940 gezwungen, das Bestehen solcher „Verletzungen“ zu dementieren. Am 8. Februar bemerkte er in einem Brief an den Senat, die Regierung der USA hätte keinerlei Anlaß, bei der Sowjetregierung wegen der Verletzung bestimmter Verpflichtungen, die die UdSSR auf Grund der Vereinbarung vom 16. November 1933⁷⁶ übernommen hatte, vorstellig zu werden.

Im Februar 1940 besuchte der Unterstaatssekretär im State Department Sumner Welles mehrere europäische Hauptstädte, so Rom, Berlin, London und Paris. Moskau war in sein Reiseprogramm nicht aufgenommen worden. In diesem Kontext stellte der Botschafter der UdSSR in den USA am 3. März 1940 fest: „Die vorzeitige Beendigung des Krieges paßt offenkundig nicht ins Konzept Roosevelts und würde nur dann aktuelle Bedeutung erlangen, sofern Welles eine Möglichkeit ausfindig macht, zwischen uns und die Deutschen einen Keil zu treiben.“

Die Mission von Welles bestand nach Meinung der Botschaft darin, „zu prüfen, inwieweit man sich der Deutschen gegen die Sowjetunion bedienen könnte, und zugleich Roosevelt die Chance zu verschaffen, angesichts der Wahlen die Lorbeeren eines Friedensstifters zu ernten“. Sir Alexander G. Cadogan, damals ständiger Stellvertreter des britischen Außenministers, schrieb später: „Bei uns bildete sich eindeutig der Eindruck heraus, daß Welles an einen Friedensplan [136:] dachte, der nicht die Beseitigung des Naziregimes Hitlers erforderlich machen würde.“⁷⁷

Die Mission Welles' stand offenbar mit der von Präsident Roosevelt am 9. Februar 1940 öffentlich abgegebenen Erklärung in Zusammenhang, daß auch die USA beabsichtigen, Finnland im Krieg gegen die UdSSR zu unterstützen.⁷⁸ Der Leiter der Europa-Abteilung im State Department Jay P. Moffat erklärte, daß sich Welles dafür ausgesprochen habe, die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR abubrechen.⁷⁹

Deutschland dagegen bereitete sich darauf vor, Norwegen und Dänemark zu überfallen, und war vor allem daran interessiert, daß Großbritannien und Frankreich eingeschüchtert wurden. Gemäß den Richtlinien, die Außenminister von Ribbentrop für die Unterhaltungen mit Welles am 29. Februar 1940 von Hitler persönlich erhalten hatte, wurde die Entschlossenheit Berlins besonders betont, den „Krieg siegreich zu beenden“⁸⁰.

Die Haltung der Regierung Roosevelt gegenüber der UdSSR wurde von A. A. Gromyko zu Beginn des Jahres 1940 in einem Brief an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR analysiert: „Warum konnte sich Roosevelt nicht entschließen, die Beziehungen zur UdSSR abubrechen, und warum ist die Aussicht eines solchen Abbruchs sowohl vor den Präsidentenwahlen von 1940 und auch danach im Falle der Wiederwahl Roosevelts wenig wahrscheinlich? Es geht hierbei nicht um irgendein besonderes Verhältnis Roosevelts zur UdSSR.“ In diesem Brief wurden die

⁷⁶ Gemeint ist der Briefwechsel vom 16. November 1933 zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, und dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Maxim M. Litwinow, betreffend Propaganda und gegenseitige Verpflichtung zur Nicht-Intervention – d. Red.

⁷⁷ The Daily Telegraph vom 1.1.1971.

⁷⁸ Vgl. F. D. Roosevelt, The Public Papers and Addresses. Ed. by S. I. Rosenman, vol. IX: War and Aid to Democracies, 1940, New York/London 1940, S. 79.

⁷⁹ Vgl. J. P. Moffat, The Moffat Papers. Selections from the Diplomatic Journals of Jay Pierrepont Moffat, 1919-1943, Cambridge/Massachusetts 1956, S. 280 f.

⁸⁰ ADAP, Serie D, Bd. VIII, Baden-Baden/Frankfurt/M. 1961, S. 645.

wichtigsten Gründe angeführt, die Roosevelt veranlaßten, auf den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR zu verzichten.

„Ungeachtet des tiefen Hasses, den die amerikanische Bourgeoisie gegenüber der UdSSR als dem Lande des Sozialismus, das im Laufe der Zeit immer stärker wird, an den Tag legt, und ungeachtet des gewaltigen Energieaufwandes, mit der sie in einer Reihe von Ländern gegen die UdSSR Stimmung macht, weiß sie sehr wohl, daß die UdSSR auch weiterhin auf dem Erdball existieren wird ...

Das fernöstliche Problem. Die Finanzkapitäne in den USA und die Regierung mit Roosevelt an der Spitze sind trotz ihrer großen Wut, die bei ihnen die Verbesserung unserer Beziehungen zu Japan ausgelöst hat, noch immer der Hoffnung, daß die UdSSR auch künftig die Gegenkraft gegen Japan im Fernen Osten bleiben wird ... Die weitsichtigsten Elemente der amerikanischen Bourgeoisie sind sich darüber im klaren, daß ungeachtet aller Zickzackwendungen in den Beziehungen zwischen den USA und Japan der Widerspruch ihrer Interessen im Fernen Osten unvermeidlich fortbestehen wird. China, an welchem die USA kein ge-[137:]ringes Interesse haben, und auch die Philippinen existieren weiter, womit folglich auch die Bedrohung der amerikanischen Interessen fortbesteht.

Dies steht durchaus nicht im Widerspruch zu der These, daß die USA bereit wären, ihre Interessen in China zugunsten der Organisierung eines Feldzuges gegen die UdSSR aufzugeben. Vorerst muß jedoch die amerikanische Bourgeoisie die Fakten in Rechnung stellen, auch wenn ihr diese nicht behagen.

Wenn sich Roosevelt für den Abbruch der Beziehungen zur UdSSR entscheiden sollte, würde er dadurch selbst sein Prestige als Präsident, der diese Beziehungen aufgenommen hat, in starkem Maße untergraben. Dies wiederum würde unzweifelhaft die Chancen Roosevelts verringern, als Präsident im Jahre 1940 wiedergewählt zu werden, denn die Republikaner würden im politischen Spiel vor der Wahlkampagne einen weiteren Trumpf in die Hand bekommen ...

Was die gegen die UdSSR erhobenen Beschuldigungen betrifft, in den USA die kommunistische Ideologie zu verbreiten, gegen die Staatsordnung in den USA einen Anschlag zu planen usw., so ist dies alles dazu bestimmt, die Massen hinters Licht zu führen, und wird von der Reaktion hauptsächlich als Vorwand benutzt, um gegen alle fortschrittlichen Organisationen im Lande und hierbei selbstverständlich vor allem gegen die KP der USA vorzugehen ...

Auch den Handelsinteressen kommt eine gewisse Bedeutung zu. Einige Gruppen der Bourgeoisie erblicken in der UdSSR einen nicht zu verachtenden Absatzmarkt für ihre Waren. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen würde sich unvermeidlich auch auf die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern auswirken. Das Dargelegte berechtigt keineswegs zu der Schlußfolgerung, daß nicht auch im weiteren von seiten der reaktionären Elemente Vorschläge kommen werden, die Beziehungen zur UdSSR abzubrechen.“

*Die antisowjetischen Barrieren auf dem Wege
zur Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen*

Unterdessen hatte sich die Situation in Europa weiter zuungunsten der britisch-französischen Koalition entwickelt. Die Niederlage Belgiens und die bevorstehende Kapitulation Frankreichs beunruhigten das Weiße Haus. Im Kongreß wurden immer mehr Stimmen laut, die forderten, die UdSSR in die britisch-französische Koalition einzubeziehen. Am 2. Juni 1940 notierte Harold L. Ickes in seinem Tagebuch: „Es ist offenkundig, daß seit dem Moment, als Churchill in England an die Macht gekommen ist, er Versuche unternimmt, eine Annäherung an Rußland zu bewerkstelligen. Als ich beim Präsidenten eintrat, befand sich unter den Problemen, die ich ihm zur Erörterung vorschlagen wollte, auch jenes, daß wir zu dieser Annäherung mittels der diplomatischen Kanäle beitragen könnten.“⁸¹ An anderer Stelle trug Ickes ein, daß in der unmittelbaren Umgebung des Präsidien-[138:]ten immer häufiger davon gesprochen werde, wie und wann man die Sowjetunion in den Krieg in Europa einbeziehen könne. „Doch alle stellen den Umstand in Rechnung, daß die Sowjetregierung, die sich

⁸¹ H. L. Ickes, *The Secret Diary ...*, vol. III, a. a. O., S. 192.

letzten Endes der Unvermeidlichkeit eines Zusammenstoßes mit Hitlerdeutschland bewußt ist, alles tut, um einen solchen nach Möglichkeit hinauszuzögern.“⁸²

Seit April 1940 verhandelten die UdSSR und die USA in Washington über, Handels- und Wirtschaftsfragen. Trotzdem setzten die USA ihre antisowjetischen Aktionen, besonders in der sogenannten baltischen Frage, fort. In der vom State Department hinsichtlich der sozialistischen Revolutionen im Baltikum am 23. Juli 1940 abgegebenen Erklärung wurden die realen Fakten entstellt, der Wille der Völker Litauens, Lettlands und Estlands, die in die UdSSR aufgenommen werden wollten, verfälscht und mit heuchlerischem Moralgerede und Demagogie unterlegt. Selbst die „New York Times“ vom 29. Juli 1940 qualifizierte die Erklärung des State Departments als „eines jener diplomatischen Dokumente, die ein völliges Extrem darstellen und das von unwahren Behauptungen und feindseligen Akten gegen die Sowjetunion nur so strotzt“. Deshalb wurde im Bericht der Sowjetregierung auf der VII. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 1. August 1940 eingeschätzt, daß über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen „nichts Gutes gesagt werden kann“.

Der bedeutende Machtzuwachs der Achsenmächte nach der Niederlage Frankreichs, die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes, die komplizierte Lage Großbritanniens, vor allem die weitere Zuspitzung der amerikanisch-japanischen Widersprüche – all jene Faktoren gefährdeten die Sicherheit der USA in wachsendem Maße. Am 28. September 1940 notierte H. L. Ickes: „Für mich ist unverständlich, warum wir nicht alles tun sollten, um möglichst die besten freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland zu unterhalten ... Wenn das so weitergeht und England eine Niederlage beschieden sein sollte, haben die Vereinigten Staaten keinen einzigen Freund mehr auf der Welt.“⁸³ Diese Idee griff sowohl in den politischen Kreisen als auch 'in der Öffentlichkeit der USA immer mehr um sich. In einem Bulletin der einflußreichen amerikanischen „Foreign Policy Association“ wurde zur Annäherung zwischen „den USA und der UdSSR als den beiden mächtigsten neutralen Ländern“ aufgerufen. Dabei kamen auch die antijapanischen Motive dieses Vorschlages zum Vorschein. Die Bemühungen der USA, Interessen zu wahren, wurde in dem genannten Bulletin festgestellt, müßten ergänzt werden „durch den Abschluß eines sowjetisch-amerikanischen Abkommens, das beide Seiten verpflichtet, die Unabhängigkeit Chinas zu wahren und den Status quo in Südostasien aufrechtzuerhalten“⁸⁴.

Am 13. August 1940 brachten die „New York Times“ und andere große amerikanische Tageszeitungen einen Artikel von Admiral Yates Stirling jr., der ein großes Echo auslöste. Stirling schrieb: „Unsere (der USA – P. S.) eigenen Beziehungen mit Moskau waren in zahlreichen Perioden während der letzten 20 Jahre [139:] alles andere als herzlich. Nichtsdestoweniger sollten die UdSSR und die USA im Grunde genommen miteinander Freundschaft halten. Das bedeutet nicht, daß wir ihr (der UdSSR – P. S.) Regierungssystem gutheißen sollten, doch müssen wir begreifen, daß unsere praktischen Interessen in vielerlei Hinsicht mit den Interessen der UdSSR parallel verlaufen.“ Die regierenden Kreise der USA mußten ihre positive Einstellung gegenüber der UdSSR offenbar öffentlich demonstrieren. Die Signale aus Tokio wurden immer beunruhigender.

Im Oktober 1940 erklärte der Premierminister Japans Fürst Fumimaro Konoye: „Wenn die USA in ihrem herausfordernden Verhalten gegenüber den Staaten der deutsch-italienisch-japanischen Achse unter dem Gesichtswinkel fortfahren, daß der dreiseitige Vertrag zwischen ihnen einen feindseligen Akt gegenüber den USA darstellt, dann gibt es für sie (Japan und seine Verbündeten – P. S.) nur eine einzige Alternative- die Entscheidung für einen Krieg gegen die USA.“ Die von Japan gegen die USA ausgesprochenen Drohungen nahmen immer mehr zu. Der ehemalige Oberkommandierende der japanischen Flotte Admiral Sankichi Takahashi definierte in einem Artikel über „die Neue Ordnung Japans in Ostasien“ die Prioritäten der japanischen Expansionspolitik: „Die erweiterte Zone Ostasiens wird in mehrere Etappen aufgebaut. In der ersten Etappe wird die Sphäre Japans Mandschukuo, China, Indochina*, Burma, den Raum der Meerenge von Malakka, Holländisch-Indien, Neuguinea, die Inseln im Westteil des Stillen Ozeans, die japanischen Mandatsinseln und die Philippinen umfassen.

⁸² A. a. O., S. 340 f.

⁸³ Ebenda.

⁸⁴ Foreign Policy Bulletin vom 23.6.1940.

* Laos, Kambodscha und Vietnam. *KWF*

Japan ist bereit, für die Verwirklichung dieser Politik Krieg zu führen.“ Die Frage, ob wir gegen die USA Krieg führen werden oder nicht, erklärte Takahashi, hängt voll und ganz von der amerikanischen Bereitschaft ab, die neue Ordnung in der „erweiterten ostasiatischen Zone anzuerkennen“⁸⁵.

Am 6. August 1940 wurde zwischen der UdSSR und den USA vereinbart, das laufende sowjetisch-amerikanische Handelsabkommen um ein weiteres Jahr, das heißt bis 6. August 1941, zu verlängern. Diese Vereinbarung wurde durch einen Briefwechsel zwischen dem Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, A. I. Mikojan, und dem Geschäftsträger der USA in Moskau, Walter Thurston, vollzogen.⁸⁶ Zu diesem Zeitpunkt begann man in Washington erneut die Frage der sowjetisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu erörtern. Im State Department fanden zahlreiche Treffen K. A. Umanskis und A. A. Gromykos mit Unterstaatssekretär Sumner Welles statt. Die sowjetischen Vertreter wiesen Welles mehrmals darauf hin, daß die USA, so sie ernsthaft daran interessiert seien, die Beziehungen zur UdSSR zu normalisieren, folgende Probleme positiv entscheiden müßten: die Rückführung des von der Staatsbank der UdSSR übernommenen und von der USA beschlagnahmten Goldes der baltischen Republiken; die Gewährung von Ausfuhrlicenzen für die in den USA von sowjetischen Organisationen bestellten Industrieausrüstungen; die Aufhebung des „moralischen [140:] Embargos“; die Unterbindung sowjetfeindlicher Äußerungen bestimmter offizieller Persönlichkeiten der USA und anderes.⁸⁷

W. M. Molotow betonte am 26. Dezember 1940 in einem Gespräch mit USA-Botschafter Steinhardt: „Die Sowjetregierung bemüht sich bis zum heutigen Tag bei der USA-Regierung um die Aufhebung einer Reihe unfreundlicher oder diskriminierender Maßnahmen gegenüber der UdSSR sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Gebiet. Bis zum heutigen Tage wurden jedoch nicht einmal solche Beschlüsse der amerikanischen Regierung aufgehoben wie das moralische Embargo, für das keinerlei stichhaltige Gründe bestehen.“ Trotzdem waren die Bemühungen der sowjetischen Diplomatie nicht erfolglos. Der sowjetische Botschafter in den USA konnte am 4. Januar 1941 einige positive Verhandlungsergebnisse mitteilen: „... die Vereinbarung eines Notenaustauschentwurfs zur Goldfrage; die Bereitstellung amerikanischer Schiffstonnage für die Sowjetunion, so von Tankern; die Verbesserung der Bedingungen für unsere im Flugzeugmotorenbetrieb Curtiss-Wright Corporation tätige Kommission; die von der USA-Regierung bekundete Bereitschaft, Monteuren und anderen amerikanischen Spezialisten die Tätigkeit in der UdSSR zu gestatten; die faktische Einstellung der in den letzten Monaten aufgetretenen kleinlichen Behandlung sowjetischer Organisationen seitens der amerikanischen Behörden und der Übergriffe gegenüber sowjetischen Bürgern; die Verlegung einer Fernmeldeleitung durch den Stillen Ozean, die man sogar den Deutschen abgeschlagen hat, zahlreiche öffentliche Erklärungen von Welles über den angeblich befriedigenden Verlauf der Verhandlungen usw.“⁸⁸ In anderen wesentlichen Fragen jedoch betonte K. A. Umanski, erbrachten die Verhandlungen keine befriedigenden Ergebnisse (Frage der Ausrüstungen), zogen sich hin (Frage des „moralischen Embargos“) oder zeugten besonders hinsichtlich der sowjetischen Westgrenze von der unverändert sowjetfeindlichen Haltung der amerikanischen Regierung. „Die Taktik, die von der amerikanischen Regierung bei diesen Verhandlungen verfolgt wurde“, heißt es im Bericht, „hatte das Ziel, eine Verbesserung der sowjetisch-japanischen Beziehungen zu verhindern sowie die Aussichten einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland zu sondieren und Handelsfragen als Mittel der Druckausübung auf die sowjetische Außenpolitik auszunutzen.“

In einer Information zur ökonomischen Lage der USA im Jahre 1940 hob A. A. Gromyko bei der Charakterisierung der Situation im sowjetisch-amerikanischen Handel hervor, daß die sowjetischen Einkäufe von Ausrüstungen, darunter auch zur Produktion von Flugzeugen, zurückgegangen seien. Insbesondere würde die Lieferung von Flugzeugausrüstungen, Krackanlagen und einer Reihe wichtiger amerikanischer Werkzeugmaschinenarten untersagt.

⁸⁵ The New York Times vom 13.11.1940.

⁸⁶ Vgl. Geschichtedeszweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 424.

⁸⁷ Vgl. a. a. O., S. 424 f.

⁸⁸ Vgl. hierzu auch: Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 425.

Obwohl der Import der UdSSR aus den USA mengenmäßig zunahm, ging er wertmäßig zurück, da die Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen, an denen die UdSSR besonders interessiert war, nicht realisiert wurden. Der Export [141:] der USA in die UdSSR erhöhte sich 1940 gegenüber dem Vorjahr um 54 Prozent, während sich der USA-Import von Waren aus der UdSSR im gleichen Zeitraum um etwa 17 Prozent verringerte. Der Anteil des Exports der USA in die UdSSR betrug gemessen am Gesamtexport des Jahres 1940 2,2 Prozent, während er sich im Vorjahr bei 1,8 Prozent bewegt hatte. Der USA-Import aus der UdSSR betrug 1940 0,8 Prozent und 1939 1,1 Prozent des Gesamtimportes. Der Saldo zugunsten der USA erhöhte sich 1940 auf 66,2 Mill. Dollar gegenüber 31,6 Mill. Dollar im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Jahres.

Am 22. Januar 1941 hoben die USA das „moralische Embargo“ gegen die Sowjetunion auf. Trotzdem wurde die UdSSR auch nach Aufhebung des „moralischen Embargos“ weiter diskriminiert. So weigerten sich die USA vom Februar bis Mai 1941 weiter, bestimmte Ausfuhrlizenzen zu erteilen, und hielten für die UdSSR verschiedene Güter im Werte von 29 Mill. Dollar zurück. Von den sowjetischen Neubestellungen im Werte von 49,9 Mill. Dollar untersagten die USA-Behörden Warenlieferungen im Werte von 38 Mill. Dollar; bereits akzeptierte Bestellungen für die restliche Summe waren häufig an unannehmbare Bedingungen gebunden.

Diesen Kurs verfolgten die USA bis unmittelbar vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges. So hielten die USA eine Schiffsladung mit Wolle und Häuten zurück, die die UdSSR in Argentinien und Uruguay erworben hatte. Die Sowjetregierung erhob am 14. Mai 1941 bei der Regierung der USA energischen Protest. Am 12. Juni 1941 durchsuchten die amerikanischen Zollbehörden das sowjetische Frachtschiff „Jakut“, das in San Francisco vor Anker lag. Im selben Monat beschlagnahmten die USA die Frachtschiffe „Maret“, „Chardshurand“ und „Denni“, die ehemals estnischer bzw. litauischer Besitz waren. Am 14. Juni war ein Gesetz verabschiedet worden, demzufolge die in den USA deponierten Finanzen Deutschlands, Italiens sowie jener Staaten eingefroren werden konnten, die mit Deutschland und Italien Handel trieben. Zu den betroffenen Ländern zählte auch die Sowjetunion. Die feindselige Haltung der USA-Behörden zeigte sich auch in relativ geringfügigen Fragen, wie zum Beispiel im Verhalten gegenüber den in den USA tätigen sowjetischen Einrichtungen. Es wurden künstliche Hindernisse bei der Zustellung der an die sowjetische Botschaft adressierten Post errichtet, sowjetische Zeitungen und Bücher, die von Einrichtungen der UdSSR in den USA abonniert worden waren, wurden vernichtet usw.

Die Botschaft der USA in Moskau handelte entsprechend den antisowjetischen Kursvorgaben Washingtons. USA-Botschafter L. A. Steinhardt schrieb am 17. Juni 1941 an das State Department: „Ich bin mit der Linie von ganzem Herzen einverstanden, die das State Department entschieden hat, in seinen Beziehungen zur Sowjetunion zu verfolgen ... Eine feste Politik, so wie sie festgelegt wurde, ist am besten geeignet, unser Prestige in Moskau zu wahren“⁸⁹.

Die antisowjetische Politik der USA war das wichtigste Moment, das die konstruktive Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen belastete. [142:] Die politische Realität entwertete die vielversprechenden Deklarationen Washingtons. Offensichtlich war die politische Führung der USA trotz der wachsenden faschistischen Bedrohung nicht bereit, sich der UdSSR zu nähern. Nach einem Gespräch mit dem Botschafter der UdSSR notierte Harold L. Ickes am 16. Februar 1941: „Weder wir noch England waren Rußland gegenüber ehrliche Spieler, seitdem Hitler zu wüten begann, und selbst jetzt, wo wir uns an der Schwelle zu einer höchst kritischen Zukunft befinden, unternehmen wir keinen einzigen realen Schritt in der Richtung, mit Rußland zu einem gewissen Einvernehmen zu gelangen. In seiner Kritik an unserem außenpolitischen Kurs spricht Umanski in dem Punkt ohne Umschweife, wo dies sein Land berührt, und ich neige zu der Auffassung, daß er hierzu tatsächlich eine gewisse Berechtigung besitzt.“⁹⁰

Worin bestanden die Ursachen dafür, daß die amerikanische Diplomatie unmittelbar vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges auf diese Weise an die Beziehungen zur UdSSR heranging? Auf-

⁸⁹ FRUS. 1941, vol. I, Washington 1958, S. 764 f.

⁹⁰ H. L. Ickes, *The Secret Diary ...*, vol. III, a. a. O., S. 436.

schlußreich in diesem Zusammenhang ist ein Memorandum der Europa-Abteilung des State Department vom 21. Juni 1941: „Die Berichte, die in bezug auf die Lage in Osteuropa eintreffen, lassen klar erkennen, daß wir die Möglichkeit des direkt bevorstehenden Ausbruchs eines Krieges zwischen Deutschland und der Sowjetunion in der unmittelbaren Zukunft nicht ausschließen sollten. Für den Fall, daß es dazu kommt, sollte, wie wir meinen, unsere Politik gegenüber der Sowjetunion zumindest in den Anfangsstadien des Konflikts die folgende sein:

1) Wir sollten der Sowjetunion keinerlei Vorschläge machen oder Ratschläge erteilen, falls die Sowjetunion nicht an uns herantritt ...

3) Falls sich die Sowjetregierung direkt an uns mit dem Ersuchen um Hilfe wenden sollte, sollten wir soweit dies ohne Beeinträchtigung unserer Hilfe für Großbritannien und für die Aggressionsopfer und ohne wesentlichen Nachteil für unsere Anstrengungen zur Gewährleistung der eigenen Bereitschaft möglich ist, die Restriktionen des Exportes in die Sowjetunion zurücknehmen und ihr solche Rüstungslieferungen zugestehen, für die möglicherweise bei ihr dringender Bedarf entsteht und die wir ohne weiteres zur Verfügung stellen können ...

4) Wir sollten unbeirrt die Linie verfolgen, daß die Tatsache des Kampfes der Sowjetunion gegen Deutschland nicht bedeutet, daß sie jene Prinzipien in den internationalen Beziehungen verteidigt, für sie kämpft oder zu den ihren macht, für die wir eintreten ...

6) Wir sollten der Sowjetunion hinsichtlich der Hilfe, die wir ihr im Falle eines deutsch-sowjetischen Konfliktes gewähren könnten, keine Versprechungen machen und keine Verpflichtungen hinsichtlich unserer möglichen künftigen Politik gegenüber der Sowjetunion oder Rußlands eingehen. Insbesondere sollten wir keinerlei Verpflichtungen übernehmen, die den Eindruck erwecken könnten, daß wir nicht im Geiste des guten Willens handeln, wenn wir uns später weigern sollten, eine sowjetische Exilregierung anzuerkennen oder aufhören sollten, den [143:] sowjetischen Botschafter in Washington als den diplomatischen Vertreter Rußlands für den Fall weiter anzuerkennen, daß die Sowjetunion, unterliegen sollte und die Sowjetregierung das Land verlassen muß.“⁹¹

Auf Grund derartiger Leitlinien und der damit unmittelbar verbundenen antisowjetischen Aktivitäten blieben Spannungen in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen bis zum Beginn des Großen Vaterländischen Krieges bestehen.

Die prinzipienfeste Politik der UdSSR erwies sich als entscheidender Faktor dafür, daß der antisowjetische Kurs Großbritanniens, Frankreichs und der USA in der ersten Periode des zweiten Weltkrieges scheiterte. Die britisch-französische Koalition mußte für ihre ablehnende Haltung, mit der UdSSR gegen den Faschismus militärisch und politisch zusammenzugehen, einen hohen Preis zahlen. Frankreich erlitt eine vernichtende Niederlage. Großbritannien sah sich einer äußerst komplizierten Konstellation gegenüber. Die internationale Entwicklung im Zeitraum 1939 bis 1941 verdeutlichte, daß die kapitalistischen Staaten allein, ohne die Sowjetunion, nicht in der Lage sein würden, der Kriegsmaschinerie des deutschen Faschismus erfolgreich zu widerstehen.

Das gescheiterte Komplott der beiden imperialistischen Gruppierungen, die UdSSR gemeinsam zu überfallen, die wachsenden innerimperialistischen Widersprüche, die sich in den herrschenden Kreisen Großbritanniens und der USA mühsam durchsetzende Erkenntnis, daß die Politik von München ein Fiasko erlitten hatte – all das schuf erst die Grundlage für die Herausbildung der Antihitlerkoalition und bestätigte zugleich, daß die Politik der UdSSR richtig gewesen war. Bedeutungsvoll ist, daß sich die sowjetische Diplomatie unter den äußerst komplizierten Bedingungen zu Beginn des zweiten Weltkrieges der Situation gewachsen zeigte, galt es doch zu vermeiden, die Beziehungen mit den künftigen Verbündeten über Gebühr zuzuspitzen. Die imperialistischen Rivalen Hitlerdeutschlands erkannten nur zögernd, daß die Zusammenarbeit mit der UdSSR im Kampf gegen den Faschismus für sie von lebenswichtiger Bedeutung war.

⁹¹ FRUS. 1941, vol. I, a. a. O., S. 766 f.

4. Kapitel

Im Südwesten und auf dem Balkan

Am Vorabend und zu Beginn des zweiten Weltkrieges konzentrierte Hitlerdeutschland seine Aktivitäten zunehmend auf Südosteuropa, um in dieser Region seine Vorherrschaft durchzusetzen. Für die militärische Führung Deutschlands war vor allem die geographische Nähe der in dieser Region gelegenen Staaten zur Sowjetunion von besonderem Interesse. Im ersten Weltkrieg mußte Deutschland infolge der britisch-französischen Seeblockade auf viele seiner traditionellen Rohstoffquellen verzichten. Jetzt war Berlin intensiv bemüht, Rohstoffe und Nahrungsmittel in hohem Maße aus den Staaten Südosteuropas zu beziehen. Bereits 1938 war Deutschland der größte Außenhandelspartner dieser Länder, gefolgt von Italien. Im Bericht des „Mittleuropäischen Wirtschaftstages“ (MWT) (der deutschen Industrie- und Handelskammer mit Sitz in Wien) vom 9. September 1939 wurde die Aufgabe gestellt, „die Wirtschaft der Länder Südosteuropas zur Befriedigung der Bedürfnisse Deutschlands total umzustellen“¹.

Die faschistische Expansion in Südosteuropa stieß auf den erbitterten Widerstand Großbritanniens und Frankreichs. Beide Länder versuchten mit allen Mitteln, ihre Positionen in diesem Raum, die auf Grund der Politik der „Beschwichtigung“ des deutschen Faschismus merklich geschwächt worden waren, zu konsolidieren und zu verhindern, daß Deutschland über die militärischen und ökonomischen Ressourcen der Staaten dieser Region die volle Verfügungsgewalt erlangte. So war Großbritannien bemüht, die Versorgung Deutschlands mit rumänischem Erdöl zu stören. Frankreich versuchte in den Jahren 1939/40 militärpolitische und Handelsabkommen mit Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien abzuschließen. Paris und London wirkten darauf hin, einen „Balkanblock“ unter eigener Ägide zu schaffen. Wie der damalige französische Generalstabschef Maurice Gustave Gamelin in seinen Memoiren zugibt, tat das britisch-französische Oberkommando alles, daß „Deutschland, statt seine Anstrengungen auf Frankreich zu konzen-[145:]trieren, sich in Operationen auf dem Balkan verzettelt“². Die „Minimal“-variante dieses Planes sah vor, ein britisch-französisches Expeditionskorps in Saloniki anzulanden. Die „Maximal“-variante ging davon aus, daß Großbritannien und Frankreich Infanterie und Kontingente ihrer Luft- und Seekriegsflotte auf dem Balkan stationieren. Weiterhin ging man davon aus, daß sich die militärischen Verbündeten Frankreichs – Griechenland, Rumänien, Jugoslawien und die Türkei – anschließen und die Gesamtstärke der vereinigten Streitkräfte 110 Divisionen erreichen würde. Selbstverständlich sollten, so Gamelin, die Kriegslasten auf die Balkanstaaten abgewälzt werden. „Wir hätten in das Spiel neue Kräfte auf unserer Seite einschalten können ... Wir hätten Zeit gewonnen.“³ Winston S. Churchill, der in einem an Anthony Eden gerichteten Brief vom 28. März 1941 die Konzeption entwickelte, einen „Balkanbrückenkopf“ zu schaffen, wies unverhüllt auf die antisowjetischen Motive dieses Ansinnens hin: Der deutsche Vorstoß in die Interessensphäre Großbritanniens sollte erschwert und Deutschland zusätzlich stimuliert werden, eher gegen die UdSSR loszuschlagen. „Wäre es nicht möglich, daß die Errichtung einer Einheitsfront auf der Balkanhalbinsel Deutschland veranlassen könnte“, erklärte der britische Premier, „in einem Überfall auf Rußland das bessere Geschäft zu sehen ...“⁴

Der Kampf der UdSSR zur Erhöhung der Sicherheit an ihren Südwestgrenzen und auf dem Balkan stellte an die sowjetische Diplomatie hohe Anforderungen. Die Expansion Deutschlands und Italiens mußte zurückgewiesen und zugleich dem antisowjetischen Kurs Großbritanniens und Frankreichs in dieser Region entgegengewirkt werden.

¹ Südosteuropa als wirtschaftlicher Ergänzungsraum für Deutschland. Gutachten des Mittleuropäischen Wirtschaftstages. August-Dezember 1939 (Für Dienstgebrauch), Berlin 1940, S. 148. Zit. nach: W. T. Fomin, *Faschistskaja Germanija wo wtoroi mirowoi woiny. Sentjabr 1939g.-ijun 1941g.*, Moskau 1978, S. 181 f.

² M. G. Gamelin, *Servir*, vol. III: *La guerre septembre 1939-19 mai 1940*, Paris 1947, S. 110; vgl. Ursachen und Folgen. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 14, Berlin (West) (1970), S. 350 f.

³ M. G. Gamelin, a. a. O.; *Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland*, Berlin 1941, S. 97, 183.

⁴ W. S. Churchill, *Der zweite Weltkrieg*, Bd. III, Erstes Buch, Stuttgart 1951, S. 208.

1. Die komplizierten Beziehungen zu Rumänien

Die Politik des monarchistischen Rumänien war eines der kompliziertesten Probleme, das die sowjetische Diplomatie im südwestlichen Vorfeld der UdSSR zu lösen hatte. Im Vergleich zu den anderen Staaten, die an die UdSSR grenzten, verhielt sich Rumänien gegenüber der Sowjetunion besonders feindselig. Sein Bestreben, das von der UdSSR widerrechtlich abgetrennte Territorium Bessarabien sowie das Gebiet der Nordbukowina auch weiterhin zu annektieren, war der konzentrierteste Ausdruck seines sowjetfeindlichen Kurses, der jegliche Möglichkeit blockierte, die sowjetisch-rumänischen Beziehungen zu verbessern. Außerdem waren die herrschenden Kreise Rumäniens jederzeit bereit, sich an den vielfältigsten antisowjetischen Kombinationen der imperialistischen Staaten zu beteiligen.

[146:]

Im Banne des Antisowjetismus

Die antisowjetische Politik Rumäniens zu Beginn des zweiten Weltkrieges wird von der bürgerlichen Geschichtswissenschaft vor allem mit der „Furcht“ vor einer sowjetischen Aggression sowie mit der „Angst“ der rumänischen Führung begründet, in eine ähnliche Lage wie das bürgerliche Polen zu geraten, dessen östliche Gebiete im September 1939 von der Sowjetunion „annektiert“ worden waren. Die Situation Rumäniens und Polens (vor seiner Niederlage) bietet – allerdings in einem völlig anderen Sinne als von der bürgerlichen Geschichtswissenschaft dargestellt – tatsächlich gewisse Parallelen. Beide Staaten hatten in einer Periode der militärischen Schwäche des Sowjetstaates sowjetisches Territorium an sich gerissen. Beide Staaten waren entschlossen, diese Territorien nicht an die UdSSR zurückzugeben, und weigerten sich hartnäckig, die ursprünglichen Rechtsverhältnisse wiederherzustellen. Deshalb war die „Furcht“ der herrschenden Kreise Rumäniens vor einer „sowjetischen Aggression“ in Wirklichkeit die Furcht des Diebes, der sich fremden Besitz unrechtmäßig angeeignet hat. Im Dezember 1917 hatte die rumänische Regierung unter Ausnutzung der schwierigen Lage Sowjetrußlands Truppen in Bessarabien einmarschieren lassen. Die energischen Proteste der RSFSR gegen die Verletzung seiner territorialen Integrität zwangen Rumänien zum Rückzug. Im Ergebnis von Verhandlungen, die vom 5. bis 9. März 1918 stattfanden, wurde ein sowjetisch-rumänisches Abkommen unterzeichnet. Die rumänische Seite verpflichtete sich, ihre Truppen innerhalb von zwei Monaten aus Bessarabien abzuziehen und keinerlei militärische, unfreundliche oder andere derartige Handlungen gegen die RSFSR zu unternehmen oder zu unterstützen.

Doch bereits einen Monat später, am 9. April 1918, verkündete die Regierung Alexandru Avarescu die Annexion Bessarabiens. Unterstützt wurde Rumänien von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan, die am 28. Oktober 1920 mit der Bukarester Regierung ein gemeinsames Protokoll über die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien unterzeichneten und diese Annexion als „legitim“ deklarierten.⁵ Das Protokoll wurde ohne Beteiligung der Sowjetregierung und gegen deren Willen sowie im Widerspruch zum Willen der bessarabischen Bevölkerung unterzeichnet. Ebenso völkerrechtswidrig war die Okkupation der nördlichen Bukowina, die überwiegend von Ukrainern besiedelt wurde, durch rumänische Truppen. Und dies geschah ungeachtet einer Entscheidung der Volksversammlung der Nordbukowina, in der dem Willen der Bevölkerung entsprochen und die Wiedervereinigung mit der Sowjetukraine gefordert worden war.

Die geglückte Annexion Bessarabiens erhöhte das Interesse der herrschenden Kreise Rumäniens an antisowjetischen „Kreuzzügen“. Bukarest ging davon aus, daß eine eventuelle Beseitigung oder Zerstückelung der UdSSR es Rumänien nicht nur gestatten würde, sich die annektierten Territorien für immer einzuverleiben, sondern daß auch günstige Möglichkeiten entstünden, weitere Gebiete [147:] von der UdSSR abzutrennen und ein „Großrumänien“ zu schaffen. Ähnlich Polen wurde auch Rumänien als ein antisowjetischer Brückenkopf des Imperialismus genutzt, war es ein Glied im „Cordon sanitaire“, der die UdSSR umschloß. Diese Politik der rumänischen Führung stand in Widerspruch zu den Interessen der Volksmassen des Landes, die in der Sowjetunion einen treuen Freund sahen.

⁵ Vgl. Politische Verträge. Eine Sammlung von Urkunden, Bd. I, Berlin 1936, S. 18 ff.

Die UdSSR hat zu keiner Zeit zwischen den beiden Weltkriegen die Annexion ihrer Territorien anerkannt. Die Regierung der UdSSR forderte eine gerechte Lösung der „bessarabischen Frage“, wie sie insbesondere in ihrer Note an die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Rumäniens vom 1. November 1918 hervorhob. Bei der Unterzeichnung des Moskauer Protokolls über die vorzeitige Inkraftsetzung des Briand-Kellogg-Paktes vom 9. Februar 1929 erklärte der Vertreter der UdSSR erneut, daß es in den sowjetisch-rumänischen Beziehungen noch ungelöste Fragen gebe. Im Bericht an den XVI. Parteitag der KPdSU (B) im Juni/Juli 1930 sagte der Generalsekretär des ZK der KPdSU (B), J. W. Stalin: „Man redet uns von Völkerrecht, von internationalen Verpflichtungen. Aber auf Grund welches Völkerrechts haben die Herren ‚Alliierten‘ Bessarabien von der UdSSR losgerissen und es der Sklaverei der rumänischen Bojaren überantwortet? ... Wenn man das Völkerrecht und internationale Verpflichtung nennt, was nennt man dann Raub?“⁶

Die rumänische Regierung ließ nichts unversucht, zum Scheitern der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen von 1939 beizutragen. Der rumänische Außenminister Grigore Gafencu erklärte im April 1939 gegenüber britischen Politikern, daß Rumänien niemals bereit sein werde, „sein Sicherheitssystem auf die Sowjetunion zu stützen. Rumänien bevorzuge, seine Beziehungen auf jene Staaten zu beschränken, deren Friedenskonzept das gleiche wie das eigene sei. Das wäre nicht so hinsichtlich Sowjetrußlands.“⁷ König Carol II. von Rumänien betonte am 11. August 1939 während eines Gesprächs mit dem türkischen Staatspräsidenten Ismet İnönü, daß Rumänien der russischen Armee das Betreten seines Territoriums selbst dann nicht gestatten würde, wenn sie der rumänischen Armee beistehen wolle. Er sprach sich entschieden dagegen aus, einen Vertrag über gegenseitigen Beistand mit der UdSSR abzuschließen.⁸

Am 5. September faßte der rumänische Kronrat einen Beschluß, in dem die rumänische Regierung die Fortdauer ihrer „friedlichen Haltung“ proklamierte. Bereits am 25. August hatte die rumänische Regierung der polnischen mitgeteilt, daß sie sich im Falle eines deutsch-polnischen Konfliktes strikt neutral verhalten werde.⁹ Zwei Tage später versicherte der rumänische Außenminister Grigore Gafencu dem deutschen Gesandten Wilhelm Fabricius, daß Rumänien seit Mitte [148:] der dreißiger Jahre „für die Besserung seiner Beziehungen zu Sowjetrußland ... nichts mehr getan (habe), weil es die Verbesserung seiner Beziehungen zu Deutschland als das wichtigste Zukunftsproblem der rumänischen Politik angesehen habe ... Er wolle aber in dieser Beziehung (Politik gegenüber der Sowjetunion – d. Red.) mit uns Hand in Hand gehen und bitte uns, ihn wissen zu lassen, wie wir uns dazu stellen.“¹⁰

Die herrschenden Kreise Rumäniens beabsichtigten in den in Europa ausgebrochenen bewaffneten Konflikt in jenem Moment einzutreten, wenn dessen Resultat absehbar sein würde. Deshalb lavierte Rumänientrotz seiner Annäherung an die Achsenmächte auch weiterhin und setzte seine Beziehungen mit Großbritannien und Frankreich fort. Als „Spiel an zwei Tischen“ bezeichnete der spätere rumänische Diktator Ion Antonescu die Außenpolitik des Königreiches Rumänien. Diese Politik sollte es der rumänischen Führung ermöglichen, sich im entscheidenden Augenblick auf die Seite des Stärkeren zu schlagen.

Noch Anfang April 1939 hatten London und Paris Rumänien einseitige Garantien zugesichert. Vor Kriegsausbruch gestattete die rumänische Regierung Großbritannien, Kriegsmaterial über rumänisches Territorium nach Polen, mit dem es eine gemeinsame Grenze hatte, zu verbringen, und versprach, einen Stützpunkt zur Lagerung von Kriegsgerät und zur Montage von Flugzeugen zur Verfügung zu stellen. Deutschen Informationen zufolge übte Großbritannien zu Beginn des Polenfeldzuges

⁶ XVI sjesd Wsesojusnoi kommunistitscheskoi partii (b). 26. ijunja-13. ijulja 1930g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1935, Bd. I, S. 51.

⁷ Documents on British Foreign Policy 1919-1935. Third Series, vol. V, 1939, London 1952, S. 310. Vgl. auch: A. Hillgruber, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu. Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938-1944, Wiesbaden 1954, S. 53 f.

⁸ Vgl. N. I. Lebedew, Krach faschisma w Rumynii, Moskau 1976, S. 230.

⁹ Vgl. A. Hillgruber, Hitler, König Carol ..., a. a. O., S. 57.

¹⁰ ADAP, Serie D, Bd. VII, Baden-Baden 1956, S. 304.

Druck auf Rumänien aus zwecks aktiver Teilnahme und stellte englisch-französische Truppenhilfe in Aussicht.¹¹

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Polen, das von seinen westlichen Verbündeten verraten wurde, begann die rumänische Regierung an der Glaubwürdigkeit der britisch-französischen Garantien ernsthaft zu zweifeln, ohne seine politischen Beziehungen mit Großbritannien und Frankreich einzuschränken. Wie die sowjetische Botschaft in Bukarest feststellte, „kann man sagen, daß es England und Frankreich Ende 1939 zu einem gewissen Grade verstanden hatten, den Einfluß Deutschlands in Rumänien lahmzulegen und den eigenen zu stabilisieren“. Die außenpolitischen Perspektiven Bukarests wurden jedoch vor allem durch die Position Berlins bestimmt. Eine Weisung Hitlers vom 10. Oktober 1940 an die nach Rumänien entsandten Truppenbefehlshaber des Heeres und der Luftwaffe brachte den Stellenwert, der Rumänien in der deutschen Politik beigemessen wurde, deutlich zum Ausdruck: „Infolge der Schlüsselstellung, die Rumänien auf dem Balkan einnimmt, wird dadurch aber auch unser Verhältnis zu den übrigen Balkanländern, zu Italien und vor allem zu Sowjetrußland auf das stärkste berührt.“¹² Bereits im März 1939 hatte Ministerialdirektor Helmut Wohlthat, Görings Vertrauter und Sonderbevollmächtigter für die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen, der rumänischen Regierung vorgeschlagen, weniger die eigene Industrie zu entwickeln und dafür die landwirtschaftliche Produktion aus-[149:]zubauen.¹³ Die herrschenden Kreise Rumäniens erklärten sich damit weitgehend einverstanden und schlossen am 22. März 1939 einen entsprechenden Wirtschaftsvertrag mit Deutschland ab.¹⁴ Rumänien wurde schrittweise zu einem Satelliten Hitlerdeutschlands.

Die antisowjetische Haltung verstärkte sich weiter, als die Rote Armee im September 1939 die Westukraine und das westliche Belorußland befreite. Am 21. September 1939 erklärte der rumänische Außenminister Gafencu gegenüber dem italienischen Gesandten in Bukarest Pellegrino Ghigi: „Polen und Rumänien haben bisher die Funktion einer Barriere gegen den Bolschewismus ausgeübt. Rumänien wird diese Funktion künftig nicht mehr allein wahrnehmen können.“¹⁵ Gleichzeitig bemühte sich die rumänische Diplomatie weiter um die Unterstützung Hitlerdeutschlands. In diesem Zusammenhang meldete der italienische Gesandte in Bukarest am 25. September nach Rom: „Die Situation gestaltet sich für sie (die Deutschen – P. S.) günstig. Die friedliche Zusammenarbeit mit Rumänien ist beim gegenwärtigen Stand der Dinge für Deutschland weitaus günstiger als sogar eine eventuelle mühelose Eroberung desselben.“¹⁶

Der rumänische Außenminister forderte die Westmächte unverhohlen dazu auf, mit Hitlerdeutschland Frieden zu schließen und gemeinsam gegen die Sowjetunion vorzugehen. Am 29. September 1939 wurde ein Protokoll zum rumänisch-deutschen Handelsabkommen unterzeichnet, das eine bedeutende Erweiterung der Lieferungen rumänischer Waren wie Erdöl, Mais, Weizen, Gerste, Fleisch usw. an Deutschland vorsah.¹⁷

Im Zusammenhang mit dem sowjetisch-finnischen Konflikt versuchte die rumänische Führung sich Klarheit darüber zu verschaffen, ob und in welchem Umfang von Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien Hilfe für den Fall zu erwarten sei, daß diese Staaten gemeinsam einen Kreuzzug gegen die UdSSR, durchführen, und ob Frankreich und Großbritannien bei einem möglichen rumänisch-sowjetischen Krieg ihre Garantien für Rumänien bekräftigen würden.

Die offizielle Antwort des Foreign Office hinsichtlich britischer Garantien für Rumänien ging Bukarest am 14. Dezember 1939 zu. Der britische Gesandte in Bukarest Sir Reginald Haare teilte der

¹¹ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, Baden-Baden/Frankfurt/M. 1961, S. 4; P.-E. Flandin, *Politique française 1919-1940*, Paris 1947, S. 317.

¹² ADAP, Serie D, Bd. XI. 1., Bonn 1964, S. 240.

¹³ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. V, Baden-Baden 1953, S. 337 f.

¹⁴ Vgl. *Politische Verträge ...*, Bd. III/2, Berlin 1943, S. 1280 ff.

¹⁵ *Documenti diplomatici italiani (D. D. I.)*, nona serie: 1939-1943, vol. I, Rom 1954, S. 226.

¹⁶ A. a. O., S. 227.

¹⁷ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 134.

rumänischen Regierung auf deren Wunsch schriftlich mit, daß die Erweiterung der britisch-französi- schen Garantien auf die rumänischen Ostgrenzen nur unter den Bedingungen „eingehalten werden könne, daß die Türkei auf der Stelle Rumänien zu Hilfe käme und von seiten Italiens keine Opposition zu befürchten wäre“¹⁸. Frankreich erklärte, daß sowohl die britische als auch die französische Regie- rung Rumänien nur in Abhängigkeit von der türkischen Position in dieser Frage die erforderliche Hilfe leisten könnten.

[150:] Ungeachtet ihrer generellen Bereitschaft, die sowjetfeindliche Politik Rumäniens zu unterstüt- zen, waren Großbritannien und Frankreich nicht bereit, unter allen Umständen an einer möglichen rumänischen Aggression gegen die UdSSR teilzunehmen, sondern wollten vielmehr eine möglichst günstige Situation für einen imperialistischen Überfall auf die Sowjetunion schaffen. Zu jenem Zeit- punkt waren sie vor allem an einer Ausweitung des sowjetisch-finnischen Konflikts interessiert. Au- ßerdem erforderten ihre eigenen Interessen in einem Krieg gegen die deutsche Gruppierung die süd- lichen Flanken abzusichern, wofür die von Italien und der Türkei Ende 1939 vertretenen Positionen hinsichtlich der Bestrebungen Bukarests nicht hinreichend zuverlässig erschienen.

Dessen ungeachtet weckten sowohl die antisowjetische Politik Großbritanniens und Frankreichs als auch die militärischen Erfolge Deutschlands in der rumänischen Führung die Hoffnung, die UdSSR ungestraft überfallen zu können. In Bukarest wurden immer häufiger Ansprüche auf sowjetisches Territorium geltend gemacht. Von September 1939 bis Ende Juni 1940, das heißt bis zur endgültigen Lösung der „bessarabischen Frage“ weilten zahlreiche Mitglieder des rumänischen Kabinetts wieder- holt in Bessarabien. Die rumänische Außenpolitik und Diplomatie war unablässig darum bemüht, antisowjetische Allianzen zu schmieden. Das Land rüstet verstärkt auf und versuchte nicht einmal, die „östliche“ Zielrichtung seiner Militärpolitik zu kaschieren. Die Massenmedien starteten eine groß- angelegte Kampagne mit vordergründig antisowjetischem Charakter. Während der Weihnachtsfeier- tage des Jahres 1939 reiste Ministerpräsident Dr. Gheorghe Tătărescu in Begleitung des rumänischen Generalstabes demonstrativ an die sowjetisch-rumänische Demarkationslinie. In seinen Reden be- zeichnete Tătărescu Bessarabien als „rumänisch auf ewig“. Am 6. Januar traf König Carol II. in Kischinow ein. Aus diesem Anlaß fand eine provokatorische Militärparade statt.

Am 27. Januar 1940, anläßlich des 22. Jahrestages des Anschlusses dieses Gebiets an Rumänien, trafen in Kischinow Mitglieder des rumänischen Kabinetts mit Vertretern der örtlichen Verwaltung Bessarabiens zusammen. Die sowjetische Gesandtschaft in Bukarest bewertete diesen Propagandaakt als dreiste und provokatorische antisowjetische Manifestation. An der Art und Weise, wie die rumä- nische Presse die britisch-französischen Angriffspläne auf den Kaukasus kommentierte, war die Stim- mungslage in den Regierungskreisen des Landes ablesbar. Man bereitete sich unmittelbar darauf vor, an einer Aggression gegen die UdSSR nach Maßgabe der eigenen Kräfte und in der Hoffnung teilzu- nehmen, sowjetisches Territorium an sich reißen zu können. Nicht zufällig wurden beim Besuch des rumänischen Königs in Kischinow auch Erklärungen kolportiert, daß Odessa ebenfalls schon seit altersher eine rumänische Stadt sei.

Am 5. Januar 1940 meldete die sowjetische Botschaft nach Moskau, daß die Konzentration militäri- scher Verbände in Bessarabien und der Bukowina fortgesetzt werde. Gerüchten aus den örtlichen Militärkreisen war zu entnehmen, daß Rumänien dort etwa 20 Divisionen zum Einsatz gegen die UdSSR zusammenziehen wolle. In einer Rundfunkansprache erklärte Ministerpräsident Tătărescu am [151:] 18. März 1940: „Die Gürtel aus Eisen und Stein, die sich an unserer Grenze entlangziehen, müssen fertiggestellt werden, und diese Frage muß im Zusammenhang mit der Aufrüstung des Landes ohne Aufschub gelöst werden.“ Im Frühjahr erfolgte die Mobilmachung; über eine Million Reservisten wurden einberufen. Gleichzeitig ersuchte die rumänische Regierung Deutschland, dabei zu helfen, entlang des Dnestr einen „Ostwall“ zu errichten. Die Militärausgaben Rumäniens, die 1936 3,6 Mrd. Lei betragen, erhöhten sich bis 1940 um das 4,5fache.¹⁹

¹⁸ G. Gafencu, Vorspiel zum Krieg im Osten, Zürich 1964, S. 366.

¹⁹ Vgl. Istorija diplomatii, Bd. 4, Moskau 1975, S. 145.

Die beschleunigte Militarisierung Rumäniens wirkte sich auf die ohnehin schwierige Wirtschaftslage des Landes äußerst kritisch aus. Im Februar 1940 konstatierte die sowjetische Gesandtschaft in Bukarest: „Die Lage der proletarischen Bevölkerungsschichten wird auf Grund des Andauerns der Mobilmachung mit jedem Tag schwerer. Die Konzentration neuer Kontingente wird offiziell nicht bekanntgegeben, die Bevölkerung erhält jedoch individuelle Einberufungsbefehle mit der Aufforderung, sich sofort bei ihrer Einheit zu stellen. Abends sieht man auf dem Bukarester Bahnhof ankommende Züge mit neu Einberufenen, die sofort auf neue Züge aufgeteilt und zu ihren Einheiten gebracht werden. Es fällt einem schwer, diese Masse barfußiger und zerlumpter Bauern zu beobachten, die in Richtung Grenze verladen werden, und dies alles wegen eines Häufleins unfähiger Machthaber Rumäniens, die beschlossen haben, gegen die Sowjetunion zu Felde zu ziehen. Es werden auch bereits ältere Jahrgänge zu den Waffen gerufen.“

Die forcierte Bewaffnung der Armee, die Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens und die antisowjetische Grundhaltung der herrschenden Kreise zeugten davon, daß die abenteuerlichen Tendenzen in der Politik Bukarests zunahmen und sich die Situation an den südwestlichen Grenzen der UdSSR weiter zuspitzte.

Die Orientierung auf Deutschland

Die starke Ausrichtung Rumäniens auf das faschistische Deutschland ermöglichte es dem „Dritten Reich“, eines seiner heikelsten Probleme, die Versorgung der Rüstungsindustrie mit Erdöl, zu lösen. Entsprechend den vertraulichen Protokollen von 29. September und 21. Dezember 1939 hatte sich Rumänien bereit erklärt, Deutschland 1,2 Mill. t Rohöl jährlich zu liefern. Bereits diesen vertraulichen Protokollen waren als zweiter Teil Geheimprotokolle beigelegt, die die Bezahlung eines Teiles der Mineralölbezüge durch von der deutschen Wehrmacht im Polenfeldzug erbeutete Waffen festlegte.²⁰ Im März 1940 gelang es dem Bürgermeister von Wien, Dr. Hermann Neubacher, der der deutschen Gesandtschaft in Bukarest als Sonderbeauftragter für Wirtschafts- und Erdölfragen zugeordnet worden war, unter Ausnutzung der sich verstärkenden antisowjetischen Tendenzen in der politischen Führung Rumäniens, diese „Geschäftsvereinbarungen Mineralöl gegen Waffen“ erheblich auszuweiten. In der am 7. März 1940 unterzeichneten Vereinbarung übernahm es Rumänien nunmehr, bis zu 2,4 Mill. t Erdöl jährlich zu liefern und bekam dafür Beutewaffen und anderes Kriegsmaterial.²¹ Reichsaußenminister Ribbentrop stellte in diesem Zusammenhang fest, daß die Verhandlungen „durchaus befriedigend und unter voller Wahrung unserer lebenswichtigen Interessen an der Versorgung mit Mineralöl verlaufen sind“.²² Am 30. März 1940 sagte der rumänische Ministerpräsident Tătărescu dem deutschen Gesandten Fabricius auf deutschen Wunsch hin die Erhöhung der Lieferungen auf zukünftig rund 9,5 Mill. t Mineralöl pro Jahr zu.²³ Mit diesen Vereinbarungen, die später als „Öl-Waffen-Pakt“ zwischen Deutschland und Rumänien bezeichnet wurden, leistete Rumänien indirekt einen bedeutenden Beitrag zur Vorbereitung und Durchführung weiterer Aggressionen Hitlerdeutschlands.

Die militärischen Erfolge Deutschlands in Westeuropa waren für die rumänische Führung das Signal, eine antisowjetische Hysterie zu entfachen. Die Anstrengungen, Bessarabien und die Nordbukowina zu einer Aufmarschbasis gegen die UdSSR auszubauen, wurden intensiviert. Von Januar bis März 1940 unternahmen die rumänischen Truppen insgesamt 26 militärische Provokationen entlang der sowjetisch-rumänischen Demarkationslinie am Dnestr. Rumänische Flugzeuge drangen in den sowjetischen Luftraum ein; faschistische Kräfte Rumäniens riefen offen zum Krieg gegen die UdSSR auf. Die rumänische Polizei verhaftete entgegen dem Völkerrecht Mitarbeiter der sowjetischen Gesandtschaft, und der Polizei- und Militärterror gegen die Bevölkerung Bessarabiens und der Nordbukowina nahm weiter zu.

²⁰ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 470; Anm. 2, S. 134.

²¹ Vgl. a. a. O., S. 683, 726 f.

²² A. a. O., S. 727.

²³ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. IX, Frankfurt/M. 1962, S. 40.

Alles sprach dafür, daß die regierenden Kreise Rumäniens beabsichtigten, das Land den faschistischen Staaten noch stärker unterzuordnen. Im April 1940 berichtete der deutsche Gesandte in Bukarest, Fabricius, nach Berlin: „König, Hofminister, Ministerpräsident, Außenminister und Kriegsmi- nister halten trotz feindlicher Einwirkung an der Linie fest, ... daß der wirksamste Schutz ... die An- lehnung an Deutschland ist.“²⁴

In Bukarest war man nach wie vor hauptsächlich damit befaßt, die der UdSSR entrissenen „östlichen Territorien“ zu sichern, wozu auch die von Deutschland gekauften Waffen dienen sollten. Auf einer Ministerratssitzung mit dem rumänischen König am 19. April 1940 wurde beschlossen, sich der Sow- jetunion hinsichtlich der Lösung der „bessarabischen Frage“ zu widersetzen.

Die intensive Annäherung Bukarests an das faschistische Deutschland und der damit verbundene mi- litant antisowjetische Kurs Rumäniens löste in Moskau wachsende Besorgnis aus. Die Sowjetregie- rung erachtete es für erforderlich, ihre [153:] Anstrengungen zu verstärken, um die „bessarabische Frage“ zu regeln. Am 29. März 1940 erklärte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR: „Wir haben keinen Nichtangriffspakt mit Rumänien. Dies liegt an der Existenz der un- gelösten Streitfrage Bessarabiens, dessen Besetzung durch Rumänien die Sowjetunion niemals aner- kannt hat, obwohl sie auch nie die Wiedereingliederung Bessarabiens mit militärischer Gewalt auf die Tagesordnung gesetzt hat.“ Diese Erklärung entlarvte die Gerüchte über einen geplanten sowje- tischen Überfall auf Rumänien als bewußte Lügen. W. M. Molotow stellte fest, daß „es keinerlei Gründe für irgendeine Verschlechterung ... der sowjetisch-rumänischen Beziehungen gibt“²⁵.

Es wäre sicher falsch anzunehmen, daß sich die von der Sowjetunion nachdrücklich gestellte „bessa- rabische Frage“ nicht auf die Politik Bukarests ausgewirkt habe. Wie in den Meldungen des sowjeti- schen Gesandten in Rumänien, A. I. Lawrentjew, unterstrichen wurde, „hat die Konsolidierung der internationalen Stellung der Sowjetunion, die verringerte Hoffnung auf aktive Hilfe von seiten Eng- lands im Falle eines bewaffneten Konflikts mit der Sowjetunion die rumänische Regierung veranlaßt, sich über ihr Verhältnis zur UdSSR Gedanken zu machen. Es fanden Gespräche über eine Verbesse- rung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern statt ... Eines ist aber ganz offensichtlich: Die rumänische Regierung möchte eine ‚Annäherung‘, ohne daß die noch unregulierten politischen Fragen tatsächlich gelöst werden.“

Am 26. Juni teilte der deutsche Gesandte in Rumänien, Wilhelm Fabricius, nach Berlin mit, daß Carol II. und die rumänische Regierung nicht gewillt seien, Bessarabien an die Sowjetunion zurückzugeben, falls die UdSSR darum ersuchte, sondern „eher zu kämpfen, als nachzugeben“²⁶. Der rumänische Gesandte in Moskau, Gheorghe Davidescu, äußerte am 26. Juni 1940 gegenüber dem Geschäftsträger ad interim der USA in der UdSSR, Walter Thurston, in ähnlicher Weise, nämlich, daß sich Rumänien weigern werde, die Rückgabe Bessarabiens an die UdSSR zu erörtern.²⁷

Die Lage an der sowjetisch-rumänischen Grenze hatte sich im ersten Halbjahr 1940 weiter zugespitzt. Am 20. April antwortete die rumänische Regierung auf ein sowjetisches Memorandum, das W. M. Molotow am 9. April auf Grund bewaffneter Grenzprovokationen dem rumänischen Gesandten über- geben hatte. Die Erklärungen Bukarests waren höchst unbefriedigend: von den 15 in dem Memoran- dum genannten Vorfällen wurden acht von vornherein nicht abgestritten, in fünf Fällen wurden Ge- genforderungen erhoben, ein Vorfall blieb unbehandelt. Nur in einem einzigen Falle gab die rumäni- sche Seite ihre Schuld zu. Nach Überreichen des Memorandums ereigneten sich weitere Grenzzwi- schenfälle. Vom 20. April bis 23. Mai 1940 unternahmen rumänische Truppen wöchentlich bis zu drei zum Teil bewaffnete Grenzprovokationen.

²⁴ A. a. O., S. 49. (Es handelt sich konkret in der angeführten Reihenfolge um König Carol II., Ernest Urdareanu, Dr. Gheorghe Tătărescu, Dr. Grigore Gafencu, General Ion Ilcusu – d. Red.)

²⁵ Schestaja sessija Werchownoho Sowjeta SSSR, 29 marta-4 aprelja 1940g., Stenografitscheski ottschot, Moskau 1940, S. 40.

²⁶ ADAP, Serie D, Bd. X, Frankfurt/M. 1963, S. 17.

²⁷ Vgl. FRUS. 1940, vol. I, Washington 1956, S. 479.

[154:] Außenpolitisch orientierte sich die rumänische Führung mittlerweile vorbehaltlos an Deutschland. Am 16. Mai 1940 erklärte König Carol II. von Rumänien gegenüber dem deutschen Gesandten, daß „Rumäniens Zukunft allein von Deutschland abhängt“²⁸. In Gesprächen mit Fabricius, die am 28. Mai stattfanden, bemühten sich Ministerpräsident Tătărescu und Hofminister Urdareanu die Bereitschaft Rumäniens zu demonstrieren, mit Deutschland praktisch unbegrenzt zusammenzuarbeiten. Letzterer brachte dabei zum Ausdruck, daß „der König von Neutralität nicht mehr spreche, sondern das Zünglein an der Waage sich nach Deutschland neige“²⁹.

All diese Tatsachen beweisen die Haltlosigkeit der von der bürgerlichen Historiographie verbreiteten Behauptung, Rumänien sei gezwungen gewesen, auf Grund des „bolschewistischen Drucks“ bei den Achsenmächten um Hilfe nachzusuchen. Auch die von der Sowjetunion im Juni 1940 erzwungene Rückgabe Bessarabiens und der Nordbukowina trieb Bukarest nicht „in die Arme des deutschen Reiches“. Der Beschluß, sich einseitig auf Deutschland zu orientieren und mit Berlin ein Bündnis einzugehen, war bereits vor der friedlichen Regelung der „bessarabischen Frage“ gefaßt worden. Im Mai und Juni 1940 war es der rumänischen Führung jedoch noch nicht gelungen, endgültig auf die Seite der Achsenmächte überzugehen, da sowohl Deutschland als auch Italien es ablehnten, Rumänien besondere Garantien zu geben, bis nicht die Territorialansprüche Horthy-Ungarns befriedigt waren.

Die friedliche Lösung der Territorialfrage

Am 26. Juni 1940 übergab die Regierung der UdSSR dem Gesandten Rumäniens in Moskau, Gheorghe Davidescu, eine Erklärung, in der sie ihre grundsätzliche Haltung zur „bessarabischen Frage“ definierte. „Unter Ausnutzung der militärischen Schwäche Rußlands hat Rumänien 1918 von der Sowjetunion (Rußland) gewaltsam einen Teil ihres Territoriums – Bessarabien – abgetrennt. Die Sowjetunion hat sich niemals mit der Tatsache der gewaltsamen Abtrennung Bessarabiens abgefunden, worüber die Regierung der UdSSR wiederholt und öffentlich vor der ganzen Welt Erklärungen abgab.

Heute, da die militärische Schwäche der UdSSR der Vergangenheit angehört und die entstandene internationale Lage eine schnellstmögliche Lösung der von der Vergangenheit als Erbe übernommenen ungelösten Fragen erfordert, um endlich die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zwischen den Ländern zu errichten, erachtet es die Sowjetunion im Interesse der Wiederherstellung der Gerechtigkeit für notwendig und an der Zeit, gemeinsam mit Rumänien die unverzügliche Lösung der Frage über die Rückgabe Bessarabiens an die Sowjetunion in Angriff zu nehmen.“ Weiter wurde in der Erklärung festgestellt: „Die [155:] Regierung der UdSSR ist der Auffassung, daß die Rückgabe Bessarabiens an die UdSSR organisch mit der Frage der Übergabe jenes Teils der Bukowina verbunden ist, dessen Bevölkerung in ihrer übergroßen Mehrheit sowohl durch die Gemeinsamkeit der historischen Entwicklung als auch durch gemeinsame Sprache und nationale Gliederung mit der Sowjetunion verbunden ist.“

Davon ausgehend unterbreitete die Regierung der UdSSR der rumänischen Regierung den Vorschlag, Bessarabien sowie den nördlichen Teil der Bukowina an die Sowjetunion zurückzugeben. Die UdSSR verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, daß Bukarest „diesen Vorschlag der UdSSR akzeptiere und es damit möglich mache, den sich hinschleppenden Konflikt zwischen der UdSSR und Rumänien auf friedlichem Wege beizulegen“³⁰.

Dieser Vorschlag führte innerhalb der herrschenden Kreise Rumäniens zu neuen antisowjetischen Ausfällen. Der neue Außenminister Ion Gigurtu teilte dem deutschen Gesandten am 27. Juni 1940 morgens mit, daß „nach bisheriger Einstellung des Königs ... mit Krieg zu rechnen (sei)“³¹. Am gleichen Tage nachmittags fand eine außerordentliche Sitzung des Kronrats statt. Unmittelbar nach Been-

²⁸ ADAP, Serie D, Bd. IX, a. a. O., S. 285.

²⁹ A. a. O., S. 382.

³⁰ Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Bd. 3, Berlin 1977, S. 446; Wneschnjaja politika SSSR. Sbornik dokumentow, Bd. IV, Moskau 1946, S. 516.

³¹ ADAP, Serie D, Bd. X, a. a. O., S. 25. Ion Gigurtu hatte am 3. 6. 1940 die Nachfolge von Dr. Grigore Gateneu als Außenminister angetreten, amtierte aber nur bis 28.6.1940, ab 4.7.1940 Ministerpräsident.

digung der Sitzung versuchte der König telegraphisch Verbindung zu Hitler aufzunehmen und ersuchte ihn, die rumänischen Grenzen zu garantieren. Gleichzeitig wurde die Gesamtmobilmachung der rumänischen Armee befohlen.³²

Auf die sowjetischen Vorschläge antwortete die rumänische Regierung nicht eindeutig. Bukarest versuchte, die Lösung der „Bessarabienfrage“ zu verzögern. In ihrer Antwortnote vom 27. Juni versicherte die Regierung Tătărescu deshalb ihre Bereitschaft, alle von der Sowjetregierung gemachten Vorschläge auf freundschaftlicher Basis zu erörtern.³³ Gleichzeitig wandte sich die rumänische Regierung an Deutschland, Italien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei, um die Haltung dieser Länder zu den sowjetischen Vorschlägen zu sondieren. Von allen Seiten riet man Bukarest, den Konflikt mit der UdSSR auf friedlichem Wege zu lösen. Insbesondere Berlin sah sein Bestreben, sich in Rumänien zu etablieren und es als Aufmarschbasis gegen die Sowjetunion zu nutzen, gefährdet. Darüber hinaus war Deutschland auf die rumänischen Öllieferungen angewiesen, um den Überfall auf die UdSSR vorbereiten zu können. Gleichzeitig gab der deutsche Sondergesandte in Rumänien, Manfred Freiherr von Killinger, der vom 23. bis 28. Juni 1940 in Rumänien weilte, der Bukarester Regierung zu verstehen, daß er „es für besser hielt, wenn sie sich auf Verhandlungen einlassen und die eventuellen Forderungen der Russen erfüllen würde“³⁴.

[156:] Da in der rumänischen Erklärung keinerlei Bereitschaft zu erkennen war, die „bessarabische Frage“ tatsächlich zu lösen, forderte die Regierung der UdSSR Rumänien auf, ihre Vorschläge eindeutig zu beantworten. Am 28. Juni teilte die Regierung Tătărescu mit, daß sie mit den sowjetischen Vorschlägen einverstanden sei.

Noch am gleichen Tag überschritten die sowjetischen Truppen unter dem Befehl von Armeegeneral G. K. Shukow den Dnestr, und rückten in Bessarabien und der Nordbukowina ein. „Moldauische, russische und ukrainische Brüder! Die große Stunde Eurer Befreiung vom Joch der rumänischen Bojaren, Gutsbesitzer, Kapitalisten und Geheimdienstleute ist gekommen. Die geraubte sowjetische Erde – Bessarabien – kehrt zu ihrer Mutter-Heimat zurück“³⁵, hieß es im Aufruf des sowjetischen Kommandos an die Bevölkerung. Die Grenze der UdSSR wurde entsprechend ihrem früheren Verlauf an den Flüssen Pruth und Donau wiederhergestellt. Die von den imperialistischen Staaten geförderten Pläne der herrschenden Kreise Rumäniens Bessarabien und die Nordbukowina, die ein Gebiet von 51 000 km² mit einer Bevölkerung von etwa 4 Millionen Menschen umfaßten, in eine Aufmarschbasis für einen Krieg gegen die UdSSR zu verwandeln, scheiterten. Die Grenze des Sowjetstaates wurde um mehr als 200 km nach Westen verlegt. Damit festigte sich die Sicherung der lebenswichtigen Zentren im Südwesten der UdSSR.³⁶

Die progressiven demokratischen Kräfte Rumäniens begrüßten die friedliche Lösung der „bessarabischen Frage“. „Jetzt, da die gigantische Kraft des Landes des Sozialismus Bessarabien und die Nordbukowina von dem schweren Joch des rumänischen Imperialismus befreit hat, ergibt sich die reale Möglichkeit der Freundschaft Rumäniens mit dem mächtigen sozialistischen Staat“³⁷, wurde im Manifest des ZK der Kommunistischen Partei Rumäniens hervorgehoben. In den befreiten Gebieten wurde die Sowjetmacht wiedererrichtet. Der Oberste Sowjet der UdSSR beschloß auf seiner VII. Tagung am 2. August 1940 das Gesetz über die Bildung der Moldauischen SSR und die Aufnahme der Nordbukowina sowie der in Bessarabien gelegenen Verwaltungsdistrikte Chotinsk, Akkerman und Ismail, in die Ukrainische SSR. „Die Wiederherstellung der Sowjetmacht 1940 in Bessarabien und dessen Wiedervereinigung mit der Moldauischen ASSR war ein Akt historischer Gerechtigkeit“, stellte L. I. Breshnew fest.³⁸

³² Vgl. a. a. O., S. 31.

³³ Vgl. ebenda.

³⁴ A. a. O., S. 58.

³⁵ Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 446.

³⁶ Vgl. a. a. O., S. 447.

³⁷ Zit. nach: ebenda.

³⁸ L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins ..., Bd. 5, Berlin 1977, S. 180.

Tendenz zum Krieg gegen die UdSSR

In den sowjetisch-rumänischen Beziehungen waren damit die Territorialfragen gelöst und die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen, um gutnachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern herzustellen. Der neue Gesandte Rumäniens in Moskau, Grigore Gafencu, der das Amt des Außenministers Ende Mai [157:] 1940 im Zusammenhang mit der verstärkten Anlehnung an Deutschland niederlegen mußte, stellte später fest: „Der Empfang, den mir die sowjetrussischen Staatsmänner bereiteten, war gewiß äußerst höflich, und ich erhielt von Molotow wie von seinen Mitarbeitern Wyschinski und Dekanossow die Versicherung, daß die Sowjetunion keinen Anspruch gegen Rumänien geltend zu machen habe; sie wünsche, mit dem Nachbarstaat gute diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu entwickeln.“³⁹

Doch Rumänien hatte sich bereits an den deutschen Faschismus verkauft. Im September 1940 traf Generalleutnant Kurt von Tippelskirch als Beauftragter des deutschen Oberkommandos in Rumänien ein und vereinbarte die Einrichtung einer „Deutschen Heeresmission in Rumänien“, die im November 1940 bereits 18.000 bis 20.000 deutsche Soldaten umfaßte.⁴⁰ Die Gesandtschaft der UdSSR in Rumänien betonte: „Das Eintreffen deutscher Truppen in Rumänien bedeutet die endgültige politische und ökonomische Unterordnung Rumäniens unter Deutschland und das weitere Vordringen Deutschlands auf dem Balkan. Die Etablierung der Deutschen am Schwarzen Meer und die Errichtung von Flugzeugbasen bedroht die Interessen der Sowjetunion unmittelbar.“

Die militärfaschistische Regierung unter General Ion Antonescu, der Anfang September 1940 König Carol II. zum Rücktritt gezwungen hatte, betrieb eine unverhohlenen sowjetfeindliche Außenpolitik. Während des Berlinbesuchs Antonescus vom 21. bis 24. November 1940 wurde ein Protokoll über den Beitritt Rumäniens zum Dreimächtepakt Deutschland – Italien – Japan unterzeichnet.⁴¹

Im Gespräch mit Hitler betonte Antonescu am 22. November 1940, er würde es „nicht bei einem bloßen Beitritt (zum Dreimächtepakt – d. Red.) lassen, sondern auch bereit sein, mit der Waffe in der Hand an der Seite der Achsenmächte für den Sieg der Zivilisation zu kämpfen“⁴². Einen Tag später fand ein Treffen mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Generalfeldmarschall Keitel statt. Antonescu informierte ausführlich über die militärischen Aktivitäten Rumäniens an der rumänisch-sowjetischen Grenze und schätzte den Stand der Vorbereitungen Rumäniens für den Fall eines Krieges gegen die UdSSR ein. Für Antonescu war ein Krieg gegen die UdSSR nicht viel mehr als ein Spaziergang. „Er sei überzeugt, mit zwei motorisierten Divisionen gegebenenfalls die russische Front durchbrechen und in Richtung auf Kiew vorstoßen zu können.“ Keitel versicherte, ohne sich über die zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststehenden Einzelheiten der deutschen Aggressionspläne gegen die UdSSR zu äußern, „daß von Deutschland aus alles Notwendige geschehen würde“, damit „die rumänische Armee ... die deutsche Armee hinter sich haben würde“⁴³. Den antisowjetischen [158:] Eifer der rumänischen Machthaber erkannte Herlin hoch an. Während einer zweiten Begegnung Antonescus mit Hitler erklärte letzterer ohne Umschweife: „Als nunmehrigen Verbündeten könne er Rumänien die Versicherung abgeben, daß Deutschland in jeder Hinsicht für seinen Bundesgenossen eintreten würde, sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Von jetzt ab stünde hinter der Existenz des rumänischen Staates die gesamte deutsche Wehrmacht.“⁴⁴

Die Gesandtschaft der UdSSR in Bukarest stellte in diesem Zusammenhang fest: „Wenn die Deutschen jetzt von der Idee der Umwandlung Rumäniens in ein offizielles Protektorat Abstand nehmen, so erfolgt dies nur auf Grund ökonomischer und taktischer Erwägungen (um in den anderen Balkanländern keinen nachteiligen Eindruck zu erwecken, was sich für die weiteren deutschen Pläne als

³⁹ G. Gafencu, Vorspiel zum Krieg im Osten, a. a. O., S. 402.

⁴⁰ Vgl. M. Hegemann, Einige Dokumente zur „Deutschen Heeresmission in Rumänien“ (1940/1941), in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Bd. 5, Berlin 1961, S. 317.

⁴¹ Vgl. Protokoll vom 23. November 1940 über den Beitritt Rumäniens zum Dreimächtepakt vom 27. September 1940, in: Politische Verträge ..., Bd. III/2, a. a. O., S. 1370 ff.

⁴² ADAP, Serie D, Bd. XI.2, Bonn 1964, S. 557.

⁴³ A. a. O., S. 575.

⁴⁴ A. a. O., S. 577.

hinderlich erweisen könnte). Alle Maßnahmen sowohl auf militärischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet müssen vom Standpunkt eines eventuellen Kampfes gegen die Sowjetunion gesehen werden.“

Trotz der antisowjetischen Politik Rumäniens war die UdSSR auch weiterhin bemüht, entstehende Probleme friedlich zu lösen. So gelang es, die Übersiedlung vieler Einwohner Bessarabiens und der Nordbukowina, die aus verschiedenen Gebieten Rumäniens stammten, in ihre Heimat zu gewährleisten. Bis zum 16. Dezember 1940 kehrten rund 220.000 Personen in ihre Heimatgebiete zurück. In einem Abkommen wurde vereinbart, daß die von der Staatsbank der UdSSR auf dem Territorium Bessarabiens und der Nordbukowina aufgekaufte rumänische Währung der Rumänischen Nationalbank zugeführt wird.

Das Bemühen der Sowjetregierung, mit Rumänien normale Beziehungen zu entwickeln, stieß in Bukarest auf wachsenden Widerstand. In Erwartung des deutschen Überfalls auf die UdSSR war man an gutnachbarlichen Beziehungen zur Sowjetunion nicht interessiert; die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Rumänien kamen faktisch zum Erliegen.

Ab Ende Mai 1941 herrschte in Rumänien eine auf Schritt und Tritt spürbare antisowjetische Kriegspychose. Ein Krieg gegen die UdSSR wurde in Bukarest als geeignetes Mittel betrachtet, um sein Territorium bedeutend zu erweitern. In Telegrammen an die rumänischen Botschaften in Berlin und Rom wies Antonescu am 10. Mai 1941 direkt auf die Notwendigkeit hin, „eine gemeinsame Grenze zwischen Rumänien und Deutschland“ zu schaffen. „Wir brauchen nicht nur Bessarabien und die Bukowina“, gab er zu verstehen.⁴⁵ Während eines Treffens am 13. Juni 1941 im Führerbau in München informierte Hitler Antonescu über den Entschluß Deutschlands, die Sowjetunion zu überfallen. Antonescu erklärte Hitler seine Bereitschaft, Deutschland „die gesamten militärischen, politischen und sozialen Hilfskräfte Rumäniens zur Verfügung zu stellen“⁴⁶. Hitler wies daraufhin, daß es für die Rückgewinnung Bessarabiens und der Nordbukowina keinen anderen Weg geben könne, als an der Seite Deutschlands zu kämpfen. Dabei erwähnte er, daß Rumänien für die Hilfeleistung im Kriege „andere sowjetische Gebiete bis zum Dnepr besetzen und verwalten könne“⁴⁷.

Zwei Tage nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR fand eine Begegnung zwischen W. M. Molotow und dem rumänischen Gesandten statt. In der Erklärung der Sowjetregierung wurde festgestellt: „Nach Lösung der Bessarabienfrage gibt es auf seiten der Sowjetregierung keinerlei Ansprüche mehr gegenüber Rumänien; die Sowjetregierung hat einzig den Wunsch, mit Rumänien gute Beziehungen zu unterhalten. Die Sowjetregierung hat seinerzeit Deutschland gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß sie es als eine Verletzung der guten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Rumänien betrachten würde, falls man Rumänien sogenannte Garantien zubilligt. Die Sowjetregierung hat diese Garantien so verstanden, daß Rumänien in Abhängigkeit von Deutschland geraten und dem Willen der deutschen Nationalsozialisten unterworfen worden ist. Den Einmarsch der deutschen Truppen in Rumänien betrachtete die Sowjetregierung als eine Okkupation Rumäniens durch deutsche Truppen. Jetzt sehen wir, daß Rumänien diesen Weg weiter beschreitet und sich am räuberischen Überfall auf die Sowjetunion beteiligt. Wir haben aus dieser Tatsache alle Schlußfolgerungen gezogen, auch wenn Rumänien es vorgezogen hat, der Sowjetunion nicht offen den Krieg zu erklären, und es vermeidet bekanntzugeben, was es von der UdSSR will. Rumänien beteiligt sich am räuberischen Krieg gegen die UdSSR, und unsere Haltung ihm gegenüber wird von dieser Tatsache ausgehen.“

Der Krieg gegen die Sowjetunion war der konzentrierte Ausdruck des tiefen Verrats, den die herrschenden Kreise Rumäniens nicht zuletzt an den Interessen des eigenen Volkes begingen.

⁴⁵ Vgl. A. A. Schewjakow, *Ekonomitscheskaja i wojennopolititscheskaja a agresija germanskogo imperialisma w Rumynii (1936-1941 gg.)*, Kischinjow 1963, S. 141.

⁴⁶ ADAP, Serie D, Bd. XII.2, Göttingen 1969, S. 831.

⁴⁷ IMT, Bd. 7, Nürnberg 1947, S. 340.

2. Die UdSSR und Bulgarien

Die Beziehungen zwischen der UdSSR und Bulgarien waren in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges von verschiedenen Besonderheiten charakterisiert. Die Sowjetregierung ging davon aus, daß es zwischen der UdSSR und Bulgarien weit weniger belastende Momente als in den Beziehungen der UdSSR mit den anderen europäischen Staaten, die an die Sowjetunion grenzen, gab. Während Finnland, Rumänien und Polen eine offen sowjetfeindliche Außenpolitik betrieben, bestanden zwischen der UdSSR und Bulgarien im allgemeinen keine ernstzunehmenden Gegensätze. In Bulgarien gab es wie in keinem anderen osteuropäischen Land eine erhebliche gesellschaftspolitische Tendenz, sich der UdSSR anzunähern und freundschaftliche Beziehungen mit ihr zu pflegen. Diese Tendenz, die auf historische Traditionen zurückgeht, widerspiegelte das aufrichtige Streben aller progressiven Kräfte des Landes.

[160:] Zu Beginn des zweiten Weltkrieges folgte die Regierung Bulgariens im allgemeinen annähernd der gleichen außenpolitischen Konzeption wie die herrschenden Kreise anderer Nachbarstaaten der UdSSR. Das offizielle Sofia versuchte ebenfalls zwischen der britisch-französischen und der deutsch-italienischen imperialistischen Gruppierung zu lavieren. Mit den militärischen Erfolgen Deutschlands in Westeuropa verstärkte sich auch in Bulgarien die prodeutsche Orientierung. Gleichzeitig hinderten sowohl die außenpolitischen Schritte als auch die sowjetfreundliche Einstellung des bulgarischen Volkes das monarchistische Bulgarien⁴⁸ daran, die Beziehungen zur UdSSR abzubrechen und eine offen sowjetfeindliche Politik zu betreiben. Trotzdem begannen sich die regierenden Kreise Bulgariens mit Ausweitung der militärischen Erfolge Hitlerdeutschlands an das „Dritte Reich“ anzunähern. Die sowjetische Diplomatie wirkte dieser Tendenz soweit als möglich entgegen.

Die Vorschläge der UdSSR – Garantie der bulgarischen Souveränität

Bei einer Unterredung im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten am 20. September 1939 richtete der bulgarische Gesandte in Moskau folgende Frage an W. M. Molotow: Könnte Bulgarien erforderlichenfalls mit der Hilfe der UdSSR rechnen? Der Volkskommissar entgegnete: „Sie kann es, jedoch unter der Bedingung der Gegenseitigkeit.“ Die Bereitschaft, die Beziehungen mit Bulgarien auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu gestalten und erforderlichenfalls Hilfe zu gewähren, bestimmten das Herangehen der UdSSR an die sowjetisch-bulgarischen Beziehungen. Das Angebot der UdSSR an die Regierung Bulgariens vom September 1939, einen Vertrag über gegenseitigen Beistand abzuschließen, war beredter Ausdruck dieses Kurses. In einer Direktive des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten vom 12. November 1939 wurde der sowjetische Gesandte in Sofia, A. I. Lawrentjew, beauftragt, der bulgarischen Regierung mitzuteilen, daß, „falls die Bulgaren in irgendeine Notlage geraten sollten, sie damit rechnen können, daß die Sowjetunion sie nicht im Stich lassen und bereit sein wird, ihnen, sofern dies die Bulgaren wünschen, wirksamen Beistand zu erweisen“.

Die herrschenden Kreise Bulgariens waren jedoch nicht bereit, auf die sowjetischen Vorschläge einzugehen. Die Haltung des monarchistischen Sofia stieß auf [161:] den massiven Widerstand des bulgarischen Volkes. Der Regierung gingen über 340.000 Schreiben von etwa 1,5 Millionen Bürgern zu, in denen gefordert wurde, mit der UdSSR einen Vertrag über gegenseitigen Beistand abzuschließen.⁴⁹ Die progressiven Kräfte des Landes erkannten, daß ein wirklich unabhängiges und souveränes Bulgarien gutnachbarliche, ja freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion voraussetzt. In der Bevölkerung mehrten sich die Stimmen, die zu Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR aufriefen, da ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion Bulgarien große Vorteile brächte.

⁴⁸ Ferdinand von Sachsen-Coburg-Kohary wurde 1887 gewählter Fürst der Bulgaren unter türkischer Oberhoheit, regierte als Zar Ferdinand I. 1908-1918. Da Bulgarien als deutsch-österreichischer Bündnispartner der Entente-Offensive an der mazedonischen Front im September 1918 nicht standzuhalten vermochte, war es am 29. September 1918 zum Abschluß eines Waffenstillstandes gezwungen. Der ob dieses Bündnisses diskreditierte Zar dankte zugunsten seines Sohnes Zar Boris III. (1918-1943) ab, der sich gegen starke Widerstände behaupten konnte und seit Mai 1934 autoritär herrschte. Regierungschef war von 1935-1940 Georgi Kjosiewanoff – d. Red.

⁴⁹ Vgl. R. T. Ablowa, *Sotrudnischestwo sowjetskogo i bolgarskogo narodow w borbe protiw faschisma* (1941-1945gg.), Moskau 1973, S. 40.

Mit Aufmerksamkeit registrierte die sowjetische Gesandtschaft in Sofia eine Rede, die der Abgeordnete Todor Poljakow am 10. Mai 1939 im bulgarischen Parlament hielt: „Wir, das bulgarische Volk, haben einen Freund – die große und mächtige Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Wir müssen begreifen: Unsere Interessen verlangen von uns, daß wir uns so schnell wie nur möglich des Beistands der UdSSR versichern. Dies müssen wir erstens deshalb tun, weil die UdSSR in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht über eine außerordentliche Stärke verfügt. Zweitens deshalb, weil sie Tausende Male unter Beweis gestellt hat, daß sie für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker eintritt. Drittens setzt sich die UdSSR, die ein neutrales Land ist, für den Frieden zwischen den Völkern ein. Um uns den Frieden zu erhalten, müssen wir mit der Sowjetunion einen Pakt über gegenseitigen Beistand abschließen ... Jeder weiß, daß sich unser ganzes Volk auf die UdSSR orientiert. Wir sind mit ihr durch unsere Geschichte verbunden. Bei der Gestaltung unserer Außenpolitik muß die Stimmung der Volksmassen in Rechnung gestellt werden. Und es gibt unzweifelhaft eine 100%ige Stimmung zugunsten Sowjetrußlands.“

Die freundschaftliche Haltung des bulgarischen Volkes gegenüber der Sowjetunion kam unter anderem auch auf den internationalen Messen in Plowdiw und Warna zum Ausdruck. Täglich besuchten bis zu 20.000 Personen den sowjetischen Pavillon. Auch bei sportlichen Vergleichen mit sowjetischen Athleten bekundeten die bulgarischen Werktätigen ihre Sympathie für die UdSSR. Nicht selten wurden von den Sportbegeisterten Losungen, wie „Es lebe Sowjet-Bulgarien“, mitgeführt.

Ende 1939, Anfang 1940 konnten in den sowjetisch-bulgarischen Beziehungen gewisse Ergebnisse erreicht werden. Am 11. Dezember 1939 wurde eine Konvention über die Benutzung des Luftraums abgeschlossen. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Bulgarien basierten bis Anfang 1940 auf keinen vertraglichen Grundlagen. Ein sowjetisch-bulgarisches Abkommen über Handel und Schifffahrt sowie ein Handels- und Zahlungsabkommen wurden erst am 5. Januar 1940 unterzeichnet. Im Handelsabkommen verpflichtete sich die UdSSR, aus Bulgarien Waren für etwa 1 Mrd. Lewa zu beziehen, das heißt mehr als 15 Prozent des gesamten bulgarischen Warenumsatzes ab-[162:]zunehmen. Für die Wirtschaft Bulgariens besaß der Import von Erdöl und Baumwolle aus der Sowjetunion große Bedeutung.

Nach Abschluß des Handelsvertrages mit der UdSSR verzichtete die bulgarische Regierung jedoch darauf, ihre Beziehungen zur UdSSR auch in anderen Bereichen auszuweiten.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland nahm indes rasch zu. Am 11. Oktober 1939 war zwischen Bulgarien und Deutschland eine Reihe geheimer ökonomischer und politischer Abkommen unterzeichnet worden. Sie sicherten Deutschland das Recht zu, auf Verrechnungsbasis große Mengen an Nahrungsmitteln aus Bulgarien zu beziehen. Bereits Ende 1940 war Bulgarien mit 1,2 Mrd. Lewa an Deutschland, mit dem es 75 Prozent seines Außenhandels abwickelte, verschuldet.

Das Bestreben Sofias, die sowjetisch-bulgarischen Beziehungen auf den ökonomischen Bereich zu beschränken, war unmittelbar verbunden mit einer Politik des antisowjetischen Lavierens sowie der Tätigkeit imperialistischer Staaten in Bulgarien selbst. In einer Meldung der sowjetischen Gesandtschaft in Sofia vom 28. März 1940 hieß es: „Im außenpolitischen Leben Bulgariens während des zu Ende gehenden Monats März muß die Zunahme des anglo-französischen Drucks auf Bulgarien hervorgehoben werden, mit dem das Ziel verfolgt wird, die bulgarische Außenpolitik den anglo-französischen Bestrebungen unterzuordnen ... Gleichzeitig drohen die Engländer, wie aus gewissen Informationen hervorgeht, der bulgarischen Regierung, daß die englische Regierung das Kreditabkommen für hinfällig erklären und von Bulgarien die Begleichung aller Schulden verlangen werde, falls es sich für eine noch weitergehende Annäherung an die Sowjetunion entscheiden sollte.“

Das Manövrieren zwischen beiden imperialistischen Koalitionen diente den herrschenden Kreisen Bulgariens vor allem dazu, ihre berlinfreundlichen Bestrebungen zu tarnen. Jedoch konnte man sich noch nicht entschließen, sich Deutschland weiter anzunähern, und wartete daher ab, wie sich die militärische Lage in Europa entwickeln würde. Die wahren Sympathien des offiziellen Sofia besaß uneingeschränkt Berlin. Während mehrerer Begegnungen, die der extra zum Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nach Bulgarien entsandte stellvertretende Leiter der Wirtschaftspolitischen

Abteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Carl August Clodius mit führenden bulgarischen Politikern wie Außenminister Ivan Popoff, Kriegsminister Generalleutnant Teodosi Daskaloff, Finanzminister Dobri Boshiloff und anderen Anfang Mai 1940 hatte, war immer wieder versichert worden, daß sie Deutschland „als einzigen natürlichen Verbündeten“ empfänden. Clodius faßte die Ergebnisse dieser Gespräche in einem Telegramm an das Auswärtige Amt wie folgt zusammen: „Gesamteindruck, daß maßgebende politische Faktoren, vor allem also König, außenpolitisch nur Möglichkeit der Anlehnung an Deutschland sehen.“⁵⁰

Etwa seit September 1940, das heißt nach den militärischen Erfolgen Deutsch-[163:]lands in Westeuropa, sprach die bulgarische Regierung ihre Bereitschaft, mit den Achsenmächten zusammenzuarbeiten, offen aus. Im zweiten Halbjahr 1940 häuften sich die Besuche bulgarischer Politiker in Deutschland. So reisten Zar Boris III., Ministerpräsident Bogdan Filoff⁵¹ (zweimal) sowie die Minister für Auswärtiges, Landwirtschaft, Handel und Industrie in die deutsche Hauptstadt. Bereits im Frühjahr 1940 waren deutsche Spezialeinheiten, getarnt als Touristen, in Bulgarien eingetroffen. Bis Herbst 1940 waren etwa 30.000 dieser „Touristen“ in Gruppen zu 300 bis 400 Mann auf die wichtigsten Städte des Landes verteilt worden. Mindestens 1000 deutsche Offiziere arbeiteten in bulgarischen Rüstungsbetrieben, in Flieger- und mechanisierten Einheiten sowie in der Luftverteidigung.

Die verstärkte Annäherung Bulgariens an das faschistische Deutschland ab Mitte 1940 widersprach dem Willen großer Teile des bulgarischen Volkes, die den herrschenden Kreisen ihre Alternative entgegenstellten: Beziehungen der Freundschaft und des gegenseitigen Beistands mit der UdSSR. Prof. P. Stainoff bemerkte am 7. April 1940 gegenüber dem sowjetischen Gesandten: „Die Sympathien des gesamten bulgarischen Volkes für die Sowjetunion sind jetzt so stark wie nie zuvor. Diese Sympathien lassen sich nicht aus sentimentalischen Ursachen, etwa aus historischer Gemeinsamkeit oder Blutsverwandtschaft, erklären, sondern sie sind vielmehr von der realen Wirklichkeit geprägt. Das bulgarische Volk verbindet mit der Sowjetunion den Begriff von Freiheit und materiellem Wohlstand. Jetzt ist Bulgarien nahezu eine deutsche Kolonie geworden. Die Deutschen wollen das Land in ihre Kolonie verwandeln, aber das bulgarische Volk will dies nicht. Die Regierung Bulgariens vermeidet es, ihr Verhältnis zur UdSSR exakt zu artikulieren, da sie vor dem Zarenhof kriecht und das Volk fürchtet. Zarenhof und Regierungselite wollen aus persönlichen eigensüchtigen Erwägungen heraus keine Annäherung an die UdSSR, sie sagen dies aber nicht, da sie das Volk fürchten.“ Auch in der bulgarischen Armee gab es Kräfte, die für eine Zusammenarbeit mit der UdSSR plädierten. Am 2. März 1940 äußerte der bulgarische Publizist Gankowski gegenüber dem sowjetischen Gesandten: „Ein Teil der Offiziere meint, daß nur eine Annäherung an die Sowjetunion eine echte Garantie für die Unabhängigkeit Bulgariens bietet.“ Die Bewegung für eine Annäherung Bulgariens an die UdSSR, darunter auch für den Abschluß eines Vertrages über gegenseitigen Beistand, wurde von einer breiten sozialen Basis getragen. In Sofia verbreitete man entsprechende Flugblätter und Aufrufe. 48 Mitglieder der Nationalversammlung Bulgariens forderten in einem Brief von der Regierung, sich um einen Vertrag über gegenseitigen Beistand mit der UdSSR zu bemühen. Die gleiche Forderung richteten Angehörige der bulgarischen Intelligenz an Ministerpräsident Filoff. Anfang November 1940 wandten sich sechs Sofioter Arbeiterdelegationen an das Parlament und verschiedene Ministerien und verlangten von der Regierung praktische Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen [164:] zur UdSSR. Trotz aller Repressivmaßnahmen der zaristischen Polizei tauchten Losungen, die den Abschluß eines sowjetisch-bulgarischen Vertrages über gegenseitigen Beistand forderten, immer wieder auf.

Die deutschen Aktivitäten und die sowjetischen Gegenmaßnahmen

Im Herbst 1940 aktivierte die Sowjetregierung ihre Bemühungen, um dem wachsenden Einfluß Hitlerdeutschlands auf Bulgarien und den Balkan insgesamt entgegenzuwirken. Im November 1940 wurde der Generalsekretär des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A.

⁵⁰ ADAP, Serie D, Bd. IX, a. a. O., S. 230, 232.

⁵¹ Prof. Dr. Bogdan Filoff hatte nach dem Rücktritt der Regierung Kjosewanoff am 15. Februar 1940 das Amt des Ministerpräsidenten und zugleich des Unterrichtsministers übernommen.

A. Sobolew, in einer Sondermission nach Bulgarien entsandt. In einem Gespräch mit Zar Boris III. am 25. November 1940 erneuerte A. A. Sobolew den Vorschlag der Sowjetregierung, zwischen der UdSSR und Bulgarien einen Freundschafts- und Beistandsvertrag abzuschließen. Dieser Vorschlag war der bulgarischen Regierung bereits über den Gesandten Sofias in Moskau, Ivan Stamenoff, unterbreitet worden.

In einer Erklärung der sowjetischen Delegation, die Zar Boris überreicht wurde, hieß es unter anderem: „Unter Berücksichtigung der Gemeinsamkeit der Interessen der UdSSR und Bulgariens erneuert die Sowjetunion ihr Angebot vom September 1939, einen Pakt über gegenseitigen Beistand mit Bulgarien abzuschließen ... Diesem Pakt zufolge würde sich die UdSSR verpflichten, Hilfe jeglicher Art zu erweisen, darunter auch militärischen Beistand, falls Bulgarien von einem Drittstaat oder von welcher Staatenkoalition auch immer bedroht werden sollte. Bulgarien müßte sich seinerseits verpflichten, der UdSSR Beistand zu leisten, falls eine reale Gefahr für die Interessen der UdSSR im Bereiche des Schwarzen Meeres und der Meerengen entsteht. Die UdSSR ist bereit, Bulgarien Hilfe in jeglicher Form zukommen zu lassen – in Form von Finanzhilfe, Nahrungsmitteln, Waffen, Rohstoffen oder in Form einer Anleihe, falls Bulgarien Bedarf hat. Gleichzeitig ist die UdSSR bereit, bulgarische Erzeugnisse in verstärktem Maße zu kaufen ... Der Pakt über gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und Bulgarien würde in keiner Weise die interne Ordnung, die Souveränität und Unabhängigkeit Bulgariens berühren.“⁵²

Die Unterzeichnung eines Vertrages über Freundschaft und gegenseitigen Beistand hätte Bulgarien die Unabhängigkeit garantiert. Doch die monarchistische Regierung mißachtete die nationalen Interessen Bulgariens und steuerte einen genau entgegengesetzten Kurs. Unter dem Druck einer deutschen Militärmission, die sich zur gleichen Zeit in Sofia aufhielt, wurde die sowjetische Initiative zurückgewiesen. Als A. A. Sobolew vom Zaren empfangen wurde, stand bereits endgültig fest, daß der Vorschlag der UdSSR zurückgewiesen werden würde.⁵³

[165:] Obwohl die Regierung Filoff es ablehnte, mit der Sowjetunion einen Freundschafts- und Beistandsvertrag zu unterzeichnen, wurde die Initiative der UdSSR in den Balkanländern als bedeutende Aktivität der UdSSR im Kampf gegen die faschistische Gefahr in dieser Region Europas gewertet. In der jugoslawischen Öffentlichkeit habe man, teilte die sowjetische Gesandtschaft aus Belgrad mit, die Initiative der UdSSR als einen ernsthaften Schritt zur Erhaltung des Friedens und gegen eine mögliche deutsche Aggression auf dem Balkan gewertet.

Wie aus Materialien des Volksgerichts gegen die bulgarischen Monarcho-Faschisten hervorgeht, waren die herrschenden Kreise Bulgariens bereits im November 1940 bereit, sich dem Dreimächtepakt anzuschließen. Am 17. November 1940 begaben sich Boris III. und Außenminister Popoff zu Verhandlungen nach Berlin. Im Ergebnis dieser Gespräche sagten sie zu, dem Dreimächtepakt in der Perspektive beizutreten.⁵⁴ Aus Furcht vor dem eigenen Volk wurde dieser Schritt streng geheimgehalten. Gleichzeitig setzte Sofia das Gerücht in Umlauf, die UdSSR „billige“ die Politik Bulgariens und habe gegen den Aufenthalt deutscher Spezialeinheiten in Bulgarien „nichts einzuwenden“. Am 13. Januar 1941 veröffentlichte TASS in der „Prawda“ eine Erklärung, in der diese Unterstellungen energisch zurückgewiesen wurden.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR übergab dem deutschen Botschafter in Moskau, Werner Graf von der Schulenburg, am 17. Januar 1941 eine Protesterklärung, in der darauf hingewiesen wurde, daß „den vorliegenden Informationen zufolge ... in Rumänien deutsche Truppen konzentriert und auf dem Sprung (seien), in Bulgarien einzumarschieren mit dem Ziel, Bulgarien und Griechenland und die Meerengen zu besetzen“. Das könne „Bulgarien in einen Kriegsschauplatz verwandeln“⁵⁵.

⁵² Istorija Bolgarska Komunističeskoj partii, Moskau 1971, S. 414 f.

⁵³ Vgl. R. T. Ablowa, Sotrudničestwo ..., a. a. O., S. 37 f., 63 ff.

⁵⁴ Vgl. a. a. O., S. 38.

⁵⁵ ADAP, Serie D, Bd. XI.2, a. a. O., S. 936.

Mit der Annäherung Bulgariens an Deutschland verstärkten sich gleichzeitig die antisowjetischen Tendenzen der Politik Sofias. Im Februar 1941 zum Beispiel setzte man die sowjetischen Filme von den Spielplänen der Filmtheater ab. Nach dem Eintreffen deutscher Spezialeinheiten wurden sämtliche Ortsgruppen der Gesellschaft Bulgarien – Sowjetunion aufgelöst.

Am konsequentesten trat die Bulgarische Arbeiterpartei (Kommunisten) für den Abschluß eines Freundschafts- und Beistandsvertrages und gegen den Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt ein. Auf der VII. Plenartagung des ZK der BAP (K), die im Januar 1941 stattfand, wurde der Kampf gegen den Beitritt Bulgariens zum faschistischen Block und für den Abschluß eines Vertrages mit der UdSSR als Hauptaufgabe beschlossen und vom Herbst 1940 bis zum Sommer 1941 in Sofia, Plowdiw, Burgas, Plewen und anderen Städten entsprechende Aktivitäten organisiert.

Die zaristische Regierung Bulgariens tat alles, um die UdSSR heuchlerisch „ihrer guten Absichten“ zu versichern. Am 28. Februar 1941 erklärte der Generalsekretär des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten [166:] Bulgariens, D. Schischmanoff, gegenüber dem sowjetischen Gesandten A. A. Lawrischtschew: „Heute hat der Ministerrat beschlossen, das Abkommen über den Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt zu unterzeichnen. Die bulgarische Regierung ist der Auffassung, daß der Beitritt zum Dreimächtepakt sie nicht daran hindert, mit der UdSSR und den Nachbarstaaten gute Beziehungen zu unterhalten und auszubauen, und sie bittet darum, der Sowjetregierung gegenüber dieser ihrer Überzeugung Ausdruck zu geben.“ Am 1. März wurde A. A. Lawrischtschew vom Leiter der Politischen Abteilung des bulgarischen Außenministeriums I. Altinoff mitgeteilt, daß die bulgarische Regierung am 28. Februar der Stationierung großer Kontingente deutscher Truppen in Bulgarien zugestimmt habe. Ebenfalls am 1. März 1940 unterzeichneten in Wien der bulgarische Ministerpräsident Filoff und Außenminister Popoff das Protokoll über Bulgariens Beitritt zum Dreimächtepakt.⁵⁶

Zu diesem Zeitpunkt standen bereits deutsche Truppen auf bulgarischem Territorium.⁵⁷ Die bulgarische Regierung versicherte der UdSSR, die Zustimmung zum Einrücken deutscher Truppen in Bulgarien sei deshalb erfolgt, um „den Frieden auf dem Balkan zu erhalten“. Die Sowjetregierung wies dieses „Argument“ kategorisch zurück. Gleichzeitig erfolgte eine notwendige Demarche der Sowjetregierung gegenüber Deutschland: Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR konstatierte am 1. März im Gespräch mit dem deutschen Botschafter, daß mit der militärischen Besetzung Bulgariens durch deutsche Truppen die Sicherheitsinteressen der UdSSR beeinträchtigt wurden und daß die UdSSR diese Handlungen nicht tolerieren könne.⁵⁸

Im Frühjahr 1941 konnte sich die bulgarische Führung jedoch noch nicht dazu entschließen, die Beziehungen zur UdSSR rigoros zu verschlechtern. Wie eine Information der sowjetischen Gesandtschaft vom 19. Mai 1941 besagt, „ist die antisowjetische Agitation unter dem bulgarischen Volk unpopulär. Die Regierung, die auch außenpolitische Momente berücksichtigen muß, bekräftigt offiziell ihren Wunsch, gute, ja freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion aufrechtzuerhalten ... Dies ist für sie notwendig, um ihr Ansehen in der internationalen Politik aufzubessern, ist aber auch deshalb notwendig, um den Abgrund zu verringern, der zwischen Regierung und Volk besteht, da jegliche inoffizielle Propaganda gegen die Sowjetunion nicht in der Lage ist, die Sympathien des bulgarischen Volkes zur Sowjetunion zu ersticken, denn die Sympathien, die das bulgarische Volk der Sowjetunion entgegenbringt, haben tiefe soziale, nationale und historische Wurzeln.“⁵⁹

⁵⁶ Vgl. Ph. W. Fabry, *Balkan-Wirren 1940-41. Diplomatische und militärische Vorbereitung des deutschen Donauübergangs*, Darmstadt 1966, S. 152. Text des Beitrittsprotokolls in: *Monatshefte für Auswärtige Politik*, Berlin, 8. Jg., 1941, Nr. 3, S. 233 f.

⁵⁷ Das faschistische Oberkommando der Wehrmacht (OKW) hatte zu diesem Zeitpunkt etwa 800 Mann Flugüberwachungseinheiten gegen befürchtete englische Luftangriffe von griechischem Territorium aus in Richtung rumänische Erdölfelder stationiert.

⁵⁸ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. XII.1, Göttingen 1969, S. 177 f.

⁵⁹ Zit. nach: R. T. Ablowa, *Sotrudnitschestwo ...*, a. a. O., S. 37.

[167:]

3. Die UdSSR und Ungarn

Die Sowjetunion war an einer positiven Entwicklung der Beziehungen auch zu Ungarn interessiert. Zwischen beiden Seiten existierten keine größeren strittigen Probleme oder gegenseitige Ansprüche, die hätten Komplikationen hervorrufen können. Im September 1939 wurden die diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen, die im Februar 1939 – Ungarn trat dem „Antikominternpakt“ bei – abgebrochen worden waren. Dieser Schritt entsprach den Interessen vor allem des ungarischen Volkes. Vorteilhaft für Ungarn waren auch der sowjetisch-ungarische Vertrag über Handel und Schifffahrt sowie das Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr, das am 3. September 1940 in Moskau unterzeichnet wurde. Im Zusammenhang mit dem zweiten Weltkrieg, dessen Folgen sich äußerst negativ auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen Ungarns auswirkten, erwiesen sich die Handels- und Wirtschaftsvereinbarungen zur UdSSR als stabilisierender Faktor für die ungarische Industrie.

Die von Horthy⁶⁰ jahrelang betriebene intensive antisowjetische Propaganda, die grausamen Repressalien gegen jene Kräfte, die sich für ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion einsetzten, konnten die Sympathien des ungarischen Volkes zur UdSSR nicht auslöschen. Nach Beginn des zweiten Weltkrieges wies die illegal wirkende Kommunistische Partei Ungarns nachdrücklich darauf hin, daß freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR die entscheidende Grundlage dafür sind, die Unabhängigkeit des Landes wirklich zu gewährleisten. Auf Initiative der Kommunistischen Partei wurden in legal erscheinenden Publikationen zahlreiche Artikel veröffentlicht, die die Werktätigen über die Politik der KPdSU (B), über das wissenschaftliche und kulturelle Leben in der UdSSR sowie über Veröffentlichungen sowjetischer Literatur in ungarischer Sprache informierten.

Die progressiven Kräfte des ungarischen Volkes verstanden die UdSSR als wahren Sachwalter einer von Ausbeutung freien Zukunft. Beredter Ausdruck dessen war die Ausstellung der UdSSR auf der Internationalen Budapester Messe im Frühjahr 1941. Der sowjetische Pavillon wurde von den ungarischen Werktätigen stark besucht, da hier die Möglichkeit bestand, sich zum ersten Mal direkt über die Errungenschaften der UdSSR zu informieren. Unmittelbar vor Eröffnung der Messe war der ungarische Innenminister Dr. Vitéz Ferenc Keresztes-Fischer darüber unterrichtet worden, daß „von allen Enden des Landes die Ärmsten, die elend dahinvegetieren, ihre letzten Filler zusammenkratzen, um den sowjetischen Pavillon zu besuchen“⁶¹.

[168:]

Die militanten Ambitionen der Horthy-Clique

Die Beziehungen zwischen der UdSSR und Ungarn konnten in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges nicht weiterentwickelt werden. Die Ursache bestand vor allem in den antisowjetischen und antikommunistischen Ambitionen der Horthy-Regierung. Bereits im August 1936 hatte der ungarische Reichsverweser Admiral Miklós Horthy in einem Memorandum für eine Besprechung mit Hitler seine antisowjetische Haltung in höchst eindeutiger Weise fixiert: „Es gibt keine Ruhe, Sicherheit und Glück für die Menschheit, solange der Sowjet nicht erschlagen wird.“⁶² Das Horthy-Regime war an einer antisowjetischen Koalition beider imperialistischer Gruppierungen unter Einschluß der USA interessiert. Folglich stand auch in der Botschaft, die Horthy am 3. November 1939 an Hitler richtete, die Idee eines „Kreuzzuges gegen die UdSSR“ im Mittelpunkt. Horthy bedauerte, daß der vom französischen Marschall Foch am 11. November 1918 unterbreitete Vorschlag, daß „Frankreich, England, Italien, Deutschland und Österreich-Ungarn jetzt gleich gegen Moskau marschieren, dort Ordnung machen“ nicht wie erhofft zustande kam. Horthy bot Hitler im gleichen Schreiben seine guten Dienste

⁶⁰ Admiral Miklós Horthy von Nagybánya (1868-1957), 1918 Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Kriegsflotte. Er organisierte 1919 den weißen Terror der Konterrevolutionäre gegen die Räterepublik unter Béla Kun in Ungarn, von März 1920-Oktobre 1944 Reichsverweser, 1944 von Hitler zur Abdankung gezwungen und in Bayern interniert.

⁶¹ Zit. nach: A. I. Puschkasch, *Wengrija w gody wtoroi mirowoi woiny*, Moskau 1966, S. 159.

⁶² Zit. nach dem deutschsprachigen maschinenschriftlichen Originalfaksimile in: *The Confidential Papers of Admiral Horthy*, Budapest 1965, vor Seite 91.

auch für geheime Verhandlungsmissionen an.⁶³ Der Antisowjetismus Horthys gipfelte unmittelbar nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR am 22. Juni 1940 in der Äußerung gegenüber dem deutschen Gesandten in Budapest, Otto von Erdmannsdorff, „seit 22 Jahren habe er diesen Tag herbeigesehnt und sei nun selig“⁶⁴.

Die Sowjetunion wandte sich entschieden gegen das außenpolitische Programm Horthy-Ungarns. Dieses Programm hatte das Ziel, auf den Trümmern der österreich-ungarischen Monarchie ein Großungarn zu errichten. Es war geplant, die Transkarpato-Ukraine, die damals zur Tschechoslowakei gehörte, die südserbischen Gebiete Bácska (Batschka) und Banat sowie das zu Rumänien gehörende Transsylvanien Ungarn anzugliedern. Und ebendiese Aufgabe bestimmte die Außenpolitik des bürgerlich-gutsbesitzerlichen Ungarn in hohem Maße.

Diesem Ziel war auch die gesamte Militärpolitik des Horthy-Regimes untergeordnet. Vom September 1938 bis Mitte 1941 betrug die Militärausgaben Ungarns mehr als 5 Mrd. Pengö, eine Summe, die das ungarische Nationaleinkommen eines Jahres beträchtlich überstieg.⁶⁵ Da Horthy-Ungarn allein nicht in der Lage war, seine Pläne zu verwirklichen, versuchte es sich jenen imperialistischen Staaten anzunähern, die ihm dabei helfen konnten, das heißt vor allem Deutschland und Italien. Gleichzeitig setzten die ungarischen herrschenden Kreise auch auf die imperialistischen Rivalen der Achsenmächte. Eine streng geheime Denkschrift des ungarischen Generalstabschefs Generaloberst Henrik Werth an den ungarischen Ministerpräsidenten Laszló Bardossy vom 14. Juni 1941 zeigt an-[169:]schaulich, wie sich in der ungarischen Politik Antisowjetismus, Antikommunismus und revanchistisch-annexionistische Zielsetzungen miteinander verflochten.

„Es ist meine feste Überzeugung“, heißt es bei Werth, „daß Ungarn in einem deutsch-russischen Krieg nicht untätig bleiben kann. An diesem Krieg müssen wir teilnehmen, ...

2. weil die Schwächung des russischen Nachbarn und seine Entfernung von unseren Grenzen für unsere Zukunft ein erstrangiges nationales Interesse ist,

3. weil uns unsere auf der christlichen nationalen Grundlage beruhende Weltanschauung und unsere prinzipielle Stellungnahme gegen den Bolschewismus in der Vergangenheit wie in der Gegenwart dazu verpflichten,

4. weil wir uns politisch endgültig auf die Seite der Achsenmächte gestellt haben,

5. weil unsere weitere Landesvergrößerung auch hiervon abhängt.“⁶⁶

Auf Grund der extrem antisowjetischen Position, die das Horthy-Regime mittlerweile eingenommen hatte, mußte die UdSSR Ungarn in ihrer militärpolitischen Planung bereits im ersten Halbjahr 1940 als potentiellen Verbündeten Hitlerdeutschlands bei einem Überfall auf die Sowjetunion berücksichtigen.⁶⁷

Einzelne Versuche der Regierung Pál Teleki⁶⁸, zwischen den beiden imperialistischen Gruppierungen zu lavieren, scheiterten. Dieses Lavieren war natürlich relativ und widerspiegelte sich vor allem darin, daß ein bestimmter Teil der herrschenden Kreise Ungarns Deutschland nicht in dem Maße folgte, wie dies in Berlin erwartet wurde. In Budapest hoffte man, bei einem starken Eingehen auf Forderungen Hitlers Deutschland veranlassen zu können, Ungarn vor allem hinsichtlich seiner Gebietsforderungen gegenüber Rumänien mehr Beachtung zu schenken. Deutschland mußte sogar die ungarische Führung veranlassen, Rumänien nicht anzugreifen. Nachdem aus Berlin einige zum Teil recht unsanfte Hinweise eingegangen waren, erklärte die Horthy-Führung Ende 1939 sich vorbehaltlos bereit, dem „Dritten Reich“ zu folgen. Gesandter Carl August Clodius, der die deutsche Delegation zu den Wirtschaftsgesprächen mit Ungarn im Frühjahr 1940 leitete, stellte in seinem telegraphischen Bericht

⁶³ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 297.

⁶⁴ ADAP, Serie D, Bd. XII.2, a. a. O., S. 899.

⁶⁵ Vgl. A. I. Puschkasch, *Wengrija ...*, a. a. O., S. 129.

⁶⁶ *Allianz Hitler-Horthy-Mussolini. Dokumente zur ungarischen Außenpolitik (1933-1944)*, Budapest 1966, S. 310.

⁶⁷ Vgl. A. Wassilewski, *Sache des ganzen Lebens*, Berlin 1980, S. 90.

⁶⁸ Graf Pál Teleki von Szék (1879-1941) ab Februar 1939 bis 3. April 1941 Ministerpräsident.

zusammenfassend fest, daß „maßgebende politische Faktoren (Reichsverweser Miklós Horthy, Wirtschaftsminister Prof. Dr. Istvan Varga, Generalstabschef Freiherr Henrik Werth – P. S.) sich darüber klar sind, daß Politik Ungarns nur solidarisch mit Politik Deutschlands und Italiens geführt werden kann und daß sie entschlossen sind, hieraus auf wirtschaftlichem Gebiet Konsequenzen zu ziehen.“⁶⁹

Im Sommer und Herbst des Jahres 1940 war die UdSSR in der ungarischen Außenpolitik eine bedeutende aktive Komponente, versuchten die herrschenden Kreise in Budapest doch verstärkt, eine ihrer zentralen Zielstellungen, den An-[170:]schluß Transsylvaniens an Ungarn zu verwirklichen. Dazu mußte man sich jedoch der Unterstützung Berlins versichern und spekulierte, obgleich es dafür selbstverständlich keinerlei Gründe gab, auf eine „Bedrohung durch die UdSSR“. Deutschland ging davon aus, daß die weitere Zuspitzung der ungarisch-rumänischen Beziehungen und ein möglicher bewaffneter Konflikt zwischen beiden Ländern die Gefahr in sich bergen könne, die Positionen der UdSSR auf dem Balkan zu festigen. An dieser Perspektive konnte den Achsenmächten natürlich nicht gelegen sein. Im Ergebnis des „2. Wiener Schiedsspruchs“ beschlossen Deutschland und Italien am 30. August 1940, Ungarn den nördlichen, das heißt den größeren Teil Transsylvaniens (Nordsiebenbürgen) zu überantworten.⁷⁰ Daß auch Rumänien den „Schiedsspruch“ vorbehaltlos akzeptierte, erzwang die deutsche Diplomatie mit der Behauptung einer angeblich unmittelbar bevorstehenden „Intervention Rußlands“. Das gleiche wurde auch der ungarischen Seite wiederholt suggeriert. Das wichtigste politische Ziel des „Schiedsspruchs“ bestand darin, sowohl Ungarn als auch Rumänien noch enger an Deutschland zu binden und zusätzliche Möglichkeiten zu schaffen, um auf Budapest und Bukarest Druck ausüben zu können.

Ungarn als Partner des Dreimächtepaktes

Während der unmittelbaren Vorbereitung auf die Aggression gegen die UdSSR nahmen die Aktivitäten Deutschlands in Ungarn weiter zu. Am 20. November 1940 trat Ungarn als erstes Satellitenland der Achsenmächte dem Dreimächtepakt bei.⁷¹ Die faschistische Propaganda nutzte diese Tatsache für eine neue Verleumdungskampagne gegen die UdSSR und behauptete, der Beitritt Ungarns zum Dreimächtepakt sei „in Zusammenarbeit und mit voller Billigung“ der UdSSR erfolgt. Am 23. November dementierte TASS diese Falschmeldungen.⁷²

Die Sowjetunion verurteilte nachdrücklich die Teilnahme Horthy-Ungarns an der Aggression Deutschlands gegen Jugoslawien. In einer am 13. April 1941 dazu veröffentlichten Erklärung der Regierung der UdSSR wurde festgestellt: „Die Sowjetregierung kann einen derartigen Schritt Ungarns nicht gutheißen. Auf die Sowjetregierung machte insbesondere der Umstand einen besonders üblen Eindruck, daß Ungarn gegen Jugoslawien den Krieg begonnen hat, obwohl es erst vier Monate zuvor mit ihm einen Vertrag über ewige Freundschaft⁷³ abgeschlossen hat. Man versteht unschwer, in welcher Lage Ungarn selbst wäre, wenn es in Not geriete und man anfangen würde, es in Stücke zu reißen, da es ja auch in Un-[171:]garn nationale Minderheiten gibt.“⁷⁴ Der ungarische Gesandte in Moskau József Kristóffy charakterisierte die sowjetische Reaktion auf die Teilnahme Ungarns am Krieg gegen Jugoslawien als äußerst scharf.⁷⁵ Horthy und seine politische Umgebung ignorierten jedoch die Erklärung der UdSSR.

Bei aller Bereitschaft der ungarischen Führung, sich den Interessen Berlins unterzuordnen, erkannten bestimmte Teile der herrschenden Kreise des Landes, daß die wirtschaftliche Expansion sowie das politische Diktat Deutschlands die Souveränität Ungarns aufs höchste gefährdeten. Auch wenn die

⁶⁹ ADAP, Serie D, Bd. IX, a. a. O., S. 209.

⁷⁰ Vgl. Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968, S. 315 f.

⁷¹ Vgl. Protokoll vom 20. November 1940 über den Beitritt Ungarns zum Dreimächtepakt vom 27. September 1940, in: Politische Verträge ..., Bd. III/2, a. a. O., S. 1368 ff.; Ursachen und Folgen. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Berlin(West) 1971, S. 208 f.

⁷² Vgl. Wneschnjaja politika SSSR ..., Bd. IV, a. a. O., S. 534.

⁷³ Vgl. Freundschaftsvertrag zwischen Ungarn und Jugoslawien vom 12. Dezember 1940, in: Politische Verträge ..., Bd. III/2, a. a. O., S. 1395 ff.

⁷⁴ Wneschnjaja politika SSSR ..., Bd. IV, a. a. O., S. 549.

⁷⁵ Vgl. A. I. Puschkasch, Wengrija ..., a. a. O., S. 187.

ungarische Führung die prinzipielle Grundlage der Bündnispolitik mit Deutschland, das heißt vor allem den Antisowjetismus und Antikommunismus immer betonte, gab es in Budapest doch gewisse Stimmen, die eine zurückhaltende Linie gegenüber den Achsenmächten sowie einen maßvolleren Einsatz der eigenen Kräfte forderten. Man solle sich erst dann für die Teilnahme am Krieg entscheiden, wenn die Situation jegliches Risiko ausschließe. So erklärte Ministerpräsident Pál Teleki am 3. März 1941 in einer Information an die ungarischen Gesandten in Großbritannien und in den USA über Ungarns künftige Außenpolitik: „Hauptaufgabe der ungarischen Regierung in diesem europäischen Krieg ist es, Ungarns militärische, materielle und völkische Kraft bis zum Ende des Krieges zu erhalten. Um jeden Preis müssen wir uns von einer Teilnahme am Konflikt fernhalten ... Eine andere Hauptaufgabe der ungarischen Regierung ist, das Nationalgefühl des Ungarntums und damit im Zusammenhang seine Freiheitsliebe und seine Opferbereitschaft für die Wahrung seiner Unabhängigkeit ... aufrechtzuerhalten.“⁷⁶ Diese zum Teil realistischen Überlegungen wurden jedoch durch die Politik Ungarns im Interesse des deutschen Faschismus entwertet.

Die UdSSR achtete die nationalen Gefühle des ungarischen Volkes, seine nationale Würde und revolutionären Traditionen zu jeder Zeit. Am 20. März 1941 übergab die Sowjetunion in einem feierlichen Akt die bei der Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung von 1849 durch zaristische Truppen erbeuteten Fahnen. Diese Geste der UdSSR, die von den ungarischen Werktätigen verstanden und begrüßt wurde, besaß angesichts des Verhältnisses Deutschlands zu seinen Satelliten besondere Bedeutung.

Das Horthy-Regime entschied sich jedoch dafür, die Zusammenarbeit mit Deutschland gegen die UdSSR weiter auszubauen. Ungarn verpflichtete sich im Februar 1941 als Gegenleistung für deutsche Waffenlieferungen, 15 operative Militärverbände für den Krieg gegen die UdSSR bereitzustellen, die militärischen Vorbereitungen an der ungarisch-sowjetischen Grenze abzuschließen sowie den deutschen Truppen das Durchmarschrecht durch ungarisches Territorium bis an die Grenze Jugoslawiens bzw. der UdSSR zu gewähren. Ende Mai 1941 begann das Horthy-Regime, die Gruppe „Karpaten“ speziell für den Krieg gegen die UdSSR an der Ostgrenze des Landes zu stationieren.⁷⁷ Verschiedene Meinungen [172:] existierten in der politisch-militärischen Führung Ungarns nur darüber, wann der günstigste Zeitpunkt sei, sich der deutschen Aggression anzuschließen. So waren bestimmte Kräfte dafür, nicht sofort in die Kriegshandlungen einzugreifen, sondern noch zu warten. Man hoffte, der Überfall Deutschlands auf die UdSSR würde Berlin und London auf antisowjetischer Grundlage ausöhnen. An einer möglichen gemeinsamen imperialistischen Intervention gegen die UdSSR könnte sich dann auch Ungarn risikolos beteiligen. Der Reichsverweser selbst und ihm nahestehende Personen hätten Berlin am liebsten sofort gemeldet, daß sich Ungarn unverzüglich in den Krieg gegen die UdSSR einschalten würde. Generalstabschef Freiherr Henrik Werth schrieb am 14. Juni 1941 in der bereits zitierten Denkschrift an Ministerpräsident Laszló Bardossy⁷⁸: „Auch unser Anschluß an die Achsenmächte verpflichtet uns zur Teilnahme am Krieg, darüber hinaus aber auch, daß wir auf eine weitere Vergrößerung unseres Landes nur dann hoffen können, wenn wir weiter treu zur Politik der Achse halten, als deren Belohnung wir sicher das gesamte Territorium des historischen Ungarn zurückerhalten. Das haben die zuständigen deutschen Kreise immer angedeutet und das können wir nach den bisherigen Gesten der Achsenmächte auch mit Sicherheit erhoffen.“⁷⁹

Der ungarische Gesandte Kristóffy in Moskau wurde im Namen der Sowjetregierung von W. M. Molotow am 23. Juni 1941 nach Beginn des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die UdSSR darauf hingewiesen, daß die UdSSR „keinerlei Forderungen oder Angriffsabsichten gegenüber Ungarn (habe)“⁸⁰. Doch

⁷⁶ Allianz Hitler-Horthy-Mussolini ..., a. a. O., S. 289 f.

⁷⁷ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 304.

⁷⁸ Der vorherige ungarische Ministerpräsident Pal Teleki hatte am 3. April 1941 nach dem Scheitern seines außenpolitischen Kurses – Stützen auf beide europäische imperialistische Gruppierungen mit einer bestimmten Bevorzugung der Achse – im Zusammenhang mit der ungarischen Teilnahme am Überfall Hitlerdeutschlands auf Jugoslawien Selbstmord begangen.

⁷⁹ Allianz Hitler-Horthy-Mussolini ..., a. a. O., S. 311.

⁸⁰ A. a. O., S. 314.

Horthy-Ungarn stand bereits zum Überfall auf die Sowjetunion bereit und brach noch am gleichen Tage demonstrativ, ohne von Deutschland dazu aufgefordert worden zu sein, die diplomatischen Beziehungen zur UdSSR ab. Als Vorwand für die Aggression gegen die UdSSR bediente sich das Horthy-Regime einer Provokation. Der Plan wurde vom deutschen Militärattaché in Budapest Cuno Heribert Fütterer- und vom Chef der Operationsabteilung des ungarischen Generalstabs Oberst H. Laszló ausgearbeitet. Entsprechend diesem Plan wurden am 26. Juni 1941 die damals ungarischen Städte Kassa (Košice), Munkács (Mukatschewo) und Ráho (Rachow) durch Flugzeuge unbekannter Nationalität (in Wirklichkeit von deutschen) bombardiert und das der UdSSR unterschoben. Mit dieser „Begründung“ für den ungarischen Kriegseintritt begannen einen Tag später – wie geplant – die militärischen Operationen Horthy-Ungarns gegen die UdSSR. Am gleichen Tage erklärte Ministerpräsident Bardossy nach einer Ministerratssitzung ohne Zustimmung des ungarischen Parlaments der UdSSR den Krieg. Zu dieser Zeit hatte ihn bereits kurz nach der Sitzung der Flugplatzkommandant von Košice (Kassa) Oberstleutnant Ádám Krudy persönlich darüber informiert, daß nicht sowjetische, sondern deutsche Flugzeuge die Stadt bombardiert hatten.⁸¹ Trotzdem bezog sich Bardossy bei Erläuterung der Kabinettsentscheidung auf „den sowjetischen völkerrechtswidrigen Angriff ... Die königlich ungarische Regierung stellt fest, daß nach diesem Angriff zwischen Ungarn und der Sowjetunion der Kriegszustand eingetreten ist.“⁸²

Am 27. Juni übermittelte Ministerpräsident Bárdossy an den ungarischen Gesandten in Deutschland, Feldmarschalleutnant Döme Sztójay, eine telefonische Weisung für die im Auswärtigen Amt in Berlin zu führenden Gespräche. Bárdossy hob hervor, daß „die ungarische Regierung ... bei allen Entscheidungen in vollem Einklang mit den Achsenmächten und in erster Linie mit der Reichsregierung vorgehen (möchte)“⁸³.

Entgegen der profaschistischen Führung verurteilte die überwiegende Mehrheit der ungarischen Werktätigen den Krieg an der Seite Hitlerdeutschlands gegen die UdSSR. Am konsequentesten traten die ungarischen Kommunisten gegen diese Aggression auf. Das ZK der Kommunistischen Partei Ungarns stellte auf seiner Tagung am 28. Juni 1941 fest, daß angesichts der entstandenen Situation die Hauptgefahr für Ungarn darin bestehe, sich dem deutschen Faschismus immer mehr unterzuordnen. Die Interessen des gesamten ungarischen Volkes würden es gebieten, den antisowjetischen Feldzug sofort zu beenden. Die ungarischen Kommunisten riefen alle Klassen und politischen Parteien des Landes auf, diese Aufgabe ohne Verzögerung zu verwirklichen.⁸⁴

4. Die UdSSR und Jugoslawien

Die Sowjetunion unternahm alles in ihrer Kraft Stehende, um zu verhindern, daß auch Jugoslawien Opfer einer faschistischen Aggression wurde. Vor allem auf Grund der nach der Niederlage Frankreichs sich noch verstärkenden wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit Jugoslawiens von Deutschland und Italien sowie der von Großbritannien und Frankreich diesem Land gegenüber verfolgten Politik war es für die Sowjetunion äußerst schwierig, den Kampf Jugoslawiens für Unabhängigkeit und Souveränität zu unterstützen. Die faschistischen Staaten versuchten, Jugoslawiens ökonomische Abhängigkeit noch zu erhöhen. Bereits 1936 belegte Deutschland den ersten Platz im jugoslawischen Außenhandel; 1940 betrug sein Anteil am Warenumsatz Jugoslawiens rund 60 Prozent. Im Oktober 1940 wurde ein deutsch-jugoslawisches Handelsabkommen unterzeichnet, das die einseitige Abhängigkeit Jugoslawiens von Deutschland weiter vertiefte.⁸⁵

[174:] Auch die Politik der jugoslawischen Regierung balancierte zwischen den beiden imperialistischen Mächtigkeitsgruppen.

⁸¹ Vgl. a. a. O., S. 82 f.

⁸² A. a. O., S. 83.

⁸³ A. a. O., S. 318.

⁸⁴ Vgl. A. I. Puschkasch, Wengrija ..., a. a. O., S. 227.

⁸⁵ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. III, a. a. O., S. 312.

Der Antikommunismus, die feindselige Haltung zur Sowjetunion waren die Eckpfeiler der außenpolitischen Linie des Königreichs Jugoslawien.⁸⁶ Es zählte zu den wenigen Ländern Europas, die keine diplomatischen Beziehungen mit der UdSSR unterhielten.

Die wachsende Bedrohung, der Jugoslawien vor allem seitens des faschistischen Deutschland ausgesetzt war, bewirkte, daß das Interesse Belgrads zunahm, die Beziehungen zur UdSSR zu normalisieren. Außerdem waren die herrschenden Kreise Jugoslawiens gezwungen, die innere Situation des Landes sowie die öffentliche Meinung zu berücksichtigen. Viele jugoslawische Patrioten sahen in der UdSSR eine außerordentlich wichtige Stütze im Kampf gegen die faschistische Aggression. Für die Annäherung an die Sowjetunion traten sowohl die meisten Werktätigen als auch einflußreiche politische Kräfte des Landes ein. Ende März 1940 schlug die jugoslawische Seite der Sowjetregierung vor, gegenseitig vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Jugoslawien und der UdSSR aufzunehmen. Am 11. Mai 1940 konnten in Moskau folgende sowjetisch-jugoslawischen Dokumente unterzeichnet werden: ein Vertrag über Handel und Schifffahrt mit einem Protokoll über die Eröffnung einer Handelsvertretung der UdSSR in Jugoslawien und einer zeitweiligen Handelsdelegation Jugoslawiens in der UdSSR sowie ein Abkommen über den Waren- und Zahlungsverkehr für die Jahre 1940 und 1941. Für diesen Zeitraum war ein Warenumsatz in Höhe von 176 Mi II. Dinar geplant. Die Sowjetunion beabsichtigte, aus Jugoslawien Kupfer, konzentriertes Blei- und Zinkerz zu beziehen und nach Jugoslawien landwirtschaftliche und andere Maschinen, Kerosin, Baumwolle sowie weitere Erzeugnisse zu exportieren.⁸⁷

Nach dem erfolgreichen Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen und dem Austausch der Ratifikationsurkunden zwischen der UdSSR und Jugoslawien nahmen beide Länder am 25. Juni 1940 diplomatische Beziehungen miteinander auf.⁸⁸ Dieses Ereignis fand in Jugoslawien große politische Resonanz und wurde als direkte Unterstützung des Kampfes der Völker Jugoslawiens für die Souveränität des Landes gewertet.

Die Reaktionen auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen Jugoslawien und der UdSSR fielen in Berlin und Rom, wie zu erwarten, negativ aus. So informierten der italienische Gesandte in Belgrad, Francesco Giorgio Mameli, und der Geschäftsträger ad interim Italiens in Moskau, Luciano Mascia, ihre Re-[175:]gierungen darüber, daß die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien den Positionen der Achseilmächte auf dem Balkan direkt schade und die bisherige antisowjetische Politik der jugoslawischen herrschenden Kreise entwerte.⁸⁹ Bevor der jugoslawische Gesandte Milan Gavrilović in die UdSSR abreiste, deutete der deutsche Gesandte in Jugoslawien, Viktor von Heeren, ihm gegenüber unmißverständlich an, daß Berlin seiner Mission in Moskau kritisch gegenüberstünde.⁹⁰

Deutschland beabsichtigte, gemeinsam mit Italien auf dem Balkan die vorherrschende Stellung einzunehmen und sich am Schwarzen und am Ägäischen Meer strategische Positionen zur Beherrschung der Meerengen am Schwarzen Meer zu sichern.

„Deutschland habe gehofft, durch seine Überraschungsaktionen auf dem Balkan die Sowjetunion auszuschalten“, konstatierte der Gesandte der UdSSR in Belgrad, W. A. Plotnikow, Ende 1940.

Die UdSSR ergriff eine wichtige Maßnahme, um zu verhindern, daß das faschistische Deutschland seine Pläne, die Autorität der Sowjetunion auf dem Balkan zu untergraben, realisieren konnte. In einem am 21. September 1940 an den deutschen Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von

⁸⁶ Offiziell war Peter (Petar) II. Karadjordević (1923-1970) von Oktober 1934-April 1941 König von Jugoslawien. Er stand während dieser ganzen Zeit unter Regentschaft des Prinzen von Jugoslawien Paul (Pawel), der nach dem Staatsstreich vom April 1941, bei dem er zum Rücktritt gezwungen wurde, nach Athen ging; er wurde dann von den Engländern in Kenia interniert. Peter II. ging nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Jugoslawien nach England ins Exil.

⁸⁷ Vgl. Wneschnjaja politika SSSR ..., Bd. IV, a. a. O., S. 502, 504.

⁸⁸ Vgl. a. a. O., S. 514.

⁸⁹ Vgl. N. D. Smirnowa, Balkanskaja politika faschistskoi Italii. Otscherk diplomatitscheskoi istorii (1936-1941 gg.), Moskau 1969, S. 171.

⁹⁰ Vgl. J. B. Hoptner, Jugoslavia in Crisis 1934-1941, New York/London 1962, S. 177 f.

der Schulenburg, gerichteten Memorandum des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR bezog sich die Sowjetregierung auf die ohne Berücksichtigung der Interessen der UdSSR getroffenen Regelungen im Zusammenhang mit dem „2. Wiener Schiedsspruch“ (30. August 1940). „Die Demarche der Sowjetregierung und die entsprechende TASS-Meldung bezüglich des Interesses der UdSSR an der Regelung der Donaufragen hat zu einer eklatanten Niederlage der pro-deutschen Elemente in Jugoslawien geführt“, berichtete der sowjetische Gesandte aus Belgrad. Gleichzeitig informierte die sowjetische Gesandtschaft darüber, daß die Verlegung deutscher Truppen nach Rumänien (Herbst 1940) von einer außerordentlichen Aktivität der deutschen Diplomatie in Bulgarien und Rumänien begleitet werde. Im September forderte Berlin die jugoslawische Regierung auf, deutschen Truppen mit ihrem Kriegsmaterial das Durchmarschrecht durch Jugoslawien in Richtung Saloniki zu gewähren. „In diplomatischen Kreisen Jugoslawiens wurde festgestellt, daß diese Forderung darauf hinausläuft, man möge Deutschland einen 10 km breiten Korridor sowie das Recht einräumen, ihn unter den Schutz der deutschen Truppen zu stellen. Die Erfüllung dieser Forderungen wäre mit der Umwandlung Jugoslawiens in ein deutsches Protektorat gleichbedeutend“, resümierte die Gesandtschaft der UdSSR.

Am 17. Oktober 1940 beauftragte die Sowjetregierung ihren Gesandten in Belgrad, die jugoslawische Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß die Sowjetunion „Jugoslawien und dem Kampf des jugoslawischen Volkes für seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ihre Sympathie bekundet“.

[176:] Angesichts der entstandenen Bedingungen verstärkte die UdSSR die politische Unterstützung Jugoslawiens. Der jugoslawische Gesandte in Moskau, Milan Gavrilovic, bemerkte am 5. November gegenüber dem Ersten Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. J. Wyschinski, daß die Situation von Tag zu Tag kritischer werde. Es sei nicht auszuschließen, daß deutsche Truppen in Bulgarien einrücken würden. Er betonte, daß „die Interessen der UdSSR mit den Interessen aller Balkanmächte, insbesondere aber mit den Interessen Jugoslawiens übereinstimmen“.

Wenig später teilte die Sowjetregierung der jugoslawischen Seite mit, daß die UdSSR während der Berliner Verhandlungen vom November 1940 Deutschland aufgefordert habe, den Balkan nicht in die Sphäre des Krieges einzubeziehen. Anfang 1941 wies der Gesandte der UdSSR in Belgrad, W. A. Plotnikow, in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister Jugoslawiens darauf hin, daß die Sowjetunion sich für den Frieden auf dem Balkan einsetze.

In einem Bericht über die politische Situation im zweiten Halbjahr 1940 und den davon abgeleiteten Vorschlägen für die künftige Tätigkeit der sowjetischen Diplomatie konstatierte die sowjetische Gesandtschaft in Jugoslawien, daß die Sowjetunion „gegen die Ausweitung des Kriegsbrandes auf diesen Teil Europas kämpfen kann und kämpfen muß. Soll das Handeln der Sowjetunion erfolgreich sein, setzt dies jedoch den aktiven Kampf Bulgariens und Jugoslawiens sowohl gegen die britischen als auch gegen die deutschen Bestrebungen voraus, den Krieg auch auf den Balkan zu tragen. Nur die aufrichtig gemeinte Annäherung dieser Länder an die UdSSR vermag der Sowjetregierung wirksamste Mittel zur Erhaltung des Friedens auf dem Balkan in die Hand zu geben.“

Unter starkem Druck Hitlerdeutschlands trat Jugoslawien am 25. März 1941 dem Dreimächtepakt bei.⁹¹ Diese Entscheidung der Regierung Dragiša Cvetković löste im Lande eine Welle von Protestkundgebungen und -demonstrationen gegen die verräterische Politik der herrschenden Kreise aus. An der Protestbewegung beteiligten sich Arbeiter, Armeeangehörige, Studenten. Die Bauern strömten zu Tausenden in die Städte. Um diese Massenaktionen abzublocken, wurde am 27. März ein Staatsstreich inszeniert. Die neue Regierung unter dem damaligen Chef der Luftstreitkräfte, General Dusan Simovic, einem Gegner der Beitrittspolitik, lehnte das Protokoll über den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt zwar nicht ab, wagte aber auch nicht, es zu ratifizieren.⁹²

⁹¹ Vgl. Protokoll über den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt, in: Ursachen und Folgen ..., Bd. 16, a. a. O., S. 428.

⁹² Vgl. K. Olshausen, Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland von März bis Juli 1941, Stuttgart 1973, S. 45 ff.

Hitler ging davon aus, daß dieser Staatsstreich insgesamt antideutschen Charakter trage und ein höchst unerwünschter Faktor vor der Besetzung Griechenlands und vor Beginn des Krieges gegen die UdSSR sei. Deshalb beschloß er, dieses Problem militärisch zu lösen und Jugoslawien zu überfallen. Auf einer Sondersitzung des Oberkommandos der Wehrmacht am 27. März 1941 erklärte Hitler, daß er sich entschlossen habe, „alle Vorbereitungen zu treffen, um Jugosla-[177:]wien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen“. Bereits vorher hatte er dargelegt: „Wäre der Umsturz der Regierung während der Barbarossa-Aktion eingetreten, hätten die Folgen für uns wesentlich schwerwiegender sein müssen.“⁹³

Die sowjetische Diplomatie unterstützte den Widerstand Jugoslawiens gegen die deutsche Bedrohung sofort und uneingeschränkt. Unter dem Druck des jugoslawischen Volkes entsandte die neue Regierung eine Delegation unter Leitung des neuen Ministers ohne Portefeuille Milan Gavrilović zu Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung nach Moskau. Am 5. April 1941 wurde in Moskau ein Freundschafts- und Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Jugoslawien unterzeichnet. Dieser Schritt zeugte davon, daß die UdSSR entschlossen war, dem deutschen Faschismus auf dem Balkan wirksam zu begegnen. Unter Berücksichtigung einer drohenden deutschen Aggression gegen Jugoslawien ging der genannte Vertrag weit über die Bedeutung bilateraler Staatenbeziehungen hinaus.

Der Vertrag über Freundschaft und Nichtangriff zwischen der UdSSR und Jugoslawien bestand aus fünf Artikeln. In Artikel 1 verpflichteten sich die Seiten, sich jeglichen Angriffs gegeneinander zu enthalten, die Unabhängigkeit, die souveränen Rechte sowie die territoriale Unverletzlichkeit des Vertragspartners zu respektieren. Artikel 2 des Vertrages legte fest, daß im Falle eines Angriffs auf den einen der vertragschließenden Teile seitens eines Drittstaates sich der andere vertragschließende Teil verpflichtet, „eine Politik freundschaftlicher Beziehungen ihm gegenüber einzuhalten“⁹⁴. Diese Formulierung unterschied sich – zum Vorteil Jugoslawiens – wesentlich von den Verpflichtungen, die in Nichtangriffspakten üblich sind. Der Abschluß dieses Abkommens war eine wesentliche moralische und politische Hilfe in einer für Jugoslawien komplizierten Situation.

Am Morgen des 6. April 1941 überfiel Hitlerdeutschland treubruchig Jugoslawien.

Die militärische Niederlage Jugoslawiens war nur eine Frage der Zeit, zu ungleich waren die Kräfte der kriegführenden Seiten. Am 15. April kapitulierte Jugoslawien. Und bereits zu jenem Zeitpunkt trat die politische Kraft in Erscheinung, die künftig an der Spitze des Widerstandskampfes des jugoslawischen Volkes stehen sollte. „Wißt, daß dieser Kampf von Erfolg gekrönt sein wird, selbst wenn ein überlegener Feind Euch heute in diesem Kampf niederwirft ... Die Kommunisten und die gesamte Arbeiterklasse Jugoslawiens werden bis zum endgültigen Sieg standhaft bleiben und die erste Reihe im Volkskampf gegen die Eroberer bilden“⁹⁵, hieß es im Aufruf des ZK der KPJ an die Völker Jugoslawiens. Die Widerstandsbewegung in Jugoslawien, die sich bald darauf formierte, war von Beginn an ein bewaffneter Kampf.

* * *

[178:] Die Politik der UdSSR auf dem Balkan schuf bestimmte Voraussetzungen dafür, daß sich die sowjetischen und die Positionen Großbritanniens zumindest partiell annäherten. Ungeachtet dessen, daß London eindeutig seine imperialistischen Ziele zu verwirklichen suchte, wirkten sich die konstruktiven Bemühungen der UdSSR, die faschistische Aggression auf dem Balkan zu verhindern, positiv auf die sowjetisch-britischen Beziehungen sowie auf die Mobilisierung der Kräfte gegen Hitlerdeutschland aus.

Der Kampf für die Erhöhung der Sicherheit der UdSSR in ihrem südwestlichen Vorfeld und auf dem Balkan war eine wichtige Richtung der Tätigkeit der sowjetischen Diplomatie zu Beginn des zweiten Weltkrieges. Die UdSSR stellte sich der Expansionspolitik Deutschlands mit allen Mitteln entgegen und wies die antisowjetische Haltung der herrschenden Kreise Rumäniens, Ungarns, Bulgariens und

⁹³ ADAP, Serie D, Bd. XII.1, a. a. O., S. 308.

⁹⁴ Wneschnjaja politika SSSR ..., a. a. O., S. 548.

⁹⁵ Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 322.

Jugoslawiens entschieden zurück. Gleichzeitig wirkte die UdSSR zielstrebig darauf hin, mit diesen Staaten nicht nur schlechthin normale Beziehungen zu entwickeln, sondern diese zu Beziehungen der guten Nachbarschaft auszubauen, die auf den Prinzipien der Gleichheit der Staaten, ihrer Souveränität und gleichen Sicherheit beruhten und die Voraussetzung dafür bildeten, noch offene Probleme ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen.

5. Kapitel Im Süden

Auch im südlichen Vorfeld der UdSSR stand die sowjetische Diplomatie vor komplizierten Aufgaben. Obwohl von den Regierungen der Türkei, Irans und Afghanistans die Neutralität immer wieder betont wurde, war sie durchaus nicht als stabil zu bezeichnen. Beide imperialistischen Koalitionen versuchten, auf die außenpolitische Orientierung dieser Staaten Einfluß zu nehmen. Zudem war die Politik vor allem der Türkei, aber auch Irans inkonsequent und unterlag in hohem Maße konjunkturellen Schwankungen, das heißt, sie orientierte sich am jeweils Stärkeren.

Ausgehend von der grundlegenden Aufgabe der sowjetischen Außenpolitik und Diplomatie, die Sicherheit an den Grenzen der UdSSR zu gewährleisten, war die Politik der Sowjetregierung gegenüber der Türkei, Iran und Afghanistan darauf gerichtet, positive Beziehungen zu diesen Staaten zu entwickeln. Dabei war wichtig, dem von beiden imperialistischen Koalitionen, vor allem aber dem von Großbritannien und Deutschland verfolgten sowjetfeindlichen Kurs und den damit verbundenen konkreten Maßnahmen ständig die nötige Aufmerksamkeit zu widmen.

1. Die UdSSR und die Türkei

Das imperialistische „Duell“ um die Türkei und die Position der UdSSR

Die Sicherheit im Süden, vor allem des europäischen Teils der UdSSR hing beträchtlich vom Verhältnis zur Türkei ab, die in Transkaukasien an die UdSSR grenzt und die Schwarzmeereengen am Bosphorus und an den Dardanellen kontrolliert. In der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges spielten das östliche Mittelmeer, die Schwarzmeereengen und das Schwarze Meer eine wichtige Rolle in der diplomatischen Tätigkeit der Großmächte. Die UdSSR als unmittelbar Interessierte mußte konsequent, aber sehr vorsichtig agieren, denn das Risiko, unfrei-[180:]willig in die diplomatischen Kombinationen beider imperialistischer Gruppierungen hineingezogen zu werden, war sehr groß. Außerdem mußten die Manöver der herrschenden Kreise der Türkei beachtet und rechtzeitig auf antisowjetische Tendenzen Ankaras reagiert werden.

Beide imperialistischen Koalitionen berücksichtigten in ihrer Politik natürlich sowohl die dominierende Rolle der Türkei im Bereich der Schwarzmeereengen, die Möglichkeit, über türkisches Territorium problemlos den Nahen und Mittleren Osten zu erreichen, als auch und vor allem die geographische Nähe der Türkei zu den lebenswichtigen Zentren der Sowjetunion.

Für die deutsche Führung war vor allem die Tatsache von Bedeutung, daß die Türkei im Nahen und Mittleren Osten über das mit Abstand größte militärische Potential verfügte, und betrachtete Ankara demzufolge als wichtigen Faktor erstens im Krieg gegen Großbritannien und Frankreich sowie zweitens für eine künftige militärische Auseinandersetzung mit der UdSSR. Die deutsche Regierung, die erwog, die Türkei in die faschistische „Achse“ einzubeziehen, drang sowohl politisch als auch wirtschaftlich gegen Ende der 30er Jahre in diesem Land immer weiter vor. Bereits 1938 stand Deutschland mit einem Anteil von 45,0 bzw. 39,7 Prozent des türkischen Imports bzw. Exports an erster Stelle im türkischen Außenhandel, während der türkische Anteil an der Ein- und Ausfuhr Deutschlands nur 2,6 bzw. 2,9 Prozent ausmachte, woraus sich eine einseitige ökonomische Abhängigkeit des Staates am Bosphorus ergab.¹ In diesem Zusammenhang ist es wichtig darauf zu verweisen, daß die Türkei 1939 über 60 Prozent des deutschen Bedarfs an Chromerzen lieferte, die vor allem für die Rüstungsindustrie gebraucht wurden.²

Die Bedeutung der Türkei für Deutschland widerspiegelte sich schon allein darin, daß ausgerechnet Franz von Papen, der „Steigbügelhalter“ für Hitlers Machtantritt am 30. Januar 1933 und Vizekanzler in der ersten Regierung Hitler bis Juni 1934, am 17. April 1939 zum deutschen Botschafter in Ankara

¹ Vgl. L. Kreckler, Deutschland und die Türkei im zweiten Weltkrieg, Frankfurt/M. 1964, S. 23.

² Vgl. J. Ackermann, Der begehrte Mann am Bosphorus – Europäische Interessenkollisionen in der Türkei (1938-1941), in: M. Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte, Düsseldorf 1978, S. 492.

ernannt wurde. Er bezeichnete die intensiven Bemühungen der beiden imperialistischen Blöcke in Europa um die Türkei als „Duell“.

Auch die Regierungen der britisch-französischen Koalition widmeten dieser Region große Aufmerksamkeit. Die bulgarische Historikerin Dr. Ludmilla Shiwkowa schrieb: „Obgleich die unaufhörlichen finanziellen und wirtschaftlichen Forderungen der türkischen Regierung England große Schwierigkeiten bereiteten, betrachtete man diese in London als einen nicht zu hohen Tribut für die politische und militärische Mitarbeit Ankaras.“³ Im „Duell um die Türkei“ versuchten beide imperialistischen Mächtegruppierungen, Ankara ständig mit einer angeblichen „sowjetischen Bedrohung“ auf ihre Seite zu ziehen.

[181:] In einem Gespräch mit dem Botschafter der UdSSR in London äußerte Winston S. Churchill am 6. Oktober 1939: „Für England ist von besonderer Wichtigkeit, daß Deutschland nicht zum Schwarzen Meer vordringt, denn wenn es erst einmal die Donaumündungen beherrscht, strebt es unweigerlich auch nach Kleinasien, dem Iran, Indien. Gerade davon geht die Hauptlinie der englischen Politik in Südosteuropa aus. Namentlich unter diesem Gesichtswinkel ist für England die Freundschaft mit der Türkei, aber auch die Möglichkeit, im schlimmsten Falle britische Schiffe ins Schwarze Meer zu entsenden, von Wichtigkeit.“ Churchills Erklärung widerspiegelte die offizielle britische Politik in bezug auf den Balkan und den Nahen Osten zu Beginn des zweiten Weltkrieges. Gleichzeitig kam damit auch der zweite Aspekt der britischen Politik in dieser Region zum Ausdruck.

London war daran interessiert, daß sich die UdSSR möglichst in diplomatische Kombinationen verstricken sollte, die ihr Verhältnis zu Deutschland zusätzlich belasteten. Die britisch-französische Diplomatie versuchte daher, den Wunsch der UdSSR, ihre Sicherheit am Schwarzen Meer und an den Schwarzmeereengen zu erhöhen, ihren Zielen unterzuordnen. London und Paris beabsichtigten, die UdSSR schrittweise in ein englisch-französisch-türkisches Bündnis einzubeziehen, um die UdSSR bei eigenen minimalen Verpflichtungen zu maximalen Gegenleistungen zu veranlassen.

Der Kampf der UdSSR gegen die Versuche beider imperialistischer Gruppierungen, die Schwarzmeereengen gegen friedliebende Staaten militärisch zu nutzen, besaß besondere Bedeutung. Am 4. September 1939 beauftragte die Sowjetregierung ihren Botschafter in Ankara, A. W. Terentjew, dem Außenminister der Türkei, Sükrü Saraçoğlu, und erforderlichenfalls auch dem Präsidenten der Türkischen Republik, İsmet İnönü, mitzuteilen, daß bei einer Aggression eines Drittstaates im Raum der Meerengen die Sowjetunion unter der Bedingung bereit sei, Hilfe zu leisten, daß die Türkei der UdSSR in derselben Region eine gleichwertige Hilfe erweise.

Am gleichen Tag empfing W. M. Molotow den türkischen Botschafter in der UdSSR, Ali Haydar Aktay. Der türkische Botschafter erklärte, daß „seine Regierung in keiner Weise irgendwelche neue Beschlüsse im Zusammenhang mit dem ausgebrochenen Krieg zu treffen beabsichtigt. Die Türkei führt ihre guten Beziehungen sowohl zu England und Frankreich als auch zu deren Gegnern weiter.“ Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten bemerkte, daß „die Haltung der Sowjetunion dem Botschafter aus dem Bericht bekannt sei, der vor dem Obersten Sowjet der UdSSR erstattet wurde. Es ist nicht unser Verschulden, daß die Verhandlungen, die zwischen der Sowjetunion einerseits und England und Frankreich andererseits geführt wurden, ohne greifbares Ergebnis endeten. Die Schuld liegt bei den Engländern, Franzosen und Polen. Wir müssen anderweitige Möglichkeiten auffindig machen, damit die UdSSR, die am Krieg nicht teilnehmen wird, wenn sie nicht angegriffen wird, eine Politik des Friedens verfolgen kann.“

Am 7. September 1939 erklärte der Präsident der Türkischen Republik, İsmet [182:] İnönü, gegenüber A. W. Terentjew, daß er sich voll und ganz der Erklärung der Sowjetregierung anschließe. „Die türkische Regierung konstatiert mit Befriedigung“, erklärte der Präsident, daß „die Beziehungen zwischen den beiden Ländern auch weiterhin freundschaftlich sein werden.“ Weiter sagte İnönü: „Wir werden die entstandene Lage prüfen, um unsere Haltung England und Frankreich gegenüber zu bestimmen. Wenn wir uns einigen werden, wird der Krieg nicht bis in den Raum der Meerengen kommen.“

³ L. Shiwkowa, *Anglo-turezkye otnoschenija. 1933-1939gg.*, Moskau 1975, S. 141.

Aus diesem Gespräch zog der sowjetische Botschafter folgende Schlußfolgerung: „In dem offensichtlichen Bestreben, die über dem Land liegende drückende Atmosphäre der Unsicherheit und des Rätselratens über die Haltung der UdSSR gegenüber der Türkei zu entspannen, möchte İnönü bereits jetzt das Bestehen der festen Freundschaft zwischen unseren Ländern manifestieren.“

Am 8. September 1939 übergab Sükrü Saraçoğlu dem Botschafter der UdSSR die schriftliche Antwort der Türkei auf die Erklärung der Sowjetregierung vom 4. September:

„1. Der Präsident der Republik und die Regierung haben mit großer Befriedigung die Versicherung entgegengenommen, die von unseren Freunden dahingehend abgegeben wurde, daß die Sowjets Freunde der Türken sind und dies auch in Zukunft sein wollen.

2. Die Regierung der Republik teilt den von der Sowjetregierung zum Ausdruck gebrachten Standpunkt voll und ganz, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der UdSSR auf einer neuen Grundlage aufzubauen und eine gemeinsame Sprache zu finden, um dieser Tatsache Ausdruck zu verleihen. Sie teilt gleichermaßen den Standpunkt, daß der gegenseitige Beistand zwischen der Türkei und der UdSSR gegen eine Aggression von dritter Seite im Hinblick auf den Raum der Meerengen und den Balkan zutreffend das gemeinsame Interesse verkörpert, auf das weiter oben Bezug genommen wurde.“

Weiter enthielt die Erklärung den Entwurf eines von der türkischen Regierung vorgeschlagenen Vertrages, der folgende grundsätzliche Bestimmungen beinhaltete:

„a) Für den Fall eines auf den Raum des Schwarzen Meeres einschließlich seiner Meerengen abzielenden Angriffs europäischer Staaten, der sich gegen die Türkei und gegen die UdSSR richtet, werden die Hohen vertragschließenden Seiten wirksam zusammenarbeiten und einander jegliche Unterstützung und jeglichen Beistand nach Maßgabe ihrer Kräfte gewähren ...

b) Für den Fall eines auf den Raum des Balkan abzielenden Angriffs europäischer Staaten, der sich gegen die Türkei und gegen die Sowjetunion richtet, werden die Hohen vertragschließenden Seiten effektiv zusammenarbeiten und einander jegliche Unterstützung und jeglichen Beistand nach Maßgabe ihrer Kräfte gewähren ...

c) Die Verpflichtungen, die die Türkei entsprechend den unter a) und b) niedergelegten Artikeln übernimmt, können nicht zu Handlungen zwingen, in deren Ergebnis die Türkei in den Zustand eines bewaffneten Konflikts mit Großbritannien oder Frankreich hineingezogen werden würde.“

[183:] Beachtung verdient, daß diesem Vertragsentwurf zufolge, der zuvor zwischen Ankara einerseits sowie London und Paris andererseits abgestimmt worden war, die UdSSR bei einem Angriff Deutschlands auf die Türkei gegen Deutschland vorgehen mußte. Die Türkei hingegen brauchte in einem Konflikt nicht aktiv zu werden, wenn sie dadurch gegen Großbritannien und Frankreich Krieg führen mußte. Obwohl ein solches Herangehen die legitimen Sicherheitsinteressen der Beteiligten nicht in äquivalenter Weise berücksichtigte, stimmte die Sowjetunion der Aufnahme sowjetisch-türkischer Verhandlungen zu.

Die sowjetisch-türkischen Verhandlungen in Moskau

Am 25. September 1939 traf der türkische Außenminister Saraçoğlu in Moskau ein. Verhandlungsgegenstand war der Abschluß eines Abkommens über gegenseitigen Beistand im Schwarzmeerraum einschließlich seiner Meerengen. Außerdem sprach sich die Regierung der Sowjetunion nachdrücklich dafür aus, reale Garantien zu vereinbaren und auszuschließen, daß die Meerengen zum Nachteil der UdSSR benutzt werden könnten.

Mit dem Ziel, die sowjetische Seite unter Druck zu setzen, gab Saraçoğlu während der Verhandlungen mehrmals zu verstehen, daß ein britisch-französisch-türkischer Vertrag⁴ bereits abgestimmt und nur

⁴ Gemeint ist der Entwurf eines „Vertrages über gegenseitigen Beistand zwischen Frankreich, Großbritannien und der Türkei“ (unterzeichnet am 19. Oktober 1939), der in Ausführung der „Gemeinsamen britisch-türkischen Erklärung über gegenseitige Hilfeleistung“ vom 12. Mai 1939 und der „französisch-türkischen Erklärung über gegenseitige Hilfeleistung“ vom 23. Juni 1939, die nur provisorischen Charakter tragen sollten, ausgearbeitet worden war.

deshalb noch nicht unterzeichnet worden sei, weil die türkische Regierung sich zuvor noch mit der UdSSR konsultieren wolle. Saraçoğlu versicherte, daß dieser Vertrag sich nicht gegen die UdSSR richten würde, da in ihm darauf hingewiesen wird, daß die Türkei niemals gegen die UdSSR Krieg führen werde.

Bei einer Begegnung mit Saraçoğlu am 16. Oktober 1939 betonte die sowjetische Seite unmißverständlich, daß die UdSSR in erster Linie die Frage der Meerengen interessiere, und überreichte dem türkischen Vertreter einen sowjetischen Protokollentwurf zu diesem Problem. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß die Annahme des Protokolls die notwendige Voraussetzung für den Abschluß des Beistandspaktes darstelle. Saraçoğlu sprach sich dagegen aus, den sowjetischen Protokollentwurf über die Meerengen zu erörtern, da er es gegenwärtig als nicht opportun erachte, eine Frage „von erstrangiger Bedeutung aufzuwerfen, die über, den Rahmen des zuvor Vereinbarten hinausgeht“. W. M. Molotow entgegnete: „Ohne ein solches Protokoll ist der Pakt undenkbar, er würde seinen Sinn verlieren, wenn wir uns über diese Frage nicht einigen können.“

Die bereits zitierte bulgarische Historikerin Ludmilla Shiwkowa schreibt in diesem Zusammenhang: „Da die herrschenden Kreise der Türkei es ablehnten, [184:] den gerechtfertigten Wünschen der Sowjetregierung zu entsprechen und reale Garantien dafür zu geben, daß die Meerengen nicht von den Aggressormächten genutzt werden dürfen, hatten sie die Unterzeichnung des bilateralen Vertrages über gegenseitigen Beistand, der von den sowjetischen Vertretern im Verlaufe der Verhandlungen mit dem Ende September 1939 nach Moskau gereisten türkischen Außenminister vorgeschlagen wurde, unmöglich gemacht.“⁵

Während der sowjetisch-türkischen Verhandlungen in Moskau erhöhte auch die britische Diplomatie ihre Aktivitäten beträchtlich. Am 17. Oktober 1939 erklärte der Parlamentarische Unterstaatssekretär im Foreign Office, Richard Austen Butler, dem Botschafter der UdSSR in London, I. I. Maiski, daß der britischen Regierung am erfolgreichen Ausgang der sowjetisch-türkischen Verhandlungen sehr gelegen sei. Der britisch-türkische Vertrag sei bereits fertiggestellt und könne unterzeichnet werden. Butler wies darauf hin, daß sich die türkische Regierung während des Aufenthalts Saraçoğlus in Moskau mit der Regierung Seiner Majestät konsultiert und gewisse Veränderungen des bereits vereinbarten Textes vorgeschlagen hätte. Die britische Regierung habe diesen Vorschlägen zugestimmt und hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn in den Vertrag der Punkt aufgenommen würde, daß die Türkei unter keinerlei Umständen gegen die UdSSR aktiv werde und auch bereit sei, sich mit der Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe aller Nationen abzufinden.

Welchem Ziel diene der britische Vorstoß jedoch in Wirklichkeit? Wäre die Sowjetunion bereit gewesen, mit der Türkei einen Vertrag über gegenseitigen Beistand zu den von der Türkei vorgeschlagenen Bedingungen abzuschließen, hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, daß die Sowjetunion auf Grund der vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Türkei in einen Krieg mit Italien und Deutschland verwickelt werden könnte, ohne selbst irgendwelche Garantien Großbritanniens und Frankreichs zu besitzen. Saraçoğlus verfolgte also die Absicht, die UdSSR über die Türkei, das heißt auf Umwegen in ein ungleichberechtigtes Militärbündnis mit dem britisch-französischen Block hineinanzumanövrieren und einen Zusammenstoß der UdSSR mit Deutschland und Italien zu fördern. Die britisch-französische Diplomatie, die die Türkei lediglich als Instrument benutzte, versuchte somit das gleiche Ziel zu erreichen wie in den sowjetisch-britisch-französischen Verhandlungen vom Sommer 1939, nämlich die UdSSR mittels bestimmter einseitiger Verpflichtungen vertraglich zu binden.

Die Sowjetregierung entschlüsselte diese Kombination und mußte es unter solchen Bedingungen selbstverständlich ablehnen, den Vertrag zu unterzeichnen. Sie schlug der Türkei jedoch vor, den Vertrag über Freundschaft und Neutralität vom 17. Dezember 1925⁶ zu erneuern. Aber dies lehnte Saraçoğlus ab.

⁵ L. Shiwkowa, *Anglo-turezkye otnoschenija ...*, a. a. O., S. 143.

⁶ Zum Text vgl. *Politische Verträge. Eine Sammlung von Urkunden*, Bd. I, Berlin 1936, S. 168 ff.; seine dreijährige Gültigkeitsdauer wurde am 17.12.1930 erst um fünf Jahre und am 17.12.1935 um weitere fünf Jahre verlängert.

Parallel zu den Gesprächen in Moskau verhandelte die türkische Regierung auch mit Großbritannien und Frankreich. Am 19. Oktober 1939, einen Tag nach [185:] der Rückkehr Saraçoğlus aus Moskau, wurde ein britisch-französisch-türkischer Vertrag über gegenseitigen Beistand nebst zwei Protokollen und einem Sonderanhang abgeschlossen. Darin verpflichtete sich die Türkei, bei einem möglichen Krieg im östlichen Mittelmeer Großbritannien und Frankreich beizustehen.⁷

Am 31. Oktober 1939 informierte W. M. Molotow auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR über die Verhandlungen mit der Türkei: „Über den Inhalt dieser Verhandlungen werden im Ausland alle möglichen Gerüchte verbreitet. Einige besagen, die UdSSR fordere die Überlassung der Distrikte Ardahan und Kars ... Andere wiederum behaupten, die UdSSR habe Änderungen in der in Montreux⁸ abgeschlossenen internationalen Konvention sowie eine bevorrechtigte Stellung hinsichtlich der Meerengen gefordert. All das sind nichts als Erfindungen und Lügen. Worum es in diesem Falle wirklich ging, war der Abschluß eines zweiseitigen Beistandspaktes, der sich auf die Gebiete des Schwarzen Meeres und der Meerengen beschränken sollte. Die Überlegungen der UdSSR gingen dahin, daß erstens der Abschluß eines solchen Paktes sie nicht zwingen dürfe, Maßnahmen ergreifen zu müssen, durch die sie Gefahr laufe, in einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland zu geraten; und zweitens sollte die UdSSR eine Garantie dafür haben, daß es die Türkei angesichts der Kriegsgefahr nicht zulassen würde, Kriegsschiffe von Nichtschwarzmeer-Staaten durch den Bosphorus ins Schwarze Meer gelangen zu lassen. Die Türkei wies diese beiden Bedingungen zurück und machte so den Abschluß eines Paktes unmöglich.“⁹

Obwohl die sowjetisch-türkischen Verhandlungen nicht zum Abschluß eines Vertrages führten, trugen sie dennoch dazu bei, verschiedene die UdSSR interessierende politische Fragen zu klären. „In bezug auf die Politik der Türkei haben wir jetzt bedeutend größere Klarheit gewonnen“, erklärte W. M. Molotow, „und zwar sowohl im Ergebnis der Moskauer Verhandlungen als auch im Ergebnis der jüngsten außenpolitischen Akte der türkischen Regierung.“¹⁰ Von nicht geringer Bedeutung war auch die Tatsache, daß, auch wenn die Moskauer Verhandlungen kein greifbares Ergebnis zeitigten, die sowjetisch-türkischen Beziehungen sich nicht, wie die Gegner der UdSSR kalkuliert hatten, verschlechterten. Dabei spielten die diplomatischen Aktivitäten der UdSSR eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Sowjetregierung tat alles, um zu verhindern, daß angesichts der bereits geschilderten Umstände antisowjetische Tendenzen an Einfluß gewannen. Nach [186:] Abschluß der Moskauer Verhandlungen wurde in einer Mitteilung der Sowjetregierung festgestellt, daß „beide Regierungen sich darüber einig sind, daß es wünschenswert ist, auch künftig miteinander in Kontakt zu bleiben, um gemeinsam Fragen zu erörtern, die sowohl für die Sowjetunion als auch für die Türkische Republik von Interesse sind.“¹¹

Der Zickzack-Kurs in der Politik Ankaras

Die sowjetische Diplomatie verhalf dem offiziellen Ankara zu der Erkenntnis, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern und ihr gegenseitiges Verständnis positiv weiterentwickelt werden mußten. Dies war vor allem deshalb von Bedeutung, weil bestimmte politische Kräfte sowie die türkische Presse die im Zusammenhang mit dem sowjetisch-finnischen bewaffneten Konflikt im Westen entfaltete antisowjetische Kampagne unterstützten. So fragte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR am 28. Dezember 1939 den türkischen Botschafter in Moskau, A. H. Aktay,

⁷ Vgl. Politische Verträge ..., Bd. III/2, Berlin 1942, S. 1139 ff.

⁸ Die Meerengenkonvention von Montreux vom 20. Juli 1936 stellte die volle türkische Souveränität über die Dardanellen einschließlich des Befestigungsrechts wieder her, die für die Türkei, die auf seiten Deutschlands und Österreich-Ungarns den Krieg verloren hatte, eingeschränkt worden war. Die Handelsschiffe hatten nunmehr freie Durchfahrt, Kriegsschiffe von Nichtschwarzmeer-Staaten durften in Friedenszeiten nur unter erschwerten Bedingungen passieren, in Kriegszeiten überhaupt nicht. (Vgl. hierzu Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945, Berlin 1980, S. 392.)

⁹ Wneotscherednaja pjataja sessija Werchownojo Sowjeta SSSR. 31 oktjabrja-2 nojabrja 1939g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1939, S. 21.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Prawda vom 18.10.1939.

ob die einseitige antisowjetische Propaganda der türkischen Presse die öffentliche Meinung in der Türkei widerspiegeln oder ob diese Äußerungen als zufällig gewertet werden müßten. Der Botschafter versicherte offiziell und nachdrücklich, daß es bei den führenden Politikern der Türkei keinerlei antisowjetische Auffassungen gäbe.

Die Botschaft der UdSSR in der Türkei bestätigte, daß die türkische Regierung, die in den ersten Monaten des Jahres 1940 unverhohlenen antisowjetische Positionen vertrat, gezwungen war, ihr Verhältnis zur UdSSR, zumindest nach außen hin, zu revidieren. Die realistischen Tendenzen in der türkischen Außenpolitik vermochten sich jedoch nur mühsam durchzusetzen. Dies wurde vor allem an der Einstellung Ankaras zu den britisch-französischen Versuchen deutlich, die Türkei in Aggressionshandlungen gegen die UdSSR im Süden zu verstricken.

In London und Paris ging man von der Möglichkeit aus, die Türkei an der beabsichtigten Aggression gegen die UdSSR zu interessieren. Diese Überlegungen veranlaßten den französischen Ministerpräsidenten Edouard Daladier am 19. Januar 1940, den französischen Generalstabschef und Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Frankreich, General Maurice Gustave Gamelin, und den Oberbefehlshaber der französischen Kriegsmarine, Admiral François Xavier Darlan, zu beauftragen, eine Denkschrift für „eine direkte Intervention im Kaukasus“ auszuarbeiten.¹² Analoge Prämissen waren auch im britischen Plan „MA-6“ sowie im französischen Projekt „RIP“ enthalten, in denen die Südgebiete der UdSSR als Ziele für alliierte Bomberverbände vorgesehen waren.¹³ In Gamelins „Aufzeichnung über die Kriegführung“ vom 16. März 1940 wurde eben-[187:]falls festgestellt, daß die im nördlichen Teil der französischen Levante (in Syrien und in Libanon) stationierten französischen Luftstreitkräfte für Luftangriffe mit Bomberverbänden auf die kaukasischen Erdölgebiete von der Basis Djezireh aus Stützpunkte in der asiatischen Türkei haben müßten und dies zu unterstützen wäre „durch Aktionen zu Lande, die nur durch die Türkei ausgeführt werden können“.¹⁴

Die politische und militärische Führung der Türkei brachte ihre ablehnende Haltung gegenüber einer geplanten Aggression gegen die UdSSR nicht entschieden genug zum Ausdruck. Darum hofften London und Paris, die Türkei werde, sich am Überfall auf die UdSSR beteiligen. Schließlich gab die Türkei der britisch-französischen Koalition zu verstehen, daß sie nicht an einem Überfall auf die Sowjetunion teilzunehmen gedenke. Die türkische Regierung bezog sich dabei auf eine Klausel im Protokoll II zum britisch-französisch-türkischen Vertrag vom 19. Oktober 1939. In diesem Protokoll wird ausgeführt, „daß die von der Türkei ... übernommenen Verpflichtungen dieses Land zu keiner Aktion zwingen, deren Wirkung oder Folge darin bestehen würde, daß sie in bewaffnete Streitigkeiten mit Sowjetrußland verwickelt würde“¹⁵.

Mit dem Eintritt Italiens in den zweiten Weltkrieg (10. Juni 1940) komplizierte sich die Lage im Mittelmeerraum weiter. Alles schien dafür zu sprechen, daß die Türkei entsprechend dem britisch-französisch-türkischen Vertrag vom 19. Oktober 1939 gemeinsam mit ihren Verbündeten gegen Hitlerdeutschland und Italien kämpfen würde.

Die Türkei jedoch umging unter Hinweis auf ihre „unzureichende Bewaffnung“ sowie unter Bezugnahme auf die oben erwähnte Klausel im Protokoll II des „Ankara-Paktes“ ihre Verpflichtungen und erklärte am 14. Juni 1940 demonstrativ ihre Neutralität. Die militärischen Erfolge Deutschlands an der Westfront hatten zunehmend Wirkung bei der türkischen Regierung hinterlassen, aber noch hielt sie sich mit eindeutigen außenpolitischen Aktionen gegenüber Deutschland, zurück. Die sich verstärkende Orientierung Ankaras auf Deutschland mußte von der sowjetischen Diplomatie berücksichtigt werden. Angesichts der mit dem Überfall Italiens auf Griechenland Ende Oktober 1940 neu entstandenen Lage auf der Balkanhalbinsel zeigte die UdSSR Verständnis für die wachsende Besorgnis der türkischen Regierung.

¹² Die Geheimakten des französischen Generalstabes, Berlin 1941, S. 43; Ursachen und Folgen. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. 14, Berlin (West) (1971), S. 365.

¹³ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Bd. 3, Berlin 1977, S. 61 f.

¹⁴ Die Geheimakten ..., a. a. O., S. 62 f.; Ursachen und Folgen ..., a. a. O., S. 371.

¹⁵ Keesings Archiv der Gegenwart vom 19. 10. 1939, Jg. 1939, Wien 1939, S. 4281 f.

Obwohl die UdSSR nach wie vor an ihrer Linie festhielt, die sowjetisch-türkischen Beziehungen auszubauen, war sie gezwungen, wachsam zu bleiben, um nicht möglicherweise in militärische Konflikte hineingezogen zu werden, ohne sich auf irgendwelche Sicherheitsgarantien stützen zu können. Am 4. November 1940 wurde dem türkischen Botschafter im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR eine offizielle Note überreicht, mit der die Sowjetregierung eine entsprechende Anfrage der Botschaft der Türkei in Moskau hinsichtlich der verschärften Lage auf der Balkanhalbinsel beantwortete:

[188:] „1. Der begonnene italienisch-griechische Krieg ist eine Etappe der weiteren Ausbreitung des Krieges. Die Einstellung der UdSSR zum italienisch-griechischen Krieg wird durch ihre Haltung bestimmt, die sie zum gegenwärtigen Krieg ganz allgemein bezieht. Diese Einstellung wird von der Tendenz zur Lokalisierung des Kriegsherdes bestimmt.

2. Die Sowjetregierung nimmt die Erklärung des Herrn Botschafters zur Kenntnis, daß die Regierung der Türkischen Republik im Zusammenhang mit den italienisch-griechischen Ereignissen nicht abseits stehen kann.

3. Was nun die Anfrage der türkischen Regierung angeht, ob die Sowjetregierung der Türkischen Republik Hilfe leisten können wird im Falle einer sich für die Türkei ergebenden Gefahr oder des Ausbruchs eines militärischen Konflikts – in welcher Form, welchem Umfang und von welcher Dauer auch immer –, so muß die Sowjetregierung im Zusammenhang mit einer solchen Fragestellung einer gewissen Verwunderung Ausdruck geben. Zwischen der Sowjetunion und der Türkischen Republik besteht bekanntlich keinerlei Pakt über gegenseitigen Beistand, der die UdSSR oder die Türkei dazu verpflichten würde, einander militärischen oder sonstigen Beistand zu leisten.“

Das „Duell“ der imperialistischen Mächte um die außenpolitische Orientierung der Türkei wurde indessen fortgesetzt. Ankara manövrierte und war bemüht, unvereinbare Dinge miteinander zu verbinden. Die britische Diplomatie trug sich mit dem Gedanken, eine „Balkanfront“ zu arrangieren, deren Aufgabe darin bestehen sollte, eine Expansion Deutschlands in Südeuropa zu erschweren und Hitler, wie Churchill sich ausdrückte, zu veranlassen, „in einem Überfall auf Rußland das bessere Geschäft zu sehen“¹⁶. London versuchte, Ankara mit der Lüge von einer „sowjetischen Bedrohung“ zu erpressen, um auf türkischem Territorium Militärstützpunkte errichten zu können. In einem Brief vom 31. Januar 1941 an den türkischen Präsidenten İnönü konstatierte Churchill, daß allein Großbritannien in der Lage sein werde, die Türkei tatsächlich vor den „aggressiven Plänen“ der UdSSR zu „schützen“. „Nichts kann Rußland so sehr von einer auch nur indirekten Unterstützung Deutschlands abhalten als die Anwesenheit schlagkräftiger britischer Bomberformationen, die von der Türkei aus die Ölfelder von Baku angreifen könnten. Ein großer Teil der russischen Landwirtschaft hängt von der Versorgung aus diesen Ölfeldern ab und deren Zerstörung hätte in weiten Landesteilen Hungersnot im Gefolge.“¹⁷

Im Februar 1941 weilte eine britische Militärmission unter Leitung des Chefs des britischen Generalstabes Feldmarschall Sir John Greer Dill in der Türkei. Die Mitglieder der Mission besuchten die befestigten Räume in Ostthrakien, an den Dardanellen und in Izmir. In den Verhandlungen, die in Ankara stattfanden und an denen der britische Außenminister Anthony Eden teilnahm, versuchten die Briten die türkische Regierung zu veranlassen, die Meerenge an den Dardanellen für die Durchfahrt der britischen Mittelmeerflotte ins Schwarze Meer zu öffnen. [189:] In dem am 1. März 1941 veröffentlichten Kommuniqué hieß es, daß die „beiden Regierungen ihre feste Treue zur türkisch-britischen Allianz fest(stellten)“. Weiter hieß es: „Die gegenwärtige Lage wurde nach allen Richtungen überprüft, und die Balkanprobleme, welche die gemeinsamen Interessen der Türkei und Großbritanniens eng berühren, wurden besonders aufmerksam behandelt. Die beiden Regierungen stimmten in der in bezug auf diese Probleme zu befolgenden Politik vollständig überein.“¹⁸ Das bedeutete konkret, daß die Türkei in die geplante „Balkanfront“ integriert werden sollte.

¹⁶ W. S. Churchill, Der zweite Weltkrieg, Bd. III, Erstes Buch, Stuttgart 1951, S. 208.

¹⁷ A. a. O., S. 52 f.

¹⁸ Keesings Archiv der Gegenwart vom 2. 3. 1941, Jg. 1941, Wien 1941, S. 4913.

Unter dem Eindruck der militärischen Erfolge Deutschlands im Westen neigten die herrschenden Kreise der Türkei allerdings im weiteren immer mehr dazu, der faschistischen Aggression zu assistieren. Diese Tendenz widerspiegelte sich auch in wachsendem Maße in der reaktionären Presse. Immer häufiger wurden provokatorische Erfindungen hinsichtlich der Politik der UdSSR gegenüber der Türkei lanciert. Unter diesen Umständen war die Sowjetregierung gezwungen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um dem sich verstärkenden Einfluß Deutschlands in der Türkei entgegenzuwirken.

Am 9. März 1941 erklärte A. J. Wyschinski dem türkischen Botschafter in Moskau: „Aus der Mitteilung, die der Sowjetregierung über den Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Wyschinski vom britischen Botschafter Cripps, der soeben aus der Türkei zurückkehrte, übermittelt wurde, ist zu erkennen, daß die Türkei befürchtet, falls das Land seitens einer ausländischen Macht überfallen wird und türkisches Territorium mit der Waffe verteidigt werden muß, die Sowjetunion diese schwierige Lage der Türkei dazu ausnutzen könnte, über sie herzufallen.

Ich bin ermächtigt, Ihnen im Namen der Regierung und des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten zu erklären, daß diese Version in keiner Weise der Position der Sowjetregierung entspricht, und daß die Türkei ganz im Gegenteil für den Fall eines Überfalls seitens irgendeiner ausländischen Macht auf Grund des zwischen ihr und der UdSSR bestehenden Nichtangriffspaktes mit dem vollen Verständnis und der Neutralität der Sowjetunion rechnen kann.“

Den Inhalt dieser gegen Hitlerdeutschland gerichteten diplomatischen Demarche eröffnete A. J. Wyschinski am 10. März 1941 auch dem britischen Botschafter in Moskau, Sir Richard Stafford Cripps.¹⁹

Die weiteren militärischen Erfolge Deutschlands auf der Balkanhalbinsel, vor allem nach der Besetzung Jugoslawiens und Griechenlands, bewirkten, daß sich die türkische Führung dem „Dritten Reich“ weiter annäherte. Zwischen dem Präsidenten der Türkei, İnönü, und Hitler kam es zu einem politisch bedeutsamen Briefwechsel. Damit wurde eine scharfe Wendung in der türkischen Außenpolitik vorbereitet. Am 18. Juni 1941, vier Tage vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR, unterschrieb die Türkei in Ankara einen Freundschaftsvertrag mit einer Laufzeit von zehn Jahren mit dem „Deutschen Reich“. Darin verpflichteten sich die Seiten in Artikel 2, „künftig in allen ihre gemeinsamen Interessen berührenden Fragen freundschaftlich miteinander Fühlung zu nehmen, um über die Behandlung solcher Fragen eine Verständigung herbeizuführen“²⁰. Gleichzeitig blieb der Bündnisvertrag der Türkei mit Großbritannien in vollem Umfang bestehen. Ohne von ihrer neutralen Position grundsätzlich abzugehen, tendierte die türkische Politik stark dazu, die politische und militärische Zusammenarbeit mit Berlin zu erweitern.

Die mittlerweile entstandene Lage veranlaßte die Regierung der UdSSR, umfangreiche militärische Maßnahmen einzuleiten, um die Sicherheit der sowjetischen Staatsgrenzen in Transkaukasien und im Raum des Schwarzen Meeres zu erhöhen. Diese Maßnahmen sollten erheblichen Einfluß auf die Politik der Türkei und die allgemeine Lage an der sowjetischen Südflanke während des Großen Vaterländischen Krieges haben. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR erklärte sich die Türkei zwar zum neutralen Land, lieferte jedoch weiter strategische Rohstoffe an Deutschland und ließ deutsche sowie italienische Kriegsschiffe die Schwarzmeereengen passieren.

2. Die UdSSR und Iran

In der gesamten Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges war die sowjetische Außenpolitik in Teheran wie auch in den Hauptstädten anderer Nachbarstaaten der UdSSR mit zwei Hauptkräften konfrontiert: erstens mit der britischen und zweitens mit der deutschen Diplomatie. Mit Beginn des Krieges zwischen Deutschland und Großbritannien nahm auch die Rivalität um die außenpolitische und außenwirtschaftliche Orientierung Irans zwischen diesen beiden Ländern enorm zu. Sowohl Berlin als auch London agierten scheinbar parallel, bedienten sich im Kampf um Iran der gleichen Taktik.

¹⁹ Vgl. Wneschnjaja politika SSSR. Sbornikdokumentow, Bd. IV, Moskau 1946, S. 547.

²⁰ Ursachen und Folgen ..., Bd. 16, Berlin (West) (1971), S. 579. Zu den Verhandlungen in Vorbereitung des Vertragsabschlusses vgl. J. Glasneck/I. Kircheisen, Türkei und Afghanistan – Brennpunkt der Orientpolitik im zweiten Weltkrieg, Berlin 1968, S. 64 f., 69 ff.

Man kolportierte Gerüchte über eine „sowjetische Bedrohung“ und spielte sich als „Schutzmacht“ Irans auf. Gleichzeitig versuchten beide Länder das iranische Territorium unmittelbar für antisowjetische Ziele zu nutzen. Die Politik der herrschenden Kreise Irans, die sich über viele Jahre bei innen- und außenpolitischen Entscheidungen von ihrer antikommunistischen Klassenposition hatten leiten lassen, hinderte sie, die internationale Situation realistisch einzuschätzen. Die Neutralität, zu der sich Iran am 4. September 1939 bekannt hatte, sollte sich als instabil erweisen.

Die deutsche Diplomatie ließ nichts unversucht, der iranischen Regierung „aggressive Absichten der UdSSR“ zu suggerieren, um sich als Garant der Unabhängigkeit Irans anzubieten. Erst nachdem Deutschland die UdSSR überfallen [191:] hatte, konnte die UdSSR in Teheran für Klarheit sorgen, daß diese Gerüchte von der „sowjetischen Bedrohung“ mit Vorbedacht in Berlin fabriziert worden waren. Ähnlich wie in der Türkei bezweckte die faschistische Propaganda „Zwietracht zu säen zwischen der UdSSR und Iran“.²¹

Für die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen

Die grundsätzliche Einstellung der UdSSR zu Iran wurde bereits in den ersten Jahren der Sowjetmacht definiert. Der Freundschaftsvertrag zwischen der RSFSR und Persien vom 26. Februar 1921 fixierte den Verzicht der Sowjetregierung „auf alle Traktate, Verträge, Konventionen und Abmachungen, die von der früheren zaristischen Regierung mit Persien abgeschlossen worden sind und die zur Beeinträchtigung der Rechte der persischen Bevölkerung geführt haben“. Die Sowjetregierung erklärte „ihren Verzicht auf die Teilnahme an allen Maßnahmen, die auf die Schwächung und Verletzung der Souveränität Persiens hinzielen“²².

Zu Beginn des zweiten Weltkrieges erlangte Artikel 5 des Vertrages für die sowjetisch-iranischen Beziehungen besondere Bedeutung. Gemäß Absatz 1 verpflichteten sich die Vertragspartner, „auf ihrem Gebiete die Bildung oder den Aufenthalt von Organisationen oder Gruppen ... nicht zu dulden, die sich den Kampf gegen Persien und Rußland ... zum Ziele setzen“²³. Am 1. Oktober 1927 wurde die Rechtsgrundlage der sowjetisch-iranischen Beziehungen durch den Vertrag über Neutralität und deren Garantie weiter gestärkt. Artikel 3 dieses Dokuments lautete: „Jede Vertragschließende Seite verpflichtet sich, wederfaktisch noch formal an politischen Bündnissen oder Abkommen teilzunehmen, die sich gegen die Sicherheit der anderen Vertragschließenden Seite sowohl auf dem Lande als auch zu Wasser und gleichermaßen gegen ihre Integrität, ihre Unabhängigkeit oder ihre Souveränität richten.“²⁴

Die UdSSR unternahm große Anstrengungen, um die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Iran zu normalisieren; vor allem auch deshalb, da sich diese Beziehungen nach Auslaufen des Handelsvertrags zwischen der UdSSR und Iran im Jahre 1938 erheblich reduziert hatten.

In dem iranischen Jahrbuch „Universum“ für 1967/68 wurden verschiedene außenpolitische Dokumente Irans veröffentlicht, die beweisen, daß die iranischen Diplomaten in Moskau und Ankara dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR sowie der Botschaft der UdSSR in der Türkei wiederholt der freundschaftlichen Beziehungen der iranischen Regierung zur [192:] Sowjetunion versicherten. Die erwähnte Publikation schließt mit einem Telegramm, das der Außenminister Irans, Alam Muzaffar (Mozaffar Aalam) am 5. Februar 1940 an den iranischen Botschafter in Moskau, Mohammed Sayed (Mahomed Saed), richtete. Darin wird der Botschafter aufgefordert, die Sowjetregierung des freundschaftlichen Verhaltens Irans „im Hinblick auf jeden nur denkbaren Fall oder Anlaß“ zu versichern.²⁵

Einige bürgerliche Historiker, darunter auch aus Iran, behaupteten, die UdSSR habe sich „ungerechtfertigt beunruhigt“ über die Situation an ihren südlichen Grenzen gezeigt und „unnötig aktiv“ gegen

²¹ FRUS. 1941, vol. III, Washington 1959, S. 389 f., 392.

²² Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968, S. 214; vgl. hierzu auch: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945, Berlin 1980, S. 171 ff.

²³ Ebenda.

²⁴ Dokumenty wneschnej politiki SSSR, Bd. X, Moskau 1965, S. 397; Politische Verträge ..., Bd. I, a. a. O., S. 219 ff.

²⁵ Zit. nach: S. L. Agajew, Iran: wneschnjaja politika i problemy nesawisimosti. 1925-1941gg., Moskau 1971, S. 308.

in Iran „nicht vorhandene“ antisowjetische Tendenzen gekämpft, obwohl Iran eine „loyale Neutralitätspolitik“ betrieben hätte. Der legitime und gerechtfertigte Wunsch der UdSSR, daß die Vertragsparteien Verpflichtungen nach Treu und Glauben erfüllen mögen, wird von ihnen als „Druck Moskaus“ auf Iran bezeichnet.

Die Realität jedoch war völlig anders. Die herrschenden Kreise Irans wollten einfach nicht sehen, daß gerade die wichtigsten der in den sowjetisch-iranischen Grundlagendokumenten enthaltenen Bestimmungen permanent verletzt wurden. So wurde zum Beispiel die Tätigkeit der offiziellen sowjetischen Vertreter in Iran besonders vor Abschluß des neuen sowjetisch-iranischen Handels- und Schifffahrtsvertrages vom 25. März 1940 behindert. Die Polizei verfolgte in Iran arbeitende Sowjetbürger. Die Tätigkeit des sowjetischen Klubs in Pahlavi wurde unter Polizeikontrolle gestellt. Die Repressivmaßnahmen der iranischen Regierung führten unter anderem dazu, daß der Verleih sowjetischer Filme in Iran eingestellt werden mußte. Das Außenministerium und andere Ministerien sowie offizielle iranische Einrichtungen ignorierten die Handelsvertretung der UdSSR in Teheran und erklärten, da zwischen der UdSSR und Iran kein Handelsvertrag bestehe, müsse die sowjetische Handelsvertretung geschlossen werden.

Auch die Lage an der sowjetisch-iranischen Grenze blieb gespannt. Durch direktes Verschulden Irans kam es mehrfach zu gefährlichen Zwischenfällen. Die iranischen Behörden ließen bewaffnete Banden an der sowjetisch-iranischen Grenze gewähren. Vom Januar 1939 bis August 1940 überfielen solche Banden in mindestens 38 Fällen von iranischem Territorium aus sowjetische Staatsbürger.

Der Kampf der imperialistischen Mächte um Iran

Die politische Linie der herrschenden Kreise Irans führte in Deutschland zu der Annahme, das Land als Aufmarschbasis nutzen zu können, die den Weg nicht nur zu den britischen Kolonialbesitzungen, sondern auch nach Baku und den mittelasiatischen Sowjetrepubliken öffnen würde. Bereits in den ersten Monaten des zweiten Weltkrieges und verstärkt ab Sommer 1940 begann der deutsche Generalstab, Aggressionspläne gegen die Länder des Nahen und Mittleren Ostens ein-[193:]schließlich Iran auszuarbeiten.²⁶ Die Politik der iranischen Regierung erleichterte es der deutschen Führung, die Rohstoff- und Nahrungsmittelressourcen Irans umfassend zu nutzen. Am 8. Oktober 1939 wurde zwischen Iran und Deutschland ein „Vertrauliches Protokoll“ unterzeichnet, in dem Teheran dem „Dritten Reich“ die Lieferung strategischer Rohstoffe garantierte.²⁷ Die wirtschaftliche Expansion Deutschlands in Iran erfolgte in einem explosionsartigen Tempo. Sein Anteil am Warenumsatz des Landes stieg im Zeitraum 1940/41 auf 45,5 Prozent, der Großbritanniens hingegen ging auf 4 Prozent zurück. Der ehemalige polnische Presse-Attache in Iran Jerzy Lenczowski schrieb über die iranisch-deutschen Beziehungen: „Eine solche Politik war sowohl für Iran als auch für Deutschland vorteilhaft, da sie es ermöglichte, den Handel miteinander weiterzuführen und sogar auszubauen. Ein komplettes Bündnis zwischen beiden Ländern hätte für beide Seiten unnötige Schwierigkeiten zur Folge gehabt. Iran hätte auf Grund einer möglichen britischen Aktion zum Kriegsschauplatz werden und Deutschland infolgedessen eine wertvolle Versorgungsquelle einbüßen können.“²⁸

Wie in einem Bericht der sowjetischen Botschaft in Teheran resümiert wurde, belief sich der Gesamtwert der iranischen Exporte nach Deutschland zwischen dem 21. März 1939 und dem 20. März 1940 auf 393,3 Mill. Rial, der iranische Import deutscher Waren betrug wertmäßig 159,6 Mill. Rial. Die meisten großen Industrie- und Verkehrsobjekte Irans wurden von deutschen Firmen errichtet. Der politische Inhalt der deutschen Hilfe besaß verschiedene Aspekte. So war zum Beispiel das Dach des Wartesaals des Teheraner Bahnhofs als Hakenkreuz gestaltet. Die deutsche Kolonie in Teheran, die faktisch als „fünfte Kolonne“ fungierte, bestand aus annähernd 5000 Personen. Daraus erklärt sich auch

²⁶ Vgl. Y. P. Hirschfeld, Deutschland und Iran im Spielfeld der Mächte. Internationale Beziehungen unter Reza Schah 1921-1941, Düsseldorf 1980, S. 215 ff.; J. Glasneck/I. Kircheisen, Türkei und Afghanistan ..., a. a. O., S. 52, 59 ff.

²⁷ Vgl. Y. P. Hirschfeld, Deutschland und Iran ..., a. a. O., S. 218 f.

²⁸ G. Lenczowski, Russia and the West in Iran 1918-1948. A Study in Big-Power Rivalry, Ithaca/New York 1949, S. 167.

das außerordentlich reiche Informationsmaterial, das der deutschen Mission über beabsichtigte Schritte der iranischen Regierung zur Verfügung stand. An anderer Stelle hieß es im gleichen Bericht: „Deutsche Diplomaten entfalten eine rege Reisetätigkeit in den nördlichen Teil Irans. Unter der technischen Aufsicht deutscher und italienischer Fachleute bauen die Iraner eine Allwetterstraße von Teheran über das Elburs-Gebirge auf kürzestem Wege zum Kaspischen Meer. Lehrer an den deutschen Schulen in Teheran verplauderten sich: gegenüber ihren Schülern und erzählten, daß deutsche Truppen nach ihrem Einmarsch in Rumänien bald nach Bulgarien und dann noch weiter marschieren würden.“

Der militante Antikommunismus Teherans und die den prodeutschen Elementen gegenüber gezeigte Dienstfertigkeit bewirkten, daß die iranische Regierung immer stärker in den Sog des faschistischen Deutschland geriet. Der amerikanische Geschäftsträger in Teheran, Cornelius Engert, stellte am 29. November 1940 fest: „Deutschland weiß, daß sich Iran grundsätzlich eher auf den Westen als [194:] auf Rußland orientiert, und da Großbritannien gegenwärtig nicht für stark genug angesehen wird, um wirkungsvolle Unterstützung zu gewähren, tritt Deutschland als Irans engster Freund auf. Die Furcht des Schah vor dem Kommunismus verleitet ihn zu der Hoffnung, daß Hitler Iran vor einer bolschewistischen Invasion schon schützen kann.“²⁹

Darin bestand im wesentlichen die Situation, als die UdSSR sich erneut intensiv darum bemühte, mit ihrem südlichen Nachbarn konstruktive Beziehungen auf der Grundlage des bestehenden Vertrages zu entwickeln. Die UdSSR trat sowohl den extrem antisowjetischen Äußerungen in der Politik der iranischen Führung als auch den sowjetfeindlichen Aktivitäten Deutschlands und Großbritanniens in Iran gleichermaßen entschlossen entgegen.

Die antikommunistischen Tendenzen in der Führung Irans hätten das Land möglicherweise von normalen oder sogar freundschaftlichen Beziehungen zu seinem nördlichen Nachbarn abgebracht. Doch trugen die von der sowjetischen Diplomatie unternommenen Bemühungen viel dazu bei, daß im ersten Halbjahr 1940 bestimmte positive Veränderungen in den sowjetisch-iranischen Beziehungen zu verzeichnen waren. Von nicht geringer Bedeutung waren zudem beträchtliche Wandlungen in der internationalen Lage sowie das realistischere Herangehen der iranischen Führung an diese Veränderungen. Der Krieg hatte unter anderem dazu geführt, daß der Warenfluß – vor allem aus Deutschland – über den Persischen Golf nach Iran spürbar zurückgegangen war. Die militärische und wirtschaftliche Hilfe Großbritanniens für Iran war ebenfalls rückläufig. Andererseits wurden die Interessen kommerzieller Kreise der iranischen Nordgebiete beeinträchtigt, da auf Grund des versäumten Abschlusses eines neuen Handelsvertrages mit der UdSSR die für den Handel zwischen beiden Ländern erforderlichen Bedingungen fehlten. Auch der Transit iranischer Waren über sowjetisches Territorium war eingestellt worden. Die iranische Öffentlichkeit sowie die Geschäftswelt des Landes forderten, einen neuen Handelsvertrag mit der UdSSR abzuschließen.

Wie die sowjetische Botschaft in Teheran einschätzte, „konnten die Besetzung Hollands und Belgiens durch Deutschland und danach die Zerschlagung Frankreichs in Iran nicht anders eingeschätzt werden, denn als schwerste Erschütterung der Widerstandskraft Englands. Der Glaube an die Macht Englands war nach diesen Erfolgen aufs schwerste erschüttert. Die iranische Regierung beeilte sich, die entstandene Situation für ihre Ziele zu nutzen. Sie wußte, daß es der Sowjetunion nicht gleichgültig wäre, welche Position Iran im Krieg zwischen Großbritannien und Deutschland beziehen würde. Iran sah sich vor das Problem gestellt, der Sowjetregierung seine Absicht zu beweisen, daß es gegenüber den Briten einen Kurs einzuschlagen gedenke, der als Beweis für die Absage Irans an die britischen Pläne gewertet werden könnte.“

Von großer Bedeutung war auch, daß die iranische Regierung in den sowjetisch-iranischen Verhandlungen über einen neuen Handelsvertrag, die am 24. Ja-[195:]nuar 1940 aufgenommen wurden, eine konstruktivere Haltung als bisher einnahm. Die Verhandlungsgrundlage bildete der sowjetische Entwurf eines Vertrags über Handel und Schifffahrt, der der iranischen Seite bereits am 4. März 1939 übergeben worden war.

²⁹ FRUS. 1940, vol. III, Washington 1958, S. 637.

Berücksichtigt man das Interesse der britisch-französischen Koalition, Iran in ihre gegen die UdSSR gerichteten politischen Ziele einzubeziehen, muß der Position Teherans eine noch höhere Bedeutung beigemessen werden. Ihren konzentriertesten Ausdruck fanden die Interessen Großbritanniens und Frankreichs in der Konzeption, eine Aggression gegen die UdSSR im Süden zu beginnen. So wurden im Bericht „Über die Verwundbarkeit der Erdölfördergebiete Rußlands“ des britischen Ministers für Rüstungskoordination Lord Alfred Chatfield, der im Oktober 1939 dem Komitee der Stabschefs Großbritanniens vorgelegt wurde, die für die Einrichtung alliierter Luftstützpunkte zur Bombardierung Sowjettranskaukasiens geeigneten Luftbasen aufgelistet. Als durchaus „geeignete“ Orte galten die iranischen Flugplätze in Iğdir, Ardabil und Iranbidi.³⁰ In der „Aufzeichnung über die Kriegführung“ des französischen Oberbefehlshabers General Maurice Gustave Gamelin vom 16. März 1940 wurde erwogen, daß die Operationen der britischen und französischen Luftstreitkräfte von Basen in der Türkei aus durch gewisse Teile der französischen Luftlandtruppen unterstützt werden könnten. „An der Operation könnte sich auf Betreiben Großbritanniens auch Iran beteiligen.“³¹

Letztlich reagierte die iranische Führung auf die Versuche Großbritanniens und Frankreichs, das Land für deren antisowjetische Ziele zu mißbrauchen, jedoch negativ. Diese Haltung war ein bedeutender Indikator für die Wirksamkeit der sowjetischen Außenpolitik gegenüber ihrem südlichen Nachbarn.

Die Beziehungen bleiben weiterhin kompliziert

Der neue iranisch-sowjetische Vertrag über Handel und Schifffahrt, der die wichtigsten Bedingungen des Vertrages von 1935 enthielt, wurde am 25. März 1940 in Teheran unterzeichnet. Der Export sowjetischer Waren nach Iran sollte jährlich im einzelnen festgelegt werden und wertmäßig nicht unter dem Export Irans in die Sowjetunion liegen. Weiterhin war vorgesehen, daß die Bedingungen für die Genehmigungserteilung zur Realisierung des Warenexports bzw. -imports vereinfacht werden. Die leitenden Mitarbeiter der Handelsvertretung der UdSSR sollten den gleichen Status erhalten wie Diplomaten, und dem Gebäude der Handelsvertretung sollte das Recht der Exterritorialität zuerkannt werden. Durch einen parallel zur Vertragsunterzeichnung erfolgenden Briefwechsel zwischen dem Botschafter der UdSSR in Teheran und dem iranischen Außenminister wurden [196:] die Bedingungen für die Schifffahrt auf dem Kaspischen Meer, für den Schutz der Warenzeichen, den Eisenbahngüterverkehr und die Gerichtsbarkeit bei kommerziellen Streitigkeiten präzisiert.³²

Am 4. April 1940 ratifizierten das iranische Parlament und am 7. April das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR den Vertrag.

Dem Vertrag zufolge wurde der jährliche Warenaustausch auf eine Summe von 150 Mill. Rial für jede Seite festgelegt. Im Jahre 1940 konnte dieses Limit jedoch nicht mehr erreicht werden. Wie während der sowjetisch-iranischen Verhandlungen vereinbart worden war, entsandte die sowjetische Seite eine Handelsdelegation nach Teheran, um gemeinsam mit der iranischen Seite eine konkrete Nomenklatur des Warenaustausches zwischen beiden Ländern zu erarbeiten. Die Regierung Irans verzögerte die Entscheidung dieser Frage jedoch über Gebühr. Die Sowjetregierung, die auf der Grundlage des sowjetisch-iranischen Vertrages von 1921 Iran das Transitrecht über ihr Territorium gewährte, mußte feststellen, daß die iranische Regierung versuchte, dieses Recht zu nutzen, um ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland zu erweitern. Die UdSSR untersagte den Transit von Rüstungsgütern jeder Art sowie bestimmter anderer Warenarten kategorisch. Deshalb mußte Iran im Handel mit Deutschland vor allem den Transit über türkisches Territorium nutzen.³³

Ungeachtet aller Bemühungen der UdSSR, die sowjetisch-iranischen Beziehungen im Interesse beider Länder weiter auszubauen, führte die vertragliche Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zu keiner wesentlichen Verbesserung ihrer gegenseitigen Beziehungen auf politischem Gebiet. Dies war

³⁰ Vgl. PRO.Cab., 80/4, S. 294-297; Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 60.

³¹ Die Geheimakten des französischen Generalstabs, Berlin 1941, S. 62; Ursachen und Folgen ..., Bd. 14, a. a. O., S. 371.

³² Vgl. Sbornik torgowych dogovorow, torgowych i plateshnyh soglascheni i dolgosrotschnych torgowych soglascheni SSSR s innostrannymi gosudarstwami, Moskau 1961, S. 215 ff.

³³ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, Baden-Baden/Frankfurt/M. 1961, S. 11, 277 ff.

vor allem das Resultat der inkonsequenten Haltung der iranischen Führung sowie der antisowjetischen Tätigkeit beider imperialistischer Gruppierungen.

Um die „Stabilität“ ihrer Beziehungen zur UdSSR zu demonstrieren, veranlaßte die iranische Regierung verschiedene Teilmaßnahmen. So wurden in Teheran einige sowjetische Filme aufgeführt, die iranische Presse veröffentlichte Leitartikel der „Prawda“ und der „Iswestija“ zu internationalen Fragen; auf dem iranischen Buchmarkt erschienen sowjetische belletristische und technische Publikationen. Im September 1940 wurden neue Abkommen über den Eisenbahnverkehr zwischen der UdSSR und Iran unterzeichnet. Die Delegation der iranischen Eisenbahnverwaltung wurde im Auftrag des Schah vom Generaldirektor im Außenministerium Irans geleitet. Ihm war eine besonders delikate diplomatische Mission anvertraut worden: Er sollte den „ungünstigen Eindruck“, den die iranische Außenpolitik in der UdSSR hervorgerufen hatte, zerstreuen. Andererseits tat Teheran nach wie vor nichts dagegen, daß bestehende Verträge und Abkommen zwischen der UdSSR und Iran verletzt wurden. Die iranischen Behörden weigerten sich, den Mitarbeitern der sowjetischen Handelsvertretung Dienstvisa auszustellen, sowjetischen Bürgern, die zu Dienstreisen nach Iran entsandt wer-[197:]den sollten, wurden die Reisevisa bis zu sechs Monaten vorenthalten. Die Mitarbeiter offizieller sowjetischer Einrichtungen wurden verhaftet oder unter Hausarrest gestellt.

Im Frühjahr 1941 begann das faschistische Deutschland einen faschistischen Umsturz in Iran vorzubereiten.

Insgesamt muß geschlußfolgert werden, daß die herrschenden Kreise Irans in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges eine komplizierte Politik, ein doppeltes Spiel betrieben. In den sowjetisch-iranischen Beziehungen war die von Teheran verfolgte Linie inkonsequent, gab häufig konjunkturellen Erwägungen nach und war nicht immer auf die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen gerichtet. Trotzdem konnte die diplomatische Tätigkeit der UdSSR verhindern, daß die herrschenden Kreise Irans einen eindeutig antisowjetischen Kurs verfolgten.

Am 26. Juni 1941 teilte der iranische Botschafter in Moskau der Sowjetregierung in einer Verbalnote folgendes mit: „Die Botschaft Irans hat die Ehre, im Auftrage ihrer Regierung dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten zur Kenntnis zu bringen, daß angesichts der Lage, die durch den Krieg zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingetreten ist, die Regierung Irans strikte Neutralität wahren wird.“

3. Die UdSSR und Afghanistan

„Normal und sogar freundschaftlich“, so qualifizierte die Botschaft der UdSSR in Kabul die sowjetisch-afghanischen Beziehungen in einer Analyse der Innen- und Außenpolitik Afghanistans im Jahre 1939 und zu Beginn des Jahres 1940. Diese Einschätzung umfaßte sowohl den politischen als auch den ökonomischen Bereich der gegenseitigen Beziehungen. Am 5. September 1939, unmittelbar nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, fand eine Begegnung zwischen W. M. Molotow und dem afghanischen Botschafter in Moskau, Sultan Ahmed Khan, statt. Der Botschafter fragte W. M. Molotow, ob die UdSSR ihre Handelsbeziehungen mit Afghanistan fortzusetzen gedenke und Afghanistan das Transitrecht über ihr Territorium einräumen werde. „Warum eigentlich nicht“, entgegnete der Volkskommissar, „unsere Handelsorganisationen müßten allerdings wissen, welche Waren die Afghanen konkret und in welcher Menge transportieren möchten.“

Auf Grund seiner neutralen Haltung, die Kabul am 3. September 1939 bekräftigt hatte, war Afghanistan dem starken Druck beider imperialistischer Gruppierungen ausgesetzt.³⁴ Sowohl die britisch-französische Koalition als auch die Achsenmächte versuchten, die Regierung Afghanistans auf einen aktiven antisowjetischen Kurs zu drängen. Die sowjetische Diplomatie erläuterte Kabul systematisch den provokatorischen Charakter der vor allem von Großbritannien kolpor-[198:]tierten „sowjetischen Bedrohung“. „Wir haben auf Weisung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in einer Unterredung im Außenministerium am 11. Februar 1940 darauf hingewiesen, daß von der britischen Presse Falschmeldungen über angebliche Aggressionspläne der UdSSR gegen Afghanistan

³⁴ Vgl. Y. P. Hirschfeld, Deutschland und Iran ..., a. a. O., S. 219 ff., 226 f.

verbreitet werden, und daß diese Erfindungen mit der tatsächlichen Politik der UdSSR nichts gemein haben, die aufrichtig den Fortbestand und die den weiteren Ausbau ihrer Beziehungen mit Afghanistan wünscht“, kabela die Botschaft der UdSSR in Kabul nach Moskau.

Wie die Botschaft mitteilte, „wurde die Erklärung von W. M. Molotow auf der VI. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 29. März 1940, daß ‚die der Sowjetunion angedichteten phantastischen Pläne irgendwelcher Feldzüge der Roten Armee nach Indien, in den Orient usw. derartig unsinnig sind, daß solchen Ungereimtheiten nur Leute Glauben zu schenken vermögen, die ihre Denkfähigkeit eingebüßt haben‘, von den Afghanen überaus positiv aufgenommen. Trotzdem hegte die afghanische Regierung unter dem Einfluß der britischen Propaganda weiterhin Zweifel. Um den friedlichen Charakter der sowjetisch-afghanischen Beziehungen zu bekräftigen und die öffentliche Meinung zu beruhigen, veröffentlichte „Islāh“ (eine halbamtliche Zeitung – P. S.) auf unser wiederholtes Ersuchen hin systematisch Dementis von Gerüchten, die von der britischen Kolonialpresse veröffentlicht wurden, und in denen die Rede davon ist, daß Afghanistan bereit sei, sich ebenfalls einem Militärbündnis anzuschließen, das die Türkei, Iran und Irak miteinander gegen die UdSSR vereinbart hatten usw.“

Die afghanische Regierung schloß zwar nicht aus, daß sie ihre Wirtschaftsbeziehungen mit den faschistischen Staaten und vor allem mit Deutschland erweitern werde, doch blieb der dominierende politische Einfluß Großbritanniens bestehen. Die sowjetische Botschaft in Kabul schätzte deshalb ein, daß die proenglische Tendenz in Afghanistan sogar nach den katastrophalen militärischen Niederlagen der britisch-französischen Koalition im Frühjahr und Sommer 1940 nicht zurückgegangen sei. Ebenso wie in der Türkei und in Iran wetteiferten die britische einerseits und die deutsche Diplomatie andererseits darum, die herrschenden Kreise Afghanistans mit einer „sowjetischen Bedrohung“ einzuschüchtern.

Den antisowjetischen Manövern stellte die UdSSR ihren auf die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen mit Afghanistan gerichteten Kurs entgegen. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und Afghanistan hatten gute Traditionen, die bis in die ersten Jahre der Sowjetmacht zurückreichten. Neben dem sowjetisch-afghanischen Freundschaftsvertrag vom 28. Februar 1921³⁵ besaß vor allem der am 24. Juni 1931 in Kabul unterzeichnete Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag größte Bedeutung. Dieser Vertrag sah vor, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite einzumischen, solche bewaffneten Gruppen und Organisationen auf dem Hoheitsgebiet der vertragschließenden Seiten nicht zuzulassen, [199:] deren Tätigkeit sich gegen den Vertragspartner richtet. Die UdSSR und Afghanistan verpflichteten sich, politischen oder militärischen Bündnissen, Verträgen bzw. Abkommen nicht beizutreten, die sich gegen die andere vertragschließende Seite richten, sowie sich strikt neutral zu verhalten, wenn die andere Partei in einen Krieg mit einem dritten Land verwickelt werden sollte.³⁶

Die Sowjetregierung beschloß die Verhandlungen mit Afghanistan über einige wichtige bilaterale Fragen, vor allem über Grenzfragen, wiederaufzunehmen. Sie waren von Mitte 1939 bis Februar 1940 unterbrochen worden, um neue Vorschläge der Verhandlungspartner vorzubereiten. Am 27. März 1940 überreichte der sowjetische Botschafter in Kabul dem afghanischen Außenministerium ein Memorandum, in dem festgestellt wurde, daß „die schnellstmögliche und endgültige Regelung der auf dem Festland verlaufenden Grenze als Ausdruck des aufrichtigen Strebens beider Seiten zur weiteren Stärkung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Afghanistan zugleich als Basis für die erfolgreiche Lösung von weiteren Fragen dienen und ganz allgemein der Festigung des Friedens und der Freundschaft dienlich sein könnte, die die ständige und stabile Grundlage der zwischen der UdSSR und Afghanistan bestehenden Beziehungen bilden“.

In ihrer Antwort stimmte die afghanische Seite den sowjetischen Vorschlägen zu. Die Grenzfragen, hieß es, seien erstens Gegenstand der laufenden Verhandlungen, würden zweitens voll und ganz von dem diesbezüglich vorbereiteten Abkommen abgedeckt, und drittens habe sich die sowjetische Seite

³⁵ Vgl. Geschichte der sowjetischen Außenpolitik ..., a. a. O., S. 176. Text in: Politische Verträge ..., Bd. I, a. a. O., S. 28 f.

³⁶ Vgl. Geschichte der sowjetischen Außenpolitik ..., a. a. O., S. 327 f. Text in: Politische Verträge ..., Bd. I, a. a. O., S. 197 f.

bereits grundsätzlich einverstanden erklärt, die über das Festland verlaufenden Grenzabschnitte neu zu markieren. Diese Position, wurde unterstrichen, befriedigte die afghanische Seite vollauf. Es wurde vereinbart, die Frage der Hilfe für Afghanistan nicht vertraglich, sondern gesondert, nach Maßgabe der konkreten Situation zu regeln. Diese im Frühjahr 1940 getroffenen Vereinbarungen wurden 1946 in einem Protokoll verankert, das gemeinsam mit dem betreffenden Abkommen über Grenzfragen zwischen der UdSSR und Afghanistan unterzeichnet wurde.³⁷

Am 23. Juli 1940 konnte im Ergebnis von Verhandlungen zwischen dem Vertreter der UdSSR für Außenhandel mit dem Orient in Kabul und dem afghanischen Handels- und Wirtschaftsminister und Präsidenten der Nationalbank ein auf ein Jahr befristetes Handelsabkommen unterzeichnet und das Gesamtvolumen des Warenaustausches zwischen beiden Seiten auf 164 Mill. Afghani festgelegt werden. Der Anteil der UdSSR am Außenhandel Afghanistans sollte sich demnach von 25 Prozent auf 42 bis 45 Prozent erhöhen. Insgesamt lieferte Afghanistan 1939/40 84,6 Prozent seines Wollexportes in die Sowjetunion, bei Baumwolle waren es 36 Prozent. Im gleichen Zeitraum beliefen sich die afghanischen Kraftstoffimporte aus der Sowjetunion auf 52,3 Prozent, bei Baumwollstoffen auf 25,9 Prozent und bei Zucker auf 33,2 Prozent des Gesamtimports.

[200:] Nach Unterzeichnung des Handelsabkommens erklärte der afghanische Handels- und Wirtschaftsminister Abdul Medjid (Majid) Khan, daß „die Vertragsparteien auf Grund der Gefühle der Freundschaft und guten Nachbarschaft, die beide dem anderen gegenüber hegen, dieses Handelsabkommen unterzeichnet haben, dessen Grundlage der Nutzen für beide Länder bildet. Anders konnte dies auch gar nicht sein, denn Afghanistan hat von den ersten Tagen seiner Beziehungen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dieser immer vollstes Vertrauen entgegengebracht. Sie hat dieser Freundschaft schon immer Bedeutung beigemessen, und sie weiß es in höchstem Maße zu schätzen, daß die Sowjetregierung ihre Beziehungen mit Afghanistan auf der Grundlage des gegenseitigen Nutzens und des Friedens gestaltet und gegenüber Afghanistan aufrichtig und freundschaftlich handelt. Die Unterzeichnung des heutigen Abkommens bekräftigt diese Politik ein weiteres Mal.“

Im Juni 1940 und im Februar 1941 bekräftigte die Regierung Afghanistans den bereits am 7. September 1939 verkündeten Beschluß, im Krieg strikte Neutralität zu wahren.³⁸ Die Realität sollte jedoch zeigen, daß ihr Kurs, der darauf gerichtet war, die Widersprüche zwischen den kriegführenden imperialistischen Gruppierungen auszunutzen, mitunter auf politisches Lavieren hinauslief und es Deutschland ermöglichte, in Afghanistan Fuß zu fassen. Die deutsche Führung versuchte, Afghanistan zum Verbündeten der Achsenmächte zu machen und es zu veranlassen, seine Neutralitätspolitik aufzugeben. So schlug Deutschland Afghanistan im Sommer 1940 vor, in der nordwestlichen Grenzprovinz Indiens einen Aufstand pashtunischer Stämme gegen die britische Kolonialmacht zu organisieren, und versprach, wenn sich Afghanistan an diesem Aufstand beteiligen sollte, in nicht allzu ferner Zukunft eine bedeutende Erweiterung seines Territoriums durch die Angliederung indischer Nordgebiete. Die Regierung Afghanistans wies diesen Vorschlag jedoch zurück.

Um auf Kabul politischen Druck auszuüben bediente sich die deutsche Diplomatie des Antisowjetismus, versuchte Afghanistan mit einer „sowjetischen Bedrohung“ zu verunsichern. Im Sommer 1940 erschienen in der deutschen und italienischen Presse Meldungen, die Sowjetunion plane einen Überfall auf Afghanistan und Indien und rüste forciert auf. In der Zeitung „Islāh“, die den Standpunkt der Regierung zum Ausdruck brachte, wurde eine Erklärung des afghanischen Botschafters in Ankara veröffentlicht, in der es hieß: „Ich sehe eine solche Gefahr nicht, die UdSSR und Afghanistan sind miteinander befreundet und unterhalten freundschaftliche Beziehungen. Ich glaube nicht, daß die Länder des Orients Gefahren von seiten der UdSSR ausgesetzt sind und daß die UdSSR über die Länder des Orients hinweg Indien zu überfallen beabsichtigt.“³⁹

Am 7. April 1941 suchte der Botschafter Afghanistans in Moskau, Sultan Ahmed Khan, den stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten [201:]ten S. A. Losowski auf. „Der Bot-

³⁷ Vgl. Wneschnjaja politika Sowjetskogo Sojusa. 1946, Moskau 1952, S. 141 ff.

³⁸ Vgl. J. Glasneck/I. Kircheisen, Türkei und Afghanistan ..., a. a. O., S. 212.

³⁹ Zit. nach: L. B. Teplinski, 50 let sowjetsko-afganskich odnoscheni. 1919-1969, Moskau 1971, S. 104 f.

schafter beglückwünschte die Sowjetregierung zu der konsequenten Friedenspolitik, die die Sowjetunion seit Kriegsbeginn bis in die jüngste Zeit hinein in ihren Beziehungen mit den anderen Ländern unbeirrt verfolgt. Der Botschafter hob hervor, daß die afghanische Regierung der Regierung der UdSSR gegenüber die besten Gefühle hege. Ferner erklärte er, daß der Premierminister ihn beauftragt habe, Grüße auszurichten, verbunden mit der Versicherung, daß es der feste Wunsch Afghanistans sei, die freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR weiterzuentwickeln und zu festigen, und daß die afghanische Regierung bereit sei, in dieser Richtung alles zu tun, was praktisch in ihren Kräften stehe.“ Vor allem den letzten Teil des Satzes wiederholte der Botschafter besonders nachdrücklich.

Am 23. Juni 1941, einen Tag nach dem Überfall Deutschlands auf die UdSSR, erklärte der Außenminister Afghanistans, Ali Muhammad Khan, dem sowjetischen Vertreter in Kabul offiziell, daß die afghanische Regierung auch weiterhin die freundschaftlichen Beziehungen Afghanistans zur UdSSR fortsetzen und vertiefen werde. Dies widerspiegelte die gutnachbarlichen Beziehungen, die sich zwischen beiden Ländern herausgebildet hatten. Der auf die Erhaltung und den Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen mit Afghanistan gerichtete Kurs der UdSSR hatte sich in der äußerst komplizierten internationalen Situation während der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges voll bewährt. Im Vergleich zu den anderen südlichen Nachbarn der UdSSR, der Türkei und Iran, solidarisierte sich Afghanistan mit dieser Politik am stärksten, wenn auch, wie sich versteht, nicht uneingeschränkt.

* * *

In der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges bemühte sich die UdSSR intensiv, gutnachbarliche Beziehungen mit der Türkei und Afghanistan zu entwickeln. Die beharrliche, prinzipielle und zugleich flexible Politik der UdSSR beeinflusste die Haltung der herrschenden Kreise der Türkei und Irans nicht unwesentlich, nahm ihren antisowjetischen Bestrebungen die Spitze.

Ein ernsthafter Prüfstein für die Effektivität der sowjetischen Außenpolitik im Süden war das Verhältnis der Türkei und Irans zu den britisch-französischen Plänen, in den Kaukasus einzudringen und Sowjettranskaukasien zu bombardieren. Weder die Türkei noch Iran waren jedoch bereit, diese Pläne zu unterstützen. Nach entsprechenden Sondierungen in Ankara berichtete der Geschäftsträger Großbritanniens James Morgan dem Foreign Office: „Im Augenblick erscheint es ausgeschlossen, die Türkei zu bewegen, sich anzuschließen oder technische Mittel für den beabsichtigten Angriff auf Baku bereitzustellen, weil eine solche Zusammenarbeit oder Hilfe die Türkei jetzt in einen Offensivkrieg gegen die Sowjetunion verwickeln könnte. Einen solchen Krieg wünscht die Türkei noch nicht und ist hierauf auch nicht vorbereitet.“⁴⁰

[202:] Eine im allgemeinen analoge Position vertrat Iran. Obwohl Teheran die vertraglichen Vereinbarungen hinsichtlich der sowjetisch-iranischen Beziehungen unter dem Druck beider imperialistischer Gruppierungen nicht voll einhielt, ließ sich Iran nicht ins Fahrwasser der Achsenmächte drängen. Die Türkei verzichtete nach großem Schwanken letztlich auch darauf, Mitglied des faschistischen Blocks zu werden bzw. sich Berlin noch weiter anzunähern.

Die Sowjetunion betrieb eine konsequente, auf die Erhaltung und den Ausbau der gutnachbarlichen Beziehungen mit Afghanistan gerichtete Politik. Für die Regierung in Kabul war ebendiese Politik der entscheidende internationale Faktor, ihren neutralen Kurs abzusichern und die zunehmenden Angriffe auf die Neutralität des Landes zurückzuweisen, den sowjetfeindlichen Einfluß Großbritanniens und Deutschlands abzuwehren.

⁴⁰ Zit. nach: Istorija diplomatii, Bd. 4, Moskau 1975, S. 37.

[203:]

6. Kapitel Im Osten

In der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges stand die Außenpolitik der UdSSR in Asien und vor allem im Fernen Osten vor Aufgaben, deren Bedeutung durchaus mit jenen Problemen vergleichbar ist, die die sowjetische Diplomatie in Europa zu lösen hatte. Hier im Osten war die UdSSR mit dem militaristischen Japan konfrontiert. Japan war das stärkste kapitalistische Land Asiens und mit Hitlerdeutschland aufs engste liiert. Von Japan ging Ende der 30er, Anfang der 40er Jahre die Hauptgefahr für die UdSSR im Fernen Osten aus. Und bereits zweimal war die Sowjetunion gezwungen gewesen, die aggressiven Handlungen der japanischen Militaristen mit Waffengewalt zurückzuweisen.

Von größter Bedeutung für die UdSSR waren ihr Bündnis, ihre brüderlichen Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik.

Entsprechend dem von beiden Ländern 1936 unterzeichneten Protokoll über gegenseitigen Beistand verpflichteten sich die Seiten, „für den Fall eines militärischen Angriffs auf eine der Vertragschließenden Parteien, einander jegliche, darunter auch militärische Hilfe zu leisten“¹. Auf Ersuchen der mongolischen Regierung wurden sowjetische Militärberater und technische Spezialisten in die Mongolische VR entsandt, um nationale Militärkader heranzubilden. Die Fähigkeit der Mongolischen VR, ihre territoriale Integrität zu verteidigen, mußte auch und vor allem angesichts der gefährlichen Lage im Fernen Osten erhöht werden. Gemeinsam mit der Mongolischen VR kämpfte die UdSSR beharrlich um die Normalisierung der internationalen Beziehungen in dieser Region.

[204:]

1. Die spezifische militärische und politische Lage im Fernen Osten

Die Absichten und die Politik der imperialistischen Mächte

In den Jahren 1939 bis 1941 schloß das militaristische Japan gemeinsam mit seinen europäischen Verbündeten Deutschland und Italien die entscheidende Phase zur Vorbereitung einer Neuaufteilung der Welt ab. Nach Beginn des zweiten Weltkrieges in Europa erhöhte Japan seine Anstrengungen, um die für die geplante Aggression erforderliche materielle Basis zu stärken. Übertraf die Wachstumsrate der japanischen Rüstungsindustrie bereits 1938 die des zivilen Sektors um das 2,7fache, so stieg sie 1940 auf das 4,5fache. Im Vergleich zu 1939 erhöhten sich 1940 die Produktion von leichten und schweren Geschützen sowie Granatwerfern um 51 Prozent, die Panzerproduktion um 82 Prozent sowie die Produktion von Maschinengewehren um 24 Prozent. Die bereits vorhandenen Waffenvorräte ermöglichten es, 95 Divisionen auszurüsten. Das Rüstungsbudget verschlang 1940/41 über 80 Prozent des japanischen Staatshaushalts.²

Tokio strebte danach, das bereits okkupierte chinesische Territorium weiter zu vergrößern. Die militärische Planung Japans berücksichtigte zwei alternative Zielstellungen: Entweder sollte im Norden die UdSSR angegriffen oder im Süden gegen die USA, Großbritannien und deren Verbündete Krieg geführt werden. Welcher Variante die Priorität eingeräumt würde, sollte entsprechend der konkreten internationalen Situation entschieden werden. Der strategische Plan „Otsu“ (Krieg gegen die UdSSR) ging davon aus, den sowjetischen Fernen Osten zu okkupieren. Ende 1940 hatte das Kaiserliche Hauptquartier beschlossen, den Hauptschlag gegen die sowjetische Küstenregion und weitere Schläge gegen den Raum Blagowestschensk zu führen, um in der ersten Kriegsphase Wladiwostok, Iman, Blagowestschensk und andere Städte zu erobern. Als Aufgabe der zweiten Phase wurde gestellt, Nikolajewsk, Komsomolsk am Amur, Sowjetskaja Gawan, Nordsachalin und Petropawlowsk auf Kamtschatka zu annektieren.³

¹ Freundschaft, Zusammenarbeit, Beistand. Grundsatzverträge zwischen den sozialistischen Ländern, Berlin 1968, S. 60 f.

² Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Bd. 3, Berlin 1977, S. 223 f.

³ Vgl. a. a. O., S. 220.

In der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges bereitete sich Japan intensiv darauf vor, die UdSSR vom Raum Mandschurei-Korea aus zu überfallen. Entlang der sowjetisch-mandschurischen Grenze wurden eiligst neue militärische Anlagen, darunter 13 befestigte Räume, fertiggestellt. Die Kwantung-Armee wurde im Zeitraum von 1939 bis 1940 von 9 auf 12 Infanterie-Divisionen aufgestockt und die Truppenstärke auf 350.000 Mann erhöht. Die Truppen der projapanischen Marionettenregierungen Mandschukuos und der Inneren Mongolei wurden ebenfalls bedeutend verstärkt. Im Dezember 1940 etablierte sich auf der japanischen Insel Hokkaidô der Stab des Nördlichen Militärbezirks. Zur gleichen [205:] Zeit begann Tokio seine Truppen im japanischen Norden, in Südsachalin und auf den Kurilen zu verstärken.

Angesichts der aggressiven Haltung der herrschenden Kreise Japans war die Sowjetregierung gezwungen, einen Großteil ihrer Streitkräfte im Fernen Osten zusammenzuziehen. Die fernöstlichen Einheiten der Roten Armee hatten nicht nur für die Verteidigung der UdSSR große Bedeutung, sondern beeinflussten auch den nationalen Befreiungskampf des chinesischen Volkes gegen den japanischen Militarismus, schränkten seinen Aktionsradius in China wesentlich ein.

Der Kampf der UdSSR, die Sicherheit im Fernen Osten zu gewährleisten, war vor allem deshalb so kompliziert, weil die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ähnlich wie in Europa versuchten, den Aggressor auf antisowjetischer Grundlage „zu beschwichtigen“, also eine Politik des „fernöstlichen Münchens“ betrieben.

Frankreich war bestrebt, seine Kolonien in Indochina zu sichern, indem es einen umfassenden politischen Kompromiß mit Tokio einzugehen und dessen expansionistische Ambitionen nach Norden zu lenken versuchte. Im Ergebnis dessen wurde auch die Unterstützung für China eingefroren. Was die britische Politik anbelangt, so überreichte der Botschafter Großbritanniens in Tokio, Robert L. Craigie, am 8. September 1939 dem japanischen Außenminister eine Botschaft von Lord Halifax, in der London vorschlug, die „chinesische Frage friedlich zu regeln“. Im Oktober 1939 zog Großbritannien seine Kriegsschiffe aus den chinesischen Häfen nach Singapur ab. Nach der militärischen Niederlage Frankreichs, als die Möglichkeiten, der japanischen Expansion im Gebiet der britischen Kolonien in Asien erfolgreich entgegenwirken zu können, weitgehend geschwunden waren, entschloß sich Großbritannien, seine „Beschwichtigungs“politik gegenüber Japan zu aktivieren, dessen expansive Absichten zu kanalisieren, das heißt nach Norden zu lenken.

Um die japanische Blockade Chinas zu unterstützen, schloß Großbritannien am 20. Juni 1940 mit Japan ein Abkommen über gemeinsame Maßnahmen gegen „Verletzer der Ordnung und Sicherheit der japanischen Streitkräfte in China“. Am 17. Juli des gleichen Jahres vereinbarten beide Seiten den Transport von Kriegsgerät über Burma nach China. Schließlich wurden im August 1940 die britischen Truppen auch aus den Niederlassungen in Peking, Schanghai und Tientsin (Tianjin) abgezogen.

Die Hoffnungen der USA, sich mit Japan über „strittige Fragen“ vertraglich zu einigen, sollten auch weiterhin die Politik Washingtons gegenüber dem japanischen Militarismus bestimmen. Wie schon zuvor, ging man im Weißen Haus vor allem davon aus, daß Japan seine Expansionsabsichten in erster Linie auf die UdSSR richten würde.

Washington glaubte zunächst, die Aggression Japans im Süden würde hauptsächlich deshalb unternommen, um über die für einen Überfall auf die UdSSR erforderlichen strategischen Ressourcen verfügen zu können. China hingegen wurde seitens der USA jede effektive militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe verweigert. Die amerikanische Führung, die ebenfalls einer Politik der „Be-[206:]schwichtigung“ des Aggressors folgte, unternahm nichts gegen die japanische Expansion in Asien und verzichtete darauf, vor allem ökonomische Hebel einzusetzen. Die USA waren Hauptlieferant zahlreicher von Japan dringend benötigter strategischer Rohstoffe. 1940 deckten die amerikanischen Lieferungen 60 Prozent des japanischen Bedarfs an Erdöl und Erdölproduktion.⁴

1940 bezog Japan nach eigenen Angaben durch Schrottimporte rund 25 Prozent der für die Stahlproduktion erforderlichen Rohstoffe aus den USA. Einige bescheidene Restriktionen, die die USA im

⁴ Vgl. a. a. O., S. 208 f.

September 1940 hinsichtlich der Schrottlieferungen nach Japan verhängten, wirkten sich nur unwesentlich aus, da sich 1941 der amerikanische Export von Roheisen, Blechen und Metallschrott nach Japan im Vergleich zu 1940 wertmäßig auf das 4- bis 5fache erhöhte.⁵ Insgesamt betrug der Anteil der USA am japanischen Import zu Beginn des zweiten Weltkrieges 33 bis 35 Prozent.

Die Fakten sprechen dafür, daß wegen der „Beschwichtigung“ Japans und wegen seiner versuchten Ausrichtung nach Norden, gegen die UdSSR, die amerikanische Führung die nationalen Sicherheitsinteressen bewußt vernachlässigte. Japan schuf mit direkter Hilfe der USA die für eine Aggression erforderliche materielle Basis. Entgegen allen Kalkulationen Washingtons wurden die USA Opfer ihrer eigenen Politik. Der strategischen Fehlentscheidung Washingtons lag die Konzeption eines „fernöstlichen Münchens“ zugrunde, und es ist gewiß kein Zufall, daß amerikanische Politiker und Historiker, die der UdSSR völlig unbegründet vorwerfen, den deutschen Faschismus in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges ökonomisch unterstützt zu haben, nur ungern an die dem japanischen Militarismus, dem Hauptfeind der USA in Asien, erwiesene umfangreiche Hilfe seitens der Vereinigten Staaten erinnert werden wollen.

In dieser gespannten internationalen Situation unmittelbar nach Beginn des zweiten Weltkrieges besaß die Tätigkeit der deutschen Diplomatie im Fernen Osten eine spezifische Komponente. In Berlin war man dazu übergegangen, die diplomatische Taktik im Fernen Osten in gewisser Weise zu revidieren. Die strategischen Ziele Hitlerdeutschlands, die Sowjetunion im Fernen Osten durch Japan militärisch zu binden und mittels eigener Aktivitäten die sowjetisch-japanischen Beziehungen bis zum bewaffneten Konflikt zuzuspitzen, wurden zeitweilig zurückgestellt.

Für Deutschland war es zu diesem Zeitpunkt wichtiger, Japan in die nächsten Aufgaben des „Dritten Reiches“ hinsichtlich Großbritanniens und Frankreichs einzubeziehen. Deshalb war man in Berlin aus taktischen Erwägungen bereit, eine zeitweilige „Stabilisierung“ der sowjetisch-japanischen Beziehungen zu unterstützen, und bot sich sogar als Vermittler an. „Wenn wir das nicht schaffen“, erklärte Reichsaußenminister Ribbentrop, „dann erhält Japan nicht die Möglichkeit, seine Macht in Ostasien in südlicher Richtung frei zu entfalten und noch weiter vorzudringen.“ Der eigentliche Sinn dieser Taktik bestand darin, die britisch-[207:]französische Koalition sowie die USA im Kampf gegen Japan zu binden, um Großbritannien und Frankreich in Europa schnellstmöglich besiegen zu können. Als Deutschland Mitte 1940 begann, den Überfall auf die UdSSR operativ zu planen, erlosch auch sein Interesse an einer „Stabilisierung“ im Fernen Osten.

Ein solcher „Kurswechsel“ der deutschen Diplomatie resultierte daraus, daß die UdSSR im August/September 1939 die Sicherheit an ihren Westgrenzen zu erhöhen vermochte sowie aus bestimmten Kalkulationen, die mit dem sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt verbunden waren. Der sowjetischen Diplomatie gelang es in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 eine rein äußerlich paradoxe Situation herbeizuführen: Der potentielle Hauptgegner der UdSSR in Europa ermunterte deren potentiellen Hauptgegner in Asien, seine Beziehungen zur UdSSR zu stabilisieren. Die sowjetische Diplomatie verstand es hervorragend, die imperialistischen Widersprüche nicht nur zwischen den beiden imperialistischen Gruppierungen, sondern auch zwischen den Achsenmächten selbst auszunutzen.

Der sowjetisch-mongolische Sieg am Chalchyn gol

Der 1. September 1939 war für die UdSSR kein Tag im Frieden. Sowjetische und mongolische Truppen kämpften bereits vier Monate gegen japanische Truppen, die am 11. Mai in die Mongolische Volksrepublik eingefallen waren. Die militärischen Handlungen gegen die UdSSR und die MVR waren „ein Aggressionskrieg, der von den Japanern betrieben wurde“⁶, stellte später der Internationale Militärgerichtshof für den Fernen Osten im Tokioter Prozeß gegen die japanischen Hauptkriegsverbrecher fest.

⁵ Vgl. a. a. O., S. 209.

⁶ M. J. Raginski/S. J. Rosenblit, Meshdunarodny prozess glawnych japonskich wojennyh prestupnikow, Moskau 1950, S. 199.

Im Glückwunschtelegramm des Volkskommissars für Verteidigung der UdSSR, Marschall der Sowjetunion K. J. Woroschilow, an die Rotarmisten, Kommandeure und Kommissare anlässlich des Sieges am Chalchyn gol wurde unterstrichen: „Im Kampf gegen die unersättlichen japanischen Landräuber haben unsere Militäreinheiten nicht nur die mit der Sowjetunion freundschaftlich verbundene Mongolische Volksrepublik, nicht nur die Unantastbarkeit der von der Sowjetregierung abgeschlossenen Verträge, sondern zugleich auch sowjetische Heimateerde vom Baikalsee bis nach Wladiwostok verteidigt. Der provokatorische Versuch der Japaner, sich Territorium der MVR* anzueignen, verfolgt das Ziel, eine Aufmarschbasis für einen Überfall auf die UdSSR, auf das sowjetische Transbaikalgebiet zu gewinnen.“⁷

Am 28. August 1939 war die 75.000 Mann starke 6. japanische Armee unter dem Befehl von General Rippo Ogissu völlig eingekreist; bereits einen Tag später war das Territorium der Mongolischen VR nach schweren Kämpfen von den Invasoren befreit.

[208:] Die am 2. Juli-1939 eingeleitete gemeinsame Offensive japanischer Streitkräfte sowie von Truppen des Staates Mandschukuo mußte auf sowjetisch-mongolischer Seite von einer zahlenmäßig dreimal kleineren militärischen Gruppierung abgewehrt werden. Die Juli-Offensive der japanischen Truppen endete ohne greifbares Ergebnis. Der Gegner war gezwungen, neue Einheiten in das Kampfgebiet zu führen. Darunter befanden sich Elite-Einheiten der japanischen Luftstreitkräfte, die in China stationiert waren, sowie schwere Artillerie aus der Festung Port Arthur. Als bei den britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen in Moskau das Bestreben der Westmächte deutlich geworden war, die UdSSR in einen Zweifrontenkrieg zu manövrieren, führte Japan im Fernen Osten bereits einen nichterklärten Krieg gegen sowjetisch-mongolische Verbände. Am 1. September 1939 waren die japanischen Aggressoren jedoch bereits besiegt. Von Mai bis September 1939 konnten 600 Flugzeuge der japanischen Luftstreitkräfte vernichtet werden. Die Verluste der japanisch-mandschurischen Truppen beliefen sich auf etwa 61.000 Tote, Verwundete und Gefangene.⁸

Die Regierungen der UdSSR und der Mongolischen VR schätzten den Kampf der sowjetischen und mongolischen Truppen hoch ein. Am 29. August verlieh das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR 31 Teilnehmern der Kämpfe am Chalchyn goldenen Titel „Held der Sowjetunion“. Tausende sowjetische und mongolische Soldaten wurden mit Orden und Medaillen der UdSSR und der Mongolischen VR geehrt.

Am 9. September 1939 suchte der japanische Botschafter in Moskau, Shigenori Tôgô, das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR auf und schlug vor, einen Waffenstillstand abzuschließen und zwei Kommissionen zur Markierung von Demarkationslinien zwischen der UdSSR und Mandschukuo sowie zwischen der Mongolischen VR und Mandschukuo zu bilden. Tôgô ließ durchblicken, daß Japan im Kampfgebiet starke Kräfte konzentriert habe und neue ernsthafte Zusammenstöße nicht auszuschließen seien.⁹

Die militärische Niederlage indes war unbestreitbar, und Tokio hatte dies sehr wohl begriffen. Die japanische Regierung machte den Vorschlag, das Gebiet am Chalchyn gol in eine entmilitarisierte Zone umzuwandeln. Zugleich erklärte der Botschafter, daß die japanische Regierung mit der UdSSR einen Handelsvertrag abzuschließen wünsche.¹⁰ Darüber hinaus sei das japanische Kabinett daran interessiert, erklärte Tôgô, die bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan grundsätzlich zu verbessern.

Am folgenden Tag ging der japanischen Seite die Antwort zu. Die UdSSR sei dafür, hieß es, die Kriegshandlungen einzustellen. Die Regierung der UdSSR erachte es für zweckmäßig, die vorge-

* Mongolische Volksrepublik. *KWF*

⁷ Sowetsko-mongolskije otnoschenija. 1921-1974. Dokumenty i materialy. 2 Bände, Bd. 1, Moskau/Ulan-Bator 1975, S. 429.

⁸ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., a. a. O., S. 268.

⁹ Vgl. M. S. Kapiza/W. I. Iwantschenko, Drushba, sawojewannaja w borbe (Sowjetskomongolskije otnoschenija), Moskau 1965, S. 102.

¹⁰ Vgl. L. N. Kutakow, Istorija sowjetsko-japonskich diplomatitscheskich otnoscheni, Moskau 1962, S. 231.

schlagenen Kommissionen zu bilden. Sie stimme außerdem zu, eine Kommission zur Regelung des Konflikts einzusetzen, [209:] und schlage vor, im Gebiet am Chalchyn gol jene Lage wiederherzustellen, die vor Ausbruch des bewaffneten Konflikts bestanden hatte. Weiterhin erkläre sie sich bereit, mit Japan einen Handelsvertrag abzuschließen.¹¹

Japan jedoch lehnte den Vorschlag ab, die frühere Grenze im Gebiet des Chalchyn gol wiederherzustellen und die sowjetisch-mongolischen sowie die japanisch-mandschurischen Truppen von der Grenze abzuziehen. Es bot an, die japanisch-mandschurischen sowie die sowjetisch-mongolischen Truppen in ihren Stellungen, die sie am 15. September 1939 eingenommen hatten, zu belassen. Im Interesse der Beendigung des Konflikts reagierte die Sowjetregierung positiv. Weiterhin einigte man sich darüber, daß zur Präzisierung der Grenze zwischen der Mongolischen VR und Mandschukuo eine Kommission aus Vertretern der beteiligten Seiten gebildet werden sollte.¹²

In einem gemeinsamen Protokoll der am Konflikt beteiligten Seiten wurde bekräftigt, daß die Kampfhandlungen ab 16. September 1939, 2.00 Uhr, eingestellt werden. Für die sowjetisch-mongolische Seite unterzeichnete Brigadekommandeur M. I. Potapow, für Japan Generalmajor Fujimoto.¹³

Die Ergebnisse des Konflikts am Chalchyn gol sowie seine friedliche Beilegung waren für die UdSSR und die Mongolische VR ein großer militärischer und politischer Sieg, und sie blieben nicht nur beschränkt auf den Fernen Osten. Die entschiedene Abfuhr, die die UdSSR dem imperialistischen Japan erteilt hatte, verdeutlichte den praktischen Beitrag der Sowjetunion zum Kampf gegen die Aggression, ihre Bereitschaft, sich und ihre Freunde zu schützen, wie auch ihre unverbrüchliche internationalistische Haltung. „In der schweren Zeit der Ereignisse im Gebiet Chalchyn gol (Mai bis August 1939)“, erklärte Jumshagin Zedenbal, „da die in Übereinstimmung mit dem Protokoll über gegenseitigen Beistand und auf Ersuchen der Regierung der MVR in die Mongolei gekommenen sowjetischen Truppen dem mongolischen Volk zu Hilfe eilten und die 6. japanische Armee, die in das Territorium der Mongolei eingedrungen war, mit vereinten Kräften von den sowjetischen und mongolischen Truppen zerschlagen wurde, konnte die ganze Welt mit eigenen Augen die unbezwingbare Lebenskraft der Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem mongolischen Volk sehen sowie ihre unerschütterliche Entschlossenheit, durch gemeinsame Anstrengungen den Frieden und die Sicherheit im Fernen Osten zu verteidigen.“¹⁴

In seinen Erinnerungen schrieb Marschall der Sowjetunion G. K. Shukow, daß Jumshagin Zedenbal und der sowjetische Botschafter in der Mongolischen VR, I. A. Iwanow, während der Kampfhandlungen am Chalchyn gol eine immense Arbeit leisteten. „Seither steht J. Zedenbal den Sowjetmenschen nahe, die in seiner Person das mit uns befreundete mongolische Volk verkörpert sehen, das den Weg des Sozialismus beschreitet. Iwanow genoß beim mongolischen Volk so-[210:]wie bei den Staats- und Parteiführern große Achtung, denn er scheute keine Mühe, ihnen mit Rat und Tat zu helfen.“¹⁵

Der Sieg am Chalchyn gol unterstützte faktisch auch China in seinem Kampf gegen die japanische Intervention. Er trug in hohem Maße dazu bei, daß die Westmächte in Asien den „Münchner“ Kurs nicht verwirklichen konnten. Vor allem aber ließ er die Versuche Großbritanniens und der USA scheitern, einen großen sowjetisch-japanischen Krieg zu provozieren.

Die militärische Niederlage am Chalchyn gol hatte auch auf die expansionistischen Pläne Japans erhebliche Auswirkungen und war ein wichtiger Faktor, der die antisowjetischen Bestrebungen Tokios sowohl in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges als auch später dämpfend beeinflussen sollte.

Bereits im September 1939 äußerte Fürst Fumimaro Konoye in einem Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Tokio, Generalmajor Eugen Ott, daß Japan noch zwei Jahre benötige, um einen solchen

¹¹ Vgl. a. a. O., S. 231 f.

¹² Vgl. Wneschnjaja politika SSSR. Sbornik dokumentow, Bd. IV, Moskau 1946, S. 461 f.

¹³ Vgl. Sowjetsko-mongolskije otnoschenija ..., a. a. O., S. 434 f.

¹⁴ J. Zedenbal, Ausgewählte Reden und Schriften 1941-1977, Berlin 1978, S. 56.

¹⁵ G. K. Shukow, Erinnerungen und Gedanken, Bd. 1, Berlin 1980, S. 201.

Stand der Technik, der Bewaffnung und Mechanisierung zu erreichen, wie ihn die Sowjetarmee in den Kämpfen am Chalchyn gol demonstriert habe.¹⁶ Auch später spielte gerade dieser Faktor hinsichtlich der japanischen Einschätzungen über die Perspektiven des deutsch-sowjetischen Krieges eine Rolle, Einschätzungen, die sich insgesamt als weitaus realistischer erweisen sollten als die Prognosen Londons und Washingtons. Als Tokio erste Informationen über den bevorstehenden Überfall Deutschlands auf die UdSSR erhielt, äußerte man sich von Anfang an skeptisch über die Wirksamkeit der Blitzkriegsstrategie der deutschen Führung.

2. 1939 und 1940: Periode der Verhandlungen zwischen der UdSSR und Japan

Zurückweisung des politischen Drucks durch die sowjetische Diplomatie

Angesichts der Resultate, die die militärischen Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion in den Jahren 1938/39 erbracht hatten, war Japan gezwungen, mit der UdSSR in Verhandlungen über strittige Fragen einzutreten. Dabei ging Tokio vor allem von der Überlegung aus, sich auf diese Weise einseitige Vorteile verschaffen zu können. Es zeigte sich, daß die zwei Gesichter des von der japanischen Diplomatie verfolgten Kurses den politischen Kampf widerspiegeln, der zu jener Zeit in den herrschenden Kreisen Japans ausgetragen wurde. In einem Telegramm an das Auswärtige Amt in Berlin vom 8. September 1939 schätzte der deutsche Botschafter in Tokio, Eugen Ott, ein, daß sich die innere Kräftekonstellation in Japan hinsichtlich der wichtigsten internationalen Fragen wie folgt darstelle: „Japans notwendiges Hauptziel ist die schnellste Beendigung des Chinakonflikts ... Alte Träger der deutsch ausgerichteten Politik, besonders Armee, sehen deshalb Möglichkeit neuer Zusammenarbeit gegen England, wenn wir die Sowjetunion von der Unterstützung Tschiangkeischeks abziehen können. Stimmung in diesem Kreise neigt sich neuerdings wieder Deutschland zu ... Erkenntnis des gemeinsamen englischen Feindes wächst in Wehrmacht und aktivistischen Kreisen. Wie ich von leitenden Beamten des Außenministeriums höre, ist Regierung entschlossen, Chinapolitik ohne Rücksicht auf England fortzusetzen, und hofft, zunächst aus Settlement (Niederlassung – d. Red.) Truppen der Krieg führenden Mächte zu verdrängen ... Den gegen England gerichteten Kräftegruppen wirken vermehrt Wirtschaftskreise entgegen, die von Europakonflikt gewaltige Exportsteigerung nach angelsächsischen Ländern erwarten.“¹⁷ Ott telegrafierte weiter, daß damit in Japan die Interessen zweier Wirtschaftsgruppierungen kollidieren. Die eine sei hauptsächlich an der Ausplünderung Chinas interessiert, während die andere sich die Kriegssituation in Europa zunutze machen wolle, um durch Kriegslieferungen leichten Gewinn einzustreichen.¹⁸

Um zu verhindern, daß sich die sowjetisch-japanischen Beziehungen weiter verschlechterten und um die aggressiven Stimmungen Tokios zu dämpfen, erklärte sich die Regierung der UdSSR zu einem umfassenden Dialog mit Japan bereit, der sowohl Handels- und Wirtschafts- als auch politische Fragen beinhalten sollte. Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der UdSSR versuchte die japanische Führung, gemeinsam mit deutschen Diplomaten, die sowjetischen Absichten zu sondieren, um auf die UdSSR Druck ausüben zu können. Besonders aktiv in dieser Hinsicht war der deutsche Botschafter in Tokio, Eugen Ott. Als der wiederernannte sowjetische Botschafter K. A. Smetanin nach seiner Ankunft in Tokio der deutschen Botschaft eine protokollarische Visite abstattete, lenkte Ott das Gespräch darauf, daß die japanischen Militärkreise ihr Verhältnis zur UdSSR angeblich revidiert hätten und daran interessiert seien, alle strittigen Fragen zu regeln sowie möglichst rasch einen Handelsvertrag abzuschließen. Ott schloß mit der Bemerkung, Japan strebe einen Nichtangriffspakt mit der UdSSR an.¹⁹ Am 27. November 1939 kam der deutsche Botschafter erneut auf diese Frage zurück und erklärte, daß die Japaner, und hierbei besonders die Militärs, den Wunsch hegten, mit der UdSSR in freundschaftliche Beziehungen zu treten. Er berichtete ausführlich über das Auftreten von Generaloberst Hisaichi Terauchi, der erst kürzlich aus Deutschland zurückgekehrt war, im japanischen Oberhaus (Terauchi erläuterte die Notwendigkeit, mit der UdSSR normale Beziehungen zu

¹⁶ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., a. a. O., S. 221.

¹⁷ ADAP, Serie D, Bd. VIII, Baden-Baden/Frankfurt/M. 1961, S. 23.

¹⁸ Vgl. ebenda.

¹⁹ Vgl. L. N. Kutakow, Istorija sowjetsko-japonskich diplomatitscheskich otnoscheni, a. a. O., S. 244.

entwickeln, am Beispiel Deutschlands). Er versicherte, daß die japanischen Militärkreise ihren Kurs gegenüber der UdSSR ändern würden. Ott nannte auch den Preis der „Friedfertigkeit“ Tokios – prinzipielle politische Zugeständnisse der [212:] UdSSR, die Anerkennung Mandschukuos und vor allem die Einstellung der sowjetischen Hilfe für die Nationalregierung Chinas. In diesen Fragen waren die Aktivitäten Japans mit Deutschland abgestimmt.

Am 4. Oktober 1939 traf der japanische Botschafter, Shigenori Tôgô, in Moskau mit dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zusammen. Tôgô erklärte, daß er – in Anbetracht der von der UdSSR bekundeten Bereitschaft, einen Handelsvertrag abzuschließen –, der Sowjetregierung diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten habe. Der Botschafter meinte, daß man sich über die prinzipiellen Probleme einigen sollte und die praktischen Fragen dann in Tokio mit dem Geschäftsträger der UdSSR erörtert werden könnten. Die japanischen Vorschläge sahen vor, das Meistbegünstigungsrecht auf die Verzollung sowohl der Export- als auch der Importgüter anzuwenden.

Dem japanischen Botschafter wurde mitgeteilt, daß sein Entwurf dem Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR zur Prüfung vorgelegt würde. Die Antwort werde der japanischen Vertretung in kurzer Zeit zugehen. In diesem Zusammenhang äußerte die sowjetische Seite den Wunsch, die Verhandlungen in Moskau durchzuführen. Tôgô bestand jedoch darauf, sie in Tokio zu führen. W. M. Molotow entgegnete hierauf dem Botschafter: „Wir werden diesen Vorschlag der japanischen Regierung erörtern, und sofern sich auch nur die kleinste Möglichkeit hierfür zeigt, werden wir in dieser Frage Entgegenkommen zeigen.“

Am 13. November 1939 übergab Tôgô im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR eine Deklaration, in der all jene Fragen angeführt wurden, die nach Auffassung der japanischen Seite geeignet sein konnten, erörtert zu werden.

Unter anderen waren Punkte enthalten wie der Abschluß einer Fischereikonvention und eines Handelsvertrages, die Bildung von Kommissionen zur Präzisierung der Grenzen und zur Beilegung von Konflikten usw. Der Deklaration waren außerdem Vertragsentwürfe über die Schaffung von Kommissionen zur Beilegung und Verhütung von Konflikten zwischen der UdSSR und Mandschukuo und zwischen der Mongolischen VR und Mandschukuo beigelegt.

Zwei Tage später übergab der japanische Außenminister, Admiral Kichisaburo Nomura, dem sowjetischen Botschafter den Entwurf eines Abkommens über die Funktionen der Grenzkommissionen, die zu bilden im Abkommen über die Beseitigung des Konflikts im Raum von Chalchyn gol vereinbart worden war, sowie den Entwurf einer Fischereikonvention. Der Minister äußerte den Wunsch der japanischen Regierung, Verhandlungen über den Abschluß einer langfristigen (achtjährigen) Fischereikonvention aufzunehmen. Nomura versicherte außerdem, daß Tokio daran interessiert sei, „zur Regelung der Frage der Zahlungsmodalitäten für die Nutzung der Ostchinesischen Eisenbahn konstruktiv beizutragen“, und bat den sowjetischen Botschafter, Moskau den Wunsch der japanischen Regierung zu übermitteln, daß die Verhandlungen zum Abschluß des Handelsabkommens beschleunigt werden sollten.

Am 19. November 1939 wurde ein Abkommen über Zusammensetzung, [213:] Funktionen und Arbeitsort der Gemischten Kommission zur Präzisierung der Grenze zwischen der Mongolischen VR und Mandschukuo am Chalchyn gol geschlossen. Darin war festgelegt, daß die Gemischte Kommission ihre Arbeit in Tschita beginnen und später in Harbin fortsetzen sollte. Noch am gleichen Tage wurde dem japanischen Botschafter folgende Erklärung der Sowjetregierung hinsichtlich des Abschlusses eines Handelsvertrages überreicht:

„1. Die Regierung der UdSSR stimmt dem Abschluß eines Vertrages oder zeitweiligen Abkommens über Handel und Schiffahrt mit Japan zu.

2. Die Regierung der UdSSR stimmt mit der Regierung Japans in der Meinung überein, daß die Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und Japan auf dem Prinzip der Meistbegünstigung basieren müssen und in allernächster Zeit entsprechend den Grundsätzen des Verrechnungsverkehrs geregelt werden könnten.

3. In einem Vertrag oder zeitweiligen Abkommen über Handel und Schifffahrt zwischen der UdSSR und Japan müßte neben anderen Bedingungen folgendes enthalten sein:

- a) die Meistbegünstigung in bezug auf die Verzollung und entsprechende andere Abgaben sowohl für den Warenimport als auch den Warenexport;
- b) den als allgemeine Regel zu verstehenden Verzicht auf Einschränkungen und Verbote, die gegenüber einem Drittland sowohl im Hinblick auf den Import als auch den Export nicht praktiziert werden und auch nicht praktiziert werden dürfen;
- c) die Garantie der Einräumung des Regimes der Meistbegünstigung für die Vertragschließenden Seiten auf dem Gebiet der Handelsschifffahrt.“

Dem japanischen Botschafter wurde mitgeteilt: „Die Regierung der UdSSR bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß der Abschluß eines Vertrages oder zeitweiligen Abkommens über Handel und Schifffahrt darauf basieren muß, daß die zwischen japanischen Firmen und sowjetischen Organisationen bestehenden Mißverständnisse in bezug auf die Realisierung sowjetischer Aufträge ausgeräumt werden. Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten teilt mit, daß die Sowjetregierung bereit ist, Handelsgespräche in Moskau unverzüglich aufzunehmen.“

Am 1. Dezember 1939 wurde Tôgô bei W. M. Molotow vorstellig und übergab ihm ein Memorandum der japanischen Regierung zur Fischereifrage. Bei dieser Gelegenheit erklärte er folgendes: „Die Frage der Fischerei wurde innerhalb und außerhalb Japans schon immer als ein Barometer für die zwischen Japan und der UdSSR bestehenden Beziehungen angesehen. Da es das Anliegen Japans ist, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern, möchte es auch verständlicherweise in den Fragen der Fischerei so schnell wie nur möglich eine Regelung herbeiführen.“ Anschließend trug Tôgô das Memorandum vor: „Der Entwurf der Fischereikonvention, der am 9. November 1936 endgültig abgestimmt worden war, sieht vor, daß die im Jahre 1928 zwischen Japan und der Union der SSR abgeschlossene Fischereikonvention sowie alle zu ihr gehörenden Dokumente weiterhin für die Dauer von 8 Jahren, vom 1. Januar 1937 an gerechnet, Gültig-[214:]keit behalten. Dieser Entwurf bekräftigt vor allem die Stabilität des größten Teils der Fischfanggründe, die von japanischen Staatsbürgern gepachtet wurden, und räumt andererseits der sowjetischen staatlichen Industrie Gründe mit Fangernträgen bis zu 5 Millionen Pud ein ... Der vorliegende Konventionsentwurf wurde auf der Grundlage des erwähnten Konventionsentwurfs aus dem Jahre 1936 erarbeitet; da aber seit dem Zeitpunkt der endgültigen Abstimmung des letzteren 3 Jahre verstrichen sind, wurden an ihm Korrekturen vorgenommen, wobei die Lage, die sich in den Fanggründen in dieser Zeit ergab, Berücksichtigung gefunden hat.“

Das vorliegende Dokument basierte auf einem japanischen Entwurf aus dem Jahre 1936, der damals von der UdSSR abgelehnt worden war. Die Sowjetregierung hatte ihre Haltung dazu nicht geändert. Außerdem mußte berücksichtigt werden, daß der von Japan völlig abhängige Staat Mandschukuo seinen letzten Finanzbeitrag zur Ostchinesischen Eisenbahn nicht entrichtet hatte. Wie bereits 1938 erklärte die UdSSR, daß sie nicht eher bereit sein werde, eine Fischereikonvention abzuschließen, bis die japanische Regierung ihren Garantieverpflichtungen hinsichtlich der Beitragszahlung für die Ostchinesische Eisenbahn nachgekommen sei. Am 15. Dezember 1939 teilte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR dem japanischen Botschafter mit, daß es die Sowjetregierung als nicht möglich erachte, eine Fischereikonvention zu den von der japanischen Seite vorgeschlagenen Bedingungen abzuschließen. Dessen ungeachtet sei sie nach wie vor bereit, über den Abschluß einer Fischereikonvention zu akzeptablen Bedingungen und einen länger befristeten Zeitraum zu verhandeln. Dazu sei es jedoch zumindest erforderlich, daß die japanische Regierung zunächst einmal ihren Garantieverpflichtungen hinsichtlich der Ostchinesischen Eisenbahn nachkomme.

Die folgenden Ereignisse zeigten, daß die prinzipielle Haltung der sowjetischen Diplomatie sowie das Erfordernis, die Interessen der japanischen Geschäftskreise zu berücksichtigen und den Fischfang in sowjetischen Gewässern vertraglich zu regeln, Tokio zum Einlenken veranlaßten. Obwohl die japanische Regierung versicherte, den noch ausstehenden finanziellen Beitrag zur Ostchinesischen Eisenbahn zu entrichten, ließ sie sich damit Zeit.

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR bedauerte, daß auf Grund der japanischen Haltung die Verhandlungen zum Abschluß einer langfristigen Fischereikonvention verschoben werden mußten.

Am 27. Dezember 1939 wurde Tôgô der sowjetische Protokollentwurf hinsichtlich einer Fischereikonvention überreicht. In Artikel 1 hieß es: „Die Fischereikonvention zwischen Japan und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wie auch alle zu ihr gehörenden Dokumente, die am 23. Januar 1928 unterzeichnet wurden, bleiben bis zum 31. Januar 1940 in Kraft.“ Für die Zukunft schlug die sowjetische Seite vor, dieses Protokoll durch eine neue Konvention zu ersetzen.

Tokio akzeptierte den sowjetischen Protokollentwurf, wünschte jedoch eine Korrektur des Beitrages für die Ostchinesische Eisenbahn. „Die Regierung von [215:] Mandschukuo ist bereit“, erklärte der japanische Botschafter, „den Finanzbeitrag zur Ostchinesischen Eisenbahn zu leisten, allerdings erst am Tage nach Unterzeichnung des Abkommens, wenn die genaue Summe, die sie der Sowjetregierung zu zahlen hat, festliegt. Hinsichtlich der Zahlungsmodalitäten hat sie allerdings den Wunsch, daß nach erfolgter Zahlung die UdSSR für die entrichtete Summe Waren japanischer bzw. mandschurischer Herkunft kauft.“ Den Protokollentwurf für das zeitweilige Fischereiabkommen erachtete Tôgô als von Tokio akzeptiert und bat um jene Punkte, die für den Notenwechsel noch verblieben waren.

Noch am gleichen Tag erhielt die japanische Seite folgende Antwort:

„1. Die Sowjetregierung ist bereit, Waren japanisch-mandschurischer Herkunft in dem Umfang zu beziehen, der zwei Drittel der Summe des fälligen Finanzbeitrags für die Ostchinesische Eisenbahn entspricht.

2. Um die Unterzeichnung des Protokolls über die Verlängerung des Fischereiabkommens bis zum Jahre 1940 nicht hinauszuzögern, erheben wir gegen die Annahme von Art. 2 dieses Protokolls in unveränderter Form keine Einwände.“

Der japanische Botschafter schlug vor, schriftlich zu fixieren, daß nicht weniger als zwei Drittel der Summe für den Bezug japanisch-mandschurischer Waren verwendet werden. Diese Formulierung werde, erklärte er, es ihm erleichtern, die Entrichtung der Zinsen für die Gesamtsumme des ausstehenden Beitrags zu erwirken. Die UdSSR stimmte diesem Vorschlag zu.

Damit lagen beide Abkommen – über die Nutzung der Ostchinesischen Eisenbahn und über die Verlängerung der Fischereikonvention – zur Unterzeichnung vor. Beide Seiten einigten sich, das zeitweilige Fischereiabkommen zu paraphieren und diese Dokumente gleichzeitig zu veröffentlichen. Tôgô äußerte, daß er über den glücklichen Abschluß der Fischereifrage erfreut sei und er es in Übereinstimmung mit Punkt 2 des Abkommens als zweckmäßig erachte, wenn beide Seiten nunmehr in Verhandlungen zum Abschluß einer langfristigen Fischereikonvention eintreten würden. Was Sachalin anbelange, bemerkte der japanische Botschafter, so sei die UdSSR der Auffassung, die japanischen Konzessionäre hätten die übernommenen Verpflichtungen nicht eingehalten. Ohne Zweifel müßten die Japaner dort äußerst vorsichtig agieren. Es erhebe sich deshalb die Frage, ob nicht irgendein praktisches Verfahren gefunden werden könne, um diese Frage zu regeln. Der sowjetische Vertreter antwortete, daß die Frage der Erdöl- und KohleKonzessionen durchaus geregelt werden könnte, allerdings seien Bemühungen beider Seiten erforderlich. Das Problem der Kommissionen für die maritime Grenzfestlegung müsse mit der gebotenen Sorgfalt behandelt, und es müßten ausreichende Bedingungen dafür geschaffen werden, damit künftig keine Zwischenfälle mehr auftreten.

Beide Abkommen – über die Ostchinesische Eisenbahn sowie über die Verlängerung der Fischereikonvention – wurden am 31. Dezember 1939 unterzeichnet.²⁰

[216:] Da die Frage der ausstehenden Beitragszahlung zur Ostchinesischen Eisenbahn erfolgreich gelöst werden konnte, ergaben sich nunmehr auch günstige Voraussetzungen, eine neue langfristige Fischereikonvention abzuschließen. Der zügige Fortgang der Verhandlungen wurde jedoch auf Grund

²⁰ Vgl. Wneschnjaja politika SSSR ..., a. a. O., S. 477.

der von Japan verschleppten Präzisierung des mongolisch-mandschurischen Grenzverlaufs im Gebiet des Chalchyn gol behindert.

Die Politik der Sowjetunion, die gegen eine weitere Verzögerung der sowjetisch-japanischen Verhandlungen und auf die Schaffung einer neuen politischen Grundlage der sowjetisch-japanischen Beziehungen gerichtet war, löste bei maßgeblichen Vertretern der Wirtschaft Japans, die am Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der UdSSR interessiert waren, ein positives Echo aus. Die konsequente Position der UdSSR bezüglich der Verhandlungen über die Verlängerung des Fischereiabkommens und die Nutzung der Ostchinesischen Eisenbahn hinterließ einen entsprechenden Eindruck. Die Niederlage der japanischen Streitkräfte am Chalchyn gol sowie die Erfolge, die die UdSSR bei ihren außenpolitischen Aktivitäten in Europa erzielte, dämmten den antisowjetischen Kurs der politischen und militärischen Führung Japans in bestimmtem Maße ein.

Angesichts dieser Verhältnisse setzte sich bei nicht wenigen japanischen Politikern die Erkenntnis durch, daß militärische Drohungen und politischer Druck auf die UdSSR nicht die erhofften Ergebnisse erbringen würden. In den japanischen Geschäftskreisen nahm das Interesse, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR weiter auszubauen, spürbar zu.

Ungeachtet verbaler Absichtserklärungen, die japanisch-sowjetischen Beziehungen verbessern zu wollen, ließ sich Tokio jedoch Zeit, sich mit den noch ungelösten Problemen zu befassen bzw. die bereits erzielten Übereinkommen in vollem Umfang zu erfüllen. Am 28. Februar 1940 suchte der sowjetische Botschafter K. A. Smetanin in Tokio den neu ernannten japanischen Außenminister Hachiro Arita²¹ auf und erklärte, daß die japanische Regierung gegen das Abkommen vom 31. Dezember 1939 verstoßen habe. Er führte folgende Fakten an:

1. Das Departement für kommerzielle Fragen verzögere die Lizenzerteilung an die Firmen zur Realisierung der Aufträge der sowjetischen Handelsvertretung, die aus den Finanzbeiträgen für die Nutzung der Ostchinesischen Eisenbahn bestritten werden sollen.
2. Entgegen den getroffenen Vereinbarungen verweigere die „Chosen Bank“ („Korea-Bank“) den Transfer eines Drittels der Finanzbeiträge auf das Konto der Staatsbank der UdSSR.
- [217:] 3. Die von der Firma „Matsuo Dockyard“ übernommenen Verpflichtungen würden nicht erfüllt.

Die Sowjetregierung beschränkte sich nicht nur auf diplomatische Schritte, sondern begründete ihren Standpunkt auch auf den Tagungen des Obersten Sowjets, des höchsten Machtorgans der UdSSR. „In unseren Beziehungen mit Japan haben wir einige Fragen lösen können, wenn auch nicht ohne gewisse Schwierigkeiten“, erklärte W. M. Molotow auf der VI. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR am 29. März 1940. „Dies beweist das am 31. Dezember vergangenen Jahres abgeschlossene sowjetisch-japanische Abkommen zur Fischereifrage für das laufende Jahr sowie das Einverständnis Japans zur Entrichtung des letzten fälligen, von ihm jedoch lange Zeit zurückgehaltenen finanziellen Beitrags für die Nutzung der Ostchinesischen Eisenbahn. Dessen ungeachtet kann nicht gesagt werden, daß wir mit unseren Beziehungen zu Japan sonderlich zufrieden sind. So ist bis heute ungeachtet der langen Verhandlungen zwischen den sowjetisch-mongolischen und den japanisch-mandschurischen Delegierten bisher keine Lösung in der wichtigen Frage der Grenzziehung auf einem Teil des Territoriums jenes Gebiets erzielt worden, das im vergangenen Jahr zum Schauplatz eines militärischen Konflikts wurde. Der üblichen Verwendung der von Japan für die Nutzung der Ostchinesischen Eisenbahn entrichteten fälligen Beitragssumme werden von den japanischen Behörden weiterhin Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Als in keiner Weise normal muß in vielen Fällen das Verhalten der japanischen Behörden gegenüber den Mitarbeitern der sowjetischen Organe in Japan und in der Mandschurei bezeichnet werden. In Japan sollte man endlich begreifen, daß die Sowjetunion eine

²¹ Das Kabinett General Nogyukai Abe mit Admiral Kichisaburo Nomura als Außenminister (ab 23.9.1939) residierte weniger als 5 Monate (5.9.1939-14.1.1940). Neuer Ministerpräsident wurde Admiral Mitsumasa Yonai, neuer Außenminister Hachiro Arita, der diese Funktion bereits in den Regierungen unter Leitung von Koki Hirota (März 1936-Januar 1937), Fürst Fuminaro Konoye (Juni 1937-Januar 1939), Kiichiro, Baron von Hiranuma (Januar-August 1939) über bestimmte Zeiträume innehatte – d. Red.

Beeinträchtigung ihrer Interessen keinesfalls zulassen wird. Nur wenn dies verstanden wird, kann es eine befriedigende Entwicklung der sowjetisch-japanischen Beziehungen geben.“²²

Die konsequente Haltung der UdSSR veranlaßte Tokio, seine Position, die es während der sowjetisch-japanischen Verhandlungen zur Präzisierung des Grenzverlaufs zwischen der Mongolischen VR und Mandschukuo im Gebiet des Chalhyn gol eingenommen hatte, zu überprüfen. Diese Verhandlungen endeten am 9. Juni 1940 mit einem Abkommen.²³ Mitte 1940 wurden auch die Verhandlungen zum Abschluß einer neuen Fischereikonvention wiederaufgenommen. Jedoch vertrat Japan nach wie vor die Auffassung, daß die Konvention aus dem Jahre 1928, die für zehn Jahre abgeschlossen worden war, unverändert verlängert werden sollte. Die Sowjetregierung erklärte am 20. Juni 1940, daß es erforderlich sei, diese Konvention zu präzisieren, um die inzwischen eingetretenen Veränderungen zu berücksichtigen. Die UdSSR ging davon aus, daß die neue Konvention die Verpachtung sowjetischer Fischfanggründe an japanische Staatsbürger nach dem Ausschreibungsprinzip regeln müsse. Die Zuerkennung bestimmter Fischfanggründe an japanische Staatsbürger ohne vorherige Ausschreibung erachtete die [218:] UdSSR als nicht akzeptabel. Da Japan an seinen Vorschlägen festhielt, endeten die Verhandlungen ohne greifbares Ergebnis.

Die politischen Grundlagen der sowjetisch-japanischen Beziehungen

Anfang Juli 1940 schlug der Botschafter Japans in Moskau vor, Verhandlungen über einen sowjetisch-japanischen Neutralitätsvertrag aufzunehmen. Grundlage eines solchen Vertrages müsse nach Meinung Japans die Pekinger Konvention aus dem Jahre 1925 sein. Diese basierte auf dem Friedensvertrag von Portsmouth (1905)²⁴, der nach dem Überfall Japans auf das zaristische Rußland abgeschlossen worden war und verschiedene Bestimmungen enthielt, die Japan einseitige Vorteile zusicherten. Die Pekinger Konvention ließ vor allem die Territorialartikel des Vertrages von Portsmouth unberührt, durch die Südsachalin, seit altersher, russisches Territorium im Fernen Osten, an Japan ausgeliefert wurde. Als die Sowjetregierung im Jahre 1925 diese Konvention unterzeichnete, erklärte sie nachdrücklich, daß sie die politische Verantwortung der ehemaligen zaristischen Regierung für den Abschluß des Vertrages von Portsmouth nicht übernehme. Es bestanden daher keine Zweifel, daß Tokio danach streben würde, bei der Definition auch der neuen politischen Grundlage der japanisch-sowjetischen Beziehungen einseitige Vorteile zu erlangen, das heißt die diskriminierenden Bestimmungen der Pekinger Konvention aufzugreifen.

Ungeachtet dessen erklärte sich die Sowjetregierung bereit, über einen Neutralitätsvertrag zu verhandeln, da sie der Auffassung war, daß allein schon Verhandlungen über diese Frage für die Festigung des Friedens an den fernöstlichen Grenzen der UdSSR bedeutungsvoll wären. Gleichzeitig schlug sie vor, vertraglich zu vereinbaren, die Konzessionen in Nordsachahn aufzuheben. Tôgô empfahl seiner Regierung, die sowjetischen Vorschläge anzunehmen. Die für Sommer 1940 anberaumten Verhandlungen konnten durch Verschulden Japans nicht aufgenommen werden – Tokio entschied sich dafür, die militärische und politische Entwicklung in Westeuropa abzuwarten.

Nach den militärischen Erfolgen Deutschlands im Sommer 1940 spielte die Erhöhung der Sicherheit im Fernen Osten eine noch größere Rolle für die UdSSR. Im Bericht, den die Sowjetregierung auf der VII. Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR Anfang August 1940 erstattete, wurde die Situation in dieser Region ausführlich analysiert. „Wir können feststellen“, sagte W. M. Molotow, „daß insgesamt gesehen gewisse Anzeichen für den Wunsch der japanischen Seite sprechen, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern ... Doch in mancherlei Hinsicht sind die tatsächlichen politischen Bestrebungen dieser Kreise noch unklar, was auch für die sowjetisch-japanischen Beziehungen gilt.“ Im Bericht wurde festgestellt, daß die internationale Lage, darunter auch im Fernen Osten, [219:] weiterhin explosiv sei. Was Japan direkt betreffe, sei sein „imperialistischer Appetit im Wachsen begriffen“²⁵.

²² Schestaja sessija Werchownoho Sowjeta SSSR. 29 marta-4 aprilja 1940g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1940, S. 40 f.

²³ Vgl. Iswestija vom 10.6.1940.

²⁴ Vgl. Handbuch der Verträge 1871-1964, Berlin 1968, S. 97 ff.

²⁵ Sedmaja sessija Werchownoho Sowjeta SSSR. 1 awgusta-7 awgusta 1940g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1940, S. 30 f.

Die neue militärisch-politische Kräftekonstellation in Europa bot für die gesteigerte politische Aktivität Tokios günstige Voraussetzungen. Auch die Hoffnungen der herrschenden Kreise der USA verstärkten sich, die japanischen Expansionsbestrebungen nach Norden zu stimulieren. „Ein bewaffneter Konflikt zwischen Japan und der UdSSR ist in mehr oder minder ferner Zukunft unausbleiblich“²⁶, schätzte der Botschafter der USA in Tokio, Joseph C. Grew, in einem Bericht an das State Department vom 8. Oktober 1940 ein. In Tokio setzte sich allmählich die Erkenntnis durch, daß eine japanische Aggression im Norden nicht komplikationslos verlaufen würde. Ende Juli 1940 beschloß die japanische Regierung einen „Umriß der grundlegenden nationalen Politik“, der den Veränderungen in der internationalen Lage angepaßt war. Dieses Programm definierte das Ziel Japans, im südlichen Pazifik die Hegemonie zu erlangen und auf dieser Grundlage die „Großostasiatische Zone gegenseitiger Prosperität“ zu errichten. Weiterhin sollten die Beziehungen zu Deutschland und Italien ausgebaut und mit ihnen ein Militärbündnis geschlossen sowie die japanisch-sowjetischen Beziehungen geregelt werden.²⁷

Der bei einem erneuten Regierungswechsel ernannte japanische Außenminister, Yôsuke Matsuoka²⁸, erläuterte die Ursachen der plötzlichen „Friedensliebe“ Tokios gegenüber der UdSSR. Auf einer Beratung des Untersuchungsausschusses des Geheimen Staatsrates vom 26. September 1940 erklärte er, daß Deutschland im Falle einer Kollision mit der Sowjetunion Japan helfen werde.²⁹ Aus taktischen Erwägungen werde es jedoch für einen gewissen Zeitraum „auch künftig zweckmäßig sein, die russisch-japanischen Beziehungen zu verbessern“. Matsuoka betonte: „Wir führen keine Vorentscheidung hinsichtlich eines Krieges gegen die Sowjetunion herbei. Selbst wenn wir eine Verbesserung der russisch-japanischen Beziehungen beobachten, so wird diese wohl kaum länger als drei Jahre währen.“³⁰

Der Eifer Japans, die Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien zu verstärken, mußte die sowjetische Diplomatie zwangsläufig zu höchster Wachsamkeit veranlassen. Die deutsche Diplomatie war bestrebt, die faschistische „Achse“ weiter zu konsolidieren. Berlin wies seinen Botschafter in Tokio an, der japanischen Regierung verständlich zu machen, daß Japan an einer umfassenden Stärkung Deutschlands interessiert sein müsse. In einem Telegramm vom 9. September 1940 informierte Botschafter Ott Reichsaußenminister Joachim v. Ribbentrop über die japanischen Einschätzungen der internationalen Situation und die in Tokio dominierenden Perspektiven der japanischen Außenpolitik. Die regierenden Kreise Japans hätten sich davon überzeugt, kablete er, daß Deutschland mit dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit der UdSSR seinen antisowjetischen Grundpositionen nicht untreu geworden sei und nach wie vor zum „Antikominternpakt“ und zur Dreimächteallianz stehe.³¹ Dies konnte nichts anderes bedeuten, als daß Hitlerdeutschland mit Beginn der praktischen Vorbereitung des Überfalls auf die UdSSR erneut seine Taktik änderte und die japanische Regierung zu überzeugen suchte, bei der unmittelbaren Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion zu assistieren. Noch vor Abschluß des Dreimächtepaktes billigten deutsche und japanische Vertreter am 16. Juli 1940 den Entwurf eines „Planes für die Verstärkung der Eintracht zwischen Japan, Deutschland und Italien“, in dem die wichtigsten Verpflichtungen der Seiten niedergelegt wurden.³² Dem dann am 27. September 1940 unterzeichneten Dreimächtepakt zufolge beanspruchte Japan „besondere Rechte“ als asiatische Macht, die von der europäischen und afrikanischen Front weit entfernt, aber dazu berufen sei, bei der Schaffung einer „neuen Ordnung“ im großasiatischen Raum die dominierende Rolle zu spielen. Die europäischen Verbündeten mußten dies verstehen und umfassende Hilfe erweisen. Diese Position des japanischen Kabinetts wies eindeutig darauf hin, daß die expansionistischen Bestrebungen innerhalb der herrschenden Kreise des Landes weiter zunahmen. Der

²⁶ The U.S. National Archives, 861 20/541, S. 10 f.

²⁷ Vgl. *Istorija woyny na Tichom okeane*, Bd. 3, Moskau 1958, S. 67.

²⁸ Am 17. 7. 1940 bildete wiederum Fürst Fumimaro Konoye ein japanisches Kabinett, das die Nachfolge des am 16. Juli zurückgetretenen Kabinetts Yonai antrat und bis Oktober 1941 im Amt blieb. Neuer Außenminister wurde Yôsuke Matsuoka, 1935-1939 Präsident der Südmandschurischen Eisenbahn.

²⁹ Vgl. M. J. Raginski/S. J. Rosenblit, *Meshdunarodny prozess ...*, a. a. O., S. 242.

³⁰ Zit. nach: L. N. Kutakow, *Istorija sowjetsko-japonskich diplomatitscheskich otnoscheni ...*, a. a. O., S. 274.

³¹ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. XI.1, Bonn 1969, S. 49 f.

³² Dokument vollständig abgedruckt in: Th. Sommer, *Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935-1940. Vom Antikominternpakt zum Dreimächtepakt*, Tübingen 1962, S. 354 ff.

Botschafter Japans in der UdSSR, Tôgô, schrieb in seinen Memoiren, daß er, nachdem er seine Tätigkeit in Moskau beendet hatte, vom Einfluß jener Kreise im Lande überrascht gewesen sei, die ihre Hoffnungen einseitig auf den Dreimächtepakt setzten.³³ Offiziell deklarierte Japan den Dreimächtepakt als Instrument, das dazu beitragen könne, die sowjetisch-japanischen Beziehungen zu regeln. Man bezog sich dabei auf Artikel des Paktes, der darauf hinwies, daß die Abmachungen „in keiner Weise den politischen Status berühren, der gegenwärtig zwischen jedem der drei vertragschließenden Teile und Sowjet-Rußland besteht“³⁴. In Wirklichkeit sah Tokio in diesem Pakt ein geeignetes Mittel, um auf die UdSSR Druck ausüben zu können. Außenminister Matsuoka erklärte am 26. September 1940 im Untersuchungsausschuß des Geheimen Staatsrates: „Japan wird im Falle eines sowjetisch-deutschen Krieges Deutschland Beistand leisten.“³⁵

[221:] Diejenigen Vertreter der japanischen Wirtschaft, die am Fischfang im Nordwestpazifik und an den Kohle- und Erdölkonzessionen auf Nordsachalin interessiert waren, beabsichtigten, die Bereitschaft der UdSSR, die sowjetisch-japanischen Beziehungen zu verbessern, dazu auszunutzen, die Sowjetregierung zu Zugeständnissen auf wirtschaftlichem Gebiet und zum Verkauf Nordsachalins zu bewegen. Auf jeden Fall wollte man sich jedoch erweiterte Konzessionsrechte in Nordsachalin sichern. Und ebendiese Kräfte erwirkten, daß Generalleutnant Yoshitsugu Tatekawa zum neuen Botschafter Japans in der UdSSR ernannt wurde. Im Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter bemerkte Außenminister Matsuoka am 1. Oktober 1940: „Tatekawa gehört zu meinen besten Bekannten. Wir sprechen eine gemeinsame Sprache.“ Er wies darauf hin, daß Tatekawa eine Annäherung an die UdSSR befürworte, und versicherte: „Ich wünschte, daß mit der Tätigkeit dieses Botschafters eine neue Seite in den Beziehungen zwischen unseren Staaten aufgeschlagen wird.“³⁶

Am 30. Oktober 1940 unterbreitete die japanische Regierung der UdSSR den Vorschlag, statt des früher unterbreiteten Neutralitätsvertrages einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Damit verbunden war die Absicht Tokios, alle zwischen der UdSSR und Japan bestehenden strittigen Fragen nach der Unterzeichnung des Paktes zu erörtern. Die Sowjetregierung wies dieses „Angebot“ als unannehmbar zurück.

3. Der Neutralitätspakt zwischen der UdSSR und Japan

Der Berlin-Besuch W. M. Molotows im November 1940 hatte die tiefen Widersprüche zwischen der UdSSR und dem faschistischen Deutschland verdeutlicht. Die Sowjetunion stand daher vor der dringenden Aufgabe, zu verhindern, daß sie international isoliert wurde; sie mußte koordinierten Aktionen Deutschlands und Japans gegen sie soweit wie möglich vorbeugen.

Am 18. November 1940 legte die Sowjetregierung Japan den Entwurf eines Neutralitätsvertrages vor. In Moskau war man der Ansicht, daß ein solcher Vertrag nur dann abgeschlossen werden könne, wenn gleichzeitig die zwischen der UdSSR und Japan noch ungelösten Fragen verhandelt würden. Die UdSSR schlug vor, parallel zu dem Neutralitätsvertrag ein Abkommen über die Aufhebung der japanischen Kohle- und Erdölkonzessionen in Nordsachalin zu unterzeichnen. Die Sowjetregierung versicherte, daß die Lieferung von Sachalin-Erdöl an Japan für fünf Jahre in einer Menge von 100.000 t jährlich zu den üblichen Geschäftsbedingungen garantiert werde.³⁷

[222:] Tokio ging auf dieses Angebot nicht ein, sondern schlug vor, Nordsachalin an Japan zu verkaufen, um die zwischen Japan und der UdSSR bestehenden strittigen Fragen „endgültig“ beizulegen. Die japanische Diplomatie versuchte nachträglich das zu erreichen, was ihr 1905 im Friedensvertrag von Portsmouth nach der Niederlage des zaristischen Rußland nicht gelungen war. Die Sowjetregierung lehnte dieses Ansinnen kategorisch ab. Auf Grund der entschlossenen Haltung der UdSSR wich die japanische Regierung zurück. Sie verzichtete nunmehr auch auf die Forderung, eine neue Fischereikonvention auf der Grundlage der Konvention von 1928 abzuschließen. Darüber hinaus erklärte sie

³³ Vgl. Sh. Tôgô, *The Cause of Japan*. Translated and Edited by Tôgô Fumihiko and Ben Bruce Blakeney, New York 1956, S. 46 ff.

³⁴ Handbuch der Verträge 1871-1964, a. a. O., S. 317.

³⁵ Zit. nach: L. N. Kutakow, *Istoriija sowjetsko-japonskich diplomatitscheskich otnoscheni ...*, a. a. O., S. 273.

³⁶ A. a. O., S. 264 f.

³⁷ Vgl. *Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917 bis 1945*, Berlin 1980, S. 511.

sich bereit, für 1941 ein zeitweiliges Abkommen analog dem 1940 vereinbarten zu unterzeichnen. Am 20. Januar 1941 wurde ein sowjetisch-japanisches Abkommen über die Verlängerung der bestehenden Fischereikonvention bis Ende des laufenden Jahres sowie über die Bildung einer Gemischten sowjetisch-japanischen Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Fischereikonvention abgeschlossen.

Die positiven Ergebnisse der Wirtschaftsverhandlungen zwischen der UdSSR und Japan verbesserten die Aussichten, den Meinungs austausch über den Abschluß eines sowjetisch-japanischen Neutralitätsvertrages wiederaufzunehmen. Am 3. Februar 1941 bestätigte das japanische Kabinett unter dem Titel „Prinzipien der Verhandlungsführung mit Deutschland, Italien und der Sowjetunion“³⁸ ein Programm geplanter außenpolitischer Aktivitäten Tokios. Am 11. Februar 1941 teilte Matsuoka dem sowjetischen Botschafter in Japan mit, daß er auf Einladung der deutschen Regierung nach Berlin reisen werde und bei dieser Gelegenheit auch Moskau besuchen würde. Die Sowjetregierung erklärte sich bereit, den japanischen Außenminister zu empfangen.

Am 26. März fuhr Matsuoka zu Gesprächen mit Hitler und Ribbentrop nach Berlin. Einer der Verhandlungsschwerpunkte war die Frage der sowjetisch-deutschen Beziehungen und welche Haltung Japan bei einem möglichen Krieg Deutschlands gegen die UdSSR einnehmen würde. Ribbentrop erklärte dem japanischen Außenminister: „Wenn die Sowjetunion eines Tages eine Haltung annehmen sollte, die Deutschland als Drohung ansieht, dann wird der Führer Rußland zerschlagen.“ Hitlers Chefdolmetscher Paul Schmidt schrieb hierzu in seinen Erinnerungen: „Bei diesen Worten blinzelte selbst der undurchdringliche Matsuoka mit den Augen, so überrascht war er von der Zukunft, die sich vor ihm auftat.“ Bei der Verabschiedung Matsuokas sagte Hitler: „Wenn Sie nach Japan zurückkehren, so können Sie Ihrem Kaiser nicht berichten, daß ein Konflikt zwischen Deutschland und der Sowjetunion ausgeschlossen ist.“³⁹ Matsuoka versicherte, daß Japan immer ein loyaler Verbündeter Deutschlands sein werde.

In Tokio hatte man begriffen, daß mit einem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR der zweite Weltkrieg in eine neue Etappe eintreten würde. Ein Teil der herrschenden Kreise Japans, der von vornherein mit dem Sieg des „Dritten Reiches“ rechnete, befürchtete, sich bei der Aufteilung des Territoriums der [223:] Sowjetunion zu verspäten. Doch schien ihm im Vergleich zur Expansion im Süden, die Beteiligung am Krieg gegen die UdSSR zu riskant und weniger lohnend zu sein. Außerdem schloß man in Tokio nicht aus, daß ein sowjetisch-deutscher Krieg eine antideutsche Annäherung zwischen der UdSSR, Großbritannien und den USA bewirken könnte. In diesem Falle wäre Japan, das nur wenig später gegen Großbritannien und die USA den Krieg um die „südlichen Territorien“ begann, mit der UdSSR, die auf Grund partieller gemeinsamer Interessen mit den Westmächten verbunden war, kollidiert. Diese Konstellation berücksichtigte auch die Sowjetregierung, als sie die unbegründeten Ansprüche Japans auf Nordsachalin zurückwies. Und diese Einschätzung erwies sich als gerechtfertigt: Tokio nahm von seiner diskriminierenden Variante des Neutralitätspaktes mit der UdSSR Abstand. Die Verhandlungen konnten wiederaufgenommen werden.

Am 7. April 1941 traf Außenminister Yösuke Matsuoka in Moskau ein. Er kam nochmals auf den von der UdSSR bereits abgelehnten japanischen Vorschlag zurück, Nordsachalin an Japan zu verkaufen. Als Gegenleistung sei Japan bereit, betonte er, den Vertrag von Portsmouth und die Pekinger Konvention durch andere Abkommen zu ersetzen sowie auf einige „Fischereirechte“ zu verzichten. Die sowjetische Seite wies den Vorschlag Matsuokas entschieden zurück. Bis zu seiner Abreise aus Moskau stimmte der japanische Außenminister dem sowjetischen Vorschlag, die japanischen Konzessionen in Nordsachalin aufzuheben, nicht zu.

Im Gespräch mit J. W. Stalin war Matsuoka, wie er selbst sagte, bemüht, die Bedeutung des „Hakkô Ichiu“⁴⁰, das heißt die Idee eines Großasiens unter der Führung Japans, ausführlich zu erläutern.

³⁸ Vgl. Istorija woyny na Tichom okeane, a. a. O., S. 211 f.

³⁹ P. Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923-45, Bonn 1949, S. 530, 536.

⁴⁰ Hakkô Ichiu – ein Begriff, der der japanischen Geschichte entlehnt, dem am 26. Juli 1940 vom Kabinett Konoye verabschiedeten „Umriß der grundlegenden nationalen Politik“ zugrunde gelegt wurde und als Grundidee die Südorientierung der japanischen Expansion fixierte (im Gegensatz zur Nordorientierung in Richtung Territorien der

Stalin beachtete derartige Überlegungen seines Gastes nicht, da sie von den eigentlichen Fragen weg-
führen sollten. Danach warf der japanische Außenminister das Sachalinproblem auf. Ihm wurde un-
mißverständlich zu verstehen gegeben, daß die Sowjetregierung über dieses Thema nicht zu disku-
tieren bereit sei. Auch der provokatorische Vorschlag Matsuokas, den er der „Argumentation“ der
deutschen Führung während der Berli-[224:]ner Verhandlungen im November 1940 entlehnt hatte,
die Sowjetunion „möge sich in Richtung Indiens und Irans bewegen“, verfehlte seine Wirkung.
Matsuoka mußte einlenken.

Am 13. April 1941 wurde in Moskau ein Neutralitätsvertrag zwischen der UdSSR und Japan mit einer
Laufzeit von fünf Jahren signiert. Die Seiten vereinbarten, „friedliche und freundschaftliche Bezie-
hungen untereinander zu unterhalten und gegenseitig die territoriale Integrität und Unantastbarkeit ...
zu achten“. Im unterzeichneten Dokument wurde in Artikel 2 festgestellt, daß, falls eine der Seiten
„zum Objekt kriegerischer Handlungen seitens einer oder mehrerer dritter Mächte wird, wird der
andere Vertragsschließende Teil während der ganzen Dauer des Konflikts Neutralität beobachten. In
der dem Vertrag beigefügten Deklaration verpflichtete sich die UdSSR, die territoriale Integrität und
Unantastbarkeit von Mandschukuo“ und Japan „die territoriale Integrität und Unantastbarkeit der
Mongolischen Republik“ zu achten.⁴¹

Mit der Unterzeichnung des Neutralitätsvertrages erklärte sich Matsuoka schriftlich einverstanden, in
den nächsten Monaten die Frage der Aufhebung der japanischen Konzessionen in Nordsachalin zu
lösen. Diese Tatsache bestätigte Tokio am 31. Mai 1941 mittels einer weiteren Erklärung, die der
japanische Botschafter in Moskau, Tatekawa, überreichte. Japan verpflichtete sich, die genannte
Frage innerhalb von sechs Monaten nach der Unterzeichnung des Neutralitätsvertrages zu lösen.

Der Abschluß des Neutralitätsvertrages zwischen der UdSSR und Japan versetzte den Plänen Hitler-
deutschlands einen schweren Schlag. Der praktische Effekt des Vertrages mit Japan hatte in gewissem
Maße die gleiche Wirkung auf Deutschland wie eineinhalb Jahre zuvor der sowjetisch-deutsche
Nichtangriffspakt auf Japan – er erschütterte die Einheit der Aggressorstaaten gegenüber der UdSSR.

Auch Washington reagierte verwirrt. Um das Gesicht zu wahren, erklärte der Außenminister der
USA, Cordell Hull, vor Pressevertretern, daß der Abschluß des Vertrages „keine Überraschung dar-
stellte, wengleich Zweifel darüber bestanden, ob sich die beiden Regierungen untereinander einigen
oder sich über die Fixierung der bestehenden Lage in einem Dokument nicht verständigen könnten.
Die Politik unserer Regierung bleibt selbstverständlich unverändert.“ Ungeachtet der Versuche offi-
zieller Kreise in den USA, die Bedeutung des Vertrages herunterzuspielen, bemerkten verschiedene
Zeitungen, daß sein Abschluß „eine politische Niederlage der USA“ sei. Die amerikanische Presse
war sich vor allem darin einig, daß die UdSSR „sich im Fernen Osten Rückendeckung verschafft und
an den Westgrenzen Handlungsfreiheit erlangt hat“.

Der sowjetisch-japanische Neutralitätsvertrag bedeutete das endgültige Fiasko der Politik des „fern-
östlichen München“, die die unmittelbaren Interessen der UdSSR, Chinas und weiterer asiatischer
Länder ernsthaft bedroht hatte. Bereits [225:] im Februar/März 1941 hatten in Washington Verhand-
lungen zwischen dem damaligen japanischen Botschafter in den USA, Kaioku Nomura, und dem
Außenminister der USA stattgefunden. Im Mittelpunkt stand die Abgrenzung der Einflußsphären
zwischen den USA und Japan in China und im Bereich des Stillen Ozeans. Weiterhin wurden Fragen

Mongolischen VR und der Sowjetunion im Fernen Osten). Dieses Programm ging von der japanischen Konzeption
der vier Großräume auf der Erde – Ostasien/Südsee, Sowjetunion/Mittelasien, Europa/Afrika und Amerika – aus,
wobei die japanischen Militaristen den ersten Großraum für sich beanspruchten. Sie waren bestrebt, die Sowjet-
union zur Expansion in Richtung auf den Persischen Golf zu animieren, um in Ostasien „ungestört“ ihre aggressi-
ven Ziele verwirklichen zu können. Laut Beschluß des inneren Kabinetts vom 4. September 1940 wurde Japans
„Lebensraum zur Errichtung einer großostasiatischen Neuen Ordnung“ geographisch wie folgt umrissen: die
früheren deutschen Inseln unter Mandatsverwaltung, Französisch-Indochina und die pazifischen Inseln, Thailand,
Britisch-Malaya, Britisch-Borneo, Niederländisch-Ostindien, Burma, Australien, Neuseeland, Indien etc. mit Jap-
an, der Mandschurei und China als Rückgrat- d. Red. (Vgl. International Military Tribunal, Far East, Tokio,
Exhibit 541, Appendix III, Record S. 6314.)

⁴¹ H. A. Jacobsen, 1939-1945. Der zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1961, S. 231 f.

„der gemeinsamen Verteidigung gegen den Kommunismus“ erörtert. Die USA und Japan konnten sich hauptsächlich deshalb nicht einigen, weil sie sich gegenseitig „zu großen Appetit“ vorwarfen.

Realistisch denkende Diplomaten des Westens waren der Auffassung, daß der sowjetisch-japanische Neutralitätsvertrag dazu beitrug, die Lage im Fernen Osten zu stabilisieren. Der Botschafter der USA in Moskau, Laurence A. Steinhardt, äußerte am 5. Juni 1941 gegenüber dem Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR S. A. Losowski, er vertrete „nicht die Auffassung, der Vertrag zwischen der UdSSR und Japan sei gegen die USA gerichtet. Tatsächlich wäre dieser Vertrag ein weiterer Schritt zur Erhaltung des Friedens im Pazifik. Denjenigen, die behaupten, der sowjetisch-japanische Vertrag sei eine Gefahr für die USA, antworte er, daß die Sowjetunion einen gefährlichen Nachbarn im Westen hat und an der Sicherung des Friedens im Osten interessiert ist. Er würde genauso handeln.“⁴² Der britische Botschafter in Moskau, Sir Richard Stafford Cripps, betrachtete den sowjetisch-japanischen Neutralitätspakt „als antideutsch, weil der Schutz der russischen Ostgrenzen im Falle eines Überfalls durch Deutschland von Westen dessen einziges Ziel sein würde“⁴³.

Indessen war trotz der Unterzeichnung des Neutralitätsvertrages eine japanische Aggression nicht auszuschließen. Wie gegenüber Deutschland widmete die Sowjetregierung auch weiterhin der Situation im Fernen Osten größte Aufmerksamkeit. Diese erhöhte Wachsamkeit war geboten, da Tokio sich bis August 1941 unschlüssig darüber war, in welcher Richtung die japanische Aggression fortgesetzt werden sollte. Als sich abzeichnete, daß der „Barbarossa“-Plan eine Fehlspekulation war, entschied sich die japanische Führung dafür, sich ausschließlich auf eine Expansion in südlicher Richtung zu konzentrieren. Erst im September 1941 wurde begonnen, einige größere Luftwaffenverbände der Kwantung-Armee sowie Verbände der japanischen Kontinentalarmee aus Nordchina abzuziehen und nach Süden zu verlegen. Der außenpolitische Kurs, den die UdSSR von 1939 bis 1941 gegenüber Japan verfolgte, wirkte auf die reaktionärsten Kräfte in den herrschenden Kreisen des Landes, die für eine Expansion in nördlicher Richtung eintraten, ernüchternd. Tokio verstand jetzt besser, daß es im Norden sehr schwer werden würde, seine Pläne zu verwirklichen. Deshalb waren die japanischen herrschenden Kreise gezwungen, ihre „nördlichen“ Ambitionen neu zu überdenken und deren Realisierung zu verschieben, bis sich ein geeigneterer Zeitpunkt bieten würde. Die folgenden Ereignisse sollten zeigen, daß Japan während des gesamten zweiten Weltkrieges diesen Zeitpunkt herbeisehnte.

[226:] Die Tätigkeit der sowjetischen Diplomatie im Fernen Osten trug wesentlich dazu bei, die Sicherheit der UdSSR unter den Bedingungen der wachsenden Bedrohung durch Hitlerdeutschland zu erhöhen und den Frieden im Fernen Osten zu erhalten. Auch die von den Westmächten, vor allem von den USA, unternommenen Versuche, die UdSSR mit Japan in eine militärische Konfrontation zu verwickeln, blieben erfolglos. Japan verzichtete darauf, gemeinsam mit Deutschland die UdSSR zu überfallen.

4. Die Hilfe der UdSSR für das chinesische Volk

Ab September 1939, als in Europa der zweite Weltkrieg bereits begonnen hatte, bewegte sich auf der nordwestlichen Automagistrale Alma-Ata – Sinkiang (Xingjiang) – Lantschou (Lanzhou) ein ununterbrochener Güterstrom aus der UdSSR nach China. Diese Straße war mit Hilfe der UdSSR praktisch neu angelegt worden; die Arbeiten wurden erst im Sommer 1939 beendet. Über diese Trasse erfolgte die Versorgung der chinesischen Widerstandsbewegung gegen die japanischen Invasoren. Andere zuverlässige Versorgungswege existierten nicht. Die japanische Flotte blockierte die Küste des Landes; die britischen und französischen Behörden erschwerten die Beförderung sowjetischer Frachten zusätzlich.

Der prinzipielle Kurs der UdSSR – Hilfe für das chinesische Volk

In der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges setzte die UdSSR ihren konsequenten Kurs fort, dem chinesischen Volk im Kampf gegen die japanische Invasion umfangreiche militärische, finanzielle

⁴² Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 427.

⁴³ E. Estorick, Stafford Cripps: Master Statesman, New York 1949, S. 240.

und materielle Hilfe zu erweisen. Diese Tatsache war für die Entwicklung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen bestimmend.

„Von dem Zeitpunkt an, da Japan in China eindrang, ist der chinesischen Regierung Hilfe – und zwar sowohl moralische als auch materielle – hauptsächlich von der UdSSR zuteil geworden. Daneben hat China auch von anderen Ländern in gewissem Umfang Hilfe erhalten. Jetzt gibt es Gerüchte, daß Japan seine Beziehungen zu England, den USA und Frankreich verbessern will, was sich aber auf China negativ auswirken könnte, da dann diese Länder das Wenige an Material, das sie uns zukommen ließen, überhaupt nicht mehr liefern werden“, äußerte der chinesische Botschafter in Moskau, Jang Tse, am 10. September 1939 gegenüber W. M. Molotow. Der Volkskommissar entgegnete: „So wie wir China bisher geholfen haben, werden wir ihm auch in Zukunft helfen. Zu unserer eigenen Sicherheit ergreifen wir jetzt beträchtliche Maßnahmen, doch die Hilfe für China wird so wie bisher fortgesetzt.“ Und kein anderer als Mao Zedong war es, der da-[227:]mals feststellte: „Seit dem Beginn des Widerstandskrieges gegen Japan hat uns keine Regierung eines imperialistischen Landes unterstützt; nur die Sowjetunion hat uns mit Luftstreitkräften und Materiallieferungen Beistand geleistet.“⁴⁴

Die militärische und politische Situation in China war in jenen Jahren äußerst kompliziert. Die Guomindang-Regierung unter Tschiang Kai-shek ging davon aus, daß der Überfall Deutschlands und Japans auf die UdSSR unvermeidlich sei. Eine solche Entwicklung wäre, kalkulierte man in Tschungking (Chongqing), überaus günstig, denn dies würde Japan davon abhalten, den Krieg in China fortzusetzen, und es der Guomindang-Regierung ermöglichen, sich auf den Kampf gegen die chinesischen Kommunisten zu konzentrieren. Deshalb war die Regierung in Tschungking sowohl an der Hilfe der UdSSR als auch daran interessiert, daß sich die sowjetisch-japanischen Beziehungen verschlechterten. Der aktive, konsequente Widerstand gegen die japanischen Eroberer war kein Bestandteil der Pläne Tschiang Kai-sheks.

In Tokio wußte man die sowjetfeindliche Position der Goumindang-Regierung zu würdigen. Deshalb ist es auch kein Zufall, daß sogar ein mögliches Zusammengehen mit China auf antisowjetischer Grundlage nach wie vor Bestandteil der japanischen militärpolitischen Planung war. Akira Iriye, zeitweilig Professor für Geschichte an der Universität Rochester (New York, USA), schrieb in einer Übersicht über japanische Publikationen zu Problemen des zweiten Weltkrieges und besonders über die siebenbändige Kollektivarbeit „Auf dem Wege zum Pazifik-Krieg: die diplomatische Geschichte der Vorkriegszeit“, daß die Autoren die aggressiven Absichten des militaristischen Japan gegenüber der Sowjetunion überzeugend dargestellt hätten. Eine Analyse der Dokumente der militärischen Führung Japans berechtige zu der Schlußfolgerung, meint Iriye, daß man in Tokio die Möglichkeiten „einer Zusammenarbeit mit China im Kampf gegen die Sowjetunion“ gründlich studiert habe.⁴⁵

Die spezifische Lage in China, die die internationale Politik im ostasiatischen Raum wesentlich beeinflusste, wurde von der Sowjetregierung entsprechend bewertet. In der UdSSR bestanden keine Zweifel über die zwei Gesichter der Politik der Guomindang-Regierung. Einerseits beteiligte sie sich, wenn auch inkonsequent, an der gemeinsamen antijapanischen Front des chinesischen Volkes, andererseits bekämpfte sie einen Teil ebendieser Kräfte. Deshalb half die Sowjetunion der Tschungking-Regierung in dem Umfang, in dem diese die Interessen des chinesischen Volkes vertrat. Die Sowjetregierung ging davon aus, daß diese Unterstützung nicht der Regierung, sondern dem chinesischen Volk, das seine Unabhängigkeit verteidigte, half. Marschall der Sowjetunion W. I. Tschuikow, 1940-1942 in China weilend, zuerst als sowjetischer Militärattaché und danach als Chef der sowjetischen Militärmission bei der Tschungking-Regierung, berichtete [228:] in seinen Erinnerungen über seine Gespräche mit J. W. Stalin und dem Volkskommissar für Verteidigung der UdSSR, S. K. Timoschenko, unmittelbar vor seiner Abreise nach China. Stalin und Timoschenko sprachen über die prinzipielle Haltung der UdSSR zu China und über die Situation im Fernen Osten insgesamt. Die Aufgabe bestehe nicht nur darin, „Tschiang Kai-shek und seinen Generalen zu helfen, sich der Waffen, die wir ihnen schicken, mit Sachverstand zu bedienen, sondern auch Tschiang Kai-shek in der Überzeugung

⁴⁴ Zit. nach: Neueste Geschichte Chinas. Von 1917 bis zur Gegenwart, Berlin 1979, S. 155 f.

⁴⁵ Vgl. E. Robertson (ed.), The Origins of the Second World War, New York 1971, S. 252.

zu bestärken, daß er über die japanischen Eindringlinge siegen wird“, erklärte J. W. Stalin. „Wenn sich Tschiang Kai-shek des Sieges sicher ist, wird er sich auf eine Verständigung mit dem Aggressor nicht einlassen, denn er fürchtet, die Unterstützung der Amerikaner und Engländer und sein Kapital zu verlieren, das er bei ihren Banken deponiert hat ... Die Aufgabe aller unserer in China kämpfenden Bürger ist es, dem japanischen Aggressor fest die Hände zu binden. Nur dann, wenn dem japanischen Aggressor die Hände gebunden sind, können wir den Krieg an zwei Fronten vermeiden, falls die Deutschen unser Land überfallen werden.“ Der Volkskommissar für Verteidigung ging im Gespräch mit W. I. Tschuikow auf die Notwendigkeit ein, die „militanten Bestrebungen Tschiang Kai-sheks gegen die kommunistischen Armeen und die Partisanengebiete, die von den chinesischen Kommunisten kontrolliert werden“ zu zügeln. „Mit anderen Worten – Tschiang muß von einem Bruderkrieg abgehalten und veranlaßt werden, daß er alle Kräfte der Nation zum Widerstand gegen den Aggressor mobilisiert.“⁴⁶

Die Bedeutung der sowjetischen Hilfe für China

Die sowjetische Hilfe für China erlangte angesichts der komplizierten Lage, in der sich das Land auf allen Gebieten befand, außerordentliche Bedeutung. Die über mehrere historische Epochen reichende Rückständigkeit Chinas, der Hunger Hunderter Millionen Menschen, die primitive Landwirtschaft, all diese Probleme wurden noch vertieft durch die aus dem Krieg gegen Japan resultierenden verheerenden Folgen. China verlor seine wichtigsten Industriezentren, wurde seiner Haupttransportwege beraubt, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Regionen des Landes waren unterbrochen. 1941, als die Industrieproduktion im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren noch am höchsten lag, wurden in den nicht von Japan okkupierten Gebieten etwa 4400 t Roheisen und nicht mehr als 116 t Stahl geschmolzen. Ein entsprechendes Niveau hatte die militärtechnische Ausrüstung der chinesischen Armee. Es soll hier lediglich festgestellt werden, daß die japanischen Truppen der chinesischen Armee in der Ausrüstung mit Feuerwaffen um das 4- bis 5fache, an Flugzeugen um das 13fache und an Panzern um das 36fache überlegen waren. China verfügte faktisch über keine Rüstungsindustrie.

[229:] Am bedeutungsvollsten für China war die sowjetische Militärhilfe auf dem Gebiet der Flugtechnik. Der chinesische Himmel stand dem Aggressor faktisch völlig offen. Vor Beginn des Krieges bestand die chinesische Luftwaffe aus lediglich 150 Kampfflugzeugen. Die meisten chinesischen Flugzeuge waren von Japan bereits Ende 1937 vernichtet worden. Der noch verbliebene Rest der chinesischen Luftwaffe flog keine Einsätze mehr. Die restlichen Flugzeuge sollten nicht in Luftkämpfen geopfert werden.

Die Hilfe der UdSSR änderte diese Lage von Grund auf. Von 1937 bis 1941 erhielt China 1250 Flugzeuge sowjetischer Produktion. Seit Februar 1938 kämpften sowjetische Fliegerfreiwillige in China. Bereits nach den ersten Kämpfen der sowjetischen Freiwilligen schätzte das chinesische Oberkommando ein, daß man künftig nicht mehr auf ausländische Söldner zurückgreifen müsse; ihre Geschwader wurden aufgelöst. Auf Grund der hohen kämpferischen Wirksamkeit der sowjetischen Freiwilligen war das 'chinesische Oberkommando generell in der Lage, die zur Verfügung stehenden Geschwader verstärkt in die Kampfhandlungen einzubeziehen. Das wiederum zwang Japan, die Stützpunkte seiner Bomberflotte, die sich bis dahin nur etwa 50 km hinter der Frontlinie befanden, ins Hinterland, rund 500 bis 600 km hinter die Front, zu verlegen. Trotzdem gelang es den sowjetischen Fliegern im Herbst 1939 in zwei Einsätzen mit schweren Fernbomben gegen Hankou, die Hauptbasis der japanischen Luftstreitkräfte in China, über 100 japanische Flugzeuge am Boden zu zerstören. Zuvor hatten sowjetische Flieger bereits an anderen Operationen teilgenommen, wie der Bombardierung der japanischen Luftstützpunkte auf Taiwan, dem Einsatz direkt über japanischem Territorium (1 Mill. gegen den Krieg gerichtete Flugblätter wurden abgeworfen) sowie an zahlreichen Jagdfliegerinsätzen. Mehr als 200 sowjetische Flieger gaben für die gerechte Sache des chinesischen Volkes ihr Leben.

⁴⁶ W. I. Tschuikow, „Missija w Kitaje“, in: Nowy mir, 1979/11, S. 201 f.

Die Militärhilfe der UdSSR für China bestand neben der bereits erwähnten Flugtechnik aus leichter Infanteriebewaffnung, Kanonen und Granatwerfern, Panzerabwehrtechnik, Munition und Treibstoffen.

Die für China allein 1939 bereitgestellten Kredite betrugen 250 Mill. Dollar.⁴⁷ Diese Summe lag um das Achtfache höher als die von den USA China erstmals 1939 gewährten Anleihen; Großbritannien stellte nicht mehr als 3 Mill. Pfund Sterling zur Verfügung. Doch selbst bei so relativ niedrigen Krediten wurden Zinsen von 4 bis 6,5 Prozent erhoben, wobei die Tilgung der Kredite an die Bedingung geknüpft wurde, sie in Form defizitärer strategischer Rohstoffe abzutragen. Die jährlichen Zinsen der UdSSR hingegen überstiegen 3 Prozent nicht. China hatte die Möglichkeit, sie vorwiegend mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu bezahlen. Waffenkäufe in westlichen Ländern mußte China in bar tätigen. Die Sowjetunion dagegen lieferte die Waffen im Rahmen der gewährten Kredite.⁴⁸

Eine große Hilfe für das chinesische Volk war auch die Tätigkeit der sowjetischen Militärberater. Unter ihnen befanden sich solche hervorragenden Spezialisten wie K. M. Katschanow, W. I. Tschuikow, B. I. Batow, M. J. Pankewitsch und S. S. Otschnew. Anfang 1941 waren insgesamt 140 sowjetische Militärberater in China tätig.⁴⁹ Sie berieten das chinesische Oberkommando bei militärisch bedeutenden Operationen, und sie bildeten chinesische Truppen unmittelbar aus. Ihre Tätigkeit war nicht frei von Schwierigkeiten; die militärische Führung der Guomindang berücksichtigte die Ratschläge der sowjetischen Militärs, wenn überhaupt, nur widerstrebend. Darüber hinaus wurde häufig versucht, das Tätigkeitsfeld der sowjetischen Militärberater einzuschränken, sie von den chinesischen Soldaten und der Bevölkerung zu isolieren. Oftmals wurden sie sogar geheimdienstlich beschattet.

Die UdSSR richtete ein spezielles Rundfunksendeprogramm für China ein, das auf dem gesamten chinesischen Territorium empfangen werden konnte. Ab Oktober 1939 wurde in chinesischer Sprache gesendet. Als der namhafte sowjetische Dokumentarist Roman Karmen, der bis 1939 in China gewirkt hatte, in die UdSSR zurückkehrte, waren von ihm 10.000 m Film abgedreht worden.

Das Bemühen der UdSSR, die sowjetisch-chinesischen Kulturbeziehungen weiter auszubauen, fand seitens der Guomindang-Regierung kein positives Echo. Sie versuchte hartnäckig zu verhindern, daß sich vor allem die Chinesisch-Sowjetische Kulturgesellschaft zu einer Massenorganisation entwickelt. Die Zentralorganisation der Gesellschaft zählte 1940 nur annähernd 1000 Mitglieder. Die umfangreiche sowjetische Hilfe für China schwächte die reaktionären Tendenzen in der Politik der Guomindang-Regierung in gewissem Maße ab. Anfang 1940 wurden jedoch erste Anzeichen sichtbar, daß sich Tschungking von der gegen die japanischen Interventen gerichteten nationalen Front zu trennen begann. Es stellte die Versorgung der 8. und der neugebildeten 4. Armee der KP Chinas ein und verstärkte die bewaffneten Überfälle auf diese Verbände. Die Guomindang-Regierung ging sogar soweit, die sowjetische Hilfe unmittelbar gegen die progressiven Kräfte Chinas einzusetzen. Die Sowjetregierung erklärte mit allem Nachdruck, die Lieferungen einzustellen, wenn sowjetische Waffen gegen das chinesische Volk eingesetzt würden. Im Frühjahr 1940 begannen in Tschungking Verhandlungen zwischen den Vertretern der KP Chinas und der Guomindang über die Wiederherstellung der Aktionseinheit gegen die japanischen Okkupanten.⁵⁰

Die von der UdSSR dem chinesischen Volk im nationalen Befreiungskampf gewährte Unterstützung beunruhigte natürlich die politische und militärische Führung Japans. Bis Ende 1941 konnte China im Krieg gegen die japanischen Interventen Waffen lediglich aus der UdSSR erhalten, da sich die Hoffnungen, die die Guomindang-Regierung hinsichtlich der britischen und amerikanischen Militärhilfe hegte, auf Grund der strategischen Erwägungen Londons und Washingtons nicht erfüllten. Entgegen den Kalkulationen der herrschenden Kreise Japans wirkte sich der mit der UdSSR abgeschlossene

⁴⁷ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., a. a. O., S. 210.

⁴⁸ Vgl. B. A. Borodin, Pomoschtsch SSSR kitaiskomu narodu w antijaponskoi woine. 1937-1941, Moskau 1965, S. 146 ff.

⁴⁹ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., a. a. O., S. 210.

⁵⁰ A. a. O., S. 216.

Neutralitätsvertrag nicht auf die prinzipielle Politik der UdSSR zu China aus. Wie der Botschafter der UdSSR in [231:] China, A. S. Panjuschkin, gegenüber dem chinesischen Außenminister Wang Tschung-hui erklärte, würde das zwischen der UdSSR und Japan bestehende Verhältnis die sowjetisch-chinesischen Beziehungen keinesfalls negativ beeinflussen.⁵¹ Als China Anfang 1941 besonders dringend Flugzeuge benötigte, trafen aus der Sowjetunion 200 Bomben- und Jagdflugzeuge ein. Sowjetische Fliegerfreiwillige kämpften solange in China, bis der Beginn des Großen Vaterländischen Krieges ihre Rückkehr unumgänglich machte. Der sowjetische Historiker B. A. Borodin stellte völlig zu Recht fest: „Es gab kein Ereignis im Leben des chinesischen Volkes, das nicht auch im Sowjetland ein Echo gefunden hätte.“⁵² Rundfunk und Presse der UdSSR informierten detailliert über Leben, Kampf und die großen Opfer des chinesischen Volkes; führende sowjetische Partei- und Staatsfunktionäre, Publizisten, Kulturschaffende und Wissenschaftler sprachen sich wiederholt öffentlich dafür aus, dem kämpfenden China nach Maßgabe der Möglichkeiten Hilfe zu erweisen. Die Politik der Sowjetregierung stimmte damit voll überein.

⁵¹ Vgl. M. S. Kapiza, *Sowjetsko-kitaiskije otnoschenija*, Moskau 1958, S. 229.

⁵² B. A. Borodin, *Pomoschtsch SSSR ...*, a. a. O., S. 128.

7. Kapitel Die Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland und Italien

1. Der verdeckte Kampf zwischen der Sowjetunion und Deutschland in der Periode des „seltsamen Krieges“ in Europa

„Beginn Kampfes zwischen Deutschland und Polen hat hiesige öffentliche Meinung stark beeindruckt“¹, telegrafierte der deutsche Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, am 6. September 1939 nach Berlin. Und anders konnte es auch nicht sein, denn Deutschland rückte auf Grund der totalen militärischen Niedertage des polnischen Staates bis an die Westgrenze der UdSSR vor. Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffsvertrag, der den Beziehungen zwischen beiden Ländern zugrunde lag, bot der UdSSR angesichts der Aggressivität Hitlerdeutschlands keine ausreichende Sicherheit. Es herrschte Krieg, die deutsche Kriegsmaschinerie lief auf Hochtouren, und ebendeshalb war die Sowjetregierung gezwungen, die internationale Situation und vor allem die Aktivitäten Deutschlands äußerst aufmerksam zu verfolgen. Bereits Ende August 1939 hatte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W. M. Molotow, auf der IV. Außerordentlichen Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR hervorgehoben, daß der sowjetisch-deutsche Nichtangriffsvertrag „uns nicht dazu verleiten darf, in unserer Wachsamkeit nachzulassen“².

Der Beginn der sowjetisch-deutschen militärischen Konfrontation und die gegen Hitler gerichteten Aktionen der UdSSR

Das heute zugängliche Archivmaterial bestätigt, daß Deutschland im September 1939 umfangreiche antisowjetische Aktionen vorbereitete. Als Beispiel sei nur eine vom deutschen Geheimdienst, der Abwehr, inspirierte militärisch-politische Operation genannt, die nach dem Chef der Abwehrabteilung (Ausland) im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Vizeadmiral Wilhelm Canaris, als „Canaris-Plan“ bezeichnet wurde. Dieser Operationsplan wurde bereits lange vor dem [233:] sowjetisch-deutschen Nichtangriffsvertrag ausgearbeitet und dann trotz der neuen Sachlage weiterverfolgt. Der Zweck dieser Operation bestand darin, während des Krieges gegen Polen in den polnischen Ostgebieten einen von antisowjetischen Emigrantenorganisationen ausgelöst und von der deutschen Wehrmacht gedeckten „Volksaufstand“ zu inszenieren, der dann auf das, Territorium der Sowjetukraine übergreifen sollte. Letztlich war dies der Versuch, einen Teil der Ukraine von der UdSSR abzutrennen. Bereits 1937 war zwischen der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN) und der deutschen Abwehr vereinbart worden, die Subversionstätigkeit im Osten zu koordinieren. Geplant war, aus Emigranten bestehende Divisionsabteilungen, die in speziellen Lagern zusammengefaßt und auf ihre Aufgaben vorbereitet werden sollten, gemeinsam mit deutschen Truppen vorrücken zu lassen.

Deutsche Rundfunksender in Wien, Graz und Leipzig strahlten antisowjetische Rundfunkprogramme für die Westukraine aus, um dort Unruhen hervorzurufen. Unmittelbar geleitet werden sollte der „ukrainische Aufstand“ von einem der Führer der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN), dem ehemaligen k. u. k.-Offizier Ryko Jary. Über ihn liefen die Fäden beim faschistischen . deutschen Geheimdienst zusammen.³

Die Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939 paßte der deutschen Abwehr überhaupt nicht und war für sie keine ausreichende Veranlassung, den „Canaris-Plan“ fallenzulassen. Im Gegenteil, nach einem Aufenthalt an der Südfront der deutschen Truppen in Polen erklärte Canaris auf einer Besprechung am 11. September 1939, man müsse „bedenken, daß ein ukrainischer Aufstand, wenn er einmal entfesselt ist, sich gegen Polen und Rußland wenden wird“⁴. Auch das OKW forderte, die Operation in der Ukraine einzuleiten.

¹ ADAP, Serie D, Bd. VIII, Baden-Baden/Frankfurt/M. 1961, S. 10.

² Wneotscherednaja tschetwortaja sessija Werchownoho Sowjeta SSSR. 28 awgusta-1 sentjabrja 1939g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1939, S. 205.

³ Vgl. zum „Canaris-Plan“: L. Besymenski, „Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. Geheimes und Erkanntes“, Neue Zeit, Moskau, 1979/33, S. 25 f.

⁴ Zit. nach: a. a. O., S. 26.

Der sowjetische Historiker L. A. Besymenski schildert die weitere Entwicklung wie folgt: „Tatsächlich forderte Canaris am 12. September dringend Weisungen bei Keitel an, und dieser genehmigte den Einsatz der Diversanten. Hitler hatte diesen Beschluß gebilligt. Am 15. September erteilte Canaris den Befehl, OUN-Verbände mit Lists Truppen⁵ vorrücken zu Hissen. Alles war bereit – aber am 17. September frühmorgens wurde Vizeadmiral Canaris gemeldet, daß die Rote Armee den Befreiungsfeldzug zur Wiedervereinigung Belorußlands und der Ukraine begonnen hatte. Ein Abwehrmann schrieb in sein Tagebuch: ‚Zusammenbruch aller in der letzten Zeit so üppig genährten Hoffnungen‘.“⁶

Anfang September 1939 waren die Truppen des Kiewer und des Belorussischen Besonderen Militärbezirks in Gefechtsbereitschaft versetzt und die Füh-[234:]rungen der Ukrainischen und der Belorussischen Front formiert worden. Im gleichen Zeitraum wurden in einer Reihe von Militärbezirken Reservistenübungen durchgeführt. Die Operationen der Roten Armee zur Befreiung der Westukraine und des westlichen Belorußland begannen genau zu jenem Zeitpunkt, als deutsche Truppen den Bug und den San erreichten und auf das östliche Ufer übersetzen sollten, um ihren Vormarsch in östlicher Richtung weiter fortzusetzen. Die Entschlossenheit der Sowjetregierung, den faschistischen Vormarsch zum Stehen zu bringen, veranlaßte die deutsche Führung, Zurückhaltung zu üben.

Die von der UdSSR ergriffenen Maßnahmen verhinderten, daß sich die strategischen Bedingungen weiter zuungunsten der Sowjetunion veränderten. Hätte die UdSSR in dieser Situation nicht gehandelt, wäre die deutsche Wehrmacht bis in unmittelbare Nähe der sowjetischen Lebenszentren vorgerückt.

Auch führende Politiker Großbritanniens bewerteten die strategische Komponente der sowjetischen Maßnahmen unter diesem Aspekt. „Daß aber die russischen Heere auf dieser Linie stehen (gemeint ist die Curzonlinie – P. S.), das war offensichtlich für die Sicherung Rußlands gegen die nazistische Drohung notwendig. Jedenfalls besteht die Linie nun, und damit ist eine Ostfront entstanden, welche das nationalsozialistische Deutschland nicht anzugreifen wagt“, erklärte W. S. Churchill in einer Rundfunkansprache am 1. Oktober 1939.⁷

Das tragische Schicksal des polnischen Volkes verdeutlichte, was auch die Bevölkerung der Westukraine und des westlichen Belorußland erwartet hätte. Unter Hinweis auf die „Neuordnung Europas“ wurde auf Hitlers Befehl ein „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“, später nur noch als „Generalgouvernement“ bezeichnet, geschaffen, dessen Chef Dr. Hans Frank wurde. Dieser in die Geschichte als Henker des polnischen Volkes eingegangene „Generalgouverneur“ erklärte auf einer Abteilungsleitersitzung am 19. Januar 1940 mit brutaler Offenheit: „Am 15. September 1939 erhielt ich den Auftrag, die Verwaltung der eroberten Ostgebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszuupern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen.“⁸ Sowohl innerhalb des „Generalgouvernements“ als auch in den Deutschland einverleibten polnischen Gebieten wurde perfektionierter Völkermord betrieben. So wurden allein bei der „Außerordentlichen Befriedungsaktion“ („Aktion AB“) im Frühjahr und Sommer 1940 rund 3500 polnische Wissenschaftler, Kultur- und Kunstschaffende sowie führende politische Persönlichkeiten ermordet sowie sämtliche höhere Bildungseinrichtungen geschlossen.⁹ Im gleichen Jahr begann der organisierte Massenmord im Vernichtungslager Auschwitz.

Die Befreiung der Westukraine und des westlichen Belorußland erwies sich somit objektiv als reale Gegenmaßnahme gegen die faschistische Aggression. Sie [235:] verhinderte die Okkupation eines beträchtlichen Territoriums. Zum ersten Mal seit Machtantritt des deutschen Faschismus und der bis zu diesem Zeitpunkt reibungslosen Verwirklichung seiner Eroberungspläne (Österreich, Tschechoslowakei, Polen) stellte sich ihm eine reale Macht entgegen.

⁵ Generaloberst Wilhelm Sigmund Walter List (1880-1971) war 1939/40 Oberbefehlshaber der 12. Armee, die von Oberschlesien in Richtung Kraków vorrückte, die südliche Zangenbewegung auszuführen hatte.

⁶ L. Besymenski, „Am Vorabend des zweiten Weltkrieges ...“, a. a. O., S. 26.

⁷ W. S. Churchill, Der zweite Weltkrieg, Bd. I, Zweites Buch, Stuttgart 1954, S. 63.

⁸ Zit. nach: Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Bd. 3, Berlin 1977, S. 47.

⁹ Vgl. a. a. O., S. 251.

Am 28. September 1939 erklärte sich die deutsche Regierung bereit, mit der UdSSR einen Vertrag über den Verlauf der Grenzlinie an den Flüssen Bug und Narew zu unterzeichnen.¹⁰ Diese Grenzlinie entsprach in etwa der sogenannten Curzonlinie, die 1919 von Großbritannien, Frankreich und den USA vorgeschlagen worden war und vorrangig auf ethnischen Prinzipien fußte. Die Flüsse als Scheidelinie zu nutzen war vor allem deshalb wichtig, weil so direkte Kontakte zwischen den sowjetischen Streitkräften und der deutschen Wehrmacht vermieden wurden. Das änderte jedoch nichts daran, daß mit der zweiten Septemberhälfte des Jahres 1939 die sowjetischen Streitkräfte dem mächtigsten und zugleich aggressivsten imperialistischen Land die Stirn bieten mußten. Die deutschen Truppen hielten sich an die von Berlin befohlene allgemeine politische Linie, Zurückhaltung zu üben, die UdSSR vorläufig nicht zu provozieren und Reibungen zu vermeiden. Die Sowjetunion reagierte ebenso. In seinen Erinnerungen schrieb W. I. Tschuikow: „Unsere Kommandeure mußten des öfteren die deutschen Stäbe aufsuchen, um die Grenzlinien zu präzisieren. Man begegnete ihnen achtungsvoll, behandelte aufmerksam die von ihnen vorgebrachten Wünsche und entsprach den Forderungen, die sich aus dem Abkommen ergaben ... Zu Provokationen ließen sich die deutschen Soldaten ... nicht hinreißen.“

An die Aufrichtigkeit ihrer Freundschaftsbekundungen mochte von uns kaum jemand glauben. Wir vertrauten der Politik unserer Partei, auf die eigenen Kräfte und legten größtmögliche Ausdauer an den Tag, beeilten uns aber zugleich, Verteidigungsstellungen gegen derartig zweifelhafte Freunde zu errichten. Niemand von uns hegte Zweifel, daß der Nichtangriffspakt mit Deutschland nur eine zeitweilige, eine notgedrungene Maßnahme darstellt.“¹¹

Auf Grund der direkten militärischen Konfrontation mit Deutschland veranlaßten die KPdSU (B) und die Sowjetregierung in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn zahlreiche umfassende Maßnahmen im militärischen Bereich und in der Rüstungsindustrie mit Wirkung vom 1. September 1939. Der Oberste Sowjet der UdSSR verfügte die allgemeine Wehrpflicht. Der aktive Wehrdienst für Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere der Land- und Luftstreitkräfte wurde auf drei und der Seekriegsflotte auf fünf Jahre verlängert. Der Ausbau der sowjetischen Streitkräfte wurde eingeleitet, und Dutzende neuer Divisionen wurden aufgestellt. Im September 1939 beschloß das Politbüro der KPdSU (B), die bestehenden Flugzeugwerke zu rekonstruieren sowie neue zu errichten. Die Kapazität des sowjetischen Flugzeugbaus sollte nahezu verdoppelt werden. Im Dezember 1939 wurden der schwere Panzer KW-1 und der mittlere Panzer T-34 in [236:] Dienst gestellt. Diese Neuentwicklungen bedeuteten eine international qualitativ höhere Stufe im Panzerbau. Die von der Sowjetregierung getroffenen Entscheidungen gewährleisteten, daß die Verteidigungsindustrie 1940 über ein Drittel mehr produzierte als im Vorjahr.¹²

Die maximale Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der UdSSR auf Grund der wachsenden, vom deutschen Faschismus ausgehenden Bedrohung widerlegt sachlich konkret die bürgerliche Legende von einem „sowjetischen Komplott mit Deutschland“.

Die Wirtschaftspolitik der Partei war in diesen Jahren auf eine rationellere Standortverteilung der Produktivkräfte, die beschleunigte Errichtung neuer Objekte und die volle Auslastung der Produktionskapazitäten gerichtet. Die sowjetische Industrie nahm in der Zeit vor dem Großen Vaterländischen Krieg einen bedeutenden Aufschwung. Da die UdSSR bereits vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges über eine entwickelte Verteidigungsindustrie verfügte, war es in den Kriegsjahren möglich, Panzer, Flugzeuge, Geschütze, Munition sowie anderes Kriegsgerät in großen Stückzahlen zu produzieren. Besondere Bedeutung maß die Sowjetregierung dem Ausbau der Verteidigungsindustrie im Osten des Landes bei. So konnten in den östlichen Regionen der UdSSR bereits 1940 28,9 Prozent des Roheisens und 32,2 Prozent des Stahls produziert, 35,9 Prozent der Kohle und 11,6 Prozent des Erdöls gefördert werden, und dort befand sich auch die Hauptbasis der Buntmetallurgie.¹³ Der Ural wurde zum Zentrum der Panzerproduktion ausgebaut. Mitte 1941 konnte hier ein neuer

¹⁰ Vgl. Ursachen und Folgen. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung, Bd. 14, Berlin (West) (1969), S. 47 f.

¹¹ W. I. Tschuikow, „Missija w Kitaje“, Nowy mir, 1979/11, S. 199.

¹² Vgl. Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Bd. V, Erstes Buch, Moskau 1974, S. 134 ff.

¹³ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 457.

Betrieb für die Produktion des Panzertyps KW fertiggestellt werden, während ein anderer bereits seit 1940 den neuen Panzer T-34 herstellte. Außerdem wurde im Ural schon vor dem Krieg der Großteil der Artillerie- und Infanteriebewaffnung produziert.

Der Verteidigungsminister der UdSSR, D. F. Ustinow, in den Kriegsjahren Volkskommissar für Bewaffnung, schrieb: „Die von der Partei Lenins in den Jahren der Fünfjahrpläne geschaffene sowjetische Industrie, unsere Schwerindustrie, gewährleistete bereits in Friedenszeiten die Herstellung einer beträchtlichen Menge an Waffen und stellte die Ausrüstung der Roten Armee mit den fortgeschrittensten Modellen von Artilleriesystemen sicher. Wie die Erfahrungen des Krieges gezeigt haben, übertrafen sie in ihren technischen Parametern die Artilleriesysteme, die von Werken nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen, von den Hitlerfaschisten okkupierten Ländern Europas hergestellt worden sind, und mit denen die faschistische deutsche Armee ausgerüstet wurde.“¹⁴

Die Entwicklung und Produktion hervorragender Prototypen von Panzern, Flugzeugen, Artilleriesystemen usw. war nur auf Grund der gemeinsamen Anstrengungen aller in der sowjetischen Verteidigungsindustrie Beschäftigten möglich. Das ZK der KPdSU (B) und der Rat der Volkskommissare beschlossen hohe Kennziffern für die Produktion der genannten Kampftechnik. Gleichzeitig erforderte die Serienproduktion der neuen Modelle umfangreiche Aufwendungen hinsichtlich der Materialbeschaffung und Arbeitskräftemobilisierung sowie der Reorganisation des technologischen Ablaufs. Diese komplizierten Aufgaben zu lösen war erst ab 1941 möglich, denn vor Ausbruch des Krieges wurde die Auffassung vertreten, nicht die gesamte Wirtschaft auf Kriegsproduktion umstellen zu können. In diesem Zusammenhang trifft die Meinung des vormaligen Volkskommissars für Bewaffnung der UdSSR, B. L. Wannikow, völlig zu: „Auch der wirtschaftlich stärkste Staat hält es nicht aus, wenn seine Verteidigungsindustrie bereits zu Friedenszeiten auf Kriegsbedingungen umgestellt wird.“¹⁵ Wichtig ist es, bereits in Friedenszeiten alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, bei Kriegsausbruch die Wirtschaft des Landes auf die Erfordernisse des Krieges umzustellen, um die Massenproduktion von Kampftechnik und Waffen gewährleisten zu können. „Die in den Vorkriegsjahren aufgebaute Rüstungsindustrie versorgte die Streitkräfte des Landes mit modernen Waffen“, wurde in den Thesen des ZK der KPdSU zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution festgestellt.¹⁶ Trotz aller Erfolge beim Aufbau der sowjetischen Verteidigungsindustrie darf aber nicht verschwiegen werden, daß es auch eine ganze Reihe ernsthafter Mängel gab.¹⁷

Die ökonomische Basis der UdSSR, die in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges bedeutend gestärkt wurde, war die entscheidende Grundlage der Verteidigungsfähigkeit der UdSSR während des Großen Vaterländischen Krieges. In den nicht einmal zwei Jahren, die der UdSSR bis zum Überfall Hitlerdeutschlands verbleiben sollten, wurden 125 neue Divisionen aufgestellt. Der Personalbestand der Streitkräfte wuchs von 1939 bis 1941 auf fast das Dreifache. Außerdem konnte die Gefechtsbereitschaft der Roten Armee erhöht werden. Allein in elf Monaten des Jahres 1940 erhielt die Flotte 100 verschiedene Kriegsschiffe. Durch Indienststellung neuer Schiffe moderner Typen vergrößerte sich die Gesamtwasserverdrängung des Schiffsbestandes der sowjetischen Kriegsflotte von Beginn des Jahres 1939 bis 1941 bei den Überwasserkriegsschiffen auf 107.718 Tonnen und bei den U-Booten auf 50.385 Tonnen. Ende 1940 befanden sich weitere 269 moderne Schiffe im Bau. Das Märzplenium (1940) des ZK der KPdSU (B) forderte vom Volkskommissariat für Verteidigung, das System der Bildung und Erziehung der Soldaten gründlich umzugestalten und alle militärischen Übungen unter gefechtsnahen Bedingungen durchzuführen und die Kommandeursausbildung zu verbessern.¹⁸

¹⁴ D. F. Ustinow, *Ausgewählte Reden und Aufsätze*, Berlin 1981, S. 60.

¹⁵ B. L. Wannikow, „Oboronnaja promyschlennost SSSR nakanunje woiny (Is sapisok Narkoma)“, *Woprossy istorii*, 1969/1, S. 131.

¹⁶ Vgl. *Fünfzig Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution. Thesen des Zentralkomitees der KPdSU*, Moskau 1967, S. 22.

¹⁷ Vgl. *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Berlin 1977, S. 515.

¹⁸ Vgl. A. A. Gretscho, *Die Streitkräfte des Sowjetstaates*, Berlin 1975, S. 61; S. G. Gorskow, *Die Seemacht des Staates*, Berlin 1978, S. 194.

[238:]

Die Spannungen bei den unsichtbaren diplomatischen Auseinandersetzungen

Der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland bestimmte weiterhin die Beziehungen zwischen beiden Ländern. Solange Deutschland die vertraglichen Verpflichtungen erfüllte, bestand keine Veranlassung, die beiderseitigen Kontakte einzufrieren. Am 28. September 1939 wurden zwischen der sowjetischen und der deutschen Regierung Briefe über die Erweiterung des Handels ausgetauscht.¹⁹ Sie enthielten den Beschluß beider Seiten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszubauen; der sowjetisch-deutsche Warenaustausch erreichte damit den größten Umfang überhaupt. Die Tatsache, daß es zwischen beiden Staaten bis zu diesem Zeitpunkt keine direkten und offenen Kollisionen gegeben hatte, propagierte Berlin immer nachhaltiger als Beweis dafür, daß geradezu „freundliche Beziehungen mit der UdSSR“ bestünden.

Jedoch spitzte sich außerhalb der unmittelbar bilateralen Beziehungen der außenpolitische Kampf zwischen der UdSSR und Deutschland enorm zu. Alle an die UdSSR grenzenden Länder wurden in diese Auseinandersetzung hineingezogen. Die strategischen Ziele der UdSSR und Deutschlands standen sich hier diametral entgegen.

Bereits im September 1939 war ein Problem, das sich in den sowjetisch-deutschen Auseinandersetzungen herausgebildet hatte, zu lösen. Neueste Forschungen 'sowjetischer Spezialisten für Geschichte des Baltikums beweisen, wie zielstrebig die deutsche Diplomatie bemüht war, ihren politischen Einfluß im Baltikum mit dem Ziel zu erweitern, diese Staaten zu Satelliten Deutschlands zu machen. So drängte Berlin beispielsweise Litauen, auf seiten Deutschlands in den Krieg gegen Polen einzutreten, wobei man hoffte, die deutsche Wehrmacht auf litauischem Territorium stationieren zu können. Im Ergebnis der von Ende August bis 20. September geführten deutsch-litauischen Geheimverhandlungen wurde die „Skizze eines Schutzvertrages zwischen dem Deutschen Reich und der Litauischen Republik“ ausgearbeitet, die auch vorsah, eine Militärkonvention abzuschließen. Dieser Dokumententwurf basierte auf folgender Festlegung: „Litauen steht, unbeschadet seiner staatlichen Selbständigkeit, unter dem Schutze des Deutschen Reiches.“ Die litauische Armee sollte der Richtlinie für den „Inhalt der Militärkonvention“ zufolge faktisch der Kontrolle der deutschen Wehrmacht unterstellt werden.²⁰ Am 25. September 1939 unterzeichnete Hitler die Weisung Nr. 4 (Geheime Kommandosache), die unter anderem folgende Richtlinie enthielt: „In Ostpreußen müssen genügend Kräfte bereitgehalten werden, um Litauen auch im Falle eines bewaffneten Widerstandes rasch in Besitz nehmen zu können.“²¹

[239:] Ungeachtet des Ersuchens der lettischen Regierung, die von Lettland verkündete Neutralität zu achten, ignorierte Deutschland diesen Standpunkt. Berlins Expansionismus bestimmte seine Kalkulationen auch hinsichtlich Estlands. Himmler bedauerte: „Unser Unglück war, daß wir Estland nicht schon 1939 besetzen konnten.“²²

So war die Lage, als sich die UdSSR Ende September/Anfang Oktober 1939 entschloß, bedeutungsvolle außenpolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Baltikum einzuleiten: Es konnten Verträge über gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und Estland (28. September), Lettland (5. Oktober) und Litauen (10. Oktober) abgeschlossen werden. Deutschland, das die Offensive im Westen intensiv vorbereitete, verzichtete auf offene Gegenmaßnahmen. Allerdings war man in Berlin über den Abschluß der Beistandsverträge zwischen den baltischen Staaten und der UdSSR ziemlich verstimmt. Die deutsche Diplomatie versuchte alles, um die Verhandlungen über diese Verträge zu erschweren und sie möglichst sogar zum Scheitern zu bringen.

Auch den Führungen Großbritanniens und Frankreichs war die antideutsche Stoßrichtung der sowjetischen Maßnahmen nicht entgangen. Im Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter versicherte

¹⁹ Vgl. Ursachen und Folgen ..., a. a. O., S. 51, 87.

²⁰ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 27, 31, 113.

²¹ Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, hrsg. von Waller Hubatsch, Frankfurt/M. 1962, S. 28.

²² Zit. nach: Istorija Estonskoi SSR (S drewnejschich wremjon donaschich dnej), Tallin 1958, S. 584.

Churchill am 6. Oktober 1939, daß „England keinerlei Gründe hat, gegen das Vorgehen der UdSSR im Baltikum Einwände zu erheben“. I. M. Maiski berichtete nach Moskau: „Churchill versteht sehr wohl, daß der Abschluß der Beistandsverträge zwischen der UdSSR und den baltischen Staaten den Hitlers Zugriff offenstehenden ‚Lebensraum‘ einengt.“ Am 16. Oktober 1939 räumte der britische Außenminister Lord Edward Halifax während einer Unterredung mit I. M. Maiski ein, daß „die Verträge der UdSSR mit Estland, Lettland und Litauen die Beziehungen stabilisiert haben und einen Beitrag zur Festigung des Friedens in Osteuropa bildeten“. In einer Rundfunkrede am 21. Oktober 1939 erinnerte der britische Kriegsminister Leslie Hore-Belisha daran, daß Deutschland immer Handlungsfreiheit im Osten beansprucht habe und darunter insbesondere die Kontrolle über die baltischen Staaten verstand. „Jetzt hat Rußland alle diese deutschen Pläne und Absichten zunichte gemacht“, betonte er.

Da Deutschland die baltischen Staaten als Aufmarschbasis gegen die UdSSR fest eingeplant hatte, baute es seine Positionen in der ersten Hälfte des Jahres 1940 in Litauen, Lettland und Estland verstärkt aus. Im Mai 1940 umriß Hitler in Gegenwart von Göring, Rosenberg und Bormann die strategische Zielstellung: „Alle baltischen Staaten müssen ins Reich eingegliedert werden.“²³

Die Entwicklung verlief jedoch in entgegengesetzter Richtung. In Litauen, Lettland und Estland siegte die sozialistische Revolution; die drei baltischen Republiken wurden in den Staatsverband der UdSSR aufgenommen.

[240:] An der Nordwestgrenze der Sowjetunion brach – von außen gesteuert – der sowjetisch-finnische Konflikt aus. Die deutsche Diplomatie ging davon aus, daß ein möglichst langer Konflikt zwischen beiden Ländern den Interessen Deutschlands am besten entspräche, da so das Hauptaugenmerk der Sowjetregierung auf den Konfliktherd konzentriert würde, das sonst der Erhöhung der allgemeinen Sicherheit des Landes gelte. Berlin war durchaus damit einverstanden, daß Großbritannien und Frankreich die Initiative übernahmen, die äußeren Bedingungen der UdSSR im Nordwesten zu verschlechtern. Deutschland selbst konnte sich zurückhalten. In diesem Zusammenhang hoffte die faschistische Führung, daß die militant antisowjetische Politik Großbritanniens und Frankreichs die UdSSR eventuell dazu verleiten könnte, scharf, möglichst mit Waffengewalt zu reagieren. Diese Konstellation wiederum würde die Beziehungen zwischen der UdSSR und den imperialistischen Gegnern Deutschlands aufs äußerste zuspitzen. „Nichts käme Deutschland gelegener“, schrieb der damalige finnische Verteidigungsminister Juho Niukkanen, „als ein Vorgehen Englands gegen die Sowjetunion.“²⁴ In Berlin konstatierte man hochofret, daß sich die Briten und Franzosen zunehmend in antisowjetischen Aktivitäten verzettelten und sich immer mehr von militärischen Operationen gegen Deutschland ablenken ließen. Und ebendeshalb wies die deutsche Führung Anfang Januar 1940 das Ersuchen Helsinkis um Vermittlung zwischen der UdSSR und Finnland zurück.

Die sowjetische Diplomatie versuchte, sich über die konkreten Absichten Deutschlands Klarheit zu verschaffen. Am 17. Januar 1940 schrieb der Botschafter der UdSSR in London an das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten: „Das deutsche Auswärtige Amt verfolgt diese Linie: Die UdSSR, England und Frankreich sollen auseinanderdividiert werden, wobei man sich der finnischen Ereignisse bedienen will und hofft, daß es dadurch zum endgültigen Bruch zwischen Moskau und den ‚Westmächten‘ kommt, der finnische Krieg soll in die Länge gezogen werden, wobei zugelassen wird, daß Mannerheim von den neutralen Mächten (Schweden, Norwegen, Italien – P. S.) in Form von nach Skandinavien entsandten Freiwilligen oder Truppen aus England und Frankreich Unterstützung erhält.“

Die UdSSR wies die von Deutschland hinsichtlich der sowjetisch-finnischen Beziehungen unternommenen antisowjetischen Aktivitäten entschieden zurück. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR erklärte am 26. Oktober 1939 gegenüber von der Schulenburg, daß entsprechenden Informationen zufolge die deutsche Regierung beabsichtige, die Handelsschiffe Lettlands, Estlands und Finnlands am Eingang zur Finnischen und zur Rigaer Bucht zu kontrollieren. Der Volkskommissar warnte vor diesem Schritt, da die geplante Kontrolle die militärpolitische Sicherheit der

²³ Zit. nach: D. M. Proektor, Nekotorye aspekty sosdanj a gitlerowskogo plana agresii protiw SSSR, in: Wtoraja mirowaja woina. Obschtschije problemy, Moskau 1966, S. 302.

²⁴ J. Niukkanen, Talvisadan puolosministeri kertoo, Pervoo-Helsinki 1951, S. 248.

UdSSR unmittelbar tangiere. Von der Schulenburg versuchte zu beschwichtigen und beteuerte, daß „deutsche Absicht Sowjetunion nicht im geringsten berühre, da sie lediglich Unterbindung finnischer, baltischer Holzausfuhr nach England bezwecke“. Der Botschafter wurde [241:] darauf hingewiesen, daß die Anwesenheit deutscher Kriegsschiffe und Fliegerstaffeln in der Finnischen und Rigaer Bucht von der sowjetischen Seite, „da Verhandlungen mit Finnland noch nicht abgeschlossen seien ... als Demonstration zugunsten Finnlands aufgefaßt werden könnte, wodurch Finnlands Rücken gegenüber Sowjetunion gestärkt würde“²⁵.

Anfang Dezember 1939 gingen der Sowjetregierung Informationen zu, wonach Deutschland und Italien Helsinki gemeinsam militärische Hilfe erweisen wollten. Die UdSSR wies dieses Ansinnen energisch zurück. Am 9. Dezember berichtete von der Schulenburg telegraphisch nach Berlin: „Molotow bat mich heute nachmittag zu sich und erklärte mir in sichtlicher Erregung, Italien habe in den letzten Tagen an Finnland etwa 50 Jagdflugzeuge geliefert und Deutschland habe die Durchfuhr dieser Flugzeuge gestattet. Molotow erklärte, das Verhalten Italiens sei ‚herausfordernd‘ und ‚empörend‘ und die Sowjetregierung würde Italien dieserhalb zur Rede stellen. Die von Deutschland geleistete Beihilfe sei aber Sowjetregierung völlig unverständlich.“²⁶

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der UdSSR und Finnland am 12. März 1940 erlitten die Kalkulationen Berlins ein Fiasko. In einem Telegramm an das Auswärtige Amt schätzte der deutsche Gesandte in Helsinki, Dr. Wipert von Blücher, ein: „Rußland beherrscht in Zukunft den Finnischen Meerbusen und mittlere Ostsee.“²⁷

Es war offensichtlich, daß die Beendigung des Konflikts Berlin ernsthaft enttäuschte. I. F. Filippow, der damalige Leiter der TASS-Filiale in der Reichshauptstadt, stellt fest: „Die Durchbrechung der ‚Mannerheimlinie‘ und der daraufhin erfolgte Beschluß Finnlands, mit der UdSSR in Friedensverhandlungen einzutreten, wirkte auf die Deutschen wie eine kalte Dusche. Das, was sie erwartet hatten, nämlich, daß die UdSSR mit England und Frankreich aneinandergeraten würde, trat nicht ein.“²⁸

Auch in der folgenden Zeit ließ Deutschland nichts unversucht, um die sowjetisch-finnischen Beziehungen zu belasten. Im Frühjahr und Sommer beispielsweise war die deutsche Diplomatie bemüht, die zwischen der UdSSR und Finnland eingeleiteten Verhandlungen über die Gründung einer sowjetisch-finnischen Gesellschaft zur Ausbeutung der Nickelgruben im Raum Petsamo scheitern zu lassen, um selbst 75 Prozent der finnischen Nickelförderung beanspruchen zu können. Wegen mehrfacher sowjetischer Proteste sah sich die deutsche Regierung veranlaßt zurückzustecken und traf Ende Juli 1940 mit der finnischen Regierung eine Vereinbarung darüber, daß Finnland 60 Prozent des in Petsamo geförderten Nickelerzes an Deutschland liefert.²⁹ Diese Verpflichtung Finnlands war müdem sowjetisch-finnischen Friedensvertrag vom 12. März 1940 kaum vereinbar. Doch [242:] Finnland war bereits zum Handlanger Deutschlands bei der Vorbereitung der geplanten Aggression gegen die UdSSR geworden.

Die intensiven Bemühungen der UdSSR, den kleinen nordeuropäischen Ländern beizustehen, waren integraler Bestandteil ihres Kampfes gegen die expansionistischen Ambitionen Hitlerdeutschlands. Als nach der Intervention Hitlerdeutschlands in Norwegen und Dänemark auch Schweden bedroht war, wurde der deutschen Regierung über den deutschen Botschafter in Moskau am 13. April 1940 mitgeteilt, daß die Sowjetregierung „an der Aufrechterhaltung der Neutralität Schwedens ganz entschieden interessiert ist“ und „den Wunsch zum Ausdruck bringt, daß die schwedische Neutralität nicht verletzt wird“³⁰. Am 15. April 1940 sah sich das Auswärtige Amt daraufhin veranlaßt, von der Schulenburg zu beauftragen, der Sowjetregierung zu übermitteln, daß „es nicht unsere Absicht (sei), unsere militärische Aktion im Norden auf schwedisches Gebiet zu erstrecken. Wir seien vielmehr

²⁵ ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 273.

²⁶ A. a. O., S. 397.

²⁷ A. a. O., S. 718.

²⁸ I. F. Filippow, Sapiski o „Tretj em Rejche“, Moskau 1970, S. 49.

²⁹ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 54 f., 72, 90 f., 301 f.

³⁰ M. Andrejewa/K. Dmitrijewa, „Sowjetski sojus i neutralitet Schwecii w gody wtoroi mirowoi woiny“, Meshdunarodnaj a shisn, 1959/9, S. 92. Vgl. auch: ADAP, Serie D, Bd. IX, Frankfurt/M. 1962, S. 123.

entschlossen, die Neutralität Schwedens unbedingt zu respektieren, solange Schweden auch seinerseits strikte Neutralität beobachte und die Westmächte nicht unterstütze.“³¹

In Südosteuropa aktivierte das faschistische Deutschland seine antisowjetische Tätigkeit vor allem in Rumänien. Der rumänische Außenminister Ion Gigurtu erklärte am 24. Juni 1940 gegenüber dem Gesandten der USA in Bukarest, Franklin M. Gunther, daß Bukarest hoffe, demnächst eine größere Menge deutscher Waffen zu erhalten, wodurch Rumänien in der Lage sein werde, mindestens vier Monate gegen die UdSSR Krieg führen zu können. Er hoffe, sagte Gigurtu, auf die Hilfe italienischer Fliegerkräfte.³²

Deutschland war absolut nicht daran interessiert, daß sich die sowjetisch-rumänischen Beziehungen weiter verschärften und möglicherweise ein bewaffneter Konflikt entstehen würde.

In Berlin fürchtete man um die für Deutschland strategisch wichtigen Erdöllieferungen aus Rumänien. Auf Grund dieser Tatsache vermochte die Sowjetunion einer Kollision mit Deutschland in Südosteuropa auszuweichen, mögliche Maßnahmen Berlins hinsichtlich der „bessarabischen Frage“ zu neutralisieren und Berlin darüber hinaus zu veranlassen, die Rumänien unterbreiteten sowjetischen Vorschläge über die Regelung dieses Problems zu berücksichtigen. Am 25. Juni 1940 bat das Auswärtige Amt von der Schulenburg, W. M. Molotow zu informieren, daß „die Reichsregierung ihrerseits bereit (wäre), ... gegebenenfalls der Rumänischen Regierung zu einer friedlichen Bereinigung der Bessarabischen Frage im russischen Sinne zu raten“³³. Zugleich versuchte die deutsche Diplomatie verstärkt, in den rumänischen herrschenden Kreisen Nationalismus und Re-[243:]vanchismus zu schüren, um das Land weiter auf antisowjetische Positionen festzulegen.

Auch im südlichen Vorfeld der UdSSR manövrierte die deutsche Diplomatie. Deutschland stellte insbesondere der Türkei neue Territorien in Aussicht, versprach ihr die Wiedereingliederung einiger arabischer Staaten in das „Osmanische Reich“, die Ankara im Ergebnis des ersten Weltkrieges eingebüßt hatte, sowie die Übergabe bestimmter in unmittelbarer Nähe der Dardanellen gelegener griechischer Inseln im Ägäischen Meer.³⁴ Berlin war sich darüber im klaren, daß ein Bündnis der Türkei mit der UdSSR das größte Hindernis sein würde, die eigenen Pläne mit der Türkei realisieren zu können. Der Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, wies daher die deutsche Botschaft in Ankara an, nichts zu unternehmen, was eine direkte Annäherung zwischen der Türkei und der Sowjetunion begünstigen könnte. Folglich sei alles zu tun, „daß die Türkei in Furcht vor der Sowjetunion bleibt“³⁵.

Den gleichen Kurs verfolgte Deutschland in Iran und Afghanistan. In einem Bericht über die Entwicklung im Jahre 1940 stellte der Botschafter der UdSSR in Teheran fest: „Der deutsche Einfluß in Iran hat sich bedeutend verstärkt. Der erste Platz, den Deutschland im Außenhandelsumsatz Irans belegt, beweist, welche große Rolle Deutschland in der Wirtschaft Irans zu spielen beginnt. Der Ausbau des Handels zwischen Deutschland und Iran war von einer bedeutenden Erweiterung des deutschen Handelsapparates begleitet. Hunderte von Spezialisten, Geschäftsleuten, Touristen und sonstiger Personen unterschiedlichster Berufe sind in Iran eingetroffen.“

Einer der wichtigsten Faktoren im Kampf der UdSSR gegen die antisowjetische Tätigkeit Deutschlands in ihrem südlichen Vorfeld war der auf die Entwicklung gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Beziehungen mit der Türkei, Iran und Afghanistan gerichtete prinzipielle Kurs der Sowjetregierung, der jedwede Äußerungen des Antisowjetismus in der Politik der herrschenden Kreise dieser Länder entschlossen zurückwies. Diese Politik war für die Türkei, Iran und Afghanistan die einzige Alternative zu den Versuchen der imperialistischen Mächte beider Gruppierungen, sie ihren eigenen politischen, ökonomischen und militärischen Interessen unterzuordnen.

³¹ ADAP, Serie D, Bd. IX, a. a. O., S. 141.

³² Vgl. FRUS. 1940, vol. I, Washington 1959, S. 478.

³³ ADAP, Serie D, Bd. X, Frankfurt/M. 1963, S. 12.

³⁴ Vgl. J. Glasneck/I. Kircheisen, Türkei und Afghanistan – Brennpunkt der Orientpolitik im zweiten Weltkrieg, Berlin 1968, S. 64, 71 f.

³⁵ ADAP, Serie D, Bd. IX, a. a. O., S. 21.

Die außenpolitischen und diplomatischen Schritte, die die Sowjetregierung Mitte 1940 zur Erhöhung ihrer Sicherheit unternahm, hatten das Ziel, die Positionen der UdSSR unmittelbar vor dem militärischen Zusammenstoß mit dem deutschen Faschismus zu stärken. In einer persönlichen Botschaft an Churchill schätzte J. W. Stalin am 18. Juli 1941 die militärstrategischen Aspekte der sowjetischen Maßnahmen wie folgt ein: „Der unerwartete Bruch des Nichtangriffspaktes von Seiten Hitlers und der plötzliche Überfall auf die Sowjetunion, durch den die deutschen Truppen in eine günstige Position versetzt wurden, wirken sich noch [244:] immer auf die Lage der sowjetischen Armeen aus. Man kann' sich leicht vorstellen, um wieviel günstiger die Lage der deutschen Truppen wäre, wenn die sowjetischen Streitkräfte diesen Angriff nicht längs der Linie Kischinjow-Lwow-Brest-Bialystok-Kaunas und Wyborg, sondern entlang der Linie Odessa-Kamenez-Podolsk-Minsk und in der Umgebung Leningrads hätten abwehren müssen.“³⁶

2. Die bilateralen Beziehungen mit Deutschland – Aspekte des Handels und der Wirtschaft

Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland waren von ganz besonderer Art. Gegenüber dem britischen Botschafter in Moskau, Sir Richard Stafford Cripps, verglich der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten die sowjetisch-deutschen mit den sowjetisch-britischen Handelsbeziehungen. W. M. Molotow verwies darauf, daß Deutschland weiterhin Industrieausrüstungen an die Sowjetunion liefere, und vermerkte kritisch: „So etwas bringen wir mit England einfach nicht zustande, da die englische Seite ganz im Gegenteil nicht einmal unsere zurückliegenden Bestellungen realisiert hat.“

In relativ kurzer Zeit bezog die UdSSR aus Deutschland außerordentlich wichtige Ausrüstungen. Viele sowjetische Fachleute konnten die deutsche Wirtschaft, darunter auch die Rüstungsindustrie, kennenlernen. Kein anderes kapitalistisches Land, mit dem die UdSSR Beziehungen unterhielt, hatte derartige Möglichkeiten zugestanden. Der Handel mit Deutschland war davon bestimmt, im Interesse der sowjetischen Industrie und der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der UdSSR die ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Ressourcen des künftigen Gegners maximal zu nutzen.

In einem 1977 in der BRD erschienenen internationalen Sammelband wird in diesem Kontext festgestellt: „Auch in den Handelsbeziehungen erwies sich die UdSSR als ein zäher, unnachgiebiger, seine wirtschaftlichen wie auch wehrwirtschaftlichen Interessen konsequent verfolgender Verhandlungspartner. Die in der Forschung oftmals vertretene Meinung ‚einer erheblichen Unterstützung‘ der deutschen Kriegswirtschaft durch sowjetische Lieferungen scheint auf der anderen Seite Art und Umfang der von der UdSSR verlangten und von Deutschland erbrachten Gegenleistungen zu übersehen ... Wenn sich z. B. W. M. Molotow elf Monate später (Ende 1940 – d. Red.) mit der Erfüllung des deutschen Wunsches nach Steigerung der Getreidelieferungen um 10 Prozent einverstanden erklärte, so hatte er seine Zusage an die Bedingung einer adäquaten Erhöhung des Aluminium- und Kobaltimports, also an die Lieferung von Halbfabrikaten geknüpft, an denen es auch im Dritten Reich mangelte. Für die deutscherseits gewünschten zu-[245:]sätzlichen Rohstoffmengen verlangte die UdSSR nicht nur Werkzeugmaschinen oder Lastkraftwagen, sondern auch Rüstungsgerät.“³⁷

Den Behauptungen, die UdSSR erweise Deutschland „Wirtschaftshilfe“, trat die Sowjetregierung entschieden entgegen. Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR betonte in einer Rede, daß Großbritannien und Frankreich weiterhin versuchten, ihre feindseligen Akte gegenüber dem sowjetischen Außenhandel damit zu rechtfertigen, daß „wir mit unserem Handel mit Deutschland letzterem im Krieg gegen England und Frankreich Beihilfe leisten. Man kann sich unschwer davon überzeugen, daß diese Argumente keinen Pfifferling wert sind. Dies zeigt allein schon ein Vergleich zwischen der UdSSR und einem Staat wie beispielsweise Rumänien. Bekanntlich macht dessen Handel mit Deutschland die Hälfte seines gesamten Außenhandelsumsatzes aus, wobei der Anteil der nach Deutschland exportierten nationalen Produktion Rumäniens z. B. bei solchen wichtigen Waren wie Erdöl und Getreide den nach Deutschland gehenden Anteil der nationalen Produktion der UdSSR

³⁶ Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945, Berlin 1961, S. 15.

³⁷ W. Długoborski/Cz. Madajczyk, „Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR“, in: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945. Hrsg. von F. Forstmeier/H. E. Volkmann, Düsseldorf 1977, S. 382.

bei weitem übertrifft. Dessen ungeachtet unternehmen die Regierungen von England und Frankreich keinerlei feindselige Akte gegenüber Rumänien und halten es auch nicht für erforderlich, von Rumänien die Einstellung seines Handels mit Deutschland zu verlangen. Ganz anders verhält man sich jedoch gegenüber der Sowjetunion.“³⁸

Mitte 1941 betrug die Mineralölressourcen Deutschlands insgesamt 10 Mill. t. Davon förderte Deutschland 0,5 Mill. t selbst, 0,8 Mill. t wurden aus den okkupierten Ländern und 8,7 Mill. t aus den mit dem „Dritten Reich“ verbündeten europäischen Ländern, vor allem aus Rumänien, bezogen. Die Mineralölressourcen Deutschlands erhöhten sich damit im Zeitraum 1939 bis 1941 um das 20fache.³⁹ Die Tatsachen beweisen, wie tendenziös die gegenüber der Sowjetunion erhobenen Beschuldigungen sind, sie habe angeblich dazu beigetragen, daß „Deutschland seine äußere Abhängigkeit bei Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu überwinden vermochte“.

Die sowjetische Diplomatie wie auch die Außenhandelsorganisationen der UdSSR erkannten natürlich die politischen Aspekte des Handels mit Deutschland. Im Erfüllungsbericht hin sichtlich des sowjetisch-deutschen Handels- und Kreditabkommens, das am 19. August 1939 abgeschlossen worden war, stellten der Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, A. I. Mikojan, sein Stellvertreter A. D. Krutikow und der Handelsvertreter der UdSSR in Deutschland, J. I. Babarin, fest: „Auffällig ist das abgestimmte Auftreten der deutschen Firmen mit Angeboten auf Anfragen unsererseits, und zwar sowohl hinsichtlich der Preise als auch der Lieferfristen. Die deutschen Firmen benötigen ziemlich lange Zeit, um [246:] unsere Anfragen zu bearbeiten, ohne daß hierfür ein Erfordernis vorliegt. Schlußfolgerung: Das Verhalten der deutschen Firmen im Hinblick auf die Erfüllung unserer Forderungen und aller Verpflichtungen verlangt von uns größte Aufmerksamkeit und Vorsicht gegenüber den Deutschen. Dies muß um so mehr berücksichtigt werden, da sich im Verhalten der deutschen Firmen gegenwärtig die Politik der deutschen Regierung widerspiegelt.“⁴⁰

Grundlage der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland bildeten zwei Abkommen. Von besonderer Bedeutung war das Kreditabkommen vom 19. August 1939.⁴¹ Es sah vor, sowjetische Aufträge an Deutschland innerhalb von zwei Jahren zu realisieren, dafür einen Kredit in Höhe von 200 Mill. Reichsmark bereitzustellen, und verpflichtete die UdSSR, Waren im Wert von 180 Mill. Reichsmark nach Deutschland zu liefern. Auf den Kredit wurden 5 Prozent Zinsen erhoben. Seit Oktober 1939 fanden zwischen der UdSSR und Deutschland Verhandlungen statt, die am 11. Februar 1940 mit der Unterzeichnung eines Wirtschaftsabkommens abgeschlossen wurden. Das Abkommen sah vor, daß die UdSSR Rohstoffe exportiert, während Deutschland der Sowjetunion Fertigwaren, darunter auch Waffen, liefert.⁴²

Wie die Sowjetunion die Möglichkeiten nutzte, die sich ihr in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland boten, zeigt beispielsweise die Tätigkeit sowjetischer Luftfahrtspezialisten, die mit einer Handelsdelegation unter Leitung des Volkskommissars für Schwarzmetallurgie I. F. Tewosjan Deutschland besuchten. Die sowjetischen Spezialisten der Gruppe Luftflotte hatten den Auftrag, sich mit der deutschen Flugzeugtechnik vertraut zu machen und Objekte für den Ankauf auszuwählen. Der Delegation gehörte auch der namhafte Flugzeugkonstrukteur A. S. Jakowlew an. Er schreibt in seinen Memoiren über diese Reise: „In den ersten Tagen unseres Berlinaufenthalts empfing uns Generaloberst (Ernst) Udet, ein Stellvertreter des Reichsministers der Luftfahrt Hermann Göring. Der Generalluftzeugmeister Udet war Chef des Technischen Amtes im Luftfahrtministerium und unterhielt engste Beziehungen zu Messerschmidt, Dornier, Heinkel und anderen Magnaten des Flugzeugbaus ... Von Anfang an versprach er, uns auf Görings Anweisung alle Flugzeuge, Motoren und Ausrüstungen der deutschen Luftwaffe zu zeigen ... Übrigens wunderte auch ich mich über die

³⁸ Schestaja sessija Werchownojo Sowjeta SSSR. 29 marta-4 aprelja 1940g. Stenografitscheski ottschot, Moskau 1940, S. 28.

³⁹ Vgl. D. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. I, Berlin 1969, S. 223.

⁴⁰ Zit. nach: P. Sewostjanow, „Nakanunje welikoi bitwy. Sentjabr 1939g.-ijun 1941g. (dokumentalny ottscherk)“, Meshdunarodnaja shisn, 1978/3, S. 112.

⁴¹ Vgl. ADAP, Bd. VII, Baden-Baden 1956, S. 118 ff.

⁴² Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 599 ff.; Ursachen und Folgen ..., a. a. O., S. 480 ff.

Offenheit bei der Vorführung der sonst so streng geheimgehaltenen Waffenart“, bemerkt A. S. Jakowlew und fährt fort: „Vielleicht machte man uns wirklich etwas vor, um altes Eisen loszuwerden? Nach reiflicher Überlegung beschlossen wir jedoch, keine voreiligen Schlüsse zu ziehen und erst einmal die Flugzeugwerke zu besuchen. Tatsächlich beseitigte die Fahrt zu den Werken viele unserer Zweifel. Die Serienproduktion von Flugzeugen und Triebwerken, die technologische Ausrüstung der Hallen bestätigten: Was wir in Johannisthal ge-[247:]sehen hatten, bildete die Grundlage der technischen Ausrüstung der Luftwaffe.“⁴³

Höchst aufschlußreich war auch der politische Aspekt derartiger Kontakte. Als die Delegation nach Moskau zurückgekehrt war, wurde A. S. Jakowlew sofort von J. W. Stalin empfangen und von ihm aufgefordert, „ausführlich über die Reise zu berichten ... Stalin fragte ausführlich nach der Bewaffnung der deutschen Flugzeuge- nach Bordwaffen und Bomben-, wollte auch wissen, inwieweit die flugtechnischen Eigenschaften der deutschen und der sowjetischen Flugzeuge zu vergleichen seien.“⁴⁴

In den Kontakten mit den deutschen Vertretern vertrat die sowjetische Seite hinsichtlich der ökonomischen Fragen konsequent die Interessen der UdSSR. Dieses prinzipielle Herangehen blieb auch Deutschland nicht verborgen. Am 19. Dezember 1939 schickte der deutsche Delegationsleiter, der Botschafter zur besonderen Verwendung Dt. Kar I Ritter, folgendes Telegramm über die Vorbereitung des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsabkommens aus Moskau nach Berlin: „Heutige erste Aussprache mit Mikojan hat zu vorauszusehenden Schwierigkeiten geführt. Mikojan bestand darauf, daß die deutschen Gegenlieferungen so gut wie ganz aus militärischen Lieferungen zu bestehen hätten. Die Sowjetregierung verlangte eine positive Antwort für gesamte in Berlin übergebene militärische Liste, und zwar auch für die in Berlin endgültig abgelehnten Einzelobjekte. Bekanntlich sind von uns in Berlin folgende wichtigste Objekte abgelehnt worden: die beiden Kreuzer ‚Seydlitz‘ und ‚Prinz Eugen‘, Pläne Schlachtschiff ‚Bismarck‘, schwere Marineartillerie, 24 cm Kanone, modernste Minen und Torpedos, Werkzeugmaschinen zur Herstellung von Artilleriemunition. Nur in Lieferung gesamter Liste könne Sowjetregierung ein ausreichendes Äquivalent für Rohstofflieferungen sehen.“⁴⁵

Nachdem der Überfall auf die Sowjetunion endgültig beschlossen war, versuchte Berlin mehrfach, den Handel mit der UdSSR zu Ablenkungsmanövern auszunutzen. Der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), General der Infanterie Georg Thomas, fügte in seinem Buch „Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45)“ eine Aktennotiz betreffs einer Besprechung bei Reichsmarschall Hermann Göring am 14. August 1940 bei. In ihr heißt es: „Staatssekretär Landfried* wird fordern, daß die Russenlieferungen mit in die 1. Dringlichkeitsstufe aufgenommen werden. Ich bat, diese Forderung abzulehnen, da sonst die wichtigsten Rüstungsaufgaben darunter leiden würden. Der Reichsmarschall entschied, mich [248:] dafür einzusetzen, daß die Lieferungen bis zum Frühjahr 1941 planmäßig erfolgen. Ab Frühjahr 1941 hätten wir an einer vollen Befriedigung der russischen Wünsche kein Interesse mehr.“⁴⁶

Zugleich empfahl das Auswärtige Amt den deutschen Firmen, die sowjetischen Bestellungen auch dann anzunehmen, wenn es nicht möglich sei, sie innerhalb der vertraglich vereinbarten Fristen zu realisieren. Die deutsche Seite, die einerseits den Anschein erwecken wollte, ihren Verpflichtungen nachzukommen, war andererseits bemüht, die Ausrüstungslieferungen an die UdSSR zu hintertreiben.

Angesichts dieser Bedingungen wirkten die sowjetische Diplomatie und die Außenhandelsorganisationen verstärkt darauf hin, aus den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland politischen Nutzen zu ziehen. Im November 1940 fanden in Moskau neue Handelsgespräche statt. Die

⁴³ A. Jakowlew, Ziel des Lebens (Aufzeichnungen eines Konstrukteurs), Moskau/Berlin 1982, S. 185 f. Vgl. auch P. A. Shilin, Kak faschistskaja Germanija gotowila napadenije na Sowjetski Sojus (Rastschoty i prostschoty), Moskau 1966, S. 216 f.

⁴⁴ A. Jakowlew, Ziel des Lebens ..., a. a. O., S. 188 f.

⁴⁵ ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 438.

* (Dr. Friedrich Walter Landfried [1884-1952], 1933-1944 Staatssekretär im Preußischen Finanzministerium, 1939-1944 zugleich Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium.)

⁴⁶ G. Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45). Hrsg. von W. Birkenfeld, Boppard am Rhein 1966, S. 513 (Anhang Nr. 4).

UdSSR beharrte darauf, daß sich der erhöhte deutsche Export in die UdSSR ausschließlich aus Werkzeugmaschinen und Industrieausrüstungen zusammensetzen sollte, an denen ein hoher Bedarf bestand. Dies wurde in dem Telegramm, das der deutsche Verhandlungsführer, der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt Dr. Karl Schnurre, am 27. November aus Moskau nach Berlin sandte, ausdrücklich durch das Zitieren einer Äußerung Molotows vom Vortrag hervorgehoben: „Sowjetunion wünsche nur Dinge von uns zu kaufen, die sie dringend brauche.“⁴⁷

Nach dem Berlinbesuch W. M. Molotows vom 12./13. November 1940 blieb A. S. Jakowlew, inzwischen Stellvertreter des Volkskommissars für Flugzeugindustrie, verantwortlich für Wissenschaft und Experimentalbau, der der sowjetischen Delegation als Wirtschaftsexperte beigeordnet gewesen war, noch zwei Wochen in Deutschland, um weitere deutsche Flugzeugwerke zu besuchen. „In Moskau wurde ich sofort, so gut wie gleich vom Bahnhof, in den Kreml beordert“, schreibt A. S. Jakowlew. „Stalin wollte wie auch früher unbedingt wissen, ob die Deutschen uns nicht betrügen, wenn sie uns Flugzeuge verkaufen. Ich erklärte, daß ich nach dieser dritten Reise fest davon überzeugt bin, daß die Deutschen uns den wahren Stand ihrer Flugzeugtechnik gezeigt hatten und daß die von uns erworbenen Muster: die Flugzeuge Messerschmidt 109, Heinkel 100, Junkers 88, Dornier 215 und andere- den derzeitigen Stand der deutschen Luftwaffe widerspiegelten ... Ich äußerte die feste Überzeugung, daß die deutschen Faschisten, durch die ersten Erfolge bei der Eroberung Europas geblendet, nicht im entferntesten daran dachten, die Russen könnten es mit ihnen aufnehmen ... Spät in der Nacht sagte Stalin, bevor er mich entließ: ‚Sorgen Sie dafür, daß unsere Leute die deutschen Flugzeuge studieren. Vergleichen Sie diese Maschinen mit unseren Neuentwicklungen. Sie müssen lernen, sie zu bekämpfen.‘“⁴⁸

[249:] „Jeder Tag Friedenspause kam uns zupfuß“, stellte A. S. Jakowlew rückblickend fest.

„Für unsere Flugzeugindustrie war dieser Zeitgewinn von besonderem Wert: Er hatte ermöglicht, in den Jahren 1939/40 neue; durchaus moderne Kampfflugzeuge zu entwickeln und bis 1941 deren Serienproduktion aufzunehmen.“⁴⁹

Das Herangehen der Sowjetregierung an das zwischen der UdSSR und Deutschland vom 11. Februar 1940 bis 22. Juni 1941 bestehende Wirtschaftsabkommen zeigte, daß die sowjetische Seite alles tat, um die Wirtschaft Deutschlands zu nutzen, die Verteidigungskraft der UdSSR zu erhöhen. Insgesamt lieferte Deutschland auf der Grundlage des Wirtschaftsabkommens Waren im Wert von 287,7 Mill. Reichsmark an die UdSSR.⁵⁰

3. Die zunehmende Bedrohung durch den deutschen Faschismus

Nach der Niederlage Frankreichs und der Okkupation einer Reihe weiterer Länder näherte sich Hitlerdeutschland der Hauptetappe seines Kampfes um die Erringung der Weltherrschaft. Die geopolitischen Kalkulationen der faschistischen Führung liefen darauf hinaus, daß in der östlichen Hemisphäre nur noch eine einzige Kraft existierte, die ihre Pläne durchkreuzen könnte. Der Krieg gegen die Sowjetunion, die Grundidee des internationalen Programms des Faschismus, wurde zur unmittelbaren operativen Aufgabe.

Der namhafte englische Historiker Hugh Redwald Trevor-Roper wies darauf hin, daß Deutschland, hätte es die UdSSR besiegt, die dominierende Kraft in Europa geworden wäre. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, daß Hitler seine Absichten von Anfang an nicht verheimlicht hat: „Ziel der Ostpolitik ist es, neue Siedlungsräume für einhundert Millionen Deutsche zu erschließen.“⁵¹ Barry L. Leach, ein anderer britischer Wissenschaftler, nimmt in seinem Buch „German Strategy against Russia“ auf eine Rede Bezug, die Hitler 1932 vor einem ausgewählten Personenkreis über „Die Ostpolitik Deutschlands in der Zukunft“ gehalten hatte: „Ich folge nicht im Osten und Südosten General Luden-

⁴⁷ ADAP, Serie D, Bd. XI.2, Bonn 1964, S. 603.

⁴⁸ A. Jakowlew, Ziel des Lebens ..., a. a. O., S. 231 f.

⁴⁹ A. a. O., S. 233

⁵⁰ Vgl. P. Sewostjanow, „Nakanunje welikoi bitwy ...“, a. a. O., S. 113.

⁵¹ Zit. in: H. R. Trevor-Roper, „A. J. P. Taylor, Hitler and the War“, in: W. R. Louis (ed.), The Origins of the Second World War: A. J. P. Taylor and his Critics, New York 1972, S. 52, vgl. auch: H. R. Trevor-Roper, „Hitlers Kriegsziele“, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1960/2, S. 125, 129 f.

dorff noch sonst jemandem ... wir denken nicht in erster Linie wirtschaftlich. Selbstverständlich brauchen wir den Weizen, das Öl und die Erze dieser Länder. Woran wir denken ist, unsere Herrschaft für alle Zeit aufzurichten und so zu verankern, [250:] daß sie für ein Jahrtausend gesichert steht.“⁵² Daraus schlußfolgernd kommt er zu der Einschätzung: „Der Eroberungskrieg gegen Rußland war für Hitler das Hauptmittel zur Verwirklichung seines Traums vom ‚Lebensraum‘. Und dies nicht nur, weil es über ein gewaltiges Territorium, reich an Bodenschätzen, verfügt, sondern auch deshalb, weil ‚es das Zentrum des Bolschewismus‘ war ...“⁵³ Der BRD-Historiker Eberhard Jäckel analysiert in seinem Buch „Frankreich in Hitlers Europa“ die expansiven Zielvorstellungen Hitlers, die bereits in dessen Hauptwerk „Mein Kampf“ (1926/27) entwickelt wurden. Hit! er forderte hier „das ewige und an sich so unfruchtbare Ringen zwischen uns und Frankreich zum Abschluß zu bringen; allerdings unter der Voraussetzung, daß Deutschland in der Vernichtung Frankreichs wirklich nur sein Mittel sieht, um danach unserem Volke endlich *an anderer Stelle die mögliche Ausdehnung geben zu können*“. (Hervorhebung – P. S.) Diese programmatischen Thesen Hitlers führen Jäckel zu folgender durchaus überzeugender Schlußfolgerung: „Mit ihnen war zugleich endgültig die Reihenfolge der einzelnen Schritte in Hitlers Programm festgelegt. Es gliederte sich nunmehr in drei große Phasen. In der ersten geht es um die Aufrüstung im Innern und den Bündnisabschluß mit England und Italien. Sie wird ‚Deutschland die Möglichkeit geben, in aller Ruhe diejenigen Vorbereitungen zu treffen, die im Rahmen einer solchen Koalition für eine Abrechnung mit Frankreich so oder so getroffen werden müßten.‘ In der zweiten Phase kommt es dann – so oder so – zum Kriege mit Frankreich. Dadurch wird nicht nur die französische Hegemoniebestrebung in Europa, sondern zugleich die Flankenbedrohung Deutschlands während seiner Ostexpansion beseitigt ... Nach der Vernichtung Frankreichs kann dann in der dritten und letzten Phase der große Eroberungskrieg gegen Rußland stattfinden, militärisch nur noch ein leichtes Werk, denn nichts steht ihm mehr im Wege.“⁵⁴

Am 21. Juli 1940 befahl Hitler in einer Besprechung mit den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile, die Operationsplanung für den Angriff auf die Sowjetunion zu beginnen.⁵⁵ Am 31. Juli 1940 wurden auf der nächsten großen Besprechung Hitlers mit den Oberbefehlshabern der Wehrmachtsteile auf dem Berghof die strategischen Ziele, die Gesamtkonzeption des Krieges sowie die beabsichtigten Termine präzisiert. Hitler verkündete auf dieser Beratung seinen „Entschluß: ... Rußland (muß) erledigt werden. Frühjahr 1941.“⁵⁶ Im Rahmen dieser ersten Planungsvorstellungen sollte der Krieg gegen die UdSSR im Mai 1941 beginnen und nach fünfmonatiger Dauer im Herbst 1941 abgeschlossen sein.

[251:] Mitte November 1940 erarbeitete das deutsche Oberkommando einen bereits detaillierten Plan für den Krieg gegen die Sowjetunion, der zunächst die Tarnbezeichnung „Otto“ erhielt. Bis in die zweite Dezemberhälfte wurden die strategischen Zielstellungen des Planes vervollständigt und weiter präzisiert.⁵⁷

Entsprechend der unmittelbaren Vorbereitung auf den Krieg gegen die UdSSR, verlagerten sich etwa ab August 1940 die außenpolitischen Aktivitäten Deutschlands. Sie konzentrierten sich auf nur noch wenige Richtungen.

Erstens sollte die Koalition der Aggressormächte gefestigt und die Rolle Deutschlands als Führungsmacht gestärkt werden.

Zweitens mußte die Vorbereitung der geographischen Aufmarschräume gegen die UdSSR abgeschlossen, die volle Hegemonie Deutschlands in Osteuropa und dem Balkan gewährleistet und die deutschen Positionen in den südlichen Nachbarländern der UdSSR gestärkt werden.

⁵² Zit. nach: H. Rauschning, Gespräche mit Hitler, Zürich/Wien/New York 1940, S. 43 f.

⁵³ B. L. Leach, German Strategy against Russia, 1939-1941, London 1973, S. 12.

⁵⁴ E. Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 19 f. (Das Zitat innerhalb des Zitats ist ebenfalls Hitlers „Mein Kampf“ entnommen – d. Red.)

⁵⁵ Vgl. F. Halder, Kriegstagebuch, Bd. II, Stuttgart 1963, S. 32 f.; Fall Barbarossa, Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), Berlin 1970, S. 70 f.

⁵⁶ F. Halder, Kriegstagebuch, Bd. U, a. a. O., S. 49; Fall Barbarossa ..., a. a. O., S. 72.

⁵⁷ Vgl. Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 284 f.

Drittens wurde angestrebt, die UdSSR international zu isolieren.

Viertens sollte die Sowjetunion davon abgehalten werden, ihre Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit weiter zu erhöhen. Dazu mußte die Illusion erweckt werden, daß ihr von Deutschland keine Gefahr drohe.

Bereits am 19. September entschloß sich Hitler, in den nächsten Wochen eine deutsche Division nach Rumänien zu verlegen.⁵⁸ Entsprechend dem Bericht des OKW an das Auswärtige Amt über den Führerentscheid in der Frage der Militärmission Rumänien vom 20. September 1940 war es Aufgabe der deutschen Militärmission in Rumänien, „das Ölgebiet gegen Zugriff einer dritten Macht und vor Zerstörung ... (zu) schützen“ und „für den Fall eines ... Krieges mit Sowjetrußland den Einsatz deutscher und rumänischer Kräfte von Rumänien aus vorzubereiten“⁵⁹.

Am 22. September 1940 schloß Deutschland mit Finnland ein Abkommen, das den Transit deutschen Kriegsmaterials unter Begleitschutz deutscher Truppen über finnisches Territorium nach Nordnorwegen gestattete.⁶⁰ Deutsche Einheiten wurden auch in Finnland stationiert.

Am 27. September 1940 schlossen Deutschland, Italien und Japan den Dreimächtepakt ab. Dem Pakt zufolge übernahmen die Aggressorstaaten „die Verpflichtung, sich mit allen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Mitteln gegenseitig zu unterstützen, falls einer der drei Vertragsschließenden Teile von einer Macht angegriffen wird, die gegenwärtig nicht in den europäischen oder in den chinesisch-japanischen Konflikt verwickelt ist“⁶¹. Entsprechend Artikel 3 und 4 des Dreimächtepaktes und weiterer geheimer Vereinbarungen sollte durch gemeinsame technische Kommissionen ein ganzer Mechanismus geschaffen werden, um die Politik der Vertragsparteien auf dem Gebiet der Land- und Seekrieg-[252:]führung, in wirtschaftlichen Fragen, der Rüstungstechnologie, der gegenseitigen Versorgung mit militärischen Ausrüstungen, technischem Personal und Menschen zu koordinieren. Das politische Wesen des Paktes bestand darin, die Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung der drei aggressiven imperialistischen Mächte im Kampf um die Weltherrschaft und die Neuaufteilung der Welt zu sichern. Dieser Pakt richtete sich vorrangig gegen Großbritannien und die USA, aber auch gegen die UdSSR, selbst wenn man dessen antisowjetische Tendenz durch den Passus zu kaschieren versuchte, daß die „vorstehenden Abmachungen in keiner Weise den politischen Status berühren, der gegenwärtig zwischen jedem der drei Vertragsschließenden Teile und Sowjet-Rußland besteht“⁶². „Das mit dem Pakt verfolgte Ziel besteht darin, ... eine neue Kräfteverteilung in Europa und im Fernen Osten herbeizuführen. Als Mittel kommen der Kampf gegen Amerika und die Ausschaltung der Sowjetunion in Frage“⁶³, telegraphierte der deutsche Botschafter in Japan, Generalmajor Eugen Ott, am 4. Oktober 1940 nach Berlin. Auch die japanische Führung vertrat im Prinzip die gleiche Auffassung. Noch während der Verhandlungen in Vorbereitung des Paktes erklärte der japanische Außenminister, Yôsuke Matsuoka: „Auch im Falle des Bestehens eines Nichtangriffsvertrags wird Japan bei Ausbruch eines sowjetisch-deutschen Krieges Deutschland Hilfe leisten, während Deutschland im Falle eines russischjapanischen Krieges Japan zu Hilfe kommen wird.“⁶⁴

4. Die politische Konfrontation zwischen der UdSSR und Deutschland im November 1940

„Gedankenaustausch“ auf höchster Ebene

Die im November 1940 erfolgten direkten Kontakte zwischen den führenden Persönlichkeiten beider Länder sollten in den sowjetisch-deutschen Beziehungen zentrale Bedeutung erlangen.

⁵⁸ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. XI, Bonn 1964, S. 116 f.; vgl. hierzu auch 4. Kapitel, Abschnitt 1.

⁵⁹ A. a. O., S. 123 f.

⁶⁰ Vgl. a. a. O., S. 127 f.

⁶¹ Handbuch der Verträge 1871- 1964, Berlin 1968, S. 317.

⁶² Ebenda.

⁶³ Zit. nach: W. I. Israeljan/L. N. Kutakow, *Diplomatija aggressorow. Germano-italo-japonski faschistski blok. Istoriya jego wosniknowenija i kracha*, Moskau 1967, S. 89 f. (Das zitierte Dokument befindet sich im Archiv der Außenpolitik der UdSSR, f. 4366, d. 14, 1.171.)

⁶⁴ Zit. nach: M. Raginski/S. Rosenblit, *Meshdunarodny prozess glawnych japonskich wojennyh prestupnikow*, Moskau 1950, Beilage, S. 242.

Diese Kontakte wurden in Berlin als außenpolitische Höhepunkte deklariert, um die politische Aufmerksamkeit der UdSSR einzuschläfern, das heißt sie davon abzubringen, die Sicherheit an ihren Westgrenzen weiter zu erhöhen sowie eine Kollision der UdSSR mit Großbritannien herbeizuführen.

[253:] Am 18. Oktober 1940 richtete der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop an den Generalsekretär der KPdSU (B), J. W. Stalin, ein offizielles Schreiben. Darin versuchte Berlin, sein Handeln hinsichtlich Rumäniens und Finnlands, des Dreimächtepaktes und anderem zu rechtfertigen. In diesem Schreiben wurde W. M. Molotow eingeladen, Deutschland einen offiziellen Besuch abzustatten, damit „der Führer Gelegenheit (habe), seine Gedankengänge Herrn Molotow persönlich über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen unserer beiden Länder zu entwickeln“⁶⁵. Daß diese deutsche Initiative ein ausgesprochenes Ablenkungsmanöver war, bewies die von Hitler am 12. November 1940, einen Tag vor Gesprächsbeginn, unterzeichnete Weisung Nr. 8 über die „vorbereitenden Maßnahmen des Oberkommandos für die Kriegführung der nächsten Zeit“. In Abschnitt 5 dieser Weisung wird unterstrichen: „Politische Besprechungen mit dem Ziel, die Haltung Rußlands für die nächste Zeit zu klären, sind eingeleitet. Gleichgültig, welches Ergebnis diese Besprechungen haben werden, sind alle schon mündlich befohlenen Vorbereitungen für den Osten fortzuführen.“⁶⁶

Im Zusammenhang mit ihrer propagandistisch hochgespielten Initiative leitete die deutsche Führung eine weitere zynische Kampagne „sowjetisch-deutscher Freundschaft“ ein. „Über inoffizielle Kanäle wurden von ihnen die unwahrscheinlichsten Erfindungen in der Absicht in Umlauf gesetzt, die öffentliche Meinung der Welt bezüglich des Charakters der bevorstehenden sowjetisch-deutschen Verhandlungen in die Irre zu führen. Summiert man alle jene Gerüchte, die im Zusammenhang hiermit in der deutschen Hauptstadt kolportiert wurden, so betrafen sie buchstäblich alle Probleme, die sich ein hitziges Gemüt oder ein Mensch mit ungezügelter Phantasie vorzustellen vermochte. Es hieß beispielsweise, daß die Sowjetunion mit Deutschland die Lage auf dem Balkan erörtern werde, daß die UdSSR sich um die Erringung einer stabilen Position im Nahen und Mittleren Osten bemühe und sich über Iran und Afghanistan Zugang nach Indien zu verschaffen beabsichtige. Man behauptete, Rußland trachte danach, sich in den Besitz der Dardanellen zu bringen, um den freien Zugang zum Mittelmeer zu erlangen. Journalisten, die skeptischer dachten, gaben der Meinung Ausdruck, daß diese Begegnung nicht über den Rahmen einer protokollarischen Visite hinausgehen werde, und daß nur von dem unterzeichneten sowjetisch-deutschen Handelsabkommen auf Grund der angeblich nur schleppenden Erfüllung der übernommenen vertraglichen Verpflichtungen die Rede sein werde. Einige andere erklärten dagegen, daß sich die Sowjetunion dem ‚Dreierpakt‘ anschließen wüsche. Das in Berlin erscheinende Bulletin von United Press schrieb, daß die bevorstehenden Berliner Verhandlungen das Vorspiel zu einer Viermächtekonferenz UdSSR-Deutschland-Japan-Italien bilden.“⁶⁷

Die Sowjetregierung wies die Versuche Berlins, die deutsch-sowjetischen Be-[254:]ziehungen zu verfälschen, entschieden zurück und war entschlossen, den Berlinbesuch zu nutzen, um die künftigen Absichten Hitlers zu sondieren und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die deutsche Aggression so lange wie möglich hinauszuzögern und energisch gegen die militärischen und politischen Maßnahmen zu protestieren, die die Faschisten seit Mitte 1940 in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Staatsgrenze getroffen hatten.

Am 12. November 1940 traf die sowjetische Delegation unter Leitung von W. M. Molotow in Berlin ein. Der bereits zitierte I. F. Filippow, der in seiner Funktion als Leiter der Berliner TASS-Filiale auf dem Anhalter Bahnhof weilte, berichtete: „Fünf Minuten vor Einfahrt des Zuges in den Bahnhof erschien Ribbentrop, begleitet von Generalfeldmarschall Keitel. Einige Minuten später erzitterte der Bahnhof vom Trommelwirbel, der Zug lief ein. Unsere Delegation wurde von Ribbentrop begrüßt, der danach, wie es das Protokoll vorschreibt, dem Leiter der sowjetischen Delegation die zur Begrüßung erschienenen Vertreter der deutschen Regierung und anwesenden Diplomaten vorstellte. In der Bahnhofshalle erklang die hier ungewohnte Melodie der ‚Internationale‘.

⁶⁵ ADAP, Serie D, Bd. XI.2, a. a. O., S. 253.

⁶⁶ A. a. O., S. 446 f.

⁶⁷ I. F. Filippow, Sapiski o „Tretjem Rejche“, a. a. O., S. 124 f.

In einem Wagen unserer Botschaft sitzend, kamen wir im allgemeinen Strom der Autos entlang der Wilhelmstraße nur langsam voran ... Überall herrschte Ordnung. Wie man mir erzählte, hatten die deutschen Behörden der Bevölkerung zuvor untersagt, freundschaftliche Gefühle gegenüber der UdSSR in welcher Form auch immer an den Tag zu legen, wobei die Berliner wohl kaum einer solchen Warnung bedurft hätten, da sie wußten, wie teuer sie ein solches Verhalten zu stehen kommen könnte.“⁶⁸

Vor Eintreffen der sowjetischen Delegation hatte die deutsche Regierung Dokumente vorbereitet, die auch sowjetische Vorschläge berücksichtigten. Dabei handelte es sich um den „Entwurf eines Abkommens zwischen den Staaten des Dreimächtepaktes und der Sowjetunion“ sowie um zwei damit verbundene Geheime Protokolle. Der deutsche Entwurf sah in demagogischer Weise vor, daß die Vertragspartner vereinbaren, „der Ausdehnung des Krieges zu einem Weltkonflikt mit allen Mitteln entgegenzutreten und für eine baldige Wiederherstellung des Weltfriedens zusammenzuarbeiten ... Die Sowjetunion erklärt sich mit dieser Zielsetzung des Dreimächtepakts solidarisch und ist ihrerseits entschlossen, mit den drei Mächten auf dieser politischen Linie zusammenzuarbeiten“. Weiter hieß es in Artikel II und III dieses Entwurfs, daß sich die vier Mächte verpflichten, „ihre natürlichen Interessensphären gegenseitig zu respektieren“. Sie werden „sich wirtschaftlich nach jeder Richtung hin unterstützen und die zwischen ihnen bestehenden Abmachungen ergänzen und erweitern“⁶⁹. Dem Entwurf des Geheimen Protokolls Nr. 1 zufolge sollte die UdSSR sich zu folgendem entschließen: „Die Sowjetunion erklärt, daß der Schwerpunkt ihrer territorialen Aspirationen im Süden des Staatsgebietes der Sowjetunion in Richtung des Indischen Ozeans liegt.“⁷⁰

[255:] Die Verhandlungen fanden am 13. und 14. November statt. Der Leiter der sowjetischen Delegation wurde zweimal von Hitler empfangen. Ein echter Dialog kam nicht zustande, da jede Seite ausschließlich von ihren Interessen sprach. Während der ersten Begegnung sprach Hitler hauptsächlich über die allgemeine internationale militärpolitische Situation und strapazierte ein und dieselbe These in allen möglichen Variationen: den bereits entschiedenen Sieg der Achsenmächte über Großbritannien. Er betonte, daß Deutschland das gesamte westeuropäische Festland kontrolliere und gemeinsame deutsch-italienische Aktionen bevorzünde, um Großbritannien endgültig aus dieser Region zu verdrängen. Deshalb bestehe das Wichtigste momentan darin, versuchte Hitler zu begründen, das „britische Kolonialerbe“ aufzuteilen. In diesem Zusammenhang wolle er gern die sowjetischen „Überlegungen“ kennenlernen.

W. M. Molotow ging nicht darauf ein, die imperialistische Geopolitik zu erörtern. Konkret und in aller Schärfe machte er Hitler auf jene Fragen aufmerksam, die die Sicherheit der UdSSR und der anderen osteuropäischen Staaten unmittelbar berührten. W. M. Molotow forderte Hitler auf, die Gründe für die Stationierung deutscher Truppen in Finnland und die Errichtung der deutschen Militärmission in Rumänien zu erläutern. Hitlers Erklärungen in dieser Frage waren rein formal und wurden als unbefriedigend zurückgewiesen.⁷¹

„Als dann begann Hitler erneut, seinen phantastischen Plan für die Aufteilung der Welt zu entwickeln“, schrieb W. M. Bereshkow, damals 1. Sekretär der sowjetischen Handelsvertretung in Berlin, der gemeinsam mit W. M. Pawlow als Dolmetscher tätig war und sowjetischerseits Protokoll führte, in seinen Erinnerungen. „England, so versicherte er, werde in den nächsten Monaten von den deutschen Truppen geschlagen und besetzt werden, die Vereinigten Staaten aber wären auf viele Jahre hinaus außerstande, das ‚neue Europa‘ zu bedrohen. Daher sei es an der Zeit, an eine ‚Neuordnung‘ auf dem ganzen Erdball zu denken. Die deutsche und die italienische Regierung, fuhr Hitler fort, hätten ihre Interessensphären bereits abgesteckt. Dazu gehörten Europa und Afrika. Japan interessiere sich für ostasiatische Gebiete. Hiervon ausgehend, so erläuterte Hitler im weiteren, könnten für die Sowjetunion die Gebiete südlich ihrer Staatsgrenze bis zum Indischen Ozean von Interesse sein. Das würde der Sowjetunion den Zugang zu eisfreien Häfen erschließen.“

⁶⁸ A. a. O., S. 126 f.

⁶⁹ A. a. O., S. 428 f.; ADAP, Serie D, Bd. XI.1, Bonn 1969, S. 428 f.

⁷⁰ A. a. O., S. 429.

⁷¹ Vgl. W. M. Bereshkow, Jahre im diplomatischen Dienst, Berlin 1975, S. 34.

An dieser Stelle wurde Hitler von W. M. Molotow mit der Bemerkung unterbrochen, er sehe keinen Sinn darin, derartige Kombinationen zu erörtern. Die Sowjetregierung sei vor allem an der Sicherung von Ruhe und Ordnung in den Gebieten unmittelbar an den Grenzen der Sowjetunion interessiert.

Hitler reagierte auf diesen Einwurf nicht und fuhr fort, seinen Plan für die Aufteilung des britischen ‚unkontrollierten Erbes‘ darzulegen. Das Gespräch nahm einen etwas sonderbaren Verlauf. Die Deutschen schienen die Worte ihrer Gesprächspartner zu überhören.⁷² So zog sich das Gespräch über zwei Stunden hin.

[256:] Aus Moskau, wo die Mitteilung über das erste Treffen mit Hitler unverzüglich 1 erörtert worden war, wurde die sowjetische Delegation angewiesen: Der deutsche Vorschlag ist kategorisch zurückzuweisen; nach wie vor muß darauf bestanden werden, daß die Fragen, die die Sicherheit der UdSSR unmittelbar betreffen, zu erörtern sind. Beim zweiten Treffen mit Hitler am 14. November, das noch gespannteren Charakter trug, stellte die sowjetische Seite erneut fest, daß Finnland de facto von der deutschen Wehrmacht okkupiert sei. W. M. Molotow wies daraufhin, daß die Sowjetunion über Informationen verfüge, daß deutsche Truppen ihre Stellungen entlang der sowjetischen Grenze befestigen. Deshalb bestehe die Sowjetregierung auf dem unverzüglichen Abzug der deutschen Truppen aus Finnland. Ohne darauf einzugehen erklärte Hitler, daß ein Konflikt im Baltikum „weitreichende Folgen“ nach sich ziehen werde, ging also zu Drohungen über. Danach äußerte er sich in versöhnlicherem Ton dahingehend, daß man nicht über „kleine unwesentliche Fragen“ streiten sollte. Doch gerade darauf bestand die sowjetische Delegation, waren doch diese Probleme von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit der UdSSR. Sie erklärte, daß die Sowjetregierung der Ansicht sei, daß die deutsch-italienischen Garantien, die Rumänien unmittelbar vor den sowjetisch-deutschen Verhandlungen in Berlin gegeben wurden, als gegen die Interessen der UdSSR gerichtet eingeschätzt werden müssen. Die sowjetische Seite forderte, diese Garantien zurückzunehmen. Hitler wies diese Forderung als unerfüllbar zurück.

„Nun stellte W. M. Molotow folgende Frage:

„Was würde Deutschland sagen, wenn die Sowjetunion aus Interesse an der Sicherheit an ihren südwestlichen Grenzen Bulgarien Garantien von der Art der deutsch-italienischen für Rumänien geben würde?“

Diese Bemerkung brachte Hitler aus der Fassung.

„Hat etwa Zar Boris Moskau um Garantien gebeten?“ kreischte er. „Mir ist nichts davon bekannt. Darüber müßte ich mich überhaupt erst mit dem Duce beraten. Italien ist ebenfalls an diesem Teil Europas interessiert. Würde Deutschland nach einem Vorwand für Reibereien mit Rußland suchen, könnte es ihn auch woanders finden“, fügte Hitler drohend hinzu.⁷³

Nach dem Gespräch mit Hitler wurde W. M. Molotow von Ribbentrop empfangen. Während des Gesprächs äußerte Ribbentrop, daß es zweckmäßig wäre, bezüglich der von Hitler aufgeworfenen Fragen einiges „im Prinzip“ zu vereinbaren, und legte den Hauptinhalt der bereits zitierten Dokumentenentwürfe einschließlich der Geheimen Protokolle im Zusammenhang mit dem erwogenen Anschluß der UdSSR an den Dreimächtepakt mündlich dar. Der Volkskommissar fragte seinerseits erneut mit allem Nachdruck, „wann eine Erklärung über die Ziele der Anwesenheit deutscher Truppen in Rumänien und Finnland zu erwarten sei“⁷⁴. Ribbentrop entgegnete verärgert: „diese ‚unwesentlichen Fragen‘“ wie er sich ausdrückte – „sollten, wenn sich die Sowjetregierung noch immer da-[257:]für interessieren, über die üblichen diplomatischen Kanäle erörtert werden“.⁷⁵ Damit waren die Gespräche faktisch abgeschlossen; die sowjetische Delegation kehrte am nächsten Morgen nach Moskau zurück.

⁷² A. a. O., S. 36.

⁷³ A. a. O., S. 43

⁷⁴ A. a. O., S. 49.

⁷⁵ Eben da; dem deutschen Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, wurde in diesem Zusammenhang am 26. November 1940 mitgeteilt, „daß zur Weiterführung der in Berlin begonnenen Verhandlungen von deutscher Seite eine Reihe Bedingungen zu erfüllen wären, und zwar: ‚die deutschen Truppen müßten Finnland unverzüglich

Äußerst aufschlußreich war das protokollarische Zeremoniell bei der Abreise der sowjetischen Delegation. Vom pompösen Verhalten der Gastgeber bei der Ankunft der sowjetischen Delegation, von ihrer offen zur Schau gestellten Freundlichkeit war nichts übriggeblieben. Die Verabschiedung war mehr als kühl, es wurden nur die offiziell üblichen Floskeln ausgetauscht. Entgegen den realen Verhandlungsergebnissen würdigten Rundfunk und Presse des faschistischen Deutschland die Berliner Verhandlungen als von „historischer Bedeutung“. Am 17. November 1940 beispielsweise schrieb die Wochenzeitung „Das Reich“: „Denn das ist das Ergebnis der politischen Strategie des Führers, das in diesen Tagen durch den Besuch des Vorsitzenden des sowjetrussischen Rates der Volkskommissare, Molotow, in Berlin aller Welt vor Augen gestellt wurde: die Kraftfelder Deutschlands, Italiens, Japans und Sowjetrußlands sind aufeinander abgestimmt worden.“⁷⁶ Die propagandistisch lancierten Gerüchte von einem „sowjetisch-deutschen Komplott“ erhielten dadurch neue Nahrung.

Praktische Schlußfolgerungen in Moskau und Berlin

Welche Schlußfolgerungen zogen das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung aus den sowjetisch-deutschen Gesprächen? In einer Information, die der sowjetische Botschafter in London am 17. November 1940 vom Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR erhielt, wird unter anderem festgestellt: „Wie aus den Gesprächen hervorging, möchten die Deutschen unter dem Deckmantel von Sicherheitsgarantien a Ia Rumänien sich der Türkei bemächtigen, uns aber will man mit dem Versprechen einer für uns günstigen Revision der Konvention von Montreux ködern, wobei man uns vorschlägt, ihnen in dieser Angelegenheit behilflich zu sein. Wir haben dem nicht zugestimmt, da wir der Auffassung sind, daß erstens die Türkei unabhängig bleiben muß, und zweitens [258:] das Regime an den Meerengen nur im Ergebnis unserer Verhandlungen mit der Türkei, nicht aber hinter ihrem Rücken verbessert werden kann. Offensichtlich wollen die Deutschen und Japaner uns veranlassen, in Richtung Persischer Golf und Indien vorzustoßen. Wir haben die Erörterung dieser Frage abgelehnt, da wir solche von Deutschland kommenden Ratschläge für unangebracht erachten.“

Darüber hinaus hatte der Berlinbesuch W. M. Molotows der sowjetischen Führung nicht nur Gelegenheit geboten, auf hoher Ebene die Politik Hitlerdeutschlands energisch zurückzuweisen, sondern gleichzeitig konnten auch künftige Absichten der deutschen Regierung sondiert werden. Die sowjetische Führung konnte schlußfolgern, daß ein britisch-deutscher Kompromiß gegen die UdSSR mittlerweile unwahrscheinlich geworden war. Folglich war Großbritannien künftig als möglicher potentieller Verbündeter der UdSSR zu berücksichtigen. Die Balkanstaaten Bulgarien und Rumänien sowie Ungarn waren faktisch Satelliten Deutschlands geworden, die Tschechoslowakei existierte als Staat nicht mehr, und Griechenland stand die Okkupation bevor. Die Türkei, bereits eng mit Deutschland liiert, näherte sich Berlin weiter an. Als einziges Balkanland, das zumindest partiell als potentieller Verbündeter einer Antihitlerkoalition bewertet werden konnte, verblieb Jugoslawien. Auf Grund dieser Schlußfolgerungen verzichtete die Sowjetregierung darauf, die in diesem Zusammenhang von Deutschland aufgeworfenen Fragen weiter zu erörtern, obwohl Ribbentrop wiederholt daran erinnerte.

Die Weigerung der UdSSR, Hitlers Programm zur Neuaufteilung der Welt zuzustimmen und sich dem Dreimächtepakt anzuschließen, die Forderung der Sowjetregierung, die deutschen Truppen aus Finnland abzuziehen und die Expansion in den Regionen einzustellen, in denen die Sicherheitsinteressen der UdSSR unmittelbar tangiert wurden (in Finnland, in Osteuropa, auf der Balkanhalbinsel sowie im südlichen Vorfeld der UdSSR), all das wurde von der deutschen Führung entsprechend eingeschätzt. Berlin wurde mit allem Nachdruck zu verstehen gegeben, daß sich die UdSSR von keinerlei Ablenkungsmanövern; welcher Art auch immer, beeinflussen lassen würde, daß sie die von

verlassen; in den nächsten Monaten müßte die Sicherheit der Sowjetunion durch den Abschluß eines Beistandspaktes zwischen der Sowjetunion und Bulgarien gewährleistet werden'. Schulenburg versprach, die sowjetische Erklärung an seine Regierung weiterzuleiten. Aber eine Antwort traf aus Berlin nicht ein.“ (a. a. O., S. 51; vgl. auch ADAP, Serie D, Bd. XI.2, S. 597 f.) Nach dem Eingang des Telegramms in Berlin erklärte Hitler als Operationsziel im Osten, wie der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Halder, in seinem Tagebuch feststellt: „Russische lebendige Kraft vernichten, regenerationsfähige Körper dürfen nicht mehr vorhanden sein.“ (F. Halder, Kriegstagebuch, Bd. II, a. a. O., S. 210.)

⁷⁶ „Der steile Weg“, Das Reich vom 17.11.1940, S. 2.

Deutschland in Osteuropa ausgehende ernste Beeinträchtigung ihrer Sicherheit durchaus erkannte. In Berlin hatte man endgültig zur Kenntnis nehmen müssen, daß es nicht gelingen würde, die UdSSR und Großbritannien miteinander zu konfrontieren, daß es die sowjetische Seite ablehnte, irgendwelche Kombinationen auch nur in Erwägung zu ziehen, die geeignet sein könnten, die sowjetisch-britischen Beziehungen zu beeinträchtigen. Verallgemeinernd stellte der BRD-Historiker Heinz Holldack fest: „Es lag nicht in den Absichten Moskaus, sich gegen die Westmächte zu engagieren und osteuropäische Ansprüche zugunsten Deutschlands aufzugeben.“⁷⁷

Der britische Botschafter in Moskau, Sir Richard Stafford Cripps, berichtete dem Foreign Office über die Berlinreise W. M. Molotows, daß „die Ergebnisse [259:] des Treffens negativ waren“ und daß „die Russen sich ihre Handlungsfreiheit wahren wollten und auf Hitlers Bemühungen, sie zur Zusammenarbeit im Hinblick auf die deutschen Aktionen auf dem Balkan und im Mittleren Osten zu bewegen, nicht reagierten“⁷⁸. Und Hitler erklärte am 17. März 1941 gegenüber dem türkischen Botschafter in Deutschland, R. Hüsrev Gereke, unumwunden: „Deutschland habe sich bei dieser Gelegenheit (gemeint ist der Besuch W. M. Molotows in Berlin – die Red.) bemüht, Rußland in die große Kombination gegen England miteinzubeziehen.“⁷⁹ Der britische Regierungschef Winston S. Churchill faßte die Verhandlungsergebnisse so zusammen: „Wie erwartet, lehnte die Sowjetregierung das deutsche Projekt ab.“⁸⁰

„Erinnert man sich heute an den Verlauf der sowjetisch-deutschen Verhandlungen, die im Herbst 1940 in Berlin stattfanden“, schrieb W. M. Bereshkow, „so kann man nicht umhin, auf jene Unterstellungen einzugehen, die in der westlichen Presse anlässlich dieses Treffens verbreitet worden sind, ja, auch heute noch auftauchen. Es wird zum Beispiel behauptet, die sowjetische Seite habe damals in Berlin ‚territoriale Ansprüche in Richtung Indischer Ozean‘ gestellt, die Sowjetunion sei in diesem Zusammenhang bereit gewesen, einen ‚neuen Pakt‘ mit Deutschland zu schließen. Das alles ist entweder ein Produkt müßiger Phantasie oder bewußte böswillige Fälschung mit dem Ziel, die Politik des Sowjetstaates zu diffamieren.“⁸¹ Die Forderungen der UdSSR, die deutschen Truppen aus Finnland abzuziehen, ihre berechtigte Sorge auf Grund der deutschen militärischen Präsenz in Rumänien sowie ihr Verlangen, den Nichtangriffspakt einzuhalten, waren Bestandteil der sowjetischen Politik gegen die wachsenden Aktivitäten Deutschlands in den an die UdSSR grenzenden Gebieten. Diesen Kurs verfolgte die Sowjetregierung sowohl vor als auch nach dem Treffen vom November 1940 und nicht nur hinsichtlich jener Länder und Regionen, über die in Berlin gesprochen wurde. So protestierte die UdSSR zum Beispiel gegen den sogenannten II. Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 energisch bei der deutschen Regierung. Der deutsche Botschafter in Moskau, von der Schulenburg, telegraphierte am 1. September 1940 nach Berlin, daß der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR gebeten habe, „die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf Tatsache zu lenken, daß sie durch ihr Vorgehen Artikel 3 Nichtangriffspakts verletzt habe, der Konsultation vorsehe“⁸².

Im Zusammenhang mit den verstärkten Aktivitäten Deutschlands in Nordeuropa ließ die Sowjetregierung die Gesandtin der UdSSR in Schweden, A. M. Kollontai, der schwedischen Regierung erneut ausdrücklich versichern, daß „die unbedingte Anerkennung und Achtung der vollen Unabhängigkeit Schwedens [260:] die unveränderte Haltung der Sowjetregierung verkörpert“⁸³. „Premierminister Per Al bin Hansson nahm unsere Versicherungen mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis“, berichtete A. M. Kollontai dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten. „Er bat mich, der Sowjetregierung für diese für Schweden so wichtige Mitteilung seinen aufrichtigen Dank zu übermitteln.“

⁷⁷ Was wirklich geschah. Die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik. Hrsg. von H. Holldack, München 1949, S. 240 f.

⁷⁸ Zit. nach: E. L. Woodward, *British Foreign Policy in the Second World War*, vol. I, London 1970, S. 146.

⁷⁹ ADAP, Serie D, Bd. XII.1, Göttingen 1969, S. 255.

⁸⁰ W. S. Churchill, *Der zweite Weltkrieg*, Bd. II, Zweites Buch, Stuttgart/Hamburg 1950, S. 321.

⁸¹ W. M. Bereshkow, *Jahre im diplomatischen Dienst*, a. a. O., S. 51 f.

⁸² ADAP, Serie D, Bd. XI.1, a. a. O., S. 1.

⁸³ M. Andrejewa/K. Dimitrejewa, „Sowjetski sojus i neutralitet Schwecii ...“, a. a. O., S. 53.

Sie sei eine moralische Stütze für die Politik des Kabinetts, das bemüht sei, Schweden aus dem Krieg herauszuhalten, und das zugleich wünsche, die freundschaftlichen Beziehungen mit der UdSSR zu festigen ... Der Premierminister hob wiederholt Wert und Wichtigkeit der von mir übermittelten Versicherung hervor.“⁸⁴

Am 7. September 1940 schlossen Schweden und die UdSSR ein Handels- und Zahlungsabkommen ab.⁸⁵ Der sozialdemokratische Senator Georg Branting brachte die in der schwedischen Geschäftswelt herrschende Stimmung zum Ausdruck, als er der sowjetischen Gesandtin erklärte, daß „die Konsolidierung der zwischen Schweden und der Sowjetunion bestehenden gutnachbarlichen Beziehungen durch den Handelsvertrag eine reale Garantie gegen eine ‚friedliche Invasion Schwedens durch Deutschland‘ bildet“⁸⁶.

Trotz der Maßnahmen der UdSSR verstärkte Deutschland seine außenpolitischen Vorbereitungen auf die Aggression.

So richtete der Chef des Generalstabes des deutschen Heeres, Generaloberst Franz Halder, im November 1940 über den deutschen Militärattaché in Budapest, Oberst Günter Grabbe, einen Brief an den Chef des ungarischen Generalstabes, Generaloberst Henrik Werth, in dem er mitteilte, daß „im Frühjahr 1941 die definitive Stellungnahme Jugoslawiens (zur faschistischen ‚Neuordnung Europas‘ – d. Red.) – wenn es sein muß mit Waffen – erzwungen werden soll, um nachher die drohende russische Rückengefahr ausschalten zu können. An diesem eventuell gegen Jugoslawien und mit Bestimmtheit gegen Sowjetrußland gerichteten präventiven Kriege soll Ungarn im eigenen Interesse teilnehmen“, forderte Halder Werth auf.⁸⁷

Deutschland stimulierte auch die antisowjetischen Stimmungen der monarchistischen Oberschicht Bulgariens. In einem Gespräch mit dem bulgarischen Gesandten in Berlin, Parvan Draganoff, forderte Hitler am 23. November 1940, die Politik Bulgariens gegenüber der UdSSR zu verhärten. Er versicherte, daß Bulgarien nichts zu befürchten brauche, wenn sich diese Beziehungen zuspitzten.⁸⁸

In ihrem Bestreben, Bulgarien möglichst schnell in den Dreimächtepakt ein-[261:]zugliedern, versuchte die deutsche Diplomatie, den Versuch Sofias endgültig zu blockieren, die Beziehungen zur UdSSR weiterzuentwickeln. „Man müsse Rußland vor vollzogene Tatsachen stellen“, gab Hitler am 3. Dezember 1940 in einem weiteren Gespräch mit Draganoff zu verstehen. „Träte Bulgarien dem Dreierpakt bei, so würde Rußland automatisch seine Hände von Bulgarien zurückziehen.“⁸⁹

Am Abend des 18. Dezember 1940 unterschrieb Hitler die Weisung Nr. 21 unter dem Decknamen „Fall Barbarossa“, die die allgemeinen Richtlinien für alle Waffengattungen der deutschen Wehrmacht für den Überfall auf die UdSSR enthielt.⁹⁰

Verstärktes Gerede der Nazi Propaganda von „deutsch-sowjetischem Einvernehmen“

Die beginnende unmittelbare Vorbereitung Hitlerdeutschlands auf die Aggression gegen die UdSSR vermochte Berlin durch die aufdringliche Propaganda seiner „guten“, wenn nicht gar „freundschaftlichen“ und „herzlichen“ Beziehungen zur Sowjetunion zu verschleiern. Doch die Motive für diesen Kurs hatten sich inzwischen verändert. Während Diplomatie, Geheimdienst und faschistische Propaganda vor der Niederlage Frankreichs den Mythos vom „sowjetisch-deutschen Einvernehmen“ hauptsächlich deshalb kolportiert hatten, um der britisch-französischen Führung die „Zuverlässigkeit“ des deutschen Hinterlandes im Osten zu demonstrieren, wurde jetzt auf diese These vor allem deshalb zurückgegriffen, um die Aggressionsvorbereitungen gegen die UdSSR zu tarnen und sie in Sicherheit

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ Vgl. a. a. O., S. 94.

⁸⁶ Sbornik torgovych dogovorow, torgovych i plateshnyh soglascheni i dolgosrotschnykh torgovych soglascheni SSSR s innostrannymi gosudarstwami, Moskau 1961, S. 557 ff.

⁸⁷ IMT, Bd. VII, Nürnberg 1947, S. 366 f.

⁸⁸ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. XI.2, a. a. O., S. 565, 567.

⁸⁹ A. a. O., S. 643

⁹⁰ Vgl. Fall Barbarossa ..., a. a. O., S. 140 ff.

zu wiegen. Dieser Linie folgten die Faschisten bis unmittelbar vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion. So deutete der Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers, Otto Meißner, der Anfang Juni 1941, das heißt etwa zwei Wochen vor Beginn des Krieges als Gast eines Mittagessens in der sowjetischen Botschaft in Berlin weilte, an, „daß in der Reichskanzlei neue Vorschläge für die Festigung der sowjetisch-deutschen Beziehungen ausgearbeitet würden, die der ‚Führer‘ Moskau in Kürze zu unterbreiten gedenke“⁹¹. Bezeichnend war auch, daß Deutschland selbst seine Verbündeten lange Zeit desinformierte, obwohl sie dadurch häufig in Widerspruch zu den praktischen Erfordernissen der eingeleiteten direkten Aggressionsvorbereitungen gegen die UdSSR gerieten. Als Beispiel hierfür sei die Botschaft Hitlers angeführt, die er am 31. Dezember 1940 an Benito Mussolini richtete: „Ich möchte dabei einfügen, daß das augenblickliche Verhältnis zur Sowjet-Union ein sehr gutes ist, daß wir vor dem Abschluß eines beide Teile befriedigenden Handelsvertrages stehen und daß also schon die Hoffnung begründet ist, die noch offenen schwierigen Punkte ebenfalls [262:] vernünftig zu lösen.“⁹² Und das schrieb Hitler an seinen „engsten Verbündeten“, nachdem er zwei Wochen zuvor den „Barbarossa-Plan“ bestätigt hatte!

Zur Leipziger Frühjahrsmesse im April 1941 wurde die UdSSR demonstrativ eingeladen, sich zu beteiligen. Im gleichen Monat wurde ein bilaterales Protokoll über die Vermarkung der deutsch-sowjetischen Grenze auf dem Abschnitt von dem Fluß Igorka bis zur Ostsee abgeschlossen.⁹³ Auch in diesem Zusammenhang verbreitete Berlin, daß sich in den sowjetisch-deutschen Beziehungen „einiges Positive“ abzeichne, daß sogar die Möglichkeit bestehe, Delegationen auf höchster Ebene auszutauschen, einschließlich eines Besuchs J. W. Stalins in Berlin. Die beteuerte Friedfertigkeit der Faschisten, ihre verlogenen Deklarationen und heuchlerischen Freundlichkeiten konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in den sowjetisch-deutschen Beziehungen zwei unversöhnliche Gegner diametral gegenüberstanden, die hinsichtlich ihrer strategischen außenpolitischen Entscheidungen ständig mögliche Reaktionen der anderen Seite einkalkulieren mußten.

Allerdings ließen sich seriöse Beobachter selbst in den Deutschland nahestehenden Staaten von den von Berlin lancierten Falschinformationen nicht immer täuschen. So schrieb der ungarische Militärattaché in Deutschland, Sándor Homlok, am 20. Juni 1941 an den ungarischen Generalstabschef Henrik Werth: „Die zwischen Deutschland und Sowjetrußland bestehenden politischen, militärischen und ökonomischen Widersprüche haben sich in einem Maße zugespitzt und gleichzeitig ist das Deutsche Reich ... derart an der Vernichtung Sowjetrußlands als Großmacht interessiert, daß ein Konflikt mit letzterem, soweit wir zu einer solchen Voraussage überhaupt in der Lage sind, unausbleiblich erscheint.“⁹⁴

Über den Sinn der Desinformationskampagne Hitlerdeutschlands bestanden in Moskau keine Illusionen. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang eine Rede, die der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, M. I. Kalinin, am 5. November 1940 in Moskau hielt. Er sagte unter anderem: „In der gegenwärtigen Periode ist die internationale politische Lage außerordentlich instabil. Die kapitalistische Welt, die zunehmend von der Glut des zweiten imperialistischen Krieges erfaßt wird, ist in einen Abschnitt tiefer Erschütterungen eingetreten, die ernste Auswirkungen für sie haben können. Da wir unter Verhältnissen der kapitalistischen Einkreisung leben müssen, kann es verständlicherweise nicht ausbleiben, daß wir in diesem oder jenem Maße unterirdische Stöße zu spüren bekommen, die sich wellenförmig vom Epizentrum dieser eigentümlichen Art von Erdbeben ausbreiten ... Diese komplizierte und in höchstem Maße instabile internationale Lage macht es uns zur Pflicht, uns ständig mobilisierungsbereit zu halten, damit uns keinerlei Zufälligkeit unvorbereitete trifft.“⁹⁵

[263:] Die sowjetischen Auslandsmissionen sowie die militärischen und kommerziellen Repräsentanten der UdSSR in anderen Ländern informierten die sowjetische Partei- und Staatsführung allseitig

⁹¹ W. M. Bereshkow, Jahre im diplomatischen Dienst, a. a. O., S. 64.

⁹² ADAP, Serie D, Bd. XI.2, a. a. O., S. 827.

⁹³ Vgl. a. a. O., S. 467.

⁹⁴ Wengrija i wtoraja mirowaja woina, Moskau 1962, S. 257.

⁹⁵ M. I. Kalinin, Isbrannyje proiswedenija, Moskau 1975, S. 303 f.

darüber, daß Berlin nach Beendigung des „seltsamen Krieges“ in Europa zielstrebig darauf hinarbeitete, mit Hilfe seiner Verbündeten und Satelliten den Ring um die Sowjetunion immer enger zu ziehen. Deutschland plante, diese Länder entweder als Aufmarschbasis für die Aggression gegen die UdSSR zu nutzen oder direkt in den Krieg einzubeziehen.

5. Die UdSSR und Italien

Für den italienischen Faschismus brach der zweite Weltkrieg unter verschiedenen Aspekten zu früh aus. Die militärischen Vorbereitungen auf die Aggression hatten bei weitem noch nicht das erforderliche Stadium erreicht. Während beispielsweise die menschlichen Ressourcen ausgereicht hätten, 150 Divisionen aufzustellen, betrug der tatsächliche Bestand der italienischen Armee infolge nicht ausreichender militärischer Ausrüstungen nur etwa 75 bis 80 Divisionen.⁹⁶ Diese Tatsache und die Absicht Roms, die weitere Entwicklung der strategischen Situation vorerst abzuwarten, führte dazu, daß Italien bis zum 10. Juni 1940 nicht am Krieg teilnahm. Mussolini versicherte Hitler in einer Botschaft am 3. Januar 1940: „Das faschistische Italien will in diesem Zeitabschnitt Ihre Reserve sein.“⁹⁷

Die Politik Roms war weniger auf eine Expansion in Europagerichtet – dieses Gebiet behielt sich Deutschland vor – als vielmehr auf neue Kolonialgebiete vor allem in Afrika. „Italien besitzt keinen freien Zugang zum Weltmeer“, definierte Mussolini die strategische Zielsetzung des italienischen Faschismus. „Es ist vom Mittelmeer eingeschlossen. Je mehr seine Bevölkerung und seine Macht zunehmen, desto größer der Nachteil, der ihm aus dieser Eingeschlossenheit erwächst. Die Stäbe seines Kerkgitters bilden Korsika, Tunesien, Malta und Zypern. Seine Kerkerwächter sind Gibraltar und Suez.

Aufgabe der italienischen Politik ist es vor allem, das Gitter, das Italien zum Gefangenen macht, aufzubrechen. Danach gibt es für ihn (den Faschismus – die Red.) nur ein Ziel – den Marsch in Richtung Ozean. Doch zu welchem Ozean? Vielleicht zum Indischen auf dem Wege über den Sudan, der Libyen mit Abessinien verbindet? Oder zum Atlantischen Ozean auf dem Wege über Französisch-Nordafrika? Sowohl auf dem einen als auch auf dem anderen Wege stoßen wir auf Widerstand: entweder auf den der Engländer oder den der Franzosen.“⁹⁸

[264:] Die vordergründigen Kolonialinteressen, der Krieg gegen Griechenland, die gegen Großbritannien gerichteten Kampfhandlungen in Nordost- und Nordafrika – all diese Faktoren engten die Möglichkeiten der italienischen Diplomatie ein, sich intensiver am Kampf gegen die UdSSR zu beteiligen. Das änderte jedoch nichts am sowjetfeindlichen Charakter der außenpolitischen Tätigkeit Roms.

Der italienische Faschismus als der europäische Hauptverbündete Hitlerdeutschlands war auf Grund der imperialistischen Pläne, die ungeteilte Weltherrschaft zu erringen sowie Europa und Asien „neu zu ordnen“, eng mit Berlin verbunden. Sowohl in der deutschen Hauptstadt als auch in Rom ging man davon aus, daß die Vernichtung der Sowjetunion die Grundvoraussetzung war, dieses Ziel zu erreichen. Auf Kosten der UdSSR beabsichtigten Deutschland und Italien nicht nur die zwischen ihnen bestehenden erheblichen Differenzen auszugleichen, sondern auch Länder wie Finnland, Rumänien, Japan und andere, die sowjetisches Territorium beanspruchten, für deren Zusammenarbeit mit Berlin und Rom zu „belohnen“.

Die italienische Diplomatie war unverändert daran interessiert, gegen die UdSSR gerichtete Komplotte der Staaten beider imperialistischer Gruppierungen zu arrangieren. Bereits am 2. September 1939, am zweiten Tag nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, äußerte Mussolini den Gedanken, Deutschland, Italien, Großbritannien, Frankreich und Polen sollten so bald wie möglich eine Konferenz einberufen, die die Bedingungen eines deutsch-polnischen Waffenstillstandsabkommens erarbeiten sowie eine Einschätzung der Lage auf antisowjetischer Grundlage herbeiführen sollte.⁹⁹ Diese

⁹⁶ Vgl. S. Wischnew, *Wojennaja ekonomika faschistskoi Italii*, Moskau 1946, S. 84.

⁹⁷ ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 477.

⁹⁸ Zit. nach: I. D. Owsjany, *Tajna, w kotoroi woina roshdalas (kak imperialisty podgotowili i raswjatali wtoruju mirowuju woinu)*, Moskau 1975, S. 99.

⁹⁹ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VII, a. a. O., S. 424 f.

Idee verlor auf Grund des Kriegsverlaufes und der Tatsache, daß wenige Wochen später eine polnische Regierung faktisch nicht mehr bestand, ihren Sinn. Am 23. September 1939 sondierte der italienische Botschafter in Berlin, Bernardo Attolico, bei der deutschen Regierung die Möglichkeit eines eventuellen Friedensschlusses zwischen Deutschland und den Westmächten.¹⁰⁰ In der bereits erwähnten persönlichen Botschaft vom 3. Januar 1940 versuchte Mussolini Hitler plausibel zu machen, daß die Friedensbemühungen Italiens in erster Linie dem Erfordernis entsprängen, ganz Europa gegen die Sowjetunion zusammenzuschließen und Hitler vom deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag abzubringen. Er schrieb deshalb: „Die Lösung der Frage ihres Lebensraumes liegt in Rußland und nicht anderswo ... Es gehört nicht zu Europa.“¹⁰¹

Praktisch berührten sich die Interessen der Sowjetunion und Italiens am markantesten in Südosteuropa, auf der Balkanhalbinsel und im östlichen Mittelmeergebiet. Die vor allem gegen Großbritannien gerichteten Versuche des italienischen Imperialismus, seine Positionen in den Staaten dieser Region zu konsolidieren, besaßen auch eine antisowjetische Stoßrichtung, da sie der Sicherheitspolitik der UdSSR widersprachen. Sowohl verdeckt als auch offen wirkte Italien den Bemühungen der UdSSR entgegen, ihre Beziehungen mit Bulgarien, Rumänien, [265:] Ungarn, Jugoslawien sowie der Türkei und Afghanistan im Geiste der guten Nachbarschaft zu entwickeln.

Von Hegemoniebestrebungen getragen waren auch die im Herbst 1939 eingeleiteten Aktivitäten Italiens zur Bildung eines Mittelmeer-(Balkan)blocks. Der italienische Botschafter in Kabul, Pietro Quaroni, meldete damals nach Rom: „Die Politik Italiens verfolgt man hier mit gewaltiger Aufmerksamkeit, insbesondere was unsere Aktivitäten zur Schaffung eines von uns geführten Blocks neutraler Staaten auf der Balkanhalbinsel angeht. Unsere Politik wird hier als quasi antirussisch interpretiert: die Afghanen sind der Auffassung, daß eine der Hauptursachen, die zur gegenwärtigen Aktivität Italiens führten, der Wunsch sei, Handlungsspielraum zu behalten zur Beobachtung der Aktivitäten Rußlands und zum Gegenhalten gegen jegliche Versuche desselben, auf die Balkanhalbinsel und in den Mittelmeerraum vorzustoßen.“¹⁰²

Der „Kampf gegen den Bolschewismus“ war nicht nur das Ziel, sondern zugleich auch ein wichtiges Mittel der italienischen Außenpolitik. Die italienischen Faschisten gingen förmlich mit antikommunistischen Parolen hausieren und strapazierten den Mythos der „von der UdSSR für die Staaten Südosteuropas und des Balkans ausgehenden Gefahr“. Das Ziel bestand darin, die UdSSR als aggressiv zu diffamieren, sich selbst als „Beschützer“ dieser Staaten aufzudrängen und gleichzeitig die imperialistischen Rivalen aus der Region zu verdrängen. Die militant sowjetfeindlichen Ziele veranlaßten die italienische Diplomatie zu zahlreichen gegen die Interessen der UdSSR gerichteten Aktionen in von Italien weit entfernten Regionen. Als nach der militärischen Niederlage Japans am Chalchyn gol gewisse Anzeichen für eine Verbesserung der sowjetisch-japanischen Beziehungen sichtbar wurden, wies der italienische Außenminister, Graf Galeazzo Ciano, den italienischen Botschafter in Tokio, Giacinto Auriti, am 12. Oktober 1939 an, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um eine solche Tendenz zu unterbinden. Auch an andere italienische Auslandsvertretungen erging die Weisung, die antisowjetischen Aktivitäten spürbar zu erhöhen. Am 22. Dezember 1939 telegraphierte Ciano an Auriti: „Es macht sich erforderlich, daß Sie in dem Sinne aktiv werden, daß sich Japan für eine antibolschewistische Politik entscheidet, wobei Sie sich dafür einsetzen sollten, daß die führenden japanischen Kreise in ihren traditionell antirussischen Tendenzen bestärkt werden. Heben Sie die betont antibolschewistische Orientierung hervor, die sich Italien zu eigen gemacht hat.“¹⁰³

Die UdSSR war bestrebt zu verhindern, daß sich die Beziehungen zu Italien weiter zuspitzten. Die Sowjetregierung schloß im Prinzip die Möglichkeit nicht aus, mit Italien normale diplomatische und Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. Das offizielle Rom jedoch hielt die italienischen Firmen davon ab, in der UdSSR solche Waren zu kaufen, die auch aus anderen Ländern bezogen werden konn-

¹⁰⁰ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. IX, a. a. O., S. 97 f.

¹⁰¹ A. a. O., S. 477; Der zweite Weltkrieg. Dokumente, Berlin 1972, S. 59.

¹⁰² Documenti diplomatici italiani, nona serie: 1939-1943, vol. 2, Rom 1957, S. 17.

¹⁰³ A. a. O., S. 532.

ten. Aus diesem Grund beschränkten sich die Kontakte zwischen der Han-[266:]delsvertretung der UdSSR in Rom und den italienischen Außenhandelsorganen im wesentlichen auf Briefwechsel, die Fragen der Erteilung von Genehmigungen für sowjetische Exportgüter an Firmen, die Waren aus der UdSSR importierten, sowie andere zweitrangige Angelegenheiten zum Inhalt hatten.

Die feindselige Haltung des faschistischen Italien gegenüber der UdSSR verhinderte, die sowjetisch-italienischen Beziehungen auch nur geringfügig zu verbessern.

Während des sowjetisch-finnischen Krieges intensivierte Rom seine antisowjetische Politik außerordentlich, um die finnischen herrschenden Kreise politisch und militärisch zu unterstützen. Der italienische Außenminister Ciano vermerkte Anfang Dezember 1939 in seinem Tagebuch: „Ich empfangen den Gesandten von Finnland, der für die moralische Unterstützung dankt, die sein Land bei uns findet, er bittet um Waffen und wenn möglich um Spezialisten. Von unserer Seite steht der Lieferung von Waffen nichts entgegen; einige Flugzeuge sind bereits geschickt worden. Das ist jedoch nur möglich, solange Deutschland die Durchfahrt erlaubt. Wie lange wird es sie noch erlauben? Der Gesandte erwidert, er sehe in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten voraus. Er anvertraut mir, daß Deutschland selbst Finnland mit Waffen beliefert hat, vor allem gewisse Lager aus der polnischen Kriegsbeute hat es ihm abgetreten.“¹⁰⁴

Obwohl Ciano ursprünglich verlauten ließ, Italien sei an der Entwicklung der sowjetisch-finnischen Beziehungen nicht uninteressiert, wurde ab November 1939 in Italien eine wahre antisowjetische Hysterie entfacht. Die UdSSR protestierte energisch gegen die antisowjetischen Ausschreitungen der italienischen Faschisten. Am 2. Dezember 1939 fand eine Massendemonstration faschistisch verhetzter Jugendlicher vor dem Gebäude der Botschaft der UdSSR in Rom statt. Deshalb wurde am 4. Dezember 1939 dem italienischen Außenministerium eine Note überreicht, in der es unter anderem hieß: „Die Botschaft erhebt gegen eine derart empörende Demonstration energischen Protest und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß entsprechende Maßnahmen zur gebührenden Bestrafung der für die Organisation Verantwortlichen ergriffen werden und derartige Vorfälle sich in Zukunft nicht wiederholen.“

Die antisowjetische Kampagne erreichte ein derartiges Ausmaß, daß sich die Regierung der UdSSR wiederholt veranlaßt sah, bei den faschistischen Behörden scharfen Protest einzulegen. Der Sekretär des italienischen Außenministers Filippo Anfuso antwortete am 18. Dezember lakonisch, daß „Italien stets der antibolschewistischen Politik und Theorie gefolgt ist“.

Um die antisowjetischen Aktivitäten Italiens zu paralisieren, bediente sich die sowjetische Diplomatie unter anderem auch des Einflusses Deutschlands auf Rom, um den extremen Antisowjetismus der Regierung Mussolini wenigstens partiell abblocken zu können. Die politisch-taktische Linie, die zwischen den imperialistischen Bündnispartnern bestehenden Differenzen auszunutzen, war bis zu einem gewissen Grade erfolgreich. Die deutsche Führung, die zu diesem Zeit-[267:]punkt die militärische Offensive gegen Frankreich intensiv vorbereitete, erachtete es als unzweckmäßig, daß sich ihr Verbündeter in dieser Situation zu stark antisowjetisch engagierte. Die Zeit war nach Meinung der deutschen Regierung noch nicht reif dafür. Am 19. Januar 1940 bat der deutsche Außenminister, Joachim von Ribbentrop, den italienischen Geschäftsträger in Deutschland, den Gesandten Graf Massimo Magistrati, folgendes nach Rom zu übermitteln: Jede unnötige Zuspitzung der Beziehungen zur Sowjetunion sollte vermieden werden. Im gleichen Sinne äußerte sich Ribbentrop bei einem Treffen mit Mussolini am 11. März 1940 in Rom.¹⁰⁵

Der sowjetischen Diplomatie gelang es, wenn auch zeitlich begrenzt, die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Italien und der UdSSR abzubremsen; es begann, sich eine Belebung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern abzuzeichnen. Im Juni/Juli 1940 stellte die sowjetische Handelsvertretung in Rom mit solch renommierten Firmen wie „Fiat“, „Caproni“, „Morelli“, „Marcotti“, „Savoya“ und anderen Kontakt her. Auch verschiedene Repressivakte der italienischen Behörden gegen den Status der sowjetischen Vertreter in diesem Land verringerten sich zahlen-

¹⁰⁴ G. Ciano, Tagebücher 1939-1943, Berlin 1946, S. 174.

¹⁰⁵ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. VIII, a. a. O., S. 703.

mäßig. In Rom traf wieder der bereits im Oktober 1939 eingereiste und dann zurückbeordnete Botschafter der UdSSR, N. W. Gorelkin, ein. Die italienische Regierung stimmte nunmehr Handelsgesprächen mit der UdSSR zu. Grundsätzliche Übereinstimmung wurde darüber erreicht, daß eine italienische Handelsdelegation zu Verhandlungen nach Moskau reiste. Allerdings verzögerte Rom unter verschiedenen Vorwänden deren Abreise.

Dies resultierte nicht nur aus der antisowjetischen Grundhaltung der italienischen Führung. Hitlerdeutschland war inzwischen dazu übergegangen, den Überfall auf die UdSSR unmittelbar vorzubereiten, und begann ab Herbst 1940, alle auf den Ausbau der sowjetisch-italienischen Kontakte gerichteten Bemühungen energisch zu drosseln. Die Einmischung Berlins blockierte die ohnehin nur zaghaften Ansätze der italienischen Diplomatie zu mehr „Selbständigkeit“. So informierte die italienische Seite beispielsweise am 1. Februar 1941 die deutsche Regierung über einen Meinungs-austausch zwischen W. M. Molotow und dem italienischen Botschafter in Moskau, Augusto Rosso, über die Situation auf dem Balkan und den Status der Schwarzmeereengen.¹⁰⁶ Da dies nicht in die deutsche Konzeption zur Vorbereitung der Aggression gegen die UdSSR paßte, orientierte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Ernst Freiherr von Weizsäcker, den neuen italienischen Geschäftsträger in Berlin, „Giuseppe Cosmelli, am 6. Februar 1940 dahingehend, daß es mit einer weiteren Stellungnahme Italiens zu den angesprochenen Fragen doch wohl keine Eile habe. Daraufhin schwenkte Mussolini ein und erteilte dem italienischen Botschafter in Moskau die Weisung, inhaltend-nichtssagend zu reagieren.“¹⁰⁷

[268:] In der nun folgenden Periode der direkten Vorbereitung Hitlerdeutschlands auf die Aggression gegen die UdSSR beeilte sich die deutsche Führung auch weiterhin nicht, Mussolini über geplante Termine zu informieren. Berlin bestand nicht grundsätzlich darauf, daß Italien Deutschland direkt militärisch unterstützen sollte, um bei seinem Partner keine falschen Hoffnungen auf die für ihn abfallende Beute aufkommen zu lassen. Hitler erachtete es für zweckmäßiger, Italien die Rolle eines „Schützers“ der Interessen der Achsenmächte im Mittelmeerraum zuzuweisen und mit seiner Hilfe mögliche Aktivitäten Großbritanniens zu kompensieren.

Mit der Zeit erkannten die italienischen Faschisten jedoch die Absichten Berlins. Am 30. Mai 1941 erklärte Mussolini dem Chef des italienischen Großen Generalstabs, Graf Ugo Cavallero, daß er „die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Deutschland und Rußland heraufziehen sieht“. Der Duce betonte, daß er „bei diesem Konflikt nicht abseits stehen könne, denn er sei in den Kampf gegen den Kommunismus eingeordnet“¹⁰⁸.

Hitler ließ Mussolini über seinen Entschluß, die UdSSR zu überfallen, am 22. Juni 1941 3 Uhr morgens, also erst 15 Minuten vor Beginn des Angriffs, informieren. Noch am gleichen Morgen wies Mussolini Ciano an, dem sowjetischen Botschafter die Kriegserklärung Italiens zu überreichen. Am nächsten Tage bot er in einem Schreiben Hitler die Entsendung eines italienischen Expeditionskorps (in Stärke von 40.000 Mann) an.¹⁰⁹

Der militante Antikommunismus und Antisowjetismus, das Streben, aktiv an einer Neuaufteilung der Welt teilzunehmen, sowie die enge politische und militärische Koalition mit Deutschland führten dazu, daß sich der italienische Faschismus an der Aggression gegen die UdSSR von Anfang an beteiligte. Italien hegte weder territoriale Ansprüche gegenüber der UdSSR noch gab es für dieses Land irgendwelche anderen sachlichen Gründe, gegen die UdSSR Krieg zu führen.

6. Die letzten Monate ohne Krieg: Die diplomatischen Möglichkeiten werden immer geringer

Das neue Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und Deutschland

Will man die Schwierigkeiten, die die allgemeine Lage der UdSSR in den letzten Monaten unmittelbar vor dem Großen Vaterländischen Krieg charakterisierten, vollständig erfassen, muß man sich

¹⁰⁶ Vgl. ADAP, Serie D, Bd. XII.1, Göttingen 1969, S. 5 f.

¹⁰⁷ Vgl. a. a. O., S. 38, 86 f.

¹⁰⁸ ADAP, Serie D, Bd. XII.2, a. a. O., S. 769.

¹⁰⁹ Vgl. a. a. O., S. 898; Bd. XIII.1, Göttingen 1970, S. 97 f.; A. Hillgruber, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940-1941, Frankfurt/M. 1965, S. 488 f.; G. Ciano, Tagebücher, a. a. O., S. 336 f.

folgende Tatsache von grundsätzlicher Be-[269:]deutung vergegenwärtigen: Die von Deutschland geführte imperialistische Koalition hatte sich zu einer völlig anderen militärischen, ökonomischen und politischen Größe als zu Beginn des zweiten Weltkrieges formieren können. Mit Waffengewalt war es den Achsenmächten gelungen, die früher bestehende Struktur der internationalen Beziehungen zu zerschlagen und sie in die von ihnen angestrebte Richtung zu transformieren. Die Achse Berlin-Rom-Tokio konnte sich in der kapitalistischen Welt die Vormachtstellung sichern.

Und wahrlich, wer hätte zu Beginn des zweiten Weltkrieges auch nur zu vermuten gewagt, daß Hitlerdeutschland bis Sommer 1941 elf Staaten seiner Gewalt unterworfen haben würde? In nur 32 Tagen war Polen vernichtet, innerhalb eines einzigen Tages Dänemark besetzt. Zwei Monate benötigten die deutschen Faschisten, um Norwegen zu okkupieren. Belgien, die Niederlande und Luxemburg waren innerhalb von 19 Tagen besiegt worden, Frankreich leistete ganze 44 Tage Widerstand. Dem britischen Expeditionskorps wurde eine schwere Niederlage zugefügt. Die deutschen Truppen besetzten außerdem eine Reihe Balkanländer. Im Vergleich zu Kriegsbeginn hatte sich Mitte 1941 das von Deutschland kontrollierte Territorium auf fast das Sechsfache vergrößert.¹¹⁰ Japan hatte große Gebiete in Mittel- und Südchina, später außerdem in Südostasien, an sich gerissen.

Das Kräfteverhältnis zwischen der UdSSR und dem faschistischen Block veränderte sich hinsichtlich des Wirtschaftspotentials und der nutzbaren Rohstoffbasis zuungunsten der UdSSR. Mit Hilfe vor allem der Wehrmacht sowie des Partei- und Staatsapparates sicherte sich das deutsche Monopolkapital die führenden Positionen in der europäischen Wirtschaft.

Erstmals bildeten sich auf staatsmonopolistischer Grundlage in Deutschland, aber auch in Japan und Italien militärisch-industrielle Komplexe heraus. „Als Ziel für die nächsten Jahre sollten wir uns setzen, daß wir auf allen Gebieten kapitalmäßig möglichst tief in die Betriebe Europas, insbesondere Industriebetriebe eindringen, damit wir die Dinge von dort aus steuern können“¹¹¹, wurde am 3. Oktober 1940 auf einer Sitzung des Großen Beirates der Reichsgruppe Industrie „zu Fragen der europäischen Großraumwirtschaft“ definiert. Dabei beschränkten sich die Pläne des deutschen Imperialismus keineswegs nur auf Europa. Im Mai 1940 entwickelte der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Dr. Carl Clodius, Vorschläge, einen industriellen großdeutschen Raum zu schaffen, der auch die Tschechoslowakei, Polen, Holland, Belgien, Luxemburg, Dänemark und Norwegen umfassen sollte. Darüber hinaus war beabsichtigt, Skandinavien, die Donau-Anliegerstaaten, das Baltikum als billige Rohstofflieferanten schonungslos auszubeuten. Aus den ehemaligen deutschen Kolonien in Afrika sowie Belgisch-Kongo, Französisch-Äquatorialafrika [270:] und Britisch-Nigeria sollte erneut ein „deutsches Kolonialreich“ als weitere Rohstoffbasis gebildet werden.¹¹²

In welchem Verhältnis standen die konkreten ökonomischen Kennziffern der UdSSR und Deutschlands unmittelbar vor dem Großen Vaterländischen Krieg zueinander? Deutschland produzierte Mitte 1941 36 Mill. t Roheisen und Stahl, während das von Deutschland kontrollierte Potential seiner europäischen Verbündeten sowie das der okkupierten Länder 81,5 Mill. t betrug.¹¹³ Die UdSSR stellte nur etwas mehr als die Hälfte an Roheisen und Stahl pro Jahr her. In der Kohleförderung übertraf Deutschland die UdSSR bedeutend; zählt man das Potential der obengenannten Länder hinzu, verdoppelten sich die Ressourcen Deutschlands. Allein der deutsche Maschinenpark übertraf im Jahre 1941 den sowjetischen um das Dreifache und galt als der modernste der Welt.

¹¹⁰ Vgl. D. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. I, Berlin 1969, S. 223 (Tabelle).

¹¹¹ Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin 1969, S. 293.

¹¹² Vgl. Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Berlin 1972, S. 43 ff.

¹¹³ Vgl. zu den nachfolgenden Angaben insgesamt: D. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft ..., a. a. O., S. 223; Geschichte des zweiten Weltkrieges ..., Bd. 3, a. a. O., S. 453, 348 f., 411, 458 f.; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 287; Promyschlennost Germanii w period woiny 1939-1945gg., Moskau 1956, S. 11; Der preußisch-deutsche Generalstab 1640-1965, Berlin 1966, S. 470; B. Mueller-Hillebrand, Das Heer 1933-1945, Bd. II, Frankfurt/M. 1956, S. 105.

Die Produktion von Kriegsgerät lag in Deutschland Mitte 1941 um 75 Prozent höher als zum 1. September 1939. Die Panzerproduktion konnte im gleichen Zeitraum fast verdoppelt werden. Die deutsche Luftwaffe erhielt zwischen dem 1. August 1940 und dem 22. Juni 1941 rund 7700 neue oder instandgesetzte Kampfflugzeuge. 1941 stieg der Ausstoß an Schützenwaffen gegenüber der Produktion von 1939 auf das 1,8fache. Dabei bezieht sich dieses statistische Material lediglich auf Deutschland selbst, unberücksichtigt blieben das ökonomische Potential der okkupierten Länder und Territorien sowie die Ressourcen der Verbündeten Deutschlands.

Die deutschen Streitkräfte verkörperten am Vorabend des Überfalls auf die UdSSR die größte militärische Kräftekonzentration in der Geschichte. Es standen 8,5 Millionen Menschen unter Waffen, formiert in 214 Divisionen und 7 Brigaden. Die Hauptkräfte der Wehrmacht bestanden aus 35 Panzer- und motorisierten Divisionen. Die Luftwaffe verfügte über mehr als 10.000 Flugzeuge.

Die Ausplünderung der von Hitlerdeutschland okkupierten Länder und die intensive Nutzung ihrer ökonomischen Ressourcen führten zu einer bisher beispiellosen Aufblähung des deutschen militärökonomischen Potentials. Allein in den ersten 17 Monaten des zweiten Weltkrieges erbeutete Deutschland in den okkupierten Ländern Europas Material und Vermögenswerte in einem Umfang, der das deutsche Nationaleinkommen der Vorkriegsjahre um das Doppelte übertraf. Legt man den 1. April 1941 als Stichtag zugrunde, wurde die Wehrmacht zu dieser Zeit von rund 5000 Werken, Fabriken und sonstigen Unternehmen der besetzten Länder mit Kriegsgerät versorgt. 92 deutsche Divisionen waren vorwiegend mit französischen und Beutefahrzeugen unterschiedlicher Typen aus anderen Ländern ausgerüstet worden, da die Ausstattung mit Fahrzeugen aus deutscher Produktion nicht möglich war. Im September 1940 bezog Deutschland 60 Prozent seines Erdölbedarfs aus Rumänien.

Faßt man die Ressourcen der Verbündeten Deutschlands sowie der okkupierten Länder zusammen, so erhöhte sich das deutsche Potential seit Beginn des zweiten Weltkrieges bis Mitte 1941 bei Eisenerz auf das 7,7fache, bei Kupfererz auf das 3,2fache, bei Bauxiten auf das 22,8fache, bei Erdöl auf das 20fache, bei Getreide auf das 4fache und bei Großvieh auf das 3,7fache. Die Verbündeten Hitlerdeutschlands stellten insgesamt 29 Infanteriedivisionen, 16 Brigaden, rund 1000 Flugzeuge sowie mehr als 5000 Geschütze und Granatwerfer bereit. Der Truppenbestand der italienischen Landstreitkräfte betrug insgesamt 1.340.000 Mann, die Luftstreitkräfte verfügten über etwa 2500 Kampfflugzeuge. Finnland erhöhte die Anzahl seiner Streitkräfte bis Mitte Juni 1941 auf 650.000 Mann und besaß 307 einsatzbereite Kampfflugzeuge. Die vergleichbaren Angaben für Rumänien und Ungarn betragen 703.000 Mann und 700 Kampfmaschinen bzw. 200.000 Mann und 269 Flugzeuge:

Im der UdSSR aufgezwungenen militärökonomischen Wettlauf mit dem faschistischen Aggressorblock haben das ZK der KPdSU (B), die Sowjetregierung, das gesamte Sowjetvolk alles getan, was unter jenen historischen Bedingungen möglich war. Betrachtet man eine solch verallgemeinerte Kennziffer wie die Steigerung des Nationaleinkommens, lag die UdSSR noch beträchtlich vor Deutschland. Setzt man den Stand des Jahres 1937 gleich 100, so stieg 1940 das Nationaleinkommen in Deutschland auf 125 Prozent, in der UdSSR dagegen auf 133 Prozent. Die sowjetischen Verteidigungsausgaben betragen 32,6 Prozent des Nationaleinkommens. Unter extremen Anstrengungen und materiellen Entbehrungen schuf das Sowjetvolk unter der Führung der KPdSU (B) die ökonomischen und militärischen Voraussetzungen dafür, die faschistische Aggression abwehren zu können. Jedoch war die UdSSR damals noch nicht in der Lage, die militärökonomische Basis Deutschlands zu übertreffen, da zu dieser Zeit faktisch ganz Europa für Deutschland produzierte.

Diese Situation stellte die sowjetische Führung vor die kategorische Notwendigkeit, den Beginn der Aggression gegen die UdSSR so lange wie nur möglich hinauszuzögern.

Ab Februar 1941 begann Deutschland, seine Truppen unter strenger Geheimhaltung in Richtung sowjetische Grenze zu verlagern. Die beim sowjetischen Generalstab und bei den Volkskommissariaten für Verteidigung und für Auswärtige Angelegenheiten eingehenden Informationen signalisierten, daß die Sicherheit der UdSSR akut bedroht war. Die Sowjetregierung verfügte über Informationen aus ausländischen Quellen, daß sich Hitlerdeutschland intensiv auf den Angriff gegen die Sowjetunion vorbereitete. Natürlich mußte dabei berücksichtigt werden, daß die Informationen, die von den Regierungen

der USA und Großbritanniens übermittelt wurden, von Ländern ausgingen, die ihre eigenen imperialistischen, sowjetfeindlichen Ziele verfolgten. Im August 1942 äußerte J. W. Stalin in einem Gespräch mit Winston S. Churchill: „Ich benötigte keine Warnung. Ich [272:] wußte, daß der Krieg kommen müsse, aber ich hoffte, noch rund sechs Monate Zeit zu gewinnen.“¹¹⁴ Über seine Eindrücke von Begegnungen mit sowjetischen führenden Persönlichkeiten schrieb der Journalist Alexander Werth, der zu jener Zeit britischer Korrespondent in Moskau war: „Es ist ziemlich sicher, daß sich Stalin und Molotow der Gefahr eines deutschen Angriffs durchaus bewußt waren, daß sie aber immer noch hofften, die Stunde der Entscheidung hinausschieben zu können – mindestens bis zum Herbst. Im Herbst würden die Deutschen nicht angreifen, und 1942 konnte Rußland dann auf die Auseinandersetzung besser vorbereitet sein.“¹¹⁵

Die sowjetische Diplomatie kämpft weiter

Deutschland bezog mit seinen Verbündeten und Satelliten die Ausgangsstellungen für den Überfall auf die UdSSR; seit Dezember 1940 war die Militärmaschinerie des „Dritten Reiches“ nur auf ein Ziel ausgerichtet: die entscheidende Auseinandersetzung schnellstens herbeizuführen. Die politischen Aktionen der Sowjetunion gegen die sowjetfeindlichen Machenschaften Deutschlands in den an die UdSSR grenzenden Ländern konnten an der bereits eindeutigen Situation nichts Grundlegendes mehr ändern. Es mußte davon ausgegangen werden, daß die nordöstlichen und südwestlichen Nachbarstaaten der UdSSR bereits zu Aufmarschbasen geworden waren oder sich an der geplanten Aggression direkt beteiligen würden. Das politische Diktat Deutschlands sowie dessen militärische Macht ließen den europäischen Nachbarländern der UdSSR keine Wahl, und die antisowjetische Grundhaltung ihrer Regierungen machte eine solche mögliche Alternative ebenfalls zunichte. Sie unterwarfen sich von vornherein dem Stärkeren. Die diplomatischen Möglichkeiten, den Beginn der Aggression hinauszuschieben, verringerten sich rapide. Marschall A. M. Wassilewski schrieb in diesem Zusammenhang in seinen Memoiren: „Beachtenswert ist meines Erachtens auch, daß Stalin in dem Bestreben, den Krieg hinauszuzögern, die Möglichkeiten der Diplomatie überschätzte.“¹¹⁶

Vor allem unmittelbar vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges wirkte sich die kapitalistische Einkreisung der UdSSR besonders negativ aus, da sie den außenpolitischen und diplomatischen Spielraum zusätzlich einengte. Deutschland forcierte zunehmend seine gegen die UdSSR gerichtete Tätigkeit in Südosteuropa und in anderen den sowjetischen Staatsgrenzen eng benachbarten Regionen, veranlaßte Bulgarien, dem Dreimächtepakt beizutreten, konzentrierte Truppen in Rumänien und Finnland, drang mit Waffengewalt in Jugoslawien ein, verletzte den sowjetischen Luftraum usw. Gegen diese Handlungen protestierte die Sowjetregierung zwar energisch, vermied jedoch jegliche spontane [273:] Konfrontation. Dessen ungeachtet nahm der politische Kampf zwischen der UdSSR und Deutschland immer schärfere Formen an.

Am 17. Januar 1941 übergab der Botschafter der UdSSR in Berlin, W.G. Dekanossow, der deutschen Seite eine Erklärung der Sowjetregierung. Dazu notierte der Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker: „Der russische Botschafter war heute nachmittag bei mir. Er führte an Hand einer Niederschrift ... aus: ... Die Sowjetregierung hat der Deutschen Regierung mehrere Male erklärt, daß sie das Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen für die Sicherheitszone der UdSSR hält, wodurch sie nicht teilnahmslos zu den Ereignissen, die den Interessen der Sicherheit der UdSSR drohen, bleiben kann. In Anbetracht von diesem Allem, hält die Sowjetregierung es für ihre Pflicht, zu warnen, daß das Erscheinen irgendwelcher fremden Streitkräfte auf dem Territorium Bulgariens und der beiden Meerengen sie für eine Verletzung der Sicherheitsinteressen der UdSSR halten wird.“¹¹⁷

Im Zusammenhang mit der Aggression Deutschlands gegen Griechenland ging den sowjetischen Missionen im Ausland am 8. März 1941 ein Rundschreiben des Volkskommissariats für Auswärtige

¹¹⁴ W. S. Churchill, Der zweite Weltkrieg, Bd. IV, Zweites Buch, Stuttgart/Hamburg 1952, S. 98.

¹¹⁵ A. Werth, Rußland im Krieg 1941-1945, München/Zürich 1965, S. 105.

¹¹⁶ A. Wassilewski, Sache des ganzen Lebens, Berlin 1980, S. 106.

¹¹⁷ ADAP, Serie D, Bd. XI.2, a. a. O., S. 934.

Angelegenheiten der UdSSR zu: „Die Balkanstaaten, die Deutschland aktiv Unterstützung leisten, sind darauf hinzuweisen, daß die Folgen einer solchen Politik eine Gefahr für den Frieden auf der Balkanhalbinsel darstellen ... Gleichzeitig bekunden wir unsere Sympathie für das griechische Volk, das gegen die deutsche Invasion kämpft.“

Am 5. April 1941 wurde in Moskau ein Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag zwischen der UdSSR und Jugoslawien unterzeichnet. Deutschland reagierte auf diese Aktion der UdSSR überaus negativ. Dem deutschen Botschafter von der Schulenburg wurde bereits vor Abschluß des Vertrages von sowjetischer Seite erklärt, daß diese Haltung Deutschlands nichts am Verhältnis der UdSSR zu Jugoslawien ändern werde, „daß die Sowjetregierung ihren Beschluß nach reiflicher Überlegung getroffen habe“¹¹⁸. Die Botschaft der UdSSR in Iran berichtete im Februar 1941, daß die deutsche Agentur in Teheran auf Hochtouren arbeite, um Iran zu einer Aufmarschbasis gegen lebenswichtige Zentren im sowjetischen Hinterland auszubauen. In verschiedenen iranischen Städten, vor allem solchen, die nahe der sowjetischen Grenze gelegen sind, sowie in Hafenstädten am Kaspischen Meer, wie Pahlavi, Bender-Schab und anderen würden faschistische Vereinigungen gegründet. Unter unmittelbarer Leitung deutscher Spezialisten würden Diversionsgruppen aufgebaut, die im Gebiet der Erdölfelder von Baku und in Sowjet-Turkestan Brände legen sowie Sprengungen und andere terroristische Akte auf sowjetischem Territorium durchführen sollten.

Die sowjetische Botschaft in Kabul berichtete Anfang 1941, daß die deutsche Agentur ihre antisowjetische Tätigkeit intensiviert habe. Die deutsche Botschaft verbreite unter der afghanischen Bevölkerung antisowjetische Hetzflugblätter und Propagandabroschüren; verstärkte Aktivitäten würden der Aufstellung und [274:] Ausbildung von Terror- und Diversionsbanden gelten, die sowjetische Grenzposten überfallen sollten; in die Turkmenische, Usbekische und Tadshikische SSR versuche man deutsche Spione und Diversanten einzuschleusen. Dabei stünden die faschistischen Agenten mit aus Sowjetrußland geflohenen weißgardistischen Emigranten sowie Basmatschen in Kontakt.

In Iran und Afghanistan versuchte die sowjetische Diplomatie auch weiterhin, den deutschen Einfluß in diesen Ländern zurückzudrängen.

Der von der UdSSR auf der Balkanhalbinsel und in Nordeuropa verfolgte Kurs bestätigte ihre feste Absicht, angesichts der vom Faschismus ausgehenden Bedrohung die Interessen der kleinen Länder zu vertreten. Am 16. Juni 1941 schätzte der ehemalige Gesandte Jugoslawiens in der UdSSR, Dr. Milan Gavrilovic, ein, „daß die antisowjetischen Aktivitäten, die von Deutschland früher über eine beträchtliche Zeit hinweg in Finnland, in den baltischen Ländern und der Ukraine im geheimen unternommen wurden, in Moskau wachsende Besorgnis ausgelöst (hätten) ... Die Sowjetregierung war bemüht, dem deutschen Vorgehen auf der Balkanhalbinsel Einhalt zu gebieten, durch ihre Sicherheitsgarantie für die Türkei, durch ihre Erklärungen hinsichtlich Ungarns und Bulgariens und durch die Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages mit Jugoslawien ... Die Bedeutung dieser Ereignisse konnte ihren Eindruck auf die deutsche Regierung nicht verfehlen.“¹¹⁹

Die Regierung des faschistischen Deutschland kam nicht umhin, die Bedeutung der gegen ihre Expansionsziele gerichteten Politik der UdSSR zur Kenntnis zu nehmen. Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und der Sicherheitspolizei, informierte Anfang Mai 1941 seinen Untergebenen, SS-Standartenführer Walter Schellenberg, damals Stellvertretender Leiter des Amtes IV des RSHA (Auslandsnachrichtenabteilung) über Hitlers veränderte Einschätzung der Kriegsentwicklung im Frühjahr 1941. Schellenberg schreibt hierzu in seinen „Memoiren“: „Die Vorbereitungen in Rußland seien so drohend, daß alsdann mit einem Angriff der Sowjets gerechnet werden müsse. Stalin könne jederzeit unsere Bindungen im Westen sowie in Afrika präventiv ausnützen. Jetzt gelte es zu handeln ... Eine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion sei, wenn man Europa sichern wolle, früher oder später sowieso unvermeidlich.“¹²⁰

¹¹⁸ ADAP, Serie D, Bd. XII.1, a. a. O., S. 373 f.

¹¹⁹ FRUS. 1941, vol. I, Washington 1958, S. 312 f.

¹²⁰ W. Schellenberg, Memoiren, Köln 1959, S. 171.

Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß derartige Äußerungen Hitlers, die die sich zuspitzenden sowjetisch-deutschen Beziehungen real widerspiegeln, in gewisser Weise zu der Assoziation führten, die Verantwortung für diesen Zustand falle der Sowjetunion zu. Um den geplanten Überfall auf die UdSSR zu rechtfertigen, bediente sich Hitler der These von einer angeblichen „Aggressivität“ der UdSSR, ihrer Bereitschaft, einen „Präventivschlag“ zu führen usw. Später wurden diese „Argumente“ von einigen bürgerlichen Historikern aufgegriffen, um die Aggression Deutschlands zu begründen und die Außenpolitik der UdSSR zu diffamieren. Seriöse Forscher kapitalistischer Länder haben wieder-[275:]holt darauf hingewiesen, daß es wissenschaftlich unzulässig sei, historische Tatsachen zu entstellen. In diesem Zusammenhang stellte der britische Historiker Barry L. Leach fest, daß die zunehmende „Deutschlandfeindlichkeit“ der UdSSR häufig von Hitler angeführt wurde, um seinen Entschluß zum Überfall auf die UdSSR zu rechtfertigen. „Die Konflikte wegen Finnland und Rumänien, in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 waren indessen hauptsächlich die Folge von Hitlers Entschluß, 1941 über Rußland herzufallen, und der Veränderungen in der Politik, die damit verbunden waren. So war die Verschlechterung der russisch-deutschen Beziehungen weit mehr das Ergebnis als die Ursache von Hitlers Entschluß, gen Osten zu ziehen.“¹²¹

Die in den Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland aufgekommene allgemeine Schärfe wirkte sich ungeachtet des Bemühens der deutschen Propaganda, die Legende von der „Freundschaft“ weiterhin am Leben zu erhalten, auch auf die bilateralen Kontakte aus. So warfen die deutschen Behörden die Frage der Übersiedlung von Bürgern deutscher Nationalität ins „Reich“ auf, die in Gebieten lebten, die im Zeitraum 1939/40 mit der Sowjetunion wiedervereinigt worden waren. Die Sowjetregierung stimmte der Ausreise von Personen deutscher Nationalität zu, falls sie den Wunsch hierzu hatten.

„Die deutschen Behörden betrieben die Übersiedlung von Personen deutscher Nationalität, die bisher im Baltikum, in der Westukraine, in Westbelorußland und in der Nordbukowina gelebt hatten, unter lärmender propagandistischer Begleitmusik. Die gesamte Kampagne vollzog sich in einer Atmosphäre übelsten Antisowjetismus. Die Zeitungen ergingen sich in herzbewegenden Schilderungen der ‚Flucht‘ der Bevölkerung aus diesen Gebieten und des Jubels, in den die Übersiedler bei ihrer Ankunft in der Heimat ausbrachen.“¹²²

Die sowjetische Seite mußte permanent bei der deutschen Regierung vorstellig werden, um gegen die zunehmenden Grenzzwischenfälle zu protestieren. Der deutsche Geschäftsträger in Moskau, Gesandter Kurt von Tippelskirch, telegrafierte am 22. April 1941 nach Berlin: „Generalsekretär Außenkommissariats bat mich heute zu sich und übergab mir Verbalnote, in der erneut in dringender Form gebeten wird, Maßnahmen gegen fortdauernde Verletzungen der Grenze der UdSSR durch deutsche Flugzeuge zu ergreifen. Verletzungen hätten sich in letzter Zeit beträchtlich gehäuft. Vom 27. März bis 18. April seien 80 derartige Fälle vorgekommen. Verbalnote, der genaue Aufstellung genannter Fälle beigefügt wird, hinweist auf Fall eines am 15. April bei Rowno gelandeten Flugzeugs, in dem Fotoapparat, einige Rollen belichteter Filme und eine zerrissene topographische Karte der Bezirke der UdSSR gefunden wurden, was von der Besatzung dieses Flugzeugs verfolgte Ziele bekundet.“¹²³

[276:]

Die letzten Tage und Wochen des Friedens

Seit Ende März verdichteten sich in Berlin die Gerüchte, Hitler habe befohlen, die Angriffsvorbereitungen auf die Sowjetunion abzuschließen. Verschiedene Datumsangaben waren im Umlauf: der 6. April, der 20. April, der 18. Mai und schließlich der 22. Juni. Über diese alarmierenden Signale informierte die sowjetische Botschaft in Berlin ständig das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten. „Seit mehreren Monaten sahen wir Mitarbeiter der Botschaft, wie in Deutschland unablässig Maßnahmen getroffen wurden, die offensichtlich der Vorbereitung von Operationen an der Ostfront dienten. Von diesen Vorbereitungen zeugten Informationen, die die Botschaft aus verschiedenen

¹²¹ B. L. Leach, *German Strategy ...*, a. a. O., S. 231.

¹²² I. F. Filippow, *Sapiski o „Tretj em Rejche“*, a. a. O., S. 135.

¹²³ ADAP, Serie D, Bd. XII .2, a. a. O., S. 502.

Quellen erhielt“, schrieb W. M. Bereshkow, zu dieser Zeit 1. Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Berlin. Weiter heißt es in Erinnerungen: „Sie stammten vor allem von unseren Freunden in Deutschland. Wir wußten, daß im Nazi-,Reich‘, darunter auch in Berlin, tief in der Illegalität antifaschistische Organisationen, wie die ‚Rote Kapelle‘ und andere, wirkten. Trotz unglaublicher Schwierigkeiten fanden deutsche Antifaschisten unter Einsatz ihres Lebens Mittel und Wege, um die Sowjetunion vor der ihr drohenden Gefahr zu warnen. Sie übermittelten uns wichtige Informationen über die Vorbereitungen Hitlerdeutschlands für den Überfall auf unser Land.“¹²⁴

Anfang Mai 1941 fand in der sowjetischen Botschaft in Berlin eine Beratung im engen Kreise statt, an der nur wenige Personen teilnahmen. Von einer Dienstreise aus Moskau zurückgekehrt, informierte der Botschafter seine Mitarbeiter über Äußerungen J. W. Stalins hinsichtlich der zunehmenden Gefahr einer Aggression Deutschlands gegen die UdSSR. Eine Gruppe von Mitarbeitern erhielt den Auftrag, alle zu dieser Frage vorliegenden Informationen zu prüfen. Diese Gruppe, die von Botschaftsrat W. S. Semjonow und Attache I. S. Tschernyschow geleitet wurde, wurde beauftragt, ihre Amtsgeschäfte abzugeben und ausschließlich die Informationen zu analysieren, die der Botschaft zum geplanten Überfall auf die UdSSR vorlagen.

Ende Mai legte diese Gruppe einen detaillierten Bericht vor. Die Hauptschlußfolgerung lautete: „Deutschland habe die praktischen Vorbereitungen für einen Überfall auf die Sowjetunion abgeschlossen, und die Ausmaße dieser Vorbereitungen ließen keinen Zweifel daran, daß die ganze Konzentration von Truppen und Kriegsmaterial Krieg bedeute.“¹²⁵

Wenige Wochen zuvor, im März 1941, hatte die Leitung der Botschaft das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR ersucht, den nach Deutschland entsandten Sowjetbürgern nicht mehr zu gestatten, in Begleitung ihrer Angehörigen zu reisen. Außerdem wurde vorgeschlagen, die Familienangehörigen der Mitarbeiter aller in Berlin bestehenden sowjetischen Einrichtungen in die Heimat zurückzuführen. Der Vorschlag wurde akzeptiert.¹²⁶ Angesichts der entstandenen hochexplosiven Lage forderten das ZK der KPdSU (B) und der Rat der Volkskommissare von den Volkskommissariaten für Verteidigung und für die Seekriegsflotte, beschleunigt Maßnahmen einzuleiten, um die Gefechtsbereitschaft der sowjetischen Streitkräfte herzustellen. Bereits im Februar 1941 hatte die Sowjetregierung den Plan zur Mobilmachung der Roten Armee bestätigt.

Am 13. Mai 1941 verfügte der Generalstab, 28 Schützendivisionen und 4 Armeeoberkommandos aus den inneren Militärbezirken in die Militärbezirke an der sowjetischen Westgrenze zu verlegen. Anfang Juni wurden insgeheim rund 800.000 Reservisten einberufen und damit die Truppen der westlichen Militärbezirke sowie der befestigten Räume aufgefüllt. Das ermöglichte es, den Bestand von nahezu 100 Schützendivisionen, einer Reihe befestigter Räume, der Luftstreitkräfte und anderer Truppen auf Kriegsstärke zu bringen. Zwischen dem 14. und dem 19. Juni 1941 wurden die Stäbe der Grenzmilitärbezirke angewiesen, die Oberkommandos der Fronten vom 21. bis 25. Juni in die Feldgefechtsstände zu verlegen. Am 19. Juni erging der Befehl, Flugplätze, Truppenunterkünfte und andere Militärobjekte zu tarnen. Die vorgesehenen Mobilmachungs- und Organisationsmaßnahmen konnten jedoch nicht abgeschlossen werden. Es zeigte sich, daß der genaue Zeitpunkt des deutschen Angriffs falsch datiert worden war. Außerdem erlaubten die wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht, alle erforderlichen Maßnahmen innerhalb der verbleibenden Frist zu realisieren.

Marschall der Sowjetunion A. M. Wassilewski ging in seinen Erinnerungen auf diesen Fragenkomplex ein. Seine Überlegungen sind für das Verständnis der Möglichkeiten, die die UdSSR in den letzten Wochen und Tagen vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges besaß, von großem Interesse. „Berechtigt ist die Frage, warum Stalin nicht zustimmte, die Grenzmilitärbezirke rechtzeitig in volle Gefechtsbereitschaft zu setzen, da ihm ja die deutlichen Anzeichen der Kriegsbereitschaft Deutschlands bekannt waren ...

¹²⁴ W. M. Bereshkow, Jahre im diplomatischen Dienst, a. a. O., S. 67.

¹²⁵ A. a. O., S. 76; vgl. auch: I. Kobljakow, „Is Berlina na Rodinu. Ijun 1941 goda“, Meshdunarodnaja shisn, 1970/3, S. 105.

¹²⁶ Vgl. ebenda.

Ich bin der Meinung, wir waren zwar nicht voll und ganz auf den Krieg vorbereitet, aber da der Zeitpunkt einmal gekommen war, hätte man den entscheidenden Schritt tun müssen, ohne zu zaudern. Stalin hat sich dazu – aus guter Absicht natürlich – nicht entschließen können. So mußten die Streitkräfte das Ringen mit dem Aggressor unter ungünstigen Bedingungen aufnehmen und sich kämpfend ins Landesinnere zurückziehen. Mit Sicherheit kann man sagen, daß sich die Kampfhandlungen anders entwickelt hätten, wenn zu den gewaltigen Anstrengungen der Partei und des Volkes, das militärische Potential des Landes zu stärken, die rechtzeitige Mobilmachung und Entfaltung der Streitkräfte in den Grenzmilitärbezirken hinzugekommen wären ...

Aber wir mußten zurückweichen. Die faschistischen Truppen waren uns an Bewaffnung und zahlenmäßig überlegen und hatten Kriegserfahrungen. Hinzu [278:] kam, daß die Wirtschaft und das ganze Leben in Deutschland militarisiert waren.“¹²⁷

„Die Partei sah den drohenden Krieg und unternahm höchste Anstrengungen, um seinen Beginn hinauszuzögern“, fährt A. M. Wassilewski fort. „Das war ein weiser und realistischer Kurs, der vor allem verlangte, die diplomatischen Beziehungen mit den kapitalistischen Ländern geschickt zu gestalten, besonders zu den aggressiven ... Das ganze Problem reduzierte sich meiner Meinung nach darauf, wie lange dieser Kurs geführt werden konnte“, stellt A. M. Wassilewski weiter fest. „Denn das faschistische Deutschland traf an unseren Grenzen, besonders kurz vor dem Überfall, offen Kriegsvorbereitungen. Zu dieser Zeit hätte man unsere Grenzmilitärbezirke beschleunigt mobilmachen und in volle Gefechtsbereitschaft versetzen sowie eine stabile und tiefgestaffelte Verteidigung organisieren müssen. Stalin, dessen Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik der Partei und Regierung sehr groß war, hat dies offensichtlich nicht erkannt. Sofort hätten neue Entschlüsse gefaßt werden müssen, um im Leben unserer Heimat eine neue historische Epoche einzuleiten. Größte Vorsicht wäre dabei natürlich erforderlich gewesen, denn den Faschisten durfte kein Vorwand geboten werden, uns der Aggressivität beschuldigen zu können.“¹²⁸

Die Sowjetregierung, die gegenüber Deutschland äußerst vorsichtig operierte, versuchte den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion mit diplomatischen Mitteln zu erschweren. Deshalb veröffentlichte TASS am 14. Juni 1941 eine Meldung, in der es hieß: „Nach Auffassung sowjetischer Kreise entbehren die Gerüchte über die Absicht Deutschlands, den Pakt zu zerreißen und einen Überfall auf die UdSSR zu unternehmen, jeder Grundlage.“¹²⁹ Die Veröffentlichung dieser Meldung sollte dazu dienen, die Absichten Deutschlands für die nächste Zeit militärisch und politisch zu sondieren. Sie war Ausdruck der prinzipiellen Politik der Sowjetregierung, jede Möglichkeit zu nutzen, um den Krieg hinauszuschieben. Die deutsche Regierung reagierte auf diese Geste nicht. Sie erachtete es bereits als nicht mehr erforderlich, der Sowjetunion zu antworten. Deutschland führte seine intensiven Vorbereitungen auf den Krieg gegen die UdSSR unberührt zu Ende. Diplomatische Schritte konnten den Faschismus nicht mehr zum Einlenken bewegen.

Dessen ungeachtet bemühte sich die Sowjetregierung selbst noch am Abend des 21. Juni, mit der deutschen Regierung in Kontakt zu treten, und ließ um 21.30 Uhr eine Verbalnote durch den sowjetischen Botschafter Dekanossow überreichen, in der gegen 180 Grenzverletzungen von deutscher Seite im Zeitraum vom 19. April bis 19. Juni 1941 entschieden protestiert wurde. Am gleichen Abend bat im Auftrag der Sowjetregierung W. M. Molotow den deutschen Botschafter von der Schulenburg zu sich und schlug vor, mit ihm den unbefriedigenden Stand der sowjetisch-deutschen Beziehungen zu erörtern.¹³⁰ In der gleichen [279:] Nacht vom 21. zum 22. Juni wurde um 0 Uhr 40 Minuten dem sowjetischen Botschafter in Berlin ein Telegramm übermittelt, das den Inhalt des zwischen dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und dem deutschen Botschafter von der Schulenburg geführten Gesprächs wiedergab. Der Leiter der Botschaft der UdSSR in Berlin wurde beauftragt, Ribbentrop oder dessen Stellvertreter aufzusuchen, um über dieselben Fragen zu sprechen.

¹²⁷ A. Wassilewski, Sache des ganzen Lebens, a. a. O., S. 104 f.

¹²⁸ A. a. O., S. 105.

¹²⁹ Zit. nach: W. M. Bereshkow, Jahre im diplomatischen Dienst, a. a. O., S. 76.

¹³⁰ ADAP, Serie D, Bd. XII .2, a. a. O., S. 885 f., 894.

Diesen Auftrag zu erfüllen war ihm jedoch schon nicht mehr möglich. Bereits wenige Stunden später begann das faschistische Deutschland ohne Kriegserklärung und unter Bruch des Nichtangriffsvertrages vom September 1939 seine Aggression gegen die UdSSR.

Schlußbemerkungen

Die knapp zwei Jahre, die die Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges umfaßte, waren der letzte historische Zeitabschnitt vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges. Für die UdSSR war diese Etappe eine außerordentlich komplizierte Zeit. Auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen mußte das internationale Kräfteverhältnis besonders hinsichtlich des deutschen Faschismus präzise eingeschätzt werden. Die für die UdSSR vom deutschen Faschismus und seinen Verbündeten ausgehende Bedrohung wurde durch die aktive sowjetfeindliche Politik der imperialistischen Gegner Deutschlands sowie die antisowjetische Grundhaltung fast aller an die Sowjetunion grenzenden Staaten flankiert.

Ständig und umfassend berieten das ZK der KPdSU (B) und die Sowjetregierung die mit der Gewährleistung der Sicherheit des Sowjetstaates verbundenen Probleme. Dabei mußten die Dynamik der internationalen Situation und all jene Faktoren gebührend berücksichtigt werden, die für die Beziehungen der UdSSR zu den beiden imperialistischen Gruppierungen und den Nachbarstaaten der Sowjetunion bestimmend waren. Die strategischen und taktischen Aufgaben, die gesamte außenpolitische Tätigkeit der UdSSR, die Formen und Hauptrichtungen des Kampfes der sowjetischen Diplomatie waren der zentralen Aufgabenstellung untergeordnet, die für den sozialistischen Aufbau sowie für die Vorbereitung auf die Verteidigung der Heimat erforderlichen günstigsten internationalen Bedingungen zu sichern.

Die Außenpolitik der UdSSR in den Jahren 1939 bis 1941 basierte auf den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der friedlichen Koexistenz. In ihrer internationalen Tätigkeit ging die KPdSU davon aus, daß die Stärkung der UdSSR als der wichtigsten Errungenschaft und des Bollwerks des Weltproletariats ein entscheidender Beitrag zum revolutionären Weltprozeß ist. Die Ergebnisse des Kampfes der KPdSU (B) und der Sowjetregierung für die Stärkung der internationalen Positionen und der Sicherheit des Sowjetstaates waren für die Verwirklichung der außenpolitischen Hauptaufgaben in den Jahren 1939 bis 1941 sowie auch darüber hinaus von grundlegender Bedeutung.

Das Hauptergebnis der außenpolitischen Tätigkeit der KPdSU (B) bestand darin, daß der Eintritt der Sowjetunion in den zweiten Weltkrieg hinausgezögert [281:] und alles getan wurde, um die Verteidigungsfähigkeit des Landes weiter zu erhöhen, seine militärökonomische Basis auszubauen und die Verteidigungsindustrie angesichts der sich immer deutlicher abzeichnenden Kriegsgefahr auf die Bedürfnisse einer längeren militärischen Auseinandersetzung umzustellen. „Einige mit der Landesverteidigung unmittelbar verbundene Fragen gelang es jedoch nicht zu lösen. Viele der geplanten Maßnahmen wurden infolge fehlender Mittel oder aus Zeitmangel nicht in vollem Umfang realisiert.“¹ Zugleich muß jedoch darauf verwiesen werden, daß sich die politische und militärische Führung der UdSSR zahlreichen äußerst diffizilen Problemen wie nie zuvor gegenüber sah, die in kürzester Frist gelöst werden mußten. Die außenpolitische Tätigkeit der UdSSR in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges ist auch aus historischer Sicht höchst bedeutsam. Die Sowjetunion existiert heute in den Staatsgrenzen, die vor allem 1939 und 1940 gesichert wurden.

Unter Ausnutzung der Schwäche des jungen Sowjetstaates zwangen die imperialistischen Mächte der Sowjetmacht in den ersten Jahren ihres Bestehens völkerrechtswidrige Grenzregelungen auf. Im Zeitraum 1939 bis 1940 konnte diese historische Ungerechtigkeit revidiert werden. Die Völker Westbaltlands, der Westukraine, Bessarabiens und der Nordbukowina wurden in den Staatsverband der UdSSR zurückgeführt. Größte Bedeutung besaßen die siegreichen sozialistischen Revolutionen in Litauen, Lettland und Estland. Der Beitritt dieser Staaten zur UdSSR rettete die Völker der baltischen Republiken vor der faschistischen Barbarei. Die Sowjetunion erfüllte damit ihre internationalistische Pflicht im gesamten revolutionären Weltprozeß. „Ein hervorragendes Ereignis im Leben unseres multinationalen sozialistischen Staates war die Wiedervereinigung des ukrainischen Volkes in den Jahren

¹ Istoriija wneschnej politiki SSSR. 1917-1980, Bd. 1, Moskau 1980, S. 417.

1939 bis 1945 und des belorussischen Volkes im Jahre 1939. 1940 stellten die Werktätigen Lettlands, Litauens und Estlands im Verlaufe des revolutionären Kampfes die sowjetische Staatlichkeit wieder her; auf der Grundlage der freien Willensäußerung der Völker traten die Lettische, die Litauische und die Estnische Sowjetrepublik der UdSSR bei. Im Ergebnis der Wiedervereinigung des moldauischen Volkes wurde die Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik zur Unionsrepublik umgebildet.“²

Die Unantastbarkeit der Staatsgrenzen der UdSSR wurde nach dem zweiten Weltkrieg in bilateralen Verträgen zwischen der UdSSR und den sozialistischen Ländern, zwischen der UdSSR und der BRD, zwischen der VR Polen und der BRD, im Vierseitigen Abkommen über Westberlin sowie mit dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD bekräftigt. Und schließlich fand diese Tatsache auch in der Schlußakte der Konferenz von Helsinki ihren Niederschlag; die außenpolitische Tätigkeit der UdSSR zur Gewährleistung der Sicherheit der sowjetischen Westgrenzen wurde vollinhaltlich und endgültig von allen Teilnehmerstaaten der Konferenz anerkannt. Dies bestä-[282:]tigt die Effektivität der außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR unmittelbar vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges. Dem aktiven und zielgerichteten Kurs der UdSSR ist es zu danken, daß sich das imperialistische Lager in den Jahren 1939 bis 1941 nicht auf antisowjetischer Basis zusammenfinden konnte. Die Außenpolitik der KPdSU bewahrte das Sowjetvolk vor einem Krieg gegen den Weltimperialismus.

Die imperialistischen Gegner Hitlerdeutschlands erkannten allmählich, daß es für sie eine Existenzfrage war, mit der UdSSR im Kampf gegen den Faschismus zusammenzuarbeiten, Die sowjetische Außenpolitik trug wesentlich dazu bei, die „Beschwichtigungspolitik“ der herrschenden Kreise Großbritanniens, Frankreichs sowie der USA zur Lösung der innerimperialistischen Widersprüche auf Kosten der UdSSR scheitern zu lassen. Die Ereignisse der Jahre 1939 bis 1941 haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie gefährlich es ist, einer Politik der „Beschwichtigung“ der aggressivsten Kräfte, ihrer Orientierung gegen die UdSSR zu folgen. Die Politik der „Beschwichtigung“ der faschistischen Aggressoren hat sich katastrophal gegen ihre Urheber selbst ausgewirkt.

Der sowjetischen Außenpolitik gelang es, die zahlreichen Versuche der britisch-französischen Koalition und der USA zu vereiteln, die UdSSR zu einem vorzeitigen Zusammenstoß mit dem faschistischen Deutschland zu provozieren und verhalf London, Paris und Washington schließlich zu der Einsicht, gegen die Aggressormächte mit der Sowjetunion zusammenarbeiten zu müssen. Das heißt nicht, daß die Westmächte nicht auch weiterhin bestrebt waren, sich hinter dem Rücken der UdSSR mit dem faschistischen Deutschland zu verständigen. Die herrschenden Kreise Großbritanniens, Frankreichs und der USA waren gezwungen, noch eine weitere Lehre aus den Jahren 1939 bis 1941 zu ziehen: Alle Versuche, die UdSSR den eigenen imperialistischen Interessen unterzuordnen, konnten nicht verwirklicht werden. All das schuf grundlegende Voraussetzungen für die Entstehung der Antihitlerkoalition und bestätigte, daß der außenpolitische Kurs der UdSSR historisch richtig war.

Der Beginn des Großen Vaterländischen Krieges war der entscheidende Faktor, der den zweiten Weltkrieg endgültig zu einem Befreiungskrieg und damit zu einem gerechten Krieg werden ließ.

Das totale politische und militärische Fiasko des Faschismus, an dem die Sowjetunion entscheidenden Anteil hatte, leitete international eine Welle politischer und sozialer Veränderungen ein. „Um so großartiger, um so erhabener steht vor der Welt die Heldentat des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg. Diese Heldentat ist in die Geschichte eingegangen und wird nie vergessen werden“³, sagte L. I. Breshnew.

Der außenpolitische Kurs der Sowjetunion in der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges war unter den damaligen konkret-historischen Bedingungen der einzig mögliche. Er entsprach nicht nur den Lebensinteressen der UdSSR, sondern [283:] auch den Grundinteressen der anderen Völker. „Unsere

² Über die Vorbereitung zum 50. Jahrestag der Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Beschluß des ZK der KPdSU, Berlin 1972, S. 10 f.

³ L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze, Bd. 5, Berlin 1977, S. 310.

Partei hatte die Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung mit den Kräften des Imperialismus vorausgesehen und das Land und das Volk zur Verteidigung vorbereitet. Die sozialökonomischen Errungenschaften der Vorkriegsfünfjahrpläne, die beim Aufbau des Sozialismus geschmiedete ideologisch-politische Einheit der Sowjetgesellschaft – sie schufen die Grundlagen für den Sieg, den unser Volk im Großen Vaterländischen Krieg errungen hat.“⁴

Die Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges bestätigt eine grundlegende Erkenntnis: Es ist notwendig, bereits in Friedenszeiten gegen den Krieg zu kämpfen. Unentschlossenheit, fehlende Einheit und damit Schwäche der Friedenskräfte im Westen haben es dem deutschen Faschismus ermöglicht, den Krieg zu entfesseln. Dies ist eine äußerst wichtige Lehre, ein Aufruf an alle progressiven Kräfte des Erdballs, ständig wachsam zu sein und sich gegen den Krieg fest zusammenzuschließen.

In einer Zeit, in der die aggressivsten Kreise des Imperialismus immer schärfere frontale Angriffe auf die Kräfte des Fortschritts in der Welt, insbesondere auf die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft unternehmen, in der vor allem der USA-Imperialismus eine menschenfeindliche, abenteuerliche Politik in seinem Streben nach Weltherrschaft betreibt, ist der konsequente Kampf aller Friedenskräfte gegen ein atomares Inferno, für Frieden und Abrüstung zu einer Lebensfrage der Menschheit geworden.

Alle an der Erhaltung und Sicherung des Friedens interessierten Staaten, alle Friedenskräfte sind aufgefordert, allen Formen aggressiver Politik, deren Folgen gegenwärtig um das Vielfache größer sind als Ende der 30er, Anfang der 40er Jahre, rechtzeitig und konsequent entgegenzutreten. Nicht weniger wichtig ist es, die werktätigen Massen an der Lösung außenpolitischer Fragen teilnehmen zu lassen, ihre Kraft als aktive und bewußte Vorkämpfer für die Verhinderung des Krieges einzusetzen.

Die Lehren der Geschichte und die von der UdSSR vor und während der Anfangsperiode des zweiten Weltkrieges gewonnenen außenpolitischen Erfahrungen tragen dazu bei, auch die gegenwärtige Politik der Sowjetunion noch besser verstehen zu können.

Die Sowjetunion kämpft heute gegen den Konfrontationskurs des USA-Imperialismus und anderer NATO-Mächte und ringt um die Bewahrung der im Entspannungsprozeß der 70er Jahre erreichten positiven Ergebnisse, um die Einstellung des von den USA forcierten Wettrüstens sowie für die Beseitigung der bestehenden und gegen das Entstehen neuer Konfliktherde in der Welt.

Die Tätigkeit der KPdSU und des Sowjetstaates zur umfassenden Verwirklichung der vom XXIV. und XXV. Parteitag angenommenen Friedensprogramme hat überzeugend die gewachsene internationale Autorität der Sowjetunion, ihr aufrichtiges Streben nach Frieden und friedlicher Koexistenz in den Beziehungen zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bewiesen. Die Beschlüsse des XXVI. Parteitages führten diese Leninsche Außenpolitik entsprechend den aktuellen internationalen Bedingungen fort. Vor internationalen Gremien und in bilateralen Verhandlungen unterbreitet die Sowjetunion kontinuierlich weitreichende Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, wie zum Beispiel im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen auf militärischem Gebiet; für die unverzügliche Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Beschränkung der strategischen Rüstungen, ein Moratorium für die Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite und andere Vorschläge.⁵ Alle sowjetischen Initiativen waren und sind darauf gerichtet, eine weitere Verschärfung der internationalen Beziehungen zu verhindern und konkrete, effektive Maßnahmen zur Einschränkung des Wettrüstens zu vereinbaren.

Auch in der Gegenwart ist die Erhaltung des Friedens das wichtigste außenpolitische Ziel der KPdSU und des Sowjetstaates. Die UdSSR unternimmt alles in ihren Kräften Stehende, um zu verhindern, daß sich die Tragödie der Vergangenheit wiederholt. Sie ist fest entschlossen, den Krieg aus dem Leben der Menschheit zu verbannen. „Wir sind für Besonnenheit, für Abgewogenheit. Doch wir treten auch dafür ein, eine Aggression entschieden entgegenzuwirken, wenn das notwendig ist. Diese

⁴ L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins ..., Bd. 2, Berlin 1971, S. 97.

⁵ Vgl. L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins ..., Bd. 8, Berlin 1982, S. 75 ff.

Haltung vertrat die Sowjetunion zu der Zeit, als die Gefahr eines Weltkrieges wuchs. Die gleiche Haltung nehmen wir auch heute ein.“⁶

Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, betonte: „Der XXVI. Parteitag hat in überzeugender Weise bestätigt, daß die KPdSU und der Sowjetstaat, dem großen Vermächtnis Lenins getreu, so wie bisher auch in Zukunft zwei Hauptziele verfolgen werden – Erreichung des Volkswohlstandes und eines dauerhaften Friedens. Namentlich diese Ziele bilden in ihrer unlöslichen Einheit den Kern der Parteitagsbeschlüsse.“⁷

Der imperialistischen Aggressions- und Kriegsdoktrin stellt die UdSSR ihre bewährte Doktrin des Friedens, der friedlichen Zusammenarbeit und der Gleichberechtigung aller Staaten entgegen.

„Es gibt heute keine wichtigere Aufgabe in internationaler Hinsicht für unsere Partei, für unser Volk, ja, für alle Völker der Erde, als den Frieden zu schützen.“⁸

⁶ A. a. O., S. 39.

⁷ Prawda vom 18.3.1981.

⁸ L. I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins ..., a. a. O., S. 757.

[285:]

Namenverzeichnis

- Aktay, Ali Haydar 181, 186
Allard, Sven 57
Alphand, Herve 120
Altinoff, I. 166
Anfuso, Filippe 266
Antonescu, Ion 148, 157, 158
Arita, Hachiro 216
Assmann, Kurt 62
Attolico, Bernardo 264
Auriti, Giacinto 265
Avarescu, Alexandru 146
Babarin, J. I. 245
Bachmann, Kurt 32
Bárdossy, Laszló 168 172 173
Bartenjew, T. 91
Batow, B. I. 230
Baxton, Charles Roden 130
Beau de Loménie, Emmanuel 51
Beaufre, André 24, 50
Beaverbrook, William M. A. 45
Beck, József 65, 66, 71
Beneš, Edvard 19 20
Bereshkow, W. M. 255, 259, 276
Besymenski, L. A. 51, 233
Blücher, Wipert von 76, 241
Bogomolow, A. J. 123, 124
Boris III., Zar von Bulgarien 163, 164, 165
Bormann, Martin 239
Borodin, B. A. 231
Boshiloff, Dobri 162
Branting, Georg 260
Breshnew, L. I. 11, 16, 25, 156, 282
Brügel, Johann Wolfgang 58, 59
Bulitt, William C. 29, 85
Bullock, Alan Louis Charles 24
Burckhardt, Carl Jacob 52, 54
Butler, Eric Dougle 57
Butler, Richard Austen 75, 87, 108, 113, 114, 118, 126, 129, 184
Cadogan, Alexander G. 135
Canaris, Wilhelm 232, 233
Carlgren, Wilhelm M. 86
Carol II., König von Rumänien 147, 150, 153, 154, 157
Caroll, E. Maleolm 60
Cavallero, Ugo 268
Chamberlain, Neville 18, 22, 69, 70, 117, 125, 130
Chatfield, Alfred 107 195
Chautemps, Camille 112
Churchill, Winston S. 82, 104, 113, 117, 125, 126, 131, 132, 145, 181, 188, 134, 239, 243, 259, 271
Ciano, Galeazzo 51, 265, 266, 268
Clodius, Carl August 162, 169, 269
Cosmelli, Giuseppe 267
Cot, Pierre 122
Craigie, Robert L. 205
Cripps, Richard Stafford 36, 82, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 189, 225, 244, 258
Cvetković, Dragiša 176
Dahlerus, Johan Sirger Essen 52
Dahms, Hellmuth Guenther 63
Daladier, Edouard 53, 69, 101, 110, 115, 186
Dalton, Hugh 70, 126
Darlan, François Xavier 186
Daskaloff, Teodosi 162
Davidescu, Gheorghe 153, 154
Davis, William R. 52
Dekanossow, W. G. 273, 278

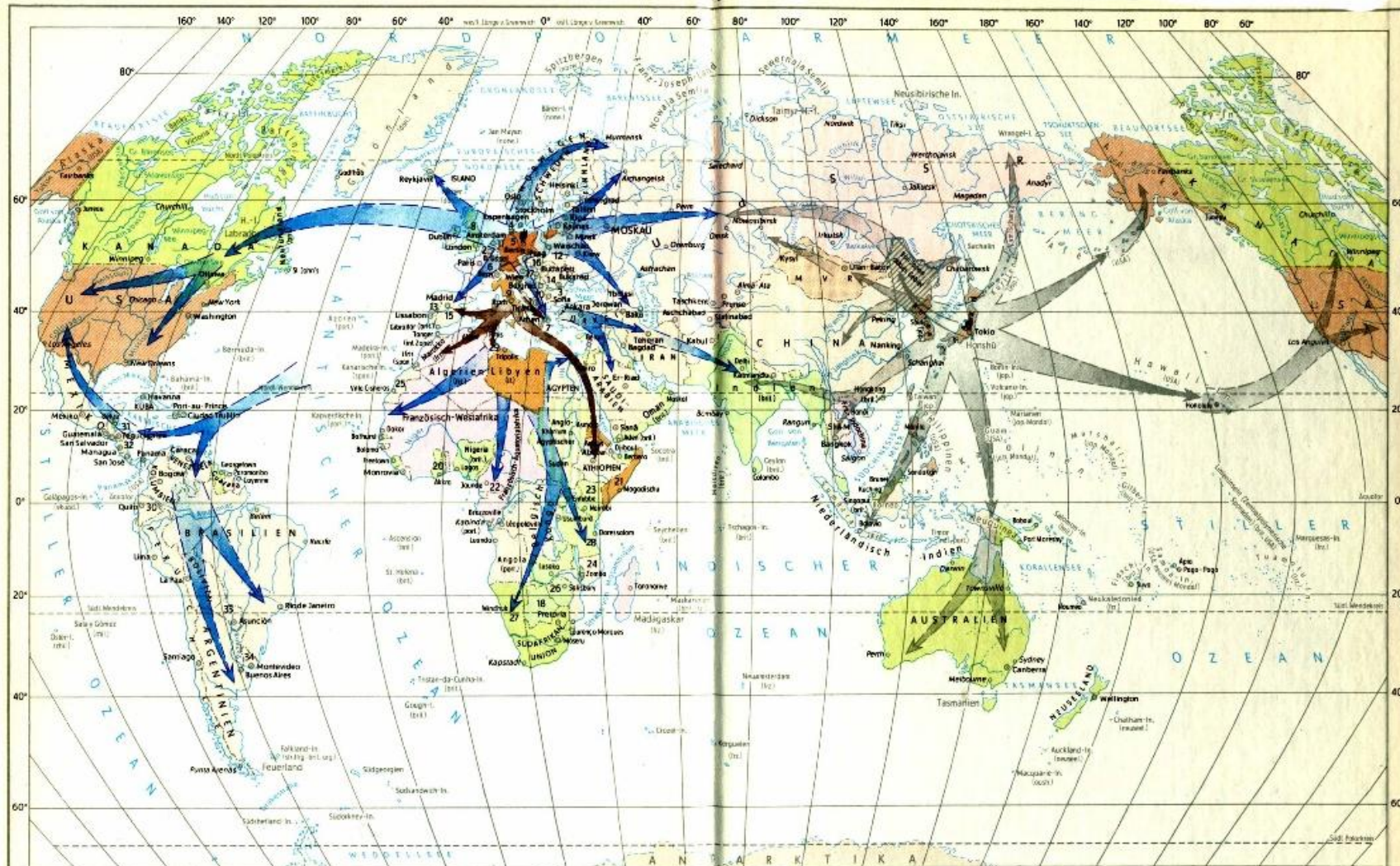
Diano, Nicolas 73
 Dill, John Greer 188
 Dirksen, Herbert von 18, 22
 Dorgelés, Roland 50
 Draganoff, Parvan 260, 261
 Duclos, Jaques 124
 Duncan, Ian 130
 Dupuy, Trevor N. 62
 Dutt, Rajani Palme 31
 Eden, Anthony 24, 105, 129, 130, 132, 145, 188
 Eenpalu, Karl 82
 Elliot, Walter 104 105
 Engert, Cornelius 193
 Epstein, Fritz Theodor 60
 Erdmannsdorff, Otto von 168
 Estorick, Eric 127 I
 Ettel, Erwin 129
 Fabricius, Wilhelm 147, 152, 153, 154
 Fabry, Philipp W. 56
 Falkenhorst, Nikolaus von 92
 Fierlinger, Zdeněk 20
 Filippow, I. F. 241, 254
 Filoff, Bogdan 163, 166
 Fischer, Louis 57, 62
 Foch, Ferdinand 168
 François-Poncet, André 51
 Frank, Hans 234
 Freund, Michael 60
 Frietsch, Carl Olof 83
 Fritzsche, Hans 61
 Fütterer, Cuno Heribert 172
 Fujimoto 209
 Gaddis, John Lewis 58
 Gafencu, Grigore 147, 149, 156
 Gamelin, Maurice Gustave 69, 101, 111, 144, 145, 186, 195
 Gankowski 163
 Garthoff, Raymond L. 78
 de Gaulle, Charles 69 120
 Gavrilović, Milan 175, 176, 177, 274
 Gerede, R. Hüsrev 259
 Ghigi, Pellegrino 149
 Gigurtu, Ion 155, 242
 Goebbels, Joseph 61
 Göring, Hermann 52, 61, 148, 239, 247
 Gorelkow, N. W. 267
 Grabbe, Günter 260
 Grew, Joseph C. 28, 219
 Gromyko, A. A. 135, 136, 139, 140, 284
 Grosvald, Olgerd 107
 Grzybowski, Waclaw 72
 Günther, Christi an Ernest 86, 87, 118
 Gunther, Franklin M. 242
 Halder, Franz 62, 68, 260
 Halifax, Edward Frederick Lindley Wood 19, 54, 101, 102, 117, 119, 125, 128, 205, 239
 Halsti, Wolfgang A. 82
 Heeren, Viktor von 175
 Heinrichs, Axel Erik 91
 Heß, Rudolf 54
 Hewel, Walter 53
 Heydrich, Reinhard 274
 Hildebrand, Klaus 60
 Hillgruber, Andreas 63
 Himmler, Heinrich 96, 239
 Hitler, Adolf 17, 19, 24, 27, 51, 53, 54, 56, 57, 59, 62, 65, 68, 69, 89, 91, 100, 136, 148, 157, 158, 168, 176, 188, 189, 222, 238, 239, 249, 250, 251, 253, 254, 255, 256, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 268, 274, 275, 276
 Hohenlohe-Langenburg, Prinz Max zu 52, 53, 54
 Holldack, Heinz 258
 Holsti, Eino Rudolf 76

Homlok, Sándor 262
 Hore-Belisha, Leslie 239
 Horthy von Nagybánya, Miklós 16,7 168, 171
 Hull, Cordell 33, 45, 82, 134, 135, 224
 Ickes, Harold Le Claire 29, 31, 81, 134, 137, 138, 142
 Inönü, Ismet 147, 181, 182, 189
 Iriye, Akira 227
 Ironside, William Edmund 68
 Iwanow, I. A. 209
 Jacobsen, Hans-Adolf 62
 Jäckel, Eberhard 250
 Jakowlew, A. S. 246, 247, 248, 249
 Jakowlew, N. N. 17
 Jang Tse 30, 226
 Jary, Ryko 233
 Jodl, Alfred 70, 89
 Kalinin, M. I. 82, 262
 Kares, K. R. 81
 Karmen, Roman 230
 Katschanow, K.·M. 230
 Keitel, Wilhelm 61, 70, 157
 Kekkonen, Urho Kalevi 49, 76, 84, 91
 Kelly, David V. 52, 54
 Keresztes-Fischer, Vitéz Ferenc 167
 Khan, Ahmed 197, 200
 Khan, Ali Muhammad 201
 Killinger, Manfred von 155
 Kirchenstein, August Mártynowitsch 98
 Kirkpatrick, Ivone 54
 Knorr, Klaus Eugen 13
 Köstring, Ernst 62
 Kollontai, A. M. 86, 87, 259, 260
 Komissarow, J. D. 91
 Konoye, Fumimaro 139, 210
 Krausnick, Helmut 62
 Krebs, Hans 62
 Kristóffy, József 171 172
 Krudy, Ádám 172
 Krutikow, A. D. 245
 Kuhn, Axel 24
 Laszlo, H. 172
 Laurent-Eynac, André Victor 122
 Lawrentjew, A. I. 153, 160
 Lawrischtschew, A. A. 165
 Leach, Barry L. 249, 275
 Leger, Alexis 85
 Lelong, Albert 112
 Lenczowski, Jerzy 193
 Lenin, W. I. 13, 14, 25, 30, 34, 92
 Leopold III., König der Belgier 51
 Liddel Hart, Basil H. 24, 44, 62
 Litwinow, M. M. 15
 Lloyd George, David 74, 110
 Losowski, S. A. 30, 201, 225
 Łukaszewicz, Julius 68
 Magistrati, Massimo 267
 Maiski, I. M. 39, 75, 101, 102, 105, 108, 118, 119, 126, 184, 239
 Mameli, Francesco Giorgio 174
 Mannerheim, Karl Gustav Emil Freiherr von 81, 87, 91, 92
 Mao Zedong 226
 Mascia, Luciano 174
 Matsuoka, Yôsuke 219, 220, 221, 222, 223, 224, 252
 Medjid, Abdul 200
 Meißner, Otto 261
 Mikojan, A. I. 127, 139, 245
 Mistler, Jean 107
 Moffat, Jay Pierrepont 136
 Molotow, W. M. 30, 34, 72, 78, 80, 86, 90, 94, 97, 104, 111, 116, 122, 127, 129, 133, 140, 153, 159, 160, 172, 181, 183, 185, 197, 212, 213, 217, 218, 221, 226, 232, 242, 244, 248, 253, 254, 255, 256, 258, 267, 278

Mooney, James D., 52
 Morgan, James 201
 Morgenstern, Oskar 13
 Munters, Vilhelms 96
 Mussolini, Benito 89, 261, 263, 264, 267, 268
 Muzaffar, Alam 192
 Neubacher, Hermann 151
 Niukkanen, Juho 240
 Noël, Léon 65, 69, 74
 Nomura, Karoku 225
 Nomura, Kichisaburo 212
 Odendhal, Jean Ernest 112
 Ogissu, Rippo 207
 Organski, Abramo F. 58
 Ott, Eugen 210, 211, 220, 252
 Otschnew, S. S. 230
 Paasikivi, Juho Kusti 48 78 80
 Päts, Konstantin 97
 Paleckis, Justas Ignowitsch 98
 Panjuschkin, A. S. 231
 Pankewitsch, M. I. 230
 Papen, Franz von 180
 Pawlow, W. M. 255
 Payart, Jean 101
 Piip, Ants 96
 Piłsudski, Józef 65
 Pius XII., Papst 51, 54
 Plotnikow, W. A. 175, 176
 Pogue, Forrest C. 58
 Poljakow, Todor 161
 Polonsky, Anthony 65
 Popoff, Ivan 162, 165, 166
 Potapow, M. I. 209
 Potjomkin, W. P. 82, 84, 101
 Povilaitis, A. 96, 98
 Quaroni, Pietro 265
 Raczyński, Edward 69, 74
 Radowitz, Otto von 51
 Rastikis, Stasys 96
 Reynaud, Paul 69, 117, 118, 121, 122
 Ribbentrop, Joachim von 61, 136, 152, 206, 220, 222, 253, 256, 258, 267, 279, 287
 Ritter, Karl 247
 Roosevelt, Franklin D. 52, 54, 68, 82, 136
 Rosenberg, Alfred 239
 Rosso, Augusto 267
 Rsheschewski, O. A. 43
 Ryti, Risto Heikki 90
 Saraçoğlu, Sükrü 103, 181, 182, 183, 184, 185
 Sayed, Mohammed 192
 Schacht, Hjalmar 52
 Schaposchnikow, B. M. 23, 40
 Scharonow, N. I. 71
 Schellenberg, Walter 274
 Schischmanoff, D. 165
 Schmidt, Paul 222
 Schnurre, Karl 248
 Schtscherbakow, A. S. 99
 Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der 62, 165, 175, 232, 240, 241, 242, 259, 273, 278, 279
 Seeds, William 105, 111
 Selter, Kaarel 93
 Semjonow, W. S. 276
 Shaw, George Bernard 31
 Shiwkowa, Ludmilla 180, 183
 Shukow, G. K. 42, 156, 209
 Shukow, J. M. 35
 Simon, John 54
 Simovic, Dusan 176
 Skučas, Kazys 98
 Smetanin, K. A. 211, 216
 Smetona, Antanas 96, 97, 98
 Sobolew, A. A. 164
 Stachiewicz, Waclaw 66

Stainoff, P. 163
 Stalin, J. W. 36, 50, 76, 78, 123, 126, 127, 130, 131, 147, 223, 228, 243, 247, 253, 262, 271, 276
 Stamenoff, Ivan 164
 Steinhardt, Laurence A. 36, 74, 79, 102, 115, 134, 140, 141, 225
 Stirling jr., Yates 138
 Sulzberger, Cyrus L. 71
 Suriz, J. S. 88, 101, 103, 109
 Svento, Reinhold 80
 Svinhufvud, Per Evind 47
 Sztójay, Döme 173
 Takahashi, Sankichi 139
 Tanner, Väino Alfred 78, 86
 Tătărescu, Gheorghe 150, 152, 154
 Tatekawa, Yoshitsugu 221, 224
 Teleki von Szék, Pal 169, 171
 Terauchi, Hisaichi 211
 Terentjew, A. W. 181, 182
 Tewosjan, I. F. 246
 Thomas, Georg 247
 Thorez, Maurice 124
 Thurston, Walter 82, 139, 153
 Timoschenko, S. K. 228
 Tippelskirch, Kurt von 157
 Tippelskirch, Werner von 275
 Togliatti, Palmiro 32
 Tôgô, Shigenori 208, 212, 213, 214, 215, 220
 Trevor-Roper, Hugh Redwald 249
 Tschernyschow, I. S. 276
 Tschiang Kai-shek 227
 Tschuikow, W. I. 50, 73, 227, 228, 230, 235
 Ulmanis, Karlis 97
 Umanski, K. A. 33 134 139 140
 Urbšis, Juozas 96
 Urdareanu, Ernest 154
 Ustinow, D. F. 236
 Vares, Johannes Jakowlewitsch 98
 Wang Tschung-hui 231
 Wannikow, B. L. 237
 Wassilewski, A. M. 40, 89, 272, 277, 278
 Weizsäcker, Ernst Freiherr von 243, 267, 273
 Welles, Sumner 53, 135, 136, 139
 Werth, Alexander 77, 272
 Werth, Henrik 168, 172, 260, 262
 Weygand, Louis Maxime 107
 Whaley, Barton 131
 Wiley, John C. 97
 Wilhelmine, Königin der Niederlande 51
 Wilson, Hugh, R. 52
 Winther, Otto Wilhelm 86
 Wohlthat, Helmut 148
 Woroschilow, K. J. 30, 66, 67, 76, 207
 Wright, Gordon 62
 Wyschinski, A. J. 124, 128, 130, 176, 189
 Yrjö-Koskinen, Aarno Armas Baron von 78
 Zedenbal, Jumshagin 209

Die Hauptexpansionsrichtungen Deutschlands, Japans, und Italiens im Kampf um die Weltherrschaft



Imperialistische Hauptmächte und ihre Besitzungen

 Deutschland	 Großbritannien und ihre Besitzungen
 Japan	 USA
 Italien	 neutral

Aggressionsabsichten der Staaten des faschistischen Blocks

→ Deutschland
→ Japan
→ Italien

Entlassung eines Kriegszustands
 Aggression Japans in Nordchina: 18.09.1931
 Erklärung des zweiten Kriegszustands
 Erklärung der faschistischen Blockade in Deutschland: 30.01.1933

Stichtag: 1. April 1935

Militärausgaben der Länder des faschistischen Blocks (in % der gesamten Staatsausgaben)

	Prozente		
	1934/35	1937/38	1938/39
Deutschland	10,0	41,0	58,0
Japan	44,2	71,6	75,4
Italien	30,3	65,7	55,0

in der Karte durch Zahlen beschriftet:

1 Albanien	13 Portugal	25 Niederlande (part.)
2 Belgien	14 Rumänien	26 Südschweden (part.)
3 Bulgarien	15 Spanien	27 Südwestindien (Mandate der Südpazifik-Union)
4 Dänemark	16 Tschechoslowakei	28 Tongarika (part. Mandat)
5 Deutschland	17 Ungarn	29 Tunesien (franz.)
6 Frankreich	18 ARWA	
7 Griechenland	19 Benarue (franz.)	
8 Großbritannien	20 Estland (lett.)	
9 Italien	21 Island (part. Mandat)	30 Dänemark
10 Jugoslawien	22 Kamerun (franz. Mandat)	31 Honduras
11 Niederlande	23 Kenia (brit.)	32 Mikronesien
12 Polen	24 Neuseeland (part.)	33 Philippinen
		34 Uruguay